Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/1689

12.7.2024

VERORDNUNG (EU) 2024/1689 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES

vom 13. Juni 2024

zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 300/2008, (EU) Nr. 167/2013, (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 und (EU) 2019/2144 sowie der Richtlinien 2014/90/EU, (EU) 2016/797 und (EU) 2020/1828 (Verordnung über künstliche Intelligenz)

(Text von Bedeutung für den EWR)

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf die Artikel 16 und 114,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

nach Zuleitung des Entwurfs des Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente,

nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses ([1]),

nach Stellungnahme der Europäischen Zentralbank ([2]),

nach Stellungnahme des Ausschusses der Regionen ([3]),

gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren ([4]),

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Zweck dieser Verordnung ist es, das Funktionieren des Binnenmarkts zu verbessern, indem ein einheitlicher Rechtsrahmen insbesondere für die Entwicklung, das Inverkehrbringen, die Inbetriebnahme und die Verwendung von Systemen künstlicher Intelligenz (KI-Systeme) in der Union im Einklang mit den Werten der Union festgelegt wird, um die Einführung von menschenzentrierter und vertrauenswürdiger künstlicher Intelligenz (KI) zu fördern und gleichzeitig ein hohes Schutzniveau in Bezug auf Gesundheit, Sicherheit und der in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union („Charta“) verankerten Grundrechte, einschließlich Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Umweltschutz, sicherzustellen, den Schutz vor schädlichen Auswirkungen von KI-Systemen in der Union zu gewährleisten und gleichzeitig die Innovation zu unterstützen. Diese Verordnung gewährleistet den grenzüberschreitenden freien Verkehr KI-gestützter Waren und Dienstleistungen, wodurch verhindert wird, dass die Mitgliedstaaten die Entwicklung, Vermarktung und Verwendung von KI-Systemen beschränken, sofern dies nicht ausdrücklich durch diese Verordnung erlaubt wird.

(2) Diese Verordnung sollte im Einklang mit den in der Charta verankerten Werten der Union angewandt werden, den Schutz von natürlichen Personen, Unternehmen, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie der Umwelt erleichtern und gleichzeitig Innovation und Beschäftigung fördern und der Union eine Führungsrolle bei der Einführung vertrauenswürdiger KI verschaffen.

(3) KI-Systeme können problemlos in verschiedenen Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft, auch grenzüberschreitend, eingesetzt werden und in der gesamten Union verkehren. Einige Mitgliedstaaten haben bereits die Verabschiedung nationaler Vorschriften in Erwägung gezogen, damit KI vertrauenswürdig und sicher ist und im Einklang mit den Grundrechten entwickelt und verwendet wird. Unterschiedliche nationale Vorschriften können zu einer Fragmentierung des Binnenmarkts führen und können die Rechtssicherheit für Akteure, die KI-Systeme entwickeln, einführen oder verwenden, beeinträchtigen. Daher sollte in der gesamten Union ein einheitlich hohes Schutzniveau sichergestellt werden, um eine vertrauenswürdige KI zu erreichen, wobei Unterschiede, die den freien Verkehr, Innovationen, den Einsatz und die Verbreitung von KI-Systemen und damit zusammenhängenden

([1]) ABl. C 517 vom 22.12.2021, S. 56.
([2]) ABl. C 115 vom 11.3.2022, S. 5.
([3]) ABl. C 97 vom 28.2.2022, S. 60.
([4]) Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 13. März 2024 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht) und Beschluss des Rates vom 21. Mai 2024.

Produkten und Dienstleistungen im Binnenmarkt behindern, vermieden werden sollten, indem den Akteuren einheitliche Pflichten auferlegt werden und der gleiche Schutz der zwingenden Gründe des Allgemeininteresses und der Rechte von Personen im gesamten Binnenmarkt auf der Grundlage des Artikels 114 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) gewährleistet wird. Soweit diese Verordnung konkrete Vorschriften zum Schutz von Einzelpersonen im Hinblick auf die Verarbeitung personenbezogener Daten enthält, mit denen die Verwendung von KI-Systemen zur biometrischen Fernidentifizierung zu Strafverfolgungszwecken, die Verwendung von KI-Systemen für die Risikobewertung natürlicher Personen zu Strafverfolgungszwecken und die Verwendung von KI-Systemen zur biometrischen Kategorisierung zu Strafverfolgungszwecken eingeschränkt wird, ist es angezeigt, diese Verordnung in Bezug auf diese konkreten Vorschriften auf Artikel 16 AEUV zu stützen. Angesichts dieser konkreten Vorschriften und des Rückgriffs auf Artikel 16 AEUV ist es angezeigt, den Europäischen Datenschutzausschuss zu konsultieren.

(4) KI bezeichnet eine Reihe von Technologien, die sich rasant entwickeln und zu vielfältigem Nutzen für Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft über das gesamte Spektrum industrieller und gesellschaftlicher Tätigkeiten hinweg beitragen. Durch die Verbesserung der Vorhersage, die Optimierung der Abläufe, Ressourcenzuweisung und die Personalisierung digitaler Lösungen, die Einzelpersonen und Organisationen zur Verfügung stehen, kann die Verwendung von KI Unternehmen wesentliche Wettbewerbsvorteile verschaffen und zu guten Ergebnissen für Gesellschaft und Umwelt führen, beispielsweise in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit, allgemeine und berufliche Bildung, Medien, Sport, Kultur, Infrastrukturmanagement, Energie, Verkehr und Logistik, öffentliche Dienstleistungen, Sicherheit, Justiz, Ressourcen- und Energieeffizienz, Umweltüberwachung, Bewahrung und Wiederherstellung der Biodiversität und der Ökosysteme sowie Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel.

(5) Gleichzeitig kann KI je nach den Umständen ihrer konkreten Anwendung und Nutzung sowie der technologischen Entwicklungsstufe Risiken mit sich bringen und öffentliche Interessen und grundlegende Rechte schädigen, die durch das Unionsrecht geschützt sind. Ein solcher Schaden kann materieller oder immaterieller Art sein, einschließlich physischer, psychischer, gesellschaftlicher oder wirtschaftlicher Schäden.

(6) Angesichts der großen Auswirkungen, die KI auf die Gesellschaft haben kann, und der Notwendigkeit, Vertrauen aufzubauen, ist es von entscheidender Bedeutung, dass KI und ihr Regulierungsrahmen im Einklang mit den in Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) verankerten Werten der Union, den in den Verträgen und, nach Artikel 6 EUV, der Charta verankerten Grundrechten und -freiheiten entwickelt werden. Voraussetzung sollte sein, dass KI eine menschenzentrierte Technologie ist. Sie sollte den Menschen als Instrument dienen und letztendlich das menschliche Wohlergehen verbessern.

(7) Um ein einheitliches und hohes Schutzniveau in Bezug auf öffentliche Interessen im Hinblick auf Gesundheit, Sicherheit und Grundrechte zu gewährleisten, sollten für alle Hochrisiko-KI-Systeme gemeinsame Vorschriften festgelegt werden. Diese Vorschriften sollten mit der Charta im Einklang stehen, nichtdiskriminierend sein und mit den internationalen Handelsverpflichtungen der Union vereinbar sein. Sie sollten auch die Europäische Erklärung zu den digitalen Rechten und Grundsätzen für die digitale Dekade und die Ethikleitlinien für vertrauenswürdige KI der hochrangigen Expertengruppe für künstliche Intelligenz berücksichtigen.

(8) Daher ist ein Rechtsrahmen der Union mit harmonisierten Vorschriften für KI erforderlich, um die Entwicklung, Verwendung und Verbreitung von KI im Binnenmarkt zu fördern und gleichzeitig ein hohes Schutzniveau in Bezug auf öffentliche Interessen wie etwa Gesundheit und Sicherheit und den Schutz der durch das Unionsrecht anerkannten und geschützten Grundrechte, einschließlich der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und des Umweltschutzes, zu gewährleisten. Zur Umsetzung dieses Ziels sollten Vorschriften für das Inverkehrbringen, die Inbetriebnahme und die Verwendung bestimmter KI-Systeme festgelegt werden, um das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts zu gewährleisten, sodass diesen Systemen der Grundsatz des freien Waren- und Dienstleistungsverkehrs zugutekommen kann. Diese Regeln sollten klar und robust sein, um die Grundrechte zu schützen, neue innovative Lösungen zu unterstützen und ein europäisches Ökosystem öffentlicher und privater Akteure zu ermöglichen, die KI-Systeme im Einklang mit den Werten der Union entwickeln, und um das Potenzial des digitalen Wandels in allen Regionen der Union zu erschließen. Durch die Festlegung dieser Vorschriften sowie durch Maßnahmen zur Unterstützung der Innovation mit besonderem Augenmerk auf kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), einschließlich Start-up-Unternehmen, unterstützt diese Verordnung das vom Europäischen Rat formulierte Ziel, das europäische menschenzentrierte KI-Konzept zu fördern und bei der Entwicklung einer sicheren, vertrauenswürdigen und ethisch vertretbaren KI weltweit eine Führungsrolle einzunehmen ([5]), und sorgt für den vom Europäischen Parlament ausdrücklich geforderten Schutz von Ethikgrundsätzen ([6]).

([5]) Europäischer Rat, Außerordentliche Tagung des Europäischen Rates (1. und 2. Oktober 2020) – Schlussfolgerungen, EUCO 13/20, 2020, S. 6.

([6]) Entschließung des Europäischen Parlaments vom 20. Oktober 2020 mit Empfehlungen an die Kommission zu dem Rahmen für die ethischen Aspekte von künstlicher Intelligenz, Robotik und damit zusammenhängenden Technologien, 2020/2012 (INL).

(9) Es sollten harmonisierte Vorschriften für das Inverkehrbringen, die Inbetriebnahme und die Verwendung von Hochrisiko-KI-Systemen im Einklang mit der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates ([7]), dem Beschluss Nr. 768/2008/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ([8]) und der Verordnung (EU) 2019/1020 des Europäischen Parlaments und des Rates ([9]) („neuer Rechtsrahmen") festgelegt werden. Die in dieser Verordnung festgelegten harmonisierten Vorschriften sollten in allen Sektoren gelten und sollten im Einklang mit dem neuen Rechtsrahmen bestehendes Unionsrecht, das durch diese Verordnung ergänzt wird, unberührt lassen, insbesondere in den Bereichen Datenschutz, Verbraucherschutz, Grundrechte, Beschäftigung, Arbeitnehmerschutz und Produktsicherheit. Daher bleiben alle Rechte und Rechtsbehelfe, die für Verbraucher und andere Personen, auf die sich KI-Systeme negativ auswirken können, gemäß diesem Unionsrecht vorgesehen sind, auch in Bezug auf einen möglichen Schadenersatz gemäß der Richtlinie 85/374/EWG des Rates ([10]) unberührt und in vollem Umfang anwendbar. Darüber hinaus und unter Einhaltung des Unionsrechts in Bezug auf Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen, einschließlich des Gesundheitsschutzes und der Sicherheit am Arbeitsplatz sowie der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sollte diese Verordnung daher — was Beschäftigung und den Schutz von Arbeitnehmern angeht — das Unionsrecht im Bereich der Sozialpolitik und die nationalen Arbeitsrechtsvorschriften nicht berühren. Diese Verordnung sollte auch die Ausübung der in den Mitgliedstaaten und auf Unionsebene anerkannten Grundrechte, einschließlich des Rechts oder der Freiheit zum Streik oder zur Durchführung anderer Maßnahmen, die im Rahmen der spezifischen Systeme der Mitgliedstaaten im Bereich der Arbeitsbeziehungen vorgesehen sind, sowie das Recht, im Einklang mit nationalem Recht Kollektivvereinbarungen auszuhandeln, abzuschließen und durchzusetzen oder kollektive Maßnahmen zu ergreifen, nicht beeinträchtigen. Diese Verordnung sollte die in einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Plattformarbeit enthaltenen Bestimmungen nicht berühren. Darüber hinaus zielt diese Verordnung darauf ab, die Wirksamkeit dieser bestehenden Rechte und Rechtsbehelfe zu stärken, indem bestimmte Anforderungen und Pflichten, auch in Bezug auf die Transparenz, die technische Dokumentation und das Führen von Aufzeichnungen von KI-Systemen, festgelegt werden. Ferner sollten die in dieser Verordnung festgelegten Pflichten der verschiedenen Akteure, die an der KI-Wertschöpfungskette beteiligt sind, unbeschadet der nationalen Rechtsvorschriften unter Einhaltung des Unionsrechts angewandt werden, wodurch die Verwendung bestimmter KI-Systeme begrenzt wird, wenn diese Rechtsvorschriften nicht in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallen oder mit ihnen andere legitime Ziele des öffentlichen Interesses verfolgt werden als in dieser Verordnung. So sollten etwa die nationalen arbeitsrechtlichen Vorschriften und die Rechtsvorschriften zum Schutz Minderjähriger, nämlich Personen unter 18 Jahren, unter Berücksichtigung der Allgemeinen Bemerkung Nr. 25 (2021) des UNCRC über die Rechte der Kinder im digitalen Umfeld von dieser Verordnung unberührt bleiben, sofern sie nicht spezifisch KI-Systeme betreffen und mit ihnen andere legitime Ziele des öffentlichen Interesses verfolgt werden.

(10) Das Grundrecht auf Schutz personenbezogener Daten wird insbesondere durch die Verordnungen (EU) 2016/679 ([11]) und (EU) 2018/1725 ([12]) des Europäischen Parlaments und des Rates und die Richtlinie (EU) 2016/680 des Europäischen Parlaments und des Rates ([13]) gewahrt. Die Richtlinie 2002/58/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ([14]) schützt darüber hinaus die Privatsphäre und die Vertraulichkeit der Kommunikation, auch durch Bedingungen für die Speicherung personenbezogener und nicht personenbezogener Daten auf Endgeräten und den Zugang dazu. Diese Rechtsakte der Union bieten die Grundlage für eine nachhaltige und verantwortungsvolle Datenverarbeitung, auch wenn Datensätze eine Mischung aus personenbezogenen und nicht-personenbezogenen Daten enthalten. Diese Verordnung soll die Anwendung des bestehenden Unionsrechts zur Verarbeitung personenbezogener Daten, einschließlich der Aufgaben und Befugnisse der unabhängigen Aufsichtsbehörden, die für die Überwachung der Einhaltung dieser Instrumente zuständig sind, nicht berühren. Sie lässt ferner die Pflichten der Anbieter und Betreiber von KI-Systemen in ihrer Rolle als Verantwortliche oder Auftragsverarbeiter, die sich aus dem Unionsrecht oder dem nationalen Recht über den Schutz personenbezogener Daten ergeben, unberührt, soweit die Konzeption, die Entwicklung oder die Verwendung von KI-Systemen die Verarbeitung personenbezogener Daten

([7]) Verordnung (EG) Nr. 765/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über die Vorschriften für die Akkreditierung und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 339/93 des Rates (ABl. L 218 vom 13.8.2008, S. 30).

([8]) Beschluss Nr. 768/2008/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über einen gemeinsamen Rechtsrahmen für die Vermarktung von Produkten und zur Aufhebung des Beschlusses 93/465/EWG des Rates (ABl. L 218 vom 13.8.2008, S. 82).

([9]) Verordnung (EU) 2019/1020 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über Marktüberwachung und die Konformität von Produkten sowie zur Änderung der Richtlinie 2004/42/EG und der Verordnungen (EG) Nr. 765/2008 und (EU) Nr. 305/2011 (ABl. L 169 vom 25.6.2019, S. 1).

([10]) Richtlinie 85/374/EWG des Rates vom 25. Juli 1985 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Haftung für fehlerhafte Produkte (ABl. L 210 vom 7.8.1985, S. 29).

([11]) Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1).

([12]) Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und des Beschlusses Nr. 1247/2002/EG (ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 39).

([13]) Richtlinie (EU) 2016/680 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung sowie zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2008/977/JI des Rates (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 89).

([14]) Richtlinie 2002/58/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 2002 über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation (Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation) (ABl. L 201 vom 31.7.2002, S. 37).

umfasst. Ferner sollte klargestellt werden, dass betroffene Personen weiterhin über alle Rechte und Garantien verfügen, die ihnen durch dieses Unionsrecht gewährt werden, einschließlich der Rechte im Zusammenhang mit der ausschließlich automatisierten Entscheidungsfindung im Einzelfall und dem Profiling. Harmonisierte Vorschriften für das Inverkehrbringen, die Inbetriebnahme und die Verwendung von KI-Systemen, die im Rahmen dieser Verordnung festgelegt werden, sollten die wirksame Durchführung erleichtern und die Ausübung der Rechte betroffener Personen und anderer Rechtsbehelfe, die im Unionsrecht über den Schutz personenbezogener Daten und anderer Grundrechte garantiert sind, ermöglichen.

(11) Diese Verordnung sollte die Bestimmungen über die Verantwortlichkeit der Anbieter von Vermittlungsdiensten gemäß der Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates ([15]) unberührt lassen.

(12) Der Begriff „KI-System“ in dieser Verordnung sollte klar definiert und eng mit der Tätigkeit internationaler Organisationen abgestimmt werden, die sich mit KI befassen, um Rechtssicherheit, mehr internationale Konvergenz und hohe Akzeptanz sicherzustellen und gleichzeitig Flexibilität zu bieten, um den raschen technologischen Entwicklungen in diesem Bereich Rechnung zu tragen. Darüber hinaus sollte die Begriffsbestimmung auf den wesentlichen Merkmalen der KI beruhen, die sie von einfacheren herkömmlichen Softwaresystemen und Programmierungsansätzen abgrenzen, und sollte sich nicht auf Systeme beziehen, die auf ausschließlich von natürlichen Personen definierten Regeln für das automatische Ausführen von Operationen beruhen. Ein wesentliches Merkmal von KI-Systemen ist ihre Fähigkeit, abzuleiten. Diese Fähigkeit bezieht sich auf den Prozess der Erzeugung von Ausgaben, wie Vorhersagen, Inhalte, Empfehlungen oder Entscheidungen, die physische und digitale Umgebungen beeinflussen können, sowie auf die Fähigkeit von KI-Systemen, Modelle oder Algorithmen oder beides aus Eingaben oder Daten abzuleiten. Zu den Techniken, die während der Gestaltung eines KI-Systems das Ableiten ermöglichen, gehören Ansätze für maschinelles Lernen, wobei aus Daten gelernt wird, wie bestimmte Ziele erreicht werden können, sowie logik- und wissensgestützte Konzepte, wobei aus kodierten Informationen oder symbolischen Darstellungen der zu lösenden Aufgabe abgeleitet wird. Die Fähigkeit eines KI-Systems, abzuleiten, geht über die einfache Datenverarbeitung hinaus, indem Lern-, Schlussfolgerungs- und Modellierungsprozesse ermöglicht werden. Die Bezeichnung „maschinenbasiert“ bezieht sich auf die Tatsache, dass KI-Systeme von Maschinen betrieben werden. Durch die Bezugnahme auf explizite oder implizite Ziele wird betont, dass KI-Systeme gemäß explizit festgelegten Zielen oder gemäß impliziten Zielen arbeiten können. Die Ziele des KI-Systems können sich — unter bestimmten Umständen — von der Zweckbestimmung des KI-Systems unterscheiden. Für die Zwecke dieser Verordnung sollten Umgebungen als Kontexte verstanden werden, in denen KI-Systeme betrieben werden, während die von einem KI-System erzeugten Ausgaben verschiedene Funktionen von KI-Systemen widerspiegeln, darunter Vorhersagen, Inhalte, Empfehlungen oder Entscheidungen. KI-Systeme sind mit verschiedenen Graden der Autonomie ausgestattet, was bedeutet, dass sie bis zu einem gewissen Grad unabhängig von menschlichem Zutun agieren und in der Lage sind, ohne menschliches Eingreifen zu arbeiten. Die Anpassungsfähigkeit, die ein KI-System nach Inbetriebnahme aufweisen könnte, bezieht sich auf seine Lernfähigkeit, durch sie es sich während seiner Verwendung verändern kann. KI-Systeme können eigenständig oder als Bestandteil eines Produkts verwendet werden, unabhängig davon, ob das System physisch in das Produkt integriert (eingebettet) ist oder der Funktion des Produkts dient, ohne darin integriert zu sein (nicht eingebettet).

(13) Der in dieser Verordnung verwendete Begriff „Betreiber“ sollte als eine natürliche oder juristische Person, einschließlich Behörden, Einrichtungen oder sonstiger Stellen, die ein KI-System unter ihrer Befugnis verwenden, verstanden werden, es sei denn das KI-System wird im Rahmen einer persönlichen und nicht beruflichen Tätigkeit verwendet. Je nach Art des KI-Systems kann sich dessen Verwendung auf andere Personen als den Betreiber auswirken.

(14) Der in dieser Verordnung verwendete Begriff „biometrische Daten“ sollte im Sinne des Begriffs „biometrische Daten“ nach Artikel 4 Nummer 14 der Verordnung (EU) 2016/679, Artikel 3 Nummer 18 der Verordnung (EU) 2018/1725 und Artikel 3 Nummer 13 der Richtlinie (EU) 2016/680 ausgelegt werden. Biometrische Daten können die Authentifizierung, Identifizierung oder Kategorisierung natürlicher Personen und die Erkennung von Emotionen natürlicher Personen ermöglichen.

(15) Der Begriff „biometrische Identifizierung“ sollte gemäß dieser Verordnung als automatische Erkennung physischer, physiologischer und verhaltensbezogener menschlicher Merkmale wie Gesicht, Augenbewegungen, Körperform, Stimme, Prosodie, Gang, Haltung, Herzfrequenz, Blutdruck, Geruch, charakteristischer Tastenanschlag zum Zweck der Überprüfung der Identität einer Person durch Abgleich der biometrischen Daten der entsprechenden Person mit den in einer Datenbank gespeicherten biometrischen Daten definiert werden, unabhängig davon, ob die Einzelperson ihre Zustimmung dazu gegeben hat oder nicht. Dies umfasst keine KI-Systeme, die bestimmungsgemäß für die biometrische Verifizierung, wozu die Authentifizierung gehört, verwendet werden sollen, deren einziger Zweck darin besteht, zu bestätigen, dass eine bestimmte natürliche Person die Person ist, für die sie sich ausgibt, sowie zur Bestätigung der Identität einer natürlichen Person zu dem alleinigen Zweck Zugang zu einem Dienst zu erhalten, ein Gerät zu entriegeln oder Sicherheitszugang zu Räumlichkeiten zu erhalten.

([15]) Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste) (ABl. L 277 vom 27.10.2022, S. 1).

(16) Der Begriff „biometrischen Kategorisierung“ sollte im Sinne dieser Verordnung die Zuordnung natürlicher Personen auf der Grundlage ihrer biometrischen Daten zu bestimmten Kategorien bezeichnen. Diese bestimmten Kategorien können Aspekte wie Geschlecht, Alter, Haarfarbe, Augenfarbe, Tätowierungen, Verhaltens- oder Persönlichkeitsmerkmale, Sprache, Religion, Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, sexuelle oder politische Ausrichtung betreffen. Dies gilt nicht für Systeme zur biometrischen Kategorisierung, bei denen es sich um eine reine Nebenfunktion handelt, die untrennbar mit einem anderen kommerziellen Dienst verbunden ist, d. h. die Funktion kann aus objektiven technischen Gründen nicht ohne den Hauptdienst verwendet werden und die Integration dieses Merkmals oder dieser Funktion dient nicht dazu, die Anwendbarkeit der Vorschriften dieser Verordnung zu umgehen. Beispielsweise könnten Filter zur Kategorisierung von Gesichts- oder Körpermerkmalen, die auf Online-Marktplätzen verwendet werden, eine solche Nebenfunktion darstellen, da sie nur im Zusammenhang mit der Hauptdienstleistung verwendet werden können, die darin besteht, ein Produkt zu verkaufen, indem es dem Verbraucher ermöglicht wird, zu sehen, wie das Produkt an seiner Person aussieht, und ihm so zu helfen, eine Kaufentscheidung zu treffen. Filter, die in sozialen Netzwerken eingesetzt werden und Gesichts- oder Körpermerkmale kategorisieren, um es den Nutzern zu ermöglichen, Bilder oder Videos hinzuzufügen oder zu verändern, können ebenfalls als Nebenfunktion betrachtet werden, da ein solcher Filter nicht ohne die Hauptdienstleistung sozialer Netzwerke verwendet werden kann, die in der Weitergabe von Online-Inhalten besteht.

(17) Der in dieser Verordnung verwendete Begriff „biometrisches Fernidentifizierungssystem“ sollte funktional definiert werden als KI-System, das dem Zweck dient, natürliche Personen ohne ihre aktive Einbeziehung in der Regel aus der Ferne durch Abgleich der biometrischen Daten einer Person mit den in einer Referenzdatenbank gespeicherten biometrischen Daten zu identifizieren, unabhängig davon, welche Technologie, Verfahren oder Arten biometrischer Daten dazu verwendet werden. Diese biometrischen Fernidentifizierungssysteme werden in der Regel zur zeitgleichen Erkennung mehrerer Personen oder ihrer Verhaltensweisen verwendet, um die Identifizierung natürlicher Personen ohne ihre aktive Einbeziehung erheblich zu erleichtern. Dies umfasst keine KI-Systeme, die bestimmungsgemäß für die biometrische Verifizierung, wozu die Authentifizierung gehört, verwendet werden sollen, deren einziger Zweck darin besteht, zu bestätigen, dass eine bestimmte natürliche Person die Person ist, für die sie sich ausgibt, sowie zur Bestätigung der Identität einer natürlichen Person zu dem alleinigen Zweck Zugang zu einem Dienst zu erhalten, ein Gerät zu entriegeln oder Sicherheitszugang zu Räumlichkeiten zu erhalten. Diese Ausnahme wird damit begründet, dass diese Systeme im Vergleich zu biometrischen Fernidentifizierungssystemen, die zur Verarbeitung biometrischer Daten einer großen Anzahl von Personen ohne ihre aktive Einbeziehung verwendet werden können, geringfügige Auswirkungen auf die Grundrechte natürlicher Personen haben dürften. Bei „Echtzeit-Systemen“ erfolgen die Erfassung der biometrischen Daten, der Abgleich und die Identifizierung zeitgleich, nahezu zeitgleich oder auf jeden Fall ohne erhebliche Verzögerung. In diesem Zusammenhang sollte es keinen Spielraum für eine Umgehung der Bestimmungen dieser Verordnung über die „Echtzeit-Nutzung“ der betreffenden KI-Systeme geben, indem kleinere Verzögerungen vorgesehen werden. „Echtzeit-Systeme“ umfassen die Verwendung von „Live-Material“ oder „Near-live-Material“ wie etwa Videoaufnahmen, die von einer Kamera oder einem anderen Gerät mit ähnlicher Funktion erzeugt werden. Bei Systemen zur nachträglichen Identifizierung hingegen wurden die biometrischen Daten schon zuvor erfasst und der Abgleich und die Identifizierung erfolgen erst mit erheblicher Verzögerung. Dabei handelt es sich um Material wie etwa Bild- oder Videoaufnahmen, die von Video-Überwachungssystemen oder privaten Geräten vor der Anwendung des Systems auf die betroffenen natürlichen Personen erzeugt wurden.

(18) Der in dieser Verordnung verwendete Begriff „Emotionserkennungssystem“ sollte als ein KI-System definiert werden, das dem Zweck dient, Emotionen oder Absichten natürlicher Personen auf der Grundlage ihrer biometrischen Daten festzustellen oder daraus abzuleiten. In diesem Begriff geht es um Emotionen oder Absichten wie Glück, Trauer, Wut, Überraschung, Ekel, Verlegenheit, Aufregung, Scham, Verachtung, Zufriedenheit und Vergnügen. Dies umfasst nicht physische Zustände wie Schmerz oder Ermüdung, einschließlich beispielsweise Systeme, die zur Erkennung des Zustands der Ermüdung von Berufspiloten oder -fahrern eigesetzt werden, um Unfälle zu verhindern. Es geht dabei auch nicht um die bloße Erkennung offensichtlicher Ausdrucksformen, Gesten und Bewegungen, es sei denn, sie werden zum Erkennen oder Ableiten von Emotionen verwendet. Bei diesen Ausdrucksformen kann es sich um einfache Gesichtsausdrücke wie ein Stirnrunzeln oder ein Lächeln oder um Gesten wie Hand-, Arm- oder Kopfbewegungen oder um die Stimmmerkmale einer Person handeln, wie eine erhobene Stimme oder ein Flüstern.

(19) Für die Zwecke dieser Verordnung sollte der Begriff „öffentlich zugänglicher Raum“ so verstanden werden, dass er sich auf einen einer unbestimmten Anzahl natürlicher Personen zugänglichen physischen Ort bezieht, unabhängig davon, ob er sich in privatem oder öffentlichem Eigentum befindet, unabhängig von den Tätigkeiten, für die der Ort verwendet werden kann; dazu zählen Bereiche wie etwa für Gewerbe, etwa Geschäfte, Restaurants, Cafés, für Dienstleistungen, etwa Banken, berufliche Tätigkeiten, Gastgewerbe, für Sport, etwa Schwimmbäder, Fitnessstudios, Stadien, für Verkehr, etwa Bus- und U-Bahn-Haltestellen, Bahnhöfe, Flughäfen, Transportmittel, für Unterhaltung, etwa Kinos, Theater, Museen, Konzert- und Konferenzsäle oder für Freizeit oder Sonstiges, etwa öffentliche Straßen und Plätze, Parks, Wälder, Spielplätze. Ein Ort sollte auch als öffentlich zugänglich eingestuft werden, wenn der Zugang, unabhängig von möglichen Kapazitäts- oder Sicherheitsbeschränkungen, bestimmten im Voraus festgelegten Bedingungen unterliegt, die von einer unbestimmten Anzahl von Personen erfüllt werden können, etwa durch den Kauf eines Fahrscheins, die vorherige Registrierung oder die Erfüllung eines Mindestalters. Dahingegen sollte ein Ort nicht als öffentlich zugänglich gelten, wenn der Zugang auf natürliche Personen beschränkt ist, die entweder im Unionsrecht oder im nationalen Recht, das direkt mit der öffentlichen Sicherheit zusammenhängt, oder im Rahmen einer eindeutigen Willenserklärung der Person, die die entsprechende Befugnis

über den Ort ausübt, bestimmt und festgelegt werden. Die tatsächliche Zugangsmöglichkeit allein, etwa eine unversperrte Tür oder ein offenes Zauntor, bedeutet nicht, dass der Ort öffentlich zugänglich ist, wenn aufgrund von Hinweisen oder Umständen das Gegenteil nahegelegt wird (etwa Schilder, die den Zugang verbieten oder einschränken). Unternehmens- und Fabrikgelände sowie Büros und Arbeitsplätze, die nur für die betreffenden Mitarbeiter und Dienstleister zugänglich sein sollen, sind Orte, die nicht öffentlich zugänglich sind. Justizvollzugsanstalten und Grenzkontrollbereiche sollten nicht zu den öffentlich zugänglichen Orten zählen. Einige andere Gebiete können sowohl öffentlich zugängliche als auch nicht öffentlich zugängliche Orte umfassen, etwa die Gänge eines privaten Wohngebäudes, deren Zugang erforderlich ist, um zu einer Arztpraxis zu gelangen, oder Flughäfen. Online-Räume werden nicht erfasst, da es sich nicht um physische Räume handelt. Ob ein bestimmter Raum öffentlich zugänglich ist, sollte jedoch von Fall zu Fall unter Berücksichtigung der Besonderheiten der jeweiligen individuellen Situation entschieden werden.

(20) Um den größtmöglichen Nutzen aus KI-Systemen zu ziehen und gleichzeitig die Grundrechte, Gesundheit und Sicherheit zu wahren und eine demokratische Kontrolle zu ermöglichen, sollte die KI-Kompetenz Anbieter, Betreiber und betroffene Personen mit den notwendigen Konzepten ausstatten, um fundierte Entscheidungen über KI-Systeme zu treffen. Diese Konzepte können in Bezug auf den jeweiligen Kontext unterschiedlich sein und das Verstehen der korrekten Anwendung technischer Elemente in der Entwicklungsphase des KI-Systems, der bei seiner Verwendung anzuwendenden Maßnahmen und der geeigneten Auslegung der Ausgaben des KI-Systems umfassen sowie — im Falle betroffener Personen — das nötige Wissen, um zu verstehen, wie sich mithilfe von KI getroffene Entscheidungen auf sie auswirken werden. Im Zusammenhang mit der Anwendung dieser Verordnung sollte die KI-Kompetenz allen einschlägigen Akteuren der KI-Wertschöpfungskette die Kenntnisse vermitteln, die erforderlich sind, um die angemessene Einhaltung und die ordnungsgemäße Durchsetzung der Verordnung sicherzustellen. Darüber hinaus könnten die umfassende Umsetzung von KI-Kompetenzmaßnahmen und die Einführung geeigneter Folgemaßnahmen dazu beitragen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und letztlich die Konsolidierung und den Innovationspfad vertrauenswürdiger KI in der Union unterstützen. Ein Europäisches Gremium für Künstliche Intelligenz (im Folgenden „KI-Gremium“) sollte die Kommission dabei unterstützen, KI-Kompetenzinstrumente sowie die Sensibilisierung und Aufklärung der Öffentlichkeit in Bezug auf die Vorteile, Risiken, Schutzmaßnahmen, Rechte und Pflichten im Zusammenhang mit der Nutzung von KI-Systeme zu fördern. In Zusammenarbeit mit den einschlägigen Interessenträgern sollten die Kommission und die Mitgliedstaaten die Ausarbeitung freiwilliger Verhaltenskodizes erleichtern, um die KI-Kompetenz von Personen, die mit der Entwicklung, dem Betrieb und der Verwendung von KI befasst sind, zu fördern.

(21) Um gleiche Wettbewerbsbedingungen und einen wirksamen Schutz der Rechte und Freiheiten von Einzelpersonen in der gesamten Union zu gewährleisten, sollten die in dieser Verordnung festgelegten Vorschriften in nichtdiskriminierender Weise für Anbieter von KI-Systemen — unabhängig davon, ob sie in der Union oder in einem Drittland niedergelassen sind — und für Betreiber von KI-Systemen, die in der Union niedergelassen sind, gelten.

(22) Angesichts ihres digitalen Charakters sollten bestimmte KI-Systeme in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallen, selbst wenn sie in der Union weder in Verkehr gebracht noch in Betrieb genommen oder verwendet werden. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn ein in der Union niedergelassener Akteur bestimmte Dienstleistungen an einen in einem Drittland niedergelassenen Akteur im Zusammenhang mit einer Tätigkeit vergibt, die von einem KI-System ausgeübt werden soll, das als hochriskant einzustufen wäre. Unter diesen Umständen könnte das von dem Akteur in einem Drittland betriebene KI-System Daten verarbeiten, die rechtmäßig in der Union erhoben und aus der Union übertragen wurden, und dem vertraglichen Akteur in der Union die aus dieser Verarbeitung resultierende Ausgabe dieses KI-Systems liefern, ohne dass dieses KI-System dabei in der Union in Verkehr gebracht, in Betrieb genommen oder verwendet würde. Um die Umgehung dieser Verordnung zu verhindern und einen wirksamen Schutz in der Union ansässiger natürlicher Personen zu gewährleisten, sollte diese Verordnung auch für Anbieter und Betreiber von KI-Systemen gelten, die in einem Drittland niedergelassen sind, soweit beabsichtigt wird, die von diesem System erzeugte Ausgabe in der Union zu verwenden. Um jedoch bestehenden Vereinbarungen und besonderen Erfordernissen für die künftige Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern, mit denen Informationen und Beweismittel ausgetauscht werden, Rechnung zu tragen, sollte diese Verordnung nicht für Behörden eines Drittlands und internationale Organisationen gelten, wenn sie im Rahmen der Zusammenarbeit oder internationaler Übereinkünfte tätig werden, die auf Unionsebene oder nationaler Ebene für die Zusammenarbeit mit der Union oder den Mitgliedstaaten im Bereich der Strafverfolgung und der justiziellen Zusammenarbeit geschlossen wurden, vorausgesetzt dass dieses Drittland oder diese internationale Organisationen angemessene Garantien in Bezug auf den Schutz der Grundrechte und -freiheiten von Einzelpersonen bieten. Dies kann gegebenenfalls Tätigkeiten von Einrichtungen umfassen, die von Drittländern mit der Wahrnehmung bestimmter Aufgaben zur Unterstützung dieser Zusammenarbeit im Bereich der Strafverfolgung und der justiziellen Zusammenarbeit betraut wurden. Ein solcher Rahmen für die Zusammenarbeit oder für Übereinkünfte wurde bilateral zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern oder zwischen der Europäischen Union, Europol und anderen Agenturen der Union und Drittländern und internationalen Organisationen erarbeitet. Die Behörden, die nach dieser Verordnung für die Aufsicht über die Strafverfolgungs- und Justizbehörden zuständig sind, sollten prüfen, ob diese Rahmen für die Zusammenarbeit oder internationale Übereinkünfte angemessene Garantien in Bezug auf den Schutz der Grundrechte und -freiheiten von Einzelpersonen enthalten. Empfangende nationale Behörden und Organe, Einrichtungen sowie sonstige Stellen der Union, die diese Ausgaben in der Union verwenden, sind weiterhin dafür verantwortlich, sicherzustellen, dass ihre

Verwendung mit Unionsrecht vereinbar ist. Wenn diese internationalen Übereinkünfte überarbeitet oder wenn künftig neue Übereinkünfte geschlossen werden, sollten die Vertragsparteien größtmögliche Anstrengungen unternehmen, um diese Übereinkünfte an die Anforderungen dieser Verordnung anzugleichen.

(23) Diese Verordnung sollte auch für Organe, Einrichtungen und sonstige Stellen der Union gelten, wenn sie als Anbieter oder Betreiber eines KI-Systems auftreten.

(24) Wenn und soweit KI-Systeme mit oder ohne Änderungen für Zwecke in den Bereichen Militär, Verteidigung oder nationale Sicherheit in Verkehr gebracht, in Betrieb genommen oder verwendet werden, sollten sie vom Anwendungsbereich dieser Verordnung ausgenommen werden, unabhängig von der Art der Einrichtung, die diese Tätigkeiten ausübt, etwa ob es sich um eine öffentliche oder private Einrichtung handelt. In Bezug auf die Zwecke in den Bereichen Militär und Verteidigung gründet sich die Ausnahme sowohl auf Artikel 4 Absatz 2 EUV als auch auf die Besonderheiten der Verteidigungspolitik der Mitgliedstaaten und der in Titel V Kapitel 2 EUV abgedeckten gemeinsamen Verteidigungspolitik der Union, die dem Völkerrecht unterliegen, was daher den geeigneteren Rechtsrahmen für die Regulierung von KI-Systemen im Zusammenhang mit der Anwendung tödlicher Gewalt und sonstigen KI-Systemen im Zusammenhang mit Militär- oder Verteidigungstätigkeiten darstellt. In Bezug auf die Zwecke im Bereich nationale Sicherheit gründet sich die Ausnahme sowohl auf die Tatsache, dass die nationale Sicherheit gemäß Artikel 4 Absatz 2 EUV weiterhin in die alleinige Verantwortung der Mitgliedstaaten fällt, als auch auf die besondere Art und die operativen Bedürfnisse der Tätigkeiten im Bereich der nationalen Sicherheit und der spezifischen nationalen Vorschriften für diese Tätigkeiten. Wird ein KI-System, das für Zwecke in den Bereichen Militär, Verteidigung oder nationale Sicherheit entwickelt, in Verkehr gebracht, in Betrieb genommen oder verwendet wird, jedoch vorübergehend oder ständig für andere Zwecke verwendet, etwa für zivile oder humanitäre Zwecke oder für Zwecke der Strafverfolgung oder öffentlichen Sicherheit, so würde dieses System in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallen. In diesem Fall sollte die Einrichtung, die das KI-System für andere Zwecke als Zwecke in den Bereichen Militär, Verteidigung oder nationale Sicherheit verwendet, die Konformität des KI-Systems mit dieser Verordnung sicherstellen, es sei denn, das System entspricht bereits dieser Verordnung. KI-Systeme, die für einen ausgeschlossenen Zweck, nämlich Militär, Verteidigung oder nationale Sicherheit, und für einen oder mehrere nicht ausgeschlossene Zwecke, etwa zivile Zwecke oder Strafverfolgungszwecke, in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen werden, fallen in den Anwendungsbereich dieser Verordnung, und Anbieter dieser Systeme sollten die Einhaltung dieser Verordnung sicherstellen. In diesen Fällen sollte sich die Tatsache, dass ein KI-System in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fällt, nicht darauf auswirken, dass Einrichtungen, die Tätigkeiten in den Bereichen nationale Sicherheit, Verteidigung oder Militär ausüben, KI-Systeme für Zwecke in den Bereichen nationale Sicherheit, Militär und Verteidigung verwenden können, unabhängig von der Art der Einrichtung, die diese Tätigkeiten ausübt, wobei die Verwendung vom Anwendungsbereich dieser Verordnung ausgenommen ist. Ein KI-System, das für zivile Zwecke oder Strafverfolgungszwecke in Verkehr gebracht wurde und mit oder ohne Änderungen für Zwecke in den Bereichen Militär, Verteidigung oder nationale Sicherheit verwendet wird, sollte nicht in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallen, unabhängig von der Art der Einrichtung, die diese Tätigkeiten ausübt.

(25) Diese Verordnung sollte die Innovation fördern, die Freiheit der Wissenschaft achten und Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten nicht untergraben. Daher müssen KI-Systeme und -Modelle, die eigens für den alleinigen Zweck der wissenschaftlichen Forschung und Entwicklung entwickelt und in Betrieb genommen werden, vom Anwendungsbereich der Verordnung ausgenommen werden. Ferner muss sichergestellt werden, dass sich die Verordnung nicht anderweitig auf Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten zu KI-Systemen und -Modellen auswirkt, bevor diese in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen werden. Hinsichtlich produktorientierter Forschungs-, Test- und Entwicklungstätigkeiten in Bezug auf KI-Systeme oder -Modelle sollten die Bestimmungen dieser Verordnung auch nicht vor der Inbetriebnahme oder dem Inverkehrbringen dieser Systeme und Modelle gelten. Diese Ausnahme berührt weder die Pflicht zur Einhaltung dieser Verordnung, wenn ein KI-System, das in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fällt, infolge solcher Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen wird, noch die Anwendung der Bestimmungen zu KI-Reallaboren und zu Tests unter Realbedingungen. Darüber hinaus sollte unbeschadet der Ausnahme in Bezug auf KI-Systeme, die eigens für den alleinigen Zweck der wissenschaftlichen Forschung und Entwicklung entwickelt und in Betrieb genommen werden, jedes andere KI-System, das für die Durchführung von Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten verwendet werden könnte, den Bestimmungen dieser Verordnung unterliegen. In jedem Fall sollten jegliche Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten gemäß anerkannten ethischen und professionellen Grundsätzen für die wissenschaftliche Forschung und unter Wahrung des geltenden Unionsrechts ausgeführt werden.

(26) Um ein verhältnismäßiges und wirksames verbindliches Regelwerk für KI-Systeme einzuführen, sollte ein klar definierter risikobasierter Ansatz verfolgt werden. Bei diesem Ansatz sollten Art und Inhalt solcher Vorschriften auf die Intensität und den Umfang der Risiken zugeschnitten werden, die von KI-Systemen ausgehen können. Es ist daher notwendig, bestimmte inakzeptable Praktiken im Bereich der KI zu verbieten und Anforderungen an Hochrisiko-KI-Systeme und Pflichten für die betreffenden Akteure sowie Transparenzpflichten für bestimmte KI-Systeme festzulegen.

(27) Während der risikobasierte Ansatz die Grundlage für ein verhältnismäßiges und wirksames verbindliches Regelwerk bildet, muss auch auf die Ethikleitlinien für vertrauenswürdige KI von 2019 der von der Kommission eingesetzten unabhängigen hochrangigen Expertengruppe für künstliche Intelligenz verwiesen werden. In diesen Leitlinien hat die hochrangige Expertengruppe sieben unverbindliche ethische Grundsätze für KI entwickelt, die dazu beitragen sollten, dass KI vertrauenswürdig und ethisch vertretbar ist. Zu den sieben Grundsätzen gehören: menschliches Handeln und menschliche Aufsicht, technische Robustheit und Sicherheit, Privatsphäre und Daten-Governance, Transparenz, Vielfalt, Nichtdiskriminierung und Fairness, soziales und ökologisches Wohlergehen sowie Rechenschaftspflicht. Unbeschadet der rechtsverbindlichen Anforderungen dieser Verordnung und anderer geltender Rechtsvorschriften der Union tragen diese Leitlinien zur Gestaltung kohärenter, vertrauenswürdiger und menschenzentrierter KI bei im Einklang mit der Charta und den Werten, auf die sich die Union gründet. Nach den Leitlinien der hochrangigen Expertengruppe bedeutet „menschliches Handeln und menschliche Aufsicht“, dass ein KI-System entwickelt und als Instrument verwendet wird, das den Menschen dient, die Menschenwürde und die persönliche Autonomie achtet und so funktioniert, dass es von Menschen angemessen kontrolliert und überwacht werden kann. „Technische Robustheit und Sicherheit“ bedeutet, dass KI-Systeme so entwickelt und verwendet werden, dass sie im Fall von Schwierigkeiten robust sind und widerstandsfähig gegen Versuche, die Verwendung oder Leistung des KI-Systems so zu verändern, dass dadurch die unrechtmäßige Verwendung durch Dritte ermöglicht wird, und dass ferner unbeabsichtigte Schäden minimiert werden. „Privatsphäre und Daten-Governance“ bedeutet, dass KI-Systeme im Einklang mit den geltenden Vorschriften zum Schutz der Privatsphäre und zum Datenschutz entwickelt und verwendet werden und dabei Daten verarbeiten, die hohen Qualitäts- und Integritätsstandards genügen. „Transparenz“ bedeutet, dass KI-Systeme so entwickelt und verwendet werden, dass sie angemessen nachvollziehbar und erklärbar sind, wobei den Menschen bewusst gemacht werden muss, dass sie mit einem KI-System kommunizieren oder interagieren, und dass die Betreiber ordnungsgemäß über die Fähigkeiten und Grenzen des KI-Systems informieren und die betroffenen Personen über ihre Rechte in Kenntnis setzen müssen. „Vielfalt, Nichtdiskriminierung und Fairness“ bedeutet, dass KI-Systeme in einer Weise entwickelt und verwendet werden, die unterschiedliche Akteure einbezieht und den gleichberechtigten Zugang, die Geschlechtergleichstellung und die kulturelle Vielfalt fördert, wobei diskriminierende Auswirkungen und unfaire Verzerrungen, die nach Unionsrecht oder nationalem Recht verboten sind, verhindert werden. „Soziales und ökologisches Wohlergehen“ bedeutet, dass KI-Systeme in nachhaltiger und umweltfreundlicher Weise und zum Nutzen aller Menschen entwickelt und verwendet werden, wobei die langfristigen Auswirkungen auf den Einzelnen, die Gesellschaft und die Demokratie überwacht und bewertet werden. Die Anwendung dieser Grundsätze sollte, soweit möglich, in die Gestaltung und Verwendung von KI-Modellen einfließen. Sie sollten in jedem Fall als Grundlage für die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes im Rahmen dieser Verordnung dienen. Alle Interessenträger, einschließlich der Industrie, der Wissenschaft, der Zivilgesellschaft und der Normungsorganisationen, werden aufgefordert, die ethischen Grundsätze bei der Entwicklung freiwilliger bewährter Verfahren und Normen, soweit angebracht, zu berücksichtigen.

(28) Abgesehen von den zahlreichen nutzbringenden Verwendungsmöglichkeiten von KI kann diese Technologie auch missbraucht werden und neue und wirkungsvolle Instrumente für manipulative, ausbeuterische und soziale Kontrollpraktiken bieten. Solche Praktiken sind besonders schädlich und missbräuchlich und sollten verboten werden, weil sie im Widerspruch zu den Werten der Union stehen, nämlich der Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie der in der Charta verankerten Grundrechte, einschließlich des Rechts auf Nichtdiskriminierung, Datenschutz und Privatsphäre sowie der Rechte des Kindes.

(29) KI-gestützte manipulative Techniken können dazu verwendet werden, Personen zu unerwünschten Verhaltensweisen zu bewegen oder sie zu täuschen, indem sie in einer Weise zu Entscheidungen angeregt werden, die ihre Autonomie, Entscheidungsfindung und freie Auswahl untergräbt und beeinträchtigt. Das Inverkehrbringen, die Inbetriebnahme oder die Verwendung bestimmter KI-Systeme, die das Ziel oder die Auswirkung haben, menschliches Verhalten maßgeblich nachteilig zu beeinflussen, und große Schäden, insbesondere erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die physische und psychische Gesundheit oder auf die finanziellen Interessen verursachen dürften, ist besonders gefährlich und sollte dementsprechend verboten werden. Solche KI-Systeme setzen auf eine unterschwellige Beeinflussung, beispielweise durch Reize in Form von Ton-, Bild- oder Videoinhalten, die für Menschen nicht erkennbar sind, da diese Reize außerhalb ihres Wahrnehmungsbereichs liegen, oder auf andere Arten manipulativer oder täuschender Beeinflussung, die ihre Autonomie, Entscheidungsfindung oder freie Auswahl in einer Weise untergraben und beeinträchtigen, die sich ihrer bewussten Wahrnehmung entzieht oder deren Einfluss — selbst wenn sie sich seiner bewusst sind — sie nicht kontrollieren oder widerstehen können. Dies könnte beispielsweise durch Gehirn-Computer-Schnittstellen oder virtuelle Realität erfolgen, da diese ein höheres Maß an Kontrolle darüber ermöglichen, welche Reize den Personen, insofern diese das Verhalten der Personen in erheblichem Maße schädlich beeinflussen können, angeboten werden. Ferner können KI-Systeme auch anderweitig die Vulnerabilität einer Person oder bestimmter Gruppen von Personen aufgrund ihres Alters oder einer Behinderung im Sinne der Richtlinie (EU) 2019/882 des Europäischen Parlaments und des Rates ([16]) oder aufgrund einer bestimmten sozialen oder wirtschaftlichen Situation ausnutzen, durch die diese Personen gegenüber einer Ausnutzung anfälliger werden dürften, beispielweise Personen, die in extremer Armut leben, und ethnische oder religiöse Minderheiten. Solche KI-Systeme können mit dem Ziel oder der Wirkung in Verkehr gebracht, in Betrieb genommen oder verwendet werden, das Verhalten einer Person in einer Weise wesentlich zu beeinflussen, die dieser Person oder einer anderen Person oder Gruppen von Personen einen erheblichen Schaden zufügt oder mit hinreichender Wahrscheinlichkeit

([16]) Richtlinie (EU) 2019/882 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen (ABl. L 151 vom 7.6.2019, S. 70).

zufügen wird, einschließlich Schäden, die sich im Laufe der Zeit anhäufen können, und sollten daher verboten werden. Diese Absicht, das Verhalten zu beeinflussen, kann nicht vermutet werden, wenn die Beeinflussung auf Faktoren zurückzuführen ist, die nicht Teil des KI-Systems sind und außerhalb der Kontrolle des Anbieters oder Betreibers liegen, d. h. Faktoren, die vom Anbieter oder Betreiber des KI-Systems vernünftigerweise nicht vorhergesehen oder gemindert werden können. In jedem Fall ist es nicht erforderlich, dass der Anbieter oder der Betreiber die Absicht haben, erheblichen Schaden zuzufügen, wenn dieser Schaden aufgrund von manipulativen oder ausbeuterischen KI-gestützten Praktiken entsteht. Das Verbot solcher KI-Praktiken ergänzt die Bestimmungen der Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ([17]); insbesondere sind unlautere Geschäftspraktiken, durch die Verbraucher wirtschaftliche oder finanzielle Schäden erleiden, unter allen Umständen verboten, unabhängig davon, ob sie durch KI-Systeme oder anderweitig umgesetzt werden. Das Verbot manipulativer und ausbeuterischer Praktiken gemäß dieser Verordnung sollte sich nicht auf rechtmäßige Praktiken im Zusammenhang mit medizinischen Behandlungen, etwa der psychologischen Behandlung einer psychischen Krankheit oder der physischen Rehabilitation, auswirken, wenn diese Praktiken gemäß den geltenden Rechtsvorschriften und medizinischen Standards erfolgen, z. B mit der ausdrücklichen Zustimmung der Einzelpersonen oder ihrer gesetzlichen Vertreter. Darüber hinaus sollten übliche und rechtmäßige Geschäftspraktiken, beispielsweise im Bereich der Werbung, die im Einklang mit den geltenden Rechtsvorschriften stehen, als solche nicht als schädliche manipulative KI-gestützten Praktiken gelten.

(30) Systeme zur biometrischen Kategorisierung, die anhand der biometrischen Daten von natürlichen Personen, wie dem Gesicht oder dem Fingerabdruck einer Person, die politische Meinung, die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen, die Rasse, das Sexualleben oder die sexuelle Ausrichtung einer Person erschließen oder ableiten, sollten verboten werden. Dieses Verbot sollte nicht für die rechtmäßige Kennzeichnung, Filterung oder Kategorisierung biometrischer Datensätze gelten, die im Einklang mit dem Unionsrecht oder dem nationalen Recht anhand biometrischer Daten erworben wurden, wie das Sortieren von Bildern nach Haar- oder Augenfarbe, was beispielsweise im Bereich der Strafverfolgung verwendet werden kann.

(31) KI-Systeme, die eine soziale Bewertung natürlicher Personen durch öffentliche oder private Akteure bereitstellen, können zu diskriminierenden Ergebnissen und zur Ausgrenzung bestimmter Gruppen führen. Sie können die Menschenwürde und das Recht auf Nichtdiskriminierung sowie die Werte der Gleichheit und Gerechtigkeit verletzen. Solche KI-Systeme bewerten oder klassifizieren natürliche Personen oder Gruppen natürlicher Personen in einem bestimmten Zeitraum auf der Grundlage zahlreicher Datenpunkte in Bezug auf ihr soziales Verhalten in verschiedenen Zusammenhängen oder aufgrund bekannter, vermuteter oder vorhergesagter persönlicher Eigenschaften oder Persönlichkeitsmerkmale. Die aus solchen KI-Systemen erzielte soziale Bewertung kann zu einer Schlechterstellung oder Benachteiligung bestimmter natürlicher Personen oder ganzer Gruppen natürlicher Personen in sozialen Kontexten, die in keinem Zusammenhang mit den Umständen stehen, unter denen die Daten ursprünglich erzeugt oder erhoben wurden, oder zu einer Schlechterstellung führen, die im Hinblick auf die Tragweite ihres sozialen Verhaltens unverhältnismäßig oder ungerechtfertigt ist. KI-Systeme, die solche inakzeptablen Bewertungspraktiken mit sich bringen und zu einer solchen Schlechterstellung oder Benachteiligung führen, sollten daher verboten werden. Dieses Verbot sollte nicht die rechtmäßigen Praktiken zur Bewertung natürlicher Personen berühren, die im Einklang mit dem Unionsrecht und dem nationalen Recht zu einem bestimmten Zweck durchgeführt werden.

(32) Die Verwendung von KI-Systemen zur biometrischen Echtzeit-Fernidentifizierung natürlicher Personen in öffentlich zugänglichen Räumen zu Strafverfolgungszwecken greift besonders in die Rechte und Freiheiten der betroffenen Personen ein, da sie die Privatsphäre eines großen Teils der Bevölkerung beeinträchtigt, ein Gefühl der ständigen Überwachung weckt und indirekt von der Ausübung der Versammlungsfreiheit und anderer Grundrechte abhalten kann. Technische Ungenauigkeiten von KI-Systemen, die für die biometrische Fernidentifizierung natürlicher Personen bestimmt sind, können zu verzerrten Ergebnissen führen und eine diskriminierende Wirkung haben. Solche möglichen verzerrten Ergebnisse und eine solche diskriminierende Wirkung sind von besonderer Bedeutung, wenn es um das Alter, die ethnische Herkunft, die Rasse, das Geschlecht oder Behinderungen geht. Darüber hinaus bergen die Unmittelbarkeit der Auswirkungen und die begrenzten Möglichkeiten weiterer Kontrollen oder Korrekturen im Zusammenhang mit der Verwendung solcher in Echtzeit betriebener Systeme erhöhte Risiken für die Rechte und Freiheiten der betreffenden Personen, die im Zusammenhang mit Strafverfolgungsmaßnahmen stehen oder davon betroffen sind.

(33) Die Verwendung solcher Systeme zu Strafverfolgungszwecken sollte daher untersagt werden, außer in erschöpfend aufgeführten und eng abgegrenzten Fällen, in denen die Verwendung unbedingt erforderlich ist, um einem erheblichen öffentlichen Interesse zu dienen, dessen Bedeutung die Risiken überwiegt. Zu diesen Fällen gehört die Suche nach bestimmten Opfern von Straftaten, einschließlich vermisster Personen, bestimmte Gefahren für das Leben oder die körperliche Unversehrtheit natürlicher Personen oder die Gefahr eines Terroranschlags sowie das Aufspüren oder Identifizieren von Tätern oder Verdächtigen in Bezug auf die in einem Anhang zu dieser Verordnung

([17]) Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2005 über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern und zur Änderung der Richtlinie 84/450/EWG des Rates, der Richtlinien 97/7/EG, 98/27/EG und 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken) (ABl. L 149 vom 11.6.2005, S. 22).

genannten Straftaten, sofern diese Straftaten in dem betreffenden Mitgliedstaat im Sinne des Rechts dieses Mitgliedstaats mit einer Freiheitsstrafe oder einer freiheitsentziehenden Maßregel der Sicherung im Höchstmaß von mindestens vier Jahren bedroht sind. Eine solche Schwelle für eine Freiheitsstrafe oder eine freiheitsentziehende Maßregel der Sicherung nach nationalem Recht trägt dazu bei, sicherzustellen, dass die Straftat schwerwiegend genug ist, um den Einsatz biometrischer Echtzeit-Fernidentifizierungssysteme möglicherweise zu rechtfertigen. Darüber hinaus beruht die im Anhang dieser Verordnung aufgeführte Liste der Straftaten auf den 32 im Rahmenbeschluss 2002/584/JI des Rates ([18]) aufgeführten Straftaten, unter Berücksichtigung der Tatsache, dass einige der Straftaten in der Praxis eher relevant sein können als andere, da der Rückgriff auf die biometrische Echtzeit-Fernidentifizierung für die konkrete Aufspürung oder Identifizierung eines Täters oder Verdächtigen in Bezug auf eine der verschiedenen aufgeführten Straftaten voraussichtlich in äußerst unterschiedlichem Maße erforderlich und verhältnismäßig sein könnte und da dabei die wahrscheinlichen Unterschiede in Schwere, Wahrscheinlichkeit und Ausmaß des Schadens oder möglicher negativer Folgen zu berücksichtigen sind. Eine unmittelbare Gefahr für das Leben oder die körperliche Unversehrtheit natürlicher Personen kann auch durch die schwerwiegende Störung einer kritischen Infrastruktur im Sinne des Artikels 2 Nummer 4 der Richtlinie (EU) 2022/2557 des Europäischen Parlaments und des Rates ([19]) entstehen, wenn die Störung oder Zerstörung einer solchen kritischen Infrastruktur zu einer unmittelbaren Gefahr für das Leben oder die körperliche Unversehrtheit einer Person führen würde, auch durch die schwerwiegende Beeinträchtigung der Bereitstellung der Grundversorgung für die Bevölkerung oder der Wahrnehmung der Kernfunktion des Staates. Darüber hinaus sollte diese Verordnung die Fähigkeit der Strafverfolgungs-, Grenzschutz-, Einwanderungs- oder Asylbehörden erhalten, gemäß den im Unionsrecht und im nationalen Recht für diesen Zweck festgelegten Bedingungen die Identität der betreffenden Person in ihrer Anwesenheit festzustellen. Insbesondere sollten Strafverfolgungs-, Grenzschutz-, Einwanderungs- oder Asylbehörden gemäß dem Unionsrecht oder dem nationalen Recht Informationssysteme verwenden können, um eine Person zu identifizieren, die während einer Identitätsfeststellung entweder verweigert, identifiziert zu werden, oder nicht in der Lage ist, ihre Identität anzugeben oder zu belegen, wobei gemäß dieser Verordnung keine vorherige Genehmigung erlangt werden muss. Dabei könnte es sich beispielsweise um eine Person handeln, die in eine Straftat verwickelt ist und nicht gewillt oder aufgrund eines Unfalls oder des Gesundheitszustands nicht in der Lage ist, den Strafverfolgungsbehörden ihre Identität offenzulegen.

(34) Um sicherzustellen, dass diese Systeme verantwortungsvoll und verhältnismäßig genutzt werden, ist es auch wichtig, festzulegen, dass in jedem dieser erschöpfend aufgeführten und eng abgegrenzten Fälle bestimmte Elemente berücksichtigt werden sollten, insbesondere in Bezug auf die Art des dem Antrag zugrunde liegenden Falls und die Auswirkungen der Verwendung auf die Rechte und Freiheiten aller betroffenen Personen sowie auf die für die Verwendung geltenden Schutzvorkehrungen und Bedingungen. Darüber hinaus sollte die Verwendung biometrischer Echtzeit-Fernidentifizierungssysteme in öffentlich zugänglichen Räumen für die Zwecke der Strafverfolgung nur eingesetzt werden, um die Identität der speziell betroffenen Person zu bestätigen und sollte sich hinsichtlich des Zeitraums und des geografischen und personenbezogenen Anwendungsbereichs auf das unbedingt Notwendige beschränken, wobei insbesondere den Beweisen oder Hinweisen in Bezug auf die Bedrohungen, die Opfer oder den Täter Rechnung zu tragen ist. Die Verwendung des biometrischen Echtzeit-Fernidentifizierungssystems in öffentlich zugänglichen Räumen sollte nur genehmigt werden, wenn die zuständige Strafverfolgungsbehörde eine Grundrechte-Folgenabschätzung durchgeführt und, sofern in dieser Verordnung nichts anderes bestimmt ist, das System gemäß dieser Verordnung in der Datenbank registriert hat. Die Personenreferenzdatenbank sollte für jeden Anwendungsfall in jedem der oben genannten Fälle geeignet sein.

(35) Jede Verwendung biometrischer Echtzeit-Fernidentifizierungssysteme in öffentlich zugänglichen Räumen zu Strafverfolgungszwecken sollte einer ausdrücklichen spezifischen Genehmigung durch eine Justizbehörde oder eine unabhängige Verwaltungsbehörde eines Mitgliedstaats, deren Entscheidung rechtsverbindlich ist, unterliegen. Eine solche Genehmigung sollte grundsätzlich vor der Verwendung des KI-Systems zur Identifizierung einer Person oder mehrerer Personen eingeholt werden. Ausnahmen von dieser Regel sollten in hinreichend begründeten dringenden Fällen erlaubt sein, d. h. in Situationen, in denen es wegen der Notwendigkeit der Verwendung der betreffenden Systeme tatsächlich und objektiv unmöglich ist, vor dem Beginn der Verwendung des KI-Systems eine Genehmigung einzuholen. In solchen dringenden Fällen sollte die Verwendung des KI-Systems auf das absolut notwendige Mindestmaß beschränkt werden und angemessenen Schutzvorkehrungen und Bedingungen unterliegen, die im nationalen Recht festgelegt sind und im Zusammenhang mit jedem einzelnen dringenden Anwendungsfall von der Strafverfolgungsbehörde selbst präzisiert werden. Darüber hinaus sollte die Strafverfolgungsbehörde in solchen Fällen eine solche Genehmigung beantragen und die Gründe dafür angeben, warum sie sie nicht früher, unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von 24 Stunden beantragen konnte. Wird eine solche Genehmigung abgelehnt, sollte die Verwendung biometrischer Echtzeit-Identifizierungssysteme, die mit dieser Genehmigung verbunden sind, mit sofortiger Wirkung eingestellt werden, und alle Daten im Zusammenhang mit dieser Verwendung sollten verworfen und gelöscht werden. Diese Daten umfassen Eingabedaten, die von einem KI-System während der Nutzung eines solchen Systems direkt erfasst werden, sowie die Ergebnisse und Ausgaben der mit dieser Genehmigung verbundenen Verwendung. Daten, die im Einklang mit anderem Unionsrecht oder nationalem Recht rechtmäßig

([18]) Rahmenbeschluss 2002/584/JI des Rates vom 13. Juni 2002 über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten (ABl. L 190 vom 18.7.2002, S. 1).

([19]) Richtlinie (EU) 2022/2557 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 über die Resilienz kritischer Einrichtungen und zur Aufhebung der Richtlinie 2008/114/EG des Rates (ABl. L 333 vom 27.12.2022, S. 164).

erworben wurden, sollten davon nicht betroffen sein. In jedem Fall darf keine Entscheidung mit nachteiligen Rechtsfolgen für eine Person allein auf der Grundlage der Ausgaben des biometrischen Fernidentifizierungssystems getroffen werden.

(36) Damit sie ihre Aufgaben im Einklang mit den Anforderungen dieser Verordnung und der nationalen Vorschriften erfüllen können, sollte die zuständige Marktüberwachungsbehörde und die nationale Datenschutzbehörde über jede Verwendung des biometrischen Echtzeit-Identifizierungssystems unterrichtet werden. Die Marktüberwachungsbehörden und die nationalen Datenschutzbehörden, die unterrichtet wurden, sollten der Kommission jährlich einen Bericht über die Verwendung biometrischer Echtzeit-Identifizierungssysteme vorlegen.

(37) Darüber hinaus ist es angezeigt, innerhalb des durch diese Verordnung vorgegebenen erschöpfenden Rahmens festzulegen, dass eine solche Verwendung im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats gemäß dieser Verordnung nur möglich sein sollte, sofern der betreffende Mitgliedstaat in seinen detaillierten nationalen Rechtsvorschriften ausdrücklich vorgesehen hat, dass eine solche Verwendung genehmigt werden kann. Folglich steht es den Mitgliedstaaten im Rahmen dieser Verordnung frei, eine solche Möglichkeit generell oder nur in Bezug auf einige der in dieser Verordnung genannten Ziele, für die eine genehmigte Verwendung gerechtfertigt sein kann, vorzusehen. Solche nationalen Rechtsvorschriften sollten der Kommission spätestens 30 Tage nach ihrer Annahme mitgeteilt werden.

(38) Die Verwendung von KI-Systemen zur biometrischen Echtzeit-Fernidentifizierung natürlicher Personen in öffentlich zugänglichen Räumen zu Strafverfolgungszwecken erfordert zwangsläufig die Verarbeitung biometrischer Daten. Die Vorschriften dieser Verordnung, die vorbehaltlich bestimmter Ausnahmen eine solche Verwendung auf der Grundlage des Artikels 16 AEUV verbieten, sollten als Lex specialis in Bezug auf die in Artikel 10 der Richtlinie (EU) 2016/680 enthaltenen Vorschriften über die Verarbeitung biometrischer Daten gelten und somit die Verwendung und Verarbeitung der betreffenden biometrischen Daten umfassend regeln. Eine solche Verwendung und Verarbeitung sollte daher nur möglich sein, soweit sie mit dem in dieser Verordnung festgelegten Rahmen vereinbar ist, ohne dass es den zuständigen Behörden bei ihren Tätigkeiten zu Strafverfolgungszwecken Raum lässt, außerhalb dieses Rahmens solche Systeme zu verwenden und die damit verbundenen Daten aus den in Artikel 10 der Richtlinie (EU) 2016/680 aufgeführten Gründen zu verarbeiten. In diesem Zusammenhang soll diese Verordnung nicht als Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß Artikel 8 der Richtlinie (EU) 2016/680 dienen. Die Verwendung biometrischer Echtzeit-Fernidentifizierungssysteme in öffentlich zugänglichen Räumen zu anderen Zwecken als der Strafverfolgung, auch durch zuständige Behörden, sollte jedoch nicht unter den in dieser Verordnung festgelegten spezifischen Rahmen für diese Verwendung zu Strafverfolgungszwecken fallen. Eine solche Verwendung zu anderen Zwecken als der Strafverfolgung sollte daher nicht der Genehmigungspflicht gemäß dieser Verordnung und den zu dieser Genehmigung anwendbaren detaillierten nationalen Rechtsvorschriften unterliegen.

(39) Jede Verarbeitung biometrischer Daten und anderer personenbezogener Daten im Zusammenhang mit der Verwendung von KI-Systemen für die biometrische Identifizierung, ausgenommen im Zusammenhang mit der Verwendung biometrischer Echtzeit-Fernidentifizierungssysteme in öffentlich zugänglichen Räumen zu Strafverfolgungszwecken im Sinne dieser Verordnung, sollte weiterhin allen Anforderungen genügen, die sich aus Artikel 10 der Richtlinie (EU) 2016/680 ergeben. Für andere Zwecke als die Strafverfolgung ist die Verarbeitung biometrischer Daten gemäß Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/679 und Artikel 10 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2018/1725, vorbehaltlich der in diesen Artikeln vorgesehenen begrenzten Ausnahmefällen, verboten. In Anwendung des Artikels 9 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/679 war die Verwendung biometrischer Fernidentifizierung zu anderen Zwecken als der Strafverfolgung bereits Gegenstand von Verbotsentscheidungen der nationalen Datenschutzbehörden.

(40) Nach Artikel 6a des dem EUV und dem AEUV beigefügten Protokolls Nr. 21 über die Position des Vereinigten Königreichs und Irlands hinsichtlich des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts sind die auf der Grundlage des Artikels 16 AEUV festgelegten Vorschriften in Artikel 5 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe g, soweit er auf die Verwendung von Systemen zur biometrischen Kategorisierung für Tätigkeiten im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit und der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen Anwendung findet, Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe d, soweit sie auf die Verwendung von KI-Systemen nach der darin festgelegten Bestimmung Anwendung finden, sowie Artikel 5 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe h, Artikel 5 Absätze 2 bis 6 und Artikel 26 Absatz 10 dieser Verordnung in Bezug auf die Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Mitgliedstaaten im Rahmen der Ausübung von Tätigkeiten, die in den Anwendungsbereich des Dritten Teils Titel V Kapitel 4 oder 5 AEUV fallen, für Irland nicht bindend, wenn Irland nicht durch die Vorschriften gebunden ist, die die Formen der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen oder der polizeilichen Zusammenarbeit regeln, in deren Rahmen die auf der Grundlage des Artikels 16 AEUV festgelegten Vorschriften eingehalten werden müssen.

(41) Nach den Artikeln 2 und 2a des dem EUV und dem AEUV beigefügten Protokolls Nr. 22 über die Position Dänemarks ist Dänemark durch die auf der Grundlage des Artikels 16 AEUV festgelegten Vorschriften in Artikel 5 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe g soweit er auf die Verwendung von Systemen zur biometrischen Kategorisierung für Tätigkeiten im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit und der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen Anwendung findet, Artikel 5 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstaben d soweit sie auf die Verwendung von KI-Systemen

nach der darin festgelegten Bestimmung Anwendung finden, sowie Artikel 5 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe h, Artikel 5 Absätze 2 bis 6 und Artikel 26 Absatz 10 dieser Verordnung in Bezug auf die Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Mitgliedstaaten im Rahmen der Ausübung von Tätigkeiten, die in den Anwendungsbereich des Dritten Teils Titel V Kapitel 4 oder 5 AEUV fallen, weder gebunden noch zu ihrer Anwendung verpflichtet.

(42) Im Einklang mit der Unschuldsvermutung sollten natürliche Personen in der Union stets nach ihrem tatsächlichen Verhalten beurteilt werden. Natürliche Personen sollten niemals allein nach dem Verhalten beurteilt werden, das von einer KI auf der Grundlage ihres Profiling, ihrer Persönlichkeitsmerkmale oder -eigenschaften wie Staatsangehörigkeit, Geburtsort, Wohnort, Anzahl der Kinder, Schulden oder Art ihres Fahrzeugs vorhergesagt wird, ohne dass ein begründeter Verdacht besteht, dass diese Person an einer kriminellen Tätigkeit auf der Grundlage objektiver nachprüfbarer Tatsachen beteiligt ist, und ohne dass eine menschliche Überprüfung stattfindet. Daher sollten Risikobewertungen, die in Bezug auf natürliche Personen durchgeführt werden, um zu bewerten, ob sie straffällig werden oder um eine tatsächliche oder mögliche Straftat vorherzusagen, und dies ausschließlich auf dem Profiling dieser Personen oder der Bewertung ihrer Persönlichkeitsmerkmale und -eigenschaften beruht, verboten werden. In jedem Fall betrifft oder berührt dieses Verbot nicht Risikoanalysen, die nicht auf dem Profiling von Einzelpersonen oder auf Persönlichkeitsmerkmalen und -eigenschaften von Einzelpersonen beruhen, wie etwa KI-Systeme, die Risikoanalysen zur Bewertung der Wahrscheinlichkeit eines Finanzbetrugs durch Unternehmen auf der Grundlage verdächtiger Transaktionen durchführen, oder Risikoanalyseinstrumente einsetzen, um die Wahrscheinlichkeit vorherzusagen, dass Betäubungsmittel oder illegale Waren durch Zollbehörden, beispielsweise auf der Grundlage bekannter Schmuggelrouten, aufgespürt werden.

(43) Das Inverkehrbringen, die Inbetriebnahme für diesen spezifischen Zweck oder die Verwendung von KI-Systemen, die Datenbanken zur Gesichtserkennung durch das ungezielte Auslesen von Gesichtsbildern aus dem Internet oder von Videoüberwachungsaufnahmen erstellen oder erweitern, sollte verboten werden, da dies das Gefühl der Massenüberwachung verstärkt und zu schweren Verstößen gegen die Grundrechte, einschließlich des Rechts auf Privatsphäre, führen kann.

(44) Im Hinblick auf die wissenschaftliche Grundlage von KI-Systemen, die darauf abzielen, Emotionen zu erkennen oder abzuleiten, bestehen ernsthafte Bedenken, insbesondere da sich Gefühlsausdrücke je nach Kultur oder Situation und selbst bei ein und derselben Person erheblich unterscheiden. Zu den größten Schwachstellen solcher Systeme gehört, dass sie beschränkt zuverlässig, nicht eindeutig und nur begrenzt verallgemeinerbar sind. Daher können KI-Systeme, die Emotionen oder Absichten natürlicher Personen auf der Grundlage ihrer biometrischen Daten erkennen oder ableiten, diskriminierende Ergebnisse hervorbringen und in die Rechte und Freiheiten der betroffenen Personen eingreifen. Angesichts des Machtungleichgewichts in den Bereichen Arbeit und Bildung in Verbindung mit dem intrusiven Charakter dieser Systeme können diese zu einer Schlechterstellung oder Benachteiligung bestimmter natürlicher Personen oder ganzer Gruppen führen. Daher sollte das Inverkehrbringen, die Inbetriebnahme oder die Verwendung von KI-Systemen, die den emotionalen Zustand von Einzelpersonen in Situationen, ableiten sollen, die mit dem Arbeitsplatz oder dem Bildungsbereich in Zusammenhang stehen, verboten werden. Dieses Verbot sollte nicht für KI-Systeme gelten, die ausschließlich aus medizinischen oder sicherheitstechnischen Gründen in Verkehr gebracht werden, wie z. B. Systeme, die für therapeutische Zwecke bestimmt sind.

(45) Praktiken, die nach Unionsrecht, einschließlich Datenschutzrecht, Nichtdiskriminierungsrecht, Verbraucherschutzrecht und Wettbewerbsrecht, verboten sind, sollten von dieser Verordnung nicht betroffen sein.

(46) Hochrisiko-KI-Systeme sollten nur dann auf dem Unionsmarkt in Verkehr gebracht, in Betrieb genommen oder verwendet werden, wenn sie bestimmte verbindliche Anforderungen erfüllen. Mit diesen Anforderungen sollte sichergestellt werden, dass Hochrisiko-KI-Systeme, die in der Union verfügbar sind oder deren Ausgabe anderweitig in der Union verwendet wird, keine unannehmbaren Risiken für wichtige öffentliche Interessen der Union bergen, wie sie im Unionsrecht anerkannt und geschützt sind. Auf der Grundlage des neuen Rechtsrahmens, wie in der Bekanntmachung der Kommission „Leitfaden für die Umsetzung der Produktvorschriften der EU 2022 (Blue Guide)“ ([20]) dargelegt, gilt als allgemeine Regel, dass mehr als ein Rechtsakt der Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union wie die Verordnungen (EU) 2017/745 ([21]) und (EU) 2017/746 ([22]) des Europäischen Parlaments und des Rates oder die Richtlinie 2006/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ([23]) auf ein Produkt anwendbar sein können, da die Bereitstellung oder Inbetriebnahme nur erfolgen kann, wenn das Produkt allen geltenden Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union entspricht. Um Kohärenz zu gewährleisten und unnötigen

([20]) ABl. C 247 vom 29.6.2022, S. 1.

([21]) Verordnung (EU) 2017/745 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2017 über Medizinprodukte, zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG, der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 und der Verordnung (EG) Nr. 1223/2009 und zur Aufhebung der Richtlinien 90/385/EWG und 93/42/EWG des Rates (ABl. L 117 vom 5.5.2017, S. 1).

([22]) Verordnung (EU) 2017/746 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2017 über In-vitro-Diagnostika und zur Aufhebung der Richtlinie 98/79/EG und des Beschlusses 2010/227/EU der Kommission (ABl. L 117 vom 5.5.2017, S. 176).

([23]) Richtlinie 2006/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2006 über Maschinen und zur Änderung der Richtlinie 95/16/EG (ABl. L 157 vom 9.6.2006, S. 24).

Verwaltungsaufwand oder Kosten zu vermeiden, sollten die Anbieter eines Produkts, das ein oder mehrere Hochrisiko-KI-Systeme enthält, für die die Anforderungen dieser Verordnung und der in einem Anhang dieser Verordnung aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union gelten, in Bezug auf operative Entscheidungen darüber flexibel sein, wie die Konformität eines Produkts, das ein oder mehrere Hochrisiko-KI-Systeme enthält, bestmöglich mit allen geltenden Anforderungen der Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union sichergestellt werden kann. Als hochriskant sollten nur solche KI-Systeme eingestuft werden, die erhebliche schädliche Auswirkungen auf die Gesundheit, die Sicherheit und die Grundrechte von Personen in der Union haben, wodurch eine mögliche Beschränkung des internationalen Handels so gering wie möglich bleiben sollte.

(47) KI-Systeme könnten nachteilige Auswirkungen auf die Gesundheit und Sicherheit von Personen haben, insbesondere wenn solche Systeme als Sicherheitsbauteile von Produkten zum Einsatz kommen. Im Einklang mit den Zielen der Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union, die den freien Verkehr von Produkten im Binnenmarkt erleichtern und gewährleisten sollen, dass nur sichere und anderweitig konforme Produkte auf den Markt gelangen, ist es wichtig, dass die Sicherheitsrisiken, die ein Produkt als Ganzes aufgrund seiner digitalen Komponenten, einschließlich KI-Systeme, mit sich bringen kann, angemessen vermieden und gemindert werden. So sollten beispielsweise zunehmend autonome Roboter — sei es in der Fertigung oder in der persönlichen Assistenz und Pflege — in der Lage sein, sicher zu arbeiten und ihre Funktionen in komplexen Umgebungen zu erfüllen. Desgleichen sollten die immer ausgefeilteren Diagnosesysteme und Systeme zur Unterstützung menschlicher Entscheidungen im Gesundheitssektor, in dem die Risiken für Leib und Leben besonders hoch sind, zuverlässig und genau sein.

(48) Das Ausmaß der nachteiligen Auswirkungen des KI-Systems auf die durch die Charta geschützten Grundrechte ist bei der Einstufung eines KI-Systems als hochriskant von besonderer Bedeutung. Zu diesen Rechten gehören die Würde des Menschen, die Achtung des Privat- und Familienlebens, der Schutz personenbezogener Daten, die Freiheit der Meinungsäußerung und die Informationsfreiheit, die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, das Recht auf Nichtdiskriminierung, das Recht auf Bildung, der Verbraucherschutz, die Arbeitnehmerrechte, die Rechte von Menschen mit Behinderungen, die Gleichstellung der Geschlechter, Rechte des geistigen Eigentums, das Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein faires Gerichtsverfahren, das Verteidigungsrecht, die Unschuldsvermutung sowie das Recht auf eine gute Verwaltung. Es muss betont werden, dass Kinder — zusätzlich zu diesen Rechten — über spezifische Rechte verfügen, wie sie in Artikel 24 der Charta und im Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes (UNCRC) — im Hinblick auf das digitale Umfeld weiter ausgeführt in der Allgemeinen Bemerkung Nr. 25 des UNCRC — verankert sind; in beiden wird die Berücksichtigung der Schutzbedürftigkeit der Kinder gefordert und ihr Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge festgelegt, die für ihr Wohlergehen notwendig sind. Darüber hinaus sollte dem Grundrecht auf ein hohes Umweltschutzniveau, das in der Charta verankert ist und mit der Unionspolitik umgesetzt wird, bei der Bewertung der Schwere des Schadens, den ein KI-System unter anderem in Bezug auf die Gesundheit und Sicherheit von Personen verursachen kann, ebenfalls Rechnung getragen werden.

(49) In Bezug auf Hochrisiko-KI-Systeme, die Sicherheitsbauteile von Produkten oder Systemen oder selbst Produkte oder Systeme sind, die in den Anwendungsbereich der Verordnung (EG) Nr. 300/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates ([24]), der Verordnung (EU) Nr. 167/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates ([25]), der Verordnung (EU) Nr. 168/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates ([26]), der Richtlinie 2014/90/EU des Europäischen Parlaments und des Rates ([27]), der Richtlinie (EU) 2016/797 des Europäischen Parlaments und des Rates ([28]), der Verordnung (EU) 2018/858 des Europäischen Parlaments und des Rates ([29]), der Verordnung (EU) 2018/1139 des

([24]) Verordnung (EG) Nr. 300/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 über gemeinsame Vorschriften für die Sicherheit in der Zivilluftfahrt und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2320/2002 (ABl. L 97 vom 9.4.2008, S. 72).

([25]) Verordnung (EU) Nr. 167/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Februar 2013 über die Genehmigung und Marktüberwachung von land- und forstwirtschaftlichen Fahrzeugen (ABl. L 60 vom 2.3.2013, S. 1).

([26]) Verordnung (EU) Nr. 168/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Januar 2013 über die Genehmigung und Marktüberwachung von zwei- oder dreirädrigen und vierrädrigen Fahrzeugen (ABl. L 60 vom 2.3.2013, S. 52).

([27]) Richtlinie 2014/90/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über Schiffsausrüstung und zur Aufhebung der Richtlinie 96/98/EG des Rates (ABl. L 257 vom 28.8.2014, S. 146).

([28]) Richtlinie (EU) 2016/797 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Interoperabilität des Eisenbahnsystems in der Europäischen Union (ABl. L 138 vom 26.5.2016, S. 44).

([29]) Verordnung (EU) 2018/858 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 über die Genehmigung und die Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 715/2007 und (EG) Nr. 595/2009 und zur Aufhebung der Richtlinie 2007/46/EG (ABl. L 151 vom 14.6.2018, S. 1).

Europäischen Parlaments und des Rates ([30]) und der Verordnung (EU) 2019/2144 des Europäischen Parlaments und des Rates ([31]) fallen, ist es angezeigt, diese Rechtsakte zu ändern, damit die Kommission — aufbauend auf den technischen und regulatorischen Besonderheiten des jeweiligen Sektors und ohne Beeinträchtigung bestehender Governance-, Konformitätsbewertungs- und Durchsetzungsmechanismen sowie der darin eingerichteten Behörden — beim Erlass von etwaigen delegierten Rechtsakten oder Durchführungsrechtsakten auf der Grundlage der genannten Rechtsakte die in der vorliegenden Verordnung festgelegten verbindlichen Anforderungen an Hochrisiko-KI-Systeme berücksichtigt.

(50) In Bezug auf KI-Systeme, die Sicherheitsbauteile von Produkten oder selbst Produkte sind, die in den Anwendungsbereich bestimmter, im Anhang dieser Verordnung aufgeführter Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fallen, ist es angezeigt, sie im Rahmen dieser Verordnung als hochriskant einzustufen, wenn das betreffende Produkt gemäß den einschlägigen Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union dem Konformitätsbewertungsverfahren durch eine als Dritte auftretende Konformitätsbewertungsstelle unterzogen wird. Dabei handelt es sich insbesondere um Produkte wie Maschinen, Spielzeuge, Aufzüge, Geräte und Schutzsysteme zur bestimmungsgemäßen Verwendung in explosionsgefährdeten Bereichen, Funkanlagen, Druckgeräte, Sportbootausrüstung, Seilbahnen, Geräte zur Verbrennung gasförmiger Brennstoffe, Medizinprodukte, In-vitro-Diagnostika, Automobile und Flugzeuge.

(51) Die Einstufung eines KI-Systems als hochriskant gemäß dieser Verordnung sollte nicht zwangsläufig bedeuten, dass von dem Produkt, dessen Sicherheitsbauteil das KI-System ist, oder von dem KI-System als eigenständigem Produkt nach den Kriterien der einschlägigen Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union für das betreffende Produkt ein hohes Risiko ausgeht. Dies gilt insbesondere für die Verordnungen (EU) 2017/745 und (EU) 2017/746, wo für Produkte mit mittlerem und hohem Risiko eine Konformitätsbewertung durch Dritte vorgesehen ist.

(52) Bei eigenständigen KI-Systemen, d. h. Hochrisiko-KI-Systemen, bei denen es sich um andere Systeme als Sicherheitsbauteile von Produkten handelt oder die selbst Produkte sind, ist es angezeigt, sie als hochriskant einzustufen, wenn sie aufgrund ihrer Zweckbestimmung ein hohes Risiko bergen, die Gesundheit und Sicherheit oder die Grundrechte von Personen zu schädigen, wobei sowohl die Schwere des möglichen Schadens als auch die Wahrscheinlichkeit seines Auftretens zu berücksichtigen sind, und sofern sie in einer Reihe von Bereichen verwendet werden, die in dieser Verordnung ausdrücklich festgelegt sind. Die Bestimmung dieser Systeme erfolgt nach derselben Methodik und denselben Kriterien, die auch für künftige Änderungen der Liste der Hochrisiko-KI-Systeme vorgesehen sind, zu deren Annahme die Kommission im Wege delegierter Rechtsakte ermächtigt werden sollte, um dem rasanten Tempo der technologischen Entwicklung sowie den möglichen Änderungen bei der Verwendung von KI-Systemen Rechnung zu tragen.

(53) Ferner muss klargestellt werden, dass es bestimmte Fälle geben kann, in denen KI-Systeme für vordefinierte in dieser Verordnung festgelegte Bereiche nicht zu einem bedeutenden Risiko der Beeinträchtigung der in diesen Bereichen geschützten rechtlichen Interessen führen, da sie die Entscheidungsfindung nicht wesentlich beeinflussen oder diesen Interessen nicht erheblich schaden. Für die Zwecke dieser Verordnung sollte ein KI-System, das das Ergebnis der Entscheidungsfindung nicht wesentlich beeinflusst, als ein KI-System verstanden werden, das keine Auswirkungen auf den Inhalt und damit das Ergebnis der Entscheidungsfindung hat, unabhängig davon, ob es sich um menschliche oder automatisierte Entscheidungen handelt. Ein KI-System, das das Ergebnis der Entscheidungsfindung nicht wesentlich beeinflusst, könnte Situationen einschließen, in denen eine oder mehrere der folgenden Bedingungen erfüllt sind. Die erste dieser Bedingungen ist, dass das KI-System dazu bestimmt ist, in einem Verfahren eine eng gefasste Aufgabe zu erfüllen, wie etwa ein KI-System, das unstrukturierte Daten in strukturierte Daten umwandelt, ein KI-System, das eingehende Dokumente in Kategorien einordnet, oder ein KI-System, das zur Erkennung von Duplikaten unter einer großen Zahl von Anwendungen eingesetzt wird. Diese Aufgaben sind so eng gefasst und begrenzt, dass sie nur beschränkte Risiken darstellen, die sich durch die Verwendung eines KI-Systems in einem Kontext, der in einem Anhang dieser Verordnung als Verwendung mit hohem Risiko aufgeführt ist, nicht erhöhen.

([30]) Verordnung (EU) 2018/1139 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2018 zur Festlegung gemeinsamer Vorschriften für die Zivilluftfahrt und zur Errichtung einer Agentur der Europäischen Union für Flugsicherheit sowie zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 2111/2005, (EG) Nr. 1008/2008, (EU) Nr. 996/2010, (EU) Nr. 376/2014 und der Richtlinien 2014/30/EU und 2014/53/EU des Europäischen Parlaments und des Rates, und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 552/2004 und (EG) Nr. 216/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EWG) Nr. 3922/91 des Rates (ABl. L 212 vom 22.8.2018, S. 1).

([31]) Verordnung (EU) 2019/2144 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge im Hinblick auf ihre allgemeine Sicherheit und den Schutz der Fahrzeuginsassen und von ungeschützten Verkehrsteilnehmern, zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/858 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 78/2009, (EG) Nr. 79/2009 und (EG) Nr. 661/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnungen (EG) Nr. 631/2009, (EU) Nr. 406/2010, (EU) Nr. 672/2010, (EU) Nr. 1003/2010, (EU) Nr. 1005/2010, (EU) Nr. 1008/2010, (EU) Nr. 1009/2010, (EU) Nr. 19/2011, (EU) Nr. 109/2011, (EU) Nr. 458/2011, (EU) Nr. 65/2012, (EU) Nr. 130/2012, (EU) Nr. 347/2012, (EU) Nr. 351/2012, (EU) Nr. 1230/2012 und (EU) 2015/166 der Kommission (ABl. L 325 vom 16.12.2019, S. 1).

Die zweite Bedingung sollte darin bestehen, dass die von einem KI-System ausgeführte Aufgabe das Ergebnis einer zuvor abgeschlossenen menschlichen Tätigkeit verbessert, die für die Zwecke der in einem Anhang dieser Verordnung aufgeführten Verwendungen mit hohem Risiko relevant sein kann. Unter Berücksichtigung dieser Merkmale wird eine menschliche Tätigkeit durch das KI-System lediglich durch eine zusätzliche Ebene ergänzt und stellt daher ein geringeres Risiko dar. Diese Bedingung würde beispielsweise für KI-Systeme gelten, deren Ziel es ist, die in zuvor verfassten Dokumenten verwendete Sprache zu verbessern, etwa den professionellen Ton, den wissenschaftlichen Sprachstil oder um den Text an einen bestimmten mit einer Marke verbundenen Stil anzupassen. Dritte Bedingung sollte sein, dass mit dem KI-System Entscheidungsmuster oder Abweichungen von früheren Entscheidungsmustern erkannt werden sollen. Das Risiko wäre geringer, da die Verwendung des KI-Systems einer zuvor abgeschlossenen menschlichen Bewertung folgt, die das KI-System ohne angemessene menschliche Überprüfung nicht ersetzen oder beeinflussen soll. Zu solchen KI-Systemen gehören beispielsweise solche, die in Bezug auf ein bestimmtes Benotungsmuster eines Lehrers dazu verwendet werden können, nachträglich zu prüfen, ob der Lehrer möglicherweise von dem Benotungsmuster abgewichen ist, um so auf mögliche Unstimmigkeiten oder Unregelmäßigkeiten aufmerksam zu machen. Die vierte Bedingung sollte darin bestehen, dass das KI-System dazu bestimmt ist, eine Aufgabe auszuführen, die eine Bewertung, die für die Zwecke der in einem Anhang dieser Verordnung aufgeführten KI-Systeme relevant ist, lediglich vorbereitet, wodurch die mögliche Wirkung der Ausgaben des Systems im Hinblick auf das Risiko für die folgende Bewertung sehr gering bleibt. Diese Bedingung umfasst u. a. intelligente Lösungen für die Bearbeitung von Dossiers, wozu verschiedene Funktionen wie Indexierung, Suche, Text- und Sprachverarbeitung oder Verknüpfung von Daten mit anderen Datenquellen gehören, oder KI-Systeme, die für die Übersetzung von Erstdokumenten verwendet werden. In jedem Fall sollten KI-Systeme, die in den in einem Anhang dieser Verordnung aufgeführten Anwendungsfälle mit hohem Risiko verwendet werden, als erhebliche Risiken für die Gesundheit, Sicherheit oder Grundrechte gelten, wenn das KI-System Profiling im Sinne von Artikel 4 Nummer 4 der Verordnung (EU) 2016/679 oder Artikel 3 Nummer 4 der Richtlinie (EU) 2016/680 oder Artikel 3 Nummer 5 der Verordnung (EU) 2018/1725 beinhaltet. Um die Nachvollziehbarkeit und Transparenz zu gewährleisten, sollte ein Anbieter, der der Auffassung ist, dass ein KI-System auf der Grundlage der oben genannten Bedingungen kein hohes Risiko darstellt, eine Dokumentation der Bewertung erstellen, bevor dieses System in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen wird, und die genannte Dokumentation den zuständigen nationalen Behörden auf Anfrage zur Verfügung stellen. Ein solcher Anbieter sollte verpflichtet sein, das KI-System in der gemäß dieser Verordnung eingerichteten EU-Datenbank zu registrieren. Um eine weitere Anleitung für die praktische Umsetzung der Bedingungen zu geben, unter denen die in einem Anhang dieser Verordnung aufgeführten Systeme ausnahmsweise kein hohes Risiko darstellen, sollte die Kommission nach Konsultation des KI-Gremiums Leitlinien bereitstellen, in denen diese praktische Umsetzung detailliert aufgeführt ist und durch eine umfassende Liste praktischer Beispiele für Anwendungsfälle von KI-Systemen, die ein hohes Risiko und Anwendungsfälle, die kein hohes Risiko darstellen, ergänzt wird.

(54) Da biometrische Daten eine besondere Kategorie personenbezogener Daten darstellen, sollten einige kritische Anwendungsfälle biometrischer Systeme als hochriskant eingestuft werden, sofern ihre Verwendung nach den einschlägigen Rechtsvorschriften der Union und den nationalen Rechtsvorschriften zulässig ist. Technische Ungenauigkeiten von KI-Systemen, die für die biometrische Fernidentifizierung natürlicher Personen bestimmt sind, können zu verzerrten Ergebnissen führen und eine diskriminierende Wirkung haben. Das Risiko solcher verzerrter Ergebnisse und solcher diskriminierender Wirkungen ist von besonderer Bedeutung, wenn es um das Alter, die ethnische Herkunft, die Rasse, das Geschlecht oder Behinderungen geht. Biometrische Fernidentifizierungssysteme sollten daher angesichts der von ihnen ausgehenden Risiken als hochriskant eingestuft werden. Diese Einstufung umfasst keine KI-Systeme, die bestimmungsgemäß für die biometrische Verifizierung, wozu die Authentifizierung gehört, verwendet werden sollen, deren einziger Zweck darin besteht, zu bestätigen, dass eine bestimmte natürliche Person die Person ist, für die sie sich ausgibt, sowie zur Bestätigung der Identität einer natürlichen Person zu dem alleinigen Zweck Zugang zu einem Dienst zu erhalten, ein Gerät zu entriegeln oder sicheren Zugang zu Räumlichkeiten zu erhalten. Darüber hinaus sollten KI-Systeme, die bestimmungsgemäß für die biometrische Kategorisierung nach sensiblen Attributen oder Merkmalen, die gemäß Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/679 auf der Grundlage biometrischer Daten geschützt sind, und sofern sie nicht nach der vorliegenden Verordnung verboten sind, sowie Emotionserkennungssysteme, die nach dieser Verordnung nicht verboten sind, als hochriskant eingestuft werden. Biometrische Systeme, die ausschließlich dazu bestimmt sind, um Maßnahmen zur Cybersicherheit und zum Schutz personenbezogener Daten durchführen zu können, sollten nicht als Hochrisiko-KI-Systeme gelten.

(55) Was die Verwaltung und den Betrieb kritischer Infrastruktur anbelangt, so ist es angezeigt, KI-Systeme, die als Sicherheitsbauteile für die Verwaltung und den Betrieb kritischer digitaler Infrastruktur gemäß Nummer 8 des Anhangs der Richtlinie (EU) 2022/2557, des Straßenverkehrs sowie für die Wasser-, Gas-, Wärme- und Stromversorgung verwendet werden sollen, als hochriskant einzustufen, da ihr Ausfall oder ihre Störung in großem Umfang ein Risiko für das Leben und die Gesundheit von Personen darstellen und zu erheblichen Störungen bei der normalen Durchführung sozialer und wirtschaftlicher Tätigkeiten führen kann. Sicherheitsbauteile kritischer Infrastruktur, einschließlich kritischer digitaler Infrastruktur, sind Systeme, die verwendet werden, um die physische Integrität kritischer Infrastruktur oder die Gesundheit und Sicherheit von Personen und Eigentum zu schützen, die aber nicht notwendig sind, damit das System funktioniert. Ausfälle oder Störungen solcher Komponenten können

direkt zu Risiken für die physische Integrität kritischer Infrastruktur und somit zu Risiken für die Gesundheit und Sicherheit von Personen und Eigentum führen. Komponenten, die für die ausschließliche Verwendung zu Zwecken der Cybersicherheit vorgesehen sind, sollten nicht als Sicherheitsbauteile gelten. Zu Beispielen von Sicherheitsbauteilen solcher kritischen Infrastruktur zählen etwa Systeme für die Überwachung des Wasserdrucks oder Feuermelder-Kontrollsysteme in Cloud-Computing-Zentren.

(56) Der Einsatz von KI-Systemen in der Bildung ist wichtig, um eine hochwertige digitale allgemeine und berufliche Bildung zu fördern und es allen Lernenden und Lehrkräften zu ermöglichen, die erforderlichen digitalen Fähigkeiten und Kompetenzen, einschließlich Medienkompetenz und kritischem Denken, zu erwerben und auszutauschen, damit sie sich aktiv an Wirtschaft, Gesellschaft und demokratischen Prozessen beteiligen können. Allerdings sollten KI-Systeme, die in der allgemeinen oder beruflichen Bildung eingesetzt werden, um insbesondere den Zugang oder die Zulassung zum Zweck der Zuordnung von Personen zu Bildungs- und Berufsbildungseinrichtungen oder -programmen auf allen Ebenen zu bestimmen, die Lernergebnisse von Personen zu beurteilen, das angemessene Bildungsniveau einer Person zu bewerten und das Niveau der Bildung und Ausbildung, das die Person erhält oder zu dem sie Zugang erhält, wesentlich zu beeinflussen und verbotenes Verhalten von Schülern während Prüfungen zu überwachen und zu erkennen als hochriskante KI-Systeme eingestuft werden, da sie über den Verlauf der Bildung und des Berufslebens einer Person entscheiden und daher ihre Fähigkeit beeinträchtigen können, ihren Lebensunterhalt zu sichern. Bei unsachgemäßer Konzeption und Verwendung können solche Systeme sehr intrusiv sein und das Recht auf allgemeine und berufliche Bildung sowie das Recht auf Nichtdiskriminierung verletzen und historische Diskriminierungsmuster fortschreiben, beispielsweise gegenüber Frauen, bestimmten Altersgruppen und Menschen mit Behinderungen oder Personen mit einer bestimmten rassischen oder ethnischen Herkunft oder sexuellen Ausrichtung.

(57) KI-Systeme, die in den Bereichen Beschäftigung, Personalmanagement und Zugang zur Selbstständigkeit eingesetzt werden, insbesondere für die Einstellung und Auswahl von Personen, für Entscheidungen über die Bedingungen des Arbeitsverhältnisses sowie die Beförderung und die Beendigung von Arbeitsvertragsverhältnissen, für die Zuweisung von Arbeitsaufgaben auf der Grundlage von individuellem Verhalten, persönlichen Eigenschaften oder Merkmalen sowie für die Überwachung oder Bewertung von Personen in Arbeitsvertragsverhältnissen sollten ebenfalls als hochriskant eingestuft werden, da diese Systeme die künftigen Karriereaussichten und die Lebensgrundlagen dieser Personen und die Arbeitnehmerrechte spürbar beeinflussen können. Einschlägige Arbeitsvertragsverhältnisse sollten in sinnvoller Weise Beschäftigte und Personen erfassen, die Dienstleistungen über Plattformen erbringen, auf die im Arbeitsprogramm der Kommission für 2021 Bezug genommen wird. Solche Systeme können während des gesamten Einstellungsverfahrens und bei der Bewertung, Beförderung oder Weiterbeschäftigung von Personen in Arbeitsvertragsverhältnissen historische Diskriminierungsmuster fortschreiben, beispielsweise gegenüber Frauen, bestimmten Altersgruppen und Menschen mit Behinderungen oder Personen mit einer bestimmten rassischen oder ethnischen Herkunft oder sexuellen Ausrichtung. KI-Systeme zur Überwachung der Leistung und des Verhaltens solcher Personen können auch deren Grundrechte auf Datenschutz und Privatsphäre untergraben.

(58) Ein weiterer Bereich, in dem der Einsatz von KI-Systemen besondere Aufmerksamkeit verdient, ist der Zugang zu und die Nutzung von bestimmten grundlegenden privaten und öffentlichen Diensten und Leistungen, die erforderlich sind, damit Menschen uneingeschränkt an der Gesellschaft teilhaben oder ihren Lebensstandard verbessern können. Insbesondere natürliche Personen, die grundlegende staatliche Unterstützungsleistungen und -dienste von Behörden beantragen oder erhalten, wie etwa Gesundheitsdienste, Leistungen der sozialen Sicherheit, soziale Dienste, die Schutz in Fällen wie Mutterschaft, Krankheit, Arbeitsunfall, Pflegebedürftigkeit oder Alter und Arbeitsplatzverlust sowie Sozialhilfe und Wohngeld bieten, sind in der Regel von diesen Leistungen und Diensten abhängig und befinden sich gegenüber den zuständigen Behörden in einer prekären Lage. Wenn KI-Systeme eingesetzt werden, um zu bestimmen, ob solche Leistungen und Dienste von den Behörden gewährt, verweigert, gekürzt, widerrufen oder zurückgefordert werden sollten, einschließlich der Frage, ob Begünstigte rechtmäßig Anspruch auf solche Leistungen oder Dienste haben, können diese Systeme erhebliche Auswirkungen auf die Lebensgrundlage von Personen haben und ihre Grundrechte wie etwa das Recht auf sozialen Schutz, Nichtdiskriminierung, Menschenwürde oder einen wirksamen Rechtsbehelf verletzen und sollten daher als hochriskant eingestuft werden. Dennoch sollte diese Verordnung die Entwicklung und Verwendung innovativer Ansätze in der öffentlichen Verwaltung nicht behindern, die von einer breiteren Verwendung konformer und sicherer KI-Systeme profitieren würde, sofern diese Systeme kein hohes Risiko für juristische und natürliche Personen bergen. Darüber hinaus sollten KI-Systeme, die zur Bewertung der Bonität oder Kreditwürdigkeit natürlicher Personen verwendet werden, als Hochrisiko-KI-Systeme eingestuft werden, da sie den Zugang dieser Personen zu Finanzmitteln oder wesentlichen Dienstleistungen wie etwa Wohnraum, Elektrizität und Telekommunikationsdienstleistungen bestimmen. KI-Systeme, die für diese Zwecke eingesetzt werden, können zur Diskriminierung von Personen oder Gruppen führen und historische Diskriminierungsmuster, wie etwa aufgrund der rassischen oder ethnischen Herkunft, des Geschlechts, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung, fortschreiben oder neue Formen von Diskriminierung mit sich bringen. Allerdings sollten KI-Systeme, die nach Unionsrecht zur Aufdeckung von Betrug beim Angebot von Finanzdienstleistungen oder für Aufsichtszwecke zur Berechnung der Eigenkapitalanforderungen von Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen vorgesehen sind, nicht als Hochrisiko-Systeme gemäß dieser Verordnung angesehen werden. Darüber hinaus

können KI-Systeme, die für die Risikobewertung und Preisbildung in Bezug auf natürliche Personen im Fall von Kranken- und Lebensversicherungen eingesetzt werden, auch erhebliche Auswirkungen auf die Existenzgrundlage der Menschen haben und bei nicht ordnungsgemäßer Konzeption, Entwicklung und Verwendung schwerwiegende Konsequenzen für das Leben und die Gesundheit von Menschen nach sich ziehen, einschließlich finanzieller Ausgrenzung und Diskriminierung. Schließlich sollten KI-Systeme, die bei der Bewertung und Einstufung von Notrufen durch natürliche Personen oder der Entsendung oder der Priorisierung der Entsendung von Not- und Rettungsdiensten wie Polizei, Feuerwehr und medizinischer Nothilfe sowie für die Triage von Patienten bei der Notfallversorgung eingesetzt werden, ebenfalls als hochriskant eingestuft werden, da sie in für das Leben und die Gesundheit von Personen und für ihr Eigentum sehr kritischen Situationen Entscheidungen treffen.

(59) In Anbetracht der Rolle und Zuständigkeit von Strafverfolgungsbehörden sind deren Maßnahmen im Zusammenhang mit bestimmten Verwendungen von KI-Systemen durch ein erhebliches Machtungleichgewicht gekennzeichnet und können zur Überwachung, zur Festnahme oder zum Entzug der Freiheit einer natürlichen Person sowie zu anderen nachteiligen Auswirkungen auf die in der Charta verankerten Grundrechte führen. Insbesondere wenn das KI-System nicht mit hochwertigen Daten trainiert wird, die Anforderungen an seine Leistung, Genauigkeit oder Robustheit nicht erfüllt werden oder das System nicht ordnungsgemäß konzipiert und getestet wird, bevor es in Verkehr gebracht oder in anderer Weise in Betrieb genommen wird, kann es Personen in diskriminierender oder anderweitig falscher oder ungerechter Weise ausgrenzen. Darüber hinaus könnte die Ausübung wichtiger verfahrensrechtlicher Grundrechte wie etwa des Rechts auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein unparteiisches Gericht sowie das Verteidigungsrecht und die Unschuldsvermutung behindert werden, insbesondere wenn solche KI-Systeme nicht hinreichend transparent, erklärbar und dokumentiert sind. Daher ist es angezeigt, eine Reihe von KI-Systemen — sofern deren Einsatz nach einschlägigem Unions- oder nationalem Recht zugelassen ist —, die im Rahmen der Strafverfolgung eingesetzt werden sollen und bei denen Genauigkeit, Zuverlässigkeit und Transparenz besonders wichtig sind, als hochriskant einzustufen, um nachteilige Auswirkungen zu vermeiden, das Vertrauen der Öffentlichkeit zu erhalten und die Rechenschaftspflicht und einen wirksamen Rechtsschutz zu gewährleisten. Angesichts der Art der Tätigkeiten und der damit verbundenen Risiken sollten diese Hochrisiko-KI-Systeme insbesondere KI-Systeme umfassen, die von Strafverfolgungsbehörden oder in ihrem Auftrag oder von Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union zur Unterstützung von Strafverfolgungsbehörden für folgende Zwecke eingesetzt werden: zur Bewertung des Risikos, dass eine natürliche Person Opfer von Straftaten wird, wie Lügendetektoren und ähnliche Instrumente, zur Bewertung der Zuverlässigkeit von Beweismitteln im Rahmen der Ermittlung oder Verfolgung von Straftaten und — soweit nach dieser Verordnung nicht untersagt — zur Bewertung des Risikos, dass eine natürliche Person eine Straftat begeht oder erneut begeht, nicht nur auf der Grundlage der Erstellung von Profilen natürlicher Personen oder zur Bewertung von Persönlichkeitsmerkmalen und Eigenschaften oder vergangenem kriminellen Verhalten von natürlichen Personen oder Gruppen, zur Erstellung von Profilen während der Aufdeckung, Untersuchung oder strafrechtlichen Verfolgung einer Straftat. KI-Systeme, die speziell für Verwaltungsverfahren in Steuer- und Zollbehörden sowie in Zentralstellen für Geldwäsche-Verdachtsanzeigen, die Verwaltungsaufgaben zur Analyse von Informationen gemäß dem Unionsrecht zur Bekämpfung der Geldwäsche durchführen, bestimmt sind, sollten nicht als Hochrisiko-KI-Systeme eingestuft werden, die von Strafverfolgungsbehörden zum Zweck der Verhütung, Aufdeckung, Untersuchung und strafrechtlichen Verfolgung von Straftaten eingesetzt werden. Der Einsatz von KI-Instrumenten durch Strafverfolgungsbehörden und anderen relevanten Behörden sollte nicht zu einem Faktor der Ungleichheit oder Ausgrenzung werden. Die Auswirkungen des Einsatzes von KI-Instrumenten auf die Verteidigungsrechte von Verdächtigen sollten nicht außer Acht gelassen werden, insbesondere nicht die Schwierigkeit, aussagekräftige Informationen über die Funktionsweise solcher Systeme zu erhalten, und die daraus resultierende Schwierigkeit einer gerichtlichen Anfechtung ihrer Ergebnisse, insbesondere durch natürliche Personen, gegen die ermittelt wird.

(60) KI-Systeme, die in den Bereichen Migration, Asyl und Grenzkontrolle eingesetzt werden, betreffen Personen, die sich häufig in einer besonders prekären Lage befinden und vom Ergebnis der Maßnahmen der zuständigen Behörden abhängig sind. Die Genauigkeit, der nichtdiskriminierende Charakter und die Transparenz der KI-Systeme, die in solchen Zusammenhängen eingesetzt werden, sind daher besonders wichtig, um die Achtung der Grundrechte der betroffenen Personen, insbesondere ihrer Rechte auf Freizügigkeit, Nichtdiskriminierung, Schutz des Privatlebens und personenbezogener Daten, internationalen Schutz und gute Verwaltung, zu gewährleisten. Daher ist es angezeigt, KI-Systeme — sofern deren Einsatz nach einschlägigem Unions- oder nationalem Recht zugelassen ist — als hochriskant einzustufen, die von den zuständigen mit Aufgaben in den Bereichen Migration, Asyl und Grenzkontrolle betrauten Behörden oder in deren Auftrag oder von Organen, Einrichtungen oder sonstigen Stellen der Union für Folgendes eingesetzt werden: als Lügendetektoren und ähnliche Instrumente; zur Bewertung bestimmter Risiken, die von natürlichen Personen ausgehen, die in das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats einreisen oder ein Visum oder Asyl beantragen; zur Unterstützung der zuständigen Behörden bei der Prüfung — einschließlich der damit zusammenhängenden Bewertung der Zuverlässigkeit von Beweismitteln — von Asyl- und Visumanträgen sowie Aufenthaltstiteln und damit verbundenen Beschwerden im Hinblick darauf, die Berechtigung der den Antrag stellenden natürlichen Personen festzustellen; zum Zweck der Aufdeckung, Anerkennung oder Identifizierung natürlicher Personen im Zusammenhang mit Migration, Asyl und Grenzkontrolle, mit Ausnahme der Überprüfung von Reisedokumenten. KI-Systeme im Bereich Migration, Asyl und Grenzkontrolle, die unter diese Verordnung fallen, sollten den einschlägigen Verfahrensvorschriften der Verordnung (EG) Nr. 810/2009 des Europäischen

Parlaments und des Rates ([32]), der Richtlinie 2013/32/EU des Europäischen Parlaments und des Rates ([33]) und anderem einschlägigen Unionsrecht entsprechen. Der Einsatz von KI-Systemen in den Bereichen Migration, Asyl und Grenzkontrolle sollte unter keinen Umständen von den Mitgliedstaaten oder Organen, Einrichtungen oder sonstigen Stellen der Union als Mittel zur Umgehung ihrer internationalen Verpflichtungen aus dem am 28. Juli 1951 in Genf unterzeichneten Abkommen der Vereinten Nationen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge in der durch das Protokoll vom 31. Januar 1967 geänderten Fassung genutzt werden. Die Systeme sollten auch nicht dazu genutzt werden, in irgendeiner Weise gegen den Grundsatz der Nichtzurückweisung zu verstoßen oder sichere und wirksame legale Wege in das Gebiet der Union, einschließlich des Rechts auf internationalen Schutz, zu verweigern.

(61) Bestimmte KI-Systeme, die für die Rechtspflege und demokratische Prozesse bestimmt sind, sollten angesichts ihrer möglichen erheblichen Auswirkungen auf die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit, die individuellen Freiheiten sowie das Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein unparteiisches Gericht als hochriskant eingestuft werden. Um insbesondere den Risiken möglicher Verzerrungen, Fehler und Undurchsichtigkeiten zu begegnen, sollten KI-Systeme, die von einer Justizbehörde oder in ihrem Auftrag dazu genutzt werden sollen, Justizbehörden bei der Ermittlung und Auslegung von Sachverhalten und Rechtsvorschriften und bei der Anwendung des Rechts auf konkrete Sachverhalte zu unterstützen, als hochriskant eingestuft werden. KI-Systeme, die von Stellen für die alternative Streitbeilegung für diese Zwecke genutzt werden sollen, sollten ebenfalls als hochriskant gelten, wenn die Ergebnisse der alternativen Streitbeilegung Rechtswirkung für die Parteien entfalten. Der Einsatz von KI-Instrumenten kann die Entscheidungsgewalt von Richtern oder die Unabhängigkeit der Justiz unterstützen, sollte sie aber nicht ersetzen; die endgültige Entscheidungsfindung muss eine von Menschen gesteuerte Tätigkeit bleiben. Die Einstufung von KI-Systemen als hochriskant sollte sich jedoch nicht auf KI-Systeme erstrecken, die für rein begleitende Verwaltungstätigkeiten bestimmt sind, die die tatsächliche Rechtspflege in Einzelfällen nicht beeinträchtigen, wie etwa die Anonymisierung oder Pseudonymisierung gerichtlicher Urteile, Dokumente oder Daten, die Kommunikation zwischen dem Personal oder Verwaltungsaufgaben.

(62) Unbeschadet der Vorschriften der Verordnung (EU) 2024/900 des Europäischen Parlaments und des Rates ([34]) und um den Risiken eines unzulässigen externen Eingriffs in das in Artikel 39 der Charta verankerte Wahlrecht und nachteiligen Auswirkungen auf die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit zu begegnen, sollten KI-Systeme, die verwendet werden sollen, um das Ergebnis einer Wahl oder eines Referendums oder das Wahlverhalten natürlicher Personen bei der Ausübung ihres Wahlrechts in einer Wahl oder in Referenden zu beeinflussen, als Hochrisiko-KI-Systeme eingestuft werden, mit Ausnahme von KI-Systemen, deren Ausgaben natürliche Personen nicht direkt ausgesetzt sind, wie Instrumente zur Organisation, Optimierung und Strukturierung politischer Kampagnen in administrativer und logistischer Hinsicht.

(63) Die Tatsache, dass ein KI-System gemäß dieser Verordnung als ein Hochrisiko-KI-System eingestuft wird, sollte nicht dahin gehend ausgelegt werden, dass die Verwendung des Systems nach anderen Rechtsakten der Union oder nach nationalen Rechtsvorschriften, die mit dem Unionsrecht vereinbar sind, rechtmäßig ist, beispielsweise in Bezug auf den Schutz personenbezogener Daten, die Verwendung von Lügendetektoren und ähnlichen Instrumenten oder anderen Systemen zur Ermittlung des emotionalen Zustands natürlicher Personen. Eine solche Verwendung sollte weiterhin ausschließlich gemäß den geltenden Anforderungen erfolgen, die sich aus der Charta, dem anwendbaren Sekundärrecht der Union und nationalen Recht ergeben. Diese Verordnung sollte nicht so verstanden werden, dass sie eine Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten, gegebenenfalls einschließlich besonderer Kategorien personenbezogener Daten, bildet, es sei denn, in dieser Verordnung ist ausdrücklich etwas anderes vorgesehen.

(64) Um die von in Verkehr gebrachten oder in Betrieb genommenen Hochrisiko-KI-Systemen ausgehenden Risiken zu mindern und ein hohes Maß an Vertrauenswürdigkeit zu gewährleisten, sollten für Hochrisiko-KI-Systeme bestimmte verbindliche Anforderungen gelten, wobei der Zweckbestimmung und dem Nutzungskontext des KI-Systems sowie dem vom Anbieter einzurichtenden Risikomanagementsystem Rechnung zu tragen ist. Die von den Anbietern zur Erfüllung der verbindlichen Anforderungen dieser Verordnung ergriffenen Maßnahmen sollten dem allgemein anerkannten Stand der KI Rechnung tragen, verhältnismäßig und wirksam sein, um die Ziele dieser Verordnung zu erreichen. Auf der Grundlage des neuen Rechtsrahmens, wie in der Bekanntmachung der Kommission „Leitfaden für die Umsetzung der Produktvorschriften der EU 2022 (Blue Guide)“ dargelegt, gilt als allgemeine Regel, dass mehr als ein Rechtsakt der Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union auf ein Produkt anwendbar sein können, da die Bereitstellung oder Inbetriebnahme nur erfolgen kann, wenn das Produkt allen geltenden Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union entspricht. Die Gefahren von KI-Systemen, die unter die Anforderungen dieser Verordnung fallen, decken andere Aspekte ab als die bestehenden Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union, weshalb die Anforderungen dieser Verordnung das bestehende Regelwerk der Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union ergänzen würden. So bergen etwa Maschinen oder Medizinprodukte mit einer KI-Komponente möglicherweise Risiken, die von den grundlegenden Gesundheits- und Sicherheitsan-

([32]) Verordnung (EG) Nr. 810/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über einen Visakodex der Gemeinschaft (Visakodex) (ABl. L 243 vom 15.9.2009, S. 1).

([33]) Richtlinie 2013/32/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zu gemeinsamen Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes (ABl. L 180 vom 29.6.2013, S. 60).

([34]) Verordnung (EU) 2024/900 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. März 2024 über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung (ABl. L, 2024/900, 20.3.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/900/oj).

forderungen der einschlägigen harmonisierten Rechtsvorschriften der Union nicht erfasst werden, da diese sektoralen Rechtsvorschriften keine spezifischen KI-Risiken behandeln. Dies erfordert die gleichzeitige und ergänzende Anwendung mehrerer Rechtsakte. Um Kohärenz zu gewährleisten und unnötigen Verwaltungsaufwand sowie unnötige Kosten zu vermeiden, sollten die Anbieter eines Produkts, das ein oder mehrere Hochrisiko-KI-Systeme enthält, für die die Anforderungen dieser Verordnung und der in einem Anhang dieser Verordnung aufgeführten und auf dem neuen Rechtsrahmen beruhenden Harmonisierungsvorschriften der Union gelten, in Bezug auf betriebliche Entscheidungen darüber flexibel sein, wie die Konformität eines Produkts, das ein oder mehrere Hochrisiko-KI-Systeme enthält, bestmöglich mit allen geltenden Anforderungen dieser harmonisierten Rechtsvorschriften der Union sichergestellt werden kann. Diese Flexibilität könnte beispielsweise bedeuten, dass der Anbieter beschließt, einen Teil der gemäß dieser Verordnung erforderlichen Test- und Berichterstattungsverfahren, Informationen und Unterlagen in bereits bestehende Dokumentationen und Verfahren zu integrieren, die nach den auf dem neuen Rechtsrahmen beruhenden und in einem Anhang dieser Verordnung aufgeführten geltenden Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union erforderlich sind. Dies sollte in keiner Weise die Verpflichtung des Anbieters untergraben, alle geltenden Anforderungen zu erfüllen.

(65) Das Risikomanagementsystem sollte in einem kontinuierlichen iterativen Prozess bestehen, der während des gesamten Lebenszyklus eines Hochrisiko-KI-Systems geplant und durchgeführt wird. Ziel dieses Prozesses sollte es ein, die einschlägigen Risiken von KI-Systemen für Gesundheit, Sicherheit und Grundrechte zu ermitteln und zu mindern. Das Risikomanagementsystem sollte regelmäßig überprüft und aktualisiert werden, um seine dauerhafte Wirksamkeit sowie die Begründetheit und Dokumentierung aller gemäß dieser Verordnung getroffenen wesentlichen Entscheidungen und Maßnahmen zu gewährleisten. Mit diesem Prozess sollte sichergestellt werden, dass der Anbieter Risiken oder negative Auswirkungen ermittelt und Minderungsmaßnahmen ergreift in Bezug auf die bekannten und vernünftigerweise vorhersehbaren Risiken von KI-Systemen für die Gesundheit, die Sicherheit und die Grundrechte angesichts ihrer Zweckbestimmung und vernünftigerweise vorhersehbaren Fehlanwendung, einschließlich der möglichen Risiken, die sich aus der Interaktion zwischen dem KI-System und der Umgebung, in der es betrieben wird, ergeben könnten. Im Rahmen des Risikomanagementsystems sollten die vor dem Hintergrund des Stands der KI am besten geeigneten Risikomanagementmaßnahmen ergriffen werden. Bei der Ermittlung der am besten geeigneten Risikomanagementmaßnahmen sollte der Anbieter die getroffenen Entscheidungen dokumentieren und erläutern und gegebenenfalls Sachverständige und externe Interessenträger hinzuziehen. Bei der Ermittlung der vernünftigerweise vorhersehbaren Fehlanwendung von Hochrisiko-KI-Systemen sollte der Anbieter die Verwendungen von KI-Systemen erfassen, die zwar nicht unmittelbar der Zweckbestimmung entsprechen und in der Betriebsanleitung vorgesehen sind, jedoch nach vernünftigem Ermessen davon auszugehen ist, dass sie sich aus einem leicht absehbaren menschlichen Verhalten im Zusammenhang mit den spezifischen Merkmalen und der Verwendung eines bestimmten KI-Systems ergeben. Alle bekannten oder vorhersehbaren Umstände bezüglich der Verwendung des Hochrisiko-KI-Systems im Einklang mit seiner Zweckbestimmung oder einer vernünftigerweise vorhersehbaren Fehlanwendung, die zu Risiken für die Gesundheit und Sicherheit oder die Grundrechte führen können, sollten vom Anbieter in der Betriebsanleitung aufgeführt werden. Damit soll sichergestellt werden, dass der Betreiber diese Umstände bei der Nutzung des Hochrisiko-KI-Systems kennt und berücksichtigt. Die Ermittlung und Umsetzung von Risikominderungsmaßnahmen in Bezug auf vorhersehbare Fehlanwendungen im Rahmen dieser Verordnung sollte keine spezifische zusätzliche Schulung für das Hochrisiko-KI-System durch den Anbieter erfordern, um gegen vorhersehbare Fehlanwendungen vorzugehen. Die Anbieter sind jedoch gehalten, solche zusätzlichen Schulungsmaßnahmen in Erwägung zu ziehen, um einer vernünftigerweise vorhersehbare Fehlanwendung entgegenzuwirken, soweit dies erforderlich und angemessen ist.

(66) Die Anforderungen sollten für Hochrisiko-KI-Systeme im Hinblick auf das Risikomanagement, die Qualität und Relevanz der verwendeten Datensätze, die technische Dokumentation und die Aufzeichnungspflichten, die Transparenz und die Bereitstellung von Informationen für die Betreiber, die menschliche Aufsicht sowie die Robustheit, Genauigkeit und Sicherheit gelten. Diese Anforderungen sind erforderlich, um die Risiken für Gesundheit, Sicherheit und Grundrechte wirksam zu mindern. Nachdem nach vernünftigem Ermessen keine anderen weniger handelsbeschränkenden Maßnahmen zur Verfügung stehen, stellen sie keine ungerechtfertigten Handelsbeschränkungen dar.

(67) Hochwertige Daten und der Zugang dazu spielen eine zentrale Rolle bei der Bereitstellung von Strukturen und für die Sicherstellung der Leistung vieler KI-Systeme, insbesondere wenn Techniken eingesetzt werden, bei denen Modelle mit Daten trainiert werden, um sicherzustellen, dass das Hochrisiko-KI-System bestimmungsgemäß und sicher funktioniert und nicht zur Ursache für Diskriminierung wird, die nach dem Unionsrecht verboten ist. Hochwertige Trainings-, Validierungs- und Testdatensätze erfordern geeignete Daten-Governance- und Datenverwaltungsverfahren. Die Trainings-, Validierungs- und Testdatensätze, einschließlich der Kennzeichnungen, sollten im Hinblick auf die Zweckbestimmung des Systems relevant, hinreichend repräsentativ und so weit wie möglich fehlerfrei und vollständig sein. Um die Einhaltung des Datenschutzrechts der Union, wie der Verordnung (EU) 2016/679, zu erleichtern, sollten Daten-Governance- und Datenverwaltungsverfahren bei personenbezogenen Daten Transparenz in Bezug auf den ursprünglichen Zweck der Datenerhebung umfassen. Die Datensätze sollten auch die geeigneten statistischen Merkmale haben, auch bezüglich der Personen oder Personengruppen, auf die das Hochrisiko-KI-System bestimmungsgemäß angewandt werden soll, unter besonderer Berücksichtigung der Minderung möglicher Verzerrungen in den Datensätzen, die die Gesundheit und Sicherheit von Personen beeinträchtigen, sich negativ auf die Grundrechte auswirken oder zu einer nach dem Unionsrecht verbotenen Diskriminierung führen könnten, insbesondere wenn die Datenausgaben die Eingaben für künftige Operationen

beeinflussen (Rückkopplungsschleifen). Verzerrungen können zum Beispiel — insbesondere bei Verwendung historischer Daten — den zugrunde liegenden Datensätzen innewohnen oder bei der Implementierung der Systeme in der realen Welt generiert werden. Die von einem KI-System ausgegebenen Ergebnisse könnten durch solche inhärenten Verzerrungen beeinflusst werden, die tendenziell allmählich zunehmen und dadurch bestehende Diskriminierungen fortschreiben und verstärken, insbesondere in Bezug auf Personen, die bestimmten schutzbedürftigen Gruppen wie aufgrund von Rassismus benachteiligten oder ethnischen Gruppen angehören. Die Anforderung, dass die Datensätze so weit wie möglich vollständig und fehlerfrei sein müssen, sollte sich nicht auf den Einsatz von Techniken zur Wahrung der Privatsphäre im Zusammenhang mit der Entwicklung und dem Testen von KI-Systemen auswirken. Insbesondere sollten die Datensätze, soweit dies für die Zweckbestimmung erforderlich ist, den Eigenschaften, Merkmalen oder Elementen entsprechen, die für die besonderen geografischen, kontextuellen, verhaltensbezogenen oder funktionalen Rahmenbedingungen, unter denen das Hochrisiko-KI-System bestimmungsgemäß verwendet werden soll, typisch sind. Die Anforderungen an die Daten-Governance können durch die Inanspruchnahme Dritter erfüllt werden, die zertifizierte Compliance-Dienste anbieten, einschließlich der Überprüfung der Daten-Governance, der Datensatzintegrität und der Datenschulungs-, Validierungs- und Testverfahren, sofern die Einhaltung der Datenanforderungen dieser Verordnung gewährleistet ist.

(68) Für die Entwicklung und Bewertung von Hochrisiko-KI-Systemen sollten bestimmte Akteure wie etwa Anbieter, notifizierte Stellen und andere einschlägige Einrichtungen wie etwa Europäische Digitale Innovationszentren, Test- und Versuchseinrichtungen und Forscher in der Lage sein, in den Tätigkeitsbereichen, in denen diese Akteure tätig sind und die mit dieser Verordnung in Zusammenhang stehen, auf hochwertige Datensätze zuzugreifen und diese zu nutzen. Die von der Kommission eingerichteten gemeinsamen europäischen Datenräume und die Erleichterung des Datenaustauschs im öffentlichen Interesse zwischen Unternehmen und mit Behörden werden entscheidend dazu beitragen, einen vertrauensvollen, rechenschaftspflichtigen und diskriminierungsfreien Zugang zu hochwertigen Daten für das Training, die Validierung und das Testen von KI-Systemen zu gewährleisten. Im Gesundheitsbereich beispielsweise wird der europäische Raum für Gesundheitsdaten den diskriminierungsfreien Zugang zu Gesundheitsdaten und das Training von KI-Algorithmen mithilfe dieser Datensätze erleichtern, und zwar unter Wahrung der Privatsphäre, auf sichere, zeitnahe, transparente und vertrauenswürdige Weise und unter angemessener institutioneller Leitung. Die einschlägigen zuständigen Behörden, einschließlich sektoraler Behörden, die den Zugang zu Daten bereitstellen oder unterstützen, können auch die Bereitstellung hochwertiger Daten für das Training, die Validierung und das Testen von KI-Systemen unterstützen.

(69) Das Recht auf Privatsphäre und den Schutz personenbezogener Daten muss während des gesamten Lebenszyklus des KI-Systems sichergestellt sein. In dieser Hinsicht gelten die Grundsätze der Datenminimierung und des Datenschutzes durch Technikgestaltung und Voreinstellungen, wie sie im Datenschutzrecht der Union festgelegt sind, wenn personenbezogene Daten verarbeitet werden. Unbeschadet der in dieser Verordnung festgelegten Anforderungen an die Daten-Governance können zu den Maßnahmen, mit denen die Anbieter die Einhaltung dieser Grundsätze sicherstellen, nicht nur Anonymisierung und Verschlüsselung gehören, sondern auch der Einsatz von Technik, die es ermöglicht, Algorithmen direkt am Ort der Datenerzeugung einzusetzen und KI-Systeme zu trainieren, ohne dass Daten zwischen Parteien übertragen oder die Rohdaten oder strukturierten Daten selbst kopiert werden.

(70) Um das Recht anderer auf Schutz vor Diskriminierung, die sich aus Verzerrungen in KI-Systemen ergeben könnte, zu wahren, sollten die Anbieter ausnahmsweise und in dem unbedingt erforderlichen Ausmaß, um die Erkennung und Korrektur von Verzerrungen im Zusammenhang mit Hochrisiko-KI-Systemen sicherzustellen, vorbehaltlich angemessener Vorkehrungen für den Schutz der Grundrechte und Grundfreiheiten natürlicher Personen und nach Anwendung aller in dieser Verordnung festgelegten geltenden Bedingungen zusätzlich zu den in den Verordnungen (EU) 2016/679 und (EU) 2018/1725 sowie der Richtlinie (EU) 2016/680 festgelegten Bedingungen besondere Kategorien personenbezogener Daten als Angelegenheit von erheblichem öffentlichen Interesse im Sinne des Artikels 9 Absatz 2 Buchstabe g der Verordnung (EU) 2016/679 und des Artikels 10 Absatz 2 Buchstabe g der Verordnung (EU) 2018/1725 verarbeiten können.

(71) Umfassende Informationen darüber, wie Hochrisiko-KI-Systeme entwickelt wurden und wie sie während ihrer gesamten Lebensdauer funktionieren, sind unerlässlich, um die Nachvollziehbarkeit dieser Systeme, die Überprüfung der Einhaltung der Anforderungen dieser Verordnung sowie die Beobachtung ihres Betriebs und ihre Beobachtung nach dem Inverkehrbringen zu ermöglichen. Dies erfordert die Führung von Aufzeichnungen und die Verfügbarkeit einer technischen Dokumentation, die alle erforderlichen Informationen enthält, um die Einhaltung der einschlägigen Anforderungen durch das KI-System zu beurteilen und die Beobachtung nach dem Inverkehrbringen zu erleichtern. Diese Informationen sollten die allgemeinen Merkmale, Fähigkeiten und Grenzen des Systems, die verwendeten Algorithmen, Daten und Trainings-, Test- und Validierungsverfahren sowie die Dokumentation des einschlägigen Risikomanagementsystems umfassen und in klarer und umfassender Form abgefasst sein. Die technische Dokumentation sollte während der gesamten Lebensdauer des KI-Systems angemessen auf dem neuesten Stand gehalten werden. Darüber hinaus sollten die Hochrisiko-KI-Systeme technisch die automatische Aufzeichnung von Ereignissen mittels Protokollierung während der Lebensdauer des Systems ermöglichen.

(72) Um Bedenken hinsichtlich der Undurchsichtigkeit und Komplexität bestimmter KI-Systeme auszuräumen und die Betreiber bei der Erfüllung ihrer Pflichten gemäß dieser Verordnung zu unterstützen, sollte für Hochrisiko-KI-Systeme Transparenz vorgeschrieben werden, bevor sie in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen werden. Hochrisiko-KI-Systeme sollten so gestaltet sein, dass die Betreiber in der Lage sind, zu verstehen, wie das KI-System funktioniert, seine Funktionalität zu bewerten und seine Stärken und Grenzen zu erfassen. Hochrisiko-KI-Systemen sollten angemessene Informationen in Form von Betriebsanleitungen beigefügt sein. Zu diesen Informationen sollten die Merkmale, Fähigkeiten und Leistungsbeschränkungen des KI-Systems gehören. Diese würden Informationen über mögliche bekannte und vorhersehbare Umstände im Zusammenhang mit der Nutzung des Hochrisiko-KI-Systems, einschließlich Handlungen des Betreibers, die das Verhalten und die Leistung des Systems beeinflussen können, unter denen das KI-System zu Risiken in Bezug auf die Gesundheit, die Sicherheit und die Grundrechte führen kann, über die Änderungen, die vom Anbieter vorab festgelegt und auf Konformität geprüft wurden, und über die einschlägigen Maßnahmen der menschlichen Aufsicht, einschließlich der Maßnahmen, um den Betreibern die Interpretation der Ausgaben von KI-Systemen zu erleichtern, umfassen. Transparenz, einschließlich der begleitenden Betriebsanleitungen, sollte den Betreibern bei der Nutzung des Systems helfen und ihre fundierte Entscheidungsfindung unterstützen. Unter anderem sollten Betreiber besser in der Lage sein, das richtige System auszuwählen, das sie angesichts der für sie geltenden Pflichten verwenden wollen, über die beabsichtigten und ausgeschlossenen Verwendungszwecke informiert sein und das KI-System korrekt und angemessen verwenden. Um die Lesbarkeit und Zugänglichkeit der in der Betriebsanleitung enthaltenen Informationen zu verbessern, sollten diese gegebenenfalls anschauliche Beispiele enthalten, zum Beispiel zu den Beschränkungen sowie zu den beabsichtigten und ausgeschlossenen Verwendungen des KI-Systems. Die Anbieter sollten dafür sorgen, dass in der gesamten Dokumentation, einschließlich der Betriebsanleitungen, aussagekräftige, umfassende, zugängliche und verständliche Informationen enthalten sind, wobei die Bedürfnisse und vorhersehbaren Kenntnisse der Zielbetreiber zu berücksichtigen sind. Die Betriebsanleitungen sollten in einer vom betreffenden Mitgliedstaat festgelegten Sprache zur Verfügung gestellt werden, die von den Zielbetreibern leicht verstanden werden kann.

(73) Hochrisiko-KI-Systeme sollten so gestaltet und entwickelt werden, dass natürliche Personen ihre Funktionsweise überwachen und sicherstellen können, dass sie bestimmungsgemäß verwendet werden und dass ihre Auswirkungen während des Lebenszyklus des Systems berücksichtigt werden. Zu diesem Zweck sollte der Anbieter des Systems vor dem Inverkehrbringen oder der Inbetriebnahme geeignete Maßnahmen zur Gewährleistung der menschlichen Aufsicht festlegen. Insbesondere sollten solche Maßnahmen gegebenenfalls gewährleisten, dass das System integrierten Betriebseinschränkungen unterliegt, über die sich das System selbst nicht hinwegsetzen kann, dass es auf den menschlichen Bediener reagiert und dass die natürlichen Personen, denen die menschliche Aufsicht übertragen wurde, über die erforderliche Kompetenz, Ausbildung und Befugnis verfügen, um diese Aufgabe wahrzunehmen. Es ist außerdem unerlässlich, gegebenenfalls dafür zu sorgen, dass in Hochrisiko-KI-Systemen Mechanismen enthalten sind, um eine natürliche Person, der die menschliche Aufsicht übertragen wurde, zu beraten und zu informieren, damit sie fundierte Entscheidungen darüber trifft, ob, wann und wie einzugreifen ist, um negative Folgen oder Risiken zu vermeiden, oder das System anzuhalten, wenn es nicht wie beabsichtigt funktioniert. Angesichts der bedeutenden Konsequenzen für Personen im Falle eines falschen Treffers durch bestimmte biometrische Identifizierungssysteme ist es angezeigt, für diese Systeme eine verstärkte Anforderung im Hinblick auf die menschliche Aufsicht vorzusehen, sodass der Betreiber keine Maßnahmen oder Entscheidungen aufgrund des vom System hervorgebrachten Identifizierungsergebnisses treffen kann, solange dies nicht von mindestens zwei natürlichen Personen getrennt überprüft und bestätigt wurde. Diese Personen könnten von einer oder mehreren Einrichtungen stammen und die Person umfassen, die das System bedient oder verwendet. Diese Anforderung sollte keine unnötigen Belastungen oder Verzögerungen mit sich bringen, und es könnte ausreichen, dass die getrennten Überprüfungen durch die verschiedenen Personen automatisch in die vom System erzeugten Protokolle aufgenommen werden. Angesichts der Besonderheiten der Bereiche Strafverfolgung, Migration, Grenzkontrolle und Asyl sollte diese Anforderung nicht gelten, wenn die Geltung dieser Anforderung nach Unionsrecht oder nationalem Recht unverhältnismäßig ist.

(74) Hochrisiko-KI-Systeme sollten während ihres gesamten Lebenszyklus beständig funktionieren und ein angemessenes Maß an Genauigkeit, Robustheit und Cybersicherheit angesichts ihrer Zweckbestimmung und entsprechend dem allgemein anerkannten Stand der Technik aufweisen. Die Kommission sowie einschlägige Interessenträger und Organisationen sind aufgefordert, der Minderung der Risiken und negativen Auswirkungen des KI-Systems gebührend Rechnung zu tragen. Das erwartete Leistungskennzahlenniveau sollte in der beigefügten Betriebsanleitung angegeben werden. Die Anbieter werden nachdrücklich aufgefordert, diese Informationen den Betreibern in klarer und leicht verständlicher Weise ohne Missverständnisse oder irreführende Aussagen zu übermitteln. Die Rechtsvorschriften der Union zum gesetzlichen Messwesen, einschließlich der Richtlinien 2014/31/EU ([35]) und 2014/32/EU des Europäischen Parlaments und des Rates ([36]), zielt darauf ab, die Genauigkeit von Messungen sicherzustellen und die Transparenz und Fairness im Geschäftsverkehr zu fördern. In diesem Zusammenhang sollte die Kommission in Zusammenarbeit mit einschlägigen Interessenträgern und Organisationen, wie Metrologie- und Benchmarking-Behörden, gegebenenfalls die Entwicklung von Benchmarks und Messmethoden für KI-Systeme fördern. Dabei sollte die Kommission internationale Partner, die an Metrologie und einschlägigen Messindikatoren für KI arbeiten, beachten und mit ihnen zusammenarbeiten.

([35]) Richtlinie 2014/31/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend die Bereitstellung nichtselbsttätiger Waagen auf dem Markt (ABl. L 96 vom 29.3.2014, S. 107).

([36]) Richtlinie 2014/32/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung von Messgeräten auf dem Markt (ABl. L 96 vom 29.3.2014, S. 149).

(75) Die technische Robustheit ist eine wesentliche Voraussetzung für Hochrisiko-KI-Systeme. Sie sollten widerstandsfähig in Bezug auf schädliches oder anderweitig unerwünschtes Verhalten sein, das sich aus Einschränkungen innerhalb der Systeme oder der Umgebung, in der die Systeme betrieben werden, ergeben kann (z. B. Fehler, Störungen, Unstimmigkeiten, unerwartete Situationen). Daher sollten technische und organisatorische Maßnahmen ergriffen werden, um die Robustheit von Hochrisiko-KI-Systemen sicherzustellen, indem beispielsweise geeignete technische Lösungen konzipiert und entwickelt werden, um schädliches oder anderweitig unerwünschtes Verhalten zu verhindern oder zu minimieren. Zu diesen technischen Lösungen können beispielsweise Mechanismen gehören, die es dem System ermöglichen, seinen Betrieb bei bestimmten Anomalien oder beim Betrieb außerhalb bestimmter vorab festgelegter Grenzen sicher zu unterbrechen (Störungssicherheitspläne). Ein fehlender Schutz vor diesen Risiken könnte die Sicherheit beeinträchtigen oder sich negativ auf die Grundrechte auswirken, wenn das KI-System beispielsweise falsche Entscheidungen trifft oder falsche oder verzerrte Ausgaben hervorbringt.

(76) Die Cybersicherheit spielt eine entscheidende Rolle, wenn es darum geht, sicherzustellen, dass KI-Systeme widerstandsfähig gegenüber Versuchen böswilliger Dritter sind, unter Ausnutzung der Schwachstellen der Systeme deren Verwendung, Verhalten, Leistung zu verändern oder ihre Sicherheitsmerkmale zu beeinträchtigen. Cyberangriffe auf KI-Systeme können KI-spezifische Ressourcen wie Trainingsdatensätze (z. B. Datenvergiftung) oder trainierte Modelle (z. B. feindliche Angriffe oder Inferenzangriffe auf Mitgliederdaten) nutzen oder Schwachstellen in den digitalen Ressourcen des KI-Systems oder der zugrunde liegenden IKT-Infrastruktur ausnutzen. Um ein den Risiken angemessenes Cybersicherheitsniveau zu gewährleisten, sollten die Anbieter von Hochrisiko-KI-Systemen daher geeignete Maßnahmen, etwa Sicherheitskontrollen, ergreifen, wobei gegebenenfalls auch die zugrunde liegende IKT-Infrastruktur zu berücksichtigen ist.

(77) Unbeschadet der in dieser Verordnung festgelegten Anforderungen an Robustheit und Genauigkeit können Hochrisiko-AI-Systeme, die in den Geltungsbereich einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über horizontale Cybersicherheitsanforderungen für Produkte mit digitalen Elementen gemäß der genannten Verordnung fallen, die Erfüllung der Cybersicherheitsanforderungen der vorliegenden Verordnung nachweisen, indem sie die in der genannten Verordnung festgelegten grundlegenden Cybersicherheitsanforderungen erfüllen. Wenn Hochrisiko-KI-Systeme die grundlegenden Anforderungen einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über horizontale Cybersicherheitsanforderungen für Produkte mit digitalen Elementen erfüllen, sollten sie als die in der vorliegenden Verordnung festgelegten Cybersicherheitsanforderungen erfüllend gelten, soweit die Erfüllung der genannten Anforderungen in der gemäß der genannten Verordnung ausgestellten EU-Konformitätserklärung oder in Teilen davon nachgewiesen wird. Zu diesem Zweck sollten bei der im Rahmen einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über horizontale Cybersicherheitsanforderungen für Produkte mit digitalen Elementen durchgeführten Bewertung der Cybersicherheitsrisiken, die mit einem gemäß der vorliegenden Verordnung als Hochrisiko-KI-System eingestuften Produkt mit digitalen Elementen verbunden sind, Risiken für die Cyberabwehrfähigkeit eines KI-Systems in Bezug auf Versuche unbefugter Dritter, seine Verwendung, sein Verhalten oder seine Leistung zu verändern, einschließlich KI-spezifischer Schwachstellen wie Datenvergiftung oder feindlicher Angriffe, sowie gegebenenfalls Risiken für die Grundrechte gemäß der vorliegenden Verordnung berücksichtigt werden.

(78) Das in dieser Verordnung vorgesehene Konformitätsbewertungsverfahren sollte in Bezug auf die grundlegenden Cybersicherheitsanforderungen an ein Produkt mit digitalen Elementen, das unter eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über horizontale Cybersicherheitsanforderungen für Produkte mit digitalen Elementen fällt und gemäß der vorliegenden Verordnung als Hochrisiko-KI-System eingestuft ist, gelten. Diese Regel sollte jedoch nicht dazu führen, dass die erforderliche Vertrauenswürdigkeit für unter eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über horizontale Cybersicherheitsanforderungen für Produkte mit digitalen Elementen fallende kritische Produkte mit digitalen Elementen verringert wird. Daher unterliegen abweichend von dieser Regel Hochrisiko-KI-Systeme, die in den Anwendungsbereich der vorliegenden Verordnung fallen und gemäß einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über horizontale Cybersicherheitsanforderungen für Produkte mit digitalen Elementen als wichtige und kritische Produkte mit digitalen Elementen eingestuft werden und für die das Konformitätsbewertungsverfahren auf der Grundlage der internen Kontrolle gemäß einem Anhang der vorliegenden Verordnung gilt, den Konformitätsbewertungsbestimmungen einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über horizontale Cybersicherheitsanforderungen für Produkte mit digitalen Elementen, soweit die wesentlichen Cybersicherheitsanforderungen der genannten Verordnung betroffen sind. In diesem Fall sollten für alle anderen Aspekte, die unter die vorliegende Verordnung fallen, die entsprechenden Bestimmungen über die Konformitätsbewertung auf der Grundlage der internen Kontrolle gelten, die in einem Anhang der vorliegenden Verordnung festgelegt sind. Aufbauend auf den Kenntnissen und dem Fachwissen der ENISA in Bezug auf die Cybersicherheitspolitik und die der ENISA gemäß der Verordnung (EU) 2019/881 des Europäischen Parlaments und des Rates ([37]) übertragenen Aufgaben sollte die Kommission in Fragen im Zusammenhang mit der Cybersicherheit von KI-Systemen mit der ENISA zusammenarbeiten.

([37]) Verordnung (EU) 2019/881 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über die ENISA (Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit) und über die Zertifizierung der Cybersicherheit von Informations- und Kommunikationstechnik und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 526/2013 (Rechtsakt zur Cybersicherheit) (ABl. L 151 vom 7.6.2019, S. 15).

(79) Es ist angezeigt, dass eine bestimmte als Anbieter definierte natürliche oder juristische Person die Verantwortung für das Inverkehrbringen oder die Inbetriebnahme eines Hochrisiko-KI-Systems übernimmt, unabhängig davon, ob es sich bei dieser natürlichen oder juristischen Person um die Person handelt, die das System konzipiert oder entwickelt hat.

(80) Als Unterzeichner des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen der Vereinten Nationen sind die Union und alle Mitgliedstaaten rechtlich verpflichtet, Menschen mit Behinderungen vor Diskriminierung zu schützen und ihre Gleichstellung zu fördern, sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologien und -systemen haben, und die Achtung der Privatsphäre von Menschen mit Behinderungen sicherzustellen. Angesichts der zunehmenden Bedeutung und Nutzung von KI-Systemen sollte die strikte Anwendung der Grundsätze des universellen Designs auf alle neuen Technologien und Dienste einen vollständigen und gleichberechtigten Zugang für alle Menschen sicherstellen, die potenziell von KI-Technologien betroffen sind oder diese nutzen, einschließlich Menschen mit Behinderungen, und zwar in einer Weise, die ihrer Würde und Vielfalt in vollem Umfang Rechnung trägt. Es ist daher von wesentlicher Bedeutung, dass die Anbieter die uneingeschränkte Einhaltung der Barrierefreiheitsanforderungen sicherstellen, einschließlich der in der Richtlinie (EU) 2016/2102 des Europäischen Parlaments und des Rates ([38]) und in der Richtlinie (EU) 2019/882 festgelegten Anforderungen. Die Anbieter sollten die Einhaltung dieser Anforderungen durch Voreinstellungen sicherstellen. Die erforderlichen Maßnahmen sollten daher so weit wie möglich in die Konzeption von Hochrisiko-KI-Systemen integriert werden.

(81) Der Anbieter sollte ein solides Qualitätsmanagementsystem einrichten, die Durchführung des vorgeschriebenen Konformitätsbewertungsverfahrens sicherstellen, die einschlägige Dokumentation erstellen und ein robustes System zur Beobachtung nach dem Inverkehrbringen einrichten. Anbieter von Hochrisiko-KI-Systemen, die Pflichten in Bezug auf Qualitätsmanagementsysteme gemäß den einschlägigen sektorspezifischen Rechtsvorschriften der Union unterliegen, sollten die Möglichkeit haben, die Elemente des in dieser Verordnung vorgesehenen Qualitätsmanagementsystems als Teil des bestehenden, in diesen anderen sektoralen Rechtsvorschriften der Union vorgesehen Qualitätsmanagementsystems aufzunehmen. Auch bei künftigen Normungstätigkeiten oder Leitlinien, die von der Kommission angenommen werden, sollte der Komplementarität zwischen dieser Verordnung und den bestehenden sektorspezifischen Rechtsvorschriften der Union Rechnung getragen werden. Behörden, die Hochrisiko-KI-Systeme für den Eigengebrauch in Betrieb nehmen, können unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Bereichs sowie der Zuständigkeiten und der Organisation der besagten Behörde die Vorschriften für das Qualitätsmanagementsystem als Teil des auf nationaler oder regionaler Ebene eingesetzten Qualitätsmanagementsystems annehmen und umsetzen.

(82) Um die Durchsetzung dieser Verordnung zu ermöglichen und gleiche Wettbewerbsbedingungen für die Akteure zu schaffen, muss unter Berücksichtigung der verschiedenen Formen der Bereitstellung digitaler Produkte sichergestellt sein, dass unter allen Umständen eine in der Union niedergelassene Person den Behörden alle erforderlichen Informationen über die Konformität eines KI-Systems zur Verfügung stellen kann. Daher sollten Anbieter, die in Drittländern niedergelassen sind, vor der Bereitstellung ihrer KI-Systeme in der Union schriftlich einen in der Union niedergelassenen Bevollmächtigten benennen. Dieser Bevollmächtigte spielt eine zentrale Rolle bei der Gewährleistung der Konformität der von den betreffenden Anbietern, die nicht in der Union niedergelassen sind, in der Union in Verkehr gebrachten oder in Betrieb genommenen Hochrisiko-KI-Systeme und indem er als ihr in der Union niedergelassener Ansprechpartner dient.

(83) Angesichts des Wesens und der Komplexität der Wertschöpfungskette für KI-Systeme und im Einklang mit dem neuen Rechtsrahmen ist es von wesentlicher Bedeutung, Rechtssicherheit zu gewährleisten und die Einhaltung dieser Verordnung zu erleichtern. Daher müssen die Rolle und die spezifischen Pflichten der relevanten Akteure entlang dieser Wertschöpfungskette, wie Einführer und Händler, die zur Entwicklung von KI-Systemen beitragen können, präzisiert werden. In bestimmten Situationen könnten diese Akteure mehr als eine Rolle gleichzeitig wahrnehmen und sollten daher alle einschlägigen Pflichten, die mit diesen Rollen verbunden sind, kumulativ erfüllen. So könnte ein Akteur beispielsweise gleichzeitig als Händler und als Einführer auftreten.

(84) Um Rechtssicherheit zu gewährleisten, muss präzisiert werden, dass unter bestimmten spezifischen Bedingungen jeder Händler, Einführer, Betreiber oder andere Dritte als Anbieter eines Hochrisiko-KI-Systems betrachtet werden und daher alle einschlägigen Pflichten erfüllen sollte. Dies wäre auch der Fall, wenn diese Partei ein bereits in Verkehr gebrachtes oder in Betrieb genommenes Hochrisiko-KI-System mit ihrem Namen oder ihrer Handelsmarke versieht, unbeschadet vertraglicher Vereinbarungen, die eine andere Aufteilung der Pflichten vorsehen, oder wenn sie eine wesentliche Veränderung des Hochrisiko-KI-Systems, das bereits in Verkehr gebracht oder bereits in Betrieb genommen wurde, so vornimmt, dass es ein Hochrisiko-KI-System im Sinne dieser Verordnung bleibt, oder wenn sie die Zweckbestimmung eines KI-Systems, einschließlich eines KI-Systems mit allgemeinem Verwendungszweck, das nicht als Hochrisiko-KI-System eingestuft wurde und bereits in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen wurde, so verändert, dass das KI-System zu einem Hochrisiko-KI-System im Sinne dieser Verordnung wird. Diese Bestimmungen sollten unbeschadet spezifischerer Bestimmungen in bestimmten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union auf Grundlage des neuen Rechtsrahmens gelten, mit denen diese Verordnung zusammen gelten sollte. So

([38]) Richtlinie (EU) 2016/2102 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen (ABl. L 327 vom 2.12.2016, S. 1).

sollte beispielsweise Artikel 16 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2017/745, wonach bestimmte Änderungen nicht als eine Änderung des Produkts, die Auswirkungen auf seine Konformität mit den geltenden Anforderungen haben könnte, gelten sollten, weiterhin auf Hochrisiko-KI-Systeme angewandt werden, bei denen es sich um Medizinprodukte im Sinne der genannten Verordnung handelt.

(85) KI-Systeme mit allgemeinem Verwendungszweck können als eigenständige Hochrisiko-KI-Systeme eingesetzt werden oder Komponenten anderer Hochrisiko-KI-Systemen sein. Daher sollten, aufgrund der besonderen Merkmale dieser KI-Systeme und um für eine gerechte Verteilung der Verantwortlichkeiten entlang der KI-Wertschöpfungskette zu sorgen, Anbieter solcher Systeme, unabhängig davon, ob sie von anderen Anbietern als eigenständige Hochrisiko-KI-Systeme oder als Komponenten von Hochrisiko-KI-Systemen verwendet werden können, und sofern in dieser Verordnung nichts anderes bestimmt ist, eng mit den Anbietern der relevanten Hochrisiko-KI-Systeme, um ihnen die Einhaltung der entsprechenden Pflichten aus dieser Verordnung zu ermöglichen, und mit den gemäß dieser Verordnung eingerichteten zuständigen Behörden zusammenarbeiten.

(86) Sollte der Anbieter, der das KI-System ursprünglich in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen hat, unter den in dieser Verordnung festgelegten Bedingungen nicht mehr als Anbieter im Sinne dieser Verordnung gelten und hat jener Anbieter die Änderung des KI-Systems in ein Hochrisiko-KI-System nicht ausdrücklich ausgeschlossen, so sollte der erstgenannte Anbieter dennoch eng zusammenarbeiten, die erforderlichen Informationen zur Verfügung stellen und den vernünftigerweise erwarteten technischen Zugang und sonstige Unterstützung leisten, die für die Erfüllung der in dieser Verordnung festgelegten Pflichten, insbesondere in Bezug auf die Konformitätsbewertung von Hochrisiko-KI-Systemen, erforderlich sind.

(87) Zusätzlich sollte, wenn ein Hochrisiko-KI-System, bei dem es sich um ein Sicherheitsbauteil eines Produkts handelt, das in den Geltungsbereich von Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union auf Grundlage des neuen Rechtsrahmens fällt, nicht unabhängig von dem Produkt in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen wird, der Produkthersteller im Sinne der genannten Rechtsvorschriften die in der vorliegenden Verordnung festgelegten Anbieterpflichten erfüllen und sollte insbesondere sicherstellen, dass das in das Endprodukt eingebettete KI-System den Anforderungen dieser Verordnung entspricht.

(88) Entlang der KI-Wertschöpfungskette liefern häufig mehrere Parteien KI-Systeme, Instrumente und Dienstleistungen, aber auch Komponenten oder Prozesse, die vom Anbieter zu diversen Zwecken in das KI-System integriert werden; dazu gehören das Trainieren, Neutrainieren, Testen und Bewerten von Modellen, die Integration in Software oder andere Aspekte der Modellentwicklung. Diese Parteien haben eine wichtige Rolle in der Wertschöpfungskette gegenüber dem Anbieter des Hochrisiko-KI-Systems, in das ihre KI-Systeme, Instrumente, Dienste, Komponenten oder Verfahren integriert werden, und sollten in einer schriftlichen Vereinbarung die Informationen, die Fähigkeiten, den technischen Zugang und die sonstige Unterstützung nach dem allgemein anerkannten Stand der Technik bereitstellen, die erforderlich sind, damit der Anbieter die in dieser Verordnung festgelegten Pflichten vollständig erfüllen kann, ohne seine eigenen Rechte des geistigen Eigentums oder Geschäftsgeheimnisse zu gefährden.

(89) Dritte, die Instrumente, Dienste, Verfahren oder Komponenten, bei denen es sich nicht um KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck handelt, öffentlich zugänglich machen, sollten nicht dazu verpflichtet werden, Anforderungen zu erfüllen, die auf die Verantwortlichkeiten entlang der KI-Wertschöpfungskette ausgerichtet sind, insbesondere gegenüber dem Anbieter, der sie genutzt oder integriert hat, wenn diese Instrumente, Dienste, Verfahren oder KI-Komponenten im Rahmen einer freien und quelloffenen Lizenz zugänglich gemacht werden. Die Entwickler von freien und quelloffenen Instrumenten, Diensten, Verfahren oder KI-Komponenten, bei denen es sich nicht um KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck handelt, sollten dazu ermutigt werden, weit verbreitete Dokumentationsverfahren, wie z. B. Modellkarten und Datenblätter, als Mittel dazu einzusetzen, den Informationsaustausch entlang der KI-Wertschöpfungskette zu beschleunigen, sodass vertrauenswürdige KI-Systeme in der Union gefördert werden können.

(90) Die Kommission könnte freiwillige Mustervertragsbedingungen für Verträge zwischen Anbietern von Hochrisiko-KI-Systemen und Dritten ausarbeiten und empfehlen, in deren Rahmen Instrumente, Dienste, Komponenten oder Verfahren bereitgestellt werden, die für Hochrisiko-KI-Systeme verwendet oder in diese integriert werden, um die Zusammenarbeit entlang der Wertschöpfungskette zu erleichtern. Bei der Ausarbeitung dieser freiwilligen Mustervertragsbedingungen sollte die Kommission auch mögliche vertragliche Anforderungen berücksichtigen, die in bestimmten Sektoren oder Geschäftsfällen gelten.

(91) Angesichts des Charakters von KI-Systemen und der Risiken für die Sicherheit und die Grundrechte, die mit ihrer Verwendung verbunden sein können, ist es angezeigt, besondere Zuständigkeiten für die Betreiber festzulegen, auch im Hinblick darauf, dass eine angemessene Beobachtung der Leistung eines KI-Systems unter Realbedingungen sichergestellt werden muss. Die Betreiber sollten insbesondere geeignete technische und organisatorische Maßnahmen treffen, um sicherzustellen, dass sie Hochrisiko-KI-Systeme gemäß den Betriebsanleitungen verwenden, und es sollten bestimmte andere Pflichten in Bezug auf die Überwachung der Funktionsweise der KI-Systeme und gegebenenfalls auch Aufzeichnungspflichten festgelegt werden. Darüber hinaus sollten die Betreiber sicherstellen, dass die Personen, denen die Umsetzung der Betriebsanleitungen und die menschliche Aufsicht gemäß dieser

Verordnung übertragen wurde, über die erforderliche Kompetenz verfügen, insbesondere über ein angemessenes Niveau an KI-Kompetenz, Schulung und Befugnis, um diese Aufgaben ordnungsgemäß zu erfüllen. Diese Pflichten sollten sonstige Pflichten des Betreibers in Bezug auf Hochrisiko-KI-Systeme nach Unionsrecht oder nationalem Recht unberührt lassen.

(92) Diese Verordnung lässt Pflichten der Arbeitgeber unberührt, Arbeitnehmer oder ihre Vertreter nach dem Unionsrecht oder nationalem Recht und nationaler Praxis, einschließlich der Richtlinie 2002/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ([39]) über Entscheidungen zur Inbetriebnahme oder Nutzung von KI-Systemen zu unterrichten oder zu unterrichten und anzuhören. Es muss nach wie vor sichergestellt werden, dass Arbeitnehmer und ihre Vertreter über die geplante Einführung von Hochrisiko-KI-Systemen am Arbeitsplatz unterrichtet werden, wenn die Bedingungen für diese Pflichten zur Unterrichtung oder zur Unterrichtung und Anhörung gemäß anderen Rechtsinstrumenten nicht erfüllt sind. Darüber hinaus ist dieses Recht, unterrichtet zu werden, ein Nebenrecht und für das Ziel des Schutzes der Grundrechte, das dieser Verordnung zugrunde liegt, erforderlich. Daher sollte in dieser Verordnung eine entsprechende Unterrichtungsanforderung festgelegt werden, ohne bestehende Arbeitnehmerrechte zu beeinträchtigen.

(93) Während Risiken im Zusammenhang mit KI-Systemen einerseits aus der Art und Weise entstehen können, in der solche Systeme konzipiert sind, können sie sich andererseits auch aus der Art und Weise ergeben, in der diese Systeme verwendet werden. Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen spielen daher eine entscheidende Rolle bei der Gewährleistung des Schutzes der Grundrechte in Ergänzung der Pflichten der Anbieter bei der Entwicklung der KI-Systeme. Betreiber können am besten verstehen, wie das Hochrisiko-KI-System konkret eingesetzt wird, und können somit dank einer genaueren Kenntnis des Verwendungskontextes sowie der wahrscheinlich betroffenen Personen oder Personengruppen, einschließlich schutzbedürftiger Gruppen, erhebliche potenzielle Risiken erkennen, die in der Entwicklungsphase nicht vorausgesehen wurden. Betreiber der in einem Anhang dieser Verordnung aufgeführten Hochrisiko-KI-Systeme spielen ebenfalls eine entscheidende Rolle bei der Unterrichtung natürlicher Personen und sollten, wenn sie natürliche Personen betreffende Entscheidungen treffen oder bei solchen Entscheidungen Unterstützung leisten, gegebenenfalls die natürlichen Personen darüber unterrichten, dass sie Gegenstand des Einsatzes des Hochrisiko-KI-Systems sind. Diese Unterrichtung sollte die Zweckbestimmung und die Art der getroffenen Entscheidungen umfassen. Der Betreiber sollte die natürlichen Personen auch über ihr Recht auf eine Erklärung gemäß dieser Verordnung unterrichten. Bei Hochrisiko-KI-Systemen, die zu Strafverfolgungszwecken eingesetzt werden, sollte diese Pflicht im Einklang mit Artikel 13 der Richtlinie (EU) 2016/680 umgesetzt werden.

(94) Jede Verarbeitung biometrischer Daten im Zusammenhang mit der Verwendung von KI-Systemen für die biometrische Identifizierung zu Strafverfolgungszwecken muss im Einklang mit Artikel 10 der Richtlinie (EU) 2016/680, demzufolge eine solche Verarbeitung nur dann erlaubt ist, wenn sie unbedingt erforderlich ist, vorbehaltlich angemessener Vorkehrungen für den Schutz der Rechte und Freiheiten der betroffenen Person, und sofern sie nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten zulässig ist, erfolgen. Bei einer solchen Nutzung, sofern sie zulässig ist, müssen auch die in Artikel 4 Absatz 1 der Richtlinie (EU) 2016/680 festgelegten Grundsätze geachtet werden, einschließlich Rechtmäßigkeit, Fairness und Transparenz, Zweckbindung, sachliche Richtigkeit und Speicherbegrenzung.

(95) Unbeschadet des geltenden Unionsrechts, insbesondere der Verordnung (EU) 2016/679 und der Richtlinie (EU) 2016/680, sollte die Verwendung von Systemen zur nachträglichen biometrischen Fernidentifizierung in Anbetracht des intrusiven Charakters von Systemen zur nachträglichen biometrischen Fernidentifizierung Schutzvorkehrungen unterliegen. Systeme zur nachträglichen biometrischen Fernidentifizierung sollten stets auf verhältnismäßige, legitime und unbedingt erforderliche Weise eingesetzt werden und somit zielgerichtet sein, was die zu identifizierenden Personen, den Ort und den zeitlichen Anwendungsbereich betrifft, und auf einem geschlossenen Datensatz rechtmäßig erworbener Videoaufnahmen basieren. In jedem Fall sollten Systeme zur nachträglichen biometrischen Fernidentifizierung im Rahmen der Strafverfolgung nicht so verwendet werden, dass sie zu willkürlicher Überwachung führen. Die Bedingungen für die nachträgliche biometrische Fernidentifizierung sollten keinesfalls eine Grundlage dafür bieten, die Bedingungen des Verbots und der strengen Ausnahmen für biometrische Echtzeit-Fernidentifizierung zu umgehen.

(96) Um wirksam sicherzustellen, dass die Grundrechte geschützt werden, sollten Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen, bei denen es sich um Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder private Einrichtungen, die öffentliche Dienste erbringen, handelt, und Betreiber, die bestimmte Hochrisiko-KI-Systemen gemäß einem Anhang dieser Verordnung betreiben, wie Bank- oder Versicherungsunternehmen, vor der Inbetriebnahme eine Grundrechte-Folgenabschätzung durchführen. Für Einzelpersonen wichtige Dienstleistungen öffentlicher Art können auch von privaten Einrichtungen erbracht werden. Private Einrichtungen, die solche öffentliche Dienstleistungen erbringen, sind mit Aufgaben im öffentlichen Interesse verknüpft, etwa in den Bereichen Bildung, Gesundheitsversorgung, Sozialdienste, Wohnungswesen und Justizverwaltung. Ziel der Grundrechte-Folgenabschätzung ist es, dass der Betreiber die spezifischen Risiken für die Rechte von Einzelpersonen oder Gruppen von Einzelpersonen, die wahrscheinlich betroffen sein werden, ermittelt und Maßnahmen ermittelt, die im Falle eines Eintretens dieser Risiken zu ergreifen sind. Die

([39]) Richtlinie 2002/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2002 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 80 vom 23.3.2002, S. 29).

Folgenabschätzung sollte vor dem erstmaligen Einsatz des Hochrisiko-KI-Systems durchgeführt werden, und sie sollte aktualisiert werden, wenn der Betreiber der Auffassung ist, dass sich einer der relevanten Faktoren geändert hat. In der Folgenabschätzung sollten die einschlägigen Verfahren des Betreibers, bei denen das Hochrisiko-KI-System im Einklang mit seiner Zweckbestimmung verwendet wird, genannt werden, und sie sollte eine Beschreibung des Zeitraums und der Häufigkeit, innerhalb dessen bzw. mit der das Hochrisiko-KI-System verwendet werden soll, sowie der Kategorien der natürlichen Personen und Gruppen, die im spezifischen Verwendungskontext betroffen sein könnten, enthalten. Die Abschätzung sollte außerdem die spezifischen Schadensrisiken enthalten, die sich auf die Grundrechte dieser Personen oder Gruppen auswirken können. Bei der Durchführung dieser Bewertung sollte der Betreiber Informationen Rechnung tragen, die für eine ordnungsgemäße Abschätzung der Folgen relevant sind, unter anderem die vom Anbieter des Hochrisiko-KI-Systems in der Betriebsanleitung angegebenen Informationen. Angesichts der ermittelten Risiken sollten die Betreiber Maßnahmen festlegen, die im Falle eines Eintretens dieser Risiken zu ergreifen sind, einschließlich beispielsweise Unternehmensführungsregelungen in diesem spezifischen Verwendungskontext, etwa Regelungen für die menschliche Aufsicht gemäß den Betriebsanleitungen oder Verfahren für die Bearbeitung von Beschwerden und Rechtsbehelfsverfahren, da sie dazu beitragen könnten, Risiken für die Grundrechte in konkreten Anwendungsfällen zu mindern. Nach Durchführung dieser Folgenabschätzung sollte der Betreiber die zuständige Marktüberwachungsbehörde unterrichten. Um einschlägige Informationen einzuholen, die für die Durchführung der Folgenabschätzung erforderlich sind, könnten die Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen, insbesondere wenn KI-Systeme im öffentlichen Sektor verwendet werden, relevante Interessenträger, unter anderem Vertreter von Personengruppen, die von dem KI-System betroffen sein könnten, unabhängige Sachverständige und Organisationen der Zivilgesellschaft, in die Durchführung solcher Folgenabschätzungen und die Gestaltung von Maßnahmen, die im Falle des Eintretens der Risiken zu ergreifen sind, einbeziehen. Das Europäische Büro für Künstliche Intelligenz (im Folgenden „Büro für Künstliche Intelligenz“) sollte ein Muster für einen Fragebogen ausarbeiten, um den Betreibern die Einhaltung der Vorschriften zu erleichtern und den Verwaltungsaufwand für sie zu verringern.

(97) Der Begriff „KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck“ sollte klar bestimmt und vom Begriff der KI-Systeme abgegrenzt werden, um Rechtssicherheit zu schaffen. Die Begriffsbestimmung sollte auf den wesentlichen funktionalen Merkmalen eines KI-Modells mit allgemeinem Verwendungszweck beruhen, insbesondere auf der allgemeinen Verwendbarkeit und der Fähigkeit, ein breites Spektrum unterschiedlicher Aufgaben kompetent zu erfüllen. Diese Modelle werden in der Regel mit großen Datenmengen durch verschiedene Methoden, etwa überwachtes, unüberwachtes und bestärkendes Lernen, trainiert. KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck können auf verschiedene Weise in Verkehr gebracht werden, unter anderem über Bibliotheken, Anwendungsprogrammierschnittstellen (API), durch direktes Herunterladen oder als physische Kopie. Diese Modelle können weiter geändert oder zu neuen Modellen verfeinert werden. Obwohl KI-Modelle wesentliche Komponenten von KI-Systemen sind, stellen sie für sich genommen keine KI-Systeme dar. Damit KI-Modelle zu KI-Systemen werden, ist die Hinzufügung weiterer Komponenten, zum Beispiel einer Nutzerschnittstelle, erforderlich. KI-Modelle sind in der Regel in KI-Systeme integriert und Teil davon. Diese Verordnung enthält spezifische Vorschriften für KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck und für KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck, die systemische Risiken bergen; diese sollten auch gelten, wenn diese Modelle in ein KI-System integriert oder Teil davon sind. Es sollte klar sein, dass die Pflichten für die Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck gelten sollten, sobald die KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck in Verkehr gebracht werden. Wenn der Anbieter eines KI-Modells mit allgemeinem Verwendungszweck ein eigenes Modell in sein eigenes KI-System integriert, das auf dem Markt bereitgestellt oder in Betrieb genommen wird, sollte jenes Modell als in Verkehr gebracht gelten und sollten daher die Pflichten aus dieser Verordnung für Modelle weiterhin zusätzlich zu den Pflichten für KI-Systeme gelten. Die für Modelle festgelegten Pflichten sollten in jedem Fall nicht gelten, wenn ein eigenes Modell für rein interne Verfahren verwendet wird, die für die Bereitstellung eines Produkts oder einer Dienstleistung an Dritte nicht wesentlich sind, und die Rechte natürlicher Personen nicht beeinträchtigt werden. Angesichts ihrer potenziellen in erheblichem Ausmaße negativen Auswirkungen sollten KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck mit systemischem Risiko stets den einschlägigen Pflichten gemäß dieser Verordnung unterliegen. Die Begriffsbestimmung sollte nicht für KI-Modelle gelten, die vor ihrem Inverkehrbringen ausschließlich für Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten oder die Konzipierung von Prototypen verwendet werden. Dies gilt unbeschadet der Pflicht, dieser Verordnung nachzukommen, wenn ein Modell nach solchen Tätigkeiten in Verkehr gebracht wird.

(98) Die allgemeine Verwendbarkeit eines Modells könnte zwar unter anderem auch durch eine bestimmte Anzahl von Parametern bestimmt werden, doch sollten Modelle mit mindestens einer Milliarde Parametern, die mit einer großen Datenmenge unter umfassender Selbstüberwachung trainiert werden, als Modelle gelten, die eine erhebliche allgemeine Verwendbarkeit aufweisen und ein breites Spektrum unterschiedlicher Aufgaben kompetent erfüllen.

(99) Große generative KI-Modelle sind ein typisches Beispiel für ein KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck, da sie eine flexible Erzeugung von Inhalten ermöglichen, etwa in Form von Text- Audio-, Bild- oder Videoinhalten, die leicht ein breites Spektrum unterschiedlicher Aufgaben umfassen können.

(100) Wenn ein KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck in ein KI-System integriert oder Teil davon ist, sollte dieses System als KI-System mit allgemeinem Verwendungszweck gelten, wenn dieses System aufgrund dieser Integration in der Lage ist, einer Vielzahl von Zwecken zu dienen. Ein KI-System mit allgemeinem Verwendungszweck kann direkt eingesetzt oder in andere KI-Systeme integriert werden.

(101) Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck nehmen entlang der KI-Wertschöpfungskette eine besondere Rolle und Verantwortung wahr, da die von ihnen bereitgestellten Modelle die Grundlage für eine Reihe nachgelagerter Systeme bilden können, die häufig von nachgelagerten Anbietern bereitgestellt werden und ein gutes Verständnis der Modelle und ihrer Fähigkeiten erfordern, sowohl um die Integration solcher Modelle in ihre Produkte zu ermöglichen als auch ihre Pflichten im Rahmen dieser oder anderer Verordnungen zu erfüllen. Daher sollten verhältnismäßige Transparenzmaßnahmen festgelegt werden, einschließlich der Erstellung und Aktualisierung von Dokumentation und der Bereitstellung von Informationen über das KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck für dessen Nutzung durch die nachgelagerten Anbieter. Der Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck sollte technische Dokumentation erarbeiten und aktualisieren, damit sie dem Büro für Künstliche Intelligenz und den zuständigen nationalen Behörden auf Anfrage zur Verfügung gestellt werden kann. Welche Elemente mindestens in eine solche Dokumentation aufzunehmen sind, sollte in bestimmten Anhängen dieser Verordnung festgelegt werden. Der Kommission sollte die Befugnis übertragen werden, diese Anhänge im Wege delegierter Rechtsakte vor dem Hintergrund sich wandelnder technologischer Entwicklungen zu ändern.

(102) Software und Daten, einschließlich Modellen, die im Rahmen einer freien und quelloffenen Lizenz freigegeben werden, die ihre offene Weitergabe erlaubt und die Nutzer kostenlos abrufen, nutzen, verändern und weiter verteilen können, auch in veränderter Form, können zu Forschung und Innovation auf dem Markt beitragen und der Wirtschaft der Union erhebliche Wachstumschancen eröffnen. KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck, die im Rahmen freier und quelloffener Lizenzen freigegeben werden, sollten als ein hohes Maß an Transparenz und Offenheit sicherstellend gelten, wenn ihre Parameter, einschließlich Gewichte, Informationen über die Modellarchitektur und Informationen über die Modellnutzung, öffentlich zugänglich gemacht werden. Die Lizenz sollte auch als freie quelloffene Lizenz gelten, wenn sie es den Nutzern ermöglicht, Software und Daten zu betreiben, zu kopieren, zu verbreiten, zu untersuchen, zu ändern und zu verbessern, einschließlich Modelle, sofern der ursprüngliche Anbieter des Modells genannt und identische oder vergleichbare Vertriebsbedingungen eingehalten werden.

(103) Zu freien und quelloffenen KI-Komponenten zählen Software und Daten, einschließlich Modelle und KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck, Instrumente, Dienste oder Verfahren eines KI-Systems. Freie und quelloffene KI-Komponenten können über verschiedene Kanäle bereitgestellt werden, einschließlich ihrer Entwicklung auf offenen Speichern. Für die Zwecke dieser Verordnung sollten KI-Komponenten, die gegen einen Preis bereitgestellt oder anderweitig monetarisiert werden, einschließlich durch die Bereitstellung technischer Unterstützung oder anderer Dienste — einschließlich über eine Softwareplattform — im Zusammenhang mit der KI-Komponente oder durch die Verwendung personenbezogener Daten aus anderen Gründen als der alleinigen Verbesserung der Sicherheit, Kompatibilität oder Interoperabilität der Software, mit Ausnahme von Transaktionen zwischen Kleinstunternehmen, nicht unter die Ausnahmen für freie und quelloffene KI-Komponenten fallen. Die Bereitstellung von KI-Komponenten über offene Speicher sollte für sich genommen keine Monetarisierung darstellen.

(104) Für die Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck, die im Rahmen einer freien und quelloffenen Lizenz freigegeben werden und deren Parameter, einschließlich Gewichte, Informationen über die Modellarchitektur und Informationen über die Modellnutzung, öffentlich zugänglich gemacht werden, sollten Ausnahmen in Bezug auf die Transparenzanforderungen für KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck gelten, es sei denn, sie können als Modelle gelten, die ein systemisches Risiko bergen; in diesem Fall sollte der Umstand, dass das Modell transparent ist und mit einer quelloffenen Lizenz einhergeht, nicht als ausreichender Grund gelten, um sie von der Einhaltung der Pflichten aus dieser Verordnung auszunehmen. Da die Freigabe von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck im Rahmen einer freien und quelloffenen Lizenz nicht unbedingt wesentliche Informationen über den für das Trainieren oder die Feinabstimmung des Modells verwendeten Datensatz und die Art und Weise, wie damit die Einhaltung des Urheberrechts sichergestellt wurde, offenbart, sollte die für KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck vorgesehene Ausnahme von der Einhaltung der Transparenzanforderungen in jedem Fall nicht die Pflicht zur Erstellung einer Zusammenfassung der für das Training des Modells verwendeten Inhalte und die Pflicht, eine Strategie zur Einhaltung des Urheberrechts der Union, insbesondere zur Ermittlung und Einhaltung der gemäß Artikel 4 Absatz 3 der Richtlinie (EU) 2019/790 des Europäischen Parlaments und des Rates ([40]) geltend gemachten Rechtsvorbehalte, auf den Weg zu bringen, betreffen.

(105) KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck, insbesondere große generative KI-Modelle, die Text, Bilder und andere Inhalte erzeugen können, bedeuten einzigartige Innovationsmöglichkeiten, aber auch Herausforderungen für Künstler, Autoren und andere Kreative sowie die Art und Weise, wie ihre kreativen Inhalte geschaffen, verbreitet, genutzt und konsumiert werden. Für die Entwicklung und das Training solcher Modelle ist der Zugang zu riesigen Mengen an Text, Bildern, Videos und anderen Daten erforderlich. In diesem Zusammenhang können Text-und-Data-Mining-Techniken in großem Umfang für das Abrufen und die Analyse solcher Inhalte, die urheberrechtlich und durch verwandte Schutzrechte geschützt sein können, eingesetzt werden. Für jede Nutzung urheberrechtlich geschützter Inhalte ist die Zustimmung des betreffenden Rechteinhabers erforderlich, es sei denn, es gelten einschlägige Ausnahmen und Beschränkungen des Urheberrechts. Mit der Richtlinie (EU) 2019/790 wurden Ausnahmen und Beschränkungen eingeführt, um unter bestimmten Bedingungen Vervielfältigungen und Entnahmen

([40]) Richtlinie (EU) 2019/790 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über das Urheberrecht und die verwandten Schutzrechte im digitalen Binnenmarkt und zur Änderung der Richtlinien 96/9/EG und 2001/29/EG (ABl. L 130 vom 17.5.2019, S. 92).

von Werken oder sonstigen Schutzgegenständen für die Zwecke des Text und Data Mining zu erlauben. Nach diesen Vorschriften können Rechteinhaber beschließen, ihre Rechte an ihren Werken oder sonstigen Schutzgegenständen vorzubehalten, um Text und Data Mining zu verhindern, es sei denn, es erfolgt zum Zwecke der wissenschaftlichen Forschung. Wenn die Vorbehaltsrechte ausdrücklich und in geeigneter Weise vorbehalten wurden, müssen Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck eine Genehmigung von den Rechteinhabern einholen, wenn sie Text und Data Mining bei solchen Werken durchführen wollen.

(106) Anbieter, die KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck in der Union in Verkehr bringen, sollten die Erfüllung der einschlägigen Pflichten aus dieser Verordnung gewährleisten. Zu diesem Zweck sollten Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck eine Strategie zur Einhaltung des Urheberrechts der Union und der verwandten Schutzrechte einführen, insbesondere zur Ermittlung und Einhaltung des gemäß Artikel 4 Absatz 3 der Richtlinie (EU) 2019/790 durch die Rechteinhaber geltend gemachten Rechtsvorbehalts. Jeder Anbieter, der ein KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck in der Union in Verkehr bringt, sollte diese Pflicht erfüllen, unabhängig davon, in welchem Hoheitsgebiet die urheberrechtlich relevanten Handlungen, die dem Training dieser KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck zugrunde liegen, stattfinden. Dies ist erforderlich, um gleiche Wettbewerbsbedingungen für Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck sicherzustellen, unter denen kein Anbieter in der Lage sein sollte, durch die Anwendung niedrigerer Urheberrechtsstandards als in der Union einen Wettbewerbsvorteil auf dem Unionsmarkt zu erlangen.

(107) Um die Transparenz in Bezug auf die beim Vortraining und Training von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck verwendeten Daten, einschließlich urheberrechtlich geschützter Texte und Daten, zu erhöhen, ist es angemessen, dass die Anbieter solcher Modelle eine hinreichend detaillierte Zusammenfassung der für das Training des KI-Modells mit allgemeinem Verwendungszweck verwendeten Inhalte erstellen und veröffentlichen. Unter gebührender Berücksichtigung der Notwendigkeit, Geschäftsgeheimnisse und vertrauliche Geschäftsinformationen zu schützen, sollte der Umfang dieser Zusammenfassung allgemein weitreichend und nicht technisch detailliert sein, um Parteien mit berechtigtem Interesse, einschließlich der Inhaber von Urheberrechten, die Ausübung und Durchsetzung ihrer Rechte nach dem Unionsrecht zu erleichtern, beispielsweise indem die wichtigsten Datenerhebungen oder Datensätze aufgeführt werden, die beim Training des Modells verwendet wurden, etwa große private oder öffentliche Datenbanken oder Datenarchive, und indem eine beschreibende Erläuterung anderer verwendeter Datenquellen bereitgestellt wird. Es ist angebracht, dass das Büro für Künstliche Intelligenz eine Vorlage für die Zusammenfassung bereitstellt, die einfach und wirksam sein sollte und es dem Anbieter ermöglichen sollte, die erforderliche Zusammenfassung in beschreibender Form bereitzustellen.

(108) In Bezug auf die den Anbietern von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck auferlegten Pflichten, eine Strategie zur Einhaltung des Urheberrechts der Union einzuführen und eine Zusammenfassung der für das Training verwendeten Inhalte zu veröffentlichen, sollte das Büro für Künstliche Intelligenz überwachen, ob der Anbieter diese Pflichten erfüllt hat, ohne dies zu überprüfen oder die Trainingsdaten im Hinblick auf die Einhaltung des Urheberrechts Werk für Werk zu bewerten. Diese Verordnung berührt nicht die Durchsetzung der Urheberrechtsvorschriften des Unionsrechts.

(109) Die Einhaltung der für die Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck geltenden Pflichten sollte der Art des Anbieters von Modellen angemessen und verhältnismäßig sein, wobei Personen, die Modelle für nicht berufliche oder wissenschaftliche Forschungszwecke entwickeln oder verwenden, ausgenommen sind, jedoch ermutigt werden sollten, diese Anforderungen freiwillig zu erfüllen. Unbeschadet des Urheberrechts der Union sollte bei der Einhaltung dieser Pflichten der Größe des Anbieters gebührend Rechnung getragen und für KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, vereinfachte Verfahren zur Einhaltung ermöglicht werden, die keine übermäßigen Kosten verursachen und nicht von der Verwendung solcher Modelle abhalten sollten. Im Falle einer Änderung oder Feinabstimmung eines Modells sollten die Pflichten der Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck auf diese Änderung oder Feinabstimmung beschränkt sein, indem beispielsweise die bereits vorhandene technische Dokumentation um Informationen über die Änderungen, einschließlich neuer Trainingsdatenquellen, ergänzt wird, um die in dieser Verordnung festgelegten Pflichten in der Wertschöpfungskette zu erfüllen.

(110) KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck könnten systemische Risiken bergen, unter anderem tatsächliche oder vernünftigerweise vorhersehbare negative Auswirkungen im Zusammenhang mit schweren Unfällen, Störungen kritischer Sektoren und schwerwiegende Folgen für die öffentliche Gesundheit und Sicherheit; alle tatsächlichen oder vernünftigerweise vorhersehbaren negativen Auswirkungen auf die demokratischen Prozesse und die öffentliche und wirtschaftliche Sicherheit; die Verbreitung illegaler, falscher oder diskriminierender Inhalte. Bei systemischen Risiken sollte davon ausgegangen werden, dass sie mit den Fähigkeiten und der Reichweite des Modells zunehmen, während des gesamten Lebenszyklus des Modells auftreten können und von Bedingungen einer Fehlanwendung, der Zuverlässigkeit des Modells, der Modellgerechtigkeit und der Modellsicherheit, dem Grad der Autonomie des Modells, seinem Zugang zu Instrumenten, neuartigen oder kombinierten Modalitäten, Freigabe- und Vertriebsstrategien, dem Potenzial zur Beseitigung von Leitplanken und anderen Faktoren beeinflusst werden. Insbesondere bei internationalen Ansätzen wurde bisher festgestellt, dass folgenden Risiken Rechnung getragen werden muss: den Risiken einer möglichen vorsätzlichen Fehlanwendung oder unbeabsichtigter Kontrollprobleme im Zusammenhang mit der Ausrichtung auf menschliche Absicht; chemischen, biologischen, radiologischen und

nuklearen Risiken, zum Beispiel Möglichkeiten zur Verringerung der Zutrittsschranken, einschließlich für Entwicklung, Gestaltung, Erwerb oder Nutzung von Waffen; offensiven Cyberfähigkeiten, zum Beispiel die Art und Weise, wie Entdeckung, Ausbeutung oder operative Nutzung von Schwachstellen ermöglicht werden können; den Auswirkungen der Interaktion und des Einsatzes von Instrumenten, einschließlich zum Beispiel der Fähigkeit, physische Systeme zu steuern und in kritische Infrastrukturen einzugreifen; Risiken, dass Modelle sich selbst vervielfältigen, oder der „Selbstreplikation" oder des Trainings anderer Modelle; der Art und Weise, wie Modelle zu schädlichen Verzerrungen und Diskriminierung mit Risiken für Einzelpersonen, Gemeinschaften oder Gesellschaften führen können; der Erleichterung von Desinformation oder der Verletzung der Privatsphäre mit Gefahren für demokratische Werte und Menschenrechte; dem Risiko, dass ein bestimmtes Ereignis zu einer Kettenreaktion mit erheblichen negativen Auswirkungen führen könnte, die sich auf eine ganze Stadt, eine ganze Tätigkeit in einem Bereich oder eine ganze Gemeinschaft auswirken könnten.

(111) Es ist angezeigt, eine Methodik für die Einstufung von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck als KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck mit systemischen Risiken festzulegen. Da sich systemische Risiken aus besonders hohen Fähigkeiten ergeben, sollte ein KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck als Modell mit systemischen Risiken gelten, wenn es über auf der Grundlage geeigneter technischer Instrumente und Methoden bewertete Fähigkeiten mit hoher Wirkkraft verfügt oder aufgrund seiner Reichweite erhebliche Auswirkungen auf den Binnenmarkt hat. „Fähigkeiten mit hoher Wirkkraft" bei KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck bezeichnet Fähigkeiten, die den bei den fortschrittlichsten KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck festgestellten Fähigkeiten entsprechen oder diese übersteigen. Das gesamte Spektrum der Fähigkeiten eines Modells könnte besser verstanden werden, nachdem es in Verkehr gebracht wurde oder wenn die Betreiber mit dem Modell interagieren. Nach dem Stand der Technik zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung ist die kumulierte Menge der für das Training des KI-Modells mit allgemeinem Verwendungszweck verwendeten Berechnungen, gemessen in Gleitkommaoperationen, einer der einschlägigen Näherungswerte für Modellfähigkeiten. Die kumulierte Menge der für das Training verwendeten Berechnungen umfasst die kumulierte Menge der für die Tätigkeiten und Methoden, mit denen die Fähigkeiten des Modells vor der Einführung verbessert werden sollen, wie zum Beispiel Vortraining, Generierung synthetischer Daten und Feinabstimmung, verwendeten Berechnungen. Daher sollte ein erster Schwellenwert der Gleitkommaoperationen festgelegt werden, dessen Erreichen durch ein KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck zu der Annahme führt, dass es sich bei dem Modell um ein KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck mit systemischen Risiken handelt. Dieser Schwellenwert sollte im Laufe der Zeit angepasst werden, um technologischen und industriellen Veränderungen, wie zum Beispiel algorithmischen Verbesserungen oder erhöhter Hardwareeffizienz, Rechnung zu tragen, und um Benchmarks und Indikatoren für die Modellfähigkeit ergänzt werden. Um die Grundlage dafür zu schaffen, sollte das Büro für Künstliche Intelligenz mit der Wissenschaftsgemeinschaft, der Industrie, der Zivilgesellschaft und anderen Sachverständigen zusammenarbeiten. Schwellenwerte sowie Instrumente und Benchmarks für die Bewertung von Fähigkeiten mit hoher Wirkkraft sollten zuverlässig die allgemeine Verwendbarkeit, die Fähigkeiten und die mit ihnen verbundenen systemischen Risikos von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck vorhersagen können und könnten die Art und Weise, wie das Modell in Verkehr gebracht wird, oder die Zahl der Nutzer, auf die es sich auswirken könnte, berücksichtigen. Ergänzend zu diesem System sollte die Kommission Einzelentscheidungen treffen können, mit denen ein KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck als KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck mit systemischem Risiko eingestuft wird, wenn festgestellt wurde, dass dieses Modell Fähigkeiten oder Auswirkungen hat, die den von dem festgelegten Schwellenwert erfassten entsprechen. Die genannte Entscheidung sollte auf der Grundlage einer Gesamtbewertung der in einem Anhang dieser Verordnung festgelegten Kriterien für die Benennung von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck mit systemischem Risiko getroffen werden, etwa Qualität oder Größe des Trainingsdatensatzes, Anzahl der gewerblichen Nutzer und Endnutzer, seine Ein- und Ausgabemodalitäten, sein Grad an Autonomie und Skalierbarkeit oder die Instrumente, zu denen es Zugang hat. Stellt der Anbieter, dessen Modell als KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck mit systemischem Risiko benannt wurde, einen entsprechenden Antrag, sollte die Kommission den Antrag berücksichtigen, und sie kann entscheiden, erneut zu prüfen, ob beim KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck immer noch davon ausgegangen werden kann, dass es systemische Risiken aufweist.

(112) Außerdem muss das Verfahren für die Einstufung eines KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck mit systemischem Risiko präzisiert werden. Bei einem KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck, das den geltenden Schwellenwert für Fähigkeiten mit hoher Wirkkraft erreicht, sollte angenommen werden, dass es sich um ein KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck mit systemischem Risiko handelt. Der Anbieter sollte spätestens zwei Wochen, nachdem die Bedingungen erfüllt sind oder bekannt wird, dass ein KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck die Bedingungen, die die Annahme bewirken, erfüllen wird, dies dem Büro für Künstliche Intelligenz mitteilen. Dies ist insbesondere im Zusammenhang mit dem Schwellenwert der Gleitkommaoperationen relevant, da das Training von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck eine erhebliche Planung erfordert, die die vorab durchgeführte Zuweisung von Rechenressourcen umfasst, sodass die Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck vor Abschluss des Trainings erfahren können, ob ihr Modell den Schwellenwert erreichen wird. Im Rahmen dieser Mitteilung sollte der Anbieter nachweisen können, dass ein KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck aufgrund seiner besonderen Merkmale außerordentlicherweise keine systemischen Risiken birgt und daher nicht als KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck mit systemischem Risiko eingestuft werden sollte. Diese Informationen sind für das Büro für Künstliche Intelligenz wertvoll, um das Inverkehrbringen von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck mit systemischem Risiko zu antizipieren, und die Anbieter können frühzeitig mit der Zusammenarbeit mit dem Büro für Künstliche Intelligenz beginnen. Diese Informationen

sind besonders wichtig im Hinblick auf KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck, die als quelloffene Modelle bereitgestellt werden sollen, da nach der Bereitstellung von quelloffenen Modellen die erforderlichen Maßnahmen zur Gewährleistung der Einhaltung der Pflichten gemäß dieser Verordnung möglicherweise schwieriger umzusetzen sind.

(113) Erhält die Kommission Kenntnis davon, dass ein KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck die Anforderungen für die Einstufung als KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck mit systemischem Risiko erfüllt, das zuvor nicht bekannt war oder das der betreffende Anbieter nicht der Kommission gemeldet hat, sollte die Kommission befugt sein, es als solches auszuweisen. Zusätzlich zu den Überwachungstätigkeiten des Büros für Künstliche Intelligenz sollte ein System qualifizierter Warnungen sicherstellen, dass das Büro für Künstliche Intelligenz von dem wissenschaftlichen Gremium von KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck in Kenntnis gesetzt wird, die möglicherweise als KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck mit systemischem Risiko eingestuft werden sollten, was zu den hinzukommt.

(114) Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck, die systemische Risiken bergen, sollten zusätzlich zu den Pflichten für Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck Pflichten unterliegen, die darauf abzielen, diese Risiken zu ermitteln und zu mindern und ein angemessenes Maß an Cybersicherheit zu gewährleisten, unabhängig davon, ob es als eigenständiges Modell bereitgestellt wird oder in ein KI-System oder ein Produkt eingebettet ist. Um diese Ziele zu erreichen, sollten die Anbieter in dieser Verordnung verpflichtet werden, die erforderlichen Bewertungen des Modells — insbesondere vor seinem ersten Inverkehrbringen — durchzuführen, wozu auch die Durchführung und Dokumentation von Angriffstests bei Modellen gehören, gegebenenfalls auch im Rahmen interner oder unabhängiger externer Tests. Darüber hinaus sollten KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck mit systemischem Risiko fortlaufend systemische Risiken bewerten und mindern, unter anderem durch die Einführung von Risikomanagementstrategien wie Verfahren der Rechenschaftspflicht und Governance-Verfahren, die Umsetzung der Beobachtung nach dem Inverkehrbringen, die Ergreifung geeigneter Maßnahmen während des gesamten Lebenszyklus des Modells und die Zusammenarbeit mit einschlägigen Akteuren entlang der KI-Wertschöpfungskette.

(115) Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck mit systemischem Risiko sollten mögliche systemische Risiken bewerten und mindern. Wenn trotz der Bemühungen um Ermittlung und Vermeidung von Risiken im Zusammenhang mit einem KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck, das systemische Risiken bergen könnte, die Entwicklung oder Verwendung des Modells einen schwerwiegenden Vorfall verursacht, so sollte der Anbieter des KI-Modells mit allgemeinem Verwendungszweck unverzüglich dem Vorfall nachgehen und der Kommission und den zuständigen nationalen Behörden alle einschlägigen Informationen und mögliche Korrekturmaßnahmen mitteilen. Zudem sollten die Anbieter während des gesamten Lebenszyklus des Modells ein angemessenes Maß an Cybersicherheit für das Modell und seine physische Infrastruktur gewährleisten. Beim Schutz der Cybersicherheit im Zusammenhang mit systemischen Risiken, die mit böswilliger Nutzung oder böswilligen Angriffen verbunden sind, sollte der unbeabsichtigte Modelldatenverlust, die unerlaubte Bereitstellung, die Umgehung von Sicherheitsmaßnahmen und der Schutz vor Cyberangriffen, unbefugtem Zugriff oder Modelldiebstahl gebührend beachtet werden. Dieser Schutz könnte durch die Sicherung von Modellgewichten, Algorithmen, Servern und Datensätzen erleichtert werden, z. B. durch Betriebssicherheitsmaßnahmen für die Informationssicherheit, spezifische Cybersicherheitsstrategien, geeignete technische und etablierte Lösungen sowie Kontrollen des physischen Zugangs und des Cyberzugangs, die den jeweiligen Umständen und den damit verbundenen Risiken angemessen sind.

(116) Das Büro für Künstliche Intelligenz sollte die Ausarbeitung, Überprüfung und Anpassung von Praxisleitfäden unter Berücksichtigung internationaler Ansätze fördern und erleichtern. Alle Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck könnten ersucht werden, sich daran zu beteiligen. Um sicherzustellen, dass die Praxisleitfäden dem Stand der Technik entsprechen und unterschiedlichen Perspektiven gebührend Rechnung tragen, sollte das Büro für Künstliche Intelligenz bei der Ausarbeitung solcher Leitfäden mit den einschlägigen zuständigen nationalen Behörden zusammenarbeiten und könnte dabei gegebenenfalls Organisationen der Zivilgesellschaft und andere einschlägige Interessenträger und Sachverständige, einschließlich des wissenschaftlichen Gremiums, konsultieren. Die Praxisleitfäden sollten die Pflichten für Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck und von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck, die systemische Risiken bergen, abdecken. Ferner sollten Praxisleitfäden im Zusammenhang mit systemischen Risiken dazu beitragen, dass eine Risikotaxonomie für Art und Wesen der systemischen Risiken auf Unionsebene, einschließlich ihrer Ursachen, festgelegt wird. Bei den Praxisleitfäden sollten auch auf spezifische Maßnahmen zur Risikobewertung und -minderung im Mittelpunkt stehen.

(117) Die Verhaltenskodizes sollten ein zentrales Instrument für die ordnungsgemäße Einhaltung der in dieser Verordnung für Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck vorgesehenen Pflichten darstellen. Die Anbieter sollten sich auf Verhaltenskodizes stützen können, um die Einhaltung der Pflichten nachzuweisen. Die Kommission kann im Wege von Durchführungsrechtsakten beschließen, einen Praxisleitfaden zu genehmigen und ihm eine allgemeine Gültigkeit in der Union zu verleihen oder alternativ gemeinsame Vorschriften für die Umsetzung der einschlägigen Pflichten festzulegen, wenn ein Verhaltenskodex bis zum Zeitpunkt der Anwendbarkeit dieser Verordnung nicht fertiggestellt werden kann oder dies vom Büro für Künstliche Intelligenz für nicht angemessen

erachtet wird. Sobald eine harmonisierte Norm veröffentlicht und als geeignet bewertet wurde, um die einschlägigen Pflichten des Büros für Künstliche Intelligenz abzudecken, sollte die Einhaltung einer harmonisierten europäischen Norm den Anbietern die Konformitätsvermutung begründen. Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck sollten darüber hinaus in der Lage sein, die Konformität mit angemessenen alternativen Mitteln nachzuweisen, wenn Praxisleitfäden oder harmonisierte Normen nicht verfügbar sind oder sie sich dafür entscheiden, sich nicht auf diese zu stützen.

(118) Mit dieser Verordnung werden KI-Systeme und KI-Modelle reguliert, indem einschlägigen Marktteilnehmern, die sie in der Union in Verkehr bringen, in Betrieb nehmen oder verwenden, bestimmte Anforderungen und Pflichten auferlegt werden, wodurch die Pflichten für Anbieter von Vermittlungsdiensten ergänzt werden, die solche Systeme oder Modelle in ihre unter die Verordnung (EU) 2022/2065 fallenden Dienste integrieren. Soweit solche Systeme oder Modelle in als sehr groß eingestufte Online-Plattformen oder als sehr groß eingestufte Online-Suchmaschinen eingebettet sind, unterliegen sie dem in der Verordnung (EU) 2022/2065 vorgesehenen Rahmen für das Risikomanagement. Folglich sollte angenommen werden, dass die entsprechenden Verpflichtungen dieser Verordnung erfüllt sind, es sei denn, in solchen Modellen treten erhebliche systemische Risiken auf, die nicht unter die Verordnung (EU) 2022/2065 fallen, und werden dort ermittelt. Im vorliegenden Rahmen sind Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen verpflichtet, potenzielle systemische Risiken, die sich aus dem Entwurf, dem Funktionieren und der Nutzung ihrer Dienste ergeben, einschließlich der Frage, wie der Entwurf der in dem Dienst verwendeten algorithmischen Systeme zu solchen Risiken beitragen kann, sowie systemische Risiken, die sich aus potenziellen Fehlanwendungen ergeben, zu bewerten. Diese Anbieter sind zudem verpflichtet, unter Wahrung der Grundrechte geeignete Risikominderungsmaßnahmen zu ergreifen.

(119) Angesichts des raschen Innovationstempos und der technologischen Entwicklung digitaler Dienste, die in den Anwendungsbereich verschiedener Instrumente des Unionsrechts fallen, können insbesondere unter Berücksichtigung der Verwendung durch ihre Nutzer und deren Wahrnehmung die dieser Verordnung unterliegenden KI-Systeme als Vermittlungsdienste oder Teile davon im Sinne der Verordnung (EU) 2022/2065 bereitgestellt werden, was technologieneutral ausgelegt werden sollte. Beispielsweise können KI-Systeme als Online-Suchmaschinen verwendet werden, insbesondere wenn ein KI-System wie ein Online-Chatbot grundsätzlich alle Websites durchsucht, die Ergebnisse anschließend in sein vorhandenes Wissen integriert und das aktualisierte Wissen nutzt, um eine einzige Ausgabe zu generieren, bei der verschiedene Informationsquellen zusammengeführt wurden.

(120) Zudem sind die Pflichten, die Anbietern und Betreibern bestimmter KI-Systeme mit dieser Verordnung auferlegt werden, um die Feststellung und Offenlegung zu ermöglichen, dass die Ausgaben dieser Systeme künstlich erzeugt oder manipuliert werden, von besonderer Bedeutung für die Erleichterung der wirksamen Umsetzung der Verordnung (EU) 2022/2065. Dies gilt insbesondere für die Pflichten der Anbieter sehr großer Online-Plattformen oder sehr großer Online-Suchmaschinen, systemische Risiken zu ermitteln und zu mindern, die aus der Verbreitung von künstlich erzeugten oder manipulierten Inhalten entstehen können, insbesondere das Risiko tatsächlicher oder vorhersehbarer negativer Auswirkungen auf demokratische Prozesse, den gesellschaftlichen Diskurs und Wahlprozesse, unter anderem durch Desinformation.

(121) Die Normung sollte eine Schlüsselrolle dabei spielen, den Anbietern technische Lösungen zur Verfügung zu stellen, um im Einklang mit dem Stand der Technik die Einhaltung dieser Verordnung zu gewährleisten und Innovation sowie Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum im Binnenmarkt zu fördern. Die Einhaltung harmonisierter Normen im Sinne von Artikel 2 Nummer 1 Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates ([41]), die normalerweise den Stand der Technik widerspiegeln sollten, sollte den Anbietern den Nachweis der Konformität mit den Anforderungen der vorliegenden Verordnung ermöglichen. Daher sollte eine ausgewogene Interessenvertretung unter Einbeziehung aller relevanten Interessenträger, insbesondere KMU, Verbraucherorganisationen sowie ökologischer und sozialer Interessenträger, bei der Entwicklung von Normen gemäß den Artikeln 5 und 6 der Verordnung (EU) Nr. 1025/2012, gefördert werden. Um die Einhaltung der Vorschriften zu erleichtern, sollten die Normungsaufträge von der Kommission unverzüglich erteilt werden. Bei der Ausarbeitung des Normungsauftrags sollte die Kommission das Beratungsforum und das KI-Gremium konsultieren, um einschlägiges Fachwissen einzuholen. In Ermangelung einschlägiger Fundstellen zu harmonisierten Normen sollte die Kommission jedoch im Wege von Durchführungsrechtsakten und nach Konsultation des Beratungsforums gemeinsame Spezifikationen für bestimmte Anforderungen im Rahmen dieser Verordnung festlegen können. Die gemeinsame Spezifikation sollte eine außergewöhnliche Ausweichlösung sein, um die Pflicht des Anbieters zur Einhaltung der Anforderungen dieser Verordnung zu erleichtern, wenn der Normungsauftrag von keiner der europäischen Normungsorganisationen angenommen wurde oder die einschlägigen harmonisierten Normen den Bedenken im Bereich der Grundrechte nicht ausreichend Rechnung tragen oder die harmonisierten Normen dem Auftrag nicht entsprechen oder es Verzögerungen bei der Annahme einer geeigneten harmonisierten Norm gibt. Ist eine solche Verzögerung bei der Annahme einer harmonisierten Norm auf die technische Komplexität dieser Norm

([41]) Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 zur europäischen Normung, zur Änderung der Richtlinien 89/686/EWG und 93/15/EWG des Rates sowie der Richtlinien 94/9/EG, 94/25/EG, 95/16/EG, 97/23/EG, 98/34/EG, 2004/22/EG, 2007/23/EG, 2009/23/EG und 2009/105/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung des Beschlusses 87/95/EWG des Rates und des Beschlusses Nr. 1673/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 316 vom 14.11.2012, S. 12).

zurückzuführen, so sollte die Kommission dies prüfen, bevor sie die Festlegung gemeinsamer Spezifikationen in Erwägung zieht. Die Kommission wird ermutigt, bei der Entwicklung gemeinsamer Spezifikationen mit internationalen Partnern und internationalen Normungsgremien zusammenzuarbeiten.

(122) Unbeschadet der Anwendung harmonisierter Normen und gemeinsamer Spezifikationen ist es angezeigt, dass für Anbieter von Hochrisiko-KI-Systemen, die mit Daten, in denen sich die besonderen geografischen, verhaltensbezogenen, kontextuellen oder funktionalen Rahmenbedingungen niederschlagen, unter denen sie verwendet werden sollen, trainiert und getestet wurden, die Vermutung der Konformität mit der einschlägigen Maßnahme gilt, die im Rahmen der in dieser Verordnung festgelegten Anforderungen an die Daten-Governance vorgesehen ist. Unbeschadet der in dieser Verordnung festgelegten Anforderungen an Robustheit und Genauigkeit sollte gemäß Artikel 54 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2019/881 bei Hochrisiko-KI-Systemen, die im Rahmen eines Schemas für die Cybersicherheit gemäß der genannten Verordnung zertifiziert wurden oder für die eine Konformitätserklärung ausgestellt wurde und deren Fundstellen im *Amtsblatt der Europäischen Union* veröffentlicht wurden, vermutet werden, dass eine Übereinstimmung mit den Cybersicherheitsanforderungen der vorliegenden Verordnung gegeben ist, sofern das Cybersicherheitszertifikat oder die Konformitätserklärung oder Teile davon die Cybersicherheitsanforderungen dieser Verordnung abdecken. Dies gilt unbeschadet des freiwilligen Charakters dieses Schemas für die Cybersicherheit.

(123) Um ein hohes Maß an Vertrauenswürdigkeit von Hochrisiko-KI-Systemen zu gewährleisten, sollten diese Systeme einer Konformitätsbewertung unterzogen werden, bevor sie in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen werden.

(124) Damit für Akteure möglichst wenig Aufwand entsteht und etwaige Doppelarbeit vermieden wird, ist es angezeigt, dass bei Hochrisiko-KI-Systemen im Zusammenhang mit Produkten, die auf der Grundlage des neuen Rechtsrahmens unter bestehende Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fallen, im Rahmen der bereits in den genannten Rechtsvorschriften vorgesehenen Konformitätsbewertung bewertet wird, ob diese KI-Systeme den Anforderungen dieser Verordnung genügen. Die Anwendbarkeit der Anforderungen dieser Verordnung sollte daher die besondere Logik, Methodik oder allgemeine Struktur der Konformitätsbewertung gemäß den einschlägigen Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union unberührt lassen.

(125) Angesichts der Komplexität von Hochrisiko-KI-Systemen und der damit verbundenen Risiken ist es wichtig, ein angemessenes Konformitätsbewertungsverfahren für Hochrisiko-KI-Systeme, an denen notifizierte Stellen beteiligt sind, — die sogenannte Konformitätsbewertung durch Dritte — zu entwickeln. In Anbetracht der derzeitigen Erfahrung professioneller dem Inverkehrbringen vorgeschalteter Zertifizierer im Bereich der Produktsicherheit und der unterschiedlichen Art der damit verbundenen Risiken empfiehlt es sich jedoch, zumindest während der anfänglichen Anwendung dieser Verordnung für Hochrisiko-KI-Systeme, die nicht mit Produkten in Verbindung stehen, den Anwendungsbereich der Konformitätsbewertung durch Dritte einzuschränken. Daher sollte die Konformitätsbewertung solcher Systeme in der Regel vom Anbieter in eigener Verantwortung durchgeführt werden, mit Ausnahme von KI-Systemen, die für die Biometrie verwendet werden sollen.

(126) Damit KI-Systeme, falls vorgeschrieben, Konformitätsbewertungen durch Dritte unterzogen werden können, sollten die notifizierten Stellen gemäß dieser Verordnung von den zuständigen nationalen Behörden notifiziert werden, sofern sie eine Reihe von Anforderungen erfüllen, insbesondere in Bezug auf Unabhängigkeit, Kompetenz, Nichtvorliegen von Interessenkonflikten und geeignete Anforderungen an die Cybersicherheit. Die Notifizierung dieser Stellen sollte von den zuständigen nationalen Behörden der Kommission und den anderen Mitgliedstaaten mittels des von der Kommission entwickelten und verwalteten elektronischen Notifizierungsinstruments gemäß Anhang I Artikel R23 des Beschlusses Nr. 768/2008/EG übermittelt werden.

(127) Im Einklang mit den Verpflichtungen der Union im Rahmen des Übereinkommens der Welthandelsorganisation über technische Handelshemmnisse ist es angemessen, die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungsergebnissen zu erleichtern, die von den zuständigen Konformitätsbewertungsstellen unabhängig von dem Gebiet, in dem sie niedergelassen sind, generiert wurden, sofern diese nach dem Recht eines Drittlandes errichteten Konformitätsbewertungsstellen die geltenden Anforderungen dieser Verordnung erfüllen und die Union ein entsprechendes Abkommen geschlossen hat. In diesem Zusammenhang sollte die Kommission aktiv mögliche internationale Instrumente zu diesem Zweck prüfen und insbesondere den Abschluss von Abkommen über die gegenseitige Anerkennung mit Drittländern anstreben.

(128) Im Einklang mit dem allgemein anerkannten Begriff der wesentlichen Änderung von Produkten, für die Harmonisierungsvorschriften der Union gelten, ist es angezeigt, dass das KI-System bei jeder Änderung, die die Einhaltung dieser Verordnung durch das Hochrisiko-KI-System beeinträchtigen könnte (z. B. Änderung des Betriebssystems oder der Softwarearchitektur), oder wenn sich die Zweckbestimmung des Systems ändert, als neues KI-System betrachtet werden sollte, das einer neuen Konformitätsbewertung unterzogen werden sollte. Änderungen, die den Algorithmus und die Leistung von KI-Systemen betreffen, die nach dem Inverkehrbringen oder der Inbetriebnahme weiterhin dazulernen — d. h., sie passen automatisch an, wie die Funktionen ausgeführt werden —, sollten jedoch keine wesentliche Veränderung darstellen, sofern diese Änderungen vom Anbieter vorab festgelegt und zum Zeitpunkt der Konformitätsbewertung bewertet wurden.

(129) Hochrisiko-KI-Systeme sollten grundsätzlich mit der CE-Kennzeichnung versehen sein, aus der ihre Konformität mit dieser Verordnung hervorgeht, sodass sie frei im Binnenmarkt verkehren können. Bei in ein Produkt integrierten Hochrisiko-KI-Systemen sollte eine physische CE-Kennzeichnung angebracht werden, die durch eine digitale CE-Kennzeichnung ergänzt werden kann. Bei Hochrisiko-KI-Systemen, die nur digital bereitgestellt werden, sollte eine digitale CE-Kennzeichnung verwendet werden. Die Mitgliedstaaten sollten keine ungerechtfertigten Hindernisse für das Inverkehrbringen oder die Inbetriebnahme von Hochrisiko-KI-Systemen schaffen, die die in dieser Verordnung festgelegten Anforderungen erfüllen und mit der CE-Kennzeichnung versehen sind.

(130) Unter bestimmten Bedingungen kann die rasche Verfügbarkeit innovativer Technik für die Gesundheit und Sicherheit von Menschen, den Schutz der Umwelt und vor dem Klimawandel und die Gesellschaft insgesamt von entscheidender Bedeutung sein. Es ist daher angezeigt, dass die Aufsichtsbehörden aus außergewöhnlichen Gründen der öffentlichen Sicherheit, des Schutzes des Lebens und der Gesundheit natürlicher Personen, des Umweltschutzes und des Schutzes wichtiger Industrie- und Infrastrukturanlagen das Inverkehrbringen oder die Inbetriebnahme von KI-Systemen, die keiner Konformitätsbewertung unterzogen wurden, genehmigen könnten. In hinreichend begründeten Fällen gemäß dieser Verordnung können Strafverfolgungs- oder Katastrophenschutzbehörden ein bestimmtes Hochrisiko-KI-System ohne Genehmigung der Marktüberwachungsbehörde in Betrieb nehmen, sofern diese Genehmigung während der Verwendung oder im Anschluss daran unverzüglich beantragt wird.

(131) Um die Arbeit der Kommission und der Mitgliedstaaten im KI-Bereich zu erleichtern und die Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit zu erhöhen, sollten Anbieter von Hochrisiko-KI-Systemen, die nicht im Zusammenhang mit Produkten stehen, welche in den Anwendungsbereich einschlägiger Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fallen, und Anbieter, die der Auffassung sind, dass ein KI-System, das in den in einem Anhang dieser Verordnung aufgeführten Anwendungsfällen mit hohem Risiko aufgeführt ist, auf der Grundlage einer Ausnahme nicht hochriskant ist, dazu verpflichtet werden, sich und Informationen über ihr KI-System in einer von der Kommission einzurichtenden und zu verwaltenden EU-Datenbank zu registrieren. Vor der Verwendung eines KI-Systems, das in den in einem Anhang dieser Verordnung aufgeführten Anwendungsfällen mit hohem Risiko aufgeführt ist, sollten sich Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen, die Behörden, Einrichtungen oder sonstige Stellen sind, in dieser Datenbank registrieren und das System auswählen, dessen Verwendung sie planen. Andere Betreiber sollten berechtigt sein, dies freiwillig zu tun. Dieser Teil der EU-Datenbank sollte öffentlich und kostenlos zugänglich sein, und die Informationen sollten leicht zu navigieren, verständlich und maschinenlesbar sein. Die EU-Datenbank sollte außerdem benutzerfreundlich sein und beispielsweise die Suche, auch mit Stichwörtern, vorsehen, damit die breite Öffentlichkeit die einschlägigen Informationen finden kann, die bei der Registrierung von Hochrisiko-KI-Systemen einzureichen sind und die sich auf einen in einem Anhang dieser Verordnung aufgeführten Anwendungsfall der Hochrisiko-KI-Systeme, denen die betreffenden Hochrisiko-KI-Systeme entsprechen, beziehen. Jede wesentliche Veränderung von Hochrisiko-KI-Systemen sollte ebenfalls in der EU-Datenbank registriert werden. Bei Hochrisiko-KI-Systemen, die in den Bereichen Strafverfolgung, Migration, Asyl und Grenzkontrolle eingesetzt werden, sollten die Registrierungspflichten in einem sicheren nicht öffentlichen Teil der EU-Datenbank erfüllt werden. Der Zugang zu dem gesicherten nicht öffentlichen Teil sollte sich strikt auf die Kommission sowie auf die Marktüberwachungsbehörden und bei diesen auf ihren nationalen Teil dieser Datenbank beschränken. Hochrisiko-KI-Systeme im Bereich kritischer Infrastrukturen sollten nur auf nationaler Ebene registriert werden. Die Kommission sollte gemäß der Verordnung (EU) 2018/1725 als für die EU-Datenbank Verantwortlicher gelten. Um die volle Funktionsfähigkeit der EU-Datenbank zu gewährleisten, sollte das Verfahren für die Einrichtung der Datenbank auch die Entwicklung von funktionalen Spezifikationen durch die Kommission und einen unabhängigen Prüfbericht umfassen. Die Kommission sollte bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben als Verantwortliche für die EU-Datenbank die Risiken im Zusammenhang mit Cybersicherheit berücksichtigen. Um für ein Höchstmaß an Verfügbarkeit und Nutzung der EU-Datenbank durch die Öffentlichkeit zu sorgen, sollte die EU-Datenbank, einschließlich der über sie zur Verfügung gestellten Informationen, den Anforderungen der Richtlinie (EU) 2019/882 entsprechen.

(132) Bestimmte KI-Systeme, die mit natürlichen Personen interagieren oder Inhalte erzeugen sollen, können unabhängig davon, ob sie als hochriskant eingestuft werden, ein besonderes Risiko in Bezug auf Identitätsbetrug oder Täuschung bergen. Unter bestimmten Umständen sollte die Verwendung solcher Systeme daher — unbeschadet der Anforderungen an und Pflichten für Hochrisiko-KI-Systeme und vorbehaltlich punktueller Ausnahmen, um den besonderen Erfordernissen der Strafverfolgung Rechnung zu tragen — besonderen Transparenzpflichten unterliegen. Insbesondere sollte natürlichen Personen mitgeteilt werden, dass sie es mit einem KI-System zu tun haben, es sei denn, dies ist aus Sicht einer angemessen informierten, aufmerksamen und verständigen natürlichen Person aufgrund der Umstände und des Kontexts der Nutzung offensichtlich. Bei der Umsetzung dieser Pflicht sollten die Merkmale von natürlichen Personen, die aufgrund ihres Alters oder einer Behinderung schutzbedürftigen Gruppen angehören, berücksichtigt werden, soweit das KI-System auch mit diesen Gruppen interagieren soll. Darüber hinaus sollte natürlichen Personen mitgeteilt werden, wenn sie KI-Systemen ausgesetzt sind, die durch die Verarbeitung ihrer biometrischen Daten die Gefühle oder Absichten dieser Personen identifizieren oder ableiten oder sie bestimmten Kategorien zuordnen können. Solche spezifischen Kategorien können Aspekte wie etwa Geschlecht, Alter, Haarfarbe, Augenfarbe, Tätowierungen, persönliche Merkmale, ethnische Herkunft sowie persönliche Vorlieben und Interessen betreffen. Diese Informationen und Mitteilungen sollten für Menschen mit Behinderungen in entsprechend barrierefrei zugänglicher Form bereitgestellt werden.

(133) Eine Vielzahl von KI-Systemen kann große Mengen synthetischer Inhalte erzeugen, bei denen es für Menschen immer schwieriger wird, sie vom Menschen erzeugten und authentischen Inhalten zu unterscheiden. Die breite Verfügbarkeit und die zunehmenden Fähigkeiten dieser Systeme wirken sich erheblich auf die Integrität des Informationsökosystems und das ihm entgegengebrachte Vertrauen aus, weil neue Risiken in Bezug auf Fehlinformation und Manipulation in großem Maßstab, Betrug, Identitätsbetrug und Täuschung der Verbraucher entstehen. Angesichts dieser Auswirkungen, des raschen Tempos im Technologiebereich und der Notwendigkeit neuer Methoden und Techniken zur Rückverfolgung der Herkunft von Informationen sollten die Anbieter dieser Systeme verpflichtet werden, technische Lösungen zu integrieren, die die Kennzeichnung in einem maschinenlesbaren Format und die Feststellung ermöglichen, dass die Ausgabe von einem KI-System und nicht von einem Menschen erzeugt oder manipuliert wurde. Diese Techniken und Methoden sollten — soweit technisch möglich — hinreichend zuverlässig, interoperabel, wirksam und belastbar sein, wobei verfügbare Techniken, wie Wasserzeichen, Metadatenidentifizierungen, kryptografische Methoden zum Nachweis der Herkunft und Authentizität des Inhalts, Protokollierungsmethoden, Fingerabdrücke oder andere Techniken, oder eine Kombination solcher Techniken je nach Sachlage zu berücksichtigen sind. Bei der Umsetzung dieser Pflicht sollten die Anbieter auch die Besonderheiten und Einschränkungen der verschiedenen Arten von Inhalten und die einschlägigen technologischen Entwicklungen und Marktentwicklungen in diesem Bereich, die dem allgemein anerkannten Stand der Technik entsprechen, berücksichtigen. Solche Techniken und Methoden können auf der Ebene des KI-Systems oder der Ebene des KI-Modells, darunter KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck zur Erzeugung von Inhalten, angewandt werden, wodurch dem nachgelagerten Anbieter des KI-Systems die Erfüllung dieser Pflicht erleichtert wird. Um die Verhältnismäßigkeit zu wahren, sollte vorgesehen werden, dass diese Kennzeichnungspflicht weder für KI-Systeme, die in erster Linie eine unterstützende Funktion für die Standardbearbeitung ausführen, noch für KI-Systeme, die die vom Betreiber bereitgestellten Eingabedaten oder deren Semantik nicht wesentlich verändern, gilt.

(134) Neben den technischen Lösungen, die von den Anbietern von KI-Systemen eingesetzt werden, sollten Betreiber, die ein KI-System zum Erzeugen oder Manipulieren von Bild-, Audio- oder Videoinhalte verwenden, die wirklichen Personen, Gegenständen, Orten, Einrichtungen oder Ereignissen merklich ähneln und einer Person fälschlicherweise echt oder wahr erscheinen würden (Deepfakes), auch klar und deutlich offenlegen, dass die Inhalte künstlich erzeugt oder manipuliert wurden, indem sie die Ausgaben von KI entsprechend kennzeichnen und auf ihren künstlichen Ursprung hinweisen. Die Einhaltung dieser Transparenzpflicht sollte nicht so ausgelegt werden, dass sie darauf hindeutet, dass die Verwendung des KI-Systems oder seiner Ausgabe das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Recht auf Freiheit der Kunst und Wissenschaft, die in der Charta garantiert sind, behindern, insbesondere wenn der Inhalt Teil eines offensichtlich kreativen, satirischen, künstlerischen, fiktionalen oder analogen Werks oder Programms ist und geeignete Schutzvorkehrungen für die Rechte und Freiheiten Dritter bestehen. In diesen Fällen beschränkt sich die in dieser Verordnung festgelegte Transparenzpflicht für Deepfakes darauf, das Vorhandenseins solcher erzeugten oder manipulierten Inhalte in geeigneter Weise offenzulegen, die die Darstellung oder den Genuss des Werks, einschließlich seiner normalen Nutzung und Verwendung, nicht beeinträchtigt und gleichzeitig den Nutzen und die Qualität des Werks aufrechterhält. Darüber hinaus ist es angezeigt, eine ähnliche Offenlegungspflicht in Bezug auf durch KI erzeugte oder manipulierte Texte anzustreben, soweit diese veröffentlicht werden, um die Öffentlichkeit über Angelegenheiten von öffentlichem Interesse zu informieren, es sei denn, die durch KI erzeugten Inhalte wurden einem Verfahren der menschlichen Überprüfung oder redaktionellen Kontrolle unterzogen und eine natürliche oder juristische Person trägt die redaktionelle Verantwortung für die Veröffentlichung der Inhalte.

(135) Unbeschadet des verbindlichen Charakters und der uneingeschränkten Anwendbarkeit der Transparenzpflichten kann die Kommission zudem die Ausarbeitung von Praxisleitfäden auf Unionsebene im Hinblick auf die Ermöglichung der wirksamen Umsetzung der Pflichten in Bezug auf die Feststellung und Kennzeichnung künstlich erzeugter oder manipulierter Inhalte erleichtern und fördern, auch um praktische Vorkehrungen zu unterstützen, mit denen gegebenenfalls die Feststellungsmechanismen zugänglich gemacht werden, die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren entlang der Wertschöpfungskette erleichtert wird und Inhalte verbreitet oder ihre Echtheit und Herkunft überprüft werden, damit die Öffentlichkeit durch KI erzeugte Inhalte wirksam erkennen kann.

(136) Die Pflichten, die Anbietern und Betreibern bestimmter KI-Systeme mit dieser Verordnung auferlegt werden, die Feststellung und Offenlegung zu ermöglichen, dass die Ausgaben dieser Systeme künstlich erzeugt oder manipuliert werden, sind von besonderer Bedeutung für die Erleichterung der wirksamen Umsetzung der Verordnung (EU) 2022/2065. Dies gilt insbesondere für die Pflicht der Anbieter sehr großer Online-Plattformen oder sehr großer Online-Suchmaschinen, systemische Risiken zu ermitteln und zu mindern, die aus der Verbreitung von künstlich erzeugten oder manipulierten Inhalten entstehen können, insbesondere das Risiko tatsächlicher oder vorhersehbarer negativer Auswirkungen auf demokratische Prozesse, den gesellschaftlichen Diskurs und Wahlprozesse, unter anderem durch Desinformation. Die Anforderung gemäß dieser Verordnung, durch KI-Systeme erzeugte Inhalte zu kennzeichnen, berührt nicht die Pflicht in Artikel 16 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2022/2065 für Anbieter von Hostingdiensten, gemäß Artikel 16 Absatz 1 der genannten Verordnung eingegangene Meldungen über illegale Inhalte zu bearbeiten, und sollte nicht die Beurteilung der Rechtswidrigkeit der betreffenden Inhalte und die Entscheidung darüber beeinflussen. Diese Beurteilung sollte ausschließlich anhand der Vorschriften für die Rechtmäßigkeit der Inhalte vorgenommen werden.

(137) Die Einhaltung der Transparenzpflichten für die von dieser Verordnung erfassten KI-Systeme sollte nicht als Hinweis darauf ausgelegt werden, dass die Verwendung des KI-Systems oder seiner Ausgabe nach dieser Verordnung oder anderen Rechtsvorschriften der Union und der Mitgliedstaaten rechtmäßig ist, und sollte andere Transparenzpflichten für Betreiber von KI-Systemen, die im Unionsrecht oder im nationalen Recht festgelegt sind, unberührt lassen.

(138) KI bezeichnet eine Reihe sich rasch entwickelnder Technologien, die eine Regulierungsaufsicht und einen sicheren und kontrollierten Raum für die Erprobung erfordern, wobei gleichzeitig eine verantwortungsvolle Innovation und die Integration geeigneter Schutzvorkehrungen und Risikominderungsmaßnahmen gewährleistet werden müssen. Um einen innovationsfördernden, zukunftssicheren und gegenüber Störungen widerstandsfähigen Rechtsrahmen sicherzustellen, sollten die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass ihre zuständigen nationalen Behörden mindestens ein KI-Reallabor auf nationaler Ebene einrichten, um die Entwicklung und die Erprobung innovativer KI-Systeme vor deren Inverkehrbringen oder anderweitiger Inbetriebnahme unter strenger Regulierungsaufsicht zu erleichtern. Die Mitgliedstaaten könnten diese Pflicht auch erfüllen, indem sie sich an bereits bestehenden Reallaboren beteiligen oder ein Reallabor mit den zuständigen Behörden eines oder mehrerer Mitgliedstaaten gemeinsam einrichten, insoweit diese Beteiligung eine gleichwertige nationale Abdeckung für die teilnehmenden Mitgliedstaaten bietet. KI-Reallabore könnten in physischer, digitaler oder Hybrid-Form eingerichtet werden, und sie können physische sowie digitale Produkte umfassen. Die einrichtenden Behörden sollten ferner sicherstellen, dass die KI-Reallabore über angemessene Ressourcen für ihre Aufgaben, einschließlich finanzieller und personeller Ressourcen, verfügen.

(139) Die Ziele der KI-Reallabore sollten in Folgendem bestehen: Innovationen im Bereich KI zu fördern, indem eine kontrollierte Versuchs- und Testumgebung für die Entwicklungsphase und die dem Inverkehrbringen vorgelagerte Phase geschaffen wird, um sicherzustellen, dass die innovativen KI-Systeme mit dieser Verordnung und anderem einschlägigen Unionsrecht und dem nationalen Recht in Einklang stehen. Darüber hinaus sollten die KI-Reallabore darauf abzielen, die Rechtssicherheit für Innovatoren sowie die Aufsicht und das Verständnis der zuständigen Behörden in Bezug auf die Möglichkeiten, neu auftretenden Risiken und Auswirkungen der KI-Nutzung zu verbessern, das regulatorische Lernen für Behörden und Unternehmen zu erleichtern, unter anderem im Hinblick auf künftige Anpassungen des Rechtsrahmens, die Zusammenarbeit und den Austausch bewährter Praktiken mit den an dem KI-Reallabor beteiligten Behörden zu unterstützen und den Marktzugang zu beschleunigen, unter anderem indem Hindernisse für KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, abgebaut werden. KI-Reallabore sollten in der gesamten Union weithin verfügbar sein, und ein besonderes Augenmerk sollte auf ihre Zugänglichkeit für KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, gelegt werden. Die Beteiligung am KI-Reallabor sollte sich auf Fragen konzentrieren, die zu Rechtsunsicherheit für Anbieter und zukünftige Anbieter führen, damit sie Innovationen vornehmen, mit KI in der Union experimentieren und zu evidenzbasiertem regulatorischen Lernen beitragen. Die Beaufsichtigung der KI-Systeme im KI-Reallabor sollte sich daher auf deren Entwicklung, Training, Testen und Validierung vor dem Inverkehrbringen oder der Inbetriebnahme der Systeme sowie auf das Konzept und das Auftreten wesentlicher Änderungen erstrecken, die möglicherweise ein neues Konformitätsbewertungsverfahren erfordern. Alle erheblichen Risiken, die bei der Entwicklung und Erprobung solcher KI-Systeme festgestellt werden, sollten eine angemessene Risikominderung und, in Ermangelung dessen, die Aussetzung des Entwicklungs- und Erprobungsprozesses nach sich ziehen. Gegebenenfalls sollten die zuständigen nationalen Behörden, die KI-Reallabore einrichten, mit anderen einschlägigen Behörden zusammenarbeiten, einschließlich derjenigen, die den Schutz der Grundrechte überwachen, und könnten die Einbeziehung anderer Akteure innerhalb des KI-Ökosystems gestatten, wie etwa nationaler oder europäischer Normungsorganisationen, notifizierter Stellen, Test- und Versuchseinrichtungen, Forschungs- und Versuchslabore, Europäischer Digitaler Innovationszentren und einschlägiger Interessenträger und Organisationen der Zivilgesellschaft. Im Interesse einer unionsweit einheitlichen Umsetzung und der Erzielung von Größenvorteilen ist es angezeigt, dass gemeinsame Vorschriften für die Umsetzung von KI-Reallaboren und ein Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen den an der Beaufsichtigung der Reallabore beteiligten Behörden festgelegt werden. KI-Reallabore, die im Rahmen dieser Verordnung eingerichtet werden, sollten anderes Recht, das die Einrichtung anderer Reallabore ermöglicht, unberührt lassen, um die Einhaltung anderen Rechts als dieser Verordnung sicherzustellen. Gegebenenfalls sollten die für diese anderen Reallabore zuständigen Behörden die Vorteile der Nutzung dieser Reallabore auch zum Zweck der Gewährleistung der Konformität der KI-Systeme mit dieser Verordnung berücksichtigen. Im Einvernehmen zwischen den zuständigen nationalen Behörden und den am KI-Reallabor Beteiligten können Tests unter Realbedingungen auch im Rahmen des KI-Reallabors durchgeführt und beaufsichtigt werden.

(140) Die vorliegende Verordnung sollte im Einklang mit Artikel 6 Absatz 4 und Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe g der Verordnung (EU) 2016/679 und den Artikeln 5, 6 und 10 der Verordnung (EU) 2018/1725 sowie unbeschadet des Artikels 4 Absatz 2 und des Artikels 10 der Richtlinie (EU) 2016/680 die Rechtsgrundlage für die Verwendung — ausschließlich unter bestimmten Bedingungen — personenbezogener Daten, die für andere Zwecke erhoben wurden, zur Entwicklung bestimmter KI-Systeme im öffentlichen Interesse innerhalb des KI-Reallabors durch die Anbieter und zukünftigen Anbieter im KI-Reallabor bilden. Alle anderen Pflichten von Verantwortlichen und Rechte betroffener Personen im Rahmen der Verordnungen (EU) 2016/679 und (EU) 2018/1725 und der Richtlinie (EU) 2016/680 gelten weiterhin. Insbesondere sollte diese Verordnung keine Rechtsgrundlage im Sinne des Artikels 22 Absatz 2 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2016/679 und des Artikels 24 Absatz 2 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2018/1725 bilden. Anbieter und zukünftige Anbieter im KI-Reallabor sollten angemessene Schutzvorkehrungen treffen und mit den zuständigen Behörden zusammenarbeiten, unter anderem indem sie deren Anleitung

folgen und zügig und nach Treu und Glauben handeln, um etwaige erhebliche Risiken für die Sicherheit, die Gesundheit und die Grundrechte, die bei der Entwicklung, bei der Erprobung und bei Versuchen in diesem Reallabor auftreten können, zu mindern.

(141) Um den Prozess der Entwicklung und des Inverkehrbringens der in einem Anhang dieser Verordnung aufgeführten Hochrisiko-KI-Systeme zu beschleunigen, ist es wichtig, dass Anbieter oder zukünftige Anbieter solcher Systeme auch von einer spezifischen Regelung für das Testen dieser Systeme unter Realbedingungen profitieren können, ohne sich an einem KI-Reallabor zu beteiligen. In solchen Fällen, unter Berücksichtigung der möglichen Folgen solcher Tests für Einzelpersonen, sollte jedoch sichergestellt werden, dass mit dieser Verordnung angemessene und ausreichende Garantien und Bedingungen für Anbieter oder zukünftige Anbieter eingeführt werden. Diese Garantien sollten unter anderem die Einholung der informierten Einwilligung natürlicher Personen in die Beteiligung an Tests unter Realbedingungen umfassen, mit Ausnahme der Strafverfolgung, wenn die Einholung der informierten Einwilligung verhindern würde, dass das KI-System getestet wird. Die Einwilligung der Testteilnehmer zur Teilnahme an solchen Tests im Rahmen dieser Verordnung unterscheidet sich von der Einwilligung betroffener Personen in die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten nach den einschlägigen Datenschutzvorschriften und greift dieser nicht vor. Ferner ist es wichtig, die Risiken zu minimieren und die Aufsicht durch die zuständigen Behörden zu ermöglichen und daher von zukünftigen Anbietern zu verlangen, dass sie der zuständigen Marktüberwachungsbehörde einen Plan für einen Test unter Realbedingungen vorgelegt haben, die Tests — vorbehaltlich einiger begrenzter Ausnahmen — in den dafür vorgesehenen Abschnitten der EU-Datenbank zu registrieren, den Zeitraum zu begrenzen, in dem die Tests durchgeführt werden können, und zusätzliche Schutzmaßnahmen für Personen, die schutzbedürftigen Gruppen angehören, sowie eine schriftliche Einwilligung mit der Festlegung der Aufgaben und Zuständigkeiten der zukünftigen Anbieter und der Betreiber und eine wirksame Aufsicht durch zuständiges Personal, das an den Tests unter Realbedingungen beteiligt ist, zu verlangen. Darüber hinaus ist es angezeigt, zusätzliche Schutzmaßnahmen vorzusehen, um sicherzustellen, dass die Vorhersagen, Empfehlungen oder Entscheidungen des KI-Systems effektiv rückgängig gemacht und missachtet werden können, und dass personenbezogene Daten geschützt sind und gelöscht werden, wenn die Testteilnehmer ihre Einwilligung zur Teilnahme an den Tests widerrufen haben, und zwar unbeschadet ihrer Rechte als betroffene Personen nach dem Datenschutzrecht der Union. Was die Datenübermittlung betrifft, so ist es angezeigt vorzusehen, dass Daten, die zum Zweck von Tests unter Realbedingungen erhoben und verarbeitet wurden, nur dann an Drittstaaten übermittelt werden sollten, wenn angemessene und anwendbare Schutzmaßnahmen nach dem Unionsrecht umgesetzt wurden, insbesondere im Einklang mit den Grundlagen für die Übermittlung personenbezogener Daten nach dem Datenschutzrecht der Union, während für nicht personenbezogene Daten angemessene Schutzmaßnahmen im Einklang mit dem Unionsrecht, z. B. den Verordnungen (EU) 2022/868 ([42]) und (EU) 2023/2854 ([43]) des Europäischen Parlaments und des Rates eingerichtet wurden.

(142) Um sicherzustellen, dass KI zu sozial und ökologisch vorteilhaften Ergebnissen führt, werden die Mitgliedstaaten ermutigt, Forschung und Entwicklung zu KI-Lösungen, die zu sozial und ökologisch vorteilhaften Ergebnissen beitragen, zu unterstützen und zu fördern, wie KI-gestützte Lösungen für mehr Barrierefreiheit für Personen mit Behinderungen, zur Bekämpfung sozioökonomischer Ungleichheiten oder zur Erreichung von Umweltzielen, indem ausreichend Ressourcen — einschließlich öffentlicher Mittel und Unionsmittel — bereitgestellt werden, und — soweit angebracht und sofern die Voraussetzungen und Zulassungskriterien erfüllt sind — insbesondere unter Berücksichtigung von Projekten, mit denen diese Ziele verfolgt werden. Diese Projekte sollten auf dem Grundsatz der interdisziplinären Zusammenarbeit zwischen KI-Entwicklern, Sachverständigen in den Bereichen Gleichstellung und Nichtdiskriminierung, Barrierefreiheit und Verbraucher-, Umwelt- und digitale Rechte sowie Wissenschaftlern beruhen.

(143) Um Innovationen zu fördern und zu schützen, ist es wichtig, die Interessen von KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, die Anbieter und Betreiber von KI-Systemen sind, besonders zu berücksichtigen. Zu diesem Zweck sollten die Mitgliedstaaten Initiativen ergreifen, die sich an diese Akteure richten, darunter auch Sensibilisierungs- und Informationsmaßnahmen. Die Mitgliedstaaten sollten KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, die ihren Sitz oder eine Zweigniederlassung in der Union haben, vorrangigen Zugang zu den KI-Reallaboren gewähren, soweit sie die Voraussetzungen und Zulassungskriterien erfüllen und ohne andere Anbieter und zukünftige Anbieter am Zugang zu den Reallaboren zu hindern, sofern die gleichen Voraussetzungen und Kriterien erfüllt sind. Die Mitgliedstaaten sollten bestehende Kanäle nutzen und gegebenenfalls neue Kanäle für die Kommunikation mit KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, Betreibern, anderen Innovatoren und gegebenenfalls Behörden einrichten, um KMU auf ihrem gesamten Entwicklungsweg zu unterstützen, indem sie ihnen Orientierungshilfe bieten und Fragen zur Durchführung dieser Verordnung beantworten. Diese Kanäle sollten gegebenenfalls zusammenarbeiten, um Synergien zu schaffen und eine Homogenität ihrer Leitlinien für KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, und Betreiber sicherzustellen. Darüber hinaus sollten die Mitgliedstaaten die Beteiligung von KMU und anderen einschlägigen Interessenträgern an der Entwicklung von Normen fördern. Außerdem sollten die besonderen Interessen und Bedürfnisse von Anbietern, die KMU, einschließlich

([42]) Verordnung (EU) 2022/868 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2022 über europäische Daten-Governance und zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1724 (Daten-Governance-Rechtsakt) (ABl. L 152 vom 3.6.2022, S. 1).

([43]) Verordnung (EU) 2023/2854 des Rates und des Europäischen Parlaments vom 13. Dezember 2023 über harmonisierte Vorschriften für einen fairen Datenzugang und eine faire Datennutzung sowie zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/2394 und der Richtlinie (EU) 2020/1828 (Datenverordnung) (ABl. L, 2023/2854, 22.12.2023, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2023/2854/oj).

Start-up-Unternehmen, sind, bei der Festlegung der Gebühren für die Konformitätsbewertung durch die notifizierten Stellen berücksichtigt werden. Die Kommission sollte regelmäßig die Zertifizierungs- und Befolgungskosten für KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, durch transparente Konsultationen bewerten, und sie sollte mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um diese Kosten zu senken. So können beispielsweise Übersetzungen im Zusammenhang mit der verpflichtenden Dokumentation und Kommunikation mit Behörden für Anbieter und andere Akteure, insbesondere die kleineren unter ihnen, erhebliche Kosten verursachen. Die Mitgliedstaaten sollten möglichst dafür sorgen, dass eine der Sprachen, die sie für die einschlägige Dokumentation der Anbieter und für die Kommunikation mit den Akteuren bestimmen und akzeptieren, eine Sprache ist, die von der größtmöglichen Zahl grenzüberschreitender Betreiber weitgehend verstanden wird. Um den besonderen Bedürfnissen von KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, gerecht zu werden, sollte die Kommission auf Ersuchen des KI-Gremiums standardisierte Vorlagen für die unter diese Verordnung fallenden Bereiche bereitstellen. Ferner sollte die Kommission die Bemühungen der Mitgliedstaaten ergänzen, indem sie eine zentrale Informationsplattform mit leicht nutzbaren Informationen über diese Verordnung für alle Anbieter und Betreiber bereitstellt, indem sie angemessene Informationskampagnen durchführt, um für die aus dieser Verordnung erwachsenden Pflichten zu sensibilisieren, und indem sie die Konvergenz bewährter Praktiken bei Vergabeverfahren im Zusammenhang mit KI-Systemen bewertet und fördert. Mittlere Unternehmen, die bis vor kurzem als kleine Unternehmen im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission ([44]) galten, sollten Zugang zu diesen Unterstützungsmaßnahmen haben, da diese neuen mittleren Unternehmen mitunter nicht über die erforderlichen rechtlichen Ressourcen und Ausbildung verfügen, um ein ordnungsgemäßes Verständnis und eine entsprechende Einhaltung dieser Verordnung zu gewährleisten.

(144) Um Innovationen zu fördern und zu schützen, sollten die Plattform für KI auf Abruf, alle einschlägigen Finanzierungsprogramme und -projekte der Union, wie etwa das Programm „Digitales Europa“ und Horizont Europa, die von der Kommission und den Mitgliedstaaten auf Unionsebene bzw. auf nationaler Ebene durchgeführt werden, zur Verwirklichung der Ziele dieser Verordnung beitragen.

(145) Um die Risiken bei der Umsetzung, die sich aus mangelndem Wissen und fehlenden Fachkenntnissen auf dem Markt ergeben, zu minimieren und den Anbietern, insbesondere KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, und notifizierten Stellen die Einhaltung ihrer Pflichten aus dieser Verordnung zu erleichtern, sollten insbesondere die Plattform für KI auf Abruf, die europäischen Zentren für digitale Innovation und die Test- und Versuchseinrichtungen, die von der Kommission und den Mitgliedstaaten auf Unionsebene bzw. auf nationaler Ebene eingerichtet werden, zur Durchführung dieser Verordnung beitragen. Die Plattform für KI auf Abruf, die europäischen Zentren für digitale Innovation und die Test- und Versuchseinrichtungen können Anbieter und notifizierte Stellen im Rahmen ihres jeweiligen Auftrags und ihrer jeweiligen Kompetenzbereiche insbesondere technisch und wissenschaftlich unterstützen.

(146) Angesichts der sehr geringen Größe einiger Akteure und um die Verhältnismäßigkeit in Bezug auf die Innovationskosten sicherzustellen, ist es darüber hinaus angezeigt, Kleinstunternehmen zu erlauben, eine der kostspieligsten Pflichten, nämlich die Einführung eines Qualitätsmanagementsystems, in vereinfachter Weise zu erfüllen, was den Verwaltungsaufwand und die Kosten für diese Unternehmen verringern würde, ohne das Schutzniveau und die Notwendigkeit der Einhaltung der Anforderungen für Hochrisiko-KI-Systeme zu beeinträchtigen. Die Kommission sollte Leitlinien ausarbeiten, um die Elemente des Qualitätsmanagementsystems zu bestimmen, die von Kleinstunternehmen auf diese vereinfachte Weise zu erfüllen sind.

(147) Es ist angezeigt, dass die Kommission den Stellen, Gruppen oder Laboratorien, die gemäß den einschlägigen Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union eingerichtet oder akkreditiert sind und Aufgaben im Zusammenhang mit der Konformitätsbewertung von Produkten oder Geräten wahrnehmen, die unter diese Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fallen, so weit wie möglich den Zugang zu Test- und Versuchseinrichtungen erleichtert. Dies gilt insbesondere für Expertengremien, Fachlaboratorien und Referenzlaboratorien im Bereich Medizinprodukte gemäß den Verordnungen (EU) 2017/745 und (EU) 2017/746.

(148) Mit dieser Verordnung sollte ein Governance-Rahmen geschaffen werden, der sowohl die Koordinierung und Unterstützung der Anwendung dieser Verordnung auf nationaler Ebene als auch den Aufbau von Kapazitäten auf Unionsebene und die Integration von Interessenträgern im Bereich der KI ermöglicht. Für die wirksame Umsetzung und Durchsetzung dieser Verordnung ist ein Governance-Rahmen erforderlich, der es ermöglicht, zentrales Fachwissen auf Unionsebene zu koordinieren und aufzubauen. Per Kommissionbeschluss ([45]) wurde das Büro für Künstliche Intelligenz errichtet, dessen Aufgabe es ist, Fachwissen und Kapazitäten der Union im Bereich der KI zu entwickeln und zur Umsetzung des Unionsrechts im KI-Bereich beizutragen. Die Mitgliedstaaten sollten die Aufgaben des Büros für Künstliche Intelligenz erleichtern, um die Entwicklung von Fachwissen und Kapazitäten auf Unionsebene zu unterstützen und die Funktionsweise des digitalen Binnenmarkts zu stärken. Darüber hinaus sollten ein aus Vertretern der Mitgliedstaaten zusammengesetztes KI-Gremium, ein wissenschaftliches Gremium zur Integration der Wissenschaftsgemeinschaft und ein Beratungsforum für Beiträge von Interessenträgern zur

([44]) Empfehlung der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36).

([45]) Beschluss C(2024) 390 der Kommission vom 24.1.2024 zur Errichtung des Europäischen Amts für künstliche Intelligenz.

Durchführung dieser Verordnung auf Unionsebene und auf nationaler Ebene eingerichtet werden. Die Entwicklung von Fachwissen und Kapazitäten der Union sollte auch die Nutzung bestehender Ressourcen und Fachkenntnisse umfassen, insbesondere durch Synergien mit Strukturen, die im Rahmen der Durchsetzung anderen Rechts auf Unionsebene aufgebaut wurden, und Synergien mit einschlägigen Initiativen auf Unionsebene, wie dem Gemeinsamen Unternehmen EuroHPC und den KI-Test- und Versuchseinrichtungen im Rahmen des Programms „Digitales Europa".

(149) Um eine reibungslose, wirksame und harmonisierte Durchführung dieser Verordnung zu erleichtern, sollte ein KI-Gremium eingerichtet werden. Das KI-Gremium sollte die verschiedenen Interessen des KI-Ökosystems widerspiegeln und sich aus Vertretern der Mitgliedstaaten zusammensetzen. Das KI-Gremium sollte für eine Reihe von Beratungsaufgaben zuständig sein, einschließlich der Abgabe von Stellungnahmen, Empfehlungen, Ratschlägen oder Beiträgen zu Leitlinien zu Fragen im Zusammenhang mit der Durchführung dieser Verordnung — darunter zu Durchsetzungsfragen, technischen Spezifikationen oder bestehenden Normen in Bezug auf die in dieser Verordnung festgelegten Anforderungen — sowie der Beratung der Kommission und der Mitgliedstaaten und ihrer zuständigen nationalen Behörden in spezifischen Fragen im Zusammenhang mit KI. Um den Mitgliedstaaten eine gewisse Flexibilität bei der Benennung ihrer Vertreter im KI-Gremium zu geben, können diese Vertreter alle Personen sein, die öffentlichen Einrichtungen angehören, die über einschlägige Zuständigkeiten und Befugnisse verfügen sollten, um die Koordinierung auf nationaler Ebene zu erleichtern und zur Erfüllung der Aufgaben des KI-Gremiums beizutragen. Das KI-Gremium sollte zwei ständige Untergruppen einrichten, um Marktüberwachungsbehörden und notifizierenden Behörden für die Zusammenarbeit und den Austausch in Fragen, die die Marktüberwachung bzw. notifizierende Stellen betreffen, eine Plattform zu bieten. Die ständige Untergruppe für Marktüberwachung sollte für diese Verordnung als Gruppe für die Verwaltungszusammenarbeit (ADCO-Gruppe) im Sinne des Artikels 30 der Verordnung (EU) 2019/1020 fungieren. Im Einklang mit Artikel 33 der genannten Verordnung sollte die Kommission die Tätigkeiten der ständigen Untergruppe für Marktüberwachung durch die Durchführung von Marktbewertungen oder -untersuchungen unterstützen, insbesondere im Hinblick auf die Ermittlung von Aspekten dieser Verordnung, die eine spezifische und dringende Koordinierung zwischen den Marktüberwachungsbehörden erfordern. Das KI-Gremium kann weitere ständige oder nichtständige Untergruppen einrichten, falls das für die Prüfung bestimmter Fragen zweckmäßig sein sollte. Das KI-Gremium sollte gegebenenfalls auch mit einschlägigen Einrichtungen, Sachverständigengruppen und Netzwerken der Union zusammenarbeiten, die im Zusammenhang mit dem einschlägigen Unionsrecht tätig sind, einschließlich insbesondere derjenigen, die im Rahmen des einschlägigen Unionsrechts über Daten, digitale Produkte und Dienstleistungen tätig sind.

(150) Im Hinblick auf die Einbeziehung von Interessenträgern in die Umsetzung und Anwendung dieser Verordnung sollte ein Beratungsforum eingerichtet werden, um das KI-Gremium und die Kommission zu beraten und ihnen technisches Fachwissen bereitzustellen. Um eine vielfältige und ausgewogene Vertretung der Interessenträger mit gewerblichen und nicht gewerblichen Interessen und — innerhalb der Kategorie mit gewerblichen Interessen — in Bezug auf KMU und andere Unternehmen zu gewährleisten, sollten in dem Beratungsforum unter anderem die Industrie, Start-up-Unternehmen, KMU, die Wissenschaft, die Zivilgesellschaft, einschließlich der Sozialpartner, sowie die Agentur für Grundrechte, die ENISA, das Europäische Komitee für Normung (CEN), das Europäische Komitee für elektrotechnische Normung (CENELEC) und das Europäische Institut für Telekommunikationsnormen (ETSI) vertreten sein.

(151) Zur Unterstützung der Umsetzung und Durchsetzung dieser Verordnung, insbesondere der Beobachtungstätigkeiten des Büros für Künstliche Intelligenz in Bezug auf KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck, sollte ein wissenschaftliches Gremium mit unabhängigen Sachverständigen eingerichtet werden. Die unabhängigen Sachverständigen, aus denen sich das wissenschaftliche Gremium zusammensetzt, sollten auf der Grundlage des aktuellen wissenschaftlichen oder technischen Fachwissens im KI-Bereich ausgewählt werden und ihre Aufgaben unparteiisch, objektiv und unter Achtung der Vertraulichkeit der bei der Durchführung ihrer Aufgaben und Tätigkeiten erhaltenen Informationen und Daten ausüben. Um eine Aufstockung der nationalen Kapazitäten, die für die wirksame Durchsetzung dieser Verordnung erforderlich sind, zu ermöglichen, sollten die Mitgliedstaaten für ihre Durchsetzungstätigkeiten Unterstützung aus dem Pool von Sachverständigen anfordern können, der das wissenschaftliche Gremium bildet.

(152) Um eine angemessene Durchsetzung in Bezug auf KI-Systeme zu unterstützen und die Kapazitäten der Mitgliedstaaten zu stärken, sollten Unionsstrukturen zur Unterstützung der Prüfung von KI eingerichtet und den Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt werden.

(153) Den Mitgliedstaaten kommt bei der Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung eine Schlüsselrolle zu. Dazu sollte jeder Mitgliedstaat mindestens eine notifizierende Behörde und mindestens eine Marktüberwachungsbehörde als zuständige nationale Behörden benennen, die die Anwendung und Durchführung dieser Verordnung beaufsichtigen. Die Mitgliedstaaten können beschließen, öffentliche Einrichtungen jeder Art zu benennen, die die Aufgaben der zuständigen nationalen Behörden im Sinne dieser Verordnung gemäß ihren spezifischen nationalen organisatorischen Merkmalen und Bedürfnissen wahrnehmen. Um die Effizienz der Organisation aufseiten der Mitgliedstaaten zu steigern und eine zentrale Anlaufstelle gegenüber der Öffentlichkeit und anderen Ansprechpartnern auf Ebene der Mitgliedstaaten und der Union einzurichten, sollte jeder Mitgliedstaat eine Marktüberwachungsbehörde als zentrale Anlaufstelle benennen.

(154) Die zuständigen nationalen Behörden sollten ihre Befugnisse unabhängig, unparteiisch und unvoreingenommen ausüben, um die Grundsätze der Objektivität ihrer Tätigkeiten und Aufgaben zu wahren und die Anwendung und Durchführung dieser Verordnung sicherzustellen. Die Mitglieder dieser Behörden sollten sich jeder Handlung enthalten, die mit ihren Aufgaben unvereinbar wäre, und sie sollten den Vertraulichkeitsvorschriften gemäß dieser Verordnung unterliegen.

(155) Damit Anbieter von Hochrisiko-KI-Systemen die Erfahrungen mit der Verwendung von Hochrisiko-KI-Systemen bei der Verbesserung ihrer Systeme und im Konzeptions- und Entwicklungsprozess berücksichtigen oder rechtzeitig etwaige Korrekturmaßnahmen ergreifen können, sollten alle Anbieter über ein System zur Beobachtung nach dem Inverkehrbringen verfügen. Gegebenenfalls sollte die Beobachtung nach dem Inverkehrbringen eine Analyse der Interaktion mit anderen KI-Systemen, einschließlich anderer Geräte und Software, umfassen. Die Beobachtung nach dem Inverkehrbringen sollte nicht für sensible operative Daten von Betreibern, die Strafverfolgungsbehörden sind, gelten. Dieses System ist auch wichtig, damit den möglichen Risiken, die von KI-Systemen ausgehen, die nach dem Inverkehrbringen oder der Inbetriebnahme dazulernen, effizienter und zeitnah begegnet werden kann. In diesem Zusammenhang sollten die Anbieter auch verpflichtet sein, ein System einzurichten, um den zuständigen Behörden schwerwiegende Vorfälle zu melden, die sich aus der Verwendung ihrer KI-Systeme ergeben; damit sind Vorfälle oder Fehlfunktionen gemeint, die zum Tod oder zu schweren Gesundheitsschäden führen, schwerwiegende und irreversible Störungen der Verwaltung und des Betriebs kritischer Infrastrukturen, Verstöße gegen Verpflichtungen aus dem Unionsrecht, mit denen die Grundrechte geschützt werden sollen, oder schwere Sach- oder Umweltschäden.

(156) Zur Gewährleistung einer angemessenen und wirksamen Durchsetzung der Anforderungen und Pflichten gemäß dieser Verordnung, bei der es sich um eine Harmonisierungsrechtsvorschrift der Union handelt, sollte das mit der Verordnung (EU) 2019/1020 eingeführte System der Marktüberwachung und der Konformität von Produkten in vollem Umfang gelten. Die gemäß dieser Verordnung benannten Marktüberwachungsbehörden sollten über alle in der vorliegenden Verordnung und der Verordnung (EU) 2019/1020 festgelegten Durchsetzungsbefugnisse verfügen und ihre Befugnisse und Aufgaben unabhängig, unparteiisch und unvoreingenommen wahrnehmen. Obwohl die meisten KI-Systeme keinen spezifischen Anforderungen und Pflichten gemäß der vorliegenden Verordnung unterliegen, können die Marktüberwachungsbehörden Maßnahmen in Bezug auf alle KI-Systeme ergreifen, wenn sie ein Risiko gemäß dieser Verordnung darstellen. Aufgrund des spezifischen Charakters der Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, die in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallen, ist es angezeigt, dass der Europäische Datenschutzbeauftragte als eine zuständige Marktüberwachungsbehörde für sie benannt wird. Die Benennung zuständiger nationaler Behörden durch die Mitgliedstaaten sollte davon unberührt bleiben. Die Marktüberwachungstätigkeiten sollten die Fähigkeit der beaufsichtigten Einrichtungen, ihre Aufgaben unabhängig wahrzunehmen, nicht beeinträchtigen, wenn eine solche Unabhängigkeit nach dem Unionsrecht erforderlich ist.

(157) Diese Verordnung berührt nicht die Zuständigkeiten, Aufgaben, Befugnisse und Unabhängigkeit der einschlägigen nationalen Behörden oder Stellen, die die Anwendung des Unionsrechts zum Schutz der Grundrechte überwachen, einschließlich Gleichbehandlungsstellen und Datenschutzbehörden. Sofern dies für die Erfüllung ihres Auftrags erforderlich ist, sollten auch diese nationalen Behörden oder Stellen Zugang zu der gesamten im Rahmen dieser Verordnung erstellten Dokumentation haben. Es sollte ein spezifisches Schutzklauselverfahren festgelegt werden, um eine angemessene und zeitnahe Durchsetzung gegenüber KI-Systemen, die ein Risiko für Gesundheit, Sicherheit und Grundrechte bergen, sicherzustellen. Das Verfahren für solche KI-Systeme, die ein Risiko bergen, sollte auf Hochrisiko-KI-Systeme, von denen ein Risiko ausgeht, auf verbotene Systeme, die unter Verstoß gegen die in dieser Verordnung festgelegten verbotenen Praktiken in Verkehr gebracht, in Betrieb genommen oder verwendet wurden, sowie auf KI-Systeme, die unter Verstoß der Transparenzanforderungen dieser Verordnung bereitgestellt wurden und ein Risiko bergen, angewandt werden.

(158) Die Rechtsvorschriften der Union über Finanzdienstleistungen enthalten Vorschriften und Anforderungen für die interne Unternehmensführung und das Risikomanagement, die für regulierte Finanzinstitute bei der Erbringung solcher Dienstleistungen gelten, auch wenn sie KI-Systeme verwenden. Um eine kohärente Anwendung und Durchsetzung der Pflichten aus dieser Verordnung sowie der einschlägigen Vorschriften und Anforderungen der Rechtsvorschriften der Union über Finanzdienstleistungen zu gewährleisten, sollten die für die Beaufsichtigung und Durchsetzung jener Rechtsvorschriften zuständigen Behörden, insbesondere die zuständigen Behörden im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates ([46]) und der Richtlinien 2008/48/EG ([47]), 2009/138/EG ([48]), 2013/36/EU ([49]), 2014/17/EU ([50]) und (EU) 2016/97 ([51]) des Europäischen Parlaments und des

([46]) Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (ABl. L 176 vom 27.6.2013, S. 1).

([47]) Richtlinie 2008/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2008 über Verbraucherkreditverträge und zur Aufhebung der Richtlinie 87/102/EWG des Rates (ABl. L 133 vom 22.5.2008, S. 66).

([48]) Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (Solvabilität II) (ABl. L 335 vom 17.12.2009, S. 1).

([49]) Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG und zur Aufhebung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG (ABl. L 176 vom 27.6.2013, S. 338).

([50]) Richtlinie 2014/17/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Februar 2014 über Wohnimmobilienkreditverträge für Verbraucher und zur Änderung der Richtlinien 2008/48/EG und 2013/36/EU und der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 (ABl. L 60 vom 28.2.2014, S. 34).

([51]) Richtlinie (EU) 2016/97 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Januar 2016 über Versicherungsvertrieb (ABl. L 26 vom 2.2.2016, S. 19).

Rates, im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten auch als zuständige Behörden für die Beaufsichtigung der Durchführung dieser Verordnung, einschließlich der Marktüberwachungstätigkeiten, in Bezug auf von regulierten und beaufsichtigten Finanzinstituten bereitgestellte oder verwendete KI-Systeme benannt werden, es sei denn, die Mitgliedstaaten beschließen, eine andere Behörde zu benennen, um diese Marktüberwachungsaufgaben wahrzunehmen. Diese zuständigen Behörden sollten alle Befugnisse gemäß dieser Verordnung und der Verordnung (EU) 2019/1020 haben, um die Anforderungen und Pflichten der vorliegenden Verordnung durchzusetzen, einschließlich Befugnisse zur Durchführung von Ex-post-Marktüberwachungstätigkeiten, die gegebenenfalls in ihre bestehenden Aufsichtsmechanismen und -verfahren im Rahmen des einschlägigen Unionsrechts über Finanzdienstleistungen integriert werden können. Es ist angezeigt, vorzusehen, dass die nationalen Behörden, die für die Aufsicht über unter die Richtlinie 2013/36/EU fallende Kreditinstitute zuständig sind, welche an dem mit der Verordnung (EU) Nr. 1024/2013 des Rates ([52]) eingerichteten einheitlichen Aufsichtsmechanismus teilnehmen, in ihrer Funktion als Marktüberwachungsbehörden gemäß der vorliegenden Verordnung der Europäischen Zentralbank unverzüglich alle im Zuge ihrer Marktüberwachungstätigkeiten ermittelten Informationen übermitteln, die für die in der genannten Verordnung festgelegten Aufsichtsaufgaben der Europäischen Zentralbank von Belang sein könnten. Um die Kohärenz zwischen der vorliegenden Verordnung und den Vorschriften für Kreditinstitute, die unter die Richtlinie 2013/36/EU fallen, weiter zu verbessern, ist es ferner angezeigt, einige verfahrenstechnische Anbieterpflichten in Bezug auf das Risikomanagement, die Beobachtung nach dem Inverkehrbringen und die Dokumentation in die bestehenden Pflichten und Verfahren gemäß der Richtlinie 2013/36/EU aufzunehmen. Zur Vermeidung von Überschneidungen sollten auch begrenzte Ausnahmen in Bezug auf das Qualitätsmanagementsystem der Anbieter und die Beobachtungspflicht der Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen in Betracht gezogen werden, soweit diese Kreditinstitute betreffen, die unter die Richtlinie 2013/36/EU fallen. Die gleiche Regelung sollte für Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen und Versicherungsholdinggesellschaften gemäß der Richtlinie 2009/138/EG und Versicherungsvermittler gemäß der Richtlinie (EU) 2016/97 sowie für andere Arten von Finanzinstituten gelten, die Anforderungen in Bezug auf ihre Regelungen oder Verfahren der internen Unternehmensführung unterliegen, die gemäß einschlägigem Unionsrecht der Union über Finanzdienstleistungen festgelegt wurden, um Kohärenz und Gleichbehandlung im Finanzsektor sicherzustellen.

(159) Jede Marktüberwachungsbehörde für Hochrisiko-KI-Systeme im Bereich der Biometrie, die in einem Anhang zu dieser Verordnung aufgeführt sind, sollte — soweit diese Systeme für die Zwecke der Strafverfolgung, von Migration, Asyl und Grenzkontrolle oder von Rechtspflege und demokratischen Prozessen eingesetzt werden — über wirksame Ermittlungs- und Korrekturbefugnisse verfügen, einschließlich mindestens der Befugnis, Zugang zu allen personenbezogenen Daten, die verarbeitet werden, und zu allen Informationen, die für die Ausübung ihrer Aufgaben erforderlich sind, zu erhalten. Die Marktüberwachungsbehörden sollten in der Lage sein, ihre Befugnisse in völliger Unabhängigkeit auszuüben. Jede Beschränkung ihres Zugangs zu sensiblen operativen Daten im Rahmen dieser Verordnung sollte die Befugnisse unberührt lassen, die ihnen mit der Richtlinie (EU) 2016/680 übertragen wurden. Kein Ausschluss der Offenlegung von Daten gegenüber nationalen Datenschutzbehörden im Rahmen dieser Verordnung sollte die derzeitigen oder künftigen Befugnisse dieser Behörden über den Geltungsbereich dieser Verordnung hinaus beeinträchtigen.

(160) Die Marktüberwachungsbehörden und die Kommission sollten gemeinsame Tätigkeiten, einschließlich gemeinsamer Untersuchungen, vorschlagen können, die von den Marktüberwachungsbehörden oder von den Marktüberwachungsbehörden gemeinsam mit der Kommission durchgeführt werden, um Konformität zu fördern, Nichtkonformität festzustellen, zu sensibilisieren und Orientierung zu dieser Verordnung und bestimmten Kategorien von Hochrisiko-KI-Systemen bereitzustellen, bei denen festgestellt wird, dass sie in zwei oder mehr Mitgliedstaaten ein ernstes Risiko darstellen. Gemeinsame Tätigkeiten zur Förderung der Konformität sollten im Einklang mit Artikel 9 der Verordnung (EU) 2019/1020 durchgeführt werden. Das Büro für Künstliche Intelligenz sollte die Koordinierung gemeinsamer Untersuchungen unterstützen.

(161) Die Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten auf Unionsebene und nationaler Ebene in Bezug auf KI-Systeme, die auf KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck aufbauen, müssen präzisiert werden. Um sich überschneidende Zuständigkeiten zu vermeiden, sollte die Aufsicht für KI-Systeme, die auf KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck beruhen und bei denen das Modell und das System vom selben Anbieter bereitgestellt werden,

([52]) Verordnung (EU) Nr. 1024/2013 des Rates vom 15. Oktober 2013 zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank (ABl. L 287 vom 29.10.2013, S. 63).

auf der Unionsebene durch das Büro für Künstliche Intelligenz erfolgen, das für diesen Zweck über die Befugnisse einer Marktüberwachungsbehörde im Sinne der Verordnung (EU) 2019/1020 verfügen sollte. In allen anderen Fällen sollten die nationalen Marktüberwachungsbehörden weiterhin für die Aufsicht über KI-Systeme zuständig sein. Bei KI-Systemen mit allgemeinem Verwendungszweck, die von Betreibern direkt für mindestens einen Zweck verwendet werden können, der als hochriskant eingestuft wird, sollten die Marktüberwachungsbehörden jedoch mit dem Büro für Künstliche Intelligenz zusammenarbeiten, um Konformitätsbewertungen durchzuführen, und sie sollten KI-Gremium und andere Marktüberwachungsbehörden entsprechend informieren. Darüber hinaus sollten Marktüberwachungsbehörden das Büro für Künstliche Intelligenz um Unterstützung ersuchen können, wenn die Marktüberwachungsbehörde nicht in der Lage ist, eine Untersuchung zu einem Hochrisiko-KI-System abzuschließen, weil sie keinen Zugang zu bestimmten Informationen im Zusammenhang mit dem KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck, auf dem das Hochrisiko-KI-System beruht, haben. In diesen Fällen sollte das Verfahren bezüglich grenzübergreifender Amtshilfe nach Kapitel VI der Verordnung (EU) 2019/1020 entsprechend Anwendung finden.

(162) Um das zentralisierte Fachwissen der Union und Synergien auf Unionsebene bestmöglich zu nutzen, sollte die Kommission für die Aufsicht und die Durchsetzung der Pflichten der Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck zuständig sein. Das Büro für Künstliche Intelligenz sollte alle erforderlichen Maßnahmen durchführen können, um die wirksame Umsetzung dieser Verordnung im Hinblick auf KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck zu überwachen. Es sollte mögliche Verstöße gegen die Vorschriften für Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck sowohl auf eigene Initiative, auf der Grundlage der Ergebnisse seiner Überwachungstätigkeiten, als auch auf Anfrage von Marktüberwachungsbehörden gemäß den in dieser Verordnung festgelegten Bedingungen untersuchen können. Zur Unterstützung einer wirksamen Überwachung durch das Büro für Künstliche Intelligenz sollte die Möglichkeit vorgesehen werden, dass nachgelagerte Anbieter Beschwerden über mögliche Verstöße gegen die Vorschriften für Anbieter von KI-Modellen und -Systemen mit allgemeinem Verwendungszweck einreichen können.

(163) Um die Governance-Systeme für KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck zu ergänzen, sollte das wissenschaftliche Gremium die Überwachungstätigkeiten des Büros für Künstliche Intelligenz unterstützen; dazu kann es in bestimmten Fällen qualifizierte Warnungen an das Büro für Künstliche Intelligenz richten, die Folgemaßnahmen wie etwa Untersuchungen auslösen. Dies sollte der Fall sein, wenn das wissenschaftliche Gremium Grund zu der Annahme hat, dass ein KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck ein konkretes und identifizierbares Risiko auf Unionsebene darstellt. Außerdem sollte dies der Fall sein, wenn das wissenschaftliche Gremium Grund zu der Annahme hat, dass ein KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck die Kriterien erfüllt, die zu einer Einstufung als KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck mit systemischem Risiko führen würde. Um dem wissenschaftlichen Gremium die Informationen zur Verfügung zu stellen, die für die Ausübung dieser Aufgaben erforderlich sind, sollte es einen Mechanismus geben, wonach das wissenschaftliche Gremium die Kommission ersuchen kann, Unterlagen oder Informationen von einem Anbieter anzufordern.

(164) Das Büro für Künstliche Intelligenz sollte die erforderlichen Maßnahmen ergreifen können, um die wirksame Umsetzung und die Einhaltung der in dieser Verordnung festgelegten Pflichten der Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck zu überwachen. Das Büro für Künstliche Intelligenz sollte mögliche Verstöße im Einklang mit den in dieser Verordnung vorgesehenen Befugnissen untersuchen können, unter anderem indem es Unterlagen und Informationen anfordert, Bewertungen durchführt und Maßnahmen von Anbietern von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck verlangt. Was die Durchführung von Bewertungen betrifft, so sollte das Büro für Künstliche Intelligenz unabhängige Sachverständige mit der Durchführung der Bewertungen in seinem Namen beauftragen können, damit unabhängiges Fachwissen genutzt werden kann. Die Einhaltung der Pflichten sollte durchsetzbar sein, unter anderem durch die Aufforderung zum Ergreifen angemessener Maßnahmen, einschließlich Risikominderungsmaßnahmen im Fall von festgestellten systemischen Risiken, sowie durch die Einschränkung der Bereitstellung des Modells auf dem Markt, die Rücknahme des Modells oder den Rückruf des Modells. Als Schutzmaßnahme, die erforderlichenfalls über die in dieser Verordnung vorgesehenen Verfahrensrechte hinausgeht, sollten die Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck über die in Artikel 18 der Verordnung (EU) 2019/1020 vorgesehenen Verfahrensrechte verfügen, die — unbeschadet in der vorliegenden Verordnung vorgesehener spezifischerer Verfahrensrechte — entsprechend gelten sollten.

(165) Die Entwicklung anderer KI-Systeme als Hochrisiko-KI-Systeme gemäß den Anforderungen dieser Verordnung kann zu einer stärkeren Verbreitung ethischer und vertrauenswürdiger KI in der Union führen. Anbieter von KI-Systemen, die kein hohes Risiko bergen, sollten angehalten werden, Verhaltenskodizes — einschließlich zugehöriger Governance-Mechanismen — zu erstellen, um eine freiwillige Anwendung einiger oder aller der für Hochrisiko-KI-Systeme geltenden Anforderungen zu fördern, die angesichts der Zweckbestimmung der Systeme und des niedrigeren Risikos angepasst werden, und unter Berücksichtigung der verfügbaren technischen Lösungen und bewährten Verfahren der Branche wie Modell- und Datenkarten. Darüber hinaus sollten die Anbieter und gegebenenfalls die Betreiber aller KI-Systeme, ob mit hohem Risiko oder nicht, und aller KI-Modelle auch ermutigt werden, freiwillig zusätzliche Anforderungen anzuwenden, z. B. in Bezug auf die Elemente der Ethikleitlinien der

Union für vertrauenswürdige KI, die ökologische Nachhaltigkeit, Maßnahmen für KI-Kompetenz, die inklusive und vielfältige Gestaltung und Entwicklung von KI-Systemen, unter anderem mit Schwerpunkt auf schutzbedürftige Personen und die Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen, die Beteiligung der Interessenträger, gegebenenfalls mit Einbindung einschlägiger Interessenträger wie Unternehmensverbänden und Organisationen der Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Forschungsorganisationen, Gewerkschaften und Verbraucherschutzorganisationen an der Konzeption und Entwicklung von KI-Systemen und die Vielfalt der Entwicklungsteams, einschließlich einer ausgewogenen Vertretung der Geschlechter. Um sicherzustellen, dass die freiwilligen Verhaltenskodizes wirksam sind, sollten sie auf klaren Zielen und zentralen Leistungsindikatoren zur Messung der Verwirklichung dieser Ziele beruhen. Sie sollten außerdem in inklusiver Weise entwickelt werden, gegebenenfalls unter Einbeziehung einschlägiger Interessenträger wie Unternehmensverbände und Organisationen der Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Forschungsorganisationen, Gewerkschaften und Verbraucherschutzorganisationen. Die Kommission kann Initiativen, auch sektoraler Art, ergreifen, um den Abbau technischer Hindernisse zu erleichtern, die den grenzüberschreitenden Datenaustausch im Zusammenhang mit der KI-Entwicklung behindern, unter anderem in Bezug auf die Infrastruktur für den Datenzugang und die semantische und technische Interoperabilität verschiedener Arten von Daten.

(166) Es ist wichtig, dass KI-Systeme im Zusammenhang mit Produkten, die gemäß dieser Verordnung kein hohes Risiko bergen und daher nicht die in dieser Verordnung festgelegten Anforderungen für Hochrisiko-KI-Systeme erfüllen müssen, dennoch sicher sind, wenn sie in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen werden. Um zu diesem Ziel beizutragen, würde die Verordnung (EU) 2023/988 des Europäischen Parlaments und des Rates ([53]) als Sicherheitsnetz dienen.

(167) Zur Gewährleistung einer vertrauensvollen und konstruktiven Zusammenarbeit der zuständigen Behörden auf Ebene der Union und der Mitgliedstaaten sollten alle an der Anwendung dieser Verordnung beteiligten Parteien gemäß dem Unionsrecht und dem nationalen Recht die Vertraulichkeit der im Rahmen der Wahrnehmung ihrer Aufgaben erlangten Informationen und Daten wahren. Sie sollten ihre Aufgaben und Tätigkeiten so ausüben, dass insbesondere die Rechte des geistigen Eigentums, vertrauliche Geschäftsinformationen und Geschäftsgeheimnisse, die wirksame Durchführung dieser Verordnung, die öffentlichen und nationalen Sicherheitsinteressen, die Integrität von Straf- und Verwaltungsverfahren und die Integrität von Verschlusssachen geschützt werden.

(168) Die Einhaltung dieser Verordnung sollte durch die Verhängung von Sanktionen und anderen Durchsetzungsmaßnahmen durchsetzbar sein. Die Mitgliedstaaten sollten alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass die Bestimmungen dieser Verordnung durchgeführt werden, und dazu unter anderem wirksame, verhältnismäßige und abschreckende Sanktionen für Verstöße festlegen und das Verbot der Doppelbestrafung befolgen. Um die verwaltungsrechtlichen Sanktionen für Verstöße gegen diese Verordnung zu verschärfen und zu harmonisieren, sollten Obergrenzen für die Festsetzung der Geldbußen bei bestimmten Verstößen festgelegt werden. Bei der Bemessung der Höhe der Geldbußen sollten die Mitgliedstaaten in jedem Einzelfall alle relevanten Umstände der jeweiligen Situation berücksichtigen, insbesondere die Art, die Schwere und die Dauer des Verstoßes und seiner Folgen sowie die Größe des Anbieters, vor allem wenn es sich bei diesem um ein KMU — einschließlich eines Start-up-Unternehmens — handelt. Der Europäische Datenschutzbeauftragte sollte befugt sein, gegen Organe, Einrichtungen und sonstige Stellen der Union, die in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallen, Geldbußen zu verhängen.

(169) Die Einhaltung der mit dieser Verordnung auferlegten Pflichten für Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck sollte unter anderem durch Geldbußen durchgesetzt werden können. Zu diesem Zweck sollten Geldbußen in angemessener Höhe für Verstöße gegen diese Pflichten, einschließlich der Nichteinhaltung der von der Kommission gemäß dieser Verordnung verlangten Maßnahmen, festgesetzt werden, vorbehaltlich angemessener Verjährungsfristen im Einklang mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Alle Beschlüsse, die die Kommission auf der Grundlage dieser Verordnung fasst, unterliegen der Überprüfung durch den Gerichtshof der Europäischen Union im Einklang mit dem AEUV, einschließlich der Befugnis des Gerichtshofs zu unbeschränkter Ermessensnachprüfung hinsichtlich Zwangsmaßnahmen im Einklang mit Artikel 261 AEUV.

(170) Im Unionsrecht und im nationalen Recht sind bereits wirksame Rechtsbehelfe für natürliche und juristische Personen vorgesehen, deren Rechte und Freiheiten durch die Nutzung von KI-Systemen beeinträchtigt werden. Unbeschadet dieser Rechtsbehelfe sollte jede natürliche oder juristische Person, die Grund zu der Annahme hat, dass gegen diese Verordnung verstoßen wurde, befugt sein, bei der betreffenden Marktüberwachungsbehörde eine Beschwerde einzureichen.

(171) Betroffene Personen sollten das Recht haben, eine Erklärung zu erhalten, wenn eine Entscheidung eines Betreibers überwiegend auf den Ausgaben bestimmter Hochrisiko-KI-systeme beruht, die in den Geltungsbereich dieser Verordnung fallen, und wenn diese Entscheidung Rechtswirkungen entfaltet oder diese Personen in ähnlicher Weise

([53]) Verordnung (EU) 2023/988 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Mai 2023 über die allgemeine Produktsicherheit, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinie (EU) 2020/1828 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinie 87/357/EWG des Rates (ABl. L 135 vom 23.5.2023, S. 1).

wesentlich beeinträchtigt, und zwar so, dass sie ihrer Ansicht nach negative Auswirkungen auf ihre Gesundheit, ihre Sicherheit oder ihre Grundrechte hat. Diese Erklärung sollte klar und aussagekräftig sein, und sie sollte eine Grundlage bieten, auf der die betroffenen Personen ihre Rechte ausüben können. Das Recht auf eine Erklärung sollte nicht für die Nutzung von KI-Systemen gelten, für die sich aus dem Unionsrecht oder dem nationalen Recht Ausnahmen oder Beschränkungen ergeben, und es sollte nur insoweit gelten, als es nicht bereits in anderem Unionsrecht vorgesehen ist.

(172) Personen, die als Hinweisgeber in Bezug auf die in dieser Verordnung genannten Verstöße auftreten, sollten durch das Unionsrecht geschützt werden. Für die Meldung von Verstößen gegen diese Verordnung und den Schutz von Personen, die solche Verstöße melden, sollte daher die Richtlinie (EU) 2019/1937 des Europäischen Parlaments und des Rates ([54]) gelten.

(173) Damit der Regelungsrahmen erforderlichenfalls angepasst werden kann, sollte der Kommission die Befugnis übertragen werden, gemäß Artikel 290 AEUV Rechtsakte zur Änderung der Bedingungen, unter denen ein KI-System nicht als Hochrisiko-System einzustufen ist, der Liste der Hochrisiko-KI-Systeme, der Bestimmungen über die technische Dokumentation, des Inhalts der EU-Konformitätserklärung, der Bestimmungen über die Konformitätsbewertungsverfahren, der Bestimmungen zur Festlegung der Hochrisiko-KI-Systeme, für die das Konformitätsbewertungsverfahren auf der Grundlage der Bewertung des Qualitätsmanagementsystems und der technischen Dokumentation gelten sollte, der Schwellenwerte, Benchmarks und Indikatoren — auch durch Ergänzung dieser Benchmarks und Indikatoren — in den Vorschriften für die Einstufung von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck mit systemischem Risiko, der Kriterien für die Benennung von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck mit systemischem Risiko, der technischen Dokumentation für Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck und der Transparenzinformationen für Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck zu erlassen. Es ist von besonderer Bedeutung, dass die Kommission im Zuge ihrer Vorbereitungsarbeit angemessene Konsultationen, auch auf der Ebene von Sachverständigen, durchführt, die mit den Grundsätzen in Einklang stehen, die in der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 13. April 2016 über bessere Rechtsetzung ([55]) niedergelegt wurden. Um insbesondere für eine gleichberechtigte Beteiligung an der Vorbereitung delegierter Rechtsakte zu sorgen, erhalten das Europäische Parlament und der Rat alle Dokumente zur gleichen Zeit wie die Sachverständigen der Mitgliedstaaten, und ihre Sachverständigen haben systematisch Zugang zu den Sitzungen der Sachverständigengruppen der Kommission, die mit der Vorbereitung der delegierten Rechtsakte befasst sind.

(174) Angesichts der raschen technologischen Entwicklungen und des für die wirksame Anwendung dieser Verordnung erforderlichen technischen Fachwissens sollte die Kommission diese Verordnung bis zum 2. August 2029 und danach alle vier Jahre bewerten und überprüfen und dem Europäischen Parlament und dem Rat darüber Bericht erstatten. Darüber hinaus sollte die Kommission — unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf den Geltungsbereich dieser Verordnung — einmal jährlich beurteilen, ob es notwendig ist, die Liste der Hochrisiko-KI-Systeme und die Liste der verbotenen Praktiken zu ändern. Außerdem sollte die Kommission bis zum 2. August 2028 und danach alle vier Jahre die Notwendigkeit einer Änderung der Liste der Hochrisikobereiche im Anhang dieser Verordnung, die KI-Systeme im Geltungsbereich der Transparenzpflichten, die Wirksamkeit des Aufsichts- und Governance-Systems und die Fortschritte bei der Entwicklung von Normungsdokumenten zur energieeffizienten Entwicklung von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck, einschließlich der Notwendigkeit weiterer Maßnahmen oder Handlungen, bewerten und dem Europäischen Parlament und dem Rat darüber Bericht erstatten. Schließlich sollte die Kommission bis zum 2. August 2028 und danach alle drei Jahre eine Bewertung der Folgen und der Wirksamkeit der freiwilligen Verhaltenskodizes durchführen, mit denen die Anwendung der für Hochrisiko-KI-Systeme vorgesehenen Anforderungen bei anderen KI-Systemen als Hochrisiko-KI-Systemen und möglicherweise auch zusätzlicher Anforderungen an solche KI-Systeme gefördert werden soll.

(175) Zur Gewährleistung einheitlicher Bedingungen für die Durchführung dieser Verordnung sollten der Kommission Durchführungsbefugnisse übertragen werden. Diese Befugnisse sollten gemäß der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates ([56]) ausgeübt werden.

(176) Da das Ziel dieser Verordnung, nämlich die Verbesserung der Funktionsweise des Binnenmarkts und die Förderung der Einführung einer auf den Menschen ausgerichteten und vertrauenswürdigen KI bei gleichzeitiger Gewährleistung eines hohen Maßes an Schutz der Gesundheit, der Sicherheit, der in der Charta verankerten Grundrechte, einschließlich Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Schutz der Umwelt vor schädlichen Auswirkungen von KI-Systemen in der Union, und der Förderung von Innovation, von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend verwirklicht werden kann, sondern vielmehr wegen des Umfangs oder der Wirkungen der Maßnahme auf

([54]) Richtlinie (EU) 2019/1937 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2019 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden (ABl. L 305 vom 26.11.2019, S. 17).
([55]) ABl. L 123 vom 12.5.2016, S. 1.
([56]) Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren (ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13).

Unionsebene besser zu verwirklichen ist, kann die Union im Einklang mit dem in Artikel 5 EUV verankerten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht diese Verordnung nicht über das für die Verwirklichung dieses Ziels erforderliche Maß hinaus.

(177) Um Rechtssicherheit zu gewährleisten, einen angemessenen Anpassungszeitraum für die Akteure sicherzustellen und Marktstörungen zu vermeiden, unter anderem durch Gewährleistung der Kontinuität der Verwendung von KI-Systemen, ist es angezeigt, dass diese Verordnung nur dann für die Hochrisiko-KI-Systeme, die vor dem allgemeinen Anwendungsbeginn dieser Verordnung in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen wurden, gilt, wenn diese Systeme ab diesem Datum erheblichen Veränderungen in Bezug auf ihre Konzeption oder Zweckbestimmung unterliegen. Es ist angezeigt, klarzustellen, dass der Begriff der erheblichen Veränderung in diesem Hinblick als gleichwertig mit dem Begriff der wesentlichen Änderung verstanden werden sollte, der nur in Bezug auf Hochrisiko-KI-Systeme im Sinne dieser Verordnung verwendet wird. Ausnahmsweise und im Lichte der öffentlichen Rechenschaftspflicht sollten Betreiber von KI-Systemen, die Komponenten der in einem Anhang zu dieser Verordnung aufgeführten durch Rechtsakte eingerichteten IT-Großsysteme sind, und Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen, die von Behörden genutzt werden sollen, die erforderlichen Schritte unternehmen, um den Anforderungen dieser Verordnung bis Ende 2030 bzw. bis zum 2. August 2030 nachzukommen.

(178) Die Anbieter von Hochrisiko-KI-Systemen werden ermutigt, auf freiwilliger Basis bereits während der Übergangsphase mit der Einhaltung der einschlägigen Pflichten aus dieser Verordnung zu beginnen.

(179) Diese Verordnung sollte ab dem 2. August 2026 gelten. Angesichts des unannehmbaren Risikos, das mit der Nutzung von KI auf bestimmte Weise verbunden ist, sollten die Verbote sowie die allgemeinen Bestimmungen dieser Verordnung jedoch bereits ab dem 2. Februar 2025 gelten. Während die volle Wirkung dieser Verbote erst mit der Festlegung der Leitung und der Durchsetzung dieser Verordnung entsteht, ist die Vorwegnahme der Anwendung der Verbote wichtig, um unannehmbaren Risiken Rechnung zu tragen und Wirkung auf andere Verfahren, etwa im Zivilrecht, zu entfalten. Darüber hinaus sollte die Infrastruktur für die Leitung und das Konformitätsbewertungssystem vor dem 2. August 2026 einsatzbereit sein, weshalb die Bestimmungen über notifizierte Stellen und die Leitungsstruktur ab dem 2. August 2025 gelten sollten. Angesichts des raschen technologischen Fortschritts und der Einführung von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck sollten die Pflichten der Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck ab dem 2. August 2025 gelten. Die Verhaltenskodizes sollten bis zum 2. Mai 2025 vorliegen, damit die Anbieter die Einhaltung fristgerecht nachweisen können. Das Büro für Künstliche Intelligenz sollte sicherstellen, dass die Vorschriften und Verfahren für die Einstufung jeweils dem Stand der technologischen Entwicklung entsprechen. Darüber hinaus sollten die Mitgliedstaaten die Vorschriften über Sanktionen, einschließlich Geldbußen, festlegen und der Kommission mitteilen sowie dafür sorgen, dass diese bis zum Geltungsbeginn dieser Verordnung ordnungsgemäß und wirksam umgesetzt werden. Daher sollten die Bestimmungen über Sanktionen ab dem 2. August 2025 gelten.

(180) Der Europäische Datenschutzbeauftragte und der Europäische Datenschutzausschuss wurden gemäß Artikel 42 Absätze 1 und 2 der Verordnung (EU) 2018/1725 angehört und haben am 18. Juni 2021 ihre gemeinsame Stellungnahme abgegeben —

HABEN FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

KAPITEL I

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1

Gegenstand

(1) Zweck dieser Verordnung ist es, das Funktionieren des Binnenmarkts zu verbessern und die Einführung einer auf den Menschen ausgerichteten und vertrauenswürdigen künstlichen Intelligenz (KI) zu fördern und gleichzeitig ein hohes Schutzniveau in Bezug auf Gesundheit, Sicherheit und die in der Charta verankerten Grundrechte, einschließlich Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Umweltschutz, vor schädlichen Auswirkungen von KI-Systemen in der Union zu gewährleisten und die Innovation zu unterstützen.

(2) In dieser Verordnung wird Folgendes festgelegt:

a) harmonisierte Vorschriften für das Inverkehrbringen, die Inbetriebnahme und die Verwendung von KI-Systemen in der Union;

b) Verbote bestimmter Praktiken im KI-Bereich;

c) besondere Anforderungen an Hochrisiko-KI-Systeme und Pflichten für Akteure in Bezug auf solche Systeme;

d) harmonisierte Transparenzvorschriften für bestimmte KI-Systeme;

e) harmonisierte Vorschriften für das Inverkehrbringen von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck;

f) Vorschriften für die Marktbeobachtung sowie die Governance und Durchsetzung der Marktüberwachung;

g) Maßnahmen zur Innovationsförderung mit besonderem Augenmerk auf KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen.

Artikel 2

Anwendungsbereich

(1) Diese Verordnung gilt für

a) Anbieter, die in der Union KI-Systeme in Verkehr bringen oder in Betrieb nehmen oder KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck in Verkehr bringen, unabhängig davon, ob diese Anbieter in der Union oder in einem Drittland niedergelassen sind;

b) Betreiber von KI-Systemen, die ihren Sitz in der Union haben oder in der Union befinden;

c) Anbieter und Betreiber von KI-Systemen, die ihren Sitz in einem Drittland haben oder sich in einem Drittland befinden, wenn die vom KI-System hervorgebrachte Ausgabe in der Union verwendet wird;

d) Einführer und Händler von KI-Systemen;

e) Produkthersteller, die KI-Systeme zusammen mit ihrem Produkt unter ihrem eigenen Namen oder ihrer Handelsmarke in Verkehr bringen oder in Betrieb nehmen;

f) Bevollmächtigte von Anbietern, die nicht in der Union niedergelassen sind;

g) betroffene Personen, die sich in der Union befinden.

(2) Für KI-Systeme, die als Hochrisiko-KI-Systeme gemäß Artikel 6 Absatz 1 eingestuft sind und im Zusammenhang mit Produkten stehen, die unter die in Anhang I Abschnitt B aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fallen, gelten nur Artikel 6 Absatz 1, die Artikel 102 bis 109 und Artikel 112. Artikel 57 gilt nur, soweit die Anforderungen an Hochrisiko-KI-Systeme gemäß dieser Verordnung im Rahmen der genannten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union eingebunden wurden.

(3) Diese Verordnung gilt nur in den unter das Unionsrecht fallenden Bereichen und berührt keinesfalls die Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten in Bezug auf die nationale Sicherheit, unabhängig von der Art der Einrichtung, die von den Mitgliedstaaten mit der Wahrnehmung von Aufgaben im Zusammenhang mit diesen Zuständigkeiten betraut wurde.

Diese Verordnung gilt nicht für KI-Systeme, wenn und soweit sie ausschließlich für militärische Zwecke, Verteidigungszwecke oder Zwecke der nationalen Sicherheit in Verkehr gebracht, in Betrieb genommen oder, mit oder ohne Änderungen, verwendet werden, unabhängig von der Art der Einrichtung, die diese Tätigkeiten ausübt.

Diese Verordnung gilt nicht für KI-Systeme, die nicht in der Union in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen werden, wenn die Ausgaben in der Union ausschließlich für militärische Zwecke, Verteidigungszwecke oder Zwecke der nationalen Sicherheit verwendet werden, unabhängig von der Art der Einrichtung, die diese Tätigkeiten ausübt.

(4) Diese Verordnung gilt weder für Behörden in Drittländern noch für internationale Organisationen, die gemäß Absatz 1 in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallen, soweit diese Behörden oder Organisationen KI-Systeme im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit oder internationaler Übereinkünfte im Bereich der Strafverfolgung und justiziellen Zusammenarbeit mit der Union oder mit einem oder mehreren Mitgliedstaaten verwenden und sofern ein solches Drittland oder eine solche internationale Organisation angemessene Garantien hinsichtlich des Schutz der Privatsphäre, der Grundrechte und der Grundfreiheiten von Personen bietet.

(5) Die Anwendung der Bestimmungen über die Haftung der Anbieter von Vermittlungsdiensten in Kapitel II der Verordnung 2022/2065 bleibt von dieser Verordnung unberührt.

(6) Diese Verordnung gilt nicht für KI-Systeme oder KI-Modelle, einschließlich ihrer Ausgabe, die eigens für den alleinigen Zweck der wissenschaftlichen Forschung und Entwicklung entwickelt und in Betrieb genommen werden.

(7) Die Rechtsvorschriften der Union zum Schutz personenbezogener Daten, der Privatsphäre und der Vertraulichkeit der Kommunikation gelten für die Verarbeitung personenbezogener Daten im Zusammenhang mit den in dieser Verordnung festgelegten Rechten und Pflichten. Diese Verordnung berührt nicht die Verordnung (EU) 2016/679 bzw. (EU) 2018/1725 oder die Richtlinie 2002/58/EG bzw. (EU) 2016/680, unbeschadet des Artikels 10 Absatz 5 und des Artikels 59 der vorliegenden Verordnung.

(8) Diese Verordnung gilt nicht für Forschungs-, Test- und Entwicklungstätigkeiten zu KI-Systemen oder KI-Modellen, bevor diese in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen werden. Solche Tätigkeiten werden im Einklang mit dem geltenden Unionsrecht durchgeführt. Tests unter Realbedingungen fallen nicht unter diesen Ausschluss.

(9) Diese Verordnung berührt nicht die Vorschriften anderer Rechtsakte der Union zum Verbraucherschutz und zur Produktsicherheit.

(10) Diese Verordnung gilt nicht für die Pflichten von Betreibern, die natürliche Personen sind und KI-Systeme im Rahmen einer ausschließlich persönlichen und nicht beruflichen Tätigkeit verwenden.

(11) Diese Verordnung hindert die Union oder die Mitgliedstaaten nicht daran, Rechts- oder Verwaltungsvorschriften beizubehalten oder einzuführen, die für die Arbeitnehmer im Hinblick auf den Schutz ihrer Rechte bei der Verwendung von KI-Systemen durch die Arbeitgeber vorteilhafter sind, oder die Anwendung von Kollektivvereinbarungen zu fördern oder zuzulassen, die für die Arbeitnehmer vorteilhafter sind.

(12) Diese Verordnung gilt nicht für KI-Systeme, die unter freien und quelloffenen Lizenzen bereitgestellt werden, es sei denn, sie werden als Hochrisiko-KI-Systeme oder als ein KI-System, das unter Artikel 5 oder 50 fällt, in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen.

Artikel 3

Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieser Verordnung bezeichnet der Ausdruck

1. „KI-System“ ein maschinengestütztes System, das für einen in unterschiedlichem Grade autonomen Betrieb ausgelegt ist und das nach seiner Betriebsaufnahme anpassungsfähig sein kann und das aus den erhaltenen Eingaben für explizite oder implizite Ziele ableitet, wie Ausgaben wie etwa Vorhersagen, Inhalte, Empfehlungen oder Entscheidungen erstellt werden, die physische oder virtuelle Umgebungen beeinflussen können;

2. „Risiko“ die Kombination aus der Wahrscheinlichkeit des Auftretens eines Schadens und der Schwere dieses Schadens;

3. „Anbieter“ eine natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder sonstige Stelle, die ein KI-System oder ein KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck entwickelt oder entwickeln lässt und es unter ihrem eigenen Namen oder ihrer Handelsmarke in Verkehr bringt oder das KI-System unter ihrem eigenen Namen oder ihrer Handelsmarke in Betrieb nimmt, sei es entgeltlich oder unentgeltlich;

4. „Betreiber“ eine natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder sonstige Stelle, die ein KI-System in eigener Verantwortung verwendet, es sei denn, das KI-System wird im Rahmen einer persönlichen und nicht beruflichen Tätigkeit verwendet;

5. „Bevollmächtigter“ eine in der Union ansässige oder niedergelassene natürliche oder juristische Person, die vom Anbieter eines KI-Systems oder eines KI-Modells mit allgemeinem Verwendungszweck schriftlich dazu bevollmächtigt wurde und sich damit einverstanden erklärt hat, in seinem Namen die in dieser Verordnung festgelegten Pflichten zu erfüllen bzw. Verfahren durchzuführen;

6. „Einführer“ eine in der Union ansässige oder niedergelassene natürliche oder juristische Person, die ein KI-System, das den Namen oder die Handelsmarke einer in einem Drittland niedergelassenen natürlichen oder juristischen Person trägt, in Verkehr bringt;

7. „Händler“ eine natürliche oder juristische Person in der Lieferkette, die ein KI-System auf dem Unionsmarkt bereitstellt, mit Ausnahme des Anbieters oder des Einführers;

8. „Akteur“ einen Anbieter, Produkthersteller, Betreiber, Bevollmächtigten, Einführer oder Händler;

9. „Inverkehrbringen“ die erstmalige Bereitstellung eines KI-Systems oder eines KI-Modells mit allgemeinem Verwendungszweck auf dem Unionsmarkt;

10. „Bereitstellung auf dem Markt“ die entgeltliche oder unentgeltliche Abgabe eines KI-Systems oder eines KI-Modells mit allgemeinem Verwendungszweck zum Vertrieb oder zur Verwendung auf dem Unionsmarkt im Rahmen einer Geschäftstätigkeit;

11. „Inbetriebnahme“ die Bereitstellung eines KI-Systems in der Union zum Erstgebrauch direkt an den Betreiber oder zum Eigengebrauch entsprechend seiner Zweckbestimmung;

12. „Zweckbestimmung“ die Verwendung, für die ein KI-System laut Anbieter bestimmt ist, einschließlich der besonderen Umstände und Bedingungen für die Verwendung, entsprechend den vom Anbieter bereitgestellten Informationen in den Betriebsanleitungen, im Werbe- oder Verkaufsmaterial und in diesbezüglichen Erklärungen sowie in der technischen Dokumentation;

13. „vernünftigerweise vorhersehbare Fehlanwendung“ die Verwendung eines KI-Systems in einer Weise, die nicht seiner Zweckbestimmung entspricht, die sich aber aus einem vernünftigerweise vorhersehbaren menschlichen Verhalten oder einer vernünftigerweise vorhersehbaren Interaktion mit anderen Systemen, auch anderen KI-Systemen, ergeben kann;

14. „Sicherheitsbauteil“ einen Bestandteil eines Produkts oder KI-Systems, der eine Sicherheitsfunktion für dieses Produkt oder KI-System erfüllt oder dessen Ausfall oder Störung die Gesundheit und Sicherheit von Personen oder Eigentum gefährdet;

15. „Betriebsanleitungen“ die Informationen, die der Anbieter bereitstellt, um den Betreiber insbesondere über die Zweckbestimmung und die ordnungsgemäße Verwendung eines KI-Systems zu informieren;

16. „Rückruf eines KI-Systems“ jede Maßnahme, die auf die Rückgabe an den Anbieter oder auf die Außerbetriebsetzung oder Abschaltung eines den Betreibern bereits zur Verfügung gestellten KI-Systems abzielt;

17. „Rücknahme eines KI-Systems“ jede Maßnahme, mit der die Bereitstellung eines in der Lieferkette befindlichen KI-Systems auf dem Markt verhindert werden soll;

18. „Leistung eines KI-Systems“ die Fähigkeit eines KI-Systems, seine Zweckbestimmung zu erfüllen;

19. „notifizierende Behörde“ die nationale Behörde, die für die Einrichtung und Durchführung der erforderlichen Verfahren für die Bewertung, Benennung und Notifizierung von Konformitätsbewertungsstellen und für deren Überwachung zuständig ist;

20. „Konformitätsbewertung“ ein Verfahren mit dem bewertet wird, ob die in Titel III Abschnitt 2 festgelegten Anforderungen an ein Hochrisiko-KI-System erfüllt wurden;

21. „Konformitätsbewertungsstelle“ eine Stelle, die Konformitätsbewertungstätigkeiten einschließlich Prüfungen, Zertifizierungen und Inspektionen durchführt und dabei als Dritte auftritt;

22. „notifizierte Stelle“ eine Konformitätsbewertungsstelle, die gemäß dieser Verordnung und den anderen einschlägigen Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union notifiziert wurde;

23. „wesentliche Veränderung“ eine Veränderung eines KI-Systems nach dessen Inverkehrbringen oder Inbetriebnahme, die in der vom Anbieter durchgeführten ursprünglichen Konformitätsbewertung nicht vorgesehen oder geplant war und durch die die Konformität des KI-Systems mit den Anforderungen in Kapitel III Abschnitt 2 beeinträchtigt wird oder die zu einer Änderung der Zweckbestimmung führt, für die das KI-System bewertet wurde;

24. „CE-Kennzeichnung“ eine Kennzeichnung, durch die ein Anbieter erklärt, dass ein KI-System die Anforderungen erfüllt, die in Kapitel III Abschnitt 2 und in anderen anwendbaren Harmonisierungsrechtsvorschriften, die die Anbringung dieser Kennzeichnung vorsehen, festgelegt sind;

25. „System zur Beobachtung nach dem Inverkehrbringen“ alle Tätigkeiten, die Anbieter von KI-Systemen zur Sammlung und Überprüfung von Erfahrungen mit der Verwendung der von ihnen in Verkehr gebrachten oder in Betrieb genommenen KI-Systeme durchführen, um festzustellen, ob unverzüglich nötige Korrektur- oder Präventivmaßnahmen zu ergreifen sind;

26. „Marktüberwachungsbehörde“ die nationale Behörde, die die Tätigkeiten durchführt und die Maßnahmen ergreift, die in der Verordnung (EU) 2019/1020 vorgesehen sind;

27. „harmonisierte Norm“ bezeichnet eine harmonisierte Norm im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 1025/2012;

28. „gemeinsame Spezifikation“ eine Reihe technischer Spezifikationen im Sinne des Artikels 2 Nummer 4 der Verordnung (EU) Nr. 1025/2012, deren Befolgung es ermöglicht, bestimmte Anforderungen der vorliegenden Verordnung zu erfüllen;

29. „Trainingsdaten“ Daten, die zum Trainieren eines KI-Systems verwendet werden, wobei dessen lernbare Parameter angepasst werden;

30. „Validierungsdaten“ Daten, die zur Evaluation des trainierten KI-Systems und zur Einstellung seiner nicht erlernbaren Parameter und seines Lernprozesses verwendet werden, um unter anderem eine Unter- oder Überanpassung zu vermeiden;

31. „Validierungsdatensatz“ einen separaten Datensatz oder einen Teil des Trainingsdatensatzes mit fester oder variabler Aufteilung;

32. „Testdaten“ Daten, die für eine unabhängige Bewertung des KI-Systems verwendet werden, um die erwartete Leistung dieses Systems vor dessen Inverkehrbringen oder Inbetriebnahme zu bestätigen;

33. „Eingabedaten“ die in ein KI-System eingespeisten oder von diesem direkt erfassten Daten, auf deren Grundlage das System eine Ausgabe hervorbringt;

34. „biometrische Daten“ mit speziellen technischen Verfahren gewonnene personenbezogene Daten zu den physischen, physiologischen oder verhaltenstypischen Merkmalen einer natürlichen Person, wie etwa Gesichtsbilder oder daktyloskopische Daten;

35. „biometrische Identifizierung“ die automatisierte Erkennung physischer, physiologischer, verhaltensbezogener oder psychologischer menschlicher Merkmale zum Zwecke der Feststellung der Identität einer natürlichen Person durch den Vergleich biometrischer Daten dieser Person mit biometrischen Daten von Personen, die in einer Datenbank gespeichert sind;

36. „biometrische Verifizierung“ die automatisierte Eins-zu-eins-Verifizierung, einschließlich Authentifizierung, der Identität natürlicher Personen durch den Vergleich ihrer biometrischen Daten mit zuvor bereitgestellten biometrischen Daten;

37. „besondere Kategorien personenbezogener Daten“ die in Artikel 9 Absatz 1der Verordnung (EU) 2016/679, Artikel 10 der Richtlinie (EU) 2016/680 und Artikel 10 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2018/1725 aufgeführten Kategorien personenbezogener Daten;

38. „sensible operative Daten“ operative Daten im Zusammenhang mit Tätigkeiten zur Verhütung, Aufdeckung, Untersuchung oder Verfolgung von Straftaten, deren Offenlegung die Integrität von Strafverfahren gefährden könnte;

39. „Emotionserkennungssystem“ ein KI-System, das dem Zweck dient, Emotionen oder Absichten natürlicher Personen auf der Grundlage ihrer biometrischen Daten festzustellen oder daraus abzuleiten;

40. „System zur biometrischen Kategorisierung“ ein KI-System, das dem Zweck dient, natürliche Personen auf der Grundlage ihrer biometrischen Daten bestimmten Kategorien zuzuordnen, sofern es sich um eine Nebenfunktion eines anderen kommerziellen Dienstes handelt und aus objektiven technischen Gründen unbedingt erforderlich ist;

41. „biometrisches Fernidentifizierungssystem“ ein KI-System, das dem Zweck dient, natürliche Personen ohne ihre aktive Einbeziehung und in der Regel aus der Ferne durch Abgleich der biometrischen Daten einer Person mit den in einer Referenzdatenbank gespeicherten biometrischen Daten zu identifizieren;

42. „biometrisches Echtzeit-Fernidentifizierungssystem“ ein biometrisches Fernidentifizierungssystem, bei dem die Erfassung biometrischer Daten, der Abgleich und die Identifizierung ohne erhebliche Verzögerung erfolgen, und das zur Vermeidung einer Umgehung der Vorschriften nicht nur die sofortige Identifizierung, sondern auch eine Identifizierung mit begrenzten kurzen Verzögerungen umfasst;

43. „System zur nachträglichen biometrischen Fernidentifizierung“ ein biometrisches Fernidentifizierungssystem, das kein biometrisches Echtzeit-Fernidentifizierungssystem ist;

44. „öffentlich zugänglicher Raum“ einen einer unbestimmten Anzahl natürlicher Personen zugänglichen physischen Ort in privatem oder öffentlichem Eigentum, unabhängig davon, ob bestimmte Bedingungen für den Zugang gelten, und unabhängig von möglichen Kapazitätsbeschränkungen;

45. „Strafverfolgungsbehörde“

    a) eine Behörde, die für die Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder die Strafvollstrekkung, einschließlich des Schutzes vor und der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit, zuständig ist, oder

    b) eine andere Stelle oder Einrichtung, der durch nationales Recht die Ausübung öffentlicher Gewalt und hoheitlicher Befugnisse zur Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder zur Strafvollstreckung, einschließlich des Schutzes vor und der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit, übertragen wurde;

46. „Strafverfolgung“ Tätigkeiten der Strafverfolgungsbehörden oder in deren Auftrag zur Verhütung, Ermittlung, Aufdekkung oder Verfolgung von Straftaten oder zur Strafvollstreckung, einschließlich des Schutzes vor und der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit;

47. „Büro für Künstliche Intelligenz“ die Aufgabe der Kommission, zur Umsetzung, Beobachtung und Überwachung von KI-Systemen und KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck und zu der im Beschluss der Kommission vom 24. Januar 2024 vorgesehenen KI-Governance beizutragen; Bezugnahmen in dieser Verordnung auf das Büro für Künstliche Intelligenz gelten als Bezugnahmen auf die Kommission;

48. „zuständige nationale Behörde“ eine notifizierende Behörde oder eine Marktüberwachungsbehörde; in Bezug auf KI-Systeme, die von Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union in Betrieb genommen oder verwendet werden, sind Bezugnahmen auf die zuständigen nationalen Behörden oder Marktüberwachungsbehörden in dieser Verordnung als Bezugnahmen auf den Europäischen Datenschutzbeauftragten auszulegen;

49. „schwerwiegender Vorfall“ einen Vorfall oder eine Fehlfunktion bezüglich eines KI-Systems, das bzw. die direkt oder indirekt eine der nachstehenden Folgen hat:

    a) den Tod oder die schwere gesundheitliche Schädigung einer Person;

    b) eine schwere und unumkehrbare Störung der Verwaltung oder des Betriebs kritischer Infrastrukturen;

    c) die Verletzung von Pflichten aus den Unionsrechtsvorschriften zum Schutz der Grundrechte;

    d) schwere Sach- oder Umweltschäden;

50. „personenbezogene Daten“ personenbezogene Daten im Sinne von Artikel 4 Nummer 1 der Verordnung (EU) 2016/679;

51. „nicht personenbezogene Daten“ Daten, die keine personenbezogenen Daten im Sinne von Artikel 4 Nummer 1 der Verordnung (EU) 2016/679 sind;

52. „Profiling“ das Profiling im Sinne von Artikel 4 Nummer 4 der Verordnung (EU) 2016/679;

53. „Plan für einen Test unter Realbedingungen“ ein Dokument, in dem die Ziele, die Methodik, der geografische, bevölkerungsbezogene und zeitliche Umfang, die Überwachung, die Organisation und die Durchführung eines Tests unter Realbedingungen beschrieben werden;

54. „Plan für das Reallabor“ ein zwischen dem teilnehmenden Anbieter und der zuständigen Behörde vereinbartes Dokument, in dem die Ziele, die Bedingungen, der Zeitrahmen, die Methodik und die Anforderungen für die im Reallabor durchgeführten Tätigkeiten beschrieben werden;

55. „KI-Reallabor“ einen kontrollierten Rahmen, der von einer zuständigen Behörde geschaffen wird und den Anbieter oder zukünftige Anbieter von KI-Systemen nach einem Plan für das Reallabor einen begrenzten Zeitraum und unter regulatorischer Aufsicht nutzen können, um ein innovatives KI-System zu entwickeln, zu trainieren, zu validieren und — gegebenenfalls unter Realbedingungen — zu testen.

56. „KI-Kompetenz“ die Fähigkeiten, die Kenntnisse und das Verständnis, die es Anbietern, Betreibern und Betroffenen unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Rechte und Pflichten im Rahmen dieser Verordnung ermöglichen, KI-Systeme sachkundig einzusetzen sowie sich der Chancen und Risiken von KI und möglicher Schäden, die sie verursachen kann, bewusst zu werden.

57. „Test unter Realbedingungen“ den befristeten Test eines KI-Systems auf seine Zweckbestimmung, der unter Realbedingungen außerhalb eines Labors oder einer anderweitig simulierten Umgebung erfolgt, um zuverlässige und belastbare Daten zu erheben und die Konformität des KI-Systems mit den Anforderungen der vorliegenden Verordnung zu bewerten und zu überprüfen, wobei dieser Test nicht als Inverkehrbringen oder Inbetriebnahme des KI-Systems im Sinne dieser Verordnung gilt, sofern alle Bedingungen nach Artikel 57 oder Artikel 60 erfüllt sind;

58. „Testteilnehmer“ für die Zwecke eines Tests unter Realbedingungen eine natürliche Person, die an dem Test unter Realbedingungen teilnimmt;

59. „informierte Einwilligung“ eine aus freien Stücken erfolgende, spezifische, eindeutige und freiwillige Erklärung der Bereitschaft, an einem bestimmten Test unter Realbedingungen teilzunehmen, durch einen Testteilnehmer, nachdem dieser über alle Aspekte des Tests, die für die Entscheidungsfindung des Testteilnehmers bezüglich der Teilnahme relevant sind, aufgeklärt wurde;

60. „Deepfake“ einen durch KI erzeugten oder manipulierten Bild-, Ton- oder Videoinhalt, der wirklichen Personen, Gegenständen, Orten, Einrichtungen oder Ereignissen ähnelt und einer Person fälschlicherweise als echt oder wahrheitsgemäß erscheinen würde;

61. „weitverbreiteter Verstoß“ jede Handlung oder Unterlassung, die gegen das Unionsrecht verstößt, das die Interessen von Einzelpersonen schützt, und die

    a) die kollektiven Interessen von Einzelpersonen in mindestens zwei anderen Mitgliedstaaten als dem Mitgliedstaat schädigt oder zu schädigen droht, in dem

        i) die Handlung oder die Unterlassung ihren Ursprung hatte oder stattfand,

        ii) der betreffende Anbieter oder gegebenenfalls sein Bevollmächtigter sich befindet oder niedergelassen ist oder

        iii) der Betreiber niedergelassen ist, sofern der Verstoß vom Betreiber begangen wird,

    b) die kollektiven Interessen von Einzelpersonen geschädigt hat, schädigt oder schädigen könnte und allgemeine Merkmale aufweist, einschließlich derselben rechtswidrigen Praxis oder desselben verletzten Interesses, und gleichzeitig auftritt und von demselben Akteur in mindestens drei Mitgliedstaaten begangen wird;

62. „kritische Infrastrukturen“ kritische Infrastrukturen im Sinne von Artikel 2 Nummer 4 der Richtlinie (EU) 2022/2557;

63. „KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck“ ein KI-Modell — einschließlich der Fälle, in denen ein solches KI-Modell mit einer großen Datenmenge unter umfassender Selbstüberwachung trainiert wird —, das eine erhebliche allgemeine Verwendbarkeit aufweist und in der Lage ist, unabhängig von der Art und Weise seines Inverkehrbringens ein breites Spektrum unterschiedlicher Aufgaben kompetent zu erfüllen, und das in eine Vielzahl nachgelagerter Systeme oder Anwendungen integriert werden kann, ausgenommen KI-Modelle, die vor ihrem Inverkehrbringen für Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten oder die Konzipierung von Prototypen eingesetzt werden;

64. „Fähigkeiten mit hoher Wirkkraft“ bezeichnet Fähigkeiten, die den bei den fortschrittlichsten KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck festgestellten Fähigkeiten entsprechen oder diese übersteigen;

65. „systemisches Risiko“ ein Risiko, das für die Fähigkeiten mit hoher Wirkkraft von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck spezifisch ist und aufgrund deren Reichweite oder aufgrund tatsächlicher oder vernünftigerweise vorhersehbarer negativer Folgen für die öffentliche Gesundheit, die Sicherheit, die öffentliche Sicherheit, die Grundrechte oder die Gesellschaft insgesamt erhebliche Auswirkungen auf den Unionsmarkt hat, die sich in großem Umfang über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg verbreiten können;

66. „KI-System mit allgemeinem Verwendungszweck“ ein KI-System, das auf einem KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck beruht und in der Lage ist, einer Vielzahl von Zwecken sowohl für die direkte Verwendung als auch für die Integration in andere KI-Systeme zu dienen;

67. „Gleitkommaoperation“ jede Rechenoperation oder jede Zuweisung mit Gleitkommazahlen, bei denen es sich um eine Teilmenge der reellen Zahlen handelt, die auf Computern typischerweise durch das Produkt aus einer ganzen Zahl mit fester Genauigkeit und einer festen Basis mit ganzzahligem Exponenten dargestellt wird;

68. „nachgelagerter Anbieter“ einen Anbieter eines KI-Systems, einschließlich eines KI-Systems mit allgemeinem Verwendungszweck, das ein KI-Modell integriert, unabhängig davon, ob das KI-Modell von ihm selbst bereitgestellt und vertikal integriert wird oder von einer anderen Einrichtung auf der Grundlage vertraglicher Beziehungen bereitgestellt wird.

Artikel 4

KI-Kompetenz

Die Anbieter und Betreiber von KI-Systemen ergreifen Maßnahmen, um nach besten Kräften sicherzustellen, dass ihr Personal und andere Personen, die in ihrem Auftrag mit dem Betrieb und der Nutzung von KI-Systemen befasst sind, über ein ausreichendes Maß an KI-Kompetenz verfügen, wobei ihre technischen Kenntnisse, ihre Erfahrung, ihre Ausbildung und Schulung und der Kontext, in dem die KI-Systeme eingesetzt werden sollen, sowie die Personen oder Personengruppen, bei denen die KI-Systeme eingesetzt werden sollen, zu berücksichtigen sind.

KAPITEL II

VERBOTENE PRAKTIKEN IM KI-BEREICH

Artikel 5

Verbotene Praktiken im KI-Bereich

(1) Folgende Praktiken im KI-Bereich sind verboten:

a) das Inverkehrbringen, die Inbetriebnahme oder die Verwendung eines KI-Systems, das Techniken der unterschwelligen Beeinflussung außerhalb des Bewusstseins einer Person oder absichtlich manipulative oder täuschende Techniken mit dem Ziel oder der Wirkung einsetzt, das Verhalten einer Person oder einer Gruppe von Personen wesentlich zu verändern, indem ihre Fähigkeit, eine fundierte Entscheidung zu treffen, deutlich beeinträchtigt wird, wodurch sie veranlasst wird, eine Entscheidung zu treffen, die sie andernfalls nicht getroffen hätte, und zwar in einer Weise, die dieser Person, einer anderen Person oder einer Gruppe von Personen erheblichen Schaden zufügt oder mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zufügen wird.

b) das Inverkehrbringen, die Inbetriebnahme oder die Verwendung eines KI-Systems, das eine Vulnerabilität oder Schutzbedürftigkeit einer natürlichen Person oder einer bestimmten Gruppe von Personen aufgrund ihres Alters, einer Behinderung oder einer bestimmten sozialen oder wirtschaftlichen Situation mit dem Ziel oder der Wirkung ausnutzt, das Verhalten dieser Person oder einer dieser Gruppe angehörenden Person in einer Weise wesentlich zu verändern, die dieser Person oder einer anderen Person erheblichen Schaden zufügt oder mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zufügen wird;

c) das Inverkehrbringen, die Inbetriebnahme oder die Verwendung von KI-Systemen zur Bewertung oder Einstufung von natürlichen Personen oder Gruppen von Personen über einen bestimmten Zeitraum auf der Grundlage ihres sozialen Verhaltens oder bekannter, abgeleiteter oder vorhergesagter persönlicher Eigenschaften oder Persönlichkeitsmerkmale, wobei die soziale Bewertung zu einem oder beiden der folgenden Ergebnisse führt:

   i) Schlechterstellung oder Benachteiligung bestimmter natürlicher Personen oder Gruppen von Personen in sozialen Zusammenhängen, die in keinem Zusammenhang zu den Umständen stehen, unter denen die Daten ursprünglich erzeugt oder erhoben wurden;

   ii) Schlechterstellung oder Benachteiligung bestimmter natürlicher Personen oder Gruppen von Personen in einer Weise, die im Hinblick auf ihr soziales Verhalten oder dessen Tragweite ungerechtfertigt oder unverhältnismäßig ist;

d) das Inverkehrbringen, die Inbetriebnahme für diesen spezifischen Zweck oder die Verwendung eines KI-Systems zur Durchführung von Risikobewertungen in Bezug auf natürliche Personen, um das Risiko, dass eine natürliche Person eine Straftat begeht, ausschließlich auf der Grundlage des Profiling einer natürlichen Person oder der Bewertung ihrer persönlichen Merkmale und Eigenschaften zu bewerten oder vorherzusagen; dieses Verbot gilt nicht für KI-Systeme, die dazu verwendet werden, die durch Menschen durchgeführte Bewertung der Beteiligung einer Person an einer kriminellen Aktivität, die sich bereits auf objektive und überprüfbare Tatsachen stützt, die in unmittelbarem Zusammenhang mit einer kriminellen Aktivität stehen, zu unterstützen;

e) das Inverkehrbringen, die Inbetriebnahme für diesen spezifischen Zweck oder die Verwendung von KI-Systemen, die Datenbanken zur Gesichtserkennung durch das ungezielte Auslesen von Gesichtsbildern aus dem Internet oder von Überwachungsaufnahmen erstellen oder erweitern;

f) das Inverkehrbringen, die Inbetriebnahme für diesen spezifischen Zweck oder die Verwendung von KI-Systemen zur Ableitung von Emotionen einer natürlichen Person am Arbeitsplatz und in Bildungseinrichtungen, es sei denn, die Verwendung des KI-Systems soll aus medizinischen Gründen oder Sicherheitsgründen eingeführt oder auf den Markt gebracht werden;

g) das Inverkehrbringen, die Inbetriebnahme für diesen spezifischen Zweck oder die Verwendung von Systemen zur biometrischen Kategorisierung, mit denen natürliche Personen individuell auf der Grundlage ihrer biometrischen Daten kategorisiert werden, um ihre Rasse, ihre politischen Einstellungen, ihre Gewerkschaftszugehörigkeit, ihre religiösen oder weltanschaulichen Überzeugungen, ihr Sexualleben oder ihre sexuelle Ausrichtung zu erschließen oder abzuleiten; dieses Verbot gilt nicht für die Kennzeichnung oder Filterung rechtmäßig erworbener biometrischer Datensätze, wie z. B. Bilder auf der Grundlage biometrischer Daten oder die Kategorisierung biometrischer Daten im Bereich der Strafverfolgung;

h) die Verwendung biometrischer Echtzeit-Fernidentifizierungssysteme in öffentlich zugänglichen Räumen zu Strafverfolgungszwecken, außer wenn und insoweit dies im Hinblick auf eines der folgenden Ziele unbedingt erforderlich ist:

   i) gezielte Suche nach bestimmten Opfern von Entführung, Menschenhandel oder sexueller Ausbeutung sowie die Suche nach vermissten Personen;

   ii) Abwenden einer konkreten, erheblichen und unmittelbaren Gefahr für das Leben oder die körperliche Unversehrtheit natürlicher Personen oder einer tatsächlichen und bestehenden oder tatsächlichen und vorhersehbaren Gefahr eines Terroranschlags;

   iii) Aufspüren oder Identifizieren einer Person, die der Begehung einer Straftat verdächtigt wird, zum Zwecke der Durchführung von strafrechtlichen Ermittlungen oder von Strafverfahren oder der Vollstreckung einer Strafe für die in Anhang II aufgeführten Straftaten, die in dem betreffenden Mitgliedstaat nach dessen Recht mit einer Freiheitsstrafe oder einer freiheitsentziehenden Maßregel der Sicherung im Höchstmaß von mindestens vier Jahren bedroht ist.

Unterabsatz 1 Buchstabe h gilt unbeschadet des Artikels 9 der Verordnung (EU) 2016/679 für die Verarbeitung biometrischer Daten zu anderen Zwecken als der Strafverfolgung.

(2) Die Verwendung biometrischer Echtzeit-Fernidentifizierungssysteme in öffentlich zugänglichen Räumen zu Strafverfolgungszwecken im Hinblick auf die in Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe h genannten Ziele darf für die in jenem Buchstaben genannten Zwecke nur zur Bestätigung der Identität der speziell betroffenen Person erfolgen, wobei folgende Elemente berücksichtigt werden:

a) die Art der Situation, die der möglichen Verwendung zugrunde liegt, insbesondere die Schwere, die Wahrscheinlichkeit und das Ausmaß des Schadens, der entstehen würde, wenn das System nicht eingesetzt würde;

b) die Folgen der Verwendung des Systems für die Rechte und Freiheiten aller betroffenen Personen, insbesondere die Schwere, die Wahrscheinlichkeit und das Ausmaß solcher Folgen.

Darüber hinaus sind bei der Verwendung biometrischer Echtzeit-Fernidentifizierungssysteme in öffentlich zugänglichen Räumen zu Strafverfolgungszwecken im Hinblick auf die in Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe h des vorliegenden Artikels genannten Ziele notwendige und verhältnismäßige Schutzvorkehrungen und Bedingungen für die Verwendung im Einklang mit nationalem Recht über die Ermächtigung ihrer Verwendung einzuhalten, insbesondere in Bezug auf die zeitlichen, geografischen und personenbezogenen Beschränkungen. Die Verwendung biometrischer Echtzeit-Fernidentifizierungssysteme in öffentlich zugänglichen Räumen ist nur dann zu gestatten, wenn die Strafverfolgungsbehörde eine Folgenabschätzung im Hinblick auf die Grundrechte gemäß Artikel 27 abgeschlossen und das System gemäß Artikel 49 in der EU-Datenbank registriert hat. In hinreichend begründeten dringenden Fällen kann jedoch mit der Verwendung solcher Systeme zunächst ohne Registrierung in der EU-Datenbank begonnen werden, sofern diese Registrierung unverzüglich erfolgt.

(3) Für die Zwecke des Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe h und des Absatzes 2 ist für jede Verwendung eines biometrischen Echtzeit-Fernidentifizierungssystems in öffentlich zugänglichen Räumen zu Strafverfolgungszwecken eine vorherige Genehmigung erforderlich, die von einer Justizbehörde oder einer unabhängigen Verwaltungsbehörde des Mitgliedstaats, in dem die Verwendung erfolgen soll, auf begründeten Antrag und gemäß den in Absatz 5 genannten detaillierten nationalen Rechtsvorschriften erteilt wird, wobei deren Entscheidung bindend ist. In hinreichend begründeten dringenden Fällen kann jedoch mit der Verwendung eines solchen Systems zunächst ohne Genehmigung begonnen werden, sofern eine solche Genehmigung unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von 24 Stunden beantragt wird. Wird eine solche Genehmigung abgelehnt, so wird die Verwendung mit sofortiger Wirkung eingestellt und werden alle Daten sowie die Ergebnisse und Ausgaben dieser Verwendung unverzüglich verworfen und gelöscht.

Die zuständige Justizbehörde oder eine unabhängige Verwaltungsbehörde, deren Entscheidung bindend ist, erteilt die Genehmigung nur dann, wenn sie auf der Grundlage objektiver Nachweise oder eindeutiger Hinweise, die ihr vorgelegt werden, davon überzeugt ist, dass die Verwendung des betreffenden biometrischen Echtzeit-Fernidentifizierungssystems für das Erreichen eines der in Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe h genannten Ziele — wie im Antrag angegeben — notwendig und verhältnismäßig ist und insbesondere auf das in Bezug auf den Zeitraum sowie den geografischen und persönlichen Anwendungsbereich unbedingt erforderliche Maß beschränkt bleibt. Bei ihrer Entscheidung über den Antrag berücksichtigt

diese Behörde die in Absatz 2 genannten Elemente. Eine Entscheidung, aus der sich eine nachteilige Rechtsfolge für eine Person ergibt, darf nicht ausschließlich auf der Grundlage der Ausgabe des biometrischen Echtzeit-Fernidentifizierungssystems getroffen werden.

(4) Unbeschadet des Absatzes 3 wird jede Verwendung eines biometrischen Echtzeit-Fernidentifizierungssystems in öffentlich zugänglichen Räumen zu Strafverfolgungszwecken der zuständigen Marktüberwachungsbehörde und der nationalen Datenschutzbehörde gemäß den in Absatz 5 genannten nationalen Vorschriften mitgeteilt. Die Mitteilung muss mindestens die in Absatz 6 genannten Angaben enthalten und darf keine sensiblen operativen Daten enthalten.

(5) Ein Mitgliedstaat kann die Möglichkeit einer vollständigen oder teilweisen Ermächtigung zur Verwendung biometrischer Echtzeit-Fernidentifizierungssysteme in öffentlich zugänglichen Räumen zu Strafverfolgungszwecken innerhalb der in Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe h sowie Absätze 2 und 3 aufgeführten Grenzen und unter den dort genannten Bedingungen vorsehen. Die betreffenden Mitgliedstaaten legen in ihrem nationalen Recht die erforderlichen detaillierten Vorschriften für die Beantragung, Erteilung und Ausübung der in Absatz 3 genannten Genehmigungen sowie für die entsprechende Beaufsichtigung und Berichterstattung fest. In diesen Vorschriften wird auch festgelegt, im Hinblick auf welche der in Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe h aufgeführten Ziele und welche der unter Buchstabe h Ziffer iii genannten Straftaten die zuständigen Behörden ermächtigt werden können, diese Systeme zu Strafverfolgungszwecken zu verwenden. Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission diese Vorschriften spätestens 30 Tage nach ihrem Erlass mit. Die Mitgliedstaaten können im Einklang mit dem Unionsrecht strengere Rechtsvorschriften für die Verwendung biometrischer Fernidentifizierungssysteme erlassen.

(6) Die nationalen Marktüberwachungsbehörden und die nationalen Datenschutzbehörden der Mitgliedstaaten, denen gemäß Absatz 4 die Verwendung biometrischer Echtzeit-Fernidentifizierungssysteme in öffentlich zugänglichen Räumen zu Strafverfolgungszwecken mitgeteilt wurden, legen der Kommission Jahresberichte über diese Verwendung vor. Zu diesem Zweck stellt die Kommission den Mitgliedstaaten und den nationalen Marktüberwachungs- und Datenschutzbehörden ein Muster zur Verfügung, das Angaben über die Anzahl der Entscheidungen der zuständigen Justizbehörden oder einer unabhängigen Verwaltungsbehörde, deren Entscheidung über Genehmigungsanträge gemäß Absatz 3 bindend ist, und deren Ergebnis enthält.

(7) Die Kommission veröffentlicht Jahresberichte über die Verwendung biometrischer Echtzeit-Fernidentifizierungssysteme in öffentlich zugänglichen Räumen zu Strafverfolgungszwecken, die auf aggregierten Daten aus den Mitgliedstaaten auf der Grundlage der in Absatz 6 genannten Jahresberichte beruhen. Diese Jahresberichte dürfen keine sensiblen operativen Daten im Zusammenhang mit den damit verbundenen Strafverfolgungsmaßnahmen enthalten.

(8) Dieser Artikel berührt nicht die Verbote, die gelten, wenn KI-Praktiken gegen andere Rechtsvorschriften der Union verstoßen.

KAPITEL III

HOCHRISIKO-KI-SYSTEME

ABSCHNITT 1

Einstufung von KI-Systemen als Hochrisiko-KI-Systeme

Artikel 6

Einstufungsvorschriften für Hochrisiko-KI-Systeme

(1) Ungeachtet dessen, ob ein KI-System unabhängig von den unter den Buchstaben a und b genannten Produkten in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen wird, gilt es als Hochrisiko-KI-System, wenn die beiden folgenden Bedingungen erfüllt sind:

a) das KI-System soll als Sicherheitsbauteil eines unter die in Anhang I aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fallenden Produkts verwendet werden oder das KI-System ist selbst ein solches Produkt;

b) das Produkt, dessen Sicherheitsbauteil gemäß Buchstabe a das KI-System ist, oder das KI-System selbst als Produkt muss einer Konformitätsbewertung durch Dritte im Hinblick auf das Inverkehrbringen oder die Inbetriebnahme dieses Produkts gemäß den in Anhang I aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union unterzogen werden.

(2) Zusätzlich zu den in Absatz 1 genannten Hochrisiko-KI-Systemen gelten die in Anhang III genannten KI-Systeme als hochriskant.

(3) Abweichend von Absatz 2 gilt ein in Anhang III genanntes KI-System nicht als hochriskant, wenn es kein erhebliches Risiko der Beeinträchtigung in Bezug auf die Gesundheit, Sicherheit oder Grundrechte natürlicher Personen birgt, indem es unter anderem nicht das Ergebnis der Entscheidungsfindung wesentlich beeinflusst.

Unterabsatz 1 gilt, wenn eine der folgenden Bedingungen erfüllt ist:

a) das KI-System ist dazu bestimmt, eine eng gefasste Verfahrensaufgabe durchzuführen;

b) das KI-System ist dazu bestimmt, das Ergebnis einer zuvor abgeschlossenen menschlichen Tätigkeit zu verbessern;

c) das KI-System ist dazu bestimmt, Entscheidungsmuster oder Abweichungen von früheren Entscheidungsmustern zu erkennen, und ist nicht dazu gedacht, die zuvor abgeschlossene menschliche Bewertung ohne eine angemessene menschliche Überprüfung zu ersetzen oder zu beeinflussen; oder

d) das KI-System ist dazu bestimmt, eine vorbereitende Aufgabe für eine Bewertung durchzuführen, die für die Zwecke der in Anhang III aufgeführten Anwendungsfälle relevant ist.

Ungeachtet des Unterabsatzes 1 gilt ein in Anhang III aufgeführtes KI-System immer dann als hochriskant, wenn es ein Profiling natürlicher Personen vornimmt.

(4) Ein Anbieter, der der Auffassung ist, dass ein in Anhang III aufgeführtes KI-System nicht hochriskant ist, dokumentiert seine Bewertung, bevor dieses System in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen wird. Dieser Anbieter unterliegt der Registrierungspflicht gemäß Artikel 49 Absatz 2. Auf Verlangen der zuständigen nationalen Behörden legt der Anbieter die Dokumentation der Bewertung vor.

(5) Die Kommission stellt nach Konsultation des Europäischen Gremiums für Künstliche Intelligenz (im Folgenden „KI-Gremium“) spätestens bis zum 2. Februar 2026 Leitlinien zur praktischen Umsetzung dieses Artikels gemäß Artikel 96 und eine umfassende Liste praktischer Beispiele für Anwendungsfälle für KI-Systeme, die hochriskant oder nicht hochriskant sind, bereit.

(6) Die Kommission ist befugt, gemäß Artikel 97 delegierte Rechtsakte zu erlassen, um Absatz 3 Unterabsatz 2 des vorliegenden Artikels zu ändern, indem neue Bedingungen zu den darin genannten Bedingungen hinzugefügt oder diese geändert werden, wenn konkrete und zuverlässige Beweise für das Vorhandensein von KI-Systemen vorliegen, die in den Anwendungsbereich von Anhang III fallen, jedoch kein erhebliches Risiko der Beeinträchtigung in Bezug auf die Gesundheit, Sicherheit oder Grundrechte natürlicher Personen bergen.

(7) Die Kommission erlässt gemäß Artikel 97 delegierte Rechtsakte, um Absatz 3 Unterabsatz 2 des vorliegenden Artikels zu ändern, indem eine der darin festgelegten Bedingungen gestrichen wird, wenn konkrete und zuverlässige Beweise dafür vorliegen, dass dies für die Aufrechterhaltung des Schutzniveaus in Bezug auf Gesundheit, Sicherheit und die in dieser Verordnung vorgesehenen Grundrechte erforderlich ist.

(8) Eine Änderung der in Absatz 3 Unterabsatz 2 festgelegten Bedingungen, die gemäß den Absätzen 6 und 7 des vorliegenden Artikels erlassen wurde, darf das allgemeine Schutzniveau in Bezug auf Gesundheit, Sicherheit und die in dieser Verordnung vorgesehenen Grundrechte nicht senken; dabei ist die Kohärenz mit den gemäß Artikel 7 Absatz 1 erlassenen delegierten Rechtsakten sicherzustellen und die Marktentwicklungen und die technologischen Entwicklungen sind zu berücksichtigen.

Artikel 7

Änderungen des Anhangs III

(1) Die Kommission ist befugt, gemäß Artikel 97 delegierte Rechtsakte zur Änderung von Anhang III durch Hinzufügung oder Änderung von Anwendungsfällen für Hochrisiko-KI-Systeme zu erlassen, die beide der folgenden Bedingungen erfüllen:

a) Die KI-Systeme sollen in einem der in Anhang III aufgeführten Bereiche eingesetzt werden;

b) die KI-Systeme bergen ein Risiko der Schädigung in Bezug auf die Gesundheit und Sicherheit oder haben nachteilige Auswirkungen auf die Grundrechte und dieses Risiko gleicht dem Risiko der Schädigung oder den nachteiligen Auswirkungen, das bzw. die von den in Anhang III bereits genannten Hochrisiko-KI-Systemen ausgeht bzw. ausgehen, oder übersteigt diese.

(2) Bei der Bewertung der Bedingung gemäß Absatz 1 Buchstabe b berücksichtigt die Kommission folgende Kriterien:

a) die Zweckbestimmung des KI-Systems;

b) das Ausmaß, in dem ein KI-System verwendet wird oder voraussichtlich verwendet werden wird;

c) die Art und den Umfang der vom KI-System verarbeiteten und verwendeten Daten, insbesondere die Frage, ob besondere Kategorien personenbezogener Daten verarbeitet werden;

d) das Ausmaß, in dem das KI-System autonom handelt, und die Möglichkeit, dass ein Mensch eine Entscheidung oder Empfehlungen, die zu einem potenziellen Schaden führen können, außer Kraft setzt;

e) das Ausmaß, in dem durch die Verwendung eines KI-Systems schon die Gesundheit und Sicherheit geschädigt wurden, es nachteilige Auswirkungen auf die Grundrechte gab oder z. B. nach Berichten oder dokumentierten Behauptungen, die den zuständigen nationalen Behörden übermittelt werden, oder gegebenenfalls anderen Berichten Anlass zu erheblichen Bedenken hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit eines solchen Schadens oder solcher nachteiligen Auswirkungen besteht;

f) das potenzielle Ausmaß solcher Schäden oder nachteiligen Auswirkungen, insbesondere hinsichtlich ihrer Intensität und ihrer Eignung, mehrere Personen zu beeinträchtigen oder eine bestimmte Gruppe von Personen unverhältnismäßig stark zu beeinträchtigen;

g) das Ausmaß, in dem Personen, die potenziell geschädigt oder negative Auswirkungen erleiden werden, von dem von einem KI-System hervorgebrachten Ergebnis abhängen, weil es insbesondere aus praktischen oder rechtlichen Gründen nach vernünftigem Ermessen unmöglich ist, sich diesem Ergebnis zu entziehen;

h) das Ausmaß, in dem ein Machtungleichgewicht besteht oder in dem Personen, die potenziell geschädigt oder negative Auswirkungen erleiden werden, gegenüber dem Betreiber eines KI-Systems schutzbedürftig sind, insbesondere aufgrund von Status, Autorität, Wissen, wirtschaftlichen oder sozialen Umständen oder Alter;

i) das Ausmaß, in dem das mithilfe eines KI-Systems hervorgebrachte Ergebnis unter Berücksichtigung der verfügbaren technischen Lösungen für seine Korrektur oder Rückgängigmachung leicht zu korrigieren oder rückgängig zu machen ist, wobei Ergebnisse, die sich auf die Gesundheit, Sicherheit oder Grundrechte von Personen negativ auswirken, nicht als leicht korrigierbar oder rückgängig zu machen gelten;

j) das Ausmaß und die Wahrscheinlichkeit, dass der Einsatz des KI-Systems für Einzelpersonen, Gruppen oder die Gesellschaft im Allgemeinen, einschließlich möglicher Verbesserungen der Produktsicherheit, nützlich ist;

k) das Ausmaß, in dem bestehendes Unionsrecht Folgendes vorsieht:

   i) wirksame Abhilfemaßnahmen in Bezug auf die Risiken, die von einem KI-System ausgehen, mit Ausnahme von Schadenersatzansprüchen;

   ii) wirksame Maßnahmen zur Vermeidung oder wesentlichen Verringerung dieser Risiken.

(3) Die Kommission ist befugt, gemäß Artikel 97 delegierte Rechtsakte zur Änderung der Liste in Anhang III zu erlassen, um Hochrisiko-KI-Systeme zu streichen, die beide der folgenden Bedingungen erfüllen:

a) Das betreffende Hochrisiko-KI-System weist unter Berücksichtigung der in Absatz 2 aufgeführten Kriterien keine erheblichen Risiken mehr für die Grundrechte, Gesundheit oder Sicherheit auf;

b) durch die Streichung wird das allgemeine Schutzniveau in Bezug auf Gesundheit, Sicherheit und Grundrechte im Rahmen des Unionsrechts nicht gesenkt.

ABSCHNITT 2

Anforderungen an Hochrisiko-KI-Systeme

Artikel 8

Einhaltung der Anforderungen

(1) Hochrisiko-KI-Systeme müssen die in diesem Abschnitt festgelegten Anforderungen erfüllen, wobei ihrer Zweckbestimmung sowie dem allgemein anerkannten Stand der Technik in Bezug auf KI und KI-bezogene Technologien Rechnung zu tragen ist. Bei der Gewährleistung der Einhaltung dieser Anforderungen wird dem in Artikel 9 genannten Risikomanagementsystem Rechnung getragen.

(2) Enthält ein Produkt ein KI-System, für das die Anforderungen dieser Verordnung und die Anforderungen der in Anhang I Abschnitt A aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union gelten, so sind die Anbieter dafür verantwortlich, sicherzustellen, dass ihr Produkt alle geltenden Anforderungen der geltenden Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union vollständig erfüllt. Bei der Gewährleistung der Erfüllung der in diesem Abschnitt festgelegten Anforderungen durch die in Absatz 1 genannten Hochrisiko-KI-Systeme und im Hinblick auf die Gewährleistung der Kohärenz, der Vermeidung von Doppelarbeit und der Minimierung zusätzlicher Belastungen haben die Anbieter die Wahl, die erforderlichen Test- und Berichterstattungsverfahren, Informationen und Dokumentationen, die sie im Zusammenhang mit ihrem Produkt bereitstellen, gegebenenfalls in Dokumentationen und Verfahren zu integrieren, die bereits bestehen und gemäß den in Anhang I Abschnitt A aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union vorgeschrieben sind.

Artikel 9

Risikomanagementsystem

(1) Für Hochrisiko-KI-Systeme wird ein Risikomanagementsystem eingerichtet, angewandt, dokumentiert und aufrechterhalten.

(2) Das Risikomanagementsystem versteht sich als ein kontinuierlicher iterativer Prozess, der während des gesamten Lebenszyklus eines Hochrisiko-KI-Systems geplant und durchgeführt wird und eine regelmäßige systematische Überprüfung und Aktualisierung erfordert. Es umfasst folgende Schritte:

a) die Ermittlung und Analyse der bekannten und vernünftigerweise vorhersehbaren Risiken, die vom Hochrisiko-KI-System für die Gesundheit, Sicherheit oder Grundrechte ausgehen können, wenn es entsprechend seiner Zweckbestimmung verwendet wird;

b) die Abschätzung und Bewertung der Risiken, die entstehen können, wenn das Hochrisiko-KI-System entsprechend seiner Zweckbestimmung oder im Rahmen einer vernünftigerweise vorhersehbaren Fehlanwendung verwendet wird;

c) die Bewertung anderer möglicherweise auftretender Risiken auf der Grundlage der Auswertung der Daten aus dem in Artikel 72 genannten System zur Beobachtung nach dem Inverkehrbringen;

d) die Ergreifung geeigneter und gezielter Risikomanagementmaßnahmen zur Bewältigung der gemäß Buchstabe a ermittelten Risiken.

(3) Die in diesem Artikel genannten Risiken betreffen nur solche Risiken, die durch die Entwicklung oder Konzeption des Hochrisiko-KI-Systems oder durch die Bereitstellung ausreichender technischer Informationen angemessen gemindert oder behoben werden können.

(4) Bei den in Absatz 2 Buchstabe d genannten Risikomanagementmaßnahmen werden die Auswirkungen und möglichen Wechselwirkungen, die sich aus der kombinierten Anwendung der Anforderungen dieses Abschnitts ergeben, gebührend berücksichtigt, um die Risiken wirksamer zu minimieren und gleichzeitig ein angemessenes Gleichgewicht bei der Durchführung der Maßnahmen zur Erfüllung dieser Anforderungen sicherzustellen.

(5) Die in Absatz 2 Buchstabe d genannten Risikomanagementmaßnahmen werden so gestaltet, dass jedes mit einer bestimmten Gefahr verbundene relevante Restrisiko sowie das Gesamtrestrisiko der Hochrisiko-KI-Systeme als vertretbar beurteilt wird.

Bei der Festlegung der am besten geeigneten Risikomanagementmaßnahmen ist Folgendes sicherzustellen:

a) soweit technisch möglich, Beseitigung oder Verringerung der gemäß Absatz 2 ermittelten und bewerteten Risiken durch eine geeignete Konzeption und Entwicklung des Hochrisiko-KI-Systems;

b) gegebenenfalls Anwendung angemessener Minderungs- und Kontrollmaßnahmen zur Bewältigung nicht auszuschließender Risiken;

c) Bereitstellung der gemäß Artikel 13 erforderlichen Informationen und gegebenenfalls entsprechende Schulung der Betreiber.

Zur Beseitigung oder Verringerung der Risiken im Zusammenhang mit der Verwendung des Hochrisiko-KI-Systems werden die technischen Kenntnisse, die Erfahrungen und der Bildungsstand, die vom Betreiber erwartet werden können, sowie der voraussichtliche Kontext, in dem das System eingesetzt werden soll, gebührend berücksichtigt.

(6) Hochrisiko-KI-Systeme müssen getestet werden, um die am besten geeigneten gezielten Risikomanagementmaßnahmen zu ermitteln. Durch das Testen wird sichergestellt, dass Hochrisiko-KI-Systeme stets im Einklang mit ihrer Zweckbestimmung funktionieren und die Anforderungen dieses Abschnitts erfüllen.

(7) Die Testverfahren können einen Test unter Realbedingungen gemäß Artikel 60 umfassen.

(8) Das Testen von Hochrisiko-KI-Systemen erfolgt zu jedem geeigneten Zeitpunkt während des gesamten Entwicklungsprozesses und in jedem Fall vor ihrem Inverkehrbringen oder ihrer Inbetriebnahme. Das Testen erfolgt anhand vorab festgelegter Metriken und Wahrscheinlichkeitsschwellenwerte, die für die Zweckbestimmung des Hochrisiko-KI-Systems geeignet sind.

(9) Bei der Umsetzung des in den Absätzen 1 bis 7 vorgesehenen Risikomanagementsystems berücksichtigen die Anbieter, ob angesichts seiner Zweckbestimmung das Hochrisiko-KI-System wahrscheinlich nachteilige Auswirkungen auf Personen unter 18 Jahren oder gegebenenfalls andere schutzbedürftige Gruppen haben wird.

(10) Bei Anbietern von Hochrisiko-KI-Systemen, die den Anforderungen an interne Risikomanagementprozesse gemäß anderen einschlägigen Bestimmungen des Unionsrechts unterliegen, können die in den Absätzen 1 bis 9 enthaltenen Aspekte Bestandteil der nach diesem Recht festgelegten Risikomanagementverfahren sein oder mit diesen Verfahren kombiniert werden.

Artikel 10

Daten und Daten-Governance

(1) Hochrisiko-KI-Systeme, in denen Techniken eingesetzt werden, bei denen KI-Modelle mit Daten trainiert werden, müssen mit Trainings-, Validierungs- und Testdatensätzen entwickelt werden, die den in den Absätzen 2 bis 5 genannten Qualitätskriterien entsprechen, wenn solche Datensätze verwendet werden.

(2) Für Trainings-, Validierungs- und Testdatensätze gelten Daten-Governance- und Datenverwaltungsverfahren, die für die Zweckbestimmung des Hochrisiko-KI-Systems geeignet sind. Diese Verfahren betreffen insbesondere

a) die einschlägigen konzeptionellen Entscheidungen,

b) die Datenerhebungsverfahren und die Herkunft der Daten und im Falle personenbezogener Daten den ursprünglichen Zweck der Datenerhebung,

c) relevante Datenaufbereitungsvorgänge wie Annotation, Kennzeichnung, Bereinigung, Aktualisierung, Anreicherung und Aggregierung,

d) die Aufstellung von Annahmen, insbesondere in Bezug auf die Informationen, die mit den Daten erfasst und dargestellt werden sollen,

e) eine Bewertung der Verfügbarkeit, Menge und Eignung der benötigten Datensätze,

f) eine Untersuchung im Hinblick auf mögliche Verzerrungen (Bias), die die Gesundheit und Sicherheit von Personen beeinträchtigen, sich negativ auf die Grundrechte auswirken oder zu einer nach den Rechtsvorschriften der Union verbotenen Diskriminierung führen könnten, insbesondere wenn die Datenausgaben die Eingaben für künftige Operationen beeinflussen,

g) geeignete Maßnahmen zur Erkennung, Verhinderung und Abschwächung möglicher gemäß Buchstabe f ermittelter Verzerrungen,

h) die Ermittlung relevanter Datenlücken oder Mängel, die der Einhaltung dieser Verordnung entgegenstehen, und wie diese Lücken und Mängel behoben werden können.

(3) Die Trainings-, Validierungs- und Testdatensätze müssen im Hinblick auf die Zweckbestimmung relevant, hinreichend repräsentativ und so weit wie möglich fehlerfrei und vollständig sein. Sie müssen die geeigneten statistischen Merkmale, gegebenenfalls auch bezüglich der Personen oder Personengruppen, für die das Hochrisiko-KI-System bestimmungsgemäß verwendet werden soll, haben. Diese Merkmale der Datensätze können auf der Ebene einzelner Datensätze oder auf der Ebene einer Kombination davon erfüllt werden.

(4) Die Datensätze müssen, soweit dies für die Zweckbestimmung erforderlich ist, die entsprechenden Merkmale oder Elemente berücksichtigen, die für die besonderen geografischen, kontextuellen, verhaltensbezogenen oder funktionalen Rahmenbedingungen, unter denen das Hochrisiko-KI-System bestimmungsgemäß verwendet werden soll, typisch sind.

(5) Soweit dies für die Erkennung und Korrektur von Verzerrungen im Zusammenhang mit Hochrisiko-KI-Systemen im Einklang mit Absatz 2 Buchstaben f und g dieses Artikels unbedingt erforderlich ist, dürfen die Anbieter solcher Systeme ausnahmsweise besondere Kategorien personenbezogener Daten verarbeiten, wobei sie angemessene Vorkehrungen für den Schutz der Grundrechte und Grundfreiheiten natürlicher Personen treffen müssen. Zusätzlich zu den Bestimmungen der Verordnungen (EU) 2016/679 und (EU) 2018/1725 und der Richtlinie (EU) 2016/680 müssen alle folgenden Bedingungen erfüllt sein, damit eine solche Verarbeitung stattfinden kann:

a) Die Erkennung und Korrektur von Verzerrungen kann durch die Verarbeitung anderer Daten, einschließlich synthetischer oder anonymisierter Daten, nicht effektiv durchgeführt werden;

b) die besonderen Kategorien personenbezogener Daten unterliegen technischen Beschränkungen einer Weiterverwendung der personenbezogenen Daten und modernsten Sicherheits- und Datenschutzmaßnahmen, einschließlich Pseudonymisierung;

c) die besonderen Kategorien personenbezogener Daten unterliegen Maßnahmen, mit denen sichergestellt wird, dass die verarbeiteten personenbezogenen Daten gesichert, geschützt und Gegenstand angemessener Sicherheitsvorkehrungen sind, wozu auch strenge Kontrollen des Zugriffs und seine Dokumentation gehören, um Missbrauch zu verhindern und sicherzustellen, dass nur befugte Personen Zugang zu diesen personenbezogenen Daten mit angemessenen Vertraulichkeitspflichten haben;

d) die besonderen Kategorien personenbezogener Daten werden nicht an Dritte übermittelt oder übertragen, noch haben diese Dritten anderweitigen Zugang zu diesen Daten;

e) die besonderen Kategorien personenbezogener Daten werden gelöscht, sobald die Verzerrung korrigiert wurde oder das Ende der Speicherfrist für die personenbezogenen Daten erreicht ist, je nachdem, was zuerst eintritt;

f) die Aufzeichnungen über Verarbeitungstätigkeiten gemäß den Verordnungen (EU) 2016/679 und (EU) 2018/1725 und der Richtlinie (EU) 2016/680 enthalten die Gründe, warum die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten für die Erkennung und Korrektur von Verzerrungen unbedingt erforderlich war und warum dieses Ziel mit der Verarbeitung anderer Daten nicht erreicht werden konnte.

(6) Bei der Entwicklung von Hochrisiko-KI-Systemen, in denen keine Techniken eingesetzt werden, bei denen KI-Modelle trainiert werden, gelten die Absätze 2 bis 5 nur für Testdatensätze.

Artikel 11

Technische Dokumentation

(1) Die technische Dokumentation eines Hochrisiko-KI-Systems wird erstellt, bevor dieses System in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen wird, und ist auf dem neuesten Stand zu halten.

Die technische Dokumentation wird so erstellt, dass aus ihr der Nachweis hervorgeht, wie das Hochrisiko-KI-System die Anforderungen dieses Abschnitts erfüllt, und dass den zuständigen nationalen Behörden und den notifizierten Stellen die Informationen in klarer und verständlicher Form zur Verfügung stehen, die erforderlich sind, um zu beurteilen, ob das KI-System diese Anforderungen erfüllt. Sie enthält zumindest die in Anhang IV genannten Angaben. KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, können die in Anhang IV aufgeführten Elemente der technischen Dokumentation in vereinfachter Weise bereitstellen. Zu diesem Zweck erstellt die Kommission ein vereinfachtes Formular für die technische Dokumentation, das auf die Bedürfnisse von kleinen Unternehmen und Kleinstunternehmen zugeschnitten ist. Entscheidet sich ein KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, für eine vereinfachte Bereitstellung der in Anhang IV vorgeschriebenen Angaben, so verwendet es das in diesem Absatz genannte Formular. Die notifizierten Stellen akzeptieren das Formular für die Zwecke der Konformitätsbewertung.

(2) Wird ein Hochrisiko-KI-System, das mit einem Produkt verbunden ist, das unter die in Anhang I Abschnitt A aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fällt, in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen, so wird eine einzige technische Dokumentation erstellt, die alle in Absatz 1 genannten Informationen sowie die nach diesen Rechtsakten erforderlichen Informationen enthält.

(3) Die Kommission ist befugt, wenn dies nötig ist, gemäß Artikel 97 delegierte Rechtsakte zur Änderung des Anhangs IV zu erlassen, damit die technische Dokumentation in Anbetracht des technischen Fortschritts stets alle Informationen enthält, die erforderlich sind, um zu beurteilen, ob das System die Anforderungen dieses Abschnitts erfüllt.

Artikel 12

Aufzeichnungspflichten

(1) Die Technik der Hochrisiko-KI-Systeme muss die automatische Aufzeichnung von Ereignissen (im Folgenden „Protokollierung“) während des Lebenszyklus des Systems ermöglichen.

(2) Zur Gewährleistung, dass das Funktionieren des Hochrisiko-KI-Systems in einem der Zweckbestimmung des Systems angemessenen Maße rückverfolgbar ist, ermöglichen die Protokollierungsfunktionen die Aufzeichnung von Ereignissen, die für Folgendes relevant sind:

a) die Ermittlung von Situationen, die dazu führen können, dass das Hochrisiko-KI-System ein Risiko im Sinne des Artikels 79 Absatz 1 birgt oder dass es zu einer wesentlichen Änderung kommt,

b) die Erleichterung der Beobachtung nach dem Inverkehrbringen gemäß Artikel 72 und

c) die Überwachung des Betriebs der Hochrisiko-KI-Systeme gemäß Artikel 26 Absatz 5.

(3) Die Protokollierungsfunktionen der in Anhang III Nummer 1 Buchstabe a genannten Hochrisiko-KI-Systeme müssen zumindest Folgendes umfassen:

a) Aufzeichnung jedes Zeitraums der Verwendung des Systems (Datum und Uhrzeit des Beginns und des Endes jeder Verwendung);

b) die Referenzdatenbank, mit der das System die Eingabedaten abgleicht;

c) die Eingabedaten, mit denen die Abfrage zu einer Übereinstimmung geführt hat;

d) die Identität der gemäß Artikel 14 Absatz 5 an der Überprüfung der Ergebnisse beteiligten natürlichen Personen.

Artikel 13

Transparenz und Bereitstellung von Informationen für die Betreiber

(1) Hochrisiko-KI-Systeme werden so konzipiert und entwickelt, dass ihr Betrieb hinreichend transparent ist, damit die Betreiber die Ausgaben eines Systems angemessen interpretieren und verwenden können. Die Transparenz wird auf eine geeignete Art und in einem angemessenen Maß gewährleistet, damit die Anbieter und Betreiber ihre in Abschnitt 3 festgelegten einschlägigen Pflichten erfüllen können.

(2) Hochrisiko-KI-Systeme werden mit Betriebsanleitungen in einem geeigneten digitalen Format bereitgestellt oder auf andere Weise mit Betriebsanleitungen versehen, die präzise, vollständige, korrekte und eindeutige Informationen in einer für die Betreiber relevanten, barrierefrei zugänglichen und verständlichen Form enthalten.

(3) Die Betriebsanleitungen enthalten mindestens folgende Informationen:

a) den Namen und die Kontaktangaben des Anbieters sowie gegebenenfalls seines Bevollmächtigten;

b) die Merkmale, Fähigkeiten und Leistungsgrenzen des Hochrisiko-KI-Systems, einschließlich

i) seiner Zweckbestimmung,

ii) des Maßes an Genauigkeit — einschließlich diesbezüglicher Metriken —, Robustheit und Cybersicherheit gemäß Artikel 15, für das das Hochrisiko-KI-System getestet und validiert wurde und das zu erwarten ist, sowie aller bekannten und vorhersehbaren Umstände, die sich auf das erwartete Maß an Genauigkeit, Robustheit und Cybersicherheit auswirken können;

iii) aller bekannten oder vorhersehbaren Umstände bezüglich der Verwendung des Hochrisiko-KI-Systems im Einklang mit seiner Zweckbestimmung oder einer vernünftigerweise vorhersehbaren Fehlanwendung, die zu den in Artikel 9 Absatz 2 genannten Risiken für die Gesundheit und Sicherheit oder die Grundrechte führen können,

iv) gegebenenfalls der technischen Fähigkeiten und Merkmale des Hochrisiko-KI-Systems, um Informationen bereitzustellen, die zur Erläuterung seiner Ausgaben relevant sind;

v) gegebenenfalls seiner Leistung in Bezug auf bestimmte Personen oder Personengruppen, auf die das System bestimmungsgemäß angewandt werden soll;

vi) gegebenenfalls der Spezifikationen für die Eingabedaten oder sonstiger relevanter Informationen über die verwendeten Trainings-, Validierungs- und Testdatensätze, unter Berücksichtigung der Zweckbestimmung des Hochrisiko-KI-Systems;

vii) gegebenenfalls Informationen, die es den Betreibern ermöglichen, die Ausgabe des Hochrisiko-KI-Systems zu interpretieren und es angemessen zu nutzen;

c) etwaige Änderungen des Hochrisiko-KI-Systems und seiner Leistung, die der Anbieter zum Zeitpunkt der ersten Konformitätsbewertung vorab bestimmt hat;

d) die in Artikel 14 genannten Maßnahmen zur Gewährleistung der menschlichen Aufsicht, einschließlich der technischen Maßnahmen, die getroffen wurden, um den Betreibern die Interpretation der Ausgaben von Hochrisiko-KI-Systemen zu erleichtern;

e) die erforderlichen Rechen- und Hardware-Ressourcen, die erwartete Lebensdauer des Hochrisiko-KI-Systems und alle erforderlichen Wartungs- und Pflegemaßnahmen einschließlich deren Häufigkeit zur Gewährleistung des ordnungsgemäßen Funktionierens dieses KI-Systems, auch in Bezug auf Software-Updates;

f) gegebenenfalls eine Beschreibung der in das Hochrisiko-KI-System integrierten Mechanismen, die es den Betreibern ermöglicht, die Protokolle im Einklang mit Artikel 12 ordnungsgemäß zu erfassen, zu speichern und auszuwerten.

Artikel 14

Menschliche Aufsicht

(1) Hochrisiko-KI-Systeme werden so konzipiert und entwickelt, dass sie während der Dauer ihrer Verwendung — auch mit geeigneten Instrumenten einer Mensch-Maschine-Schnittstelle — von natürlichen Personen wirksam beaufsichtigt werden können.

(2) Die menschliche Aufsicht dient der Verhinderung oder Minimierung der Risiken für Gesundheit, Sicherheit oder Grundrechte, die entstehen können, wenn ein Hochrisiko-KI-System im Einklang mit seiner Zweckbestimmung oder im Rahmen einer vernünftigerweise vorhersehbaren Fehlanwendung verwendet wird, insbesondere wenn solche Risiken trotz der Einhaltung anderer Anforderungen dieses Abschnitts fortbestehen.

(3) Die Aufsichtsmaßnahmen müssen den Risiken, dem Grad der Autonomie und dem Kontext der Nutzung des Hochrisiko-KI-Systems angemessen sein und werden durch eine oder beide der folgenden Arten von Vorkehrungen gewährleistet:

a) Vorkehrungen, die vor dem Inverkehrbringen oder der Inbetriebnahme vom Anbieter bestimmt und, sofern technisch machbar, in das Hochrisiko-KI-System eingebaut werden;

b) Vorkehrungen, die vor dem Inverkehrbringen oder der Inbetriebnahme des Hochrisiko-KI-Systems vom Anbieter bestimmt werden und dazu geeignet sind, vom Betreiber umgesetzt zu werden.

(4) Für die Zwecke der Durchführung der Absätze 1, 2 und 3 wird das Hochrisiko-KI-System dem Betreiber so zur Verfügung gestellt, dass die natürlichen Personen, denen die menschliche Aufsicht übertragen wurde, angemessen und verhältnismäßig in der Lage sind,

a) die einschlägigen Fähigkeiten und Grenzen des Hochrisiko-KI-Systems angemessen zu verstehen und seinen Betrieb ordnungsgemäß zu überwachen, einschließlich in Bezug auf das Erkennen und Beheben von Anomalien, Fehlfunktionen und unerwarteter Leistung;

b) sich einer möglichen Neigung zu einem automatischen oder übermäßigen Vertrauen in die von einem Hochrisiko-KI-System hervorgebrachte Ausgabe („Automatisierungsbias“) bewusst zu bleiben, insbesondere wenn Hochrisiko-KI-Systeme Informationen oder Empfehlungen ausgeben, auf deren Grundlage natürliche Personen Entscheidungen treffen;

c) die Ausgabe des Hochrisiko-KI-Systems richtig zu interpretieren, wobei beispielsweise die vorhandenen Interpretationsinstrumente und -methoden zu berücksichtigen sind;

d) in einer bestimmten Situation zu beschließen, das Hochrisiko-KI-System nicht zu verwenden oder die Ausgabe des Hochrisiko-KI-Systems außer Acht zu lassen, außer Kraft zu setzen oder rückgängig zu machen;

e) in den Betrieb des Hochrisiko-KI-Systems einzugreifen oder den Systembetrieb mit einer „Stopptaste“ oder einem ähnlichen Verfahren zu unterbrechen, was dem System ermöglicht, in einem sicheren Zustand zum Stillstand zu kommen.

(5) Bei den in Anhang III Nummer 1 Buchstabe a genannten Hochrisiko-KI-Systemen müssen die in Absatz 3 des vorliegenden Artikels genannten Vorkehrungen so gestaltet sein, dass außerdem der Betreiber keine Maßnahmen oder Entscheidungen allein aufgrund des vom System hervorgebrachten Identifizierungsergebnisses trifft, solange diese Identifizierung nicht von mindestens zwei natürlichen Personen, die die notwendige Kompetenz, Ausbildung und Befugnis besitzen, getrennt überprüft und bestätigt wurde.

Die Anforderung einer getrennten Überprüfung durch mindestens zwei natürliche Personen gilt nicht für Hochrisiko-KI-Systeme, die für Zwecke in den Bereichen Strafverfolgung, Migration, Grenzkontrolle oder Asyl verwendet werden, wenn die Anwendung dieser Anforderung nach Unionsrecht oder nationalem Recht unverhältnismäßig wäre.

Artikel 15

Genauigkeit, Robustheit und Cybersicherheit

(1) Hochrisiko-KI-Systeme werden so konzipiert und entwickelt, dass sie ein angemessenes Maß an Genauigkeit, Robustheit und Cybersicherheit erreichen und in dieser Hinsicht während ihres gesamten Lebenszyklus beständig funktionieren.

(2) Um die technischen Aspekte der Art und Weise der Messung des angemessenen Maßes an Genauigkeit und Robustheit gemäß Absatz 1 und anderer einschlägiger Leistungsmetriken anzugehen, fördert die Kommission in Zusammenarbeit mit einschlägigen Interessenträgern und Organisationen wie Metrologie- und Benchmarking-Behörden gegebenenfalls die Entwicklung von Benchmarks und Messmethoden.

(3) Die Maße an Genauigkeit und die relevanten Genauigkeitsmetriken von Hochrisiko-KI-Systemen werden in den ihnen beigefügten Betriebsanleitungen angegeben.

(4) Hochrisiko-KI-Systeme müssen so widerstandsfähig wie möglich gegenüber Fehlern, Störungen oder Unstimmigkeiten sein, die innerhalb des Systems oder der Umgebung, in der das System betrieben wird, insbesondere wegen seiner Interaktion mit natürlichen Personen oder anderen Systemen, auftreten können. In diesem Zusammenhang sind technische und organisatorische Maßnahmen zu ergreifen.

Die Robustheit von Hochrisiko-KI-Systemen kann durch technische Redundanz erreicht werden, was auch Sicherungs- oder Störungssicherheitspläne umfassen kann.

Hochrisiko-KI-Systeme, die nach dem Inverkehrbringen oder der Inbetriebnahme weiterhin dazulernen, sind so zu entwickeln, dass das Risiko möglicherweise verzerrter Ausgaben, die künftige Vorgänge beeinflussen („Rückkopplungsschleifen“), beseitigt oder so gering wie möglich gehalten wird und sichergestellt wird, dass auf solche Rückkopplungsschleifen angemessen mit geeigneten Risikominderungsmaßnahmen eingegangen wird.

(5) Hochrisiko-KI-Systeme müssen widerstandsfähig gegen Versuche unbefugter Dritter sein, ihre Verwendung, Ausgaben oder Leistung durch Ausnutzung von Systemschwachstellen zu verändern.

Die technischen Lösungen zur Gewährleistung der Cybersicherheit von Hochrisiko-KI-Systemen müssen den jeweiligen Umständen und Risiken angemessen sein.

Die technischen Lösungen für den Umgang mit KI-spezifischen Schwachstellen umfassen gegebenenfalls Maßnahmen, um Angriffe, mit denen versucht wird, eine Manipulation des Trainingsdatensatzes („data poisoning“) oder vortrainierter Komponenten, die beim Training verwendet werden („model poisoning“), vorzunehmen, Eingabedaten, die das KI-Modell zu Fehlern verleiten sollen („adversarial examples“ oder „model evasions“), Angriffe auf vertrauliche Daten oder Modellmängel zu verhüten, zu erkennen, darauf zu reagieren, sie zu beseitigen und zu kontrollieren.

ABSCHNITT 3

Pflichten der Anbieter und Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen und anderer Beteiligter

Artikel 16

Pflichten der Anbieter von Hochrisiko-KI-Systemen

Anbieter von Hochrisiko-KI-Systemen müssen

a) sicherstellen, dass ihre Hochrisiko-KI-Systeme die in Abschnitt 2 festgelegten Anforderungen erfüllen;

b) auf dem Hochrisiko-KI-System oder, falls dies nicht möglich ist, auf seiner Verpackung oder in der beigefügten Dokumentation ihren Namen, ihren eingetragenen Handelsnamen bzw. ihre eingetragene Handelsmarke und ihre Kontaktanschrift angeben;

c) über ein Qualitätsmanagementsystem verfügen, das Artikel 17 entspricht;

d) die in Artikel 18 genannte Dokumentation aufbewahren;

e) die von ihren Hochrisiko-KI-Systemen automatisch erzeugten Protokolle gemäß Artikel 19 aufbewahren, wenn diese ihrer Kontrolle unterliegen;

f) sicherstellen, dass das Hochrisiko-KI-System dem betreffenden Konformitätsbewertungsverfahren gemäß Artikel 43 unterzogen wird, bevor es in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen wird;

g) eine EU-Konformitätserklärung gemäß Artikel 47 ausstellen;

h) die CE-Kennzeichnung an das Hochrisiko-KI-System oder, falls dies nicht möglich ist, auf seiner Verpackung oder in der beigefügten Dokumentation anbringen, um Konformität mit dieser Verordnung gemäß Artikel 48 anzuzeigen;

i) den in Artikel 49 Absatz 1 genannten Registrierungspflichten nachkommen;

j) die erforderlichen Korrekturmaßnahmen ergreifen und die gemäß Artikel 20 erforderlichen Informationen bereitstellen;

k) auf begründete Anfrage einer zuständigen nationalen Behörde nachweisen, dass das Hochrisiko-KI-System die Anforderungen in Abschnitt 2 erfüllt;

l) sicherstellen, dass das Hochrisiko-KI-System die Barrierefreiheitsanforderungen gemäß den Richtlinien (EU) 2016/2102 und (EU) 2019/882 erfüllt.

Artikel 17

Qualitätsmanagementsystem

(1) Anbieter von Hochrisiko-KI-Systemen richten ein Qualitätsmanagementsystem ein, das die Einhaltung dieser Verordnung gewährleistet. Dieses System wird systematisch und ordnungsgemäß in Form schriftlicher Regeln, Verfahren und Anweisungen dokumentiert und umfasst mindestens folgende Aspekte:

a) ein Konzept zur Einhaltung der Regulierungsvorschriften, was die Einhaltung der Konformitätsbewertungsverfahren und der Verfahren für das Management von Änderungen an dem Hochrisiko-KI-System miteinschließt;

b) Techniken, Verfahren und systematische Maßnahmen für den Entwurf, die Entwurfskontrolle und die Entwurfsprüfung des Hochrisiko-KI-Systems;

c) Techniken, Verfahren und systematische Maßnahmen für die Entwicklung, Qualitätskontrolle und Qualitätssicherung des Hochrisiko-KI-Systems;

d) Untersuchungs-, Test- und Validierungsverfahren, die vor, während und nach der Entwicklung des Hochrisiko-KI-Systems durchzuführen sind, und die Häufigkeit der Durchführung;

e) die technischen Spezifikationen und Normen, die anzuwenden sind und, falls die einschlägigen harmonisierten Normen nicht vollständig angewandt werden oder sie nicht alle relevanten Anforderungen gemäß Abschnitt 2 abdecken, die Mittel, mit denen gewährleistet werden soll, dass das Hochrisiko-KI-System diese Anforderungen erfüllt;

f) Systeme und Verfahren für das Datenmanagement, einschließlich Datengewinnung, Datenerhebung, Datenanalyse, Datenkennzeichnung, Datenspeicherung, Datenfilterung, Datenauswertung, Datenaggregation, Vorratsdatenspeicherung und sonstiger Vorgänge in Bezug auf die Daten, die im Vorfeld und für die Zwecke des Inverkehrbringens oder der Inbetriebnahme von Hochrisiko-KI-Systemen durchgeführt werden;

g) das in Artikel 9 genannte Risikomanagementsystem;

h) die Einrichtung, Anwendung und Aufrechterhaltung eines Systems zur Beobachtung nach dem Inverkehrbringen gemäß Artikel 72;

i) Verfahren zur Meldung eines schwerwiegenden Vorfalls gemäß Artikel 73;

j) die Handhabung der Kommunikation mit zuständigen nationalen Behörden, anderen einschlägigen Behörden, auch Behörden, die den Zugang zu Daten gewähren oder erleichtern, notifizierten Stellen, anderen Akteuren, Kunden oder sonstigen interessierten Kreisen;

k) Systeme und Verfahren für die Aufzeichnung sämtlicher einschlägigen Dokumentation und Informationen;

l) Ressourcenmanagement, einschließlich Maßnahmen im Hinblick auf die Versorgungssicherheit;

m) einen Rechenschaftsrahmen, der die Verantwortlichkeiten der Leitung und des sonstigen Personals in Bezug auf alle in diesem Absatz aufgeführten Aspekte regelt.

(2) Die Umsetzung der in Absatz 1 genannten Aspekte erfolgt in einem angemessenen Verhältnis zur Größe der Organisation des Anbieters. Die Anbieter müssen in jedem Fall den Grad der Strenge und das Schutzniveau einhalten, die erforderlich sind, um die Übereinstimmung ihrer Hochrisiko-KI-Systeme mit dieser Verordnung sicherzustellen.

(3) Anbieter von Hochrisiko-KI-Systemen, die Pflichten in Bezug auf Qualitätsmanagementsysteme oder eine gleichwertige Funktion gemäß den sektorspezifischen Rechtsvorschriften der Union unterliegen, können die in Absatz 1 aufgeführten Aspekte als Bestandteil der nach den genannten Rechtsvorschriften festgelegten Qualitätsmanagementsysteme einbeziehen.

(4) Bei Anbietern, die Finanzinstitute sind und gemäß den Rechtsvorschriften der Union über Finanzdienstleistungen Anforderungen in Bezug auf ihre Regelungen oder Verfahren der internen Unternehmensführung unterliegen, gilt die Pflicht zur Einrichtung eines Qualitätsmanagementsystems — mit Ausnahme des Absatzes 1 Buchstaben g, h und i des vorliegenden Artikels — als erfüllt, wenn die Vorschriften über Regelungen oder Verfahren der internen Unternehmensführung gemäß dem einschlägigen Unionsrecht über Finanzdienstleistungen eingehalten werden. Zu diesem Zweck werden die in Artikel 40 genannten harmonisierten Normen berücksichtigt.

Artikel 18

Aufbewahrung der Dokumentation

(1) Der Anbieter hält für einen Zeitraum von zehn Jahren ab dem Inverkehrbringen oder der Inbetriebnahme des Hochrisiko-KI-Systems folgende Unterlagen für die zuständigen nationalen Behörden bereit:

a) die in Artikel 11 genannte technische Dokumentation;

b) die Dokumentation zu dem in Artikel 17 genannten Qualitätsmanagementsystem;

c) die Dokumentation über etwaige von notifizierten Stellen genehmigte Änderungen;

d) gegebenenfalls die von den notifizierten Stellen ausgestellten Entscheidungen und sonstigen Dokumente;

e) die in Artikel 47 genannte EU-Konformitätserklärung.

(2) Jeder Mitgliedstaat legt die Bedingungen fest, unter denen die in Absatz 1 genannte Dokumentation für die zuständigen nationalen Behörden für den in dem genannten Absatz angegebenen Zeitraum bereitgehalten wird, für den Fall, dass ein Anbieter oder sein in demselben Hoheitsgebiet niedergelassener Bevollmächtigter vor Ende dieses Zeitraums in Konkurs geht oder seine Tätigkeit aufgibt.

(3) Anbieter, die Finanzinstitute sind und gemäß dem Unionsrecht über Finanzdienstleistungen Anforderungen in Bezug auf ihre Regelungen oder Verfahren der internen Unternehmensführung unterliegen, pflegen die technische Dokumentation als Teil der gemäß dem Unionsrecht über Finanzdienstleistungen aufzubewahrenden Dokumentation.

Artikel 19

Automatisch erzeugte Protokolle

(1) Anbieter von Hochrisiko-KI-Systemen bewahren die von ihren Hochrisiko-KI-Systemen automatisch erzeugten Protokolle gemäß Artikel 12 Absatz 1 auf, soweit diese Protokolle ihrer Kontrolle unterliegen. Unbeschadet des geltenden Unionsrechts oder nationalen Rechts werden die Protokolle für einen der Zweckbestimmung des Hochrisiko-KI-Systems angemessenen Zeitraum von mindestens sechs Monaten aufbewahrt, sofern in den geltenden Rechtsvorschriften der Union, insbesondere im Unionsrecht zum Schutz personenbezogener Daten, oder im geltenden nationalen Recht nichts anderes vorgesehen ist.

(2) Anbieter, die Finanzinstitute sind und gemäß den Rechtsvorschriften der Union über Finanzdienstleistungen Anforderungen in Bezug auf ihre Regelungen oder Verfahren der internen Unternehmensführung, unterliegen, bewahren die von ihren Hochrisiko-KI-Systemen automatisch erzeugten Protokolle als Teil der gemäß dem einschlägigen Unionsrecht über Finanzdienstleistungen aufzubewahrenden Dokumentation auf.

Artikel 20

Korrekturmaßnahmen und Informationspflicht

(1) Anbieter von Hochrisiko-KI-Systemen, die der Auffassung sind oder Grund zu der Annahme haben, dass ein von ihnen in Verkehr gebrachtes oder in Betrieb genommenes Hochrisiko-KI-System nicht dieser Verordnung entspricht, ergreifen unverzüglich die erforderlichen Korrekturmaßnahmen, um die Konformität dieses Systems herzustellen oder es gegebenenfalls zurückzunehmen, zu deaktivieren oder zurückzurufen. Sie informieren die Händler des betreffenden Hochrisiko-KI-Systems und gegebenenfalls die Betreiber, den Bevollmächtigten und die Einführer darüber.

(2) Birgt das Hochrisiko-KI-System ein Risiko im Sinne des Artikels 79 Absatz 1 und wird sich der Anbieter des Systems dieses Risikos bewusst, so führt er unverzüglich gegebenenfalls gemeinsam mit dem meldenden Betreiber eine Untersuchung der Ursachen durch und informiert er die Marktüberwachungsbehörden, in deren Zuständigkeit das betroffene Hochrisiko-KI-System fällt, und gegebenenfalls die notifizierte Stelle, die eine Bescheinigung für dieses Hochrisiko-KI-System gemäß Artikel 44 ausgestellt hat, insbesondere über die Art der Nichtkonformität und über bereits ergriffene relevante Korrekturmaßnahmen.

Artikel 21

Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden

(1) Anbieter von Hochrisiko-KI-Systemen übermitteln einer zuständigen Behörde auf deren begründete Anfrage sämtliche Informationen und Dokumentation, die erforderlich sind, um die Konformität des Hochrisiko-KI-Systems mit den in Abschnitt 2 festgelegten Anforderungen nachzuweisen, und zwar in einer Sprache, die für die Behörde leicht verständlich ist und bei der es sich um eine der von dem betreffenden Mitgliedstaat angegebenen Amtssprachen der Institutionen der Union handelt.

(2) Auf begründete Anfrage einer zuständigen Behörde gewähren die Anbieter der anfragenden zuständigen Behörde gegebenenfalls auch Zugang zu den automatisch erzeugten Protokollen des Hochrisiko-KI-Systems gemäß Artikel 12 Absatz 1, soweit diese Protokolle ihrer Kontrolle unterliegen.

(3) Alle Informationen, die eine zuständige Behörde aufgrund dieses Artikels erhält, werden im Einklang mit den in Artikel 78 festgelegten Vertraulichkeitspflichten behandelt.

Artikel 22

Bevollmächtigte der Anbieter von Hochrisiko-KI-Systemen

(1) Anbieter, die in Drittländern niedergelassen sind, benennen vor der Bereitstellung ihrer Hochrisiko-KI-Systeme auf dem Unionsmarkt schriftlich einen in der Union niedergelassenen Bevollmächtigten.

(2) Der Anbieter muss seinem Bevollmächtigten ermöglichen, die Aufgaben wahrzunehmen, die im vom Anbieter erhaltenen Auftrag festgelegt sind.

(3) Der Bevollmächtigte nimmt die Aufgaben wahr, die in seinem vom Anbieter erhaltenen Auftrag festgelegt sind. Er stellt den Marktüberwachungsbehörden auf Anfrage eine Kopie des Auftrags in einer von der zuständigen Behörde angegebenen Amtssprache der Institutionen der Union bereit. Für die Zwecke dieser Verordnung ermächtigt der Auftrag den Bevollmächtigten zumindest zur Wahrnehmung folgender Aufgaben:

a) Überprüfung, ob die in Artikel 47 genannte EU-Konformitätserklärung und die technische Dokumentation gemäß Artikel 11 erstellt wurden und ob der Anbieter ein angemessenes Konformitätsbewertungsverfahren durchgeführt hat;

b) Bereithaltung — für einen Zeitraum von zehn Jahren ab dem Inverkehrbringen oder der Inbetriebnahme des Hochrisiko-KI-Systems — der Kontaktdaten des Anbieters, der den Bevollmächtigten benannt hat, eines Exemplars der in Artikel 47 genannten EU-Konformitätserklärung, der technischen Dokumentation und gegebenenfalls der von der notifizierten Stelle ausgestellten Bescheinigung für die zuständigen Behörden und die in Artikel 74 Absatz 10 genannten nationalen Behörden oder Stellen;

c) Übermittlung sämtlicher — auch der unter Buchstabe b dieses Unterabsatzes genannten — Informationen und Dokumentation, die erforderlich sind, um die Konformität eines Hochrisiko-KI-Systems mit den in Abschnitt 2 festgelegten Anforderungen nachzuweisen, an eine zuständige Behörde auf deren begründete Anfrage, einschließlich der Gewährung des Zugangs zu den vom Hochrisiko-KI-System automatisch erzeugten Protokollen gemäß Artikel 12 Absatz 1, soweit diese Protokolle der Kontrolle des Anbieters unterliegen;

d) Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden auf deren begründete Anfrage bei allen Maßnahmen, die Letztere im Zusammenhang mit dem Hochrisiko-KI-System ergreifen, um insbesondere die von dem Hochrisiko-KI-System ausgehenden Risiken zu verringern und abzumildern;

e) gegebenenfalls die Einhaltung der Registrierungspflichten gemäß Artikel 49 Absatz 1 oder, falls die Registrierung vom Anbieter selbst vorgenommen wird, Sicherstellung der Richtigkeit der in Anhang VIII Abschnitt A Nummer 3 aufgeführten Informationen.

Mit dem Auftrag wird der Bevollmächtigte ermächtigt, neben oder anstelle des Anbieters als Ansprechpartner für die zuständigen Behörden in allen Fragen zu dienen, die die Gewährleistung der Einhaltung dieser Verordnung betreffen.

(4) Der Bevollmächtigte beendet den Auftrag, wenn er der Auffassung ist oder Grund zu der Annahme hat, dass der Anbieter gegen seine Pflichten gemäß dieser Verordnung verstößt. In diesem Fall informiert er unverzüglich die betreffende Marktüberwachungsbehörde und gegebenenfalls die betreffende notifizierte Stelle über die Beendigung des Auftrags und deren Gründe.

Artikel 23

Pflichten der Einführer

(1) Bevor sie ein Hochrisiko-KI-System in Verkehr bringen, stellen die Einführer sicher, dass das System dieser Verordnung entspricht, indem sie überprüfen, ob

a) der Anbieter des Hochrisiko-KI-Systems das entsprechende Konformitätsbewertungsverfahren gemäß Artikel 43 durchgeführt hat;

b) der Anbieter die technische Dokumentation gemäß Artikel 11 und Anhang IV erstellt hat;

c) das System mit der erforderlichen CE-Kennzeichnung versehen ist und ihm die in Artikel 47 genannte EU-Konformitätserklärung und Betriebsanleitungen beigefügt sind;

d) der Anbieter einen Bevollmächtigten gemäß Artikel 22 Absatz 1 benannt hat.

(2) Hat ein Einführer hinreichenden Grund zu der Annahme, dass ein Hochrisiko-KI-System nicht dieser Verordnung entspricht oder gefälscht ist oder diesem eine gefälschte Dokumentation beigefügt ist, so bringt er das System erst in Verkehr, nachdem dessen Konformität hergestellt wurde. Birgt das Hochrisiko-KI-System ein Risiko im Sinne des Artikels 79 Absatz 1, so informiert der Einführer den Anbieter des Systems, die Bevollmächtigten und die Marktüberwachungsbehörden darüber.

(3) Die Einführer geben ihren Namen, ihren eingetragenen Handelsnamen oder ihre eingetragene Handelsmarke und die Anschrift, unter der sie in Bezug auf das Hochrisiko-KI-System kontaktiert werden können, auf der Verpackung oder gegebenenfalls in der beigefügten Dokumentation an.

(4) Solange sich ein Hochrisiko-KI-System in ihrer Verantwortung befindet, gewährleisten Einführer, dass — soweit zutreffend — die Lagerungs- oder Transportbedingungen seine Konformität mit den in Abschnitt 2 festgelegten Anforderungen nicht beeinträchtigen.

(5) Die Einführer halten für einen Zeitraum von zehn Jahren ab dem Inverkehrbringen oder der Inbetriebnahme des Hochrisiko-KI-Systems ein Exemplar der von der notifizierten Stelle ausgestellten Bescheinigung sowie gegebenenfalls die Betriebsanleitungen und die in Artikel 47 genannte EU-Konformitätserklärung bereit.

(6) Die Einführer übermitteln den betreffenden nationalen Behörden auf deren begründete Anfrage sämtliche — auch die in Absatz 5 genannten — Informationen und Dokumentation, die erforderlich sind, um die Konformität des Hochrisiko-KI-Systems mit den in Abschnitt 2 festgelegten Anforderungen nachzuweisen, und zwar in einer Sprache, die für jene leicht verständlich ist. Zu diesem Zweck stellen sie auch sicher, dass diesen Behörden die technische Dokumentation zur Verfügung gestellt werden kann.

(7) Die Einführer arbeiten mit den betreffenden nationalen Behörden bei allen Maßnahmen zusammen, die diese Behörden im Zusammenhang mit einem von den Einführern in Verkehr gebrachten Hochrisiko-KI-System ergreifen, um insbesondere die von diesem System ausgehenden Risiken zu verringern und abzumildern.

Artikel 24

Pflichten der Händler

(1) Bevor Händler ein Hochrisiko-KI-System auf dem Markt bereitstellen, überprüfen sie, ob es mit der erforderlichen CE-Kennzeichnung versehen ist, ob ihm eine Kopie der in Artikel 47 genannten EU-Konformitätserklärung und Betriebsanleitungen beigefügt sind und ob der Anbieter und gegebenenfalls der Einführer dieses Systems ihre in Artikel 16 Buchstaben b und c sowie Artikel 23 Absatz 3 festgelegten jeweiligen Pflichten erfüllt haben.

(2) Ist ein Händler der Auffassung oder hat er aufgrund von Informationen, die ihm zur Verfügung stehen, Grund zu der Annahme, dass ein Hochrisiko-KI-System nicht den Anforderungen in Abschnitt 2 entspricht, so stellt er das Hochrisiko-KI-System erst auf dem Markt bereit, nachdem die Konformität des Systems mit den Anforderungen hergestellt wurde. Birgt das Hochrisiko-IT-System zudem ein Risiko im Sinne des Artikels 79 Absatz 1, so informiert der Händler den Anbieter bzw. den Einführer des Systems darüber.

(3) Solange sich ein Hochrisiko-KI-System in ihrer Verantwortung befindet, gewährleisten Händler, dass — soweit zutreffend — die Lagerungs- oder Transportbedingungen die Konformität des Systems mit den in Abschnitt 2 festgelegten Anforderungen nicht beeinträchtigen.

(4) Ein Händler, der aufgrund von Informationen, die ihm zur Verfügung stehen, der Auffassung ist oder Grund zu der Annahme hat, dass ein von ihm auf dem Markt bereitgestelltes Hochrisiko-KI-System nicht den Anforderungen in Abschnitt 2 entspricht, ergreift die erforderlichen Korrekturmaßnahmen, um die Konformität dieses Systems mit diesen Anforderungen herzustellen, es zurückzunehmen oder zurückzurufen, oder er stellt sicher, dass der Anbieter, der Einführer oder gegebenenfalls jeder relevante Akteur diese Korrekturmaßnahmen ergreift. Birgt das Hochrisiko-KI-System ein Risiko im Sinne des Artikels 79 Absatz 1, so informiert der Händler unverzüglich den Anbieter bzw. den Einführer des Systems sowie die für das betroffene Hochrisiko-KI-System zuständigen Behörden und macht dabei ausführliche Angaben, insbesondere zur Nichtkonformität und zu bereits ergriffenen Korrekturmaßnahmen.

(5) Auf begründete Anfrage einer betreffenden zuständigen Behörde übermitteln die Händler eines Hochrisiko-KI-Systems dieser Behörde sämtliche Informationen und Dokumentation in Bezug auf ihre Maßnahmen gemäß den Absätzen 1 bis 4, die erforderlich sind, um die Konformität dieses Systems mit den in Abschnitt 2 festgelegten Anforderungen nachzuweisen.

(6) Die Händler arbeiten mit den betreffenden zuständigen Behörden bei allen Maßnahmen zusammen, die diese Behörden im Zusammenhang mit einem von den Händlern auf dem Markt bereitgestellten Hochrisiko-KI-System ergreifen, um insbesondere das von diesem System ausgehende Risiko zu verringern oder abzumildern.

Artikel 25

Verantwortlichkeiten entlang der KI-Wertschöpfungskette

(1) In den folgenden Fällen gelten Händler, Einführer, Betreiber oder sonstige Dritte als Anbieter eines Hochrisiko-KI-Systems für die Zwecke dieser Verordnung und unterliegen den Anbieterpflichten gemäß Artikel 16:

a) wenn sie ein bereits in Verkehr gebrachtes oder in Betrieb genommenes Hochrisiko-KI-System mit ihrem Namen oder ihrer Handelsmarke versehen, unbeschadet vertraglicher Vereinbarungen, die eine andere Aufteilung der Pflichten vorsehen;

b) wenn sie eine wesentliche Veränderung eines Hochrisiko-KI-Systems, das bereits in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen wurde, so vornehmen, dass es weiterhin ein Hochrisiko-KI-System gemäß Artikel 6 bleibt;

c) wenn sie die Zweckbestimmung eines KI-Systems, einschließlich eines KI-Systems mit allgemeinem Verwendungszweck, das nicht als hochriskant eingestuft wurde und bereits in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen wurde, so verändern, dass das betreffende KI-System zu einem Hochrisiko-KI-System im Sinne von Artikel 6 wird.

(2) Unter den in Absatz 1 genannten Umständen gilt der Anbieter, der das KI-System ursprünglich in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen hatte, nicht mehr als Anbieter dieses spezifischen KI-Systems für die Zwecke dieser Verordnung. Dieser Erstanbieter arbeitet eng mit neuen Anbietern zusammen, stellt die erforderlichen Informationen zur Verfügung und sorgt für den vernünftigerweise zu erwartenden technischen Zugang und sonstige Unterstützung, die für die Erfüllung der in dieser Verordnung festgelegten Pflichten, insbesondere in Bezug auf die Konformitätsbewertung von Hochrisiko-KI-Systemen, erforderlich sind. Dieser Absatz gilt nicht in Fällen, in denen der Erstanbieter eindeutig festgelegt hat, dass sein KI-System nicht in ein Hochrisiko-KI-System umgewandelt werden darf und daher nicht der Pflicht zur Übergabe der Dokumentation unterliegt.

(3) Im Falle von Hochrisiko-KI-Systemen, bei denen es sich um Sicherheitsbauteile von Produkten handelt, die unter die in Anhang I Abschnitt A aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fallen, gilt der Produkthersteller als Anbieter des Hochrisiko-KI-Systems und unterliegt in den beiden nachfolgenden Fällen den Pflichten nach Artikel 16:

a) Das Hochrisiko-KI-System wird zusammen mit dem Produkt unter dem Namen oder der Handelsmarke des Produktherstellers in Verkehr gebracht;

b) das Hochrisiko-KI-System wird unter dem Namen oder der Handelsmarke des Produktherstellers in Betrieb genommen, nachdem das Produkt in Verkehr gebracht wurde.

(4) Der Anbieter eines Hochrisiko-KI-Systems und der Dritte, der ein KI-System, Instrumente, Dienste, Komponenten oder Verfahren bereitstellt, die in einem Hochrisiko-KI-System verwendet oder integriert werden, legen in einer schriftlichen Vereinbarung die Informationen, die Fähigkeiten, den technischen Zugang und die sonstige Unterstützung nach dem allgemein anerkannten Stand der Technik fest, die erforderlich sind, damit der Anbieter des Hochrisiko-KI-Systems die in dieser Verordnung festgelegten Pflichten vollständig erfüllen kann. Dieser Absatz gilt nicht für Dritte, die Instrumente, Dienste, Verfahren oder Komponenten, bei denen es sich nicht um KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck handelt, im Rahmen einer freien und quelloffenen Lizenz öffentlich zugänglich machen.

Das Büro für Künstliche Intelligenz kann freiwillige Musterbedingungen für Verträge zwischen Anbietern von Hochrisiko-KI-Systemen und Dritten, die Instrumente, Dienste, Komponenten oder Verfahren bereitstellen, die für Hochrisiko-KI-Systeme verwendet oder in diese integriert werden, ausarbeiten und empfehlen. Bei der Ausarbeitung dieser freiwilligen Musterbedingungen berücksichtigt das Büro für Künstliche Intelligenz mögliche vertragliche Anforderungen, die in bestimmten Sektoren oder Geschäftsfällen gelten. Die freiwilligen Musterbedingungen werden veröffentlicht und sind kostenlos in einem leicht nutzbaren elektronischen Format verfügbar.

(5) Die Absätze 2 und 3 berühren nicht die Notwendigkeit, Rechte des geistigen Eigentums, vertrauliche Geschäftsinformationen und Geschäftsgeheimnisse im Einklang mit dem Unionsrecht und dem nationalen Recht zu achten und zu schützen.

Artikel 26

Pflichten der Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen

(1) Die Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen treffen geeignete technische und organisatorische Maßnahmen, um sicherzustellen, dass sie solche Systeme entsprechend der den Systemen beigefügten Betriebsanleitungen und gemäß den Absätzen 3 und 6 verwenden.

(2) Die Betreiber übertragen natürlichen Personen, die über die erforderliche Kompetenz, Ausbildung und Befugnis verfügen, die menschliche Aufsicht und lassen ihnen die erforderliche Unterstützung zukommen.

(3) Die Pflichten nach den Absätzen 1 und 2 lassen sonstige Pflichten der Betreiber nach Unionsrecht oder nationalem Recht sowie die Freiheit der Betreiber bei der Organisation ihrer eigenen Ressourcen und Tätigkeiten zur Wahrnehmung der vom Anbieter angegebenen Maßnahmen der menschlichen Aufsicht unberührt.

(4) Unbeschadet der Absätze 1 und 2 und soweit die Eingabedaten ihrer Kontrolle unterliegen, sorgen die Betreiber dafür, dass die Eingabedaten der Zweckbestimmung des Hochrisiko-KI-Systems entsprechen und ausreichend repräsentativ sind.

(5) Die Betreiber überwachen den Betrieb des Hochrisiko-KI-Systems anhand der Betriebsanleitung und informieren gegebenenfalls die Anbieter gemäß Artikel 72. Haben Betreiber Grund zu der Annahme, dass die Verwendung gemäß der Betriebsanleitung dazu führen kann, dass dieses Hochrisiko-KI-System ein Risiko im Sinne des Artikels 79 Absatz 1 birgt, so informieren sie unverzüglich den Anbieter oder Händler und die zuständige Marktüberwachungsbehörde und setzen die Verwendung dieses Systems aus. Haben die Betreiber einen schwerwiegenden Vorfall festgestellt, informieren sie auch unverzüglich zuerst den Anbieter und dann den Einführer oder Händler und die zuständigen Marktüberwachungsbehörden über diesen Vorfall. Kann der Betreiber den Anbieter nicht erreichen, so gilt Artikel 73 entsprechend. Diese Pflicht gilt nicht für sensible operative Daten von Betreibern von KI-Systemen, die Strafverfolgungsbehörden sind.

Bei Betreibern, die Finanzinstitute sind und gemäß den Rechtsvorschriften der Union über Finanzdienstleistungen Anforderungen in Bezug auf ihre Regelungen oder Verfahren der internen Unternehmensführung, unterliegen, gilt die in Unterabsatz 1 festgelegte Überwachungspflicht als erfüllt, wenn die Vorschriften über Regelungen, Verfahren oder Mechanismen der internen Unternehmensführung gemäß einschlägigem Recht über Finanzdienstleistungen eingehalten werden.

(6) Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen bewahren die von ihrem Hochrisiko-KI-System automatisch erzeugten Protokolle, soweit diese Protokolle ihrer Kontrolle unterliegen, für einen der Zweckbestimmung des Hochrisiko-KI-Systems angemessenen Zeitraum von mindestens sechs Monaten auf, sofern im geltenden Unionsrecht, insbesondere im Unionsrecht über den Schutz personenbezogener Daten, oder im geltenden nationalen Recht nichts anderes bestimmt ist.

Betreiber, die Finanzinstitute sind und gemäß den Rechtsvorschriften der Union über Finanzdienstleistungen Anforderungen in Bezug auf ihre Regelungen oder Verfahren der internen Unternehmensführung unterliegen, bewahren die Protokolle als Teil der gemäß einschlägigem Unionsecht über Finanzdienstleistungen aufzubewahrenden Dokumentation auf.

(7) Vor der Inbetriebnahme oder Verwendung eines Hochrisiko-KI-Systems am Arbeitsplatz informieren Betreiber, die Arbeitgeber sind, die Arbeitnehmervertreter und die betroffenen Arbeitnehmer darüber, dass sie der Verwendung des Hochrisiko-KI-Systems unterliegen werden. Diese Informationen werden gegebenenfalls im Einklang mit den Vorschriften und Gepflogenheiten auf Unionsebene und nationaler Ebene in Bezug auf die Unterrichtung der Arbeitnehmer und ihrer Vertreter bereitgestellt.

(8) Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen, bei denen es sich um Organe, Einrichtungen oder sonstige Stellen der Union handelt, müssen den Registrierungspflichten gemäß Artikel 49 nachkommen. Stellen diese Betreiber fest, dass das Hochrisiko-KI-System, dessen Verwendung sie planen, nicht in der in Artikel 71 genannten EU-Datenbank registriert wurde, sehen sie von der Verwendung dieses Systems ab und informieren den Anbieter oder den Händler.

(9) Die Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen verwenden gegebenenfalls die gemäß Artikel 13 der vorliegenden Verordnung bereitgestellten Informationen, um ihrer Pflicht zur Durchführung einer Datenschutz-Folgenabschätzung gemäß Artikel 35 der Verordnung (EU) 2016/679 oder Artikel 27 der Richtlinie (EU) 2016/680 nachzukommen.

(10) Unbeschadet der Richtlinie (EU) 2016/680 beantragt der Betreiber eines Hochrisiko-KI-Systems zur nachträglichen biometrischen Fernfernidentifizierung im Rahmen von Ermittlungen zur gezielten Suche einer Person, die der Begehung einer Straftat verdächtigt wird oder aufgrund einer solchen verurteilt wurde, vorab oder unverzüglich, spätestens jedoch binnen 48 Stunden bei einer Justizbehörde oder einer Verwaltungsbehörde, deren Entscheidung bindend ist und einer justiziellen Überprüfung unterliegt, die Genehmigung für die Nutzung dieses Systems, es sei denn, es wird zur erstmaligen Identifizierung eines potenziellen Verdächtigen auf der Grundlage objektiver und nachprüfbarer Tatsachen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Straftat stehen, verwendet. Jede Verwendung ist auf das für die Ermittlung einer bestimmten Straftat unbedingt erforderliche Maß zu beschränken.

Wird die gemäß Unterabsatz 1 beantragte Genehmigung abgelehnt, so wird die Verwendung des mit dieser beantragten Genehmigung verbundenen Systems zur nachträglichen biometrischen Fernidentifizierung mit sofortiger Wirkung eingestellt und werden die personenbezogenen Daten, die im Zusammenhang mit der Verwendung des Hochrisiko-KI-Systems stehen, für die die Genehmigung beantragt wurde, gelöscht.

In keinem Fall darf ein solches Hochrisiko-KI-System zur nachträglichen biometrischen Fernidentifizierung zu Strafverfolgungszwecken in nicht zielgerichteter Weise und ohne jeglichen Zusammenhang mit einer Straftat, einem Strafverfahren, einer tatsächlichen und bestehenden oder tatsächlichen und vorhersehbaren Gefahr einer Straftat oder der Suche nach einer bestimmten vermissten Person verwendet werden. Es muss sichergestellt werden, dass die Strafverfolgungsbehörden keine ausschließlich auf der Grundlage der Ausgabe solcher Systeme zur nachträglichen biometrischen Fernidentifizierung beruhende Entscheidung, aus der sich eine nachteilige Rechtsfolge für eine Person ergibt, treffen.

Dieser Absatz gilt unbeschadet des Artikels 9 der Verordnung (EU) 2016/679 und des Artikels 10 der Richtlinie (EU) 2016/680 für die Verarbeitung biometrischer Daten.

Unabhängig vom Zweck oder Betreiber wird jede Verwendung solcher Hochrisiko-KI-Systeme in der einschlägigen Polizeiakte dokumentiert und der zuständigen Marktüberwachungsbehörde und der nationalen Datenschutzbehörde auf Anfrage zur Verfügung gestellt, wovon die Offenlegung sensibler operativer Daten im Zusammenhang mit der Strafverfolgung ausgenommen ist. Dieser Unterabsatz berührt nicht die den Aufsichtsbehörden durch die Richtlinie (EU) 2016/680 übertragenen Befugnisse.

Die Betreiber legen den zuständigen Marktüberwachungsbehörden und den nationalen Datenschutzbehörden Jahresberichte über ihre Verwendung von Systemen zur nachträglichen biometrischen Fernidentifizierung vor, wovon die Offenlegung sensibler operativer Daten im Zusammenhang mit der Strafverfolgung ausgenommen ist. Die Berichte können eine Zusammenfassung sein, damit sie mehr als einen Einsatz abdecken.

Die Mitgliedstaaten können im Einklang mit dem Unionsrecht strengere Rechtsvorschriften für die Verwendung von Systemen zur nachträglichen biometrischen Fernidentifizierung erlassen.

(11) Unbeschadet des Artikels 50 der vorliegenden Verordnung informieren die Betreiber der in Anhang III aufgeführten Hochrisiko-KI-Systeme, die natürliche Personen betreffende Entscheidungen treffen oder bei solchen Entscheidungen Unterstützung leisten, die natürlichen Personen darüber, dass sie der Verwendung des Hochrisiko-KI-Systems unterliegen. Für Hochrisiko-KI-Systeme, die zu Strafverfolgungszwecken verwendet werden, gilt Artikel 13 der Richtlinie (EU) 2016/680.

(12) Die Betreiber arbeiten mit den zuständigen Behörden bei allen Maßnahmen zusammen, die diese Behörden im Zusammenhang mit dem Hochrisiko-KI-System zur Umsetzung dieser Verordnung ergreifen.

Artikel 27

Grundrechte-Folgenabschätzung für Hochrisiko-KI-Systeme

(1) Vor der Inbetriebnahme eines Hochrisiko-KI-Systems gemäß Artikel 6 Absatz 2 — mit Ausnahme von Hochrisiko-KI-Systemen, die in dem in Anhang III Nummer 2 aufgeführten Bereich verwendet werden sollen — führen Betreiber, bei denen es sich um Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder private Einrichtungen, die öffentliche Dienste erbringen, handelt, und Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen gemäß Anhang III Nummer 5 Buchstaben b und c eine Abschätzung der Auswirkungen, die die Verwendung eines solchen Systems auf die Grundrechte haben kann, durch. Zu diesem Zweck führen die Betreiber eine Abschätzung durch, die Folgendes umfasst:

a) eine Beschreibung der Verfahren des Betreibers, bei denen das Hochrisiko-KI-System im Einklang mit seiner Zweckbestimmung verwendet wird;

b) eine Beschreibung des Zeitraums und der Häufigkeit, innerhalb dessen bzw. mit der jedes Hochrisiko-KI-System verwendet werden soll;

c) die Kategorien der natürlichen Personen und Personengruppen, die von seiner Verwendung im spezifischen Kontext betroffen sein könnten;

d) die spezifischen Schadensrisiken, die sich auf die gemäß Buchstabe c dieses Absatzes ermittelten Kategorien natürlicher Personen oder Personengruppen auswirken könnten, unter Berücksichtigung der vom Anbieter gemäß Artikel 13 bereitgestellten Informationen;

e) eine Beschreibung der Umsetzung von Maßnahmen der menschlichen Aufsicht entsprechend den Betriebsanleitungen;

f) die Maßnahmen, die im Falle des Eintretens dieser Risiken zu ergreifen sind, einschließlich der Regelungen für die interne Unternehmensführung und Beschwerdemechanismen.

(2) Die in Absatz 1 festgelegte Pflicht gilt für die erste Verwendung eines Hochrisiko-KI-Systems. Der Betreiber kann sich in ähnlichen Fällen auf zuvor durchgeführte Grundrechte-Folgenabschätzungen oder bereits vorhandene Folgenabschätzungen, die vom Anbieter durchgeführt wurden, stützen. Gelangt der Betreiber während der Verwendung des Hochrisiko-KI-Systems zur Auffassung, dass sich eines der in Absatz 1 aufgeführten Elemente geändert hat oder nicht mehr auf dem neuesten Stand ist, so unternimmt der Betreiber die erforderlichen Schritte, um die Informationen zu aktualisieren.

(3) Sobald die Abschätzung gemäß Absatz 1 des vorliegenden Artikels durchgeführt wurde, teilt der Betreiber der Marktüberwachungsbehörde ihre Ergebnisse mit, indem er das ausgefüllte, in Absatz 5 des vorliegenden Artikels genannte Muster als Teil der Mitteilung übermittelt. In dem in Artikel 46 Absatz 1 genannten Fall können die Betreiber von der Mitteilungspflicht befreit werden.

(4) Wird eine der in diesem Artikel festgelegten Pflichten bereits infolge einer gemäß Artikel 35 der Verordnung (EU) 2016/679 oder Artikel 27 der Richtlinie (EU) 2016/680 durchgeführten Datenschutz-Folgenabschätzung erfüllt, so ergänzt die Grundrechte-Folgenabschätzung gemäß Absatz 1 des vorliegenden Artikels diese Datenschutz-Folgenabschätzung.

(5) Das Büro für Künstliche Intelligenz arbeitet ein Muster für einen Fragebogen — auch mithilfe eines automatisierten Instruments — aus, um die Betreiber in die Lage zu versetzen, ihren Pflichten gemäß diesem Artikel in vereinfachter Weise nachzukommen.

ABSCHNITT 4

Notifizierende Behörden und notifizierte Stellen

Artikel 28

Notifizierende Behörden

(1) Jeder Mitgliedstaat sorgt für die Benennung oder Schaffung mindestens einer notifizierenden Behörde, die für die Einrichtung und Durchführung der erforderlichen Verfahren zur Bewertung, Benennung und Notifizierung von Konformitätsbewertungsstellen und für deren Überwachung zuständig ist. Diese Verfahren werden in Zusammenarbeit zwischen den notifizierenden Behörden aller Mitgliedstaaten entwickelt.

(2) Die Mitgliedstaaten können entscheiden, dass die Bewertung und Überwachung nach Absatz 1 von einer nationalen Akkreditierungsstelle im Sinne und gemäß der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 durchzuführen ist.

(3) Notifizierende Behörden werden so eingerichtet, organisiert und geführt, dass jegliche Interessenkonflikte mit Konformitätsbewertungsstellen vermieden werden und die Objektivität und die Unparteilichkeit ihrer Tätigkeiten gewährleistet sind.

(4) Notifizierende Behörden werden so organisiert, dass Entscheidungen über die Notifizierung von Konformitätsbewertungsstellen von kompetenten Personen getroffen werden, die nicht mit den Personen identisch sind, die die Bewertung dieser Stellen durchgeführt haben.

(5) Notifizierende Behörden dürfen weder Tätigkeiten, die Konformitätsbewertungsstellen durchführen, noch Beratungsleistungen auf einer gewerblichen oder wettbewerblichen Basis anbieten oder erbringen.

(6) Notifizierende Behörden gewährleisten gemäß Artikel 78 die Vertraulichkeit der von ihnen erlangten Informationen.

(7) Notifizierende Behörden verfügen über eine angemessene Anzahl kompetenter Mitarbeiter, sodass sie ihre Aufgaben ordnungsgemäß wahrnehmen können. Die kompetenten Mitarbeiter verfügen — wo erforderlich — über das für ihre Funktion erforderliche Fachwissen in Bereichen wie Informationstechnologie sowie KI und Recht, einschließlich der Überwachung der Grundrechte.

Artikel 29

Antrag einer Konformitätsbewertungsstelle auf Notifizierung

(1) Konformitätsbewertungsstellen beantragen ihre Notifizierung bei der notifizierenden Behörde des Mitgliedstaats, in dem sie niedergelassen sind.

(2) Dem Antrag auf Notifizierung legen sie eine Beschreibung der Konformitätsbewertungstätigkeiten, des bzw. der Konformitätsbewertungsmodule und der Art der KI-Systeme, für die diese Konformitätsbewertungsstelle Kompetenz beansprucht, sowie, falls vorhanden, eine Akkreditierungsurkunde bei, die von einer nationalen Akkreditierungsstelle ausgestellt wurde und in der bescheinigt wird, dass die Konformitätsbewertungsstelle die Anforderungen des Artikels 31 erfüllt.

Sonstige gültige Dokumente in Bezug auf bestehende Benennungen der antragstellenden notifizierten Stelle im Rahmen anderer Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union sind ebenfalls beizufügen.

(3) Kann die betreffende Konformitätsbewertungsstelle keine Akkreditierungsurkunde vorweisen, so legt sie der notifizierenden Behörde als Nachweis alle Unterlagen vor, die erforderlich sind, um zu überprüfen, festzustellen und regelmäßig zu überwachen, ob sie die Anforderungen des Artikels 31 erfüllt.

(4) Bei notifizierten Stellen, die im Rahmen anderer Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union benannt wurden, können alle Unterlagen und Bescheinigungen im Zusammenhang mit solchen Benennungen zur Unterstützung ihres Benennungsverfahrens nach dieser Verordnung verwendet werden. Die notifizierte Stelle aktualisiert die in den Absätzen 2 und 3 des vorliegenden Artikels genannte Dokumentation immer dann, wenn sich relevante Änderungen ergeben, damit die für notifizierte Stellen zuständige Behörde überwachen und überprüfen kann, ob die Anforderungen des Artikels 31 kontinuierlich erfüllt sind.

Artikel 30

Notifizierungsverfahren

(1) Die notifizierenden Behörden dürfen nur Konformitätsbewertungsstellen notifizieren, die die Anforderungen des Artikels 31 erfüllen.

(2) Die notifizierenden Behörden unterrichten die Kommission und die übrigen Mitgliedstaaten mithilfe des elektronischen Notifizierungsinstruments, das von der Kommission entwickelt und verwaltet wird, über jede Konformitätsbewertungsstelle gemäß Absatz 1.

(3) Die Notifizierung gemäß Absatz 2 des vorliegenden Artikels enthält vollständige Angaben zu den Konformitätsbewertungstätigkeiten, dem betreffenden Konformitätsbewertungsmodul oder den betreffenden Konformitätsbewertungsmodulen, den betreffenden Arten der KI-Systeme und der einschlägigen Bestätigung der Kompetenz. Beruht eine Notifizierung nicht auf einer Akkreditierungsurkunde gemäß Artikel 29 Absatz 2, so legt die notifizierende Behörde der Kommission und den anderen Mitgliedstaaten die Unterlagen vor, die die Kompetenz der Konformitätsbewertungsstelle und die Vereinbarungen nachweisen, die getroffen wurden, um sicherzustellen, dass die Stelle regelmäßig überwacht wird und weiterhin die Anforderungen des Artikels 31 erfüllt.

(4) Die betreffende Konformitätsbewertungsstelle darf die Tätigkeiten einer notifizierten Stelle nur dann wahrnehmen, wenn weder die Kommission noch die anderen Mitgliedstaaten innerhalb von zwei Wochen nach einer Notifizierung durch eine notifizierende Behörde, falls eine Akkreditierungsurkunde gemäß Artikel 29 Absatz 2 vorgelegt wird, oder innerhalb von zwei Monaten nach einer Notifizierung durch eine notifizierende Behörde, falls als Nachweis Unterlagen gemäß Artikel 29 Absatz 3 vorgelegt werden, Einwände erhoben haben.

(5) Werden Einwände erhoben, konsultiert die Kommission unverzüglich die betreffenden Mitgliedstaaten und die Konformitätsbewertungsstelle. Im Hinblick darauf entscheidet die Kommission, ob die Genehmigung gerechtfertigt ist. Die Kommission richtet ihren Beschluss an die betroffenen Mitgliedstaaten und an die zuständige Konformitätsbewertungsstelle.

Artikel 31

Anforderungen an notifizierte Stellen

(1) Eine notifizierte Stelle wird nach dem nationalen Recht eines Mitgliedstaats gegründet und muss mit Rechtspersönlichkeit ausgestattet sein.

(2) Die notifizierten Stellen müssen die zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlichen Anforderungen an die Organisation, das Qualitätsmanagement, die Ressourcenausstattung und die Verfahren sowie angemessene Cybersicherheitsanforderungen erfüllen.

(3) Die Organisationsstruktur, die Zuweisung der Zuständigkeiten, die Berichtslinien und die Funktionsweise der notifizierten Stellen müssen das Vertrauen in ihre Leistung und in die Ergebnisse der von ihnen durchgeführten Konformitätsbewertungstätigkeiten gewährleisten.

(4) Die notifizierten Stellen müssen von dem Anbieter eines Hochrisiko-KI-Systems, zu dem sie Konformitätsbewertungstätigkeiten durchführen, unabhängig sein. Außerdem müssen die notifizierten Stellen von allen anderen Akteuren, die ein wirtschaftliches Interesse an den bewerteten Hochrisiko-KI-Systemen haben, und von allen Wettbewerbern des Anbieters unabhängig sein. Dies schließt die Verwendung von bewerteten Hochrisiko-KI-Systemen, die für die Tätigkeit der Konformitätsbewertungsstelle nötig sind, oder die Verwendung solcher Hochrisiko-KI-Systeme zum persönlichen Gebrauch nicht aus.

(5) Weder die Konformitätsbewertungsstelle, ihre oberste Leitungsebene noch die für die Erfüllung ihrer Konformitätsbewertungsaufgaben zuständigen Mitarbeiter dürfen direkt an Entwurf, Entwicklung, Vermarktung oder Verwendung von Hochrisiko-KI-Systemen beteiligt sein oder die an diesen Tätigkeiten beteiligten Parteien vertreten. Sie dürfen sich nicht mit Tätigkeiten befassen, die ihre Unabhängigkeit bei der Beurteilung oder ihre Integrität im Zusammenhang mit den Konformitätsbewertungstätigkeiten, für die sie notifiziert sind, beeinträchtigen könnten. Dies gilt besonders für Beratungsdienstleistungen.

(6) Notifizierte Stellen werden so organisiert und geführt, dass bei der Ausübung ihrer Tätigkeit Unabhängigkeit, Objektivität und Unparteilichkeit gewahrt sind. Von den notifizierten Stellen werden eine Struktur und Verfahren dokumentiert und umgesetzt, die ihre Unparteilichkeit gewährleisten und sicherstellen, dass die Grundsätze der Unparteilichkeit in ihrer gesamten Organisation, von allen Mitarbeitern und bei allen Bewertungstätigkeiten gefördert und angewandt werden.

(7) Die notifizierten Stellen gewährleisten durch dokumentierte Verfahren, dass ihre Mitarbeiter, Ausschüsse, Zweigstellen, Unterauftragnehmer sowie alle zugeordneten Stellen oder Mitarbeiter externer Einrichtungen die Vertraulichkeit der Informationen, die bei der Durchführung der Konformitätsbewertungstätigkeiten in ihren Besitz gelangen, im Einklang mit Artikel 78 wahren, außer wenn ihre Offenlegung gesetzlich vorgeschrieben ist. Informationen, von denen Mitarbeiter der notifizierten Stellen bei der Durchführung ihrer Aufgaben gemäß dieser Verordnung Kenntnis erlangen, unterliegen der beruflichen Schweigepflicht, außer gegenüber den notifizierenden Behörden des Mitgliedstaats, in dem sie ihre Tätigkeiten ausüben.

(8) Die notifizierten Stellen verfügen über Verfahren zur Durchführung ihrer Tätigkeiten unter gebührender Berücksichtigung der Größe eines Betreibers, des Sektors, in dem er tätig ist, seiner Struktur sowie der Komplexität des betreffenden KI-Systems.

(9) Die notifizierten Stellen schließen eine angemessene Haftpflichtversicherung für ihre Konformitätsbewertungstätigkeiten ab, es sei denn, diese Haftpflicht wird aufgrund nationalen Rechts von dem Mitgliedstaat, in dem sie niedergelassen sind, gedeckt oder dieser Mitgliedstaat ist selbst unmittelbar für die Konformitätsbewertung zuständig.

(10) Die notifizierten Stellen müssen in der Lage sein, ihre Aufgaben gemäß dieser Verordnung mit höchster beruflicher Integrität und der erforderlichen Fachkompetenz in dem betreffenden Bereich auszuführen, gleichgültig, ob diese Aufgaben von den notifizierten Stellen selbst oder in ihrem Auftrag und in ihrer Verantwortung durchgeführt werden.

(11) Die notifizierten Stellen müssen über ausreichende interne Kompetenzen verfügen, um die von externen Stellen in ihrem Namen wahrgenommen Aufgaben wirksam beurteilen zu können. Die notifizierten Stellen müssen ständig über ausreichendes administratives, technisches, juristisches und wissenschaftliches Personal verfügen, das Erfahrungen und Kenntnisse in Bezug auf einschlägige Arten der KI-Systeme, Daten und Datenverarbeitung sowie die in Abschnitt 2 festgelegten Anforderungen besitzt.

(12) Die notifizierten Stellen wirken an den in Artikel 38 genannten Koordinierungstätigkeiten mit. Sie wirken außerdem unmittelbar oder mittelbar an der Arbeit der europäischen Normungsorganisationen mit oder stellen sicher, dass sie stets über den Stand der einschlägigen Normen unterrichtet sind.

Artikel 32

Vermutung der Konformität mit den Anforderungen an notifizierte Stellen

Weist eine Konformitätsbewertungsstelle nach, dass sie die Kriterien der einschlägigen harmonisierten Normen, deren Fundstellen im *Amtsblatt der Europäischen Union* veröffentlicht wurden, oder Teile dieser Normen erfüllt, so wird davon ausgegangen, dass sie die Anforderungen des Artikels 31, soweit diese von den geltenden harmonisierten Normen erfasst werden, erfüllt.

Artikel 33

Zweigstellen notifizierter Stellen und Vergabe von Unteraufträgen

(1) Vergibt eine notifizierte Stelle bestimmte mit der Konformitätsbewertung verbundene Aufgaben an Unterauftragnehmer oder überträgt sie diese einer Zweigstelle, so stellt sie sicher, dass der Unterauftragnehmer oder die Zweigstelle die Anforderungen des Artikels 31 erfüllt, und informiert die notifizierende Behörde darüber.

(2) Die notifizierten Stellen tragen die volle Verantwortung für Arbeiten, die von jedweden Unterauftragnehmern oder Zweigstellen ausgeführt werden.

(3) Tätigkeiten dürfen nur mit Zustimmung des Anbieters an einen Unterauftragnehmer vergeben oder einer Zweigstelle übertragen werden. Die notifizierten Stellen veröffentlichen ein Verzeichnis ihrer Zweigstellen.

(4) Die einschlägigen Unterlagen über die Bewertung der Qualifikation des Unterauftragnehmers oder der Zweigstelle und die von ihnen gemäß dieser Verordnung ausgeführten Arbeiten werden für einen Zeitraum von fünf Jahren ab dem Datum der Beendigung der Unterauftragsvergabe für die notifizierende Behörde bereitgehalten.

Artikel 34

Operative Pflichten der notifizierten Stellen

(1) Die notifizierten Stellen überprüfen die Konformität von Hochrisiko-KI-Systemen nach den in Artikel 43 festgelegten Konformitätsbewertungsverfahren.

(2) Die notifizierten Stellen vermeiden bei der Durchführung ihrer Tätigkeiten unnötige Belastungen für die Anbieter und berücksichtigen gebührend die Größe des Anbieters, den Sektor, in dem er tätig ist, seine Struktur sowie die Komplexität des betreffenden Hochrisiko-KI-Systems, um insbesondere den Verwaltungsaufwand und die Befolgungskosten für Kleinstunternehmen und kleine Unternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG zu minimieren. Die notifizierte Stelle muss jedoch den Grad der Strenge und das Schutzniveau einhalten, die für die Konformität des Hochrisiko-KI-Systems mit den Anforderungen dieser Verordnung erforderlich sind.

(3) Die notifizierten Stellen machen der in Artikel 28 genannten notifizierenden Behörde sämtliche einschlägige Dokumentation, einschließlich der Dokumentation des Anbieters, zugänglich bzw. übermitteln diese auf Anfrage, damit diese Behörde ihre Bewertungs-, Benennungs-, Notifizierungs- und Überwachungstätigkeiten durchführen kann und die Bewertung gemäß diesem Abschnitt erleichtert wird.

Artikel 35

Identifizierungsnummern und Verzeichnisse notifizierter Stellen

(1) Die Kommission weist jeder notifizierten Stelle eine einzige Identifizierungsnummer zu, selbst wenn eine Stelle nach mehr als einem Rechtsakt der Union notifiziert wurde.

(2) Die Kommission veröffentlicht das Verzeichnis der nach dieser Verordnung notifizierten Stellen samt ihren Identifizierungsnummern und den Tätigkeiten, für die sie notifiziert wurden. Die Kommission stellt sicher, dass das Verzeichnis auf dem neuesten Stand gehalten wird.

Artikel 36

Änderungen der Notifizierungen

(1) Die notifizierende Behörde unterrichtet die Kommission und die anderen Mitgliedstaaten mithilfe des in Artikel 30 Absatz 2 genannten elektronischen Notifizierungsinstruments über alle relevanten Änderungen der Notifizierung einer notifizierten Stelle.

(2) Für Erweiterungen des Anwendungsbereichs der Notifizierung gelten die in den Artikeln 29 und 30 festgelegten Verfahren.

Für andere Änderungen der Notifizierung als Erweiterungen ihres Anwendungsbereichs gelten die in den Absätzen 3 bis 9 dargelegten Verfahren.

(3) Beschließt eine notifizierte Stelle die Einstellung ihrer Konformitätsbewertungstätigkeiten, so informiert sie die betreffende notifizierende Behörde und die betreffenden Anbieter so bald wie möglich und im Falle einer geplanten Einstellung ihrer Tätigkeiten mindestens ein Jahr vor deren Einstellung darüber. Die Bescheinigungen der notifizierten Stelle können für einen Zeitraum von neun Monaten nach Einstellung der Tätigkeiten der notifizierten Stelle gültig bleiben, sofern eine andere notifizierte Stelle schriftlich bestätigt hat, dass sie die Verantwortung für die von diesen Bescheinigungen abgedeckten Hochrisiko-KI-Systeme übernimmt. Die letztgenannte notifizierte Stelle führt vor Ablauf dieser Frist von neun Monaten eine vollständige Bewertung der betroffenen Hochrisiko-KI-Systeme durch, bevor sie für diese neue Bescheinigungen ausstellt. Stellt die notifizierte Stelle ihre Tätigkeit ein, so widerruft die notifizierende Behörde die Benennung.

(4) Hat eine notifizierende Behörde hinreichenden Grund zu der Annahme, dass eine notifizierte Stelle die in Artikel 31 festgelegten Anforderungen nicht mehr erfüllt oder dass sie ihren Pflichten nicht nachkommt, so untersucht die notifizierende Behörde den Sachverhalt unverzüglich und mit äußerster Sorgfalt. In diesem Zusammenhang teilt sie der betreffenden notifizierten Stelle die erhobenen Einwände mit und gibt ihr die Möglichkeit, dazu Stellung zu nehmen. Kommt die notifizierende Behörde zu dem Schluss, dass die notifizierte Stelle die in Artikel 31 festgelegten Anforderungen nicht mehr erfüllt oder dass sie ihren Pflichten nicht nachkommt, schränkt sie die Benennung gegebenenfalls ein, setzt sie aus oder widerruft sie, je nach Schwere der Nichterfüllung dieser Anforderungen oder Pflichtverletzung. Sie informiert die Kommission und die anderen Mitgliedstaaten unverzüglich darüber.

(5) Wird die Benennung einer notifizierten Stelle ausgesetzt, eingeschränkt oder vollständig oder teilweise widerrufen, so informiert die notifizierte Stelle die betreffenden Anbieter innerhalb von zehn Tagen darüber.

(6) Wird eine Benennung eingeschränkt, ausgesetzt oder widerrufen, so ergreift die notifizierende Behörde geeignete Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Akten der betreffenden notifizierten Stelle für die notifizierenden Behörden in anderen Mitgliedstaaten und die Marktüberwachungsbehörden bereitgehalten und ihnen auf deren Anfrage zur Verfügung gestellt werden.

(7) Wird eine Benennung eingeschränkt, ausgesetzt oder widerrufen, so geht die notifizierende Behörde wie folgt vor:

a) Sie bewertet die Auswirkungen auf die von der notifizierten Stelle ausgestellten Bescheinigungen;

b) sie legt der Kommission und den anderen Mitgliedstaaten innerhalb von drei Monaten nach Notifizierung der Änderungen der Benennung einen Bericht über ihre diesbezüglichen Ergebnisse vor;

c) sie weist die notifizierte Stelle zur Gewährleistung der fortlaufenden Konformität der im Verkehr befindlichen Hochrisiko-KI-Systeme an, sämtliche nicht ordnungsgemäß ausgestellten Bescheinigungen innerhalb einer von der Behörde festgelegten angemessenen Frist auszusetzen oder zu widerrufen;

d) sie informiert die Kommission und die Mitgliedstaaten über Bescheinigungen, deren Aussetzung oder Widerruf sie angewiesen hat;

e) sie stellt den zuständigen nationalen Behörden des Mitgliedstaats, in dem der Anbieter seine eingetragene Niederlassung hat, alle relevanten Informationen über Bescheinigungen, deren Aussetzung oder Widerruf sie angewiesen hat, zur Verfügung; diese Behörde ergreift erforderlichenfalls geeignete Maßnahmen, um ein mögliches Risiko für Gesundheit, Sicherheit oder Grundrechte zu verhindern.

(8) Abgesehen von den Fällen, in denen Bescheinigungen nicht ordnungsgemäß ausgestellt wurden und in denen eine Benennung ausgesetzt oder eingeschränkt wurde, bleiben die Bescheinigungen unter einem der folgenden Umstände gültig:

a) Die notifizierende Behörde hat innerhalb eines Monats nach der Aussetzung oder Einschränkung bestätigt, dass im Zusammenhang mit den von der Aussetzung oder Einschränkung betroffenen Bescheinigungen kein Risiko für Gesundheit, Sicherheit oder Grundrechte besteht, und die notifizierende Behörde hat einen Zeitplan für Maßnahmen zur Aufhebung der Aussetzung oder Einschränkung genannt oder

b) die notifizierende Behörde hat bestätigt, dass keine von der Aussetzung betroffenen Bescheinigungen während der Dauer der Aussetzung oder Einschränkung ausgestellt, geändert oder erneut ausgestellt werden, und gibt an, ob die notifizierte Stelle in der Lage ist, bestehende ausgestellte Bescheinigungen während der Dauer der Aussetzung oder Einschränkung weiterhin zu überwachen und die Verantwortung dafür zu übernehmen; falls die notifizierende Behörde feststellt, dass die notifizierte Stelle nicht in der Lage ist, bestehende ausgestellte Bescheinigungen weiterzuführen, so bestätigt der Anbieter des von der Bescheinigung abgedeckten Systems den zuständigen nationalen Behörden des Mitgliedstaats, in dem er seine eingetragene Niederlassung hat, innerhalb von drei Monaten nach der Aussetzung oder Einschränkung schriftlich, dass eine andere qualifizierte notifizierte Stelle vorübergehend die Aufgaben der notifizierten Stelle zur Überwachung der Bescheinigung übernimmt und dass sie während der Dauer der Aussetzung oder Einschränkung für die Bescheinigung verantwortlich bleibt.

(9) Abgesehen von den Fällen, in denen Bescheinigungen nicht ordnungsgemäß ausgestellt wurden und in denen eine Benennung widerrufen wurde, bleiben die Bescheinigungen unter folgenden Umständen für eine Dauer von neun Monaten gültig:

a) Die zuständige nationale Behörde des Mitgliedstaats, in dem der Anbieter des von der Bescheinigung abgedeckten Hochrisiko-KI-Systems seine eingetragene Niederlassung hat, hat bestätigt, dass im Zusammenhang mit den betreffenden Hochrisiko-KI-Systemen kein Risiko für Gesundheit, Sicherheit oder Grundrechte besteht, und

b) eine andere notifizierte Stelle hat schriftlich bestätigt, dass sie die unmittelbare Verantwortung für diese KI-Systeme übernehmen und deren Bewertung innerhalb von 12 Monaten ab dem Widerruf der Benennung abgeschlossen haben wird.

Unter den in Unterabsatz 1 genannten Umständen kann die zuständige nationale Behörde des Mitgliedstaats, in dem der Anbieter des von der Bescheinigung abgedeckten Systems seine Niederlassung hat, die vorläufige Gültigkeit der Bescheinigungen um zusätzliche Zeiträume von je drei Monaten, jedoch nicht um insgesamt mehr als 12 Monate, verlängern.

Die zuständige nationale Behörde oder die notifizierte Stelle, die die Aufgaben der von der Benennungsänderung betroffenen notifizierten Stelle übernimmt, informiert unverzüglich die Kommission, die anderen Mitgliedstaaten und die anderen notifizierten Stellen darüber.

Artikel 37

Anfechtungen der Kompetenz notifizierter Stellen

(1) Die Kommission untersucht erforderlichenfalls alle Fälle, in denen begründete Zweifel an der Kompetenz einer notifizierten Stelle oder daran bestehen, dass eine notifizierte Stelle die in Artikel 31 festgelegten Anforderungen und ihre geltenden Pflichten weiterhin erfüllt.

(2) Die notifizierende Behörde stellt der Kommission auf Anfrage alle Informationen über die Notifizierung oder die Aufrechterhaltung der Kompetenz der betreffenden notifizierten Stelle zur Verfügung.

(3) Die Kommission stellt sicher, dass alle im Verlauf ihrer Untersuchungen gemäß diesem Artikel erlangten sensiblen Informationen gemäß Artikel 78 vertraulich behandelt werden.

(4) Stellt die Kommission fest, dass eine notifizierte Stelle die Anforderungen für ihre Notifizierung nicht oder nicht mehr erfüllt, so informiert sie den notifizierenden Mitgliedstaat entsprechend und fordert ihn auf, die erforderlichen Abhilfemaßnahmen zu treffen, einschließlich einer Aussetzung oder eines Widerrufs der Notifizierung, sofern dies nötig ist. Versäumt es ein Mitgliedstaat, die erforderlichen Abhilfemaßnahmen zu ergreifen, kann die Kommission die Benennung im Wege eines Durchführungsrechtsakts aussetzen, einschränken oder widerrufen. Dieser Durchführungsrechtsakt wird gemäß dem in Artikel 98 Absatz 2 genannten Prüfverfahren erlassen.

Artikel 38

Koordinierung der notifizierten Stellen

(1) Die Kommission sorgt dafür, dass in Bezug auf Hochrisiko-KI-Systeme eine zweckmäßige Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen den an den Konformitätsbewertungsverfahren im Rahmen dieser Verordnung beteiligten notifizierten Stellen in Form einer sektoralen Gruppe notifizierter Stellen eingerichtet und ordnungsgemäß weitergeführt wird.

(2) Jede notifizierende Behörde sorgt dafür, dass sich die von ihr notifizierten Stellen direkt oder über benannte Vertreter an der Arbeit der in Absatz 1 genannten Gruppe beteiligen.

(3) Die Kommission sorgt für den Austausch von Wissen und bewährten Verfahren zwischen den notifizierenden Behörden.

Artikel 39

Konformitätsbewertungsstellen in Drittländern

Konformitätsbewertungsstellen, die nach dem Recht eines Drittlands errichtet wurden, mit dem die Union ein Abkommen geschlossen hat, können ermächtigt werden, die Tätigkeiten notifizierter Stellen gemäß dieser Verordnung durchzuführen, sofern sie die Anforderungen gemäß Artikel 31 erfüllen oder das gleiche Maß an Konformität gewährleisten.

ABSCHNITT 5

Normen, Konformitätsbewertung, Bescheinigungen, Registrierung

Artikel 40

Harmonisierte Normen und Normungsdokumente

(1) Bei Hochrisiko-KI-Systemen oder KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck, die mit harmonisierten Normen oder Teilen davon, deren Fundstellen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 im *Amtsblatt der Europäischen Union* veröffentlicht wurden, übereinstimmen, wird eine Konformität mit den Anforderungen gemäß Abschnitt 2 des vorliegenden Kapitels oder gegebenenfalls mit den Pflichten gemäß Kapitel V Abschnitte 2 und 3 der vorliegenden Verordnung vermutet, soweit diese Anforderungen oder Verpflichtungen von den Normen abgedeckt sind.

(2) Gemäß Artikel 10 der Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 erteilt die Kommission unverzüglich Normungsaufträge, die alle Anforderungen gemäß Abschnitt 2 des vorliegenden Kapitels abdecken und gegebenenfalls Normungsaufträge, die Pflichten gemäß Kapitel V Abschnitte 2 und 3 der vorliegenden Verordnung abdecken. In dem Normungsauftrag werden auch Dokumente zu den Berichterstattungs- und Dokumentationsverfahren im Hinblick auf die Verbesserung der Ressourcenleistung von KI-Systemen z. B. durch die Verringerung des Energie- und sonstigen Ressourcenverbrauchs des Hochrisiko-KI-Systems während seines gesamten Lebenszyklus und zu der energieeffizienten Entwicklung von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck verlangt. Bei der Ausarbeitung des Normungsauftrags konsultiert die Kommission das KI-Gremium und die einschlägigen Interessenträger, darunter das Beratungsforum.

Bei der Erteilung eines Normungsauftrags an die europäischen Normungsorganisationen gibt die Kommission an, dass die Normen klar und — u. a. mit den Normen, die in den verschiedenen Sektoren für Produkte entwickelt wurden, die unter die in Anhang I aufgeführten geltenden Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fallen — konsistent sein müssen und sicherstellen sollen, dass die in der Union in Verkehr gebrachten oder in Betrieb genommenen Hochrisiko-KI-Systeme oder KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck die in dieser Verordnung festgelegten einschlägigen Anforderungen oder Pflichten erfüllen.

Die Kommission fordert die europäischen Normungsorganisationen auf, Nachweise dafür vorzulegen, dass sie sich nach besten Kräften bemühen, die in den Unterabsätzen 1 und 2 dieses Absatzes genannten Ziele im Einklang mit Artikel 24 der Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 zu erreichen.

(3) Die am Normungsprozess Beteiligten bemühen sich, Investitionen und Innovationen im Bereich der KI, u. a. durch Erhöhung der Rechtssicherheit, sowie der Wettbewerbsfähigkeit und des Wachstums des Unionsmarktes zu fördern und zur Stärkung der weltweiten Zusammenarbeit bei der Normung und zur Berücksichtigung bestehender internationaler Normen im Bereich der KI, die mit den Werten, Grundrechten und Interessen der Union im Einklang stehen, beizutragen und die Multi-Stakeholder-Governance zu verbessern, indem eine ausgewogene Vertretung der Interessen und eine wirksame Beteiligung aller relevanten Interessenträger gemäß den Artikeln 5, 6 und 7 der Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 sichergestellt werden.

Artikel 41

Gemeinsame Spezifikationen

(1) Die Kommission kann Durchführungsrechtsakte zur Festlegung gemeinsamer Spezifikationen für die Anforderungen gemäß Abschnitt 2 dieses Kapitels oder gegebenenfalls die Pflichten gemäß Kapitel V Abschnitte 2 und 3 erlassen, wenn die folgenden Bedingungen erfüllt sind:

a) Die Kommission hat gemäß Artikel 10 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 eine oder mehrere europäische Normungsorganisationen damit beauftragt, eine harmonisierte Norm für die in Abschnitt 2 dieses Kapitels festgelegten Anforderungen oder gegebenenfalls für die in Kapitel V Abschnitte 2 und 3 festgelegten Pflichten zu erarbeiten, und

   i) der Auftrag wurde von keiner der europäischen Normungsorganisationen angenommen oder

ii) die harmonisierten Normen, die Gegenstand dieses Auftrags sind, werden nicht innerhalb der gemäß Artikel 10 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 festgelegten Frist erarbeitet oder

iii) die einschlägigen harmonisierten Normen tragen den Bedenken im Bereich der Grundrechte nicht ausreichend Rechnung oder

iv) die harmonisierten Normen entsprechen nicht dem Auftrag und

b) im *Amtsblatt der Europäischen Union* sind keine Fundstellen zu harmonisierten Normen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 veröffentlicht, die den in Abschnitt 2 dieses Kapitels aufgeführten Anforderungen oder gegebenenfalls den in Kapitel V Abschnitte 2 und 3 aufgeführten Pflichten genügen, und es ist nicht zu erwarten, dass eine solche Fundstelle innerhalb eines angemessenen Zeitraums veröffentlicht wird.

Bei der Verfassung der gemeinsamen Spezifikationen konsultiert die Kommission das in Artikel 67 genannte Beratungsforum.

Die in Unterabsatz 1 des vorliegenden Absatzes genannten Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 98 Absatz 2 genannten Prüfverfahren erlassen.

(2) Vor der Ausarbeitung eines Entwurfs eines Durchführungsrechtsakts informiert die Kommission den in Artikel 22 der Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 genannten Ausschuss darüber, dass sie die in Absatz 1 des vorliegenden Artikels festgelegten Bedingungen als erfüllt erachtet.

(3) Bei Hochrisiko-KI-Systemen oder KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck, die mit den in Absatz 1 genannten gemeinsamen Spezifikationen oder Teilen dieser Spezifikationen übereinstimmen, wird eine Konformität mit den Anforderungen in Abschnitt 2 dieses Kapitels oder gegebenenfalls die Einhaltung der in Kapitel V Abschnitte 2 und 3 genannten Pflichten vermutet, soweit diese Anforderungen oder diese Pflichten von den gemeinsamen Spezifikationen abgedeckt sind.

(4) Wird eine harmonisierte Norm von einer europäischen Normungsorganisation angenommen und der Kommission zur Veröffentlichung ihrer Fundstelle im *Amtsblatt der Europäischen Union* vorgeschlagen, so bewertet die Kommission die harmonisierte Norm gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1025/2012. Wird die Fundstelle zu einer harmonisierten Norm im *Amtsblatt der Europäischen Union* veröffentlicht, so werden die in Absatz 1 genannten Durchführungsrechtsakte, die dieselben Anforderungen gemäß Abschnitt 2 dieses Kapitels oder gegebenenfalls dieselben Pflichten gemäß Kapitel V Abschnitte 2 und 3 erfassen, von der Kommission ganz oder teilweise aufgehoben.

(5) Wenn Anbieter von Hochrisiko-KI-Systemen oder KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck die in Absatz 1 genannten gemeinsamen Spezifikationen nicht befolgen, müssen sie hinreichend nachweisen, dass sie technische Lösungen verwenden, die die in Abschnitt 2 dieses Kapitels aufgeführten Anforderungen oder gegebenenfalls die Pflichten gemäß Kapitel V Abschnitte 2 und 3 zumindest in gleichem Maße erfüllen;

(6) Ist ein Mitgliedstaat der Auffassung, dass eine gemeinsame Spezifikation den Anforderungen gemäß Abschnitt 2 nicht vollständig entspricht oder gegebenenfalls die Pflichten gemäß Kapitel V Abschnitte 2 und 3 nicht vollständig erfüllt, so setzt er die Kommission im Rahmen einer ausführlichen Erläuterung davon in Kenntnis. Die Kommission bewertet die betreffende Information und ändert gegebenenfalls den Durchführungsrechtsakt, durch den die betreffende gemeinsame Spezifikation festgelegt wurde.

Artikel 42

Vermutung der Konformität mit bestimmten Anforderungen

(1) Für Hochrisiko-KI-Systeme, die mit Daten, in denen sich die besonderen geografischen, verhaltensbezogenen, kontextuellen oder funktionalen Rahmenbedingungen niederschlagen, unter denen sie verwendet werden sollen, trainiert und getestet wurden, gilt die Vermutung, dass sie die in Artikel 10 Absatz 4 festgelegten einschlägigen Anforderungen erfüllen.

(2) Für Hochrisiko-KI-Systeme, die im Rahmen eines der Cybersicherheitszertifizierungssysteme gemäß der Verordnung (EU) 2019/881, deren Fundstellen im *Amtsblatt der Europäischen Union* veröffentlicht wurden, zertifiziert wurden oder für die eine solche Konformitätserklärung erstellt wurde, gilt die Vermutung, dass sie die in Artikel 15 der vorliegenden Verordnung festgelegten Cybersicherheitsanforderungen erfüllen, sofern diese Anforderungen von der Cybersicherheits-zertifizierung oder der Konformitätserklärung oder Teilen davon abdeckt sind.

Artikel 43

Konformitätsbewertung

(1) Hat ein Anbieter zum Nachweis, dass ein in Anhang III Nummer 1 aufgeführtes Hochrisiko-KI-System die in Abschnitt 2 festgelegten Anforderungen erfüllt, harmonisierte Normen gemäß Artikel 40 oder gegebenenfalls gemeinsame Spezifikationen gemäß Artikel 41 angewandt, so entscheidet er sich für eines der folgenden Konformitätsbewertungsverfahren auf der Grundlage

a) der internen Kontrolle gemäß Anhang VI oder

b) der Bewertung des Qualitätsmanagementsystems und der Bewertung der technischen Dokumentation unter Beteiligung einer notifizierten Stelle gemäß Anhang VII.

Zum Nachweis, dass sein Hochrisiko-KI-System die in Abschnitt 2 festgelegten Anforderungen erfüllt, befolgt der Anbieter das Konformitätsbewertungsverfahren gemäß Anhang VII, wenn

a) es harmonisierte Normen gemäß Artikel 40 nicht gibt und keine gemeinsamen Spezifikationen gemäß Artikel 41 vorliegen,

b) der Anbieter die harmonisierte Norm nicht oder nur teilweise angewandt hat;

c) die unter Buchstabe a genannten gemeinsamen Spezifikationen zwar vorliegen, der Anbieter sie jedoch nicht angewandt hat;

d) eine oder mehrere der unter Buchstabe a genannten harmonisierten Normen mit einer Einschränkung und nur für den eingeschränkten Teil der Norm veröffentlicht wurden.

Für die Zwecke des Konformitätsbewertungsverfahrens gemäß Anhang VII kann der Anbieter eine der notifizierten Stellen auswählen. Soll das Hochrisiko-KI-System jedoch von Strafverfolgungs-, Einwanderungs- oder Asylbehörden oder von Organen, Einrichtungen oder sonstigen Stellen der Union in Betrieb genommen werden, so übernimmt die in Artikel 74 Absatz 8 bzw. 9 genannte Marktüberwachungsbehörde die Funktion der notifizierten Stelle.

(2) Bei den in Anhang III Nummern 2 bis 8 aufgeführten Hochrisiko-KI-Systemen befolgen die Anbieter das Konformitätsbewertungsverfahren auf der Grundlage einer internen Kontrolle gemäß Anhang VI, das keine Beteiligung einer notifizierten Stelle vorsieht.

(3) Bei den Hochrisiko-KI-Systemen, die unter die in Anhang I Abschnitt A aufgeführten Harmonisierungsrechtsakte der Union fallen, befolgt der Anbieter die einschlägigen Konformitätsbewertungsverfahren, die nach diesen Rechtsakten erforderlich sind. Die in Abschnitt 2 dieses Kapitels festgelegten Anforderungen gelten für diese Hochrisiko-KI-Systeme und werden in diese Bewertung einbezogen. Anhang VII Nummern 4.3, 4.4 und 4.5 sowie Nummer 4.6 Absatz 5 finden ebenfalls Anwendung.

Für die Zwecke dieser Bewertung sind die notifizierten Stellen, die gemäß diesen Rechtsakten notifiziert wurden, berechtigt, die Konformität der Hochrisiko-KI-Systeme mit den in Abschnitt 2 festgelegten Anforderungen zu kontrollieren, sofern im Rahmen des gemäß diesen Rechtsakten durchgeführten Notifizierungsverfahrens geprüft wurde, dass diese notifizierten Stellen die in Artikel 31 Absätze 4, 5, 10 und 11 festgelegten Anforderungen erfüllen.

Wenn ein in Anhang I Abschnitt A aufgeführter Rechtsakte es dem Hersteller des Produkts ermöglicht, auf eine Konformitätsbewertung durch Dritte zu verzichten, sofern dieser Hersteller alle harmonisierten Normen, die alle einschlägigen Anforderungen abdecken, angewandt hat, so darf dieser Hersteller nur dann von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, wenn er auch harmonisierte Normen oder gegebenenfalls gemeinsame Spezifikationen gemäß Artikel 41, die alle in Abschnitt 2 dieses Kapitels festgelegten Anforderungen abdecken, angewandt hat.

(4) Hochrisiko-KI-Systeme, die bereits Gegenstand eines Konformitätsbewertungsverfahren gewesen sind, werden im Falle einer wesentlichen Änderung einem neuen Konformitätsbewertungsverfahren unterzogen, unabhängig davon, ob das geänderte System noch weiter in Verkehr gebracht oder vom derzeitigen Betreiber weitergenutzt werden soll.

Bei Hochrisiko-KI-Systemen, die nach dem Inverkehrbringen oder der Inbetriebnahme weiterhin dazulernen, gelten Änderungen des Hochrisiko-KI-Systems und seiner Leistung, die vom Anbieter zum Zeitpunkt der ursprünglichen Konformitätsbewertung vorab festgelegt wurden und in den Informationen der technischen Dokumentation gemäß Anhang IV Nummer 2 Buchstabe f enthalten sind, nicht als wesentliche Veränderung;

(5) Die Kommission ist befugt, gemäß Artikel 97 delegierte Rechtsakte zu erlassen, um die Anhänge VI und VII zu ändern, indem sie sie angesichts des technischen Fortschritts aktualisiert.

(6) Die Kommission ist befugt, gemäß Artikel 97 delegierte Rechtsakte zur Änderung der Absätze 1 und 2 des vorliegenden Artikels zu erlassen, um die in Anhang III Nummern 2 bis 8 genannten Hochrisiko-KI-Systeme dem Konformitätsbewertungsverfahren gemäß Anhang VII oder Teilen davon zu unterwerfen. Die Kommission erlässt solche delegierten Rechtsakte unter Berücksichtigung der Wirksamkeit des Konformitätsbewertungsverfahrens auf der Grundlage einer internen Kontrolle gemäß Anhang VI hinsichtlich der Vermeidung oder Minimierung der von solchen Systemen ausgehenden Risiken für die Gesundheit und Sicherheit und den Schutz der Grundrechte sowie hinsichtlich der Verfügbarkeit angemessener Kapazitäten und Ressourcen in den notifizierten Stellen.

Artikel 44

Bescheinigungen

(1) Die von notifizierten Stellen gemäß Anhang VII ausgestellten Bescheinigungen werden in einer Sprache ausgefertigt, die für die einschlägigen Behörden des Mitgliedstaats, in dem die notifizierte Stelle niedergelassen ist, leicht verständlich ist.

(2) Die Bescheinigungen sind für die darin genannte Dauer gültig, die maximal fünf Jahre für unter Anhang I fallende KI-Systeme und maximal vier Jahre für unter Anhang III fallende KI-Systeme beträgt. Auf Antrag des Anbieters kann die Gültigkeit einer Bescheinigung auf der Grundlage einer Neubewertung gemäß den geltenden Konformitätsbewertungsverfahren um weitere Zeiträume von jeweils höchstens fünf Jahren für unter Anhang I fallende KI-Systeme und höchstens vier Jahre für unter Anhang III fallende KI-Systeme verlängert werden. Eine Ergänzung zu einer Bescheinigung bleibt gültig, sofern die Bescheinigung, zu der sie gehört, gültig ist.

(3) Stellt eine notifizierte Stelle fest, dass ein KI-System die in Abschnitt 2 festgelegten Anforderungen nicht mehr erfüllt, so setzt sie die ausgestellte Bescheinigung aus, widerruft sie oder schränkt sie ein, jeweils unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, sofern die Einhaltung der Anforderungen nicht durch geeignete Korrekturmaßnahmen des Anbieters des Systems innerhalb einer von der notifizierten Stelle gesetzten angemessenen Frist wiederhergestellt wird. Die notifizierte Stelle begründet ihre Entscheidung.

Es muss ein Einspruchsverfahren gegen die Entscheidungen der notifizierten Stellen, auch solche über ausgestellte Konformitätsbescheinigungen, vorgesehen sein.

Artikel 45

Informationspflichten der notifizierten Stellen

(1) Die notifizierten Stellen informieren die notifizierende Behörde über

a) alle Unionsbescheinigungen über die Bewertung der technischen Dokumentation, etwaige Ergänzungen dieser Bescheinigungen und alle Genehmigungen von Qualitätsmanagementsystemen, die gemäß den Anforderungen des Anhangs VII erteilt wurden;

b) alle Verweigerungen, Einschränkungen, Aussetzungen oder Rücknahmen von Unionsbescheinigungen über die Bewertung der technischen Dokumentation oder Genehmigungen von Qualitätsmanagementsystemen, die gemäß den Anforderungen des Anhangs VII erteilt wurden;

c) alle Umstände, die Folgen für den Anwendungsbereich oder die Bedingungen der Notifizierung haben;

d) alle Auskunftsersuchen über Konformitätsbewertungstätigkeiten, die sie von den Marktüberwachungsbehörden erhalten haben;

e) auf Anfrage die Konformitätsbewertungstätigkeiten, denen sie im Anwendungsbereich ihrer Notifizierung nachgegangen sind, und sonstige Tätigkeiten, einschließlich grenzüberschreitender Tätigkeiten und Vergabe von Unteraufträgen, die sie durchgeführt haben.

(2) Jede notifizierte Stelle informiert die anderen notifizierten Stellen über

a) die Genehmigungen von Qualitätsmanagementsystemen, die sie verweigert, ausgesetzt oder zurückgenommen hat, und auf Anfrage die Genehmigungen von Qualitätsmanagementsystemen, die sie erteilt hat;

b) die Bescheinigungen der Union über die Bewertung der technischen Dokumentation und deren etwaige Ergänzungen, die sie verweigert, ausgesetzt oder zurückgenommen oder anderweitig eingeschränkt hat, und auf Anfrage die Bescheinigungen und/oder deren Ergänzungen, die sie ausgestellt hat.

(3) Jede notifizierte Stelle übermittelt den anderen notifizierten Stellen, die ähnlichen Konformitätsbewertungstätigkeiten für die gleichen Arten der KI-Systeme nachgehen, einschlägige Informationen über negative und auf Anfrage über positive Konformitätsbewertungsergebnisse.

(4) Notifizierende Behörden gewährleisten gemäß Artikel 78 die Vertraulichkeit der von ihnen erlangten Informationen.

Artikel 46

Ausnahme vom Konformitätsbewertungsverfahren

(1) Abweichend von Artikel 43 und auf ein hinreichend begründetes Ersuchen kann eine Marktüberwachungsbehörde das Inverkehrbringen oder die Inbetriebnahme bestimmter Hochrisiko-KI-Systeme im Hoheitsgebiet des betreffenden Mitgliedstaats aus außergewöhnlichen Gründen der öffentlichen Sicherheit, des Schutzes des Lebens und der Gesundheit von Personen, des Umweltschutzes oder des Schutzes wichtiger Industrie- und Infrastrukturanlagen genehmigen. Diese Genehmigung wird auf die Dauer der erforderlichen Konformitätsbewertungsverfahren befristet, wobei den außergewöhnlichen Gründen für die Ausnahme Rechnung getragen wird. Der Abschluss dieser Verfahren erfolgt unverzüglich.

(2) In hinreichend begründeten dringenden Fällen aus außergewöhnlichen Gründen der öffentlichen Sicherheit oder in Fällen einer konkreten, erheblichen und unmittelbaren Gefahr für das Leben oder die körperliche Unversehrtheit natürlicher Personen können Strafverfolgungsbehörden oder Katastrophenschutzbehörden ein bestimmtes Hochrisiko-KI-System ohne die in Absatz 1 genannte Genehmigung in Betrieb nehmen, sofern diese Genehmigung während der Verwendung oder im Anschluss daran unverzüglich beantragt wird. Falls die Genehmigung gemäß Absatz 1 abgelehnt wird, wird Verwendung des Hochrisiko-KI-Systems mit sofortiger Wirkung eingestellt und sämtliche Ergebnisse und Ausgaben dieser Verwendung werden unverzüglich verworfen.

(3) Die in Absatz 1 genannte Genehmigung wird nur erteilt, wenn die Marktüberwachungsbehörde zu dem Schluss gelangt, dass das Hochrisiko-KI-System die Anforderungen des Abschnitts 2 erfüllt. Die Marktüberwachungsbehörde informiert die Kommission und die anderen Mitgliedstaaten über alle von ihr gemäß den Absätzen 1 und 2 erteilten Genehmigungen. Diese Pflicht erstreckt sich nicht auf sensible operative Daten zu den Tätigkeiten von Strafverfolgungsbehörden.

(4) Erhebt weder ein Mitgliedstaat noch die Kommission innerhalb von 15 Kalendertagen nach Erhalt der in Absatz 3 genannten Mitteilung Einwände gegen die von einer Marktüberwachungsbehörde eines Mitgliedstaats gemäß Absatz 1 erteilte Genehmigung, so gilt diese Genehmigung als gerechtfertigt.

(5) Erhebt innerhalb von 15 Kalendertagen nach Erhalt der in Absatz 3 genannten Mitteilung ein Mitgliedstaat Einwände gegen eine von einer Marktüberwachungsbehörde eines anderen Mitgliedstaats erteilte Genehmigung oder ist die Kommission der Auffassung, dass die Genehmigung mit dem Unionsrecht unvereinbar ist oder dass die Schlussfolgerung der Mitgliedstaaten in Bezug auf die Konformität des in Absatz 3 genannten Systems unbegründet ist, so nimmt die Kommission unverzüglich Konsultationen mit dem betreffenden Mitgliedstaat auf. Die betroffenen Akteure werden konsultiert und erhalten Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen. In Anbetracht dessen entscheidet die Kommission, ob die Genehmigung gerechtfertigt ist. Die Kommission richtet ihren Beschluss an den betroffenen Mitgliedstaat und an die betroffenen Akteure.

(6) Wird die Genehmigung von der Kommission als ungerechtfertigt erachtet, so muss sie von der Marktüberwachungsbehörde des betreffenden Mitgliedstaats zurückgenommen werden.

(7) Für Hochrisiko-KI-Systeme im Zusammenhang mit Produkten, die unter die in Anhang I Abschnitt A aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fallen, gelten nur die in diesen Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union festgelegten Ausnahmen von den Konformitätsbewertungsverfahren.

Artikel 47

EU-Konformitätserklärung

(1) Der Anbieter stellt für jedes Hochrisiko-KI-System eine schriftliche maschinenlesbare, physische oder elektronisch unterzeichnete EU-Konformitätserklärung aus und hält sie für einen Zeitraum von 10 Jahren ab dem Inverkehrbringen oder der Inbetriebnahme des Hochrisiko-KI-Systems für die zuständigen nationalen Behörden bereit. Aus der EU-Konformitätserklärung geht hervor, für welches Hochrisiko-KI-System sie ausgestellt wurde. Eine Kopie der EU-Konformitätserklärung wird den zuständigen nationalen Behörden auf Anfrage übermittelt.

(2) Die EU-Konformitätserklärung muss feststellen, dass das betreffende Hochrisiko-KI-System die in Abschnitt 2 festgelegten Anforderungen erfüllt. Die EU-Konformitätserklärung enthält die in Anhang V festgelegten Informationen und wird in eine Sprache übersetzt, die für die zuständigen nationalen Behörden der Mitgliedstaaten, in denen das Hochrisiko-KI-System in Verkehr gebracht oder bereitgestellt wird, leicht verständlich ist.

(3) Unterliegen Hochrisiko-KI-Systeme anderen Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union, die ebenfalls eine EU-Konformitätserklärung vorschreiben, so wird eine einzige EU-Konformitätserklärung ausgestellt, die sich auf alle für das Hochrisiko-KI-System geltenden Rechtsvorschriften der Union bezieht. Die Erklärung enthält alle erforderlichen Informationen zur Feststellung der Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union, auf die sich die Erklärung bezieht.

(4) Mit der Ausstellung der EU-Konformitätserklärung übernimmt der Anbieter die Verantwortung für die Erfüllung der in Abschnitt 2 festgelegten Anforderungen. Der Anbieter hält die EU-Konformitätserklärung gegebenenfalls auf dem neuesten Stand.

(5) Der Kommission ist befugt, gemäß Artikel 97 delegierte Rechtsakte zur Aktualisierung des in Anhang V festgelegten Inhalts der EU-Konformitätserklärung zu erlassen, um den genannten Anhang durch die Einführung von Elementen zu ändern, die angesichts des technischen Fortschritts erforderlich werden.

Artikel 48

CE-Kennzeichnung

(1) Für die CE-Kennzeichnung gelten die in Artikel 30 der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 festgelegten allgemeinen Grundsätze.

(2) Bei digital bereitgestellten Hochrisiko-KI-Systemen wird eine digitale CE-Kennzeichnung nur dann verwendet, wenn sie über die Schnittstelle, von der aus auf dieses System zugegriffen wird, oder über einen leicht zugänglichen maschinenlesbaren Code oder andere elektronische Mittel leicht zugänglich ist.

(3) Die CE-Kennzeichnung wird gut sichtbar, leserlich und dauerhaft an Hochrisiko-KI-Systemen angebracht. Falls die Art des Hochrisiko-KI-Systems dies nicht zulässt oder nicht rechtfertigt, wird sie auf der Verpackung bzw. der beigefügten Dokumentation angebracht.

(4) Gegebenenfalls wird der CE-Kennzeichnung die Identifizierungsnummer der für die in Artikel 43 festgelegten Konformitätsbewertungsverfahren zuständigen notifizierten Stelle hinzugefügt. Die Identifizierungsnummer der notifizierten Stelle ist entweder von der Stelle selbst oder nach ihren Anweisungen durch den Anbieter oder den Bevollmächtigten des Anbieters anzubringen. Diese Identifizierungsnummer wird auch auf jeglichem Werbematerial angegeben, in dem darauf hingewiesen wird, dass das Hochrisiko-KI-System die Anforderungen für die CE-Kennzeichnung erfüllt.

(5) Falls Hochrisiko-KI-Systeme ferner unter andere Rechtsvorschriften der Union fallen, in denen die CE-Kennzeichnung auch vorgesehen ist, bedeutet die CE-Kennzeichnung, dass das Hochrisiko-KI-System auch die Anforderungen dieser anderen Rechtsvorschriften erfüllt.

Artikel 49

Registrierung

(1) Vor dem Inverkehrbringen oder der Inbetriebnahme eines in Anhang III aufgeführten Hochrisiko-KI-Systems — mit Ausnahme der in Anhang III Nummer 2 genannten Hochrisiko-KI-Systeme — registriert der Anbieter oder gegebenenfalls sein Bevollmächtigter sich und sein System in der in Artikel 71 genannten EU-Datenbank.

(2) Vor dem Inverkehrbringen oder der Inbetriebnahme eines Hochrisiko-KI-Systems, bei dem der Anbieter zu dem Schluss gelangt ist, dass es nicht hochriskant gemäß Artikel 6 Absatz 3 ist, registriert dieser Anbieter oder gegebenenfalls sein Bevollmächtigter sich und dieses System in der in Artikel 71 genannten EU-Datenbank.

(3) Vor der Inbetriebnahme oder Verwendung eines in Anhang III aufgeführten Hochrisiko-KI-Systems — mit Ausnahme der in Anhang III Nummer 2 aufgeführten Hochrisiko-KI-Systeme — registrieren sich Betreiber, bei denen es sich um Behörden oder Organe, Einrichtungen oder sonstige Stellen der Union oder in ihrem Namen handelnde Personen handelt, in der in Artikel 71 genannten EU-Datenbank, wählen das System aus und registrieren es dort.

(4) Bei den in Anhang III Nummern 1, 6 und 7 genannten Hochrisiko-KI-Systemen erfolgt in den Bereichen Strafverfolgung, Migration, Asyl und Grenzkontrolle die Registrierung gemäß den Absätzen 1, 2 und 3 des vorliegenden Artikels in einem sicheren nicht öffentlichen Teil der in Artikel 71 genannten EU-Datenbank und enthält, soweit zutreffend, lediglich die Informationen gemäß

a) Anhang VIII Abschnitt A Nummern 1 bis 10 mit Ausnahme der Nummern 6, 8 und 9,

b) Anhang VIII Abschnitt B Nummern 1 bis 5 sowie Nummern 8 und 9,

c) Anhang VIII Abschnitt C Nummern 1 bis 3,

d) Anhang IX Nummern 1, 2, 3 und Nummer 5.

Nur die Kommission und die in Artikel 74 Absatz 8 genannten nationalen Behörden haben Zugang zu den jeweiligen beschränkten Teilen der EU-Datenbank gemäß Unterabsatz 1 dieses Absatzes.

(5) Die in Anhang III Nummer 2 genannten Hochrisiko-KI-Systeme werden auf nationaler Ebene registriert.

KAPITEL IV

TRANSPARENZPFLICHTEN FÜR ANBIETER UND BETREIBER BESTIMMTER KI-SYSTEME

Artikel 50

Transparenzpflichten für Anbieter und Betreiber bestimmter KI-Systeme

(1) Die Anbieter stellen sicher, dass KI-Systeme, die für die direkte Interaktion mit natürlichen Personen bestimmt sind, so konzipiert und entwickelt werden, dass die betreffenden natürlichen Personen informiert werden, dass sie mit einem KI-System interagieren, es sei denn, dies ist aus Sicht einer angemessen informierten, aufmerksamen und verständigen natürlichen Person aufgrund der Umstände und des Kontexts der Nutzung offensichtlich. Diese Pflicht gilt nicht für gesetzlich zur Aufdeckung, Verhütung, Ermittlung oder Verfolgung von Straftaten zugelassene KI-Systeme, wenn geeignete Schutzvorkehrungen für die Rechte und Freiheiten Dritter bestehen, es sei denn, diese Systeme stehen der Öffentlichkeit zur Anzeige einer Straftat zur Verfügung.

(2) Anbieter von KI-Systemen, einschließlich KI-Systemen mit allgemeinem Verwendungszweck, die synthetische Audio-, Bild-, Video- oder Textinhalte erzeugen, stellen sicher, dass die Ausgaben des KI-Systems in einem maschinenlesbaren Format gekennzeichnet und als künstlich erzeugt oder manipuliert erkennbar sind. Die Anbieter sorgen dafür, dass — soweit technisch möglich — ihre technischen Lösungen wirksam, interoperabel, belastbar und zuverlässig sind und berücksichtigen dabei die Besonderheiten und Beschränkungen der verschiedenen Arten von Inhalten, die Umsetzungskosten und den allgemein anerkannten Stand der Technik, wie er in den einschlägigen technischen Normen zum Ausdruck kommen kann. Diese Pflicht gilt nicht, soweit die KI-Systeme eine unterstützende Funktion für die Standardbearbeitung ausführen oder die vom Betreiber bereitgestellten Eingabedaten oder deren Semantik nicht wesentlich verändern oder wenn sie zur Aufdeckung, Verhütung, Ermittlung oder Verfolgung von Straftaten gesetzlich zugelassen sind.

(3) Die Betreiber eines Emotionserkennungssystems oder eines Systems zur biometrischen Kategorisierung informieren die davon betroffenen natürlichen Personen über den Betrieb des Systems und verarbeiten personenbezogene Daten gemäß den Verordnungen (EU) 2016/679 und (EU) 2018/1725 und der Richtlinie (EU) 2016/680. Diese Pflicht gilt nicht für gesetzlich zur Aufdeckung, Verhütung oder Ermittlung von Straftaten zugelassene KI-Systeme, die zur biometrischen Kategorisierung und Emotionserkennung im Einklang mit dem Unionsrecht verwendet werden, sofern geeignete Schutzvorkehrungen für die Rechte und Freiheiten Dritter bestehen.

(4) Betreiber eines KI-Systems, das Bild-, Ton- oder Videoinhalte erzeugt oder manipuliert, die ein Deepfake sind, müssen offenlegen, dass die Inhalte künstlich erzeugt oder manipuliert wurden. Diese Pflicht gilt nicht, wenn die Verwendung zur Aufdeckung, Verhütung, Ermittlung oder Verfolgung von Straftaten gesetzlich zugelassen ist. Ist der Inhalt Teil eines offensichtlich künstlerischen, kreativen, satirischen, fiktionalen oder analogen Werks oder Programms, so beschränken sich die in diesem Absatz festgelegten Transparenzpflichten darauf, das Vorhandensein solcher erzeugten oder manipulierten Inhalte in geeigneter Weise offenzulegen, die die Darstellung oder den Genuss des Werks nicht beeinträchtigt.

Betreiber eines KI-Systems, das Text erzeugt oder manipuliert, der veröffentlicht wird, um die Öffentlichkeit über Angelegenheiten von öffentlichem Interesse zu informieren, müssen offenlegen, dass der Text künstlich erzeugt oder manipuliert wurde. Diese Pflicht gilt nicht, wenn die Verwendung zur Aufdeckung, Verhütung, Ermittlung oder Verfolgung von Straftaten gesetzlich zugelassen ist oder wenn die durch KI erzeugten Inhalte einem Verfahren der menschlichen Überprüfung oder redaktionellen Kontrolle unterzogen wurden und wenn eine natürliche oder juristische Person die redaktionelle Verantwortung für die Veröffentlichung der Inhalte trägt.

(5) Die in den Absätzen 1 bis 4 genannten Informationen werden den betreffenden natürlichen Personen spätestens zum Zeitpunkt der ersten Interaktion oder Aussetzung in klarer und eindeutiger Weise bereitgestellt. Die Informationen müssen den geltenden Barrierefreiheitsanforderungen entsprechen.

(6) Die Absätze 1 bis 4 lassen die in Kapitel III festgelegten Anforderungen und Pflichten unberührt und berühren nicht andere Transparenzpflichten, die im Unionsrecht oder dem nationalen Recht für Betreiber von KI-Systemen festgelegt sind.

(7) Das Büro für Künstliche Intelligenz fördert und erleichtert die Ausarbeitung von Praxisleitfäden auf Unionsebene, um die wirksame Umsetzung der Pflichten in Bezug auf die Feststellung und Kennzeichnung künstlich erzeugter oder manipulierter Inhalte zu erleichtern. Die Kommission kann Durchführungsrechtsakte zur Genehmigung dieser Praxisleitfäden nach dem in Artikel 56 Absatz 6 festgelegten Verfahren erlassen. Hält sie einen Kodex für nicht angemessen, so kann die Kommission einen Durchführungsrechtsakt gemäß dem in Artikel 98 Absatz 2 genannten Prüfverfahren erlassen, in dem gemeinsame Vorschriften für die Umsetzung dieser Pflichten festgelegt werden.

KAPITEL V

KI-MODELLE MIT ALLGEMEINEM VERWENDUNGSZWECK

ABSCHNITT 1

Einstufungsvorschriften

Artikel 51

Einstufung von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck als KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck mit systemischem Risiko

(1) Ein KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck wird als KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck mit systemischem Risiko eingestuft, wenn eine der folgenden Bedingungen erfüllt ist:

a) Es verfügt über Fähigkeiten mit hohem Wirkungsgrad, die mithilfe geeigneter technischer Instrumente und Methoden, einschließlich Indikatoren und Benchmarks, bewertet werden;

b) einem unter Berücksichtigung der in Anhang XIII festgelegten Kriterien von der Kommission von Amts wegen oder aufgrund einer qualifizierten Warnung des wissenschaftlichen Gremiums getroffenen Entscheidung zufolge verfügt es über Fähigkeiten oder eine Wirkung, die denen gemäß Buchstabe a entsprechen.

(2) Bei einem KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck wird angenommen, dass es über Fähigkeiten mit hohem Wirkungsgrad gemäß Absatz 1 Buchstabe a verfügt, wenn die kumulierte Menge der für sein Training verwendeten Berechnungen, gemessen in Gleitkommaoperationen, mehr als 10^{25} beträgt.

(3) Die Kommission erlässt gemäß Artikel 97 delegierte Rechtsakte zur Änderung der in den Absätzen 1 und 2 des vorliegenden Artikels aufgeführten Schwellenwerte sowie zur Ergänzung von Benchmarks und Indikatoren vor dem Hintergrund sich wandelnder technologischer Entwicklungen, wie z. B. algorithmische Verbesserungen oder erhöhte Hardwareeffizienz, wenn dies erforderlich ist, damit diese Schwellenwerte dem Stand der Technik entsprechen.

Artikel 52

Verfahren

(1) Erfüllt ein KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck die Bedingung gemäß Artikel 51 Absatz 1 Buchstabe a, so teilt der betreffende Anbieter dies der Kommission unverzüglich, in jedem Fall jedoch innerhalb von zwei Wochen, nachdem diese Bedingung erfüllt ist oder bekannt wird, dass sie erfüllt wird, mit. Diese Mitteilung muss die Informationen enthalten, die erforderlich sind, um nachzuweisen, dass die betreffende Bedingung erfüllt ist. Erlangt die Kommission Kenntnis von einem KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck, das systemische Risiken birgt, die ihr nicht mitgeteilt wurden, so kann sie entscheiden, es als Modell mit systemischen Risiken auszuweisen.

(2) Der Anbieter eines KI-Modells mit allgemeinem Verwendungszweck, das die in Artikel 51 Absatz 1 Buchstabe a genannte Bedingung erfüllt, kann in seiner Mitteilung hinreichend begründete Argumente vorbringen, um nachzuweisen, dass das KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck, obwohl es diese Bedingung erfüllt, aufgrund seiner besonderen Merkmale außerordentlicherweise keine systemischen Risiken birgt und daher nicht als KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck mit systemischem Risiko eingestuft werden sollte.

(3) Gelangt die Kommission zu dem Schluss, dass die gemäß Absatz 2 vorgebrachten Argumente nicht hinreichend begründet sind, und konnte der betreffende Anbieter nicht nachweisen, dass das KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck aufgrund seiner besonderen Merkmale keine systemischen Risiken aufweist, weist sie diese Argumente zurück, und das KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck gilt als KI-Modell mit allgemeiner Zweckbestimmung mit systemischem Risiko.

(4) Die Kommission kann ein KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck von Amts wegen oder aufgrund einer qualifizierten Warnung des wissenschaftlichen Gremiums gemäß Artikel 90 Absatz 1 Buchstabe a auf der Grundlage der in Anhang XIII festgelegten Kriterien als KI-Modell mit systemischen Risiken ausweisen.

Die Kommission ist befugt, gemäß Artikel 97 delegierte Rechtsakte zu erlassen, um Anhang XIII zu ändern, indem die in dem genannten Anhang genannten Indikatoren präzisiert und aktualisiert werden.

(5) Stellt der Anbieter, dessen Modell gemäß Absatz 4 als KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck mit systemischem Risiko ausgewiesen wurde, einen entsprechenden Antrag, berücksichtigt die Kommission den Antrag und kann entscheiden, erneut zu prüfen, ob beim KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck auf der Grundlage der in Anhang XIII festgelegten Kriterien immer noch davon ausgegangen werden kann, dass es systemische Risiken aufweist. Dieser Antrag muss objektive, detaillierte und neue Gründe enthalten, die sich seit der Entscheidung zur Ausweisung ergeben haben. Die Anbieter können frühestens sechs Monate nach der Entscheidung zur Ausweisung eine Neubewertung beantragen. Entscheidet die Kommission nach ihrer Neubewertung, die Ausweisung als KI-Modell mit allgemeiner Zweckbestimmung mit systemischem Risiko beizubehalten, können die Anbieter frühestens sechs Monate nach dieser Entscheidung eine Neubewertung beantragen.

(6) Die Kommission stellt sicher, dass eine Liste von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck mit systemischem Risiko veröffentlicht wird, und hält diese Liste unbeschadet der Notwendigkeit, Rechte des geistigen Eigentums und vertrauliche Geschäftsinformationen oder Geschäftsgeheimnisse im Einklang mit dem Unionsrecht und dem nationalen Recht zu achten und zu schützen, auf dem neuesten Stand.

ABSCHNITT 2

Pflichten für Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck

Artikel 53

Pflichten für Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck

(1) Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck

a) erstellen und aktualisieren die technische Dokumentation des Modells, einschließlich seines Trainings- und Testverfahrens und der Ergebnisse seiner Bewertung, die mindestens die in Anhang XI aufgeführten Informationen enthält, damit sie dem Büro für Künstliche Intelligenz und den zuständigen nationalen Behörden auf Anfrage zur Verfügung gestellt werden kann;

b) erstellen und aktualisieren Informationen und die Dokumentation und stellen sie Anbietern von KI-Systemen zur Verfügung, die beabsichtigen, das KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck in ihre KI-Systeme zu integrieren. Unbeschadet der Notwendigkeit, die Rechte des geistigen Eigentums und vertrauliche Geschäftsinformationen oder Geschäftsgeheimnisse im Einklang mit dem Unionsrecht und dem nationalen Recht zu achten und zu schützen, müssen die Informationen und die Dokumentation

   i) die Anbieter von KI-Systemen in die Lage versetzen, die Fähigkeiten und Grenzen des KI-Modells mit allgemeinem Verwendungszweck gut zu verstehen und ihren Pflichten gemäß dieser Verordnung nachzukommen, und

   ii) zumindest die in Anhang XII genannten Elemente enthalten;

c) bringen eine Strategie zur Einhaltung des Urheberrechts der Union und damit zusammenhängender Rechte und insbesondere zur Ermittlung und Einhaltung eines gemäß Artikel 4 Absatz 3 der Richtlinie (EU) 2019/790 geltend gemachten Rechtsvorbehalts, auch durch modernste Technologien, auf den Weg;

d) erstellen und veröffentlichen eine hinreichend detaillierte Zusammenfassung der für das Training des KI-Modells mit allgemeinem Verwendungszweck verwendeten Inhalte nach einer vom Büro für Künstliche Intelligenz bereitgestellten Vorlage.

(2) Die Pflichten gemäß Absatz 1 Buchstaben a und b gelten nicht für Anbieter von KI-Modellen, die im Rahmen einer freien und quelloffenen Lizenz bereitgestellt werden, die den Zugang, die Nutzung, die Änderung und die Verbreitung des Modells ermöglicht und deren Parameter, einschließlich Gewichte, Informationen über die Modellarchitektur und Informationen über die Modellnutzung, öffentlich zugänglich gemacht werden. Diese Ausnahme gilt nicht für KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck mit systemischen Risiken.

(3) Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck arbeiten bei der Ausübung ihrer Zuständigkeiten und Befugnisse gemäß dieser Verordnung erforderlichenfalls mit der Kommission und den zuständigen nationalen Behörden zusammen.

(4) Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck können sich bis zur Veröffentlichung einer harmonisierten Norm auf Praxisleitfäden im Sinne des Artikels 56 stützen, um die Einhaltung der in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannten Pflichten nachzuweisen. Die Einhaltung der harmonisierten europäischen Norm begründet für die Anbieter die Vermutung der Konformität, insoweit diese Normen diese Verpflichtungen abdecken. Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck, die keinen genehmigten Praxisleitfaden befolgen oder eine harmonisierte europäische Norm nicht einhalten, müssen geeignete alternative Verfahren der Einhaltung aufzeigen, die von der Kommission zu bewerten sind.

(5) Um die Einhaltung von Anhang XI, insbesondere Nummer 2 Buchstaben d und e, zu erleichtern, ist die Kommission befugt, gemäß Artikel 97 delegierte Rechtsakte zu erlassen, um die Mess- und Berechnungsmethoden im Einzelnen festzulegen, damit eine vergleichbare und überprüfbare Dokumentation ermöglicht wird.

(6) Die Kommission ist befugt, gemäß Artikel 97 Absatz 2 delegierte Rechtsakte zu erlassen, um die Anhänge XI und XII vor dem Hintergrund sich wandelnder technologischer Entwicklungen zu ändern.

(7) Jegliche Informationen oder Dokumentation, die gemäß diesem Artikel erlangt werden, einschließlich Geschäftsgeheimnisse, werden im Einklang mit den in Artikel 78 festgelegten Vertraulichkeitspflichten behandelt.

Artikel 54

Bevollmächtigte der Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck

(1) Anbieter, die in Drittländern niedergelassen sind, benennen vor dem Inverkehrbringen eines KI-Modells mit allgemeinem Verwendungszweck auf dem Unionsmarkt schriftlich einen in der Union niedergelassenen Bevollmächtigten.

(2) Der Anbieter muss seinem Bevollmächtigten ermöglichen, die Aufgaben wahrzunehmen, die im vom Anbieter erhaltenen Auftrag festgelegt sind.

(3) Der Bevollmächtigte nimmt die Aufgaben wahr, die in seinem vom Anbieter erhaltenen Auftrag festgelegt sind. Er stellt dem Büro für Künstliche Intelligenz auf Anfrage eine Kopie des Auftrags in einer der Amtssprachen der Institutionen der Union bereit. Für die Zwecke dieser Verordnung ermächtigt der Auftrag den Bevollmächtigten zumindest zur Wahrnehmung folgender Aufgaben:

a) Überprüfung, ob die technische Dokumentation gemäß Anhang XI erstellt wurde und alle Pflichten gemäß Artikel 53 und gegebenenfalls gemäß Artikel 55 vom Anbieter erfüllt wurden;

b) Bereithaltung einer Kopie der technischen Dokumentation gemäß Anhang XI für das Büro für Künstliche Intelligenz und die zuständigen nationalen Behörden für einen Zeitraum von zehn Jahren nach dem Inverkehrbringen des KI-Modells mit allgemeinem Verwendungszweck und der Kontaktdaten des Anbieters, der den Bevollmächtigten benannt hat;

c) Bereitstellung sämtlicher zum Nachweis der Einhaltung der Pflichten gemäß diesem Kapitel erforderlichen Informationen und Dokumentation, einschließlich der unter Buchstabe b genannten Informationen und Dokumentation, an das Büro für Künstliche Intelligenz auf begründeten Antrag;

d) Zusammenarbeit mit dem Büro für Künstliche Intelligenz und den zuständigen Behörden auf begründeten Antrag bei allen Maßnahmen, die sie im Zusammenhang mit einem KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck ergreifen, auch wenn das Modell in KI-Systeme integriert ist, die in der Union in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen werden.

(4) Mit dem Auftrag wird der Bevollmächtigte ermächtigt, neben oder anstelle des Anbieters als Ansprechpartner für das Büro für Künstliche Intelligenz oder die zuständigen Behörden in allen Fragen zu dienen, die die Gewährleistung der Einhaltung dieser Verordnung betreffen.

(5) Der Bevollmächtigte beendet den Auftrag, wenn er der Auffassung ist oder Grund zu der Annahme hat, dass der Anbieter gegen seine Pflichten gemäß dieser Verordnung verstößt. In einem solchen Fall informiert er auch das Büro für Künstliche Intelligenz unverzüglich über die Beendigung des Auftrags und die Gründe dafür.

(6) Die Pflicht gemäß diesem Artikel gilt nicht für Anbieter von KI-Modellen, die im Rahmen einer freien und quelloffenen Lizenz bereitgestellt werden, die den Zugang, die Nutzung, die Änderung und die Verbreitung des Modells ermöglicht und deren Parameter, einschließlich Gewichte, Informationen über die Modellarchitektur und Informationen über die Modellnutzung, öffentlich zugänglich gemacht werden, es sei denn, die KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck bergen systemische Risiken.

ABSCHNITT 3

Pflichten der Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck mit systemischem Risiko

Artikel 55

Pflichten der Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck mit systemischem Risiko

(1) Zusätzlich zu den in den Artikeln 53 und 54 aufgeführten Pflichten müssen Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck mit systemischem Risiko

a) eine Modellbewertung mit standardisierten Protokollen und Instrumenten, die dem Stand der Technik entsprechen, durchführen, wozu auch die Durchführung und Dokumentation von Angriffstests beim Modell gehören, um systemische Risiken zu ermitteln und zu mindern,

b) mögliche systemische Risiken auf Unionsebene — einschließlich ihrer Ursachen —, die sich aus der Entwicklung, dem Inverkehrbringen oder der Verwendung von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck mit systemischem Risiko ergeben können, bewerten und mindern,

c) einschlägige Informationen über schwerwiegende Vorfälle und mögliche Abhilfemaßnahmen erfassen und dokumentieren und das Büro für Künstliche Intelligenz und gegebenenfalls die zuständigen nationalen Behörden unverzüglich darüber unterrichten,

d) ein angemessenes Maß an Cybersicherheit für die KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck mit systemischem Risiko und die physische Infrastruktur des Modells gewährleisten.

(2) Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck mit systemischem Risiko können sich bis zur Veröffentlichung einer harmonisierten Norm auf Praxisleitfäden im Sinne des Artikels 56 stützen, um die Einhaltung der in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannten Pflichten nachzuweisen. Die Einhaltung der harmonisierten europäischen Norm begründet für die Anbieter die Vermutung der Konformität, insoweit diese Normen diese Verpflichtungen abdecken. Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck mit systemischem Risiko, die einen genehmigten Praxisleitfaden nicht befolgen oder eine harmonisierte europäische Norm nicht einhalten, müssen geeignete alternative Verfahren der Einhaltung aufzeigen, die von der Kommission zu bewerten sind.

(3) Jegliche Informationen oder Dokumentation, die gemäß diesem Artikel erlangt werden, werden im Einklang mit den in Artikel 78 festgelegten Vertraulichkeitspflichten behandelt.

ABSCHNITT 4

Praxisleitfäden

Artikel 56

Praxisleitfäden

(1) Das Büro für Künstliche Intelligenz fördert und erleichtert die Ausarbeitung von Praxisleitfäden auf Unionsebene, um unter Berücksichtigung internationaler Ansätze zur ordnungsgemäßen Anwendung dieser Verordnung beizutragen.

(2) Das Büro für Künstliche Intelligenz und das KI-Gremium streben an, sicherzustellen, dass die Praxisleitfäden mindestens die in den Artikeln 53 und 55 vorgesehenen Pflichten abdecken, einschließlich der folgenden Aspekte:

a) Mittel, mit denen sichergestellt wird, dass die in Artikel 53 Absatz 1 Buchstaben a und b genannten Informationen vor dem Hintergrund der Marktentwicklungen und technologischen Entwicklungen auf dem neuesten Stand gehalten werden;

b) die angemessene Detailgenauigkeit bei der Zusammenfassung der für das Training verwendeten Inhalte;

c) die Ermittlung von Art und Wesen der systemischen Risiken auf Unionsebene, gegebenenfalls einschließlich ihrer Ursachen;

d) die Maßnahmen, Verfahren und Modalitäten für die Bewertung und das Management der systemischen Risiken auf Unionsebene, einschließlich ihrer Dokumentation, die in einem angemessenen Verhältnis zu den Risiken stehen, ihrer Schwere und Wahrscheinlichkeit Rechnung tragen und die spezifischen Herausforderungen bei der Bewältigung dieser Risiken vor dem Hintergrund der möglichen Arten der Entstehung und des Eintretens solcher Risiken entlang der KI-Wertschöpfungskette berücksichtigen.

(3) Das Büro für Künstliche Intelligenz kann alle Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck sowie die einschlägigen zuständigen nationalen Behörden ersuchen, sich an der Ausarbeitung von Praxisleitfäden zu beteiligen. Organisationen der Zivilgesellschaft, die Industrie, die Wissenschaft und andere einschlägige Interessenträger wie nachgelagerte Anbieter und unabhängige Sachverständige können den Prozess unterstützen.

(4) Das Büro für Künstliche Intelligenz und das KI-Gremium streben an, sicherzustellen, dass in den Praxisleitfäden ihre spezifischen Ziele eindeutig festgelegt sind und Verpflichtungen oder Maßnahmen, gegebenenfalls einschließlich wesentlicher Leistungsindikatoren, enthalten, um die Verwirklichung dieser Ziele gewährleisten, und dass sie den Bedürfnissen und Interessen aller interessierten Kreise, einschließlich betroffener Personen, auf Unionsebene gebührend Rechnung tragen.

(5) Das Büro für Künstliche Intelligenz strebt an, sicherzustellen, dass die an Praxisleitfäden Beteiligten dem Büro für Künstliche Intelligenz regelmäßig über die Umsetzung der Verpflichtungen, die ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse, die gegebenenfalls auch anhand der wesentlichen Leistungsindikatoren gemessen werden, Bericht erstatten. Bei den wesentlichen Leistungsindikatoren und den Berichtspflichten wird den Größen- und Kapazitätsunterschieden zwischen den verschiedenen Beteiligten Rechnung getragen.

(6) Das Büro für Künstliche Intelligenz und KI-Gremium überwachen und bewerten regelmäßig die Verwirklichung der Ziele der Praxisleitfäden durch die Beteiligten und deren Beitrag zur ordnungsgemäßen Anwendung dieser Verordnung. Das Büro für Künstliche Intelligenz und das KI-Gremium bewerten, ob die Praxisleitfäden die in den Artikeln 53 und 55 vorgesehenen Pflichten abdecken, und überwachen und bewerten regelmäßig die Verwirklichung von deren Zielen. Sie veröffentlichen ihre Bewertung der Angemessenheit der Praxisleitfäden.

Die Kommission kann im Wege eines Durchführungsrechtsakts einen Praxisleitfaden genehmigen und ihm in der Union allgemeine Gültigkeit verleihen. Dieser Durchführungsrechtsakt wird gemäß dem in Artikel 98 Absatz 2 genannten Prüfverfahren erlassen.

(7) Das Büro für Künstliche Intelligenz kann alle Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck ersuchen, die Praxisleitfäden zu befolgen. Für Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck, die keine systemischen Risiken bergen, kann diese Befolgung auf die in Artikel 53 vorgesehenen Pflichten beschränkt werden, es sei denn, sie erklären ausdrücklich ihr Interesse, sich dem ganzen Kodex anzuschließen.

(8) Das Büro für Künstliche Intelligenz fördert und erleichtert gegebenenfalls auch die Überprüfung und Anpassung der Praxisleitfäden, insbesondere vor dem Hintergrund neuer Normen. Das Büro für Künstliche Intelligenz unterstützt bei der Bewertung der verfügbaren Normen.

(9) Praxisleitfäden müssen spätestens am 2. Mai 2025 vorliegen. Das Büro für Künstliche Intelligenz unternimmt die erforderlichen Schritte, einschließlich des Ersuchens von Anbietern gemäß Absatz 7.

Kann bis zum 2. August 2025 ein Verhaltenskodex nicht fertiggestellt werden oder erachtet das Büro für Künstliche Intelligenz dies nach seiner Bewertung gemäß Absatz 6 des vorliegenden Artikels für nicht angemessen, kann die Kommission im Wege von Durchführungsrechtsakten gemeinsame Vorschriften für die Umsetzung der in den Artikeln 53 und 55 vorgesehenen Pflichten, einschließlich der in Absatz 2 des vorliegenden Artikels genannten Aspekte, festlegen. Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 98 Absatz 2 genannten Prüfverfahren erlassen.

KAPITEL VI

MASSNAHMEN ZUR INNOVATIONSFÖRDERUNG

Artikel 57

KI-Reallabore

(1) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass ihre zuständigen Behörden mindestens ein KI-Reallabor auf nationaler Ebene einrichten, das bis zum 2. August 2026 einsatzbereit sein muss. Dieses Reallabor kann auch gemeinsam mit den zuständigen Behörden anderer Mitgliedstaaten eingerichtet werden. Die Kommission kann technische Unterstützung, Beratung und Instrumente für die Einrichtung und den Betrieb von KI-Reallaboren bereitstellen.

Die Verpflichtung nach Unterabsatz 1 kann auch durch Beteiligung an einem bestehenden Reallabor erfüllt werden, sofern eine solche Beteiligung die nationale Abdeckung der teilnehmenden Mitgliedstaaten in gleichwertigem Maße gewährleistet.

(2) Es können auch zusätzliche KI-Reallabore auf regionaler oder lokaler Ebene oder gemeinsam mit den zuständigen Behörden anderer Mitgliedstaaten eingerichtet werden;

(3) Der Europäische Datenschutzbeauftragte kann auch ein KI-Reallabor für Organe, Einrichtungen und sonstige Stellen der Union einrichten und die Rollen und Aufgaben der zuständigen nationalen Behörden im Einklang mit diesem Kapitel wahrnehmen.

(4) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die in den Absätzen 1 und 2 genannten zuständigen Behörden ausreichende Mittel bereitstellen, um diesem Artikel wirksam und zeitnah nachzukommen. Gegebenenfalls arbeiten die zuständigen nationalen Behörden mit anderen einschlägigen Behörden zusammen und können die Einbeziehung anderer Akteure des KI-Ökosystems gestatten. Andere Reallabore, die im Rahmen des Unionsrechts oder des nationalen Rechts eingerichtet wurden, bleiben von diesem Artikel unberührt. Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass die diese anderen Reallabore beaufsichtigenden Behörden und die zuständigen nationalen Behörden angemessen zusammenarbeiten.

(5) Die nach Absatz 1 eingerichteten KI-Reallabore bieten eine kontrollierte Umgebung, um Innovation zu fördern und die Entwicklung, das Training, das Testen und die Validierung innovativer KI-Systeme für einen begrenzten Zeitraum vor ihrem Inverkehrbringen oder ihrer Inbetriebnahme nach einem bestimmten zwischen den Anbietern oder zukünftigen Anbietern und der zuständigen Behörde vereinbarten Reallabor-Plan zu erleichtern. In diesen Reallaboren können auch darin beaufsichtigte Tests unter Realbedingungen durchgeführt werden.

(6) Die zuständigen Behörden stellen innerhalb der KI-Reallabore gegebenenfalls Anleitung, Aufsicht und Unterstützung bereit, um Risiken, insbesondere im Hinblick auf Grundrechte, Gesundheit und Sicherheit, Tests und Risikominderungsmaßnahmen sowie deren Wirksamkeit hinsichtlich der Pflichten und Anforderungen dieser Verordnung und gegebenenfalls anderem Unionsrecht und nationalem Recht, deren Einhaltung innerhalb des Reallabors beaufsichtigt wird, zu ermitteln.

(7) Die zuständigen Behörden stellen den Anbietern und zukünftigen Anbietern, die am KI-Reallabor teilnehmen, Leitfäden zu regulatorischen Erwartungen und zur Erfüllung der in dieser Verordnung festgelegten Anforderungen und Pflichten zur Verfügung.

Die zuständige Behörde legt dem Anbieter oder zukünftigen Anbieter des KI-Systems auf dessen Anfrage einen schriftlichen Nachweis für die im Reallabor erfolgreich durchgeführten Tätigkeiten vor. Außerdem legt die zuständige Behörde einen Abschlussbericht vor, in dem sie die im Reallabor durchgeführten Tätigkeiten, deren Ergebnisse und die gewonnenen Erkenntnisse im Einzelnen darlegt. Die Anbieter können diese Unterlagen nutzen, um im Rahmen des Konformitätsbewertungsverfahrens oder einschlägiger Marktüberwachungstätigkeiten nachzuweisen, dass sie dieser Verordnung nachkommen. In diesem Zusammenhang werden die Abschlussberichte und die von der zuständigen nationalen Behörde vorgelegten schriftlichen Nachweise von den Marktüberwachungsbehörden und den notifizierten Stellen im Hinblick auf eine Beschleunigung der Konformitätsbewertungsverfahren in angemessenem Maße positiv gewertet.

(8) Vorbehaltlich der in Artikel 78 enthaltenen Bestimmungen über die Vertraulichkeit und im Einvernehmen mit den Anbietern oder zukünftigen Anbietern, sind die Kommission und das KI-Gremium befugt, die Abschlussberichte einzusehen und tragen diesen gegebenenfalls bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben gemäß dieser Verordnung Rechnung. Wenn der Anbieter oder der zukünftige Anbieter und die zuständige nationale Behörde ihr ausdrückliches Einverständnis erklären, kann der Abschlussbericht über die in diesem Artikel genannte zentrale Informationsplattform veröffentlicht werden.

(9) Die Einrichtung von KI-Reallaboren soll zu den folgenden Zielen beitragen:

a) Verbesserung der Rechtssicherheit, um für die Einhaltung der Regulierungsvorschriften dieser Verordnung oder, gegebenenfalls, anderem geltenden Unionsrecht und nationalem Recht zu sorgen;

b) Förderung des Austauschs bewährter Verfahren durch Zusammenarbeit mit den am KI-Reallabor beteiligten Behörden;

c) Förderung von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit sowie Erleichterung der Entwicklung eines KI-Ökosystems;

d) Leisten eines Beitrags zum evidenzbasierten regulatorischen Lernen;

e) Erleichterung und Beschleunigung des Zugangs von KI-Systemen zum Unionsmarkt, insbesondere wenn sie von KMU — einschließlich Start-up-Unternehmen — angeboten werden.

(10) Soweit die innovativen KI-Systeme personenbezogene Daten verarbeiten oder anderweitig der Aufsicht anderer nationaler Behörden oder zuständiger Behörden unterstehen, die den Zugang zu personenbezogenen Daten gewähren oder unterstützen, sorgen die zuständigen nationalen Behörden dafür, dass die nationalen Datenschutzbehörden oder diese anderen nationalen oder zuständigen Behörden in den Betrieb des KI-Reallabors sowie in die Überwachung dieser Aspekte im vollen Umfang ihrer entsprechenden Aufgaben und Befugnisse einbezogen werden.

(11) Die KI-Reallabore lassen die Aufsichts- oder Abhilfebefugnisse der die Reallabore beaufsichtigenden zuständigen Behörden, einschließlich auf regionaler oder lokaler Ebene, unberührt. Alle erheblichen Risiken für die Gesundheit und Sicherheit und die Grundrechte, die bei der Entwicklung und Erprobung solcher KI-Systeme festgestellt werden, führen zur sofortigen und angemessenen Risikominderung. Die zuständigen nationalen Behörden sind befugt, das Testverfahren oder die Beteiligung am Reallabor vorübergehend oder dauerhaft auszusetzen, wenn keine wirksame Risikominderung möglich ist, und unterrichten das Büro für Künstliche Intelligenz über diese Entscheidung. Um Innovationen im Bereich KI in der Union zu fördern, üben die zuständigen nationalen Behörden ihre Aufsichtsbefugnisse im Rahmen des geltenden Rechts aus, indem sie bei der Anwendung der Rechtsvorschriften auf ein bestimmtes KI-Reallabor ihren Ermessensspielraum nutzen.

(12) Die am KI-Reallabor beteiligten Anbieter und zukünftigen Anbieter bleiben nach geltendem Recht der Union und nationalem Haftungsrecht für Schäden haftbar, die Dritten infolge der Erprobung im Reallabor entstehen. Sofern die zukünftigen Anbieter den spezifischen Plan und die Bedingungen für ihre Beteiligung beachten und der Anleitung durch die zuständigen nationalen Behörden in gutem Glauben folgen, werden jedoch von den Behörden keine Geldbußen für Verstöße gegen diese Verordnung verhängt. In Fällen, in denen andere zuständige Behörden, die für anderes Unionsrecht und nationales Recht zuständig sind, aktiv an der Beaufsichtigung des KI-Systems im Reallabor beteiligt waren und Anleitung für die Einhaltung gegeben haben, werden im Hinblick auf dieses Recht keine Geldbußen verhängt.

(13) Die KI-Reallabore sind so konzipiert und werden so umgesetzt, dass sie gegebenenfalls die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen zuständigen nationalen Behörden erleichtern.

(14) Die zuständigen nationalen Behörden koordinieren ihre Tätigkeiten und arbeiten im Rahmen des KI-Gremiums zusammen.

(15) Die zuständigen nationalen Behörden unterrichten das Büro für Künstliche Intelligenz und das KI-Gremium über die Einrichtung eines Reallabors und können sie um Unterstützung und Anleitung bitten. Das Büro für Künstliche Intelligenz veröffentlicht eine Liste der geplanten und bestehenden Reallabore und hält sie auf dem neuesten Stand, um eine stärkere Interaktion in den KI-Reallaboren und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu fördern.

(16) Die zuständigen nationalen Behörden übermitteln dem Büro für Künstliche Intelligenz und dem KI-Gremium jährliche Berichte, und zwar ab einem Jahr nach der Einrichtung des Reallabors und dann jedes Jahr bis zu dessen Beendigung, sowie einen Abschlussbericht. Diese Berichte informieren über den Fortschritt und die Ergebnisse der Umsetzung dieser Reallabore, einschließlich bewährter Verfahren, Vorfällen, gewonnener Erkenntnisse und Empfehlungen zu deren Aufbau, sowie gegebenenfalls über die Anwendung und mögliche Überarbeitung dieser Verordnung, einschließlich ihrer delegierten Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte, sowie über die Anwendung anderen Unionsrechts, deren Einhaltung von den zuständigen Behörden innerhalb des Reallabors beaufsichtigt wird. Die zuständigen nationalen Behörden stellen diese jährlichen Berichte oder Zusammenfassungen davon der Öffentlichkeit online zur Verfügung. Die Kommission trägt den jährlichen Berichten gegebenenfalls bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben gemäß dieser Verordnung Rechnung.

(17) Die Kommission richtet eine eigene Schnittstelle ein, die alle relevanten Informationen zu den KI-Reallaboren enthält, um es den Interessenträgern zu ermöglichen, mit den KI-Reallaboren zu interagieren und Anfragen an die zuständigen Behörden zu richten und unverbindliche Beratung zur Konformität von innovativen Produkten, Dienstleistungen und Geschäftsmodellen mit integrierter KI-Technologie im Einklang mit Artikel 62 Absatz 1 Buchstabe c einzuholen. Die Kommission stimmt sich gegebenenfalls proaktiv mit den zuständigen nationalen Behörden ab.

Artikel 58

Detaillierte Regelungen für KI-Reallabore und deren Funktionsweise

(1) Um eine Zersplitterung in der Union zu vermeiden, erlässt die Kommission Durchführungsrechtsakte, in denen detaillierte Regelungen für die Einrichtung, Entwicklung, Umsetzung, den Betrieb und die Beaufsichtigung der KI-Reallabore enthalten sind. In den Durchführungsrechtsakten sind gemeinsame Grundsätze zu den folgenden Aspekten festgelegt:

a) Voraussetzungen und Auswahlkriterien für eine Beteiligung am KI-Reallabor;

b) Verfahren für Antragstellung, Beteiligung, Überwachung, Ausstieg und Beendigung bezüglich des KI-Reallabors, einschließlich Plan und Abschlussbericht für das Reallabor;

c) für Beteiligte geltende Anforderungen und Bedingungen.

Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 98 Absatz 2 genannten Prüfverfahren erlassen.

(2) Die in Absatz 1 genannten Durchführungsrechtsakte gewährleisten,

a) dass KI-Reallabore allen Anbietern oder zukünftigen Anbietern eines KI-Systems, die einen Antrag stellen und die Voraussetzungen und Auswahlkriterien erfüllen, offen stehen; diese Voraussetzungen und Kriterien sind transparent und fair und die zuständigen nationalen Behörden informieren die Antragsteller innerhalb von drei Monaten nach Antragstellung über ihre Entscheidung;

b) dass die KI-Reallabore einen breiten und gleichberechtigten Zugang ermöglichen und mit der Nachfrage nach Beteiligung Schritt halten; die Anbieter und zukünftigen Anbieter auch Anträge zusammen mit Betreibern oder einschlägigen Dritten, die ihre Partner sind, stellen können;

c) dass die detaillierten Regelungen und Bedingungen für KI-Reallabore so gut wie möglich die Flexibilität der zuständigen nationalen Behörden bei der Einrichtung und dem Betrieb ihrer KI-Reallabore unterstützen;

d) dass der Zugang zu KI-Reallaboren für KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, kostenlos ist, unbeschadet außergewöhnlicher Kosten, die die zuständigen nationalen Behörden in einer fairen und verhältnismäßigen Weise einfordern können;

e) dass den Anbietern und zukünftigen Anbietern die Einhaltung der Verpflichtungen zur Konformitätsbewertung nach dieser Verordnung oder die freiwillige Anwendung der in Artikel 95 genannten Verhaltenskodizes mittels der gewonnenen Erkenntnisse der KI-Reallabore erleichtert wird;

f) dass KI-Reallabore die Einbeziehung anderer einschlägiger Akteure innerhalb des KI-Ökosystems, wie etwa notifizierte Stellen und Normungsorganisationen, KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, Unternehmen, Innovatoren, Test- und Versuchseinrichtungen, Forschungs- und Versuchslabore, europäische digitale Innovationszentren, Kompetenzzentren und einzelne Forscher begünstigen, um die Zusammenarbeit mit dem öffentlichen und dem privaten Sektor zu ermöglichen und zu erleichtern;

g) dass die Verfahren, Prozesse und administrativen Anforderungen für die Antragstellung, die Auswahl, die Beteiligung und den Ausstieg aus dem KI-Reallabor einfach, leicht verständlich und klar kommuniziert sind, um die Beteiligung von KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, mit begrenzten rechtlichen und administrativen Kapazitäten zu erleichtern, sowie unionsweit gestrafft sind, um eine Zersplitterung zu vermeiden, und dass die Beteiligung an einem von einem Mitgliedstaat oder dem Europäischen Datenschutzbeauftragten eingerichteten KI-Reallabor gegenseitig und einheitlich anerkannt wird und in der gesamten Union die gleiche Rechtswirkung hat;

h) dass die Beteiligung an dem KI-Reallabor auf einen der Komplexität und dem Umfang des Projekts entsprechenden Zeitraum beschränkt ist, der von der zuständigen nationalen Behörde verlängert werden kann;

i) dass die KI-Reallabore die Entwicklung von Instrumenten und Infrastruktur für das Testen, das Benchmarking, die Bewertung und die Erklärung der Dimensionen von KI-Systemen erleichtern, die für das regulatorische Lernen Bedeutung sind, wie etwa Genauigkeit, Robustheit und Cybersicherheit, sowie Maßnahmen zur Risikominderung im Hinblick auf die Grundrechte und die Gesellschaft als Ganzes fördern.

(3) Zukünftige Anbieter in den KI-Reallaboren, insbesondere KMU und Start-up-Unternehmen, werden gegebenenfalls vor der Einrichtung an Dienste verwiesen, die beispielsweise eine Anleitung zur Umsetzung dieser Verordnung oder andere Mehrwertdienste wie Hilfe bei Normungsdokumenten bereitstellen, sowie an Zertifizierungs-, Test- und Versuchseinrichtungen, europäische digitale Innovationszentren und Exzellenzzentren.

(4) Wenn zuständige nationale Behörden in Betracht ziehen, Tests unter Realbedingungen zu genehmigen, die im Rahmen eines KI-Reallabors beaufsichtigt werden, welches nach diesem Artikel einzurichten ist, vereinbaren sie mit den Beteiligten ausdrücklich die Anforderungen und Bedingungen für diese Tests und insbesondere geeignete Schutzvorkehrungen für Grundrechte, Gesundheit und Sicherheit. Gegebenenfalls arbeiten sie mit anderen zuständigen nationalen Behörden zusammen, um für unionsweit einheitliche Verfahren zu sorgen.

Artikel 59

Weiterverarbeitung personenbezogener Daten zur Entwicklung bestimmter KI-Systeme im öffentlichen Interesse im KI-Reallabor

(1) Rechtmäßig für andere Zwecke erhobene personenbezogene Daten dürfen im KI-Reallabor ausschließlich für die Zwecke der Entwicklung, des Trainings und des Testens bestimmter KI-Systeme im Reallabor verarbeitet werden, wenn alle der folgenden Bedingungen erfüllt sind:

a) Die KI-Systeme werden zur Wahrung eines erheblichen öffentlichen Interesses durch eine Behörde oder eine andere natürliche oder juristische Person und in einem oder mehreren der folgenden Bereiche entwickelt:

   i) öffentliche Sicherheit und öffentliche Gesundheit, einschließlich Erkennung, Diagnose, Verhütung, Bekämpfung und Behandlung von Krankheiten sowie Verbesserung von Gesundheitsversorgungssystemen;

   ii) hohes Umweltschutzniveau und Verbesserung der Umweltqualität, Schutz der biologischen Vielfalt, Schutz gegen Umweltverschmutzung, Maßnahmen für den grünen Wandel sowie Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel;

   iii) nachhaltige Energie;

   iv) Sicherheit und Widerstandsfähigkeit von Verkehrssystemen und Mobilität, kritischen Infrastrukturen und Netzen;

   v) Effizienz und Qualität der öffentlichen Verwaltung und öffentlicher Dienste;

b) die verarbeiteten Daten sind für die Erfüllung einer oder mehrerer der in Kapitel III Abschnitt 2 genannten Anforderungen erforderlich, sofern diese Anforderungen durch die Verarbeitung anonymisierter, synthetischer oder sonstiger nicht personenbezogener Daten nicht wirksam erfüllt werden können;

c) es bestehen wirksame Überwachungsmechanismen, mit deren Hilfe festgestellt wird, ob während der Reallaborversuche hohe Risiken für die Rechte und Freiheiten betroffener Personen gemäß Artikel 35 der Verordnung (EU) 2016/679 und gemäß Artikel 39 der Verordnung (EU) 2018/1725 auftreten können, sowie Reaktionsmechanismen, mit deren Hilfe diese Risiken umgehend eingedämmt werden können und die Verarbeitung bei Bedarf beendet werden kann;

d) personenbezogene Daten, die im Rahmen des Reallabors verarbeitet werden sollen, befinden sich in einer funktional getrennten, isolierten und geschützten Datenverarbeitungsumgebung unter der Kontrolle des zukünftigen Anbieters, und nur befugte Personen haben Zugriff auf diese Daten;

e) Anbieter dürfen die ursprünglich erhobenen Daten nur im Einklang mit dem Datenschutzrecht der Union weitergeben; personenbezogene Daten, die im Reallabor erstellt wurden, dürfen nicht außerhalb des Reallabors weitergegeben werden;

f) eine Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen des Reallabors führt zu keinen Maßnahmen oder Entscheidungen, die Auswirkungen auf die betroffenen Personen haben, und berührt nicht die Anwendung ihrer Rechte, die in den Rechtsvorschriften der Union über den Schutz personenbezogener Daten festgelegt sind;

g) im Rahmen des Reallabors verarbeitete personenbezogene Daten sind durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen geschützt und werden gelöscht, sobald die Beteiligung an dem Reallabor endet oder das Ende der Speicherfrist für die personenbezogenen Daten erreicht ist;

h) die Protokolle der Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen des Reallabors werden für die Dauer der Beteiligung am Reallabor aufbewahrt, es sei denn, im Unionsrecht oder nationalen Recht ist etwas anderes bestimmt;

i) eine vollständige und detaillierte Beschreibung des Prozesses und der Gründe für das Trainieren, Testen und Validieren des KI-Systems wird zusammen mit den Testergebnissen als Teil der technischen Dokumentation gemäß Anhang IV aufbewahrt;

j) eine kurze Zusammenfassung des im Reallabor entwickelten KI-Projekts, seiner Ziele und der erwarteten Ergebnisse wird auf der Website der zuständigen Behörden veröffentlicht; diese Pflicht erstreckt sich nicht auf sensible operative Daten zu den Tätigkeiten von Strafverfolgungs-, Grenzschutz-, Einwanderungs- oder Asylbehörden.

(2) Für die Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstrekkung — einschließlich des Schutzes vor und der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit — unter der Kontrolle und Verantwortung der Strafverfolgungsbehörden erfolgt die Verarbeitung personenbezogener Daten in KI-Reallaboren auf der Grundlage eines spezifischen Unionsrechts oder nationalen Rechts und unterliegt den kumulativen Bedingungen des Absatzes 1.

(3) Das Unionsrecht oder nationale Recht, das die Verarbeitung personenbezogener Daten für andere Zwecke als die ausdrücklich in jenem Recht genannten ausschließt, sowie Unionsrecht oder nationales Recht, in dem die Grundlagen für eine für die Zwecke der Entwicklung, des Testens oder des Trainings innovativer KI-Systeme notwendige Verarbeitung personenbezogener Daten festgelegt sind, oder jegliche anderen dem Unionsrecht zum Schutz personenbezogener Daten entsprechenden Rechtsgrundlagen bleiben von Absatz 1 unberührt.

Artikel 60

Tests von Hochrisiko-KI-Systemen unter Realbedingungen außerhalb von KI-Reallaboren

(1) Tests von Hochrisiko-KI-Systemen unter Realbedingungen können von Anbietern oder zukünftigen Anbietern von in Anhang III aufgeführten Hochrisiko-KI-Systemen außerhalb von KI-Reallaboren gemäß diesem Artikel und — unbeschadet der Bestimmungen unter Artikel 5 — dem in diesem Artikel genannten Plan für einen Test unter Realbedingungen durchgeführt werden.

Die Kommission legt die einzelnen Elemente des Plans für einen Test unter Realbedingungen im Wege von Durchführungsrechtsakten fest. Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 98 Absatz 2 genannten Prüfverfahren erlassen.

Das Unionsrecht oder nationale Recht für das Testen von Hochrisiko-KI-Systemen unter Realbedingungen im Zusammenhang mit Produkten, die unter die in Anhang I aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fallen, bleibt von dieser Bestimmung unberührt.

(2) Anbieter oder zukünftige Anbieter können in Anhang III genannte Hochrisiko-KI-Systeme vor deren Inverkehrbringen oder Inbetriebnahme jederzeit selbst oder in Partnerschaft mit einem oder mehreren Betreibern oder zukünftigen Betreibern unter Realbedingungen testen.

(3) Tests von KI-Systemen unter Realbedingungen gemäß diesem Artikel lassen nach dem Unionsrecht oder dem nationalen Recht gegebenenfalls vorgeschriebene Ethikprüfungen unberührt.

(4) Tests unter Realbedingungen dürfen von Anbietern oder zukünftigen Anbietern nur durchgeführt werden, wenn alle der folgenden Bedingungen erfüllt sind:

a) Der Anbieter oder der zukünftige Anbieter hat einen Plan für einen Test unter Realbedingungen erstellt und diesen bei der Marktüberwachungsbehörde in dem Mitgliedstaat eingereicht, in dem der Test unter Realbedingungen stattfinden soll;

b) die Marktüberwachungsbehörde in dem Mitgliedstaat, in dem der Test unter Realbedingungen stattfinden soll, hat den Test unter Realbedingungen und den Plan für einen Test unter Realbedingungen genehmigt; hat die Marktüberwachungsbehörde innerhalb von 30 Tagen keine Antwort gegeben, so gelten der Test unter Realbedingungen und der Plan für einen Test unter Realbedingungen als genehmigt; ist im nationalen Recht keine stillschweigende Genehmigung vorgesehen, so bleibt der Test unter Realbedingungen genehmigungspflichtig;

c) der Anbieter oder zukünftige Anbieter, mit Ausnahme der in Anhang III Nummern 1, 6 und 7 genannten Anbieter oder zukünftigen Anbieter von Hochrisiko-KI-Systemen in den Bereichen Strafverfolgung, Migration, Asyl und Grenzkontrolle und der in Anhang III Nummer 2 genannten Hochrisiko-KI-Systeme, hat den Test unter Realbedingungen unter Angabe einer unionsweit einmaligen Identifizierungsnummer und der in Anhang IX festgelegten Informationen gemäß Artikel 71 Absatz 4 registriert; der Anbieter oder zukünftige Anbieter von Hochrisiko-KI-Systemen gemäß Anhang III Nummern 1, 6 und 7 in den Bereichen Strafverfolgung, Migration, Asyl und Grenzkontrollmanagement hat die Tests unter Realbedingungen im sicheren nicht öffentlichen Teil der EU-Datenbank gemäß Artikel 49 Absatz 4 Buchstabe d mit einer unionsweit einmaligen Identifizierungsnummer und den darin festgelegten Informationen registriert; der Anbieter oder zukünftige Anbieter von Hochrisiko-KI-Systemen gemäß Anhang III Nummer 2 hat die Tests unter Realbedingungen gemäß Artikel 49 Absatz 5 registriert;

d) der Anbieter oder der zukünftige Anbieter, der den Test unter Realbedingungen durchführt, ist in der Union niedergelassen oder hat einen in der Union niedergelassenen gesetzlichen Vertreter bestellt;

e) die für die Zwecke des Tests unter Realbedingungen erhobenen und verarbeiteten Daten werden nur dann an Drittländer übermittelt, wenn gemäß Unionsrecht geeignete und anwendbare Schutzvorkehrungen greifen;

f) der Test unter Realbedingungen dauert nicht länger als zur Erfüllung seiner Zielsetzungen nötig und in keinem Fall länger als sechs Monate; dieser Zeitraum kann um weitere sechs Monate verlängert werden, sofern der Anbieter oder der zukünftige Anbieter die Marktüberwachungsbehörde davon vorab in Kenntnis setzt und erläutert, warum eine solche Verlängerung erforderlich ist;

g) Testteilnehmer im Rahmen von Tests unter Realbedingungen, die aufgrund ihres Alters oder einer Behinderung schutzbedürftigen Gruppen angehören, sind angemessen geschützt;

h) wenn ein Anbieter oder zukünftiger Anbieter den Test unter Realbedingungen in Zusammenarbeit mit einem oder mehreren Betreibern oder zukünftigen Betreibern organisiert, werden Letztere vorab über alle für ihre Teilnahmeentscheidung relevanten Aspekte des Tests informiert und erhalten die einschlägigen in Artikel 13 genannten Betriebsanleitungen für das KI-System; der Anbieter oder zukünftige Anbieter und der Betreiber oder zukünftige Betreiber schließen eine Vereinbarung, in der ihre Aufgaben und Zuständigkeiten festgelegt sind, um für die Einhaltung der nach dieser Verordnung und anderem Unionsrecht und nationalem Recht für Tests unter Realbedingungen geltenden Bestimmungen zu sorgen;

i) die Testteilnehmer im Rahmen von Tests unter Realbedingungen erteilen ihre informierte Einwilligung gemäß Artikel 61, oder, wenn im Fall der Strafverfolgung die Einholung einer informierten Einwilligung den Test des KI-Systems verhindern würde, dürfen sich der Test und die Ergebnisse des Tests unter Realbedingungen nicht negativ auf die Testteilnehmer auswirken und ihre personenbezogenen Daten werden nach Durchführung des Tests gelöscht;

j) der Anbieter oder zukünftige Anbieter und die Betreiber und zukünftigen Betreiber lassen den Test unter Realbedingungen von Personen wirksam überwachen, die auf dem betreffenden Gebiet angemessen qualifiziert sind und über die Fähigkeit, Ausbildung und Befugnis verfügen, die für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlich sind;

k) die Vorhersagen, Empfehlungen oder Entscheidungen des KI-Systems können effektiv rückgängig gemacht und außer Acht gelassen werden.

(5) Jeder Testteilnehmer bezüglich des Tests unter Realbedingungen oder gegebenenfalls dessen gesetzlicher Vertreter kann seine Teilnahme an dem Test jederzeit durch Widerruf seiner informierten Einwilligung beenden und die unverzügliche und dauerhafte Löschung seiner personenbezogenen Daten verlangen, ohne dass ihm daraus Nachteile entstehen und er dies in irgendeiner Weise begründen müsste. Der Widerruf der informierten Einwilligung wirkt sich nicht auf bereits durchgeführte Tätigkeiten aus.

(6) Im Einklang mit Artikel 75 übertragen die Mitgliedstaaten ihren Marktüberwachungsbehörden die Befugnis, Anbieter und zukünftige Anbieter zur Bereitstellung von Informationen zu verpflichten, unangekündigte Ferninspektionen oder Vor-Ort-Inspektionen durchzuführen und die Durchführung der Tests unter Realbedingungen und damit zusammenhängende Hochrisiko-KI-Systeme zu prüfen. Die Marktüberwachungsbehörden nutzen diese Befugnisse, um für die sichere Entwicklung von Tests unter Realbedingungen zu sorgen.

(7) Jegliche schwerwiegenden Vorfälle im Verlauf des Tests unter Realbedingungen sind den nationalen Marktüberwachungsbehörden gemäß Artikel 73 zu melden. Der Anbieter oder zukünftige Anbieter trifft Sofortmaßnahmen zur Schadensbegrenzung; andernfalls setzt er den Test unter Realbedingungen so lange aus, bis eine Schadensbegrenzung stattgefunden hat, oder bricht ihn ab. Im Fall eines solchen Abbruchs des Tests unter Realbedingungen richtet der Anbieter oder zukünftige Anbieter ein Verfahren für den sofortigen Rückruf des KI-Systems ein.

(8) Anbieter oder zukünftige Anbieter setzen die nationalen Marktüberwachungsbehörde in dem Mitgliedstaat, in dem der Test unter Realbedingungen stattfindet, über die Aussetzung oder den Abbruch des Tests unter Realbedingungen und die Endergebnisse in Kenntnis.

(9) Anbieter oder zukünftige Anbieter sind nach geltendem Recht der Union und geltendem nationalen Recht für Schäden haftbar, die während ihrer Tests unter Realbedingungen entstehen.

Artikel 61

Informierte Einwilligung zur Teilnahme an einem Test unter Realbedingungen außerhalb von KI-Reallaboren

(1) Für die Zwecke von Tests unter Realbedingungen gemäß Artikel 60 ist von den Testteilnehmern eine freiwillig erteilte informierte Einwilligung einzuholen, bevor sie an dem Test teilnehmen und nachdem sie mit präzisen, klaren, relevanten und verständlichen Informationen über Folgendes ordnungsgemäß informiert wurden:

a) die Art und die Zielsetzungen des Tests unter Realbedingungen und etwaige mit ihrer Teilnahme verbundene Unannehmlichkeiten;

b) die Bedingungen, unter denen der Test unter Realbedingungen erfolgen soll, einschließlich der voraussichtlichen Dauer der Teilnahme des Testteilnehmers oder der Testteilnehmer;

c) ihre Rechte und Garantien, die ihnen bezüglich ihrer Teilnahme zustehen, insbesondere ihr Recht, die Teilnahme an dem Test unter Realbedingungen zu verweigern oder diese Teilnahme jederzeit zu beenden, ohne dass ihnen daraus Nachteile entstehen und sie dies in irgendeiner Weise begründen müssten;

d) die Regelungen, unter denen die Rückgängigmachung oder Außerachtlassung der Vorhersagen, Empfehlungen oder Entscheidungen des KI-Systems beantragt werden kann;

e) die unionsweit einmalige Identifizierungsnummer des Tests unter Realbedingungen gemäß Artikel 60 Absatz 4 Buchstabe c und die Kontaktdaten des Anbieters oder seines gesetzlichen Vertreters, bei dem weitere Informationen eingeholt werden können.

(2) Die informierte Einwilligung ist zu datieren und zu dokumentieren, und eine Kopie wird den Testteilnehmern oder ihren gesetzlichen Vertretern ausgehändigt.

Artikel 62

Maßnahmen für Anbieter und Betreiber, insbesondere KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen

(1) Die Mitgliedstaaten ergreifen die folgenden Maßnahmen:

a) Sie gewähren KMU — einschließlich Start-up-Unternehmen —, die ihren Sitz oder eine Zweigniederlassung in der Union haben, soweit sie die Voraussetzungen und Auswahlkriterien erfüllen, vorrangigen Zugang zu den KI-Reallaboren; der vorrangige Zugang schließt nicht aus, dass andere als die in diesem Absatz genannten KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, Zugang zum KI-Reallabor erhalten, sofern sie ebenfalls die Zulassungsvoraussetzungen und Auswahlkriterien erfüllen;

b) sie führen besondere Sensibilisierungs- und Schulungsmaßnahmen für die Anwendung dieser Verordnung durch, die auf die Bedürfnisse von KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, Betreibern sowie gegebenenfalls lokalen Behörden ausgerichtet sind;

c) sie nutzen entsprechende bestehende Kanäle und richten gegebenenfalls neue Kanäle für die Kommunikation mit KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, Betreibern, anderen Innovatoren sowie gegebenenfalls lokalen Behörden ein, um Ratschläge zu geben und Fragen zur Durchführung dieser Verordnung, auch bezüglich der Beteiligung an KI-Reallaboren, zu beantworten;

d) sie fördern die Beteiligung von KMU und anderen einschlägigen Interessenträgern an der Entwicklung von Normen.

(2) Bei der Festsetzung der Gebühren für die Konformitätsbewertung gemäß Artikel 43 werden die besonderen Interessen und Bedürfnisse von KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, berücksichtigt, indem diese Gebühren proportional zur Größe der Unternehmen, der Größe ihres Marktes und anderen einschlägigen Kennzahlen gesenkt werden.

(3) Das Büro für Künstliche Intelligenz ergreift die folgenden Maßnahmen:

a) es stellt standardisierte Muster für die unter diese Verordnung fallenden Bereiche bereit, wie vom KI-Gremium in seinem Antrag festgelegt;

b) es entwickelt und führt eine zentrale Informationsplattform, über die allen Akteuren in der Union leicht nutzbare Informationen zu dieser Verordnung bereitgestellt werden;

c) es führt geeignete Informationskampagnen durch, um für die aus dieser Verordnung erwachsenden Pflichten zu sensibilisieren;

d) es bewertet und fördert die Zusammenführung bewährter Verfahren im Bereich der mit KI-Systemen verbundenen Vergabeverfahren.

Artikel 63

Ausnahmen für bestimmte Akteure

(1) Kleinstunternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG können bestimmte Elemente des in Artikel 17 dieser Verordnung vorgeschriebenen Qualitätsmanagementsystems in vereinfachter Weise einhalten, sofern sie keine Partnerunternehmen oder verbundenen Unternehmen im Sinne dieser Empfehlung haben. Zu diesem Zweck arbeitet die Kommission Leitlinien zu den Elementen des Qualitätsmanagementsystems aus, die unter Berücksichtigung der Bedürfnisse von Kleinstunternehmen in vereinfachter Weise eingehalten werden können, ohne das Schutzniveau oder die Notwendigkeit zur Einhaltung der Anforderungen in Bezug auf Hochrisiko-KI-Systeme zu beeinträchtigen.

(2) Absatz 1 dieses Artikels ist nicht dahin gehend auszulegen, dass diese Akteure auch von anderen in dieser Verordnung festgelegten Anforderungen oder Pflichten, einschließlich der nach den Artikeln 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 72 und 73 geltenden, befreit sind.

KAPITEL VII

GOVERNANCE

ABSCHNITT 1

Governance auf Unionsebene

Artikel 64

Büro für Künstliche Intelligenz

(1) Die Kommission entwickelt über das Büro für Künstliche Intelligenz die Sachkenntnis und Fähigkeiten der Union auf dem Gebiet der KI.

(2) Die Mitgliedstaaten erleichtern dem Büro für Künstliche Intelligenz die ihm gemäß dieser Verordnung übertragenen Aufgaben.

Artikel 65

Einrichtung und Struktur des Europäischen Gremiums für Künstliche Intelligenz

(1) Ein Europäisches Gremium für Künstliche Intelligenz (im Folgenden „KI-Gremium“) wird hiermit eingerichtet.

(2) Das KI-Gremium setzt sich aus einem Vertreter je Mitgliedstaat zusammen. Der Europäische Datenschutzbeauftragte nimmt als Beobachter teil. Das Büro für Künstliche Intelligenz nimmt ebenfalls an den Sitzungen des KI-Gremiums teil, ohne sich jedoch an den Abstimmungen zu beteiligen. Andere Behörden oder Stellen der Mitgliedstaaten und der Union oder Sachverständige können im Einzelfall zu den Sitzungen des KI-Gremiums eingeladen werden, wenn die erörterten Fragen für sie von Belang sind.

(3) Die Vertreter werden von ihren Mitgliedstaaten für einen Zeitraum von drei Jahren benannt, der einmal verlängert werden kann.

(4) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass ihre Vertreter im KI-Gremium

a) in ihrem Mitgliedstaat über die einschlägigen Kompetenzen und Befugnisse verfügen, sodass sie aktiv zur Bewältigung der in Artikel 66 genannten Aufgaben des KI-Gremiums beitragen können;

b) gegenüber dem KI-Gremium sowie gegebenenfalls, unter Berücksichtigung der Erfordernisse der Mitgliedstaaten, gegenüber Interessenträgern als zentrale Ansprechpartner fungieren;

c) ermächtigt sind, auf die Kohärenz und die Abstimmung zwischen den zuständigen nationalen Behörden in ihrem Mitgliedstaat bei der Durchführung dieser Verordnung hinzuwirken, auch durch Erhebung einschlägiger Daten und Informationen für die Zwecke der Erfüllung ihrer Aufgaben im KI-Gremium.

(5) Die benannten Vertreter der Mitgliedstaaten nehmen die Geschäftsordnung des KI-Gremiums mit einer Zweidrittelmehrheit an. In der Geschäftsordnung sind insbesondere die Vorgehensweise für das Auswahlverfahren, die Dauer des Mandats und die genauen Aufgaben des Vorsitzes, die Abstimmungsregelungen und die Organisation der Tätigkeiten des KI-Gremiums und seiner Untergruppen festgelegt.

(6) Das KI-Gremium richtet zwei ständige Untergruppen ein, um Marktüberwachungsbehörden eine Plattform für die Zusammenarbeit und den Austausch zu bieten und Behörden über Angelegenheiten, die jeweils die Marktüberwachung und notifizierte Stellen betreffen, zu unterrichten.

Die ständige Untergruppe für Marktüberwachung sollte für diese Verordnung als Gruppe für die Verwaltungszusammenarbeit (ADCO-Gruppe) im Sinne des Artikels 30 der Verordnung (EU) 2019/1020 fungieren.

Das KI-Gremium kann weitere ständige oder nichtständige Untergruppen einrichten, falls das für die Prüfung bestimmter Fragen zweckmäßig sein sollte. Gegebenenfalls können Vertreter des in Artikel 67 genannten Beratungsforums als Beobachter zu diesen Untergruppen oder zu bestimmten Sitzungen dieser Untergruppen eingeladen werden.

(7) Das KI-Gremium wird so organisiert und geführt, dass bei seinen Tätigkeiten Objektivität und Unparteilichkeit gewahrt sind.

(8) Den Vorsitz im KI-Gremium führt einer der Vertreter der Mitgliedstaaten. Die Sekretariatsgeschäfte des KI-Gremiums werden vom Büro für Künstliche Intelligenz geführt; dieses beruft auf Anfrage des Vorsitzes die Sitzungen ein und erstellt die Tagesordnung im Einklang mit den Aufgaben des KI-Gremiums gemäß dieser Verordnung und seiner Geschäftsordnung.

Artikel 66

Aufgaben des KI-Gremiums

Das KI-Gremium berät und unterstützt die Kommission und die Mitgliedstaaten, um die einheitliche und wirksame Anwendung dieser Verordnung zu erleichtern. Für diese Zwecke kann das KI-Gremium insbesondere

a) zur Koordinierung zwischen den für die Anwendung dieser Verordnung zuständigen nationalen Behörden beitragen und in Zusammenarbeit mit den betreffenden Marktüberwachungsbehörden und vorbehaltlich ihrer Zustimmung gemeinsame Tätigkeiten der Marktüberwachungsbehörden gemäß Artikel 74 Absatz 11 unterstützen;

b) technisches und regulatorisches Fachwissen und bewährte Verfahren zusammentragen und unter den Mitgliedstaaten verbreiten;

c) zur Durchführung dieser Verordnung Beratung anbieten, insbesondere im Hinblick auf die Durchsetzung der Vorschriften zu KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck;

d) zur Harmonisierung der Verwaltungspraxis in den Mitgliedstaaten beitragen, auch bezüglich der Ausnahme vom Konformitätsbewertungsverfahren gemäß Artikel 46 und der Funktionsweise von KI-Reallaboren und Tests unter Realbedingungen gemäß den Artikeln 57, 59 und 60;

e) auf Anfrage der Kommission oder in Eigeninitiative Empfehlungen und schriftliche Stellungnahmen zu einschlägigen Fragen der Durchführung dieser Verordnung und ihrer einheitlichen und wirksamen Anwendung abgeben, einschließlich

   i) zur Entwicklung und Anwendung von Verhaltenskodizes und Praxisleitfäden gemäß dieser Verordnung sowie der Leitlinien der Kommission;

   ii) zur Bewertung und Überprüfung dieser Verordnung gemäß Artikel 112, auch in Bezug auf die Meldung schwerwiegender Vorfälle gemäß Artikel 73 und das Funktionieren der EU-Datenbank gemäß Artikel 71, die Ausarbeitung der delegierten Rechtsakte oder Durchführungsrechtsakte sowie im Hinblick auf mögliche Anpassungen dieser Verordnung an die in Anhang I aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union;

   iii) zu technischen Spezifikationen oder geltenden Normen in Bezug auf die in Kapitel III Abschnitt 2 festgelegten Anforderungen;

iv) zur Anwendung der in den Artikeln 40 und 41 genannten harmonisierten Normen oder gemeinsamen Spezifikationen;

v) zu Tendenzen, etwa im Bereich der globalen Wettbewerbsfähigkeit Europas auf dem Gebiet der KI, bei der Verbreitung von KI in der Union und bei der Entwicklung digitaler Fähigkeiten;

vi) zu Tendenzen im Bereich der sich ständig weiterentwickelnden Typologie der KI-Wertschöpfungsketten insbesondere hinsichtlich der sich daraus ergebenden Auswirkungen auf die Rechenschaftspflicht;

vii) zur möglicherweise notwendigen Änderung des Anhangs III im Einklang mit Artikel 7 und zur möglicherweise notwendigen Überarbeitung des Artikels 5 gemäß Artikel 112 unter Berücksichtigung der einschlägigen verfügbaren Erkenntnisse und der neuesten technologischen Entwicklungen;

f) die Kommission bei der Förderung der KI-Kompetenz, der Sensibilisierung und Aufklärung der Öffentlichkeit in Bezug auf die Vorteile, Risiken, Schutzmaßnahmen, Rechte und Pflichten im Zusammenhang mit der Nutzung von KI-Systemen unterstützen;

g) die Entwicklung gemeinsamer Kriterien und eines gemeinsamen Verständnisses der Marktteilnehmer und der zuständigen Behörden in Bezug auf die in dieser Verordnung vorgesehenen einschlägigen Konzepte erleichtern, auch durch einen Beitrag zur Entwicklung von Benchmarks;

h) gegebenenfalls mit anderen Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU, einschlägigen Sachverständigengruppen und Netzwerken der EU insbesondere in den Bereichen Produktsicherheit, Cybersicherheit, Wettbewerb, digitale und Mediendienste, Finanzdienstleistungen, Verbraucherschutz, Datenschutz und Schutz der Grundrechte zusammenarbeiten;

i) zur wirksamen Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden von Drittstaaten und mit internationalen Organisationen beitragen;

j) die zuständigen nationalen Behörden und die Kommission beim Aufbau des für die Durchführung dieser Verordnung erforderlichen organisatorischen und technischen Fachwissens beraten, unter anderem durch einen Beitrag zur Einschätzung des Schulungsbedarfs des Personals der Mitgliedstaaten, das an der Durchführung dieser Verordnung beteiligt ist;

k) dem Büro für Künstliche Intelligenz helfen, die zuständigen nationalen Behörden bei der Einrichtung und Entwicklung von KI-Reallaboren zu unterstützen, und die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zwischen KI-Reallaboren erleichtern;

l) zur Entwicklung von Leitfäden beitragen und diesbezüglich entsprechend beraten;

m) die Kommission zu internationalen Angelegenheiten im Bereich der KI beraten;

n) der Kommission Stellungnahmen zu qualifizierten Warnungen in Bezug auf KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck vorlegen;

o) Stellungnahmen der Mitgliedstaaten zu qualifizierten Warnungen in Bezug auf KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck entgegennehmen sowie zu nationalen Erfahrungen und Praktiken bei der Überwachung und Durchsetzung von KI-Systemen, insbesondere von Systemen, die KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck integrieren.

Artikel 67

Beratungsforum

(1) Es wird ein Beratungsforum eingerichtet, das technisches Fachwissen bereitstellt, das KI-Gremium und die Kommission berät und zu deren Aufgaben im Rahmen dieser Verordnung beiträgt.

(2) Die Mitglieder des Beratungsforums vertreten eine ausgewogene Auswahl von Interessenträgern, darunter die Industrie, Start-up-Unternehmen, KMU, die Zivilgesellschaft und die Wissenschaft. Bei der Zusammensetzung des Beratungsforums wird auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen wirtschaftlichen und nicht-wirtschaftlichen Interessen und innerhalb der Kategorie der wirtschaftlichen Interessen zwischen KMU und anderen Unternehmen geachtet.

(3) Die Kommission ernennt die Mitglieder des Beratungsforums gemäß den in Absatz 2 genannten Kriterien aus dem Kreis der Interessenträger mit anerkanntem Fachwissen auf dem Gebiet der KI.

(4) Die Amtszeit der Mitglieder des Beratungsforums beträgt zwei Jahre; sie kann bis zu höchstens vier Jahre verlängert werden.

(5) Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, ENISA, das Europäische Komitee für Normung (CEN), das Europäische Komitee für elektrotechnische Normung (CENELEC) und das Europäische Institut für Telekommunikationsnormen (ETSI) sind ständige Mitglieder des Beratungsforums.

(6) Das Beratungsforum gibt sich eine Geschäftsordnung. Es wählt gemäß den in Absatz 2 festgelegten Kriterien zwei Ko-Vorsitzende unter seinen Mitgliedern. Die Amtszeit der Ko-Vorsitzenden beträgt zwei Jahre und kann einmal verlängert werden.

(7) Das Beratungsforum hält mindestens zweimal pro Jahr Sitzungen ab. Das Beratungsforum kann Sachverständige und andere Interessenträger zu seinen Sitzungen einladen.

(8) Das Beratungsforum kann auf Ersuchen des KI-Gremiums oder der Kommission Stellungnahmen, Empfehlungen und schriftliche Beiträge ausarbeiten.

(9) Das Beratungsforum kann gegebenenfalls ständige oder zeitweilige Untergruppen einsetzen, um spezifische Fragen im Zusammenhang mit den Zielen dieser Verordnung zu prüfen.

(10) Das Beratungsforum erstellt jährlich einen Bericht über seine Tätigkeit. Dieser Bericht wird veröffentlicht.

Artikel 68

Wissenschaftliches Gremium unabhängiger Sachverständiger

(1) Die Kommission erlässt im Wege eines Durchführungsrechtsakts Bestimmungen über die Einrichtung eines wissenschaftlichen Gremiums unabhängiger Sachverständiger („wissenschaftliches Gremium"), das die Durchsetzungstätigkeiten im Rahmen dieser Verordnung unterstützen soll. Dieser Durchführungsrechtsakt wird gemäß dem in Artikel 98 Absatz 2 genannten Prüfverfahren erlassen.

(2) Das wissenschaftliche Gremium setzt sich aus Sachverständigen zusammen, die von der Kommission auf der Grundlage aktueller wissenschaftlicher oder technischer Fachkenntnisse auf dem Gebiet der KI, die zur Erfüllung der in Absatz 3 genannten Aufgaben erforderlich sind, ausgewählt werden, und muss nachweisen können, dass es alle folgenden Bedingungen erfüllt:

a) es verfügt über besondere Fachkenntnisse und Kompetenzen sowie über wissenschaftliches oder technisches Fachwissen auf dem Gebiet der KI;

b) es ist von Anbietern von KI-Systemen oder KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck unabhängig;

c) es ist in der Lage, Tätigkeiten sorgfältig, präzise und objektiv auszuführen.

Die Kommission legt in Absprache mit dem KI-Gremium die Anzahl der Sachverständigen des Gremiums nach Maßgabe der jeweiligen Erfordernisse fest und sorgt für eine ausgewogene Vertretung der Geschlechter und eine gerechte geografische Verteilung.

(3) Das wissenschaftliche Gremium berät und unterstützt das Büro für Künstliche Intelligenz, insbesondere in Bezug auf folgende Aufgaben:

a) Unterstützung bei der Durchführung und Durchsetzung dieser Verordnung in Bezug auf KI-Modelle und -Systeme mit allgemeinem Verwendungszweck, insbesondere indem es

   i) das Büro für Künstliche Intelligenz im Einklang mit Artikel 90 vor möglichen systemischen Risiken von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck auf Unionsebene warnt;

   ii) einen Beitrag zur Entwicklung von Instrumenten und Methoden für die Bewertung der Fähigkeiten von KI-Modellen und -Systemen mit allgemeinem Verwendungszweck, auch durch Benchmarks, leistet;

   iii) Beratung über die Einstufung von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck mit systemischem Risiko anbietet;

   iv) Beratung über die Einstufung verschiedener KI-Modelle und -Systeme mit allgemeinem Verwendungszweck anbietet;

v) einen Beitrag zur Entwicklung von Instrumenten und Mustern leistet;

b) Unterstützung der Arbeit der Marktüberwachungsbehörden auf deren Ersuchen;

c) Unterstützung grenzüberschreitender Marktüberwachungstätigkeiten gemäß Artikel 74 Absatz 11, ohne dass die Befugnisse der Marktüberwachungsbehörden berührt werden;

d) Unterstützung des Büros für Künstliche Intelligenz bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben im Rahmen des Schutzklauselverfahrens der Union gemäß Artikel 81.

(4) Die Sachverständigen des wissenschaftlichen Gremiums führen ihre Aufgaben nach den Grundsätzen der Unparteilichkeit und der Objektivität aus und gewährleisten die Vertraulichkeit der Informationen und Daten, in deren Besitz sie bei der Ausführung ihrer Aufgaben und Tätigkeiten gelangen. Sie dürfen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach Absatz 3 weder Weisungen anfordern noch entgegennehmen. Jeder Sachverständige gibt eine Interessenerklärung ab, die öffentlich zugänglich gemacht wird. Das Büro für Künstliche Intelligenz richtet Systeme und Verfahren ein, mit denen mögliche Interessenkonflikte aktiv bewältigt und verhindert werden können.

(5) Der in Absatz 1 genannte Durchführungsrechtsakt enthält Bestimmungen über die Bedingungen, Verfahren und detaillierten Regelungen nach denen das wissenschaftliche Gremium und seine Mitglieder Warnungen ausgeben und das Büro für Künstliche Intelligenz um Unterstützung bei der Wahrnehmung der Aufgaben des wissenschaftlichen Gremiums ersuchen können.

Artikel 69

Zugang zum Pool von Sachverständigen durch die Mitgliedstaaten

(1) Die Mitgliedstaaten können Sachverständige des wissenschaftlichen Gremiums hinzuziehen, um ihre Durchsetzungstätigkeiten im Rahmen dieser Verordnung zu unterstützen.

(2) Die Mitgliedstaaten können verpflichtet werden, für die Beratung und Unterstützung durch die Sachverständigen Gebühren zu entrichten. Struktur und Höhe der Gebühren sowie Umfang und Struktur erstattungsfähiger Kosten werden in dem in Artikel 68 Absatz 1 genannten Durchführungsrechtsakt festgelegt, wobei die Zielsetzung berücksichtigt wird, für die angemessene Durchführung dieser Verordnung, für Kosteneffizienz sowie dafür zu sorgen, dass alle Mitgliedstaaten effektiven Zugang zu Sachverständigen haben müssen.

(3) Die Kommission ermöglicht den Mitgliedstaaten bei Bedarf einen rechtzeitigen Zugang zu den Sachverständigen und sorgt dafür, dass die Kombination aus unterstützenden Tätigkeiten durch die Union zur Prüfung von KI gemäß Artikel 84 und durch die Sachverständigen gemäß dem vorliegenden Artikel effizient organisiert ist und den bestmöglichen zusätzlichen Nutzen bringt.

ABSCHNITT 2

Zuständige nationale Behörden

Artikel 70

Benennung von zuständigen nationalen Behörden und zentrale Anlaufstelle

(1) Jeder Mitgliedstaat muss für die Zwecke dieser Verordnung mindestens eine notifizierende Behörde und mindestens eine Marktüberwachungsbehörde als zuständige nationale Behörden einrichten oder benennen. Diese zuständigen nationalen Behörden üben ihre Befugnisse unabhängig, unparteiisch und unvoreingenommen aus, um die Objektivität ihrer Tätigkeiten und Aufgaben zu gewährleisten und die Anwendung und Durchführung dieser Verordnung sicherzustellen. Die Mitglieder dieser Behörden haben jede Handlung zu unterlassen, die mit ihren Aufgaben unvereinbar ist. Sofern diese Grundsätze gewahrt werden, können die betreffenden Tätigkeiten und Aufgaben gemäß den organisatorischen Erfordernissen des Mitgliedstaats von einer oder mehreren benannten Behörden wahrgenommen werden.

(2) Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission die Namen der notifizierenden Behörden und der Marktüberwachungsbehörden und die Aufgaben dieser Behörden sowie alle späteren Änderungen mit. Die Mitgliedstaaten machen Informationen darüber, wie die zuständigen Behörden und zentralen Anlaufstellen bis zum 2. August 2025 auf elektronischem Wege kontaktiert werden können, öffentlich zugänglich. Die Mitgliedstaaten benennen eine Marktüberwachungsbehörde, die als zentrale Anlaufstelle für diese Verordnung fungiert, und teilen der Kommission den Namen der zentralen Anlaufstelle mit. Die Kommission erstellt eine öffentlich verfügbare Liste der zentralen Anlaufstellen.

(3) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass ihre zuständigen nationalen Behörden mit angemessenen technischen und finanziellen Mitteln sowie geeignetem Personal und Infrastrukturen ausgestattet werden, damit sie ihre Aufgaben im Rahmen dieser Verordnung wirksam erfüllen können. Insbesondere müssen die zuständigen nationalen Behörden zu jeder Zeit über eine ausreichende Zahl von Mitarbeitern verfügen, zu deren Kompetenzen und Fachwissen ein tiefes Verständnis der KI-Technologien, der Daten und Datenverarbeitung, des Schutzes personenbezogener Daten, der Cybersicherheit, der Grundrechte, der Gesundheits- und Sicherheitsrisiken sowie Kenntnis der bestehenden Normen und rechtlichen Anforderungen gehört. Die Mitgliedstaaten bewerten und aktualisieren, falls erforderlich, jährlich die in diesem Absatz genannten Erfordernisse bezüglich Kompetenzen und Ressourcen.

(4) Die zuständigen nationalen Behörden ergreifen geeignete Maßnahmen zur Sicherstellung eines angemessenen Maßes an Cybersicherheit.

(5) Bei der Erfüllung ihrer Aufgaben halten sich die zuständigen nationalen Behörden an die in Artikel 78 festgelegten Vertraulichkeitspflichten.

(6) Bis zum 2. August 2025 und anschließend alle zwei Jahre erstatten die Mitgliedstaaten der Kommission Bericht über den Sachstand bezüglich der finanziellen Mittel und des Personals der zuständigen nationalen Behörden und geben eine Einschätzung über deren Angemessenheit ab. Die Kommission leitet diese Informationen zur Erörterung und etwaigen Abgabe von Empfehlungen an das KI-Gremium weiter.

(7) Die Kommission fördert den Erfahrungsaustausch zwischen den zuständigen nationalen Behörden.

(8) Die zuständigen nationalen Behörden können gegebenenfalls insbesondere KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, unter Berücksichtigung der Anleitung und Beratung durch das KI-Gremium oder der Kommission mit Anleitung und Beratung bei der Durchführung dieser Verordnung zur Seite stehen. Wenn zuständige nationale Behörden beabsichtigen, Anleitung und Beratung in Bezug auf ein KI-System in Bereichen anzubieten, die unter das Unionrecht fallen, so sind gegebenenfalls die nach jenen Unionsrecht zuständigen nationalen Behörden zu konsultieren.

(9) Soweit Organe, Einrichtungen und sonstige Stellen der Union in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallen, übernimmt der Europäische Datenschutzbeauftragte die Funktion der für ihre Beaufsichtigung zuständigen Behörde.

KAPITEL VIII

EU-DATENBANK FÜR HOCHRISIKO-KI-SYSTEME

Artikel 71

EU-Datenbank für die in Anhang III aufgeführten Hochrisiko-KI-Systeme

(1) Die Kommission errichtet und führt in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten eine EU-Datenbank mit den in den Absätzen 2 und 3 dieses Artikels genannten Informationen über Hochrisiko-KI-Systeme nach Artikel 6 Absatz 2, die gemäß den Artikeln 49 und 60 registriert werden und über KI-Systeme, die nicht als Hochrisiko-KI-Systeme gemäß Artikel 6 Absatz 3 gelten und gemäß Artikel 6 Absatz 4 und Artikel 49 registriert werden. Bei der Festlegung der Funktionsspezifikationen dieser Datenbank konsultiert die Kommission die einschlägigen Sachverständigen und bei der Aktualisierung der Funktionsspezifikationen dieser Datenbank konsultiert sie das KI-Gremium.

(2) Die in Anhang VIII Abschnitte A und B aufgeführten Daten werden vom Anbieter oder gegebenenfalls vom Bevollmächtigten in die EU-Datenbank eingegeben.

(3) Die in Anhang VIII Abschnitt C aufgeführten Daten werden vom Betreiber, der eine Behörde, Einrichtung oder sonstige Stelle ist oder in deren Namen handelt, gemäß Artikel 49 Absätze 3 und 4 in die EU-Datenbank eingegeben.

(4) Mit Ausnahme des in Artikel 49 Absatz 4 und Artikel 60 Absatz 4 Buchstabe c genannten Abschnitts müssen die gemäß Artikel 49 in der Datenbank registrierten und dort enthaltenen Informationen auf benutzerfreundliche Weise zugänglich und öffentlich verfügbar sein. Die Informationen sollten leicht handhabbar und maschinenlesbar sein. Auf die gemäß Artikel 60 registrierten Informationen können nur Marktüberwachungsbehörden und die Kommission zugreifen, es sei denn, der zukünftige Anbieter oder der Anbieter hat seine Zustimmung dafür erteilt, dass die Informationen auch öffentlich zugänglich sind.

(5) Die EU-Datenbank enthält personenbezogene Daten nur, soweit dies für die Erfassung und Verarbeitung von Informationen gemäß dieser Verordnung erforderlich ist. Zu diesen Informationen gehören die Namen und Kontaktdaten der natürlichen Personen, die für die Registrierung des Systems verantwortlich sind und die rechtlich befugt sind, den Anbieter oder gegebenenfalls den Betreiber zu vertreten.

(6) Die Kommission gilt als für die EU-Datenbank Verantwortlicher. Sie stellt Anbietern, zukünftigen Anbietern und Betreibern angemessene technische und administrative Unterstützung bereit. Die EU-Datenbank muss den geltenden Barrierefreiheitsanforderungen entsprechen.

KAPITEL IX

BEOBACHTUNG NACH DEM INVERKEHRBRINGEN, INFORMATIONSAUSTAUSCH UND MARKTÜBERWACHUNG

ABSCHNITT 1

Beobachtung nach dem Inverkehrbringen

Artikel 72

Beobachtung nach dem Inverkehrbringen durch die Anbieter und Plan für die Beobachtung nach dem Inverkehrbringen für Hochrisiko-KI-Systeme

(1) Anbieter müssen ein System zur Beobachtung nach dem Inverkehrbringen, das im Verhältnis zur Art der KI-Technik und zu den Risiken des Hochrisiko-KI-Systems steht, einrichten und dokumentieren.

(2) Mit dem System zur Beobachtung nach dem Inverkehrbringen müssen sich die einschlägigen Daten zur Leistung der Hochrisiko-KI-Systeme, die von den Anbietern oder den Betreibern bereitgestellt oder aus anderen Quellen erhoben werden können, über ihre gesamte Lebensdauer hinweg aktiv und systematisch erheben, dokumentieren und analysieren lassen, und der Anbieter muss damit die fortdauernde Einhaltung der in Kapitel III Abschnitt 2 genannten Anforderungen an die KI-Systeme bewerten können. Gegebenenfalls umfasst die Beobachtung nach dem Inverkehrbringen eine Analyse der Interaktion mit anderen KI-Systemen. Diese Pflicht gilt nicht für sensible operative Daten von Betreibern, die Strafverfolgungsbehörden sind.

(3) Das System zur Beobachtung nach dem Inverkehrbringen muss auf einem Plan für die Beobachtung nach dem Inverkehrbringen beruhen. Der Plan für die Beobachtung nach dem Inverkehrbringen ist Teil der in Anhang IV genannten technischen Dokumentation. Die Kommission erlässt einen Durchführungsrechtsakt, in dem sie detaillierte Bestimmungen für die Erstellung eines Musters des Plans für die Beobachtung nach dem Inverkehrbringen sowie die Liste der in den Plan aufzunehmenden Elemente bis zum 2. Februar 2026 detailliert festlegt. Dieser Durchführungsrechtsakt wird gemäß dem in Artikel 98 Absatz 2 genannten Prüfverfahren erlassen.

(4) Bei Hochrisiko-KI-Systemen, die unter die in Anhang I Abschnitt A aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fallen, und für die auf der Grundlage dieser Rechtvorschriften bereits ein System zur Beobachtung nach dem Inverkehrbringen sowie ein entsprechender Plan festgelegt wurden, haben die Anbieter zur Gewährleistung der Kohärenz, zur Vermeidung von Doppelarbeit und zur Minimierung zusätzlicher Belastungen die Möglichkeit, unter Verwendung des Musters nach Absatz 3, gegebenenfalls die in den Absätzen 1, 2 und 3 genannten erforderlichen Elemente in die im Rahmen dieser Vorschriften bereits vorhandenen Systeme und Pläne zu integrieren, sofern ein gleichwertiges Schutzniveau erreicht wird.

Unterabsatz 1 dieses Absatzes gilt auch für in Anhang III Nummer 5 genannte Hochrisiko-KI-Systeme, die von Finanzinstituten in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen wurden, die bezüglich ihrer internen Unternehmensführung, Regelungen oder Verfahren Anforderungen gemäß den Rechtsvorschriften der Union über Finanzdienstleistungen unterliegen.

ABSCHNITT 2

Austausch von Informationen über schwerwiegende Vorfälle

Artikel 73

Meldung schwerwiegender Vorfälle

(1) Anbieter von in der Union in Verkehr gebrachten Hochrisiko-KI-Systemen melden schwerwiegende Vorfälle den Marktüberwachungsbehörden der Mitgliedstaaten, in denen der Vorfall stattgefunden hat.

(2) Die Meldung nach Absatz 1 erfolgt unmittelbar, nachdem der Anbieter den kausalen Zusammenhang zwischen dem KI-System und dem schwerwiegenden Vorfall oder die naheliegende Wahrscheinlichkeit eines solchen Zusammenhangs festgestellt hat und in jedem Fall spätestens 15 Tage, nachdem der Anbieter oder gegebenenfalls der Betreiber Kenntnis von diesem schwerwiegenden Vorfall erlangt hat.

Bezüglich des in Unterabsatz 1 genannten Meldezeitraums wird der Schwere des schwerwiegenden Vorfalls Rechnung getragen.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 dieses Artikels erfolgt die in Absatz 1 dieses Artikels genannte Meldung im Falle eines weitverbreiteten Verstoßes oder eines schwerwiegenden Vorfalls im Sinne des Artikels 3 Nummer 49 Buchstabe b unverzüglich, spätestens jedoch zwei Tage nachdem der Anbieter oder gegebenenfalls der Betreiber von diesem Vorfall Kenntnis erlangt hat.

(4) Ungeachtet des Absatzes 2 erfolgt die Meldung im Falle des Todes einer Person unverzüglich nachdem der Anbieter oder der Betreiber einen kausalen Zusammenhang zwischen dem Hochrisiko-KI-System und dem schwerwiegenden Vorfall festgestellt hat, oder einen solchen vermutet, spätestens jedoch zehn Tage nach dem Datum, an dem der Anbieter oder gegebenenfalls der Betreiber von dem schwerwiegenden Vorfall Kenntnis erlangt hat.

(5) Wenn es zur Gewährleistung der rechtzeitigen Meldung erforderlich ist, kann der Anbieter oder gegebenenfalls der Betreiber einen unvollständigen Erstbericht vorlegen, dem ein vollständiger Bericht folgt.

(6) Im Anschluss an die Meldung eines schwerwiegenden Vorfalls gemäß Absatz 1 führt der Anbieter unverzüglich die erforderlichen Untersuchungen im Zusammenhang mit dem schwerwiegenden Vorfall und dem betroffenen KI-System durch. Dies umfasst eine Risikobewertung des Vorfalls sowie Korrekturmaßnahmen.

Der Anbieter arbeitet bei den Untersuchungen gemäß Unterabsatz 1 mit den zuständigen Behörden und gegebenenfalls mit der betroffenen notifizierten Stelle zusammen und nimmt keine Untersuchung vor, die zu einer Veränderung des betroffenen KI-Systems in einer Weise führt, die möglicherweise Auswirkungen auf eine spätere Bewertung der Ursachen des Vorfalls hat, bevor er die zuständigen Behörden über eine solche Maßnahme nicht unterrichtet hat.

(7) Sobald die zuständige Marktüberwachungsbehörde eine Meldung über einen in Artikel 3 Nummer 49 Buchstabe c genannten schwerwiegenden Vorfall erhält, informiert sie die in Artikel 77 Absatz 1 genannten nationalen Behörden oder öffentlichen Stellen. Zur leichteren Einhaltung der Pflichten nach Absatz 1 dieses Artikels arbeitet die Kommission entsprechende Leitlinien aus. Diese Leitlinien werden bis zum 2. August 2025 veröffentlicht und regelmäßig bewertet.

(8) Die Marktüberwachungsbehörde ergreift innerhalb von sieben Tagen nach Eingang der in Absatz 1 dieses Artikels genannten Meldung geeignete Maßnahmen gemäß Artikel 19 der Verordnung (EU) 2019/1020 und befolgt die in der genannten Verordnung vorgesehenen Meldeverfahren.

(9) Bei Hochrisiko-KI-Systemen nach Anhang III, die von Anbietern in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen wurden, die Rechtsinstrumenten der Union mit gleichwertigen Meldepflichten wie jenen in dieser Verordnung festgesetzten unterliegen, müssen nur jene schwerwiegenden Vorfälle gemeldet werden, die in Artikel 3 Nummer 49 Buchstabe c genannt werden.

(10) Bei Hochrisiko-KI-Systemen, bei denen es sich um Sicherheitsbauteile von Produkten handelt, die unter die Verordnungen (EU) 2017/745 und (EU) 2017/746 fallen, oder die selbst solche Produkte sind, müssen nur die in Artikel 3 Nummer 49 Buchstabe c dieser Verordnung genannten schwerwiegenden Vorfälle gemeldet werden, und zwar der zuständigen nationalen Behörde, die für diesen Zweck von den Mitgliedstaaten, in denen der Vorfall stattgefunden hat, ausgewählt wurde.

(11) Die zuständigen nationalen Behörden melden der Kommission unverzüglich jeden schwerwiegenden Vorfall gemäß Artikel 20 der Verordnung (EU) 2019/1020, unabhängig davon, ob sie diesbezüglich Maßnahmen ergriffen haben.

ABSCHNITT 3

Durchsetzung

Artikel 74

Marktüberwachung und Kontrolle von KI-Systemen auf dem Unionsmarkt

(1) Die Verordnung (EU) 2019/1020 gilt für KI-Systeme, die unter die vorliegende Verordnung fallen. Für die Zwecke einer wirksamen Durchsetzung der vorliegenden Verordnung gilt Folgendes:

a) Jede Bezugnahme auf einen Wirtschaftsakteur nach der Verordnung (EU) 2019/1020 gilt auch als Bezugnahme auf alle Akteure, die in Artikel 2 Absatz 1 der vorliegenden Verordnung genannt werden;

b) jede Bezugnahme auf ein Produkt nach der Verordnung (EU) 2019/1020 gilt auch als Bezugnahme auf alle KI-Systeme, die in den Anwendungsbereich der vorliegenden Verordnung fallen.

(2) Im Rahmen ihrer Berichtspflichten gemäß Artikel 34 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2019/1020 melden die Marktüberwachungsbehörden der Kommission und den einschlägigen nationalen Wettbewerbsbehörden jährlich alle Informationen, die sie im Verlauf ihrer Marktüberwachungstätigkeiten erlangt haben und die für die Anwendung von Unionsrecht im Bereich der Wettbewerbsregeln von Interesse sein könnten. Ferner erstatten sie der Kommission jährlich Bericht über die Anwendung verbotener Praktiken in dem betreffenden Jahr und über die ergriffenen Maßnahmen.

(3) Bei Hochrisiko-KI-Systemen und damit in Zusammenhang stehenden Produkten, auf die die in Anhang I Abschnitt A aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union Anwendung finden, gilt als Marktüberwachungsbehörde für die Zwecke dieser Verordnung die in jenen Rechtsakten für die Marktüberwachung benannte Behörde.

Abweichend von Unterabsatz 1 und unter geeigneten Umständen können die Mitgliedstaaten eine andere einschlägige Behörde benennen, die die Funktion der Marktüberwachungsbehörde übernimmt, sofern sie die Koordinierung mit den einschlägigen sektorspezifischen Marktüberwachungsbehörden, die für die Durchsetzung der in Anhang I aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union zuständig sind, sicherstellen.

(4) Die Verfahren gemäß den Artikeln 79 bis 83 der vorliegenden Verordnung gelten nicht für KI-Systeme, die im Zusammenhang mit Produkten stehen, auf die die in Anhang I Abschnitt A aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union Anwendung finden, wenn in diesen Rechtsakten bereits Verfahren, die ein gleichwertiges Schutzniveau sicherstellen und dasselbe Ziel haben, vorgesehen sind. In diesen Fällen kommen stattdessen die einschlägigen sektorspezifischen Verfahren zur Anwendung.

(5) Unbeschadet der Befugnisse der Marktüberwachungsbehörden gemäß Artikel 14 der Verordnung (EU) 2019/1020 können die Marktüberwachungsbehörden für die Zwecke der Sicherstellung der wirksamen Durchsetzung der vorliegenden Verordnung die in Artikel 14 Absatz 4 Buchstaben d und j der genannten Verordnung genannten Befugnisse gegebenenfalls aus der Ferne ausüben.

(6) Bei Hochrisiko-KI-Systemen, die von auf der Grundlage des Unionsrechts im Bereich der Finanzdienstleistungen regulierten Finanzinstituten in Verkehr gebracht, in Betrieb genommen oder verwendet werden, gilt die in jenen Rechtsvorschriften für die Finanzaufsicht über diese Institute benannte nationale Behörde als Marktüberwachungsbehörde für die Zwecke dieser Verordnung, sofern das Inverkehrbringen, die Inbetriebnahme oder die Verwendung des KI-Systems mit der Erbringung dieser Finanzdienstleistungen in direktem Zusammenhang steht.

(7) Abweichend von Absatz 6 kann der Mitgliedstaat — unter geeigneten Umständen und wenn für Abstimmung gesorgt ist — eine andere einschlägige Behörde als Marktüberwachungsbehörde für die Zwecke dieser Verordnung benennen.

Nationale Marktüberwachungsbehörden, die unter die Richtlinie 2013/36/EU fallende Kreditinstitute, welche an dem mit der Verordnung (EU) Nr. 1024/2013 eingerichteten einheitlichen Aufsichtsmechanismus teilnehmen, beaufsichtigen, sollten der Europäischen Zentralbank unverzüglich alle im Zuge ihrer Marktüberwachungstätigkeiten ermittelten Informationen übermitteln, die für die in der genannten Verordnung festgelegten Aufsichtsaufgaben der Europäischen Zentralbank von Belang sein könnten.

(8) Für die in Anhang III Nummer 1 der vorliegenden Verordnung genannten Hochrisiko-KI-Systeme, sofern diese Systeme für Strafverfolgungszwecke, Grenzmanagement und Justiz und Demokratie eingesetzt werden, und für die in Anhang III Nummern 6, 7 und 8 genannten Hochrisiko-KI-Systeme benennen die Mitgliedstaaten für die Zwecke dieser Verordnung als Marktüberwachungsbehörden entweder die nach der Verordnung (EU) 2016/679 oder der Richtlinie (EU) 2016/680 für den Datenschutz zuständigen Aufsichtsbehörden oder jede andere gemäß denselben Bedingungen wie den in den Artikeln 41 bis 44 der Richtlinie (EU) 2016/680 festgelegten benannte Behörde. Marktüberwachungstätigkeiten dürfen in keiner Weise die Unabhängigkeit von Justizbehörden beeinträchtigen oder deren Handlungen im Rahmen ihrer justiziellen Tätigkeit anderweitig beeinflussen.

(9) Soweit Organe, Einrichtungen und sonstige Stellen der Union in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallen, übernimmt der Europäische Datenschutzbeauftragte die Funktion der für sie zuständigen Marktüberwachungsbehörde — ausgenommen für den Gerichtshof der Europäischen Union im Rahmen seiner Rechtsprechungstätigkeit.

(10) Die Mitgliedstaaten erleichtern die Koordinierung zwischen den auf der Grundlage dieser Verordnung benannten Marktüberwachungsbehörden und anderen einschlägigen nationalen Behörden oder Stellen, die die Anwendung der in Anhang I aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union oder sonstigen Unionsrechts überwachen, das für die in Anhang III genannten Hochrisiko-KI-Systeme relevant sein könnte.

(11) Die Marktüberwachungsbehörden und die Kommission können gemeinsame Tätigkeiten, einschließlich gemeinsamer Untersuchungen, vorschlagen, die von den Marktüberwachungsbehörden oder von den Marktüberwachungsbehörden gemeinsam mit der Kommission durchgeführt werden, um Konformität zu fördern, Nichtkonformität festzustellen, zu sensibilisieren oder Orientierung zu dieser Verordnung und bestimmten Kategorien von Hochrisiko-KI-Systemen, bei denen festgestellt wird, dass sie in zwei oder mehr Mitgliedstaaten gemäß Artikel 9 der Verordnung (EU) 2019/1020 ein ernstes Risiko darstellen, zu geben. Das Büro für Künstliche Intelligenz unterstützt die Koordinierung der gemeinsamen Untersuchungen.

(12) Die Anbieter gewähren den Marktüberwachungsbehörden unbeschadet der Befugnisübertragung gemäß der Verordnung (EU) 2019/1020 — sofern dies relevant ist und beschränkt auf das zur Wahrnehmung der Aufgaben dieser Behörden erforderliche Maß — uneingeschränkten Zugang zur Dokumentation sowie zu den für die Entwicklung von Hochrisiko-KI-Systemen verwendeten Trainings-, Validierungs- und Testdatensätzen, gegebenenfalls und unter Einhaltung von Sicherheitsvorkehrungen auch über die Anwendungsprogrammierschnittstellen (im Folgenden „API“) oder andere einschlägige technische Mittel und Instrumente, die den Fernzugriff ermöglichen.

(13) Zum Quellcode des Hochrisiko-KI-Systems erhalten Marktüberwachungsbehörden auf begründete Anfrage und nur dann Zugang, wenn die beiden folgenden Bedingungen erfüllt sind:

a) Der Zugang zum Quellcode ist zur Bewertung der Konformität eines Hochrisiko-KI-Systems mit den in Kapitel III Abschnitt 2 festgelegten Anforderungen notwendig und

b) die Test- oder Prüfverfahren und Überprüfungen aufgrund der vom Anbieter bereitgestellten Daten und Dokumentation wurden ausgeschöpft oder haben sich als unzureichend erwiesen.

(14) Jegliche Informationen oder Dokumentation, in deren Besitz die Marktüberwachungsbehörden gelangen, werden im Einklang mit den in Artikel 78 festgelegten Vertraulichkeitspflichten behandelt.

Artikel 75

Amtshilfe, Marktüberwachung und Kontrolle von KI-Systemen mit allgemeinem Verwendungszweck

(1) Beruht ein KI-System auf einem KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck und werden das Modell und das System vom selben Anbieter entwickelt, so ist das Büro für Künstliche Intelligenz befugt, die Konformität des KI-Systems mit den Pflichten aus dieser Verordnung zu überwachen und beaufsichtigen. Zur Wahrnehmung seiner Beobachtungs- und Überwachungsaufgaben hat das Büro für Künstliche Intelligenz alle in diesem Abschnitt und in der Verordnung (EU) 2019/1020 vorgesehenen Befugnisse einer Marktüberwachungsbehörde.

(2) Haben die zuständigen Marktüberwachungsbehörden hinreichenden Grund für die Auffassung, dass KI-Systeme mit allgemeinem Verwendungszweck, die von Betreibern direkt für mindestens einen Zweck, der gemäß dieser Verordnung als hochriskant eingestuft ist, verwendet werden können, nicht mit den in dieser Verordnung festgelegten Anforderungen konform sind, so arbeiten sie bei der Durchführung von Konformitätsbewertungen mit dem Büro für Künstliche Intelligenz zusammen und unterrichten das KI-Gremium und andere Marktüberwachungsbehörden entsprechend.

(3) Ist eine Marktüberwachungsbehörde wegen der Unzugänglichkeit bestimmter Informationen im Zusammenhang mit dem KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck nicht in der Lage, ihre Ermittlungen zu dem Hochrisiko-KI-System abzuschließen, obwohl sie alle angemessenen Anstrengungen unternommen hat, diese Informationen zu erhalten, kann sie ein begründetes Ersuchen an das Büro für Künstliche Intelligenz richten, durch das der Zugang zu den Informationen durchgesetzt werden kann. In diesem Fall übermittelt das Büro für Künstliche Intelligenz der ersuchenden Behörde unverzüglich, spätestens aber innerhalb von 30 Tagen, alle Informationen, die das Büro für Künstliche Intelligenz für die Feststellung, ob ein Hochrisiko-KI-System nicht konform ist, für erforderlich erachtet. Die Marktüberwachungsbehörden gewährleisten gemäß Artikel 78 der vorliegenden Verordnung die Vertraulichkeit der von ihnen erlangten Informationen. Das Verfahren nach Kapitel VI der Verordnung (EU) 2019/1020 gilt entsprechend.

Artikel 76

Beaufsichtigung von Tests unter Realbedingungen durch Marktüberwachungsbehörden

(1) Marktüberwachungsbehörden müssen über die Kompetenzen und Befugnisse verfügen, um sicherzustellen, dass Tests unter Realbedingungen gemäß dieser Verordnung erfolgen.

(2) Wenn ein Test unter Realbedingungen für KI-Systeme durchgeführt wird, die in einem KI-Reallabor gemäß Artikel 58 beaufsichtigt werden, überprüfen die Marktüberwachungsbehörden im Rahmen ihrer Aufsichtsaufgaben für das KI-Reallabor die Einhaltung des Artikels 60. Die Behörden können gegebenenfalls gestatten, dass der Anbieter oder zukünftige Anbieter den Test unter Realbedingungen in Abweichung von den in Artikel 60 Absatz 4 Buchstaben f und g festgelegten Bedingungen durchführt.

(3) Wenn eine Marktüberwachungsbehörde vom zukünftigen Anbieter, vom Anbieter oder von einem Dritten über einen schwerwiegenden Vorfall informiert wurde oder Grund zu der Annahme hat, dass die in den Artikeln 60 und 61 festgelegten Bedingungen nicht erfüllt sind, kann sie — je nachdem, was angemessen ist — in ihrem Hoheitsgebiet gegebenenfalls entscheiden, entweder

a) den Test unter Realbedingungen auszusetzen oder abzubrechen oder

b) den Anbieter oder zukünftigen Anbieter und die Betreiber oder zukünftigen Betreiber zur Änderung eines beliebigen Aspekts des Tests unter Realbedingungen zu verpflichten.

(4) Wenn eine Marktüberwachungsbehörde eine Entscheidung nach Absatz 3 des vorliegenden Artikels getroffen oder Einwände im Sinne des Artikels 60 Absatz 4 Buchstabe b erhoben hat, sind im Rahmen der Entscheidung oder der Einwände die Gründe dafür zu nennen sowie anzugeben, wie der Anbieter oder zukünftige Anbieter die Entscheidung oder die Einwände anfechten kann.

(5) Wenn eine Marktüberwachungsbehörde eine Entscheidung nach Absatz 3 getroffen hat, teilt sie ihre Gründe dafür gegebenenfalls den Marktüberwachungsbehörden anderer Mitgliedstaaten mit, in denen das KI-System gemäß dem Plan für den Test getestet wurde.

Artikel 77

Befugnisse der für den Schutz der Grundrechte zuständigen Behörden

(1) Nationale Behörden oder öffentliche Stellen, die die Einhaltung des Unionsrechts zum Schutz der Grundrechte, einschließlich des Rechts auf Nichtdiskriminierung, in Bezug auf die Verwendung der in Anhang III genannten Hochrisiko-KI-Systeme beaufsichtigen oder durchsetzen, sind befugt, sämtliche auf der Grundlage dieser Verordnung in zugänglicher Sprache und Format erstellte oder geführte Dokumentation anzufordern und einzusehen, sofern der Zugang zu dieser Dokumentation für die wirksame Ausübung ihrer Aufträge im Rahmen ihrer Befugnisse innerhalb der Grenzen ihrer Hoheitsgewalt notwendig ist. Die jeweilige Behörde oder öffentliche Stelle informiert die Marktüberwachungsbehörde des betreffenden Mitgliedstaats von jeder diesbezüglichen Anfrage.

(2) Bis 2. November 2024 muss jeder Mitgliedstaat die in Absatz 1 genannten Behörden oder öffentlichen Stellen benennen und in einer öffentlichen Liste verfügbar machen. Die Mitgliedstaaten übermitteln die Liste der Kommission und den anderen Mitgliedstaaten und halten die Liste auf dem neuesten Stand.

(3) Sollte die in Absatz 1 genannte Dokumentation nicht ausreichen, um feststellen zu können, ob ein Verstoß gegen das Unionsrecht zum Schutz der Grundrechte vorliegt, so kann die in Absatz 1 genannte Behörde oder öffentliche Stelle bei der Marktüberwachungsbehörde einen begründeten Antrag auf Durchführung eines technischen Tests des Hochrisiko-KI-Systems stellen. Die Marktüberwachungsbehörde führt den Test unter enger Einbeziehung der beantragenden Behörde oder öffentlichen Stelle innerhalb eines angemessenen Zeitraums nach Eingang des Antrags durch.

(4) Jegliche Informationen oder Dokumentation, in deren Besitz die in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannten nationalen Behörden oder öffentlichen Stellen auf der Grundlage des vorliegenden Artikels gelangen, werden im Einklang mit den in Artikel 78 festgelegten Vertraulichkeitspflichten behandelt.

Artikel 78

Vertraulichkeit

(1) Die Kommission, die Marktüberwachungsbehörden und die notifizierten Stellen sowie alle anderen natürlichen oder juristischen Personen, die an der Anwendung dieser Verordnung beteiligt sind, wahren gemäß dem Unionsrecht oder dem nationalen Recht die Vertraulichkeit der Informationen und Daten, in deren Besitz sie bei der Ausführung ihrer Aufgaben und Tätigkeiten gelangen, sodass insbesondere Folgendes geschützt ist:

a) die Rechte des geistigen Eigentums sowie vertrauliche Geschäftsinformationen oder Geschäftsgeheimnisse natürlicher oder juristischer Personen, einschließlich Quellcodes, mit Ausnahme der in Artikel 5 der Richtlinie (EU) 2016/943 des Europäischen Parlaments und des Rates ([57]);

b) die wirksame Durchführung dieser Verordnung, insbesondere für die Zwecke von Inspektionen, Untersuchungen oder Audits;

c) öffentliche und nationale Sicherheitsinteressen;

d) die Durchführung von Straf- oder Verwaltungsverfahren;

e) gemäß dem Unionsrecht oder dem nationalen Recht als Verschlusssache eingestufte Informationen.

(2) Die gemäß Absatz 1 an der Anwendung dieser Verordnung beteiligten Behörden fragen nur Daten an, die für die Bewertung des von KI-Systemen ausgehenden Risikos und für die Ausübung ihrer Befugnisse in Übereinstimmung mit dieser Verordnung und mit der Verordnung (EU) 2019/1020 unbedingt erforderlich sind. Sie ergreifen angemessene und wirksame Cybersicherheitsmaßnahmen zum Schutz der Sicherheit und Vertraulichkeit der erlangten Informationen und Daten und löschen im Einklang mit dem geltenden Unionsrecht oder nationalen Recht die erhobenen Daten, sobald sie für den Zweck, für den sie erlangt wurden, nicht mehr benötigt werden.

(3) Unbeschadet der Absätze 1 und 2 darf der Austausch vertraulicher Informationen zwischen den zuständigen nationalen Behörden untereinander oder zwischen den zuständigen nationalen Behörden und der Kommission nicht ohne vorherige Rücksprache mit der zuständigen nationalen Behörde, von der die Informationen stammen, und dem Betreiber offengelegt werden, sofern die in Anhang III Nummer 1, 6 oder 7 genannten Hochrisiko-KI-Systeme von Strafverfolgungs-, Grenzschutz-, Einwanderungs- oder Asylbehörden verwendet werden und eine solche Offenlegung die öffentlichen und nationalen Sicherheitsinteressen gefährden könnte. Dieser Informationsaustausch erstreckt sich nicht auf sensible operative Daten zu den Tätigkeiten von Strafverfolgungs-, Grenzschutz-, Einwanderungs- oder Asylbehörden.

Handeln Strafverfolgungs-, Einwanderungs- oder Asylbehörden als Anbieter von in Anhang III Nummer 1, 6 oder 7 genannten Hochrisiko-KI-Systemen, so verbleibt die technische Dokumentation nach Anhang IV in den Räumlichkeiten dieser Behörden. Diese Behörden sorgen dafür, dass die in Artikel 74 Absätze 8 und 9 genannten Marktüberwachungsbehörden auf Anfrage unverzüglich Zugang zu dieser Dokumentation oder eine Kopie davon erhalten. Zugang zu dieser Dokumentation oder zu einer Kopie davon darf nur das Personal der Marktüberwachungsbehörde erhalten, das über eine entsprechende Sicherheitsfreigabe verfügt.

(4) Die Absätze 1, 2 und 3 dürfen sich weder auf die Rechte oder Pflichten der Kommission, der Mitgliedstaaten und ihrer einschlägigen Behörden sowie der notifizierten Stellen in Bezug auf den Informationsaustausch und die Weitergabe von Warnungen, einschließlich im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, noch auf die Pflichten der betreffenden Parteien auswirken, Informationen auf der Grundlage des Strafrechts der Mitgliedstaaten bereitzustellen.

(5) Die Kommission und die Mitgliedstaaten können erforderlichenfalls und im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen internationaler Übereinkommen und Handelsabkommen mit Regulierungsbehörden von Drittstaaten, mit denen sie bilaterale oder multilaterale Vertraulichkeitsvereinbarungen getroffen haben und die ein angemessenes Niveau an Vertraulichkeit gewährleisten, vertrauliche Informationen austauschen.

Artikel 79

Verfahren auf nationaler Ebene für den Umgang mit KI-Systemen, die ein Risiko bergen

(1) Als KI-Systeme, die ein Risiko bergen, gelten „Produkte, mit denen ein Risiko verbunden ist“ im Sinne des Artikels 3 Nummer 19 der Verordnung (EU) 2019/1020, sofern sie Risiken für die Gesundheit oder Sicherheit oder Grundrechte von Personen bergen.

(2) Hat die Marktüberwachungsbehörde eines Mitgliedstaats hinreichend Grund zu der Annahme, dass ein KI-System ein Risiko nach Absatz 1 des vorliegenden Artikels birgt, so prüft sie das betreffende KI-System im Hinblick auf die Erfüllung aller in der vorliegenden Verordnung festgelegten Anforderungen und Pflichten. Besondere Aufmerksamkeit gilt KI-Systemen, die für schutzbedürftige Gruppen ein Risiko bergen. Wenn Risiken für die Grundrechte festgestellt werden, informiert die Marktüberwachungsbehörde auch die in Artikel 77 Absatz 1 genannten einschlägigen nationalen Behörden oder öffentlichen Stellen und arbeitet uneingeschränkt mit ihnen zusammen. Die betreffenden Akteure arbeiten erforderlichenfalls mit der Marktüberwachungsbehörde und den in Artikel 77 Absatz 1 genannten anderen Behörden oder öffentlichen Stellen zusammen.

([57]) Richtlinie (EU) 2016/943 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über den Schutz vertraulichen Know-hows und vertraulicher Geschäftsinformationen (Geschäftsgeheimnisse) vor rechtswidrigem Erwerb sowie rechtswidriger Nutzung und Offenlegung (ABl. L 157 vom 15.6.2016, S. 1).

Stellt die Marktüberwachungsbehörde oder gegebenenfalls die Marktüberwachungsbehörde in Zusammenarbeit mit der in Artikel 77 Absatz 1 genannten nationalen Behörde im Verlauf dieser Prüfung fest, dass das KI-System die in dieser Verordnung festgelegten Anforderungen und Pflichten nicht erfüllt, fordert sie den jeweiligen Akteur unverzüglich auf, alle Korrekturmaßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, die Konformität des KI-Systems herzustellen, das KI-System vom Markt zu nehmen oder es innerhalb einer Frist, die die Marktüberwachungsbehörde vorgeben kann, in jedem Fall innerhalb von weniger als 15 Arbeitstagen, oder gemäß den einschlägigen Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union zurückzurufen.

Die Marktüberwachungsbehörde informiert die betreffende notifizierte Stelle entsprechend. Artikel 18 der Verordnung (EU) 2019/1020 gilt für die in Unterabsatz 2 des vorliegenden Absatzes genannten Maßnahmen.

(3) Gelangt die Marktüberwachungsbehörde zu der Auffassung, dass die Nichtkonformität nicht auf ihr nationales Hoheitsgebiet beschränkt ist, so informiert sie die Kommission und die anderen Mitgliedstaaten unverzüglich über die Ergebnisse der Prüfung und über die Maßnahmen, zu denen sie den Akteur aufgefordert hat.

(4) Der Akteur sorgt dafür, dass alle geeigneten Korrekturmaßnahmen in Bezug auf alle betreffenden KI-Systeme, die er auf dem Unionsmarkt bereitgestellt hat, getroffen werden.

(5) Ergreift der Akteur in Bezug auf sein KI-System keine geeigneten Korrekturmaßnahmen innerhalb der in Absatz 2 genannten Frist, trifft die Marktüberwachungsbehörde alle geeigneten vorläufigen Maßnahmen, um die Bereitstellung oder Inbetriebnahme des KI-Systems auf ihrem nationalen Markt zu verbieten oder einzuschränken, das Produkt oder das eigenständige KI-System von diesem Markt zu nehmen oder es zurückzurufen. Diese Behörde notifiziert unverzüglich die Kommission und die anderen Mitgliedstaaten über diese Maßnahmen.

(6) Die Notifizierung nach Absatz 5 enthält alle vorliegenden Angaben, insbesondere die für die Identifizierung des nicht konformen Systems notwendigen Informationen, den Ursprung des KI-Systems und die Lieferkette, die Art der vermuteten Nichtkonformität und das sich daraus ergebende Risiko, die Art und Dauer der ergriffenen nationalen Maßnahmen und die von dem betreffenden Akteur vorgebrachten Argumente. Die Marktüberwachungsbehörden geben insbesondere an, ob die Nichtkonformität eine oder mehrere der folgenden Ursachen hat:

a) Missachtung des Verbots der in Artikel 5 genannten KI-Praktiken;

b) Nichterfüllung der in Kapitel III Abschnitt 2 festgelegten Anforderungen durch ein Hochrisiko-KI-System;

c) Mängel in den in den Artikeln 40 und 41 genannten harmonisierten Normen oder gemeinsamen Spezifikationen, die eine Konformitätsvermutung begründen;

d) Nichteinhaltung des Artikels 50.

(7) Die anderen Marktüberwachungsbehörden — mit Ausnahme der Marktüberwachungsbehörde des Mitgliedstaats, der das Verfahren eingeleitet hat — informieren unverzüglich die Kommission und die anderen Mitgliedstaaten über jegliche Maßnahmen und ihnen vorliegende zusätzlichen Informationen zur Nichtkonformität des betreffenden KI-Systems sowie — falls sie die ihnen mitgeteilte nationale Maßnahme ablehnen — über ihre Einwände.

(8) Erhebt weder eine Marktüberwachungsbehörde eines Mitgliedstaats noch die Kommission innerhalb von drei Monaten nach Eingang der in Absatz 5 des vorliegenden Artikels genannten Notifizierung Einwände gegen eine von einer Marktüberwachungsbehörde eines anderen Mitgliedstaats erlassene vorläufige Maßnahme, so gilt diese Maßnahme als gerechtfertigt. Die Verfahrensrechte des betreffenden Akteurs nach Artikel 18 der Verordnung (EU) 2019/1020 bleiben hiervon unberührt. Die Frist von drei Monaten gemäß dem vorliegenden Absatz wird bei Nichteinhaltung des Verbots der in Artikel 5 der vorliegenden Verordnung genannten KI-Praktiken auf 30 Tage verkürzt.

(9) Die Marktüberwachungsbehörden tragen dafür Sorge, dass geeignete einschränkende Maßnahmen in Bezug auf das betreffende Produkt oder KI-System ergriffen werden, beispielsweise die unverzügliche Rücknahme des Produkts oder KI-Systems von ihrem Markt.

Artikel 80

Verfahren für den Umgang mit KI-Systemen, die vom Anbieter gemäß Anhang III als nicht hochriskant eingestuft werden

(1) Hat eine Marktüberwachungsbehörde hinreichend Grund zu der Annahme, dass ein vom Anbieter als nicht hochriskant gemäß Artikel 6 Absatz 3 eingestuftes KI-System tatsächlich hochriskant ist, so prüft die Marktüberwachungsbehörde das betreffende KI-System im Hinblick auf seine Einstufung als Hochrisiko-KI-System auf der Grundlage der in Artikel 6 Absatz 3 festgelegten Bedingungen und den Leitlinien der Kommission.

(2) Stellt die Marktüberwachungsbehörde im Verlauf dieser Prüfung fest, dass das betreffende KI-System hochriskant ist, fordert sie den jeweiligen Anbieter unverzüglich auf, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Konformität des KI-Systems mit den in dieser Verordnung festgelegten Anforderungen und Pflichten herzustellen, sowie innerhalb einer Frist, die die Marktüberwachungsbehörde vorgeben kann, geeignete Korrekturmaßnahmen zu ergreifen.

(3) Gelangt die Marktüberwachungsbehörde zu der Auffassung, dass die Verwendung des betreffenden KI-Systems nicht auf ihr nationales Hoheitsgebiet beschränkt ist, so informiert sie die Kommission und die anderen Mitgliedstaaten unverzüglich über die Ergebnisse der Prüfung und über die Maßnahmen, zu denen sie den Anbieter aufgefordert hat.

(4) Der Anbieter sorgt dafür, dass alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen werden, um die Konformität des KI-Systems mit den in dieser Verordnung festgelegten Anforderungen und Pflichten herzustellen. Stellt der Anbieter eines betroffenen KI-Systems die Konformität des KI-Systems mit diesen Anforderungen und Pflichten nicht innerhalb der in Absatz 2 des vorliegenden Artikels genannten Frist her, so werden gegen den Anbieter Geldbußen gemäß Artikel 99 verhängt.

(5) Der Anbieter sorgt dafür, dass alle geeigneten Korrekturmaßnahmen in Bezug auf alle betreffenden KI-Systeme, die er auf dem Unionsmarkt bereitgestellt hat, getroffen werden.

(6) Ergreift der Anbieter des betreffenden KI-Systems innerhalb der in Absatz 2 des vorliegenden Artikels genannten Frist keine angemessenen Korrekturmaßnahmen, so findet Artikel 79 Absätze 5 bis 9 Anwendung.

(7) Stellt die Marktüberwachungsbehörde im Verlauf der Prüfung gemäß Absatz 1 des vorliegenden Artikels fest, dass das KI-System vom Anbieter fälschlich als nicht hochriskant eingestuft wurde, um die Geltung der Anforderungen von Kapitel III Abschnitt 2 zu umgehen, so werden gegen den Anbieter Geldbußen gemäß Artikel 99 verhängt.

(8) Bei der Ausübung ihrer Befugnis zur Überwachung der Anwendung dieses Artikels können die Marktüberwachungsbehörden im Einklang mit Artikel 11 der Verordnung (EU) 2019/1020 geeignete Überprüfungen durchführen, wobei sie insbesondere Informationen berücksichtigen, die in der EU-Datenbank gemäß Artikel 71 der vorliegenden Verordnung gespeichert sind.

Artikel 81

Schutzklauselverfahren der Union

(1) Erhebt eine Marktüberwachungsbehörde eines Mitgliedstaats innerhalb von drei Monaten nach Eingang der in Artikel 79 Absatz 5 genannten Notifizierung — oder bei Nichteinhaltung des Verbots der in Artikel 5 genannten KI-Praktiken innerhalb von 30 Tagen — Einwände gegen eine von der Marktüberwachungsbehörde eines anderen Mitgliedstaats getroffene Maßnahme oder ist die Kommission der Ansicht, dass die Maßnahme mit dem Unionsrecht unvereinbar ist, so nimmt die Kommission unverzüglich Konsultationen mit der Marktüberwachungsbehörde des betreffenden Mitgliedstaats und dem Akteur bzw. den Akteuren auf und prüft die nationale Maßnahme. Anhand der Ergebnisse dieser Prüfung entscheidet die Kommission innerhalb von sechs Monaten — oder bei Nichteinhaltung des Verbots der in Artikel 5 genannten KI-Praktiken innerhalb von 60 Tagen — ab dem Eingang der in Artikel 79 Absatz 5 genannten Notifizierung, ob die nationale Maßnahme gerechtfertigt ist, und teilt der Marktüberwachungsbehörde des betreffenden Mitgliedstaats ihre Entscheidung mit. Die Kommission unterrichtet auch alle übrigen Marktüberwachungsbehörden über ihre Entscheidung.

(2) Ist die Kommission der Ansicht, dass die von dem betreffenden Mitgliedstaat ergriffene Maßnahme gerechtfertigt ist, so tragen alle Mitgliedstaaten dafür Sorge, dass sie geeignete einschränkende Maßnahmen in Bezug auf das betreffende KI-System ergreifen, etwa die Anordnung der unverzüglichen Rücknahme des KI-Systems von ihrem Markt, und informiert die Kommission darüber. Erachtet die Kommission die nationale Maßnahme als nicht gerechtfertigt, nimmt der betreffende Mitgliedstaat die Maßnahme zurück und informiert die Kommission darüber.

(3) Gilt die nationale Maßnahme als gerechtfertigt und wird die Nichtkonformität des KI-Systems auf Mängel in den in den Artikeln 40 und 41 dieser Verordnung genannten harmonisierten Normen oder gemeinsamen Spezifikationen zurückgeführt, so leitet die Kommission das in Artikel 11 der Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 festgelegte Verfahren ein.

Artikel 82

Konforme KI-Systeme, die ein Risiko bergen

(1) Stellt die Marktüberwachungsbehörde eines Mitgliedstaats — nach einer Konsultation der in Artikel 77 Absatz 1 genannten betreffenden nationalen Behörde — nach der gemäß Artikel 79 durchgeführten Prüfung fest, dass ein Hochrisiko-KI-System zwar dieser Verordnung entspricht, aber dennoch ein Risiko für die Gesundheit oder Sicherheit von Personen, für die Grundrechte oder für andere Aspekte des Schutzes öffentlicher Interessen darstellt, so fordert sie unverzüglich den betreffenden Akteur auf, alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, damit das betreffende KI-System zum Zeitpunkt des Inverkehrbringens oder der Inbetriebnahme dieses Risiko nicht mehr birgt, und zwar innerhalb einer Frist, die sie vorgeben kann.

(2) Der Anbieter oder der andere einschlägige Akteur sorgt dafür, dass in Bezug auf alle betroffenen KI-Systeme, die er auf dem Unionsmarkt bereitgestellt hat, innerhalb der Frist, die von der in Absatz 1 genannten Marktüberwachungsbehörde des Mitgliedstaats vorgegeben wurde, Korrekturmaßnahmen ergriffen werden.

(3) Die Mitgliedstaaten unterrichten unverzüglich die Kommission und die anderen Mitgliedstaaten über Feststellungen gemäß Absatz 1. Diese Unterrichtung enthält alle vorliegenden Angaben, insbesondere die für die Identifizierung des betreffenden KI-Systems notwendigen Daten, den Ursprung und die Lieferkette des KI-Systems, die Art des sich daraus ergebenden Risikos sowie die Art und Dauer der ergriffenen nationalen Maßnahmen.

(4) Die Kommission nimmt unverzüglich mit den betreffenden Mitgliedstaaten und den jeweiligen Akteuren Konsultationen auf und prüft die ergriffenen nationalen Maßnahmen. Anhand der Ergebnisse dieser Prüfung entscheidet die Kommission, ob die Maßnahme gerechtfertigt ist, und schlägt, falls erforderlich, weitere geeignete Maßnahmen vor.

(5) Die Kommission teilt ihren Beschluss unverzüglich den betroffenen Mitgliedstaaten und den jeweiligen Akteuren mit. Sie unterrichtet auch die übrigen Mitgliedstaaten.

Artikel 83

Formale Nichtkonformität

(1) Wenn die Marktüberwachungsbehörde eines Mitgliedstaats eine der folgenden Nichtkonformitäten feststellt, fordert sie den jeweiligen Anbieter auf, diese binnen einer Frist, die sie vorgeben kann, zu beheben:

a) die CE-Kennzeichnung wurde unter Verstoß gegen Artikel 48 angebracht;

b) es wurde keine CE-Kennzeichnung angebracht;

c) es wurde keine EU-Konformitätserklärung gemäß Artikel 47 ausgestellt;

d) es wurde keine EU-Konformitätserklärung gemäß Artikel 47 ordnungsgemäß ausgestellt;

e) es wurde keine Registrierung in der EU-Datenbank gemäß Artikel 71 vorgenommen;

f) es wurde kein Bevollmächtigter — sofern erforderlich — ernannt;

g) es ist keine technische Dokumentation verfügbar.

(2) Besteht die Nichtkonformität nach Absatz 1 weiter, so ergreift die Marktüberwachungsbehörde des betreffenden Mitgliedstaats geeignete und verhältnismäßige Maßnahmen, um die Bereitstellung des Hochrisiko-KI-Systems auf dem Markt zu beschränken oder zu verbieten oder um dafür zu sorgen, dass es unverzüglich zurückgerufen oder vom Markt genommen wird.

Artikel 84

Unionsstrukturen zur Unterstützung der Prüfung von KI

(1) Die Kommission benennt eine oder mehrere Unionsstrukturen zur Unterstützung der Prüfung von KI, die die Aufgaben gemäß Artikel 21 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2019/1020 im KI-Bereich wahrnehmen.

(2) Unbeschadet der in Absatz 1 genannten Aufgaben leisten die Unionsstrukturen zur Unterstützung der Prüfung von KI auf Anfrage des KI-Gremiums, der Kommission oder der Marktüberwachungsbehörden auch unabhängige technische oder wissenschaftliche Beratung.

ABSCHNITT 4

Rechtsbehelfe

Artikel 85

Recht auf Beschwerde bei einer Marktüberwachungsbehörde

Unbeschadet anderer verwaltungsrechtlicher oder gerichtlicher Rechtsbehelfe kann jede natürliche oder juristische Person, die Grund zu der Annahme hat, dass gegen die Bestimmungen dieser Verordnung verstoßen wurde, bei der betreffenden Marktüberwachungsbehörde Beschwerden einreichen.

Gemäß der Verordnung (EU) 2019/1020 werden solche Beschwerden für die Zwecke der Durchführung von Marktüberwachungstätigkeiten berücksichtigt und nach den einschlägigen von den Marktüberwachungsbehörden dafür eingerichteten Verfahren behandelt.

Artikel 86

Recht auf Erläuterung der Entscheidungsfindung im Einzelfall

(1) Personen, die von einer Entscheidung betroffen sind, die der Betreiber auf der Grundlage der Ausgaben eines in Anhang III aufgeführten Hochrisiko-KI-Systems, mit Ausnahme der in Nummer 2 des genannten Anhangs aufgeführten Systeme, getroffen hat und die rechtliche Auswirkungen hat oder sie in ähnlicher Art erheblich auf eine Weise beeinträchtigt, die ihrer Ansicht nach ihre Gesundheit, ihre Sicherheit oder ihre Grundrechte beeinträchtigt, haben das Recht, vom Betreiber eine klare und aussagekräftige Erläuterung zur Rolle des KI-Systems im Entscheidungsprozess und zu den wichtigsten Elementen der getroffenen Entscheidung zu erhalten.

(2) Absatz 1 gilt nicht für die Verwendung von KI-Systemen, bei denen sich Ausnahmen von oder Beschränkungen der Pflicht nach dem genannten Absatz aus dem Unionsrecht oder dem nationalen Recht im Einklang mit dem Unionsrecht ergeben.

(3) Dieser Artikel gilt nur insoweit, als das Recht gemäß Absatz 1 nicht anderweitig im Unionsrecht festgelegt ist.

Artikel 87

Meldung von Verstößen und Schutz von Hinweisgebern

Für die Meldung von Verstößen gegen diese Verordnung und den Schutz von Personen, die solche Verstöße melden, gilt die Richtlinie (EU) 2019/1937.

ABSCHNITT 5

Aufsicht, Ermittlung, Durchsetzung und Überwachung in Bezug auf Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck

Artikel 88

Durchsetzung der Pflichten der Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck

(1) Die Kommission verfügt unter Berücksichtigung der Verfahrensgarantien nach Artikel 94 über ausschließliche Befugnisse zur Beaufsichtigung und Durchsetzung von Kapitel V. Unbeschadet der Organisationsbefugnisse der Kommission und der Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen den Mitgliedstaaten und der Union auf der Grundlage der Verträge überträgt die Kommission dem Büro für Künstliche Intelligenz die Durchführung dieser Aufgaben.

(2) Unbeschadet des Artikels 75 Absatz 3 können die Marktüberwachungsbehörden die Kommission ersuchen, die in diesem Abschnitt festgelegten Befugnisse auszuüben, wenn es erforderlich und verhältnismäßig ist, um die Wahrnehmung ihrer Aufgaben gemäß dieser Verordnung zu unterstützen.

Artikel 89

Überwachungsmaßnahmen

(1) Zur Wahrnehmung der ihr in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben kann das Büro für Künstliche Intelligenz die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die wirksame Umsetzung und Einhaltung dieser Verordnung durch Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck, einschließlich der Einhaltung genehmigter Praxisleitfäden, zu überwachen.

(2) Nachgelagerte Anbieter haben das Recht, eine Beschwerde wegen eines Verstoßes gegen diese Verordnung einzureichen. Eine Beschwerde ist hinreichend zu begründen und enthält mindestens Folgendes:

a) die Kontaktstelle des Anbieters des betreffenden KI-Modells mit allgemeinem Verwendungszweck;

b) eine Beschreibung der einschlägigen Fakten, die betreffenden Bestimmungen dieser Verordnung und die Begründung, warum der nachgelagerte Anbieter der Auffassung ist, dass der Anbieter des KI-Modells mit allgemeinem Verwendungszweck gegen diese Verordnung verstoßen hat;

c) alle sonstigen Informationen, die der nachgelagerte Anbieter, der die Anfrage übermittelt hat, für relevant hält, gegebenenfalls einschließlich Informationen, die er auf eigene Initiative hin zusammengetragen hat.

Artikel 90

Warnungen des wissenschaftlichen Gremiums vor systemischen Risiken

(1) Das wissenschaftliche Gremium kann dem Büro für Künstliche Intelligenz eine qualifizierte Warnung übermitteln, wenn es Grund zu der Annahme hat, dass

a) ein KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck ein konkretes, identifizierbares Risiko auf Unionsebene birgt oder

b) ein KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck die Bedingungen gemäß Artikel 51 erfüllt.

(2) Aufgrund einer solchen qualifizierten Warnung kann die Kommission über das Büro für Künstliche Intelligenz und nach Unterrichtung des KI-Gremiums die in diesem Abschnitt festgelegten Befugnisse zur Beurteilung der Angelegenheit ausüben. Das Büro für Künstliche Intelligenz unterrichtet das KI-Gremium über jede Maßnahme gemäß den Artikeln 91 bis 94.

(3) Eine qualifizierte Warnung ist hinreichend zu begründen und enthält mindestens Folgendes:

a) die Kontaktstelle des Anbieters des betreffenden KI-Modells mit allgemeinem Verwendungszweck mit systemischem Risiko;

b) eine Beschreibung der einschlägigen Fakten und der Gründe für die Warnung durch das wissenschaftliche Gremium;

c) alle sonstigen Informationen, die das wissenschaftliche Gremium für relevant hält, gegebenenfalls einschließlich Informationen, die es auf eigene Initiative hin zusammengetragen hat.

Artikel 91

Befugnis zur Anforderung von Dokumentation und Informationen

(1) Die Kommission kann den Anbieter des betreffenden KI-Modells mit allgemeinem Verwendungszweck auffordern, die vom Anbieter gemäß den Artikeln 53 und 55 erstellte Dokumentation oder alle zusätzlichen Informationen vorzulegen, die erforderlich sind, um die Einhaltung dieser Verordnung durch den Anbieter zu beurteilen.

(2) Vor der Übermittlung des Informationsersuchens kann das Büro für Künstliche Intelligenz einen strukturierten Dialog mit dem Anbieter des KI-Modells mit allgemeinem Verwendungszweck einleiten.

(3) Auf hinreichend begründeten Antrag des wissenschaftlichen Gremiums kann die Kommission ein Informationsersuchen an einen Anbieter eines KI-Modells mit allgemeinem Verwendungszweck richten, wenn der Zugang zu Informationen für die Wahrnehmung der Aufgaben des wissenschaftlichen Gremiums gemäß Artikel 68 Absatz 2 erforderlich und verhältnismäßig ist.

(4) In dem Auskunftsersuchen sind die Rechtsgrundlage und der Zweck des Ersuchens zu nennen, anzugeben, welche Informationen benötigt werden, eine Frist für die Übermittlung der Informationen zu setzen, und die Geldbußen für die Erteilung unrichtiger, unvollständiger oder irreführender Informationen gemäß Artikel 101 anzugeben.

(5) Der Anbieter des betreffenden KI-Modells mit allgemeinem Verwendungszweck oder sein Vertreter stellt die angeforderten Informationen bereit. Im Falle juristischer Personen, Gesellschaften oder — wenn der Anbieter keine Rechtspersönlichkeit besitzt — die Personen, die nach Gesetz oder Satzung zur Vertretung dieser Personen befugt sind, stellen die angeforderten Informationen im Namen des Anbieters des betreffenden KI-Modells mit allgemeinem Verwendungszweck zur Verfügung. Ordnungsgemäß bevollmächtigte Rechtsanwälte können Informationen im Namen ihrer Mandanten erteilen. Die Mandanten bleiben jedoch in vollem Umfang dafür verantwortlich, dass die erteilten Auskünfte vollständig, sachlich richtig oder nicht irreführend sind.

Artikel 92

Befugnis zur Durchführung von Bewertungen

(1) Das Büro für Künstliche Intelligenz kann nach Konsultation des KI-Gremiums Bewertungen des betreffenden KI-Modells mit allgemeinem Verwendungszweck durchführen, um

a) die Einhaltung der Pflichten aus dieser Verordnung durch den Anbieter zu beurteilen, wenn die gemäß Artikel 91 eingeholten Informationen unzureichend sind, oder

b) systemische Risiken auf Unionsebene von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck mit systemischem Risiko zu ermitteln, insbesondere im Anschluss an eine qualifizierte Warnung des wissenschaftlichen Gremiums gemäß Artikel 90 Absatz 1 Buchstabe a.

(2) Die Kommission kann beschließen, unabhängige Sachverständige zu benennen, die in ihrem Namen Bewertungen durchführen, einschließlich aus dem gemäß Artikel 68 eingesetzten wissenschaftlichen Gremium. Die für diese Aufgabe benannten unabhängigen Sachverständigen erfüllen die in Artikel 68 Absatz 2 umrissenen Kriterien.

(3) Für die Zwecke des Absatzes 1 kann die Kommission über API oder weitere geeignete technische Mittel und Instrumente, einschließlich Quellcode, Zugang zu dem betreffenden KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck anfordern.

(4) In der Anforderung des Zugangs sind die Rechtsgrundlage, der Zweck und die Gründe für die Anforderung zu nennen und die Frist für die Bereitstellung des Zugangs zu setzen und die Geldbußen gemäß Artikel 101 für den Fall, dass der Zugang nicht bereitgestellt wird, anzugeben.

(5) Die Anbieter des betreffenden KI-Modells mit allgemeinem Verwendungszweck oder seine Vertreter stellen die angeforderten Informationen zur Verfügung. Im Falle juristischer Personen, Gesellschaften oder — wenn der Anbieter keine Rechtspersönlichkeit besitzt — die Personen, die nach Gesetz oder ihrer Satzung zur Vertretung dieser Personen befugt sind, stellen den angeforderten Zugang im Namen des Anbieters des betreffenden KI-Modells mit allgemeinem Verwendungszweck zur Verfügung.

(6) Die Kommission erlässt Durchführungsrechtsakte, in denen die detaillierten Regelungen und Voraussetzungen für die Bewertungen, einschließlich der detaillierten Regelungen für die Einbeziehung unabhängiger Sachverständiger, und das Verfahren für deren Auswahl festgelegt werden. Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 98 Absatz 2 genannten Prüfverfahren erlassen.

(7) Bevor es den Zugang zu dem betreffenden KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck anfordert, kann das Büro für Künstliche Intelligenz einen strukturierten Dialog mit dem Anbieter des KI-Modells mit allgemeinem Verwendungszweck einleiten, um mehr Informationen über die interne Erprobung des Modells, interne Vorkehrungen zur Vermeidung systemischer Risiken und andere interne Verfahren und Maßnahmen, die der Anbieter zur Minderung dieser Risiken ergriffen hat, einzuholen.

Artikel 93

Befugnis zur Aufforderung zu Maßnahmen

(1) Soweit erforderlich und angemessen, kann die Kommission die Anbieter auffordern,

a) geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Verpflichtungen gemäß den Artikeln 53 und 54 einzuhalten;

b) Risikominderungsmaßnahmen durchzuführen, wenn die gemäß Artikel 92 durchgeführte Bewertung zu ernsthaften und begründeten Bedenken hinsichtlich eines systemischen Risikos auf Unionsebene geführt hat;

c) die Bereitstellung des Modells auf dem Markt einzuschränken, es zurückzunehmen oder zurückzurufen.

(2) Vor der Aufforderung zu einer Maßnahme kann das Büro für Künstliche Intelligenz einen strukturierten Dialog mit dem Anbieter des KI-Modells mit allgemeinem Verwendungszweck einleiten.

(3) Wenn der Anbieter des KI-Modells mit allgemeinem Verwendungszweck im Rahmen des strukturierten Dialogs gemäß Absatz 2 Verpflichtungszusagen zur Durchführung von Risikominderungsmaßnahmen, um einem systemischen Risiko auf Unionsebene zu begegnen, anbietet, kann die Kommission diese Verpflichtungszusagen durch einen Beschluss für bindend erklären und feststellen, dass es keinen weiteren Anlass zum Handeln gibt.

Artikel 94

Verfahrensrechte der Wirtschaftsakteure des KI-Modells mit allgemeinem Verwendungszweck

Unbeschadet der in dieser Verordnung enthaltenen spezifischeren Verfahrensrechte gilt für die Anbieter des KI-Modells mit allgemeinem Verwendungszweck Artikel 18 der Verordnung (EU) 2019/1020 sinngemäß.

KAPITEL X

VERHALTENSKODIZES UND LEITLINIEN

Artikel 95

Verhaltenskodizes für die freiwillige Anwendung bestimmter Anforderungen

(1) Das Büro für Künstliche Intelligenz und die Mitgliedstaaten fördern und erleichtern die Aufstellung von Verhaltenskodizes, einschließlich damit zusammenhängender Governance-Mechanismen, mit denen die freiwillige Anwendung einiger oder aller der in Kapitel III Abschnitt 2 genannten Anforderungen auf KI-Systeme, die kein hohes Risiko bergen, gefördert werden soll, wobei den verfügbaren technischen Lösungen und bewährten Verfahren der Branche, die die Anwendung dieser Anforderungen ermöglichen, Rechnung zu tragen ist.

(2) Das Büro für Künstliche Intelligenz und die Mitgliedstaaten erleichtern die Aufstellung von Verhaltenskodizes in Bezug auf die freiwillige Anwendung spezifischer Anforderungen auf alle KI-Systeme, einschließlich durch Betreiber, auf der Grundlage klarer Zielsetzungen sowie wesentlicher Leistungsindikatoren zur Messung der Erfüllung dieser Zielsetzungen, einschließlich unter anderem folgender Elemente:

a) in den Ethik-Leitlinien der Union für eine vertrauenswürdige KI enthaltene anwendbare Elemente;

b) Beurteilung und Minimierung der Auswirkungen von KI-Systemen auf die ökologische Nachhaltigkeit, einschließlich im Hinblick auf energieeffizientes Programmieren, und Techniken, um KI effizient zu gestalten, zu trainieren und zu nutzen;

c) Förderung der KI-Kompetenz, insbesondere der von Personen, die mit der Entwicklung, dem Betrieb und der Nutzung von KI befasst sind;

d) Erleichterung einer inklusiven und vielfältigen Gestaltung von KI-Systemen, unter anderem durch die Einsetzung inklusiver und vielfältiger Entwicklungsteams und die Förderung der Beteiligung der Interessenträger an diesem Prozess;

e) Bewertung und Verhinderung der negativen Auswirkungen von KI-Systemen auf schutzbedürftige Personen oder Gruppen schutzbedürftiger Personen, einschließlich im Hinblick auf die Barrierefreiheit für Personen mit Behinderungen, sowie auf die Gleichstellung der Geschlechter.

(3) Verhaltenskodizes können von einzelnen KI-System-Anbietern oder -Betreibern oder von Interessenvertretungen dieser Anbieter oder Betreiber oder von beiden aufgestellt werden, auch unter Einbeziehung von Interessenträgern sowie deren Interessenvertretungen einschließlich Organisationen der Zivilgesellschaft und Hochschulen. Verhaltenskodizes können sich auf ein oder mehrere KI-Systeme erstrecken, um ähnlichen Zweckbestimmungen der jeweiligen Systeme Rechnung zu tragen.

(4) Das Büro für Künstliche Intelligenz und die Mitgliedstaaten berücksichtigen die besonderen Interessen und Bedürfnisse von KMU, einschließlich Startups, bei der Förderung und Erleichterung der Aufstellung von Verhaltenskodizes.

Artikel 96

Leitlinien der Kommission zur Durchführung dieser Verordnung

(1) Die Kommission erarbeitet Leitlinien für die praktische Umsetzung dieser Verordnung, die sich insbesondere auf Folgendes beziehen:

a) die Anwendung der in den Artikeln 8 bis 15 und in Artikel 25 genannten Anforderungen und Pflichten;

b) die in Artikel 5 genannten verbotenen Praktiken;

c) die praktische Durchführung der Bestimmungen über wesentliche Veränderungen;

d) die praktische Umsetzung der Transparenzpflichten gemäß Artikel 50;

e) detaillierte Informationen über das Verhältnis dieser Verordnung zu den in Anhang I aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union sowie zu anderen einschlägigen Rechtsvorschriften der Union, auch in Bezug auf deren kohärente Durchsetzung;

f) die Anwendung der Definition eines KI-Systems gemäß Artikel 3 Nummer 1.

Wenn die Kommission solche Leitlinien herausgibt, widmet sie den Bedürfnissen von KMU einschließlich Start-up-Unternehmen, von lokalen Behörden und von den am wahrscheinlichsten von dieser Verordnung betroffenen Sektoren besondere Aufmerksamkeit.

Die Leitlinien gemäß Unterabsatz 1 dieses Absatzes tragen dem allgemein anerkannten Stand der Technik im Bereich KI sowie den einschlägigen harmonisierten Normen und gemeinsamen Spezifikationen, auf die in den Artikeln 40 und 41 Bezug genommen wird, oder den harmonisierten Normen oder technischen Spezifikationen, die gemäß den Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union festgelegt wurden, gebührend Rechnung.

(2) Auf Ersuchen der Mitgliedstaaten oder des Büros für Künstliche Intelligenz oder von sich aus aktualisiert die Kommission früher verabschiedete Leitlinien, wenn es als notwendig erachtet wird.

KAPITEL XI

BEFUGNISÜBERTRAGUNG UND AUSSCHUSSVERFAHREN

Artikel 97

Ausübung der Befugnisübertragung

(1) Die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte wird der Kommission unter den in diesem Artikel festgelegten Bedingungen übertragen.

(2) Die in Artikel 6 Absätze 6 und 7, Artikel 7 Absätze 1 und 3, Artikel 11 Absatz 3, Artikel 43 Absätze 5 und 6, Artikel 47 Absatz 5, Artikel 51 Absatz 3, Artikel 52 Absatz 4 sowie Artikel 53 Absätze 5 und 6 genannte Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte wird der Kommission für einen Zeitraum von fünf Jahren ab 1. August 2024 übertragen. Die Kommission erstellt spätestens neun Monate vor Ablauf des Zeitraums von fünf Jahren einen Bericht über die Befugnisübertragung. Die Befugnisübertragung verlängert sich stillschweigend um Zeiträume gleicher Länge, es sei denn, das Europäische Parlament oder der Rat widersprechen einer solchen Verlängerung spätestens drei Monate vor Ablauf des jeweiligen Zeitraums.

(3) Die Befugnisübertragung gemäß Artikel 6 Absätze 6 und 7, Artikel 7 Absätze 1 und 3, Artikel 11 Absatz 3, Artikel 43 Absätze 5 und 6, Artikel 47 Absatz 5, Artikel 51 Absatz 3, Artikel 52 Absatz 4 sowie Artikel 53 Absätze 5 und 6 kann vom Europäischen Parlament oder vom Rat jederzeit widerrufen werden. Der Beschluss über den Widerruf beendet die Übertragung der in jenem Beschluss angegebenen Befugnis. Er wird am Tag nach seiner Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* oder zu einem darin angegebenen späteren Zeitpunkt wirksam. Die Gültigkeit von delegierten Rechtsakten, die bereits in Kraft sind, wird von dem Beschluss über den Widerruf nicht berührt.

(4) Vor dem Erlass eines delegierten Rechtsakts konsultiert die Kommission die von den einzelnen Mitgliedstaaten benannten Sachverständigen im Einklang mit den in der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 13. April 2016 über bessere Rechtsetzung niedergelegten Grundsätzen.

(5) Sobald die Kommission einen delegierten Rechtsakt erlässt, übermittelt sie ihn gleichzeitig dem Europäischen Parlament und dem Rat.

(6) Ein delegierter Rechtsakt, der nach Artikel 6 Absatz 6 oder 7, Artikel 7 Absatz 1 oder 3, Artikel 11 Absatz 3, Artikel 43 Absatz 5 oder 6, Artikel 47 Absatz 5, Artikel 51 Absatz 3, Artikel 52 Absatz 4 sowie Artikel 53 Absatz 5 oder 6 erlassen wurde, tritt nur in Kraft, wenn weder das Europäische Parlament noch der Rat innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Übermittlung jenes Rechtsakts an das Europäische Parlament und den Rat Einwände erhoben haben oder wenn vor Ablauf dieser Frist das Europäische Parlament und der Rat beide der Kommission mitgeteilt haben, dass sie keine Einwände erheben werden. Auf Initiative des Europäischen Parlaments oder des Rates wird diese Frist um drei Monate verlängert.

Artikel 98

Ausschussverfahren

(1) Die Kommission wird von einem Ausschuss unterstützt. Dieser Ausschuss ist ein Ausschuss im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.

(2) Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gilt Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.

KAPITEL XII

SANKTIONEN

Artikel 99

Sanktionen

(1) Entsprechend den Vorgaben dieser Verordnung erlassen die Mitgliedstaaten Vorschriften für Sanktionen und andere Durchsetzungsmaßnahmen, zu denen auch Verwarnungen und nichtmonetäre Maßnahmen gehören können, die bei Verstößen gegen diese Verordnung durch Akteure Anwendung finden, und ergreifen alle Maßnahmen, die für deren ordnungsgemäße und wirksame Durchsetzung notwendig sind, wobei die von der Kommission gemäß Artikel 96 erteilten Leitlinien zu berücksichtigen sind. Die vorgesehenen Sanktionen müssen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein. Sie berücksichtigen die Interessen von KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, sowie deren wirtschaftliches Überleben.

(2) Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission die Vorschriften für Sanktionen und andere Durchsetzungsmaßnahmen gemäß Absatz 1 unverzüglich und spätestens zum Zeitpunkt ihres Inkrafttretens mit und melden ihr unverzüglich etwaige spätere Änderungen.

(3) Bei Missachtung des Verbots der in Artikel 5 genannten KI-Praktiken werden Geldbußen von bis zu 35 000 000 EUR oder — im Falle von Unternehmen — von bis zu 7 % des gesamten weltweiten Jahresumsatzes des vorangegangenen Geschäftsjahres verhängt, je nachdem, welcher Betrag höher ist.

(4) Für Verstöße gegen folgende für Akteure oder notifizierte Stellen geltende Bestimmungen, mit Ausnahme der in Artikel 5 genannten, werden Geldbußen von bis zu 15 000 000 EUR oder — im Falle von Unternehmen — von bis zu 3 % des gesamten weltweiten Jahresumsatzes des vorangegangenen Geschäftsjahres verhängt, je nachdem, welcher Betrag höher ist:

a) Pflichten der Anbieter gemäß Artikel 16;

b) Pflichten der Bevollmächtigten gemäß Artikel 22;

c) Pflichten der Einführer gemäß Artikel 23;

d) Pflichten der Händler gemäß Artikel 24;

e) Pflichten der Betreiber gemäß Artikel 26;

f) für notifizierte Stellen geltende Anforderungen und Pflichten gemäß Artikel 31, Artikel 33 Absätze 1, 3 und 4 bzw. Artikel 34;

g) Transparenzpflichten für Anbieter und Betreiber gemäß Artikel 50.

(5) Werden notifizierten Stellen oder zuständigen nationalen Behörden auf deren Auskunftsersuchen hin falsche, unvollständige oder irreführende Informationen bereitgestellt, so werden Geldbußen von bis zu 7 500 000 EUR oder — im Falle von Unternehmen — von bis zu 1 % des gesamten weltweiten Jahresumsatzes des vorangegangenen Geschäftsjahres verhängt, je nachdem, welcher Betrag höher ist.

(6) Im Falle von KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, gilt für jede in diesem Artikel genannte Geldbuße der jeweils niedrigere Betrag aus den in den Absätzen 3, 4 und 5 genannten Prozentsätzen oder Summen.

(7) Bei der Entscheidung, ob eine Geldbuße verhängt wird, und bei der Festsetzung der Höhe der Geldbuße werden in jedem Einzelfall alle relevanten Umstände der konkreten Situation sowie gegebenenfalls Folgendes berücksichtigt:

a) Art, Schwere und Dauer des Verstoßes und seiner Folgen, unter Berücksichtigung des Zwecks des KI-Systems sowie gegebenenfalls der Zahl der betroffenen Personen und des Ausmaßes des von ihnen erlittenen Schadens;

b) ob demselben Akteur bereits von anderen Marktüberwachungsbehörden für denselben Verstoß Geldbußen auferlegt wurden;

c) ob demselben Akteur bereits von anderen Behörden für Verstöße gegen das Unionsrecht oder das nationale Recht Geldbußen auferlegt wurden, wenn diese Verstöße auf dieselbe Handlung oder Unterlassung zurückzuführen sind, die einen einschlägigen Verstoß gegen diese Verordnung darstellt;

d) Größe, Jahresumsatz und Marktanteil des Akteurs, der den Verstoß begangen hat;

e) jegliche anderen erschwerenden oder mildernden Umstände im jeweiligen Fall, wie etwa unmittelbar oder mittelbar durch den Verstoß erlangte finanzielle Vorteile oder vermiedene Verluste;

f) Grad der Zusammenarbeit mit den zuständigen nationalen Behörden, um den Verstoß abzustellen und die möglichen nachteiligen Auswirkungen des Verstoßes abzumildern;

g) Grad an Verantwortung des Akteurs unter Berücksichtigung der von ihm ergriffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen;

h) Art und Weise, wie der Verstoß den zuständigen nationalen Behörden bekannt wurde, insbesondere ob und gegebenenfalls in welchem Umfang der Akteur den Verstoß gemeldet hat;

i) Vorsätzlichkeit oder Fahrlässigkeit des Verstoßes;

j) alle Maßnahmen, die der Akteur ergriffen hat, um den Schaden, der den betroffenen Personen zugefügt wird, zu mindern.

(8) Jeder Mitgliedstaat erlässt Vorschriften darüber, in welchem Umfang gegen Behörden und öffentliche Stellen, die in dem betreffenden Mitgliedstaat niedergelassen sind, Geldbußen verhängt werden können.

(9) In Abhängigkeit vom Rechtssystem der Mitgliedstaaten können die Vorschriften über Geldbußen je nach den dort geltenden Regeln so angewandt werden, dass die Geldbußen von den zuständigen nationalen Gerichten oder von sonstigen Stellen verhängt werden. Die Anwendung dieser Vorschriften in diesen Mitgliedstaaten muss eine gleichwertige Wirkung haben.

(10) Die Ausübung der Befugnisse gemäß diesem Artikel muss angemessenen Verfahrensgarantien gemäß dem Unionsrecht und dem nationalen Recht, einschließlich wirksamer gerichtlicher Rechtsbehelfe und ordnungsgemäßer Verfahren, unterliegen.

(11) Die Mitgliedstaaten erstatten der Kommission jährlich Bericht über die Geldbußen, die sie in dem betreffenden Jahr gemäß diesem Artikel verhängt haben, und über damit zusammenhängende Rechtsstreitigkeiten oder Gerichtsverfahren.

Artikel 100

Verhängung von Geldbußen gegen Organe, Einrichtungen und sonstige Stellen der Union

(1) Der Europäische Datenschutzbeauftragte kann gegen Organe, Einrichtungen und sonstige Stellen der Union, die in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallen, Geldbußen verhängen. Bei der Entscheidung, ob eine Geldbuße verhängt wird, und bei der Festsetzung der Höhe der Geldbuße werden in jedem Einzelfall alle relevanten Umstände der konkreten Situation sowie Folgendes gebührend berücksichtigt:

a) Art, Schwere und Dauer des Verstoßes und dessen Folgen, unter Berücksichtigung des Zwecks des betreffenden KI-Systems sowie gegebenenfalls der Zahl der betroffenen Personen und des Ausmaßes des von ihnen erlittenen Schadens;

b) Grad der Verantwortung des Organs, der Einrichtung oder der sonstigen Stelle der Union unter Berücksichtigung der von diesem bzw. dieser ergriffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen;

c) alle Maßnahmen, die das Organ, die Einrichtung oder die sonstige Stelle der Union zur Minderung des von den betroffenen Personen erlittenen Schadens ergriffen hat;

d) das Maß der Zusammenarbeit mit dem Europäischen Datenschutzbeauftragten bei der Behebung des Verstoßes und der Minderung seiner möglichen nachteiligen Auswirkungen, einschließlich der Befolgung von Maßnahmen, die der Europäische Datenschutzbeauftragte dem Organ, der Einrichtung oder der sonstigen Stelle der Union im Hinblick auf denselben Gegenstand zuvor bereits auferlegt hatte;

e) ähnliche frühere Verstöße des Organs, der Einrichtung oder der sonstigen Stelle der Union;

f) Art und Weise, wie der Verstoß dem Europäischen Datenschutzbeauftragten bekannt wurde, insbesondere ob und gegebenenfalls in welchem Umfang das Organ, die Einrichtung oder die sonstige Stelle der Union den Verstoß gemeldet hat;

g) der Jahreshaushalt des Organs, der Einrichtung oder der sonstigen Stelle der Union.

(2) Bei Missachtung des Verbots der in Artikel 5 genannten KI-Praktiken werden Geldbußen von bis zu 1 500 000 EUR verhängt.

(3) Bei Nichtkonformität des KI-Systems mit in dieser Verordnung festgelegten Anforderungen oder Pflichten, mit Ausnahme der in Artikel 5 festgelegten, werden Geldbußen von bis zu 750 000 EUR verhängt.

(4) Bevor der Europäische Datenschutzbeauftragte Entscheidungen nach dem vorliegenden Artikel trifft, gibt er dem Organ, der Einrichtung oder der sonstigen Stelle der Union, gegen das bzw. die sich das von ihm geführte Verfahren richtet, Gelegenheit, sich zum Vorwurf des Verstoßes zu äußern. Der Europäische Datenschutzbeauftragte stützt seine Entscheidungen nur auf die Elemente und Umstände, zu denen sich die betreffenden Parteien äußern können. Beschwerdeführer, soweit vorhanden, müssen in das Verfahren eng einbezogen werden.

(5) Die Verteidigungsrechte der betroffenen Parteien werden während des Verfahrens in vollem Umfang gewahrt. Vorbehaltlich der legitimen Interessen von Einzelpersonen oder Unternehmen im Hinblick auf den Schutz ihrer personenbezogenen Daten oder Geschäftsgeheimnisse haben die betroffenen Parteien Anspruch auf Einsicht in die Unterlagen des Europäischen Datenschutzbeauftragten.

(6) Das Aufkommen aus den nach diesem Artikel verhängten Geldbußen trägt zum Gesamthaushalt der Union bei. Die Geldbußen dürfen nicht den wirksamen Betrieb des Organs, der Einrichtung oder der sonstigen Stelle der Union beeinträchtigen, dem bzw. der die Geldbuße auferlegt wurde.

(7) Der Europäische Datenschutzbeauftragte macht der Kommission jährlich Mitteilung über die Geldbußen, die er nach Maßgabe dieses Artikels verhängt hat, und über die von ihm eingeleiteten Rechtsstreitigkeiten oder Gerichtsverfahren.

Artikel 101

Geldbußen für Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck

(1) Die Kommission kann gegen Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck Geldbußen von bis zu 3 % ihres gesamten weltweiten Jahresumsatzes im vorangegangenen Geschäftsjahr oder 15 000 000 EUR verhängen, je nachdem, welcher Betrag höher ist, wenn sie feststellt, dass der Anbieter vorsätzlich oder fahrlässig

a) gegen die einschlägigen Bestimmungen dieser Verordnung verstoßen hat;

b) der Anforderung eines Dokuments oder von Informationen gemäß Artikel 91 nicht nachgekommen ist oder falsche, unvollständige oder irreführende Informationen bereitgestellt hat;

c) einer gemäß Artikel 93 geforderten Maßnahme nicht nachgekommen ist;

d) der Kommission keinen Zugang zu dem KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck oder dem KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck mit systemischem Risiko gewährt hat, um eine Bewertung gemäß Artikel 92 durchzuführen.

Bei der Festsetzung der Höhe der Geldbuße oder des Zwangsgelds wird der Art, der Schwere und der Dauer des Verstoßes sowie den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit und der Angemessenheit gebührend Rechnung getragen. Die Kommission berücksichtigt außerdem Verpflichtungen, die gemäß Artikel 93 Absatz 3 oder in den einschlägigen Praxisleitfäden nach Artikel 56 gemacht wurden.

(2) Vor der Annahme einer Entscheidung nach Absatz 1 teilt die Kommission dem Anbieter des KI-Modells mit allgemeinem Verwendungszweck ihre vorläufige Beurteilung mit und gibt ihm Gelegenheit, Stellung zu nehmen.

(3) Die gemäß diesem Artikel verhängten Geldbußen müssen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein.

(4) Informationen über gemäß diesem Artikel verhängte Geldbußen werden gegebenenfalls dem KI-Gremium mitgeteilt.

(5) Der Gerichtshof der Europäischen Union hat die unbeschränkte Befugnis zur Überprüfung der Entscheidungen der Kommission über die Festsetzung einer Geldbuße gemäß diesem Artikel. Er kann die verhängte Geldbuße aufheben, herabsetzen oder erhöhen.

(6) Die Kommission erlässt Durchführungsrechtsakte mit detaillierten Regelungen und Verfahrensgarantien für die Verfahren im Hinblick auf den möglichen Erlass von Beschlüssen gemäß Absatz 1 dieses Artikels. Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 98 Absatz 2 genannten Prüfverfahren erlassen.

KAPITEL XIII

SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 102

Änderung der Verordnung (EG) Nr. 300/2008

In Artikel 4 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 300/2008 wird folgender Unterabsatz angefügt:

„Beim Erlass detaillierter Maßnahmen, die technische Spezifikationen und Verfahren für die Genehmigung und den Einsatz von Sicherheitsausrüstung betreffen, bei der auch Systeme der künstlichen Intelligenz im Sinne der Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates (*) zum Einsatz kommen, werden die in Kapitel III Abschnitt 2 jener Verordnung festgelegten Anforderungen berücksichtigt.

(*) Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 300/2008, (EU) Nr. 167/2013, (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 und (EU) 2019/2144 sowie der Richtlinien 2014/90/EU, (EU) 2016/797 und (EU) 2020/1828 (Verordnung über künstliche Intelligenz) (ABl. L, 2024/1689, 12.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1689/oj).“

Artikel 103

Änderung der Verordnung (EU) Nr. 167/2013

In Artikel 17 Absatz 5 der Verordnung (EU) Nr. 167/2013 wird folgender Unterabsatz angefügt:

„Beim Erlass delegierter Rechtsakte nach Unterabsatz 1, die sich auf Systeme der künstlichen Intelligenz beziehen, bei denen es sich um Sicherheitsbauteile im Sinne der Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates (*) handelt, werden die in Kapitel III Abschnitt 2 jener Verordnung festgelegten Anforderungen berücksichtigt.

(*) Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 300/2008, (EU) Nr. 167/2013, (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 und (EU) 2019/2144 sowie der Richtlinien 2014/90/EU, (EU) 2016/797 und (EU) 2020/1828 (Verordnung über künstliche Intelligenz) (ABl. L, 2024/1689, 12.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1689/oj).“

Artikel 104

Änderung der Verordnung (EU) Nr. 168/2013

In Artikel 22 Absatz 5 der Verordnung (EU) Nr. 168/2013 wird folgender Unterabsatz angefügt:

„Beim Erlass delegierter Rechtsakte nach Unterabsatz 1, die sich auf Systeme der künstlichen Intelligenz beziehen, bei denen es sich um Sicherheitsbauteile im Sinne der Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates (*) handelt, werden die in Kapitel III Abschnitt 2 jener Verordnung festgelegten Anforderungen berücksichtigt.

(*) Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 300/2008, (EU) Nr. 167/2013, (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 und (EU) 2019/2144 sowie der Richtlinien 2014/90/EU, (EU) 2016/797 und (EU) 2020/1828 (Verordnung über künstliche Intelligenz) (ABl. L, 2024/1689, 12.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1689/oj).“

Artikel 105

Änderung der Richtlinie 2014/90/EU

In Artikel 8 der Richtlinie 2014/90/EU wird folgender Absatz angefügt:

„(5) Bei Systemen der künstlichen Intelligenz, bei denen es sich um Sicherheitsbauteile im Sinne der Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates (*) handelt, berücksichtigt die Kommission bei der Ausübung ihrer Tätigkeiten nach Absatz 1 und bei Erlass technischer Spezifikationen und Prüfnormen nach den Absätzen 2 und 3 die in Kapitel III Abschnitt 2 jener Verordnung festgelegten Anforderungen.

(*) Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 300/2008, (EU) Nr. 167/2013, (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 und (EU) 2019/2144 sowie der Richtlinien 2014/90/EU, (EU) 2016/797 und (EU) 2020/1828 (Verordnung über künstliche Intelligenz) (ABl. L, 2024/1689, 12.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1689/oj).“

Artikel 106

Änderung der Richtlinie (EU) 2016/797

In Artikel 5 der Richtlinie (EU) 2016/797 wird folgender Absatz angefügt:

„(12) Beim Erlass von delegierten Rechtsakten nach Absatz 1 und von Durchführungsrechtsakten nach Absatz 11, die sich auf Systeme der künstlichen Intelligenz beziehen, bei denen es sich um Sicherheitsbauteile im Sinne der Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates (*) handelt, werden die in Kapitel III Abschnitt 2 jener Verordnung festgelegten Anforderungen berücksichtigt.

(*) Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 300/2008, (EU) Nr. 167/2013, (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 und (EU) 2019/2144 sowie der Richtlinien 2014/90/EU, (EU) 2016/797 und (EU) 2020/1828 (Verordnung über künstliche Intelligenz) (ABl. L, 2024/1689, 12.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1689/oj).“

Artikel 107

Änderung der Verordnung (EU) 2018/858

In Artikel 5 der Verordnung (EU) 2018/858 wird folgender Absatz angefügt:

„(4) Beim Erlass delegierter Rechtsakte nach Absatz 3, die sich auf Systeme der künstlichen Intelligenz beziehen, bei denen es sich um Sicherheitsbauteile im Sinne der Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates (*) handelt, werden die in Kapitel III Abschnitt 2 jener Verordnung festgelegten Anforderungen berücksichtigt.

(*) Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 300/2008, (EU) Nr. 167/2013, (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 und (EU) 2019/2144 sowie der Richtlinien 2014/90/EU, (EU) 2016/797 und (EU) 2020/1828 (Verordnung über künstliche Intelligenz) (ABl. L, 2024/1689, 12.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1689/oj).“

Artikel 108

Änderungen der Verordnung (EU) 2018/1139

Die Verordnung (EU) 2018/1139 wird wie folgt geändert:

1. In Artikel 17 wird folgender Absatz angefügt:

„(3) Unbeschadet des Absatzes 2 werden beim Erlass von Durchführungsrechtsakten nach Absatz 1, die sich auf Systeme der künstlichen Intelligenz beziehen, bei denen es sich um Sicherheitsbauteile im Sinne der Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates (*) handelt, die in Kapitel III Abschnitt 2 jener Verordnung festgelegten Anforderungen berücksichtigt.

(*) Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 300/2008, (EU) Nr. 167/2013, (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 und (EU) 2019/2144 sowie der Richtlinien 2014/90/EU, (EU) 2016/797 und (EU) 2020/1828 (Verordnung über künstliche Intelligenz) (ABl. L, 2024/1689, 12.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1689/oj).“

2. In Artikel 19 wird folgender Absatz angefügt:

„(4) Beim Erlass delegierter Rechtsakte nach den Absätzen 1 und 2, die sich auf Systeme der künstlichen Intelligenz beziehen, bei denen es sich um Sicherheitsbauteile im Sinne der Verordnung (EU) 2024/1689 handelt, werden die in Kapitel III Abschnitt 2 jener Verordnung festgelegten Anforderungen berücksichtigt.“

3. In Artikel 43 wird folgender Absatz angefügt:

„(4) Beim Erlass von Durchführungsrechtsakten nach Absatz 1, die sich auf Systeme der künstlichen Intelligenz beziehen, bei denen es sich um Sicherheitsbauteile im Sinne der Verordnung (EU) 2024/1689 handelt, werden die in Kapitel III Abschnitt 2 jener Verordnung festgelegten Anforderungen berücksichtigt.“

4. In Artikel 47 wird folgender Absatz angefügt:

„(3) Beim Erlass delegierter Rechtsakte nach den Absätzen 1 und 2, die sich auf Systeme der künstlichen Intelligenz beziehen, bei denen es sich um Sicherheitsbauteile im Sinne der Verordnung (EU) 2024/1689 handelt, werden die in Kapitel III Abschnitt 2 jener Verordnung festgelegten Anforderungen berücksichtigt.“

5. In Artikel 57 wird folgender Unterabsatz angefügt:

„Beim Erlass solcher Durchführungsrechtsakte, die sich auf Systeme der künstlichen Intelligenz beziehen, bei denen es sich um Sicherheitsbauteile im Sinne der Verordnung (EU) 2024/1689 handelt, werden die in Kapitel III Abschnitt 2 jener Verordnung festgelegten Anforderungen berücksichtigt.“

6. In Artikel 58 wird folgender Absatz angefügt:

„(3) Beim Erlass delegierter Rechtsakte nach den Absätzen 1 und 2, die sich auf Systeme der künstlichen Intelligenz beziehen, bei denen es sich um Sicherheitsbauteile im Sinne der Verordnung (EU) 2024/1689 handelt, werden die in Kapitel III Abschnitt 2 jener Verordnung festgelegten Anforderungen berücksichtigt."

Artikel 109

Änderung der Verordnung (EU) 2019/2144

In Artikel 11 der Verordnung (EU) 2019/2144 wird folgender Absatz angefügt:

„(3) Beim Erlass von Durchführungsrechtsakten nach Absatz 2, die sich auf Systeme der künstlichen Intelligenz beziehen, bei denen es sich um Sicherheitsbauteile im Sinne der Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates (*) handelt, werden die in Kapitel III Abschnitt 2 jener Verordnung festgelegten Anforderungen berücksichtigt.

(*) Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 300/2008, (EU) Nr. 167/2013, (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 und (EU) 2019/2144 sowie der Richtlinien 2014/90/EU, (EU) 2016/797 und (EU) 2020/1828 (Verordnung über künstliche Intelligenz) (ABl. L, 2024/1689, 12.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1689/oj)."

Artikel 110

Änderung der Richtlinie (EU) 2020/1828

In Anhang I der Richtlinie (EU) 2020/1828 des Europäischen Parlaments und des Rates ([58]) wird die folgende Nummer angefügt:

„68. Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 300/2008, (EU) Nr. 167/2013, (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 und (EU) 2019/2144 sowie der Richtlinien 2014/90/EU, (EU) 2016/797 und (EU) 2020/1828 (Verordnung über künstliche Intelligenz) (ABl. L, 2024/1689, 12.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1689/oj)."

Artikel 111

Bereits in Verkehr gebrachte oder in Betrieb genommene KI-Systeme und bereits in Verkehr gebrachte KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck

(1) Unbeschadet der Anwendung des Artikels 5 gemäß Artikel 113 Absatz 3 Buchstabe a werden KI-Systeme, bei denen es sich um Komponenten von IT-Großsystemen handelt, die mit den in Anhang X aufgeführten Rechtsakten eingerichtet wurden und vor dem 2. August 2027 in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen wurden, bis zum 31. Dezember 2030 mit dieser Verordnung in Einklang gebracht.

Die in dieser Verordnung festgelegten Anforderungen werden bei der Bewertung jedes IT-Großsystems, das mit den in Anhang X aufgeführten Rechtsakten eingerichtet wurde, berücksichtigt, wobei die Bewertung entsprechend den Vorgaben der jeweiligen Rechtsakte und bei Ersetzung oder Änderung dieser Rechtsakte erfolgt.

(2) Unbeschadet der Anwendung des Artikels 5 gemäß Artikel 113 Absatz 3 Buchstabe a gilt diese Verordnung für Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen — mit Ausnahme der in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannten Systeme —, die vor dem 2. August 2026 in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen wurden, nur dann, wenn diese Systeme danach in ihrer Konzeption erheblich verändert wurden. In jedem Fall treffen die Anbieter und Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen, die bestimmungsgemäß von Behörden verwendet werden sollen, die erforderlichen Maßnahmen für die Erfüllung der Anforderungen und Pflichten dieser Verordnung bis zum 2. August 2030.

(3) Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck, die vor dem 2. August 2025 in Verkehr gebracht wurden, treffen die erforderlichen Maßnahmen für die Erfüllung der in dieser Verordnung festgelegten Pflichten bis zum 2. August 2027.

([58]) Richtlinie (EU) 2020/1828 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2020 über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG (ABl. L 409 vom 4.12.2020, S. 1).

Artikel 112

Bewertung und Überprüfung

(1) Die Kommission prüft nach Inkrafttreten dieser Verordnung und bis zum Ende der Befugnisübertragung gemäß Artikel 97 einmal jährlich, ob eine Änderung der Liste in Anhang III und der Liste der verbotenen Praktiken im KI-Bereich gemäß Artikel 5 erforderlich ist. Die Kommission übermittelt die Ergebnisse dieser Bewertung dem Europäischen Parlament und dem Rat.

(2) Bis zum 2. August 2028 und danach alle vier Jahre bewertet die Kommission Folgendes und erstattet dem Europäischen Parlament und dem Rat Bericht darüber:

a) Notwendigkeit von Änderungen zur Erweiterung bestehender Bereiche oder zur Aufnahme neuer Bereiche in Anhang III:

b) Änderungen der Liste der KI-Systeme, die zusätzliche Transparenzmaßnahmen erfordern, in Artikel 50;

c) Änderungen zur Verbesserung der Wirksamkeit des Überwachungs- und Governance-Systems.

(3) Bis zum 2. August 2029 und danach alle vier Jahre legt die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Bericht über die Bewertung und Überprüfung dieser Verordnung vor. Der Bericht enthält eine Beurteilung hinsichtlich der Durchsetzungsstruktur und der etwaigen Notwendigkeit einer Agentur der Union zur Lösung der festgestellten Mängel. Auf der Grundlage der Ergebnisse wird diesem Bericht gegebenenfalls ein Vorschlag zur Änderung dieser Verordnung beigefügt. Die Berichte werden veröffentlicht.

(4) In den in Absatz 2 genannten Berichten wird insbesondere auf folgende Aspekte eingegangen:

a) Sachstand bezüglich der finanziellen, technischen und personellen Ressourcen der zuständigen nationalen Behörden im Hinblick auf deren Fähigkeit, die ihnen auf der Grundlage dieser Verordnung übertragenen Aufgaben wirksam zu erfüllen;

b) Stand der Sanktionen, insbesondere der Bußgelder nach Artikel 99 Absatz 1, die Mitgliedstaaten bei Verstößen gegen diese Verordnung verhängt haben;

c) angenommene harmonisierte Normen und gemeinsame Spezifikationen, die zur Unterstützung dieser Verordnung erarbeitet wurden;

d) Zahl der Unternehmen, die nach Inkrafttreten dieser Verordnung in den Markt eintreten, und wie viele davon KMU sind.

(5) Bis zum 2. August 2028 bewertet die Kommission die Arbeitsweise des Büros für Künstliche Intelligenz und prüft, ob das Büro für Künstliche Intelligenz mit ausreichenden Befugnissen und Zuständigkeiten zur Erfüllung seiner Aufgaben ausgestattet wurde, und ob es für die ordnungsgemäße Durchführung und Durchsetzung dieser Verordnung zweckmäßig und erforderlich wäre, das Büro für Künstliche Intelligenz und seine Durchsetzungskompetenzen zu erweitern und seine Ressourcen aufzustocken. Die Kommission übermittelt dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Bericht über ihre Bewertung.

(6) Bis zum 2. August 2028 und danach alle vier Jahre legt die Kommission einen Bericht über die Überprüfung der Fortschritte bei der Entwicklung von Normungsdokumenten zur energieeffizienten Entwicklung von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck vor und beurteilt die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen oder Handlungen, einschließlich verbindlicher Maßnahmen oder Handlungen. Dieser Bericht wird dem Europäischen Parlament und dem Rat vorgelegt und veröffentlicht.

(7) Bis zum 2. August 2028 und danach alle drei Jahre führt die Kommission eine Bewertung der Folgen und der Wirksamkeit der freiwilligen Verhaltenskodizes durch, mit denen die Anwendung der in Kapitel III Abschnitt 2 festgelegten Anforderungen an andere KI-Systeme als Hochrisiko-KI-Systeme und möglicherweise auch zusätzlicher Anforderungen an andere KI-Systeme als Hochrisiko-KI-Systeme, auch in Bezug auf deren ökologische Nachhaltigkeit, gefördert werden soll.

(8) Für die Zwecke der Absätze 1 bis 7 übermitteln das KI-Gremium, die Mitgliedstaaten und die zuständigen nationalen Behörden der Kommission auf Anfrage unverzüglich die gewünschten Informationen.

(9) Bei den in den Absätzen 1 bis 7 genannten Bewertungen und Überprüfungen berücksichtigt die Kommission die Standpunkte und Feststellungen des KI-Gremiums, des Europäischen Parlaments, des Rates und anderer einschlägiger Stellen oder Quellen.

(10) Die Kommission legt erforderlichenfalls geeignete Vorschläge zur Änderung dieser Verordnung vor und berücksichtigt dabei insbesondere technologische Entwicklungen, die Auswirkungen von KI-Systemen auf die Gesundheit und Sicherheit und auf die Grundrechte und die Fortschritte in der Informationsgesellschaft.

(11) Als Orientierung für die in den Absätzen 1 bis 7 genannten Bewertungen und Überprüfungen entwickelt das Büro für Künstliche Intelligenz ein Ziel und eine partizipative Methode für die Bewertung der Risikoniveaus anhand der in den jeweiligen Artikeln genannten Kriterien und für die Einbeziehung neuer Systeme in

a) die Liste gemäß Anhang III, einschließlich der Erweiterung bestehender Bereiche oder der Aufnahme neuer Bereiche in diesen Anhang;

b) die Liste der verbotenen Praktiken gemäß Artikel 5; und

c) die Liste der KI-Systeme, die zusätzliche Transparenzmaßnahmen erfordern, in Artikel 50.

(12) Eine Änderung dieser Verordnung im Sinne des Absatzes 10 oder entsprechende delegierte Rechtsakte oder Durchführungsrechtsakte, die sektorspezifische Rechtsvorschriften für eine unionsweite Harmonisierung gemäß Anhang I Abschnitt B betreffen, berücksichtigen die regulatorischen Besonderheiten des jeweiligen Sektors und die in der Verordnung festgelegten bestehenden Governance-, Konformitätsbewertungs- und Durchsetzungsmechanismen und -behörden.

(13) Bis zum 2. August 2031 nimmt die Kommission unter Berücksichtigung der ersten Jahre der Anwendung der Verordnung eine Bewertung der Durchsetzung dieser Verordnung vor und erstattet dem Europäischen Parlament, dem Rat und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss darüber Bericht. Auf Grundlage der Ergebnisse wird dem Bericht gegebenenfalls ein Vorschlag zur Änderung dieser Verordnung beigefügt, der die Struktur der Durchsetzung und die Notwendigkeit einer Agentur der Union für die Lösung festgestellter Mängel betrifft.

Artikel 113

Inkrafttreten und Geltungsbeginn

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Sie gilt ab dem 2. August 2026.

Jedoch:

a) Die Kapitel I und II gelten ab dem 2. Februar 2025;

b) Kapitel III Abschnitt 4, Kapitel V, Kapitel VII und Kapitel XII sowie Artikel 78 gelten ab dem 2. August 2025, mit Ausnahme des Artikels 101;

c) Artikel 6 Absatz 1 und die entsprechenden Pflichten gemäß dieser Verordnung gelten ab dem 2. August 2027.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 13. Juni 2024.

Im Namen des Europäischen Parlaments	*Im Namen des Rates*
Die Präsidentin	*Der Präsident*
R. METSOLA	M. MICHEL

ANHANG I

Liste der Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union

Abschnitt A — Liste der Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union auf der Grundlage des neuen Rechtsrahmens

1. Richtlinie 2006/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2006 über Maschinen und zur Änderung der Richtlinie 95/16/EG (ABl. L 157 vom 9.6.2006, S. 24)

2. Richtlinie 2009/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 über die Sicherheit von Spielzeug (ABl. L 170 vom 30.6.2009, S. 1)

3. Richtlinie 2013/53/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 über Sportboote und Wassermotorräder und zur Aufhebung der Richtlinie 94/25/EG (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 90)

4. Richtlinie 2014/33/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Aufzüge und Sicherheitsbauteile für Aufzüge (ABl. L 96 vom 29.3.2014, S. 251)

5. Richtlinie 2014/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für Geräte und Schutzsysteme zur bestimmungsgemäßen Verwendung in explosionsgefährdeten Bereichen (ABl. L 96 vom 29.3.2014, S. 309)

6. Richtlinie 2014/53/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über die Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung von Funkanlagen auf dem Markt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/5/EG (ABl. L 153 vom 22.5.2014, S. 62)

7. Richtlinie 2014/68/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung von Druckgeräten auf dem Markt (ABl. L 189 vom 27.6.2014, S. 164)

8. Verordnung (EU) 2016/424 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über Seilbahnen und zur Aufhebung der Richtlinie 2000/9/EG (ABl. L 81 vom 31.3.2016, S. 1)

9. Verordnung (EU) 2016/425 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über persönliche Schutzausrüstungen und zur Aufhebung der Richtlinie 89/686/EWG des Rates (ABl. L 81 vom 31.3.2016, S. 51)

10. Verordnung (EU) 2016/426 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über Geräte zur Verbrennung gasförmiger Brennstoffe und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/142/EG (ABl. L 81 vom 31.3.2016, S. 99)

11. Verordnung (EU) 2017/745 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2017 über Medizinprodukte, zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG, der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 und der Verordnung (EG) Nr. 1223/2009 und zur Aufhebung der Richtlinien 90/385/EWG und 93/42/EWG des Rates (ABl. L 117 vom 5.5.2017, S. 1)

12. Verordnung (EU) 2017/746 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2017 über In-vitro-Diagnostika und zur Aufhebung der Richtlinie 98/79/EG und des Beschlusses 2010/227/EU der Kommission (ABl. L 117 vom 5.5.2017, S. 176)

Abschnitt B — Liste anderer Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union

13. Verordnung (EG) Nr. 300/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 über gemeinsame Vorschriften für die Sicherheit in der Zivilluftfahrt und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2320/2002 (ABl. L 97 vom 9.4.2008, S. 72)

14. Verordnung (EU) Nr. 168/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Januar 2013 über die Genehmigung und Marktüberwachung von zwei- oder dreirädrigen und vierrädrigen Fahrzeugen (ABl. L 60 vom 2.3.2013, S. 52)

15. Verordnung (EU) Nr. 167/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Februar 2013 über die Genehmigung und Marktüberwachung von land- und forstwirtschaftlichen Fahrzeugen (ABl. L 60 vom 2.3.2013, S. 1)

16. Richtlinie 2014/90/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über Schiffsausrüstung und zur Aufhebung der Richtlinie 96/98/EG des Rates (ABl. L 257 vom 28.8.2014, S. 146)

17. Richtlinie (EU) 2016/797 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Interoperabilität des Eisenbahnsystems in der Europäischen Union (ABl. L 138 vom 26.5.2016, S. 44)

18. Verordnung (EU) 2018/858 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 über die Genehmigung und die Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 715/2007 und (EG) Nr. 595/2009 und zur Aufhebung der Richtlinie 2007/46/EG (ABl. L 151 vom 14.6.2018, S. 1)

19. Verordnung (EU) 2019/2144 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge im Hinblick auf ihre allgemeine Sicherheit und den Schutz der Fahrzeuginsassen und von ungeschützten Verkehrsteilnehmern, zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/858 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 78/2009, (EG) Nr. 79/2009 und (EG) Nr. 661/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnungen (EG) Nr. 631/2009, (EU) Nr. 406/2010, (EU) Nr. 672/2010, (EU) Nr. 1003/2010, (EU) Nr. 1005/2010, (EU) Nr. 1008/2010, (EU) Nr. 1009/2010, (EU) Nr. 19/2011, (EU) Nr. 109/2011, (EU) Nr. 458/2011, (EU) Nr. 65/2012, (EU) Nr. 130/2012, (EU) Nr. 347/2012, (EU) Nr. 351/2012, (EU) Nr. 1230/2012 und (EU) 2015/166 der Kommission (ABl. L 325 vom 16.12.2019, S. 1)

20. Verordnung (EU) 2018/1139 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2018 zur Festlegung gemeinsamer Vorschriften für die Zivilluftfahrt und zur Errichtung einer Agentur der Europäischen Union für Flugsicherheit sowie zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 2111/2005, (EG) Nr. 1008/2008, (EU) Nr. 996/2010, (EU) Nr. 376/2014 und der Richtlinien 2014/30/EU und 2014/53/EU des Europäischen Parlaments und des Rates, und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 552/2004 und (EG) Nr. 216/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EWG) Nr. 3922/91 des Rates (ABl. L 212 vom 22.8.2018, S. 1), insoweit die Konstruktion, Herstellung und Vermarktung von Luftfahrzeugen gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben a und b in Bezug auf unbemannte Luftfahrzeuge sowie deren Motoren, Propeller, Teile und Ausrüstung zur Fernsteuerung betroffen sind

ANHANG II

Liste der Straftaten gemäß Artikel 5 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe h Ziffer iii

Straftaten gemäß Artikel 5 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe h Ziffer iii:

— Terrorismus,

— Menschenhandel,

— sexuelle Ausbeutung von Kindern und Kinderpornografie,

— illegaler Handel mit Drogen oder psychotropen Stoffen,

— illegaler Handel mit Waffen, Munition oder Sprengstoffen,

— Mord, schwere Körperverletzung,

— illegaler Handel mit menschlichen Organen oder menschlichem Gewebe,

— illegaler Handel mit nuklearen oder radioaktiven Substanzen,

— Entführung, Freiheitsberaubung oder Geiselnahme,

— Verbrechen, die in die Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs fallen,

— Flugzeug- oder Schiffsentführung,

— Vergewaltigung,

— Umweltkriminalität,

— organisierter oder bewaffneter Raub,

— Sabotage,

— Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung, die an einer oder mehreren der oben genannten Straftaten beteiligt ist.

ANHANG III

Hochrisiko-KI-Systeme gemäß Artikel 6 Absatz 2

Als Hochrisiko-KI-Systeme gemäß Artikel 6 Absatz 2 gelten die in folgenden Bereichen aufgeführten KI-Systeme:

1. Biometrie, soweit ihr Einsatz nach einschlägigem Unionsrecht oder nationalem Recht zugelassen ist:

   a) biometrische Fernidentifizierungssysteme.

      Dazu gehören nicht KI-Systeme, die bestimmungsgemäß für die biometrische Verifizierung, deren einziger Zweck darin besteht, zu bestätigen, dass eine bestimmte natürliche Person die Person ist, für die sie sich ausgibt, verwendet werden sollen;

   b) KI-Systeme, die bestimmungsgemäß für die biometrische Kategorisierung nach sensiblen oder geschützten Attributen oder Merkmalen auf der Grundlage von Rückschlüssen auf diese Attribute oder Merkmale verwendet werden sollen;

   c) KI-Systeme, die bestimmungsgemäß zur Emotionserkennung verwendet werden sollen.

2. Kritische Infrastruktur: KI-Systeme, die bestimmungsgemäß als Sicherheitsbauteile im Rahmen der Verwaltung und des Betriebs kritischer digitaler Infrastruktur, des Straßenverkehrs oder der Wasser-, Gas-, Wärme- oder Stromversorgung verwendet werden sollen

3. Allgemeine und berufliche Bildung

   a) KI-Systeme, die bestimmungsgemäß zur Feststellung des Zugangs oder der Zulassung oder zur Zuweisung natürlicher Personen zu Einrichtungen aller Ebenen der allgemeinen und beruflichen Bildung verwendet werden sollen;

   b) KI-Systeme, die bestimmungsgemäß für die Bewertung von Lernergebnissen verwendet werden sollen, einschließlich des Falles, dass diese Ergebnisse dazu dienen, den Lernprozess natürlicher Personen in Einrichtungen oder Programmen aller Ebenen der allgemeinen und beruflichen Bildung zu steuern;

   c) KI-Systeme, die bestimmungsgemäß zum Zweck der Bewertung des angemessenen Bildungsniveaus, das eine Person im Rahmen von oder innerhalb von Einrichtungen aller Ebenen der allgemeinen und beruflichen Bildung erhalten wird oder zu denen sie Zugang erhalten wird, verwendet werden sollen;

   d) KI-Systeme, die bestimmungsgemäß zur Überwachung und Erkennung von verbotenem Verhalten von Schülern bei Prüfungen im Rahmen von oder innerhalb von Einrichtungen aller Ebenen der allgemeinen und beruflichen Bildung verwendet werden sollen.

4. Beschäftigung, Personalmanagement und Zugang zur Selbstständigkeit

   a) KI-Systeme, die bestimmungsgemäß für die Einstellung oder Auswahl natürlicher Personen verwendet werden sollen, insbesondere um gezielte Stellenanzeigen zu schalten, Bewerbungen zu sichten oder zu filtern und Bewerber zu bewerten;

   b) KI-Systeme, die bestimmungsgemäß für Entscheidungen, die die Bedingungen von Arbeitsverhältnissen, Beförderungen und Kündigungen von Arbeitsvertragsverhältnissen beeinflussen, für die Zuweisung von Aufgaben aufgrund des individuellen Verhaltens oder persönlicher Merkmale oder Eigenschaften oder für die Beobachtung und Bewertung der Leistung und des Verhaltens von Personen in solchen Beschäftigungsverhältnissen verwendet werden soll.

5. Zugänglichkeit und Inanspruchnahme grundlegender privater und grundlegender öffentlicher Dienste und Leistungen:

   a) KI-Systeme, die bestimmungsgemäß von Behörden oder im Namen von Behörden verwendet werden sollen, um zu beurteilen, ob natürliche Personen Anspruch auf grundlegende öffentliche Unterstützungsleistungen und -dienste, einschließlich Gesundheitsdiensten, haben und ob solche Leistungen und Dienste zu gewähren, einzuschränken, zu widerrufen oder zurückzufordern sind;

   b) KI-Systeme, die bestimmungsgemäß für die Kreditwürdigkeitsprüfung und Bonitätsbewertung natürlicher Personen verwendet werden sollen, mit Ausnahme von KI-Systemen, die zur Aufdeckung von Finanzbetrug verwendet werden;

   c) KI-Systeme, die bestimmungsgemäß für die Risikobewertung und Preisbildung in Bezug auf natürliche Personen im Fall von Lebens- und Krankenversicherungen verwendet werden sollen;

d) KI-Systeme, die bestimmungsgemäß zur Bewertung und Klassifizierung von Notrufen von natürlichen Personen oder für die Entsendung oder Priorisierung des Einsatzes von Not- und Rettungsdiensten, einschließlich Polizei, Feuerwehr und medizinischer Nothilfe, sowie für Systeme für die Triage von Patienten bei der Notfallversorgung verwendet werden sollen.

6. Strafverfolgung, soweit ihr Einsatz nach einschlägigem Unionsrecht oder nationalem Recht zugelassen ist:

a) KI-Systeme, die bestimmungsgemäß von Strafverfolgungsbehörden oder in deren Namen oder von Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union zur Unterstützung von Strafverfolgungsbehörden oder in deren Namen zur Bewertung des Risikos einer natürlichen Person, zum Opfer von Straftaten zu werden, verwendet werden sollen;

b) KI-Systeme, die bestimmungsgemäß von Strafverfolgungsbehörden oder in deren Namen oder von Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union zur Unterstützung von Strafverfolgungsbehörden als Lügendetektoren oder ähnliche Instrumente verwendet werden sollen;

c) KI-Systeme, die bestimmungsgemäß von Strafverfolgungsbehörden oder in deren Namen oder von Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union zur Unterstützung von Strafverfolgungsbehörden zur Bewertung der Verlässlichkeit von Beweismitteln im Zuge der Ermittlung oder Verfolgung von Straftaten verwendet werden sollen;

d) KI-Systeme, die bestimmungsgemäß von Strafverfolgungsbehörden oder in deren Namen oder von Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union zur Unterstützung von Strafverfolgungsbehörden zur Bewertung des Risikos, dass eine natürliche Person eine Straftat begeht oder erneut begeht, nicht nur auf der Grundlage der Erstellung von Profilen natürlicher Personen gemäß Artikel 3 Absatz 4 der Richtlinie (EU) 2016/680 oder zur Bewertung persönlicher Merkmale und Eigenschaften oder vergangenen kriminellen Verhaltens von natürlichen Personen oder Gruppen verwendet werden sollen;

e) KI-Systeme, die bestimmungsgemäß von Strafverfolgungsbehörden oder in deren Namen oder von Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union zur Unterstützung von Strafverfolgungsbehörden zur Erstellung von Profilen natürlicher Personen gemäß Artikel 3 Absatz 4 der Richtlinie (EU) 2016/680 im Zuge der Aufdeckung, Ermittlung oder Verfolgung von Straftaten verwendet werden sollen.

7. Migration, Asyl und Grenzkontrolle, soweit ihr Einsatz nach einschlägigem Unionsrecht oder nationalem Recht zugelassen ist:

a) KI-Systeme, die bestimmungsgemäß von zuständigen Behörden oder in deren Namen oder Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union als Lügendetektoren verwendet werden sollen oder ähnliche Instrumente;

b) KI-Systeme, die bestimmungsgemäß von zuständigen Behörden oder in deren Namen oder von Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union zur Bewertung eines Risikos verwendet werden sollen, einschließlich eines Sicherheitsrisikos, eines Risikos der irregulären Einwanderung oder eines Gesundheitsrisikos, das von einer natürlichen Person ausgeht, die in das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats einzureisen beabsichtigt oder eingereist ist;

c) KI-Systeme, die bestimmungsgemäß von zuständigen Behörden oder in deren Namen oder von Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union verwendet werden sollen, um zuständige Behörden bei der Prüfung von Asyl- und Visumanträgen sowie Aufenthaltstiteln und damit verbundenen Beschwerden im Hinblick auf die Feststellung der Berechtigung der den Antrag stellenden natürlichen Personen, einschließlich damit zusammenhängender Bewertungen der Verlässlichkeit von Beweismitteln, zu unterstützen;

d) KI-Systeme, die bestimmungsgemäß von oder im Namen der zuständigen Behörden oder Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, im Zusammenhang mit Migration, Asyl oder Grenzkontrolle zum Zwecke der Aufdeckung, Anerkennung oder Identifizierung natürlicher Personen verwendet werden sollen, mit Ausnahme der Überprüfung von Reisedokumenten.

8. Rechtspflege und demokratische Prozesse

a) KI-Systeme, die bestimmungsgemäß von einer oder im Namen einer Justizbehörde verwendet werden sollen, um eine Justizbehörde bei der Ermittlung und Auslegung von Sachverhalten und Rechtsvorschriften und bei der Anwendung des Rechts auf konkrete Sachverhalte zu unterstützen, oder die auf ähnliche Weise für die alternative Streitbeilegung genutzt werden sollen;

b) KI-Systeme, die bestimmungsgemäß verwendet werden sollen, um das Ergebnis einer Wahl oder eines Referendums oder das Wahlverhalten natürlicher Personen bei der Ausübung ihres Wahlrechts bei einer Wahl oder einem Referendum zu beeinflussen. Dazu gehören nicht KI-Systeme, deren Ausgaben natürliche Personen nicht direkt ausgesetzt sind, wie Instrumente zur Organisation, Optimierung oder Strukturierung politischer Kampagnen in administrativer oder logistischer Hinsicht.

ANHANG IV

Technische Dokumentation gemäß Artikel 11 Absatz 1

Die in Artikel 11 Absatz 1 genannte technische Dokumentation muss mindestens die folgenden Informationen enthalten, soweit sie für das betreffende KI-System von Belang sind:

1. Allgemeine Beschreibung des KI-Systems, darunter

   a) Zweckbestimmung, Name des Anbieters und Version des Systems mit Angaben dazu, in welcher Beziehung sie zu vorherigen Versionen steht;

   b) gegebenenfalls Interaktion oder Verwendung des KI-Systems mit Hardware oder Software, einschließlich anderer KI-Systeme, die nicht Teil des KI-Systems selbst sind;

   c) Versionen der betreffenden Software oder Firmware und etwaige Anforderungen in Bezug auf Aktualisierungen der Versionen;

   d) Beschreibung aller Formen, in denen das KI-System in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen wird, zum Beispiel in Hardware eingebettete Softwarepakete, Herunterladen oder API;

   e) Beschreibung der Hardware, auf der das KI-System betrieben werden soll;

   f) falls das KI-System Bestandteil von Produkten ist: Fotografien oder Abbildungen, die äußere Merkmale, die Kennzeichnungen und den inneren Aufbau dieser Produkte zeigen;

   g) eine grundlegende Beschreibung der Benutzerschnittstelle, die dem Betreiber zur Verfügung gestellt wird;

   h) Betriebsanleitungen für den Betreiber und gegebenenfalls eine grundlegende Beschreibung der dem Betreiber zur Verfügung gestellten Benutzerschnittstelle;

2. Detaillierte Beschreibung der Bestandteile des KI-Systems und seines Entwicklungsprozesses, darunter

   a) Methoden und Schritte zur Entwicklung des KI-Systems, gegebenenfalls einschließlich des Einsatzes von durch Dritte bereitgestellten vortrainierten Systemen oder Instrumenten, und wie diese vom Anbieter verwendet, integriert oder verändert wurden;

   b) Entwurfsspezifikationen des Systems, insbesondere die allgemeine Logik des KI-Systems und der Algorithmen; die wichtigsten Entwurfsentscheidungen mit den Gründen und getroffenen Annahmen, einschließlich in Bezug auf Personen oder Personengruppen, bezüglich deren das System angewandt werden soll; hauptsächliche Einstufungsentscheidungen; was das System optimieren soll und welche Bedeutung den verschiedenen Parametern dabei zukommt; Beschreibung der erwarteten Ausgabe des Systems und der erwarteten Qualität dieser Ausgabe; die über mögliche Kompromisse in Bezug auf die technischen Lösungen, mit denen die in Kapitel III Abschnitt 2 festgelegten Anforderungen erfüllt werden sollen, getroffenen Entscheidungen;

   c) Beschreibung der Systemarchitektur, aus der hervorgeht, wie Softwarekomponenten aufeinander aufbauen oder einander zuarbeiten und in die Gesamtverarbeitung integriert sind; zum Entwickeln, Trainieren, Testen und Validieren des KI-Systems verwendete Rechenressourcen;

   d) gegebenenfalls Datenanforderungen in Form von Datenblättern, in denen die Trainingsmethoden und -techniken und die verwendeten Trainingsdatensätze beschrieben werden, einschließlich einer allgemeinen Beschreibung dieser Datensätze sowie Informationen zu deren Herkunft, Umfang und Hauptmerkmalen; Angaben zur Beschaffung und Auswahl der Daten; Kennzeichnungsverfahren (zum Beispiel für überwachtes Lernen) und Datenbereinigungsmethoden (zum Beispiel Erkennung von Ausreißern);

   e) Bewertung der nach Artikel 14 erforderlichen Maßnahmen der menschlichen Aufsicht, mit einer Bewertung der technischen Maßnahmen, die erforderlich sind, um den Betreibern gemäß Artikel 13 Absatz 3 Buchstabe d die Interpretation der Ausgaben von KI-Systemen zu erleichtern;

   f) gegebenenfalls detaillierte Beschreibung der vorab bestimmten Änderungen an dem KI-System und seiner Leistung mit allen einschlägigen Informationen zu den technischen Lösungen, mit denen sichergestellt wird, dass das KI-System die einschlägigen in Kapitel III Abschnitt 2 festgelegten Anforderungen weiterhin dauerhaft erfüllt;

   g) verwendete Validierungs- und Testverfahren, mit Informationen zu den verwendeten Validierungs- und Testdaten und deren Hauptmerkmalen; Parameter, die zur Messung der Genauigkeit, Robustheit und der Erfüllung anderer einschlägiger Anforderungen nach Kapitel III Abschnitt 2 sowie potenziell diskriminierender Auswirkungen verwendet werden; Testprotokolle und alle von den verantwortlichen Personen datierten und unterzeichneten Testberichte, auch in Bezug auf die unter Buchstabe f genannten vorab bestimmten Änderungen;

h) ergriffene Cybersicherheitsmaßnahmen;

3. Detaillierte Informationen über die Überwachung, Funktionsweise und Kontrolle des KI-Systems, insbesondere in Bezug auf Folgendes: die Fähigkeiten und Leistungsgrenzen des Systems, einschließlich der Genauigkeitsgrade bei bestimmten Personen oder Personengruppen, auf die es bestimmungsgemäß angewandt werden soll, sowie des in Bezug auf seine Zweckbestimmung insgesamt erwarteten Maßes an Genauigkeit; angesichts der Zweckbestimmung des KI-Systems vorhersehbare unbeabsichtigte Ergebnisse und Quellen von Risiken in Bezug auf Gesundheit und Sicherheit sowie Grundrechte und Diskriminierung; die nach Artikel 14 erforderlichen Maßnahmen der menschlichen Aufsicht, einschließlich der technischen Maßnahmen, die getroffen wurden, um den Betreibern die Interpretation der Ausgaben von KI-Systemen zu erleichtern; gegebenenfalls Spezifikationen zu Eingabedaten;

4. Darlegungen zur Eignung der Leistungskennzahlen für das spezifische KI-System;

5. Detaillierte Beschreibung des Risikomanagementsystems gemäß Artikel 9;

6. Beschreibung einschlägiger Änderungen, die der Anbieter während des Lebenszyklus an dem System vorgenommen hat;

7. Aufstellung der vollständig oder teilweise angewandten harmonisierten Normen, deren Fundstellen im *Amtsblatt der Europäischen Union* veröffentlicht wurden; falls keine solchen harmonisierten Normen angewandt wurden, eine detaillierte Beschreibung der Lösungen, mit denen die in Kapitel III Abschnitt 2 festgelegten Anforderungen erfüllt werden sollen, mit einer Aufstellung anderer angewandter einschlägiger Normen und technischer Spezifikationen;

8. Kopie der EU-Konformitätserklärung gemäß Artikel 47;

9. Detaillierte Beschreibung des Systems zur Bewertung der Leistung des KI-Systems in der Phase nach dem Inverkehrbringen gemäß Artikel 72, einschließlich des in Artikel 72 Absatz 3 genannten Plans für die Beobachtung nach dem Inverkehrbringen

ANHANG V

EU-Konformitätserklärung

Die EU-Konformitätserklärung gemäß Artikel 47 enthält alle folgenden Angaben:

1. Name und Art des KI-Systems und etwaige zusätzliche eindeutige Angaben, die die Identifizierung und Rückverfolgbarkeit des KI-Systems ermöglichen;

2. Name und Anschrift des Anbieters und gegebenenfalls seines Bevollmächtigten;

3. Erklärung darüber, dass der Anbieter die alleinige Verantwortung für die Ausstellung der EU-Konformitätserklärung gemäß Artikel 47 trägt;

4. Versicherung, dass das betreffende KI-System der vorliegenden Verordnung sowie gegebenenfalls weiteren einschlägigen Rechtsvorschriften der Union, in denen die Ausstellung der EU-Konformitätserklärung gemäß Artikel 47 vorgesehen ist, entspricht;

5. wenn ein KI-System die Verarbeitung personenbezogener Daten erfordert, eine Erklärung darüber, dass das KI-System den Verordnungen (EU) 2016/679 und (EU) 2018/1725 sowie der Richtlinie (EU) 2016/680 entspricht;

6. Verweise auf die verwendeten einschlägigen harmonisierten Normen oder sonstigen gemeinsamen Spezifikationen, für die die Konformität erklärt wird;

7. gegebenenfalls Name und Identifizierungsnummer der notifizierten Stelle, Beschreibung des durchgeführten Konformitätsbewertungsverfahrens und Identifizierungsnummer der ausgestellten Bescheinigung;

8. Ort und Datum der Ausstellung der Erklärung, den Namen und die Funktion des Unterzeichners sowie Angabe, für wen oder in wessen Namen diese Person unterzeichnet hat, eine Unterschrift.

ANHANG VI

Konformitätsbewertungsverfahren auf der Grundlage einer internen Kontrolle

1. Das Konformitätsbewertungsverfahren auf der Grundlage einer internen Kontrolle ist das Konformitätsbewertungsverfahren gemäß den Nummern 2, 3 und 4.

2. Der Anbieter überprüft, ob das bestehende Qualitätsmanagementsystem den Anforderungen des Artikels 17 entspricht.

3. Der Anbieter prüft die in der technischen Dokumentation enthaltenen Informationen, um zu beurteilen. ob das KI-System den einschlägigen grundlegenden Anforderungen in Kapitel III Abschnitt 2 entspricht.

4. Der Anbieter überprüft ferner, ob der Entwurfs- und Entwicklungsprozess des KI-Systems und seine Beobachtung nach dem Inverkehrbringen gemäß Artikel 72 mit der technischen Dokumentation im Einklang stehen.

ANHANG VII

Konformität auf der Grundlage einer Bewertung des Qualitätsmanagementsystems und einer Bewertung der technischen Dokumentation

1. Einleitung

Die Konformität auf der Grundlage einer Bewertung des Qualitätsmanagementsystems und einer Bewertung der technischen Dokumentation entspricht dem Konformitätsbewertungsverfahren gemäß den Nummern 2 bis 5.

2. Überblick

Das genehmigte Qualitätsmanagementsystem für die Konzeption, die Entwicklung und das Testen von KI-Systemen nach Artikel 17 wird gemäß Nummer 3 geprüft und unterliegt der Überwachung gemäß Nummer 5. Die technische Dokumentation des KI-Systems wird gemäß Nummer 4 geprüft.

3. Qualitätsmanagementsystem

3.1. Der Antrag des Anbieters muss Folgendes enthalten:

a) Name und Anschrift des Anbieters sowie, wenn der Antrag von einem Bevollmächtigten eingereicht wird, auch dessen Namen und Anschrift;

b) die Liste der unter dasselbe Qualitätsmanagementsystem fallenden KI-Systeme;

c) die technische Dokumentation für jedes unter dasselbe Qualitätsmanagementsystem fallende KI-System;

d) die Dokumentation über das Qualitätsmanagementsystem mit allen in Artikel 17 aufgeführten Aspekten;

e) eine Beschreibung der bestehenden Verfahren, mit denen sichergestellt wird, dass das Qualitätsmanagementsystem angemessen und wirksam bleibt;

f) eine schriftliche Erklärung, dass derselbe Antrag bei keiner anderen notifizierten Stelle eingereicht wurde.

3.2. Das Qualitätssicherungssystem wird von der notifizierten Stelle bewertet, um festzustellen, ob es die in Artikel 17 genannten Anforderungen erfüllt.

Die Entscheidung wird dem Anbieter oder dessen Bevollmächtigten mitgeteilt.

Die Mitteilung enthält die Ergebnisse der Bewertung des Qualitätsmanagementsystems und die begründete Bewertungsentscheidung.

3.3. Das genehmigte Qualitätsmanagementsystem wird vom Anbieter weiter angewandt und gepflegt, damit es stets angemessen und effizient funktioniert.

3.4. Der Anbieter unterrichtet die notifizierte Stelle über jede beabsichtigte Änderung des genehmigten Qualitätsmanagementsystems oder der Liste der unter dieses System fallenden KI-Systeme.

Die notifizierte Stelle prüft die vorgeschlagenen Änderungen und entscheidet, ob das geänderte Qualitätsmanagementsystem die unter Nummer 3.2 genannten Anforderungen weiterhin erfüllt oder ob eine erneute Bewertung erforderlich ist.

Die notifizierte Stelle teilt dem Anbieter ihre Entscheidung mit. Die Mitteilung enthält die Ergebnisse der Prüfung der Änderungen und die begründete Bewertungsentscheidung.

4. Kontrolle der technischen Dokumentation

4.1. Zusätzlich zu dem unter Nummer 3 genannten Antrag stellt der Anbieter bei der notifizierten Stelle seiner Wahl einen Antrag auf Bewertung der technischen Dokumentation für das KI-System, das er in Verkehr zu bringen oder in Betrieb zu nehmen beabsichtigt und das unter das unter Nummer 3 genannte Qualitätsmanagementsystem fällt.

4.2. Der Antrag enthält Folgendes:

a) den Namen und die Anschrift des Anbieters;

b) eine schriftliche Erklärung, dass derselbe Antrag bei keiner anderen notifizierten Stelle eingereicht wurde;

c) die in Anhang IV genannte technische Dokumentation.

4.3. Die technische Dokumentation wird von der notifizierten Stelle geprüft. Sofern es relevant ist und beschränkt auf das zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderliche Maß erhält die notifizierte Stelle uneingeschränkten Zugang zu den verwendeten Trainings-, Validierungs- und Testdatensätzen, gegebenenfalls und unter Einhaltung von Sicherheitsvorkehrungen auch über API oder sonstige einschlägige technische Mittel und Instrumente, die den Fernzugriff ermöglichen.

4.4. Bei der Prüfung der technischen Dokumentation kann die notifizierte Stelle vom Anbieter weitere Nachweise oder die Durchführung weiterer Tests verlangen, um eine ordnungsgemäße Bewertung der Konformität des KI-Systems mit den in Kapitel III Abschnitt 2 festgelegten Anforderungen zu ermöglichen. Ist die notifizierte Stelle mit den vom Anbieter durchgeführten Tests nicht zufrieden, so führt sie gegebenenfalls unmittelbar selbst angemessene Tests durch.

4.5. Sofern es für die Bewertung der Konformität des Hochrisiko-KI-Systems mit den in Kapitel III Abschnitt 2 festgelegten Anforderungen notwendig ist, und nachdem alle anderen sinnvollen Möglichkeiten zur Überprüfung der Konformität ausgeschöpft sind oder sich als unzureichend erwiesen haben, wird der notifizierten Stelle auf begründeten Antrag Zugang zu den Trainingsmodellen und trainierten Modellen des KI-Systems, einschließlich seiner relevanten Parameter, gewährt. Ein solcher Zugang unterliegt dem bestehenden EU-Recht zum Schutz von geistigem Eigentum und Geschäftsgeheimnissen.

4.6. Die Entscheidung der notifizierten Stelle wird dem Anbieter oder dessen Bevollmächtigten mitgeteilt. Die Mitteilung enthält die Ergebnisse der Bewertung der technischen Dokumentation und die begründete Bewertungsentscheidung.

Erfüllt das KI-System die Anforderungen in Kapitel III Abschnitt 2, so stellt die notifizierte Stelle eine Unionsbescheinigung über die Bewertung der technischen Dokumentation aus. Diese Bescheinigung enthält den Namen und die Anschrift des Anbieters, die Ergebnisse der Prüfung, etwaige Bedingungen für ihre Gültigkeit und die für die Identifizierung des KI-Systems notwendigen Daten.

Die Bescheinigung und ihre Anhänge enthalten alle zweckdienlichen Informationen für die Beurteilung der Konformität des KI-Systems und gegebenenfalls für die Kontrolle des KI-Systems während seiner Verwendung.

Erfüllt das KI-System die in Kapitel III Abschnitt 2 festgelegten Anforderungen nicht, so verweigert die notifizierte Stelle die Ausstellung einer Unionsbescheinigung über die Bewertung der technischen Dokumentation und informiert den Antragsteller darüber, wobei sie ihre Verweigerung ausführlich begründet.

Erfüllt das KI-System nicht die Anforderung in Bezug auf die verwendeten Trainingsdaten, so muss das KI-System vor der Beantragung einer neuen Konformitätsbewertung erneut trainiert werden. In diesem Fall enthält die begründete Bewertungsentscheidung der notifizierten Stelle, mit der die Ausstellung der Unionsbescheinigung über die Bewertung der technischen Dokumentation verweigert wird, besondere Erläuterungen zu den zum Trainieren des KI-Systems verwendeten Qualitätsdaten und insbesondere zu den Gründen für die Nichtkonformität.

4.7. Jede Änderung des KI-Systems, die sich auf die Konformität des KI-Systems mit den Anforderungen oder auf seine Zweckbestimmung auswirken könnte, bedarf der Bewertung durch die notifizierte Stelle, die die Unionsbescheinigung über die Bewertung der technischen Dokumentation ausgestellt hat. Der Anbieter informiert die notifizierte Stelle über seine Absicht, eine der oben genannten Änderungen vorzunehmen, oder wenn er auf andere Weise Kenntnis vom Eintreten solcher Änderungen erhält. Die notifizierte Stelle bewertet die beabsichtigten Änderungen und entscheidet, ob diese Änderungen eine neue Konformitätsbewertung gemäß Artikel 43 Absatz 4 erforderlich machen oder ob ein Nachtrag zu der Unionsbescheinigung über die Bewertung der technischen Dokumentation ausgestellt werden könnte. In letzterem Fall bewertet die notifizierte Stelle die Änderungen, teilt dem Anbieter ihre Entscheidung mit und stellt ihm, sofern die Änderungen genehmigt wurden, einen Nachtrag zu der Unionsbescheinigung über die Bewertung der technischen Dokumentation aus.

5. Überwachung des genehmigten Qualitätsmanagementsystems

5.1. Mit der unter Nummer 3 genannten Überwachung durch die notifizierte Stelle soll sichergestellt werden, dass der Anbieter sich ordnungsgemäß an die Anforderungen und Bedingungen des genehmigten Qualitätsmanagementsystems hält.

5.2. Zu Bewertungszwecken gewährt der Anbieter der notifizierten Stelle Zugang zu den Räumlichkeiten, in denen die Konzeption, die Entwicklung und das Testen der KI-Systeme stattfindet. Außerdem übermittelt der Anbieter der notifizierten Stelle alle erforderlichen Informationen.

5.3. Die notifizierte Stelle führt regelmäßig Audits durch, um sicherzustellen, dass der Anbieter das Qualitätsmanagementsystem pflegt und anwendet, und übermittelt ihm einen Prüfbericht. Im Rahmen dieser Audits kann die notifizierte Stelle die KI-Systeme, für die eine Unionsbescheinigung über die Bewertung der technischen Dokumentation ausgestellt wurde, zusätzlichen Tests unterziehen.

ANHANG VIII

Bei der Registrierung des Hochrisiko-KI-Systems gemäß Artikel 49 bereitzustellende Informationen

Abschnitt A — Von Anbietern von Hochrisiko-KI-Systemen gemäß Artikel 49 Absatz 1 bereitzustellende Informationen

Für Hochrisiko-KI-Systeme, die gemäß Artikel 49 Absatz 1 zu registrieren sind, werden folgende Informationen bereitgestellt und danach auf dem neuesten Stand gehalten:

1. der Name, die Anschrift und die Kontaktdaten des Anbieters;

2. bei Vorlage von Informationen durch eine andere Person im Namen des Anbieters: der Name, die Anschrift und die Kontaktdaten dieser Person;

3. gegebenenfalls der Name, die Anschrift und die Kontaktdaten des Bevollmächtigten;

4. der Handelsname des KI-Systems und etwaige zusätzliche eindeutige Angaben, die die Identifizierung und Rückverfolgbarkeit des KI-Systems ermöglichen;

5. eine Beschreibung der Zweckbestimmung des KI-Systems und der durch dieses KI-System unterstützten Komponenten und Funktionen;

6. eine grundlegende und knappe Beschreibung der vom System verwendeten Informationen (Daten, Eingaben) und seiner Betriebslogik;

7. der Status des KI-Systems (in Verkehr/in Betrieb; nicht mehr in Verkehr/in Betrieb, zurückgerufen);

8. die Art, die Nummer und das Ablaufdatum der von der notifizierten Stelle ausgestellten Bescheinigung und gegebenenfalls Name oder Identifizierungsnummer dieser notifizierten Stelle;

9. gegebenenfalls eine gescannte Kopie der in Nummer 8 genannten Bescheinigung;

10. alle Mitgliedstaaten, in denen das KI-System in Verkehr gebracht, in Betrieb genommen oder in der Union bereitgestellt wurde;

11. eine Kopie der in Artikel 47 genannten EU-Konformitätserklärung;

12. elektronische Betriebsanleitungen; dies gilt nicht für Hochrisiko-KI-Systeme in den Bereichen Strafverfolgung oder Migration, Asyl und Grenzkontrolle gemäß Anhang III Nummern 1, 6 und 7;

13. Eine URL-Adresse für zusätzliche Informationen (fakultativ).

Abschnitt B — Von Anbietern von Hochrisiko-KI-Systemen gemäß Artikel 49 Absatz 2 bereitzustellende Informationen

Für KI-Systeme, die gemäß Artikel 49 Absatz 2 zu registrieren sind, werden folgende Informationen bereitgestellt und danach auf dem neuesten Stand gehalten:

1. der Name, die Anschrift und die Kontaktdaten des Anbieters;

2. bei Vorlage von Informationen durch eine andere Person im Namen des Anbieters: Name, Anschrift und Kontaktdaten dieser Person;

3. gegebenenfalls der Name, die Anschrift und die Kontaktdaten des Bevollmächtigten;

4. der Handelsname des KI-Systems und etwaige zusätzliche eindeutige Angaben, die die Identifizierung und Rückverfolgbarkeit des KI-Systems ermöglichen;

5. eine Beschreibung der Zweckbestimmung des KI-Systems;

6. die Bedingung oder Bedingungen gemäß Artikel 6 Absatz 3, aufgrund derer das KI-System nicht als Hoch-Risiko-System eingestuft wird;

7. eine kurze Zusammenfassung der Gründe, aus denen das KI-System in Anwendung des Verfahrens gemäß Artikel 6 Absatz 3 nicht als Hoch-Risiko-System eingestuft wird;

8. der Status des KI-Systems (in Verkehr/in Betrieb; nicht mehr in Verkehr/in Betrieb, zurückgerufen)

9. alle Mitgliedstaaten, in denen das KI-System in der Union in Verkehr gebracht, in Betrieb genommen oder bereitgestellt wurde.

Abschnitt C — Von Betreibern von Hochrisiko-KI-Systemen gemäß Artikel 49 Absatz 3 bereitzustellende Informationen

Für Hochrisiko-KI-Systeme, die gemäß Artikel 49 Absatz 3 zu registrieren sind, werden folgende Informationen bereitgestellt und danach auf dem neuesten Stand gehalten:

1. der Name, die Anschrift und die Kontaktdaten des Betreibers;
2. der Name, die Anschrift und die Kontaktdaten der Person, die im Namen des Betreibers Informationen übermittelt;
3. die URL des Eintrags des KI-Systems in der EU-Datenbank durch seinen Anbieter;
4. eine Zusammenfassung der Ergebnisse der gemäß Artikel 27 durchgeführten Grundrechte-Folgenabschätzung;
5. gegebenenfalls eine Zusammenfassung der im Einklang mit Artikel 35 der Verordnung (EU) 2016/679 oder Artikel 27 der Richtlinie (EU) 2016/680 gemäß Artikel 26 Absatz 8 der vorliegenden Verordnung durchgeführten Datenschutz-Folgenabschätzung.

ANHANG IX

Bezüglich Tests unter Realbedingungen gemäß Artikel 60 bei der Registrierung von in Anhang III aufgeführten Hochrisiko-KI-Systemen bereitzustellende Informationen

Bezüglich Tests unter Realbedingungen, die gemäß Artikel 60 zu registrieren sind, werden folgende Informationen bereitgestellt und danach auf dem aktuellen Stand gehalten:

1. eine unionsweit einmalige Identifizierungsnummer des Tests unter Realbedingungen;
2. der Name und die Kontaktdaten des Anbieters oder zukünftigen Anbieters und der Betreiber, die an dem Test unter Realbedingungen teilgenommen haben;
3. eine kurze Beschreibung des KI-Systems, seine Zweckbestimmung und sonstige zu seiner Identifizierung erforderliche Informationen;
4. eine Übersicht über die Hauptmerkmale des Plans für den Test unter Realbedingungen;
5. Informationen über die Aussetzung oder den Abbruch des Tests unter Realbedingungen.

ANHANG X

Rechtsvorschriften der Union über IT-Großsysteme im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts

1. Schengener Informationssystem

a) Verordnung (EU) 2018/1860 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. November 2018 über die Nutzung des Schengener Informationssystems für die Rückkehr illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger (ABl. L 312 vom 7.12.2018, S. 1)

b) Verordnung (EU) 2018/1861 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. November 2018 über die Einrichtung, den Betrieb und die Nutzung des Schengener Informationssystems (SIS) im Bereich der Grenzkontrollen, zur Änderung des Übereinkommens zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen und zur Änderung und Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1987/2006 (ABl. L 312 vom 7.12.2018, S. 14)

c) Verordnung (EU) 2018/1862 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. November 2018 über die Einrichtung, den Betrieb und die Nutzung des Schengener Informationssystems (SIS) im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit und der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen, zur Änderung und Aufhebung des Beschlusses 2007/533/JI des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1986/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates und des Beschlusses 2010/261/EU der Kommission (ABl. L 312 vom 7.12.2018, S. 56)

2. Visa-Informationssystem

a) Verordnung (EU) 2021/1133 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2021 zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 603/2013, (EU) 2016/794, (EU) 2018/1862, (EU) 2019/816 und (EU) 2019/818 hinsichtlich der Festlegung der Voraussetzungen für den Zugang zu anderen Informationssystemen der EU für Zwecke des Visa-Informationssystems (ABl. L 248 vom 13.7.2021, S. 1)

b) Verordnung (EU) 2021/1134 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2021 zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 767/2008, (EG) Nr. 810/2009, (EU) 2016/399, (EU) 2017/2226, (EU) 2018/1240, (EU) 2018/1860, (EU) 2018/1861, (EU) 2019/817 und (EU) 2019/1896 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Entscheidung 2004/512/EG und des Beschlusses 2008/633/JI des Rates zum Zwecke der Reform des Visa-Informationssystems (ABl. L 248 vom 13.7.2021, S. 11)

3. Eurodac

Verordnung (EU) 2024/1358 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2024 über die Einrichtung von Eurodac für den Abgleich biometrischer Daten zum Zwecke der effektiven Anwendung der Verordnungen (EU) 2024/1315 und (EU) 2024/1350 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinie 2001/55/EG des Rates und zur Feststellung der Identität illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger und Staatenloser und über der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung dienende Anträge der Gefahrenabwehr- und Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten und Europols auf den Abgleich mit Eurodac-Daten sowie zur Änderung der Verordnungen (EU) 2018/1240 und (EU) 2019/818 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 603/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L, 2024/1358, 22.5.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1358/oj)

4. Einreise-/Ausreisesystem

Verordnung (EU) 2017/2226 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2017 über ein Einreise-/Ausreisesystem (EES) zur Erfassung der Ein- und Ausreisedaten sowie der Einreiseverweigerungsdaten von Drittstaatsangehörigen an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten und zur Festlegung der Bedingungen für den Zugang zum EES zu Gefahrenabwehr- und Strafverfolgungszwecken und zur Änderung des Übereinkommens von Schengen sowie der Verordnungen (EG) Nr. 767/2008 und (EU) Nr. 1077/2011 (ABl. L 327 vom 9.12.2017, S. 20)

5. Europäisches Reiseinformations- und -genehmigungssystem

a) Verordnung (EU) 2018/1240 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. September 2018 über die Einrichtung eines Europäischen Reiseinformations- und -genehmigungssystems (ETIAS) und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1077/2011, (EU) Nr. 515/2014, (EU) 2016/399, (EU) 2016/1624 und (EU) 2017/2226 (ABl. L 236 vom 19.9.2018, S. 1)

b) Verordnung (EU) 2018/1241 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. September 2018 zur Änderung der Verordnung (EU) 2016/794 für die Zwecke der Einrichtung eines Europäischen Reiseinformations- und -genehmigungssystems (ETIAS) (ABl. L 236 vom 19.9.2018, S. 72)

6. Europäisches Strafregisterinformationssystem über Drittstaatsangehörige und Staatenlose

   Verordnung (EU) 2019/816 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 zur Einrichtung eines zentralisierten Systems für die Ermittlung der Mitgliedstaaten, in denen Informationen zu Verurteilungen von Drittstaatsangehörigen und Staatenlosen (ECRIS-TCN) vorliegen, zur Ergänzung des Europäischen Strafregisterinformationssystems und zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1726 (ABl. L 135 vom 22.5.2019, S. 1)

7. Interoperabilität

   a) Verordnung (EU) 2019/817 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2019 zur Errichtung eines Rahmens für die Interoperabilität zwischen EU-Informationssystemen in den Bereichen Grenzen und Visa und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 767/2008, (EU) 2016/399, (EU) 2017/2226, (EU) 2018/1240, (EU) 2018/1726 und (EU) 2018/1861 des Europäischen Parlaments und des Rates, der Entscheidung 2004/512/EG des Rates und des Beschlusses 2008/633/JI des Rates (ABl. L 135 vom 22.5.2019, S. 27)

   b) Verordnung (EU) 2019/818 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2019 zur Errichtung eines Rahmens für die Interoperabilität zwischen EU-Informationssystemen (polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit, Asyl und Migration) und zur Änderung der Verordnungen (EU) 2018/1726, (EU) 2018/1862 und (EU) 2019/816 (ABl. L 135 vom 22.5.2019, S. 85).

ANHANG XI

Technische Dokumentation gemäß Artikel 53 Absatz 1 Buchstabe a — technische Dokumentation für Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck

Abschnitt 1

Von allen Anbietern von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck bereitzustellende Informationen

Die in Artikel 53 Absatz 1 Buchstabe a genannte technische Dokumentation muss mindestens die folgenden Informationen enthalten, soweit es anhand der Größe und des Risikoprofils des betreffenden Modells angemessen ist:

1. Eine allgemeine Beschreibung des KI-Modells einschließlich

   a) der Aufgaben, die das Modell erfüllen soll, sowie der Art und des Wesens der KI-Systeme, in die es integriert werden kann;

   b) die anwendbaren Regelungen der akzeptablen Nutzung;

   c) das Datum der Freigabe und die Vertriebsmethoden;

   d) die Architektur und die Anzahl der Parameter;

   e) die Modalität (zum Beispiel Text, Bild) und das Format der Ein- und Ausgaben;

   f) die Lizenz.

2. Eine ausführliche Beschreibung der Elemente des Modells gemäß Nummer 1 und relevante Informationen zum Entwicklungsverfahren, einschließlich der folgenden Elemente:

   a) die technischen Mittel (zum Beispiel Betriebsanleitungen, Infrastruktur, Instrumente), die für die Integration des KI-Modells mit allgemeinem Verwendungszweck in KI-Systeme erforderlich sind;

   b) die Entwurfsspezifikationen des Modells und des Trainingsverfahrens einschließlich Trainingsmethoden und -techniken, die wichtigsten Entwurfsentscheidungen mit den Gründen und getroffenen Annahmen; gegebenenfalls, was das Modell optimieren soll und welche Bedeutung den verschiedenen Parametern dabei zukommt;

   c) gegebenenfalls Informationen über die für das Trainieren, Testen und Validieren verwendeten Daten, einschließlich der Art und Herkunft der Daten und der Aufbereitungsmethoden (zum Beispiel Bereinigung, Filterung usw.), der Zahl der Datenpunkte, ihres Umfangs und ihrer Hauptmerkmale; gegebenenfalls die Art und Weise, wie die Daten erlangt und ausgewählt wurden, sowie alle anderen Maßnahmen zur Feststellung, ob Datenquellen ungeeignet sind, und Methoden zur Erkennung ermittelbarer Verzerrungen;

   d) die für das Trainieren des Modells verwendeten Rechenressourcen (zum Beispiel Anzahl der Gleitkommaoperationen), die Trainingszeit und andere relevante Einzelheiten im Zusammenhang mit dem Trainieren;

   e) bekannter oder geschätzter Energieverbrauch des Modells.

   Wenn der Energieverbrauch des Modells nicht bekannt ist, kann für Buchstabe e der Energieverbrauch auf Informationen über die eingesetzten Rechenressourcen gestützt werden.

Abschnitt 2

Zusätzliche von Anbietern von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck mit systemischem Risiko bereitzustellende Informationen

1. Eine ausführliche Beschreibung der Prüfstrategien, einschließlich der Prüfungsergebnisse, auf der Grundlage öffentlich verfügbarer Prüfprotokolle und -instrumente oder anderer Prüfmethoden. Die Prüfstrategien umfassen Prüfkriterien und -metrik sowie die Methodik zur Ermittlung von Einschränkungen.

2. Gegebenenfalls eine ausführliche Beschreibung der Maßnahmen, die ergriffen wurden, um interne und/oder externe Angriffstests durchzuführen (zum Beispiel Red Teaming), Modellanpassungen, einschließlich Ausrichtung und Feinabstimmung.

3. Gegebenenfalls eine ausführliche Beschreibung der Systemarchitektur, aus der hervorgeht, wie Softwarekomponenten aufeinander aufbauen oder einander zuarbeiten und in die Gesamtverarbeitung integriert sind.

ANHANG XII

Transparenzinformationen gemäß Artikel 53 Absatz 1 Buchstabe b — technische Dokumentation für Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck für nachgelagerte Anbieter, die das Modell in ihr KI-System integrieren

Die in Artikel 53 Absatz 1 Buchstabe b genannten Informationen enthalten mindestens Folgendes:

1. eine allgemeine Beschreibung des KI-Modells einschließlich
   a) der Aufgaben, die das Modell erfüllen soll, sowie der Art und des Wesens der KI-Systeme, in die es integriert werden kann;
   b) die anwendbaren Regelungen der akzeptablen Nutzung;
   c) das Datum der Freigabe und die Vertriebsmethoden;
   d) gegebenenfalls wie das Modell mit Hardware oder Software interagiert, die nicht Teil des Modells selbst ist, oder wie es zu einer solchen Interaktion verwendet werden kann;
   e) gegebenenfalls die Versionen der einschlägigen Software im Zusammenhang mit der Verwendung des KI-Modells mit allgemeinem Verwendungszweck;
   f) die Architektur und die Anzahl der Parameter;
   g) die Modalität (zum Beispiel Text, Bild) und das Format der Ein- und Ausgaben;
   h) die Lizenz für das Modell.
2. Eine Beschreibung der Bestandteile des Modells und seines Entwicklungsprozesses, einschließlich
   a) die technischen Mittel (zum Beispiel Betriebsanleitungen, Infrastruktur, Instrumente), die für die Integration des KI-Modells mit allgemeinem Verwendungszweck in KI-Systeme erforderlich sind;
   b) Modalität (zum Beispiel Text, Bild usw.) und Format der Ein- und Ausgaben und deren maximale Größe (zum Beispiel Länge des Kontextfensters usw.);
   c) gegebenenfalls Informationen über die für das Trainieren, Testen und Validieren verwendeten Daten, einschließlich der Art und Herkunft der Daten und der Aufbereitungsmethoden.

ANHANG XIII

Kriterien für die Benennung von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck mit systemischem Risiko gemäß Artikel 51

Um festzustellen, ob ein KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck über Fähigkeiten oder eine Wirkung verfügt, die den in Artikel 51 Absatz 1 Buchstabe a genannten gleichwertig sind, berücksichtigt die Kommission folgende Kriterien:

a) die Anzahl der Parameter des Modells;

b) die Qualität oder Größe des Datensatzes, zum Beispiel durch Tokens gemessen;

c) die Menge der für das Trainieren des Modells verwendeten Berechnungen, gemessen in Gleitkommaoperationen oder anhand einer Kombination anderer Variablen, wie geschätzte Trainingskosten, geschätzter Zeitaufwand für das Trainieren oder geschätzter Energieverbrauch für das Trainieren;

d) die Ein- und Ausgabemodalitäten des Modells, wie Text-Text (Große Sprachmodelle), Text-Bild, Multimodalität, Schwellenwerte auf dem Stand der Technik für die Bestimmung der Fähigkeiten mit hoher Wirkkraft für jede Modalität und die spezifische Art der Ein- und Ausgaben (zum Beispiel biologische Sequenzen);

e) die Benchmarks und Beurteilungen der Fähigkeiten des Modells, einschließlich unter Berücksichtigung der Zahl der Aufgaben ohne zusätzliches Training, der Anpassungsfähigkeit zum Erlernen neuer, unterschiedlicher Aufgaben, des Grades an Autonomie und Skalierbarkeit sowie der Instrumente, zu denen es Zugang hat;

f) ob es aufgrund seiner Reichweite große Auswirkungen auf den Binnenmarkt hat — davon wird ausgegangen, wenn es mindestens 10 000 in der Union niedergelassenen registrierten gewerblichen Nutzern zur Verfügung gestellt wurde;

g) die Zahl der registrierten Endnutzer.

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/1888

12.7.2024

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS (EU) 2024/1888 DER KOMMISSION

vom 10. Juli 2024

über das grenzüberschreitende Projekt „Seine–Schelde“ in den Kernnetzkorridoren „Nordsee–Mittelmeer“ und „Atlantik“ und zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2019/1118

(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2024) 4754)

(Nur der französische und der niederländische Text sind verbindlich)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) Nr. 1315/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über Leitlinien der Union für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 661/2010/EU ([1]), insbesondere auf Artikel 47 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Dekarbonisierung des Verkehrs ist ein zentrales politisches Ziel der Union. In der Mitteilung der Kommission „Der europäische Grüne Deal“ ([2]) vom 11. Dezember 2019 wurden die Ambitionen der Union bei der Bekämpfung des Klimawandels bekräftigt und nochmals verschärft. In diesem Zusammenhang ist die Förderung des Transports von Gütern und Personen auf Binnenwasserstraßen, wie in der Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität ([3]) dargelegt, ein zentrales Anliegen der Verkehrspolitik der Union und eine seit Langem bestehende Priorität für die Verwirklichung des TEN-V-Netzes.

(2) Mit der Fertigstellung des Seine-Schelde-Netzes wird das Seine-Becken über eine durchgehende Binnenwasserstraße mit hohem Pegel direkt an das Schelde-Becken in Nordfrankreich, Belgien und den Niederlanden und weiter an andere wichtige europäische Wasserstraßen wie den Rhein und die Maas angebunden. Dadurch entsteht ein ununterbrochenes Binnenwasserstraßennetz mit einheitlich hoher Kapazität, das die zahlreichen See- und Binnenhäfen dieser größeren europäischen Grenzregion effektiv miteinander verbindet.

(3) Das Seine-Schelde-Netz hat eine klare grenzüberschreitende Dimension, denn es verbindet Frankreich, Belgien, die Niederlande und ferner Deutschland.

(4) Nach der Verordnung (EU) 2021/1153 des Europäischen Parlaments und des Rates ([4]) sind das Seine-Schelde-Netz und die damit verbundenen Flusseinzugsgebiete Seine, Schelde und Maas als grenzüberschreitende Verbindungen für den Kernnetzkorridor „Nordsee–Mittelmeer“, und der Abschnitt Le Havre–Paris für den Kernnetzkorridor „Atlantik“ vorermittelt. In der am 17. Oktober 2013 von den Verkehrsministern Belgiens, der Niederlande und Frankreichs sowie vom Verkehrskommissar unterzeichneten Erklärung zur Verwirklichung des TEN-V-Kernnetzkorridors „Nordsee–Mittelmeer“ (Erklärung von Tallinn) wurde das Engagement der betroffenen Parteien für dessen Umsetzung weiter unterstrichen. Darüber hinaus wird in den Arbeitsplänen für den Kernnetzkorridor „Nordsee–Mittelmeer“ die Notwendigkeit betont, das Projekt „Seine–Schelde“ als Grundlage für die Schaffung eines voll funktionsfähigen multimodalen Verkehrskorridors fertigzustellen.

(5) Eines der Hauptziele des Projekts besteht darin, dafür zu sorgen, dass die wichtigsten Seine-Schelde-Strecken zumindest der ECMT-Klasse Va entsprechen, und gute Schifffahrtsbedingungen zu gewährleisten.

([1]) ABl. L 348 vom 20.12.2013, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2013/1315/oj.

([2]) *Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen — Der europäische Grüne Deal* (COM(2019) 640 final).

([3]) *Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen — Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität: Den Verkehr in Europa auf Zukunftskurs bringen* (COM(2020) 789 final).

([4]) Verordnung (EU) 2021/1153 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2021 zur Schaffung der Fazilität „Connecting Europe“ und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 1316/2013 und (EU) Nr. 283/2014 (ABl. L 249 vom 14.7.2021, S. 38, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/1153/oj).

(6) Alle Bestandteile des Projekts „Seine–Schelde“ sind für seine Fertigstellung unverzichtbar. Dazu gehört u. a. die Wasserstraße „Canal Seine-Nord Europe“, die die wichtigste fehlende Verbindung darstellt, ohne die das Seine-Schelde-Netz nicht verwirklicht werden kann.

(7) Das Projekt „Seine–Schelde“ ist ein komplexes grenzüberschreitendes Projekt, an dem Belgien (die Regionen Flandern und Wallonien) und Frankreich beteiligt sind, und das sowohl den Bau neuer als auch die Verbesserung bestehender Infrastrukturen mit geringstmöglicher Beeinträchtigung der Schifffahrt umfasst. Entscheidend ist daher eine hinreichende Koordinierung. Zur Unterstützung einer koordinierten und zügigen Projektdurchführung müssen Bestimmungen erlassen werden, die eine Beschreibung der erforderlichen Maßnahmen und einen Zeitplan für deren Umsetzung enthalten. Dies würde dazu beitragen, die grenzübergreifenden Ziele und die Ziele zur Verkehrsverlagerung der Arbeitspläne für den Kernnetzkorridor „Nordsee–Mittelmeer“ zu erreichen und das Projekt „Seine–Schelde“ frühestmöglich, auf jeden Fall aber spätestens bis 2030 abzuschließen.

(8) Ebenso wichtig ist es, die zur weiteren Durchführung und Fertigstellung des Projekts „Seine–Schelde“ erforderlichen Maßnahmen und den Zeitplan für ihre Umsetzung eindeutig festzulegen, damit eine optimale Verfügbarkeit von Finanzmitteln der Union, von nationalen und regionalen Finanzmitteln sowie von privaten Finanzmitteln sichergestellt werden kann. Die Kofinanzierung durch die Union hat eine Hebelwirkung auf die nationale und regionale Entscheidungsfindung zur Durchführung der Maßnahmen.

(9) Belgien (die Regionen Flandern und Wallonien) und Frankreich haben bereits umfangreiche Arbeiten (Untersuchungen und Infrastrukturarbeiten) durchgeführt, die zur Verwirklichung des Projekts „Seine–Schelde“ beitragen. Die meisten davon wurden von der Union im Rahmen verschiedener Finanzierungsprogramme kofinanziert. Die Tätigkeiten werden derzeit im Rahmen aller damit verbundenen Finanzhilfevereinbarungen der Fazilität „Connecting Europe“ durchgeführt, die seit 2014 unterzeichnet wurden.

(10) Seit der Annahme des Durchführungsbeschlusses (EU) 2019/1118 der Kommission ([5]) hat das Projekt „Seine–Schelde“ mit dem Abschluss von Hauptuntersuchungen eindeutig eine wichtige neue und sehr sichtbare Phase erreicht. An zahlreichen Standorten, wie dem Abschnitt 1 der Wasserstraße „Canal Seine-Nord Europe“, wird an der Wiederherstellung von Wehren und der Aufrüstung von Schleusen auf der oberen und unteren Seine sowie auf der grenzüberschreitenden Lys gearbeitet.

(11) Zu den wichtigsten Errungenschaften zählen unter anderem i) die Aufrüstung der oberen Schelde in Wallonien auf ECMT-Klasse Va seit Januar 2020, einschließlich der Anpassung der Durchfahrt von Tournai auf ECMT-Klasse Va (eine Richtung) ii) die Inbetriebnahme neuer Schleusen der ECMT-Klasse Vb in St-Baafs-Vijve und Harelbeke seit August 2020, wodurch eine Verbesserung auf der Lys, der grundlegenden Verbindung des Seine-Schelde-Netzes in Flandern, erreicht wurde; iii) die Wiedereröffnung des grenzüberschreitenden Kanals „Condé–Pommeroeul“ mit ECMT-Klasse Va im November 2023.

(12) Nach Artikel 5 des Durchführungsbeschlusses (EU) 2019/1118 der Kommission wurde eine Überprüfung durchgeführt, um die Fristen für die verbleibenden Maßnahmen zu aktualisieren.

(13) Die grenzüberschreitende Dimension des Projekts erfordert die Schaffung spezieller Strukturen für die Leitung und Beaufsichtigung. Belgien (die Regionen Flandern und Wallonien) und Frankreich arbeiten seit Jahren eng zusammen, insbesondere im Rahmen der zwischenstaatlichen Kommission für die Vorbereitung der Fertigstellung des Projekts „Seine–Schelde“, die im September 2009 eingesetzt worden war. Diese zwischenstaatliche Kommission wird von der Europäischen wirtschaftlichen Interessenvereinigung Seine–Schelde („Seine-Schelde-EWIV“) operativ unterstützt, der die Rechtsträger Voies Navigables de France (VNF), Société du Canal Seine-Nord Europe (SCSNE), Service Public de Wallonie (SPW) und De Vlaamse Waterweg NV angehören. Die Société du Canal Seine-Nord Europe, die für den Bau des Kanals „Seine–Nord“ zuständig ist, wurde im Mai 2017 gegründet. Diese speziellen Rechtsträger bilden eine integrierte Verwaltungsstruktur für die Beaufsichtigung und Koordinierung der Fertigstellung des Projekts „Seine–Schelde“. Der Europäische Koordinator für den Kernnetzkorridor „Nordsee–Mittelmeer“ und ein Vertreter der Kommission sollten als Beobachter regelmäßig an den Sitzungen der zwischenstaatlichen Kommission und der Seine-Schelde-EWIV teilnehmen. Darüber hinaus sollten der Europäische Koordinator und ein Vertreter der Kommission als Beobachter an den Sitzungen des SCSNE-Aufsichtsrats teilnehmen.

([5]) Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1118 der Kommission vom 27. Juni 2019 über das grenzüberschreitende Projekt „Seine–Schelde“ in den Kernnetzkorridoren „Nordsee–Mittelmeer“ und „Atlantik“ (ABl. L 176, 1.7.2019, S. 61, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec_impl/2019/1118/oj).

(14) Zur Überwachung der Fortschritte bei der Durchführung sollten die Mitgliedstaaten der Kommission regelmäßig über die in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet liegenden Abschnitte Bericht erstatten und etwaige Verzögerungen melden. Die zwischenstaatliche Kommission hat am 27. Januar 2022 einen Bericht über den Stand der Durchführung vorgelegt. In dieser Überprüfung werden auch die Fortschritte dargelegt und die Vorschläge für notwendige Anpassungen und die weitere Ausgestaltung des allgemeinen Zeitplans vorgelegt. Vor allem die erheblichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie von 2020-2022 auf die Bedingungen für die Durchführung des Projekts haben zu dem angepassten Zeitplan in Artikel 2 geführt.

(15) Der in diesem Beschluss festgelegte Durchführungszeitplan sollte die Erfüllung der Anforderungen des Völkerrechts und des Unionsrechts, einschließlich der Bestimmungen zum Schutz der Umwelt und der menschlichen Gesundheit, unberührt lassen. Dieser Zeitplan sollte es ermöglichen, für eine optimale Verfügbarkeit von Finanzmitteln zu sorgen, ohne den finanziellen Zusagen eines Mitgliedstaats oder der Union vorzugreifen.

(16) Die betroffenen Mitgliedstaaten sollten die Umweltvorschriften der Union einhalten, insbesondere die Bestimmungen der Richtlinie 2011/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates ([6]) über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten, der Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ([7]) über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme, der Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ([8]) über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten, der Richtlinie 92/43/EWG des Rates ([9]) zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen und der Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ([10]) zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik.

(17) Unbeschadet des Artikels 47 Absatz 2 Unterabsatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1315/2013 sollte im vorliegenden Beschluss eine Überprüfungsklausel vorgesehen werden.

(18) Da die für den Abschluss des grenzüberschreitenden Projekts „Seine–Schelde“ erforderlichen Maßnahmen nun in diesem Beschluss festgelegt sind, sollte der Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1118 aufgehoben werden.

(19) Die in diesem Beschluss vorgesehenen Maßnahmen sind von Belgien und Frankreich genehmigt worden.

(20) Die in diesem Beschluss vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des in Artikel 52 der Verordnung (EU) Nr. 1315/2013 genannten Ausschusses —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Gegenstand

Dieser Beschluss enthält eine Beschreibung der Maßnahmen und den Durchführungszeitplan für das grenzüberschreitende Projekt „Seine–Schelde“ sowie damit verbundene Bestimmungen für die Leitung und Beaufsichtigung.

([6]) Richtlinie 2011/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (ABl. L 26 vom 28.1.2012, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2011/92/oj).

([7]) Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2001 über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme (ABl. L 197 vom 21.7.2001, S. 30, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2001/42/oj).

([8]) Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (ABl. L 20 vom 26.1.2010, S. 7, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2009/147/oj).

([9]) Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (ABl. L 206 vom 22.7.1992, S. 7, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/1992/43/oj).

([10]) Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (ABl. L 327 vom 22.12.2000, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2000/60/oj).

Artikel 2

Maßnahmen und Zeitplan

Belgien und Frankreich stellen die fristgerechte Durchführung folgender Maßnahmen sicher:

a) Seine-Amont, von Nogent-sur-Seine bis Paris: Verbesserung der Schifffahrtsbedingungen bis Dezember 2030

— Verbesserung der Schifffahrtsbedingungen, einschließlich Wiederherstellung der Wehre (Beaulieu, Livon, Vives-Eaux) bis Dezember 2028, Sanierung der Schleusen (wie z. B. Evry und Vigneux) sowie Verlängerung und Vertiefung der Schleuse Ablon bis Dezember 2029

— Einrichtung der Fernsteuerung der Schleusen und Wehre bis Dezember 2027

— Verbesserung der Schifffahrtseinrichtungen und der Dienstleistungen für die Benutzer bis Dezember 2027

— Abschluss der Voruntersuchungen bis Dezember 2025, Vorbereitungsarbeiten zur Aufrüstung des Abschnitts zwischen Bray-sur-Seine und Nogent-sur-Seine (28 km, einschließlich des Baus eines neuen Kanals von 10 km Länge) auf ECMT-Klasse Va bis Dezember 2028 und Beginn der Hauptbauarbeiten bis Dezember 2030

b) Seine-Aval, von Suresnes bis Le Havre: Aufrüstungen und Verbesserung der Schifffahrtsbedingungen bis Dezember 2027

— Sanierung der Schleusen (wie z. B. Méricourt, Bougival, Suresnes, Andrésy, Notre-Dame-dela-Garenne, Amfreville) und Verlängerung einer der Schleusen in Méricourt bis Dezember 2026

— Modernisierung der Wehre (Port-Mort, Poses, Méricourt, Bougival, Suresnes, Andrésy, Denouval) bis Dezember 2027, einschließlich Verstärkung der Uferböschung von Croissy-sur-Seine bis Dezember 2025

— Einrichtung der Fernsteuerung der Schleusen und Wehre bis Dezember 2027

— Verbesserung der Schifffahrtseinrichtungen und der Dienstleistungen für die Benutzer bis Dezember 2027

— Bau der Fußgängerbrücke Poses-Amfreville bis Dezember 2026

c) Oise, von Conflans-Sainte-Honorine bis Compiègne: Aufrüstung auf ECMT-Klasse Vb und Verbesserung der Schifffahrtsbedingungen bis Dezember 2028

— Aufrüstung des Flusses Oise auf ECMT-Klasse Vb zwischen Creil und Compiègne (MAGEO: Ausbaggern, Umgestaltung der Uferböschungen und Schutz der Brückenpfeiler, Einrichtung der hydraulischen Ausgleichsstätte und Umweltzonen in Verneuil) bis Dezember 2028

— Wiederaufbau der Brücke von Mours bis Dezember 2028

— Einrichtung der Fernsteuerung der Schleusen und Wehre bis Dezember 2027

d) Kanal Seine-Nord Europe, von Compiègne bis Aubencheul-au-Bac: Aufbau und Inbetriebnahme mit ECMT-Klasse Vb und Ermöglichung von drei Containerlagen bis Dezember 2030

1. Sektor 1 von Compiègne bis Passel (18,6 km), einschließlich Bau der Schleuse von Montmacq:

— Abschluss der Bauarbeiten bis Dezember 2029

— Inbetriebnahme des Wasserstraßenabschnitts bis Juni 2030

2. Sektor 2 von Passel bis Allaines (46 km) durch 33 Gemeinden, Sektor 3 von Allaines bis Etricourt-Manancourt (15 km) durch 3 Gemeinden und Sektor 4 von Etricourt-Manancourt bis Aubencheul-au-Bac (28 km) durch 11 Gemeinden, einschließlich Bau der Schleusen von Noyon, Catigny, Allaines, Marquion-Bourlon, Oisy-Le-Verger und der Verbindungsschleuse zum Canal du Nord bis zur Südseite der Schleuse von Allaines, des Speicherbeckens von Louette und der Kanalbrücke (Pont-Canal) mit einer Länge von 1,33 km über das Somme-Tal:

— einzige Umweltgenehmigung bis August 2024

— Beginn der Hauptbauarbeiten bis September 2025

— Abschluss der Bauarbeiten bis Juni 2030

— Inbetriebnahme des Wasserstraßenabschnitts bis Dezember 2030

e) Achse Dünkirchen-Schelde, einschließlich Dünkirchen-Kanal, von Valenciennes bis zur Schelde und zur wallonischen Hauptstrecke sowie zur Deûle in Richtung in Gent: mit dem Ziel, den Kanal schrittweise auf ECMT-Klasse Va (beide Richtungen) und ECMT-Klasse Vb (eine Richtung) aufzurüsten und die Schifffahrtsbedingungen bis Dezember 2027 zu verbessern

1. auf allen Abschnitten:

— eine erste Phase von Voruntersuchungen zur Steigerung der Schleusenkapazität (durch Verdoppelung und/oder Verlängerung) bis Juni 2025

— Einrichtung der Fernsteuerung der Schleusen bis Dezember 2025

— Durchführung von Studien zur Ermittlung von Maßnahmen zur Anpassung der Höhe von Kunstbauten auf der Achse Dünkirchen-Escaut für die Durchfahrt von Schiffen mit drei Containerlagen bis September 2027

— schrittweise Sicherung der Schifffahrtsbedingungen für Schiffe der ECMT-Klasse Va bis Dezember 2027

2. Abschnitt von Arleux bis Deulemont:

— Aufrüstung der Deûle auf ECMT-Klasse Va (beide Richtungen) und Klasse Vb (eine Richtung) bis Juni 2024

— Verlängerung der Schleuse Quesnoy-sur-Deûle bis Dezember 2026

3. Abschnitt von Bauvin bis Dünkirchen:

— Befestigung der Uferböschungen des Kanals von Aire Neufossé (Phasen 1 und 2) bis Dezember 2026 und Befestigung der Uferböschungen und Wiederherstellung des Wasserspiegels der Kanalhaltungen von Fontinettes bis Dezember 2027

— Untersuchungen zur Sanierung des Schleusenhauptes (Unterwasser) und des festen Grundes der Schleuse Fontinettes bis Dezember 2030

f) Wallonische Hauptstrecke von Pommerœul bis Namur: Aufrüstung auf ECMT-Klasse Va bis Dezember 2030

— auf allen Abschnitten: Einrichtung der Fernsteuerung der Wehre und Schleusen bis Dezember 2030

1. Abschnitt von Pommerœul bis Seneffe: Aufrüstung auf ECMT-Klasse Va, einschließlich der Anpassung des Kanals Nimy-Blaton-Péronnes und des Baus der Schleuse Obourg (EMCT-Klasse Va) neben der bereits bestehenden (ECMT-Klasse IV), Abschluss der Bauarbeiten bis Dezember 2030

2. Abschnitt von Seneffe bis Charleroi: Aufrüstung auf ECMT-Klasse Va und Bau neuer Schleusen in Marchienne, Gosselies und Viesville (ECMT-Klasse Va) neben den bereits bestehenden (ECMT-Klasse IV), Fertigstellung bis Dezember 2030

3. Abschnitt von Charleroi bis Namur:

— Verbesserung der Durchfahrtmöglichkeiten und Schifffahrtsbedingungen, Abschluss der Untersuchungen bis Dezember 2024 und der Bauarbeiten bis 2030

g) Obere Schelde:

1. in der Region Wallonien (Belgien): Steigerung der Kapazität durch Verdopplung der Schleusen und Sicherung der Schleusenstandorte durch Anpassung der Schleusen Hérinnes und Kain, Abschluss der Untersuchungen bis Dezember 2026 und der Bauarbeiten bis Dezember 2030

2. in der Region Flandern (Belgien): Abschluss der Untersuchungen für eine Aufrüstung der Schleusen auf ECMT-Klasse Vb bis Juni 2024 und Aufstellung eines technischen und finanziellen Durchführungsplans bis Juni 2025

h) Lys: Aufrüstung auf ECMT-Klasse Vb (eine Richtung) und Va (beide Richtungen) mit Ermöglichung von drei Containerlagen bis Dezember 2030, darunter

1. in der Region Flandern (Belgien) zwischen Gent und Wervik:

— Kalibrierung für ECMT-Klasse Vb, einschließlich Anheben der Brücken zur Ermöglichung von drei Containerlagen:

— auf dem Abschnitt Deinze-St-Baafs-Vijve bis Dezember 2026

— auf dem Abschnitt St-Baafs-Vijve- Harelbeke bis Dezember 2028

— auf den Abschnitten Harelbeke-Menen und Menen-Wervik bis Dezember 2030

2. in der Region Wallonien (Belgien), in der Gemeinde Comines: Sicherung der Schifffahrt, insbesondere durch Modernisierung des Wehrs und der Schleuse in Comines, bis Dezember 2030

3. in Frankreich, zwischen Deûlémont und Comines: Aufrüstung auf ECMT-Klasse Vb bis Dezember 2025

i) Verbindungsnetz in Flandern:

1. Untersuchungen für die Aufrüstung der flämischen Binnenwasserstraßenabschnitte, die direkt an die Seine-Schelde-Hauptstrecke angebunden sind, bis Dezember 2024:

— Aufrüstung auf ECMT-Klasse Va der Anschlüsse an die Seehäfen Zeebrugge (Kanal Gent-Brügge) und Antwerpen (obere Seeschelde), mit Ermöglichung von drei Containerlagen, bis Dezember 2024

— Aufrüstung auf ECMT-Klasse Va der Kanäle Roeselare-Lys und Bossuit-Kortrijk bis Dezember 2024

2. Aufstellung eines technischen und finanziellen Durchführungsplans mit detaillierter Bewertung der Prioritäten für die notwendigen Aufrüstungen der obigen Abschnitte bis Dezember 2025

j) Verbindungsnetz in Wallonien:

von Péronnes nach Pommeroeul auf dem Kanal Nimy-Blaton-Péronnes: Durchführung von Untersuchungen, insbesondere bezüglich der vollständigen Aufrüstung auf ECMT-Klasse IV bis Dezember 2030, und Aufstellung eines technischen und finanziellen Durchführungsplans für die erforderlichen Aufrüstungen bis Dezember 2030

k) Seneffe–Antwerpen,

1. im flämischen und im wallonischen Abschnitt: Durchführung von Untersuchungen, insbesondere bezüglich der vollständigen Aufrüstung auf ECMT-Klasse IV bis Dezember 2024, und Aufstellung eines technischen und finanziellen Durchführungsplans für die erforderlichen Aufrüstungen bis Dezember 2025

2. im wallonischen Abschnitt:

— Modernisierung und Sicherung des Schiffshebewerks von Ronquières und der Schleuse von Ittre bis Dezember 2030

— Einrichtung der Fernsteuerung der Schleuse Ittre bis Dezember 2030

l) Allgemeine Maßnahmen:

1. Aufstellung eines zwischen den verschiedenen Parteien koordinierten Strategierahmens zur Förderung des vollständigen Aufbaus der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe im gesamten Seine-Schelde-Netz im Einklang mit den nationalen Strategierahmen, die Belgien und Frankreich im Zusammenhang mit der Richtlinie 2014/94/EU des Europäischen Parlaments und des Rates ([11]) vorgelegt haben, bis Dezember 2024 – mit dem Ziel einer schrittweisen Umsetzung bis Dezember 2030

2. Einführung integrierter und effizienter grenzüberschreitender Verkehrsmanagement- und Transportmanagementdienste im gesamten Seine-Schelde-Netz, einschließlich der vollständigen Umsetzung der Binnenschifffahrtsinformationsdienste gemäß der Richtlinie 2005/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ([12]) bis Dezember 2028

3. Entwicklung multimodaler Logistikplattformen für das Seine-Schelde-Netz bis Dezember 2030.

Artikel 3

Leitung und Beaufsichtigung

(1) Der Europäische Koordinator für den Kernnetzkorridor „Nordsee–Mittelmeer“ und ein Vertreter der Europäischen Kommission werden als Beobachter zu den Sitzungen des Aufsichtsrats der Société du Canal Seine-Nord Europe eingeladen.

(2) Der Fortgang der in Artikel 2 genannten Maßnahmen wird regelmäßig im Rahmen der zwischenstaatlichen Kommission für die Vorbereitung der Fertigstellung des Seine-Schelde-Projekts sowie im Rahmen der Seine-Schelde-EWIV erörtert. Der Europäische Koordinator für den Kernnetzkorridor „Nordsee–Mittelmeer“ und ein Vertreter der Europäischen Kommission werden zumindest zweimal jährlich zu den Sitzungen der zwischenstaatlichen Kommission und zumindest dreimal jährlich zu den Sitzungen der Seine-Schelde-EWIV als Beobachter eingeladen.

Artikel 4

Berichterstattung

Belgien und Frankreich erstatten der Kommission und dem Europäischen Koordinator für den Kernnetzkorridor „Nordsee–Mittelmeer“ mindestens einmal jährlich Bericht über den Stand der Durchführung der in Artikel 2 genannten Maßnahmen, wobei sie etwaige Verzögerungen melden und die Gründe für die Verzögerung sowie die ergriffenen Korrekturmaßnahmen angeben. Zu diesem Zweck können diese Mitgliedstaaten gegebenenfalls den Inhalt der jährlichen Berichte über den Stand der Maßnahmen heranziehen, die im Rahmen der Finanzhilfevereinbarungen der Fazilität „Connecting Europe“ vorzulegen sind.

Artikel 5

Überprüfung

Die Kommission führt bis spätestens 31. Dezember 2027 auf Antrag von Belgien und Frankreich oder von Amts wegen eine Überprüfung der in Artikel 2 genannten Maßnahmen und Fristen unter Mitwirkung des Europäischen Koordinators für den Kernnetzkorridor „Nordsee–Mittelmeer“ durch.

([11]) Richtlinie 2014/94/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe (ABl. L 307 vom 28.10.2014, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2014/94/oj).

([12]) Richtlinie 2005/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über harmonisierte Binnenschifffahrtsinformationsdienste (RIS) auf den Binnenwasserstraßen der Gemeinschaft (ABl. L 255 vom 30.9.2005, S. 152, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2005/44/oj).

Artikel 6

Aufhebung

Der Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1118 wird aufgehoben.

Artikel 7

Dieser Beschluss ist an das Königreich Belgien und an die Französische Republik gerichtet.

Brüssel, den 10. Juli 2024

Für die Kommission
Adina-Ioana VĂLEAN
Mitglied der Kommission

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/1890

12.7.2024

DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2024/1890 DER KOMMISSION

vom 11. Juli 2024

zur Anhebung der Fangquoten für 2024 um die 2023 nach Artikel 4 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 847/96 des Rates zurückbehaltenen Mengen

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 847/96 des Rates vom 6. Mai 1996 zur Festlegung zusätzlicher Bestimmungen für die jahresübergreifende Verwaltung der TACs und Quoten ([1]), insbesondere auf Artikel 4 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Gemäß Artikel 4 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 847/96 können Mitgliedstaaten, die im Besitz einer Quote sind, für die Bestände, für die analytische TAC gelten, vor dem 31. Oktober des Jahres, für das die Quote gilt, bei der Kommission beantragen, dass ein Anteil von höchstens 10 % ihrer Quote zurückbehalten und auf das folgende Jahr übertragen wird.

(2) Mit den Verordnungen (EU) 2022/2090 ([2]), (EU) 2023/194 ([3]) und (EU) 2023/195 des Rates ([4]) wurden die Fangquoten für bestimmte Fischbestände für 2023 festgesetzt und bestimmt, für welche Fischbestände die in der Verordnung (EG) Nr. 847/96 vorgesehenen Maßnahmen gelten können.

(3) Mit den Verordnungen (EU) 2023/2638 ([5]), (EU) 2024/257 ([6]) und (EU) 2024/259 ([7]) des Rates wurden die Fangquoten für bestimmte Fischbestände für 2024 festgesetzt.

(4) Einige Mitgliedstaaten haben vor dem 31. Oktober 2023 beantragt, dass ein Teil ihrer Quoten für 2023 für bestimmte Fischbestände zurückbehalten und auf 2024 übertragen wird. Die Fischbestände, für die eine Quotenübertragung beantragt wurde, und deren Zustand erfüllen die in der Verordnung (EG) Nr. 847/96 festgelegten Bedingungen für eine solche Übertragung. Die zurückbehaltenen Mengen sind unter Beachtung der in der genannten Verordnung vorgegebenen Grenzen auf die betreffenden Quoten für 2024 aufzuschlagen.

([1]) ABl. L 115 vom 9.5.1996, S. 3, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/1996/847/oj.

([2]) Verordnung (EU) 2022/2090 des Rates vom 27. Oktober 2022 zur Festsetzung der Fangmöglichkeiten für bestimmte Fischbestände und Bestandsgruppen in der Ostsee für 2023 und zur Änderung der Verordnung (EU) 2022/109 betreffend bestimmte Fangmöglichkeiten in anderen Gewässern (ABl. L 281 vom 31.10.2022, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2022/2090/oj).

([3]) Verordnung (EU) 2023/194 des Rates vom 30. Januar 2023 zur Festsetzung der Fangmöglichkeiten für 2023 für bestimmte Fischbestände in Unionsgewässern sowie für Fischereifahrzeuge der Union in bestimmten Nicht-Unionsgewässern sowie zur Festsetzung solcher Fangmöglichkeiten für 2023 und 2024 für bestimmte Tiefseebestände (ABl. L 28 vom 31.1.2023, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2023/194/oj).

([4]) Verordnung (EU) 2023/195 des Rates vom 30. Januar 2023 zur Festsetzung der Fangmöglichkeiten für bestimmte Fischbestände und Bestandsgruppen im Mittelmeer und im Schwarzen Meer für 2023 und zur Änderung der Verordnung (EU) 2022/110 hinsichtlich der Fangmöglichkeiten für 2022 im Mittelmeer und im Schwarzen Meer (ABl. L 28 vom 31.1.2023, S. 220, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2023/195/oj).

([5]) Verordnung (EU) 2023/2638 des Rates vom 20. November 2023 zur Festsetzung der Fangmöglichkeiten für bestimmte Fischbestände und Bestandsgruppen in der Ostsee für 2024 und zur Änderung der Verordnung (EU) 2023/194 betreffend bestimmte Fangmöglichkeiten in anderen Gewässern (ABl. L, 2023/2638, 22.11.2023, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2023/2638/oj).

([6]) Verordnung (EU) 2024/257 des Rates vom 10. Januar 2024 zur Festsetzung der Fangmöglichkeiten für 2024, 2025 und 2026 für bestimmte Fischbestände in Unionsgewässern sowie für Fischereifahrzeuge der Union in bestimmten Nicht-Unionsgewässern und zur Änderung der Verordnung (EU) 2023/194 (ABl. L, 2024/257, 11.1.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/257/oj).

([7]) Verordnung (EU) 2024/259 des Rates vom 10. Januar 2024 zur Festsetzung der Fangmöglichkeiten für bestimmte Fischbestände und Bestandsgruppen im Mittelmeer und im Schwarzen Meer für 2024 (ABl. L, 2024/259, 11.1.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/259/oj).

(5) Um übermäßige Flexibilität zu vermeiden, durch die der Grundsatz der rationellen und verantwortungsbewussten Nutzung der biologischen Meeresressourcen untergraben, die Verwirklichung der Ziele der Gemeinsamen Fischereipolitik behindert und die biologische Lage der Bestände verschlechtert würde, wird in den Fällen, in denen ein Mitgliedstaat für einen bestimmten Bestand bereits die jahresübergreifende Flexibilität nach Artikel 15 Absatz 9 der Verordnung (EU) Nr. 1380/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates ([8]) genutzt hat, keine Übertragung ungenutzter Fangquoten gemäß Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 847/96 vorgenommen und umgekehrt.

(6) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ausschusses für Fischerei und Aquakultur —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Fangquoten, die für 2024 in den Verordnungen (EU) 2023/2638, (EU) 2024/257 und (EU) 2024/259 festgelegt sind, werden nach Maßgabe des Anhangs dieser Verordnung erhöht.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am siebten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 11. Juli 2024

Für die Kommission
Die Präsidentin
Ursula VON DER LEYEN

([8]) Verordnung (EU) Nr. 1380/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über die Gemeinsame Fischereipolitik und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1954/2003 und (EG) Nr. 1224/2009 des Rates sowie zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 2371/2002 und (EG) Nr. 639/2004 des Rates und des Beschlusses 2004/585/EG des Rates (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 22, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2013/1380/oj).

ANHANG

Fischbestände, für die die Quoten mit der Verordnung (EU) 2022/2090 des Rates festgesetzt wurden

Mitgliedstaat	Bestand	Art	Name des Gebiets	Endgültige Quote 2023 (1) (in Tonnen)	Fänge 2023 (in Tonnen)	Fänge unter besonderer Bedingung (2) 2023 (in Tonnen)	Gesamtfänge 2023 (in Tonnen)	% der endgültigen Quote	Übertragung (in Tonnen)
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
DE	HER/3D-R30	Hering	Unionsgewässer der Unterdivisionen 25–27, 28.2, 29 und 32	636,735	573,049	0	573,049	90,00	63,674
DE	PLE/3BCD-C	Scholle	Unionsgewässer der Unterdivisionen 22-32	1 434,212	796,671	0	796,671	55,55	143,421
DE	SPR/3BCD-C	Sprotte	Unionsgewässer der Unterdivisionen 22-32	12 634,732	12 238,381	0	12 238,381	96,86	396,351
DK	HER/3D-R30	Hering	Unionsgewässer der Unterdivisionen 25–27, 28.2, 29 und 32	5 114,335	5 114,170	0	5 114,170	100,00	0,165
DK	PLE/3BCD-C	Scholle	Unionsgewässer der Unterdivisionen 22-32	8 354,593	774,433	0	774,433	9,27	835,459
DK	SPR/3BCD-C	Sprotte	Unionsgewässer der Unterdivisionen 22-32	26 990,195	24 292,515	0	24 292,515	90,00	2 697,680
EE	HER/03D.RG	Hering	Unterdivision 28.1	21 968,471	20 739,644	0	20 739,644	94,41	1 228,827
EE	HER/3D-R30	Hering	Unionsgewässer der Unterdivisionen 25–27, 28.2, 29 und 32	9 285,484	8 626,755	0	8 626,755	92,91	658,729
EE	SPR/3BCD-C	Sprotte	Unionsgewässer der Unterdivisionen 22-32	26 409,452	25 364,701	0	25 364,701	96,04	1 044,751
FI	HER/30/31.	Hering	Unterdivisionen 30-31	76 039,880	55 693,452	0	55 693,452	73,24	7 603,988
FI	HER/3D-R30	Hering	Unionsgewässer der Unterdivisionen 25–27, 28.2, 29 und 32	14 344,156	14 055,166	0	14 055,166	97,99	288,990

(1) Einem Mitgliedstaat gemäß den einschlägigen Fangquotenverordnungen zugeteilte Quoten unter Berücksichtigung des Tauschs von Fangquoten gemäß Artikel 16 Absatz 8 der Verordnung (EU) Nr. 1380/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 22), Quotenübertragungen von 2022 auf 2023 gemäß Artikel 4 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 847/96 des Rates und Artikel 15 Absatz 9 der Verordnung (EU) Nr. 1380/2013 oder der Neuaufteilung und des Abzugs von Fangquoten gemäß den Artikeln 37 und 105 der Verordnung (EG) Nr. 1224/2009 vom 20. November 2009 zur Einführung einer Kontrollregelung der Union zur Sicherstellung der Einhaltung der Vorschriften der Gemeinsamen Fischereipolitik und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 847/96, (EG) Nr. 2371/2002, (EG) Nr. 811/2004, (EG) Nr. 768/2005, (EG) Nr. 2115/2005, (EG) Nr. 2166/2005, (EG) Nr. 388/2006, (EG) Nr. 509/2007, (EG) Nr. 676/2007, (EG) Nr. 1098/2007, (EG) Nr. 1300/2008, (EG) Nr. 1342/2008 sowie zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 2847/93, (EG) Nr. 1627/94 und (EG) Nr. 1966/2006 (ABl. L 343 vom 22.12.2009, S. 1).

(2) Besondere Bedingung gemäß den Anhängen der einschlägigen Verordnungen zur Festsetzung der Fangquoten für das Jahr 2023.

(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
LT	HER/3D-R30	Hering	Unionsgewässer der Unterdivisionen 25–27, 28.2, 29 und 32	1 563,643	1 549,596	0	1 549,596	99,10	14,047
LT	PLE/3BCD-C	Scholle	Unionsgewässer der Unterdivisionen 22-32	2,300	1,806	0	1,806	78,52	0,230
LT	SPR/3BCD-C	Sprotte	Unionsgewässer der Unterdivisionen 22-32	11 230,389	11 213,582	0	11 213,582	99,85	16,807
LV	HER/03D.RG	Hering	Unterdivision 28.1	28 739,297	27 222,196	0	27 222,196	94,72	1 517,101
LV	HER/3D-R30	Hering	Unionsgewässer der Unterdivisionen 25–27, 28.2, 29 und 32	3 128,110	2 803,518	0	2 803,518	89,62	312,811
LV	SPR/3BCD-C	Sprotte	Unionsgewässer der Unterdivisionen 22-32	30 106,085	28 775,089	0	28 775,089	95,58	1 330,996
PL	HER/3D-R30	Hering	Unionsgewässer der Unterdivisionen 25–27, 28.2, 29 und 32	22 001,643	19 484,102	0	19 484,102	88,56	2 200,164
PL	PLE/3BCD-C	Scholle	Unionsgewässer der Unterdivisionen 22-32	1 843,363	184,031	0	184,031	9,98	184,336
PL	SPR/3BCD-C	Sprotte	Unionsgewässer der Unterdivisionen 22-32	64 337,581	60 178,286	0	60 178,286	93,54	4 159,295
SE	HER/30/31.	Hering	Unterdivisionen 30-31	16 336,896	11 242,880	0	11 242,880	68,82	1 633,690
SE	HER/3D-R30	Hering	Unionsgewässer der Unterdivisionen 25–27, 28.2, 29 und 32	19 274,017	18 173,754	0	18 173,754	94,29	1 100,263
SE	PLE/3BCD-C	Scholle	Unionsgewässer der Unterdivisionen 22-32	663,908	9,231	0	9,231	1,39	66,391

(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
SE	SPR/3BCD-C	Sprotte	Unionsgewässer der Unterdivisionen 22-32	46 084,821	43 446,065	0	43 446,065	94,27	2 638,756

Fischbestände, für die die Quoten mit der Verordnung (EU) 2023/194 des Rates festgesetzt wurden

Mitgliedstaat	Bestand	Art	Name des Gebiets	Endgültige Quote 2023 (in Tonnen)	Fänge 2023 (in Tonnen)	Fänge unter besonderer Bedingung 2023 (in Tonnen)	Gesamtfänge 2023 (in Tonnen)	% der endgültigen Quote	Übertragung (in Tonnen)
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
BE	ANF/*8ABDE	Seeteufel	8a, 8b, 8d und 8e (besondere Bedingung für ANF/07.)	440,334	120,072	0	120,072	27,27	44,033
BE	ANF/07.	Seeteufel	7	3 917,733	1 296,980	120,072	1 417,052	36,17	391,773
BE	HAD/*2AC4.	Schellfisch	Gewässer des Vereinigten Königreichs und Unionsgewässer von 2a und 4 (besondere Bedingung für HAD/5BC6A.)	2,166	0	0	0	0	0,217
BE	HAD/07A.	Schellfisch	7a	41,847	3,028	0	3,028	7,24	4,185
BE	HAD/2AC4.	Schellfisch	4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	394,306	339,859	0	339,859	86,19	39,431
BE	HAD/5BC6A.	Schellfisch	6a; Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 5b	8,630	0	0	0	0	0,863
BE	HAD/6B1214	Schellfisch	Gewässer des Vereinigten Königreichs, Unionsgewässer und internationale Gewässer von 6b; internationale Gewässer von 12 und 14	8,789	0	0	0	0	0,879

(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
BE	HAD/7X7A34	Schellfisch	7b-k, 8, 9 und 10; Unionsgewässer von CECAF 34.1.1;	125,604	107,410	0	107,41	85,51	12,560
BE	HER/*04B.	Hering	4b (besondere Bedingung für HER/4CXB7D)	4 741,838	0	0	0	0	474,184
BE	HER/2A47DX	Hering	4 und 7d; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	3,289	0,881	0	0,881	26,79	0,329
BE	HER/4CXB7D	Hering	4c, 7d außer Blackwater-Bestand	47,545	44,707	0	44,707	94,03	2,838
BE	HKE/*03A.	Seehecht	3a (besondere Bedingung für HKE/2AC4-C)	3,012	0	0	0	0	0,301
BE	HKE/*8ABDE	Seehecht	8a, 8b, 8d und 8e (besondere Bedingung für HKE/571214)	61,045	4,596	0	4,596	7,53	6,105
BE	HKE/2AC4-C	Seehecht	Gewässer des Vereinigten Königreichs und Unionsgewässer von 4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	40,124	30,499	0	30,499	76,01	4,012
BE	HKE/571214	Seehecht	6 und 7; Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 5b internationale Gewässer von 12 und 14	125,577	98,794	4,596	103,39	82,33	12,558
BE	HKE/8ABDE.	Seehecht	8a, 8b, 8d und 8e	15,051	0	0	0	0	1,505
BE	LEZ/*8ABDE	Butte	8a, 8b, 8d und 8e (besondere Bedingung für LEZ/07.)	58,929	23,071	0	23,071	39,15	5,893
BE	LEZ/07.	Butte	7	921,807	793,217	23,071	816,288	88,55	92,181
BE	LEZ/2AC4-C	Butte	Gewässer des Vereinigten Königreichs und Unionsgewässer von 4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	8,890	0,140	0	0,14	1,57	0,889
BE	MAC/2A34-N	Makrele	Unionsgewässer von 3a, 3b, 3c und 3d; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a; Unionsgewässer und Gewässer des Vereinigten Königreichs von 4; Norwegische Gewässer von 2a und 4a	60,005	0	57,030	57,030	95,04	2,975

(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
BE	MAC/2CX14-	Makrele	6, 7, 8a, 8b, 8d und 8e; Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 5b; internationale Gewässer von 2a, 12 und 14	16,456	11,441	0	11,441	69,52	1,646
BE	NEP/07.	Kaisergranat	7	14,104	10,415	0	10,415	73,84	1,410
BE	NEP/2AC4-C	Kaisergranat	Gewässer des Vereinigten Königreichs und Unionsgewässer von 4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	1 290,137	420,681	0	420,681	32,61	129,014
BE	NEP/8ABDE.	Kaisergranat	8a, 8b, 8d und 8e	1,111	0,075	0	0,075	6,75	0,111
BE	PLE/07A.	Scholle	7a	124,922	108,450	0	108,45	86,81	12,492
BE	PLE/2A3AX4	Scholle	4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a; der Teil von 3a, der nicht zum Skagerrak und Kattegat gehört	5 276,213	1 657,928	0	1 657,928	31,42	527,621
BE	PLE/7DE.	Scholle	7d und 7e	991,478	502,193	0	502,193	50,65	99,148
BE	POK/2C3A4	Seelachs	3a und 4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	7,599	7,216	0	7,216	94,96	0,383
BE	RJU/7DE.	Perlrochen	7d und 7e	257,000	36,005	0	36,005	14,01	25,700
BE	SOL/07E.	Seezunge	7e	121,316	103,743	0	103,743	85,51	12,132
BE	SOL/24-C.	Seezunge	Gewässer des Vereinigten Königreichs und Unionsgewässer von 4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	810,600	156,354	0	156,354	19,29	81,060
BE	SOL/7FG.	Seezunge	7f und 7g	969,636	865,336	0	865,336	89,24	96,964
BE	SOL/8AB.	Seezunge	8a und 8b	221,864	221,083	0	221,083	99,65	0,781
BE	WHG/2AC4.	Wittling	4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	575,965	162,656	0	162,656	28,24	57,597

(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
DE	ANF/*8ABDE	Seeteufel	8a, 8b, 8d und 8e (besondere Bedingung für ANF/07.)	49,067	0	0	0	0	4,907
DE	ANF/07.	Seeteufel	7	481,301	127,954	0	127,954	26,59	48,130
DE	GHL/2A-C46	Schwarzer Heilbutt	6; Gewässer des Vereinigten Königreichs und Unionsgewässer von 4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a; Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 5b	56,626	0,014	0	0,014	0,02	5,663
DE	HAD/*2AC4.	Schellfisch	Gewässer des Vereinigten Königreichs und Unionsgewässer von 2a und 4 (besondere Bedingung für HAD/5BC6A.)	2,166	0	0	0	0	0,217
DE	HAD/*6AN58	Schellfisch	Gewässer des Vereinigten Königreichs, Unionsgewässer und internationale Gewässer von 6a nördlich von 58°30'N (besondere Bedingung für HAD/2AC4.)	172,734	0	0	0	0	17,273
DE	HAD/03A.	Schellfisch	3a	189,405	184,062	0	184,062	97,18	5,343
DE	HAD/2AC4.	Schellfisch	4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	1 712,450	647,813	321,741	969,554	56,62	171,245
DE	HAD/5BC6A.	Schellfisch	6a; Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 5b	8,674	0,679	0	0,679	7,83	0,867
DE	HAD/6B1214	Schellfisch	Gewässer des Vereinigten Königreichs, Unionsgewässer und internationale Gewässer von 6b; internationale Gewässer von 12 und 14	9,421	0	0	0	0	0,942
DE	HER/*04B.	Hering	4b (besondere Bedingung für HER/4CXB7D)	304,370	0	0	0	0	30,437
DE	HER/1/2-	Hering	Gewässer des Vereinigten Königreichs, färöische Gewässer, norwegische Gewässer und internationale Gewässer von 1 und 2	2 343,325	0	2 108,932	2 108,932	90	234,333
DE	HER/2A47DX	Hering	4 und 7d; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	320,149	287,940	0	287,940	89,94	32,015
DE	HER/4AB.	Hering	Unionsgewässer, Gewässer des Vereinigten Königreichs und norwegische Gewässer von 4 nördlich von 53 30′ N	24 478,270	24 373,985	0	24 373,985	99,57	104,285

ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2024/1890/oj
ABl. L vom 12.7.2024

(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
DE	HER/4CXB7D	Hering	4c, 7d außer Blackwater-Bestand	8 203,618	7 383,349	0	7 383,349	90	820,269
DE	HKE/*03A.	Seehecht	3a (besondere Bedingung für HKE/2AC4-C)	13,965	9,441	0	9,441	67,6	1,397
DE	HKE/*6AN58	Seehecht	Gewässer des Vereinigten Königreichs, Unionsgewässer und internationale Gewässer von 6a nördlich von 58°30'N (besondere Bedingung für HKE/2AC4-C)	8,363	0	0	0	0	0,836
DE	HKE/*8ABDE	Seehecht	8a, 8b, 8d und 8e (besondere Bedingung für HKE/571214)	0,200	0	0	0	0	0,020
DE	HKE/03A.	Seehecht	3a	0,010	0	0	0	0	0,001
DE	HKE/2AC4-C	Seehecht	Gewässer des Vereinigten Königreichs und Unionsgewässer von 4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	306,450	198,534	9,441	207,975	67,87	30,645
DE	HKE/571214	Seehecht	6 und 7; Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 5b; internationale Gewässer von 12 und 14	41,251	30,170	0	30,170	73,14	4,125
DE	LEZ/*6AN58	Butte	Gewässer des Vereinigten Königreichs, Unionsgewässer und internationale Gewässer von 6a nördlich von 58°30'N (besondere Bedingung für LEZ/2AC4-C)	1,554	0	0	0	0	0,155
DE	LEZ/2AC4-C	Butte	Gewässer des Vereinigten Königreichs und Unionsgewässer von 4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	7,799	3,956	0	3,956	50,72	0,780
DE	MAC/*2AX14	Makrele	Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 2a, 5b, 6, 7, 8d, 8e, 12 und 14 (besondere Bedingung für MAC/2A34-N)	352,702	0	0	0	0	35,270
DE	MAC/*4A-UK	Makrele	Gewässer des Vereinigten Königreichs von 4a (besondere Bedingung für MAC/2CX14-)	16 066,425	9 786,851	0	9 786,851	60,91	1 606,643
DE	MAC/*8ABD.	Makrele	8a, 8b und 8d (besondere Bedingung für MAC/8C3411)	0,253	0	0	0	0	0,025

(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
DE	MAC/*8C910	Makrele	8c, 9 und 10; Unionsgewässer von CECAF 34.1.1 (besondere Bedingung für MAC/2CX14-)	4 393,354	0	0	0	0	439,335
DE	MAC/2A34-N	Makrele	Unionsgewässer von 3a, 3b, 3c und 3d; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a; Unionsgewässer und Gewässer des Vereinigten Königreichs von 4; Norwegische Gewässer von 2a und 4a	607,380	0	546,606	546,606	89,99	60,738
DE	MAC/2CX14-	Makrele	6, 7, 8a, 8b, 8d und 8e; Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 5b; internationale Gewässer von 2a, 12 und 14	17 247,738	5 736,076	9 786,976	15 523,052	90	1 724,686
DE	MAC/8C3411	Makrele	8c, 9 und 10; Unionsgewässer von CECAF 34.1.1	0,279	0	0	0	0	0,028
DE	NEP/03A.	Kaisergranat	3a	39,541	27,184	0	27,184	68,75	3,954
DE	NEP/2AC4-C	Kaisergranat	Gewässer des Vereinigten Königreichs und Unionsgewässer von 4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	562,585	426,878	0	426,878	75,88	56,259
DE	NOP/2A3A4.	Stintdorsch und dazugehörige Beifänge	3a; Gewässer des Vereinigten Königreichs und Unionsgewässer von 4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	17,526	0	0	0	0	1,753
DE	OT2/*2A3A4	Beifänge von Schellfisch und Wittling	3a; Gewässer des Vereinigten Königreichs und Unionsgewässer von 4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a (besondere Bedingung für NOP/2A3A4.)	0,507	0	0	0	0	0,051
DE	PLE/03AN.	Scholle	Skagerrak	94,738	85,166	0	85,166	89,90	9,474
DE	PLE/03AS.	Scholle	Kattegat	11,663	2,992	0	2,992	25,65	1,166
DE	PLE/2A3AX4	Scholle	4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a; der Teil von 3a, der nicht zum Skagerrak und Kattegat gehört	4 945,889	1 389,982	178,817	1 568,799	31,72	494,589
DE	PLE/7DE.	Scholle	7d und 7e	1,500	0,502	0	0,502	33,47	0,150

(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
DE	POK/*2AC4C	Seelachs	Gewässer des Vereinigten Königreichs und Unionsgewässer von 2a und 4 (besondere Bedingung für POK/56-14)	21,357	0	0	0	0	2,136
DE	POK/*6AN58	Seelachs	Gewässer des Vereinigten Königreichs, Unionsgewässer und internationale Gewässer von 6a nördlich von 58°30'N (besondere Bedingung für POK/2C3A4)	687,269	0	0	0	0	68,727
DE	POK/2C3A4	Seelachs	3a und 4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	4 611,456	1 282,405	2 886,843	4 169,248	90,41	442,208
DE	POK/56-14	Seelachs	6; Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 5b, 12 und 14	1,835	0,052	0	0,052	2,83	0,184
DE	RJU/7DE.	Perlrochen	7d und 7e	3,000	0	0	0	0	0,300
DE	SOL/24-C.	Seezunge	Gewässer des Vereinigten Königreichs und Unionsgewässer von 4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	654,204	190,771	0	190,771	29,16	65,420
DE	SOL/3ABC24	Seezunge	3a; Unionsgewässer der Unterdivisionen 22-24	28,811	12,198	0	12,198	42,34	2,881
DE	WHB/1X14	Blauer Wittling	Gewässer des Vereinigten Königreichs, Unionsgewässer und internationale Gewässer von 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8a, 8b, 8d, 8e, 12 und 14	40 439,885	37 932,993	6,828	37 939,821	93,82	2 500,064
DE	WHG/2AC4.	Wittling	4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	722,600	211,087	21,672	232,759	32,21	72,260
DK	GHL/2A-C46	Schwarzer Heilbutt	6; Gewässer des Vereinigten Königreichs und Unionsgewässer von 4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a; Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 5b	32,206	0,010	0	0,010	0,03	3,221
DK	HAD/*6AN58	Schellfisch	Gewässer des Vereinigten Königreichs, Unionsgewässer und internationale Gewässer von 6a nördlich von 58°30'N (besondere Bedingung für HAD/2AC4.)	271,410	0	0	0	0	27,141
DK	HER/*04B.	Hering	4b (besondere Bedingung für HER/4CXB7D)	440,239	0	0	0	0	44,024

(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
DK	HER/1/2-	Hering	Gewässer des Vereinigten Königreichs, färöische Gewässer, norwegische Gewässer und internationale Gewässer von 1 und 2	11 349,344	10 236,898	0	10 236,898	90,20	1 112,446
DK	HER/2A47DX	Hering	4 und 7d; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	7 971,080	6 806,241	0	6 806,241	85,39	797,108
DK	HER/4AB.	Hering	Unionsgewässer, Gewässer des Vereinigten Königreichs und norwegische Gewässer von 4 nördlich von 53 30′ N	53 303,919	52 464,993	0	52 464,993	98,43	838,926
DK	HER/4CXB7D	Hering	4c, 7d außer Blackwater-Bestand	7,609	0,381	0	0,381	5,01	0,761
DK	HKE/*03A.	Seehecht	3a (besondere Bedingung für HKE/2AC4-C)	121,732	0	0	0	0	12,173
DK	HKE/*6AN58	Seehecht	Gewässer des Vereinigten Königreichs, Unionsgewässer und internationale Gewässer von 6a nördlich von 58°30'N (besondere Bedingung für HKE/2AC4-C)	72,884	0	0	0	0	7,288
DK	HKE/03A.	Seehecht	3a	1 480,698	775,635	0	775,635	52,38	148,070
DK	HKE/2AC4-C	Seehecht	Gewässer des Vereinigten Königreichs und Unionsgewässer von 4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	2 168,800	756,964	0	756,964	34,90	216,880
DK	HKE/571214	Seehecht	6 und 7; Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 5b; internationale Gewässer von 12 und 14	0,345	0	0	0	0	0,035
DK	HKE/8ABDE.	Seehecht	8a, 8b, 8d und 8e	4,737	4,612	0	4,612	97,36	0,125
DK	LEZ/*6AN58	Butte	Gewässer des Vereinigten Königreichs, Unionsgewässer und internationale Gewässer von 6a nördlich von 58°30'N (besondere Bedingung für LEZ/2AC4-C)	1,554	0	0	0	0	0,155
DK	LEZ/2AC4-C	Butte	Gewässer des Vereinigten Königreichs und Unionsgewässer von 4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	37,126	10,098	0	10,098	27,20	3,713

ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2024/1890/oj

(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
DK	MAC/*2AX14	Makrele	Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 2a, 5b, 6, 7, 8d, 8e, 12 und 14 (besondere Bedingung für MAC/2A34-N)	12 437,020	7 332,309	0	7 332,309	58,96	1 243,702
DK	MAC/*3A4BC	Makrele	Gewässer des Vereinigten Königreichs und Unionsgewässer von 3a, 4b und 4c (besondere Bedingung für MAC/2A34-N)	4 572,827	974,100	0	974,100	21,30	457,283
DK	MAC/*4A-UK	Makrele	Gewässer des Vereinigten Königreichs von 4a (besondere Bedingung für MAC/2CX14-)	11,434	0	0	0	0	1,143
DK	MAC/2A34-N	Makrele	Unionsgewässer von 3a, 3b, 3c und 3d; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a; Unionsgewässer und Gewässer des Vereinigten Königreichs von 4; Norwegische Gewässer von 2a und 4a	27 738,237	0	27 011,768	27 011,768	97,38	726,469
DK	MAC/2CX14-	Makrele	6, 7, 8a, 8b, 8d und 8e; Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 5b; internationale Gewässer von 2a, 12 und 14	291,923	270,000	0	270,000	92,49	21,923
DK	NEP/03A.	Kaisergranat	3a	6 955,389	4 454,592	0	4 454,592	64,05	695,539
DK	NEP/2AC4-C	Kaisergranat	Gewässer des Vereinigten Königreichs und Unionsgewässer von 4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	1 292,383	128,556	0	128,556	9,95	129,238
DK	NOP/2A3A4.	Stintdorsch und dazugehörige Beifänge	3a; Gewässer des Vereinigten Königreichs und Unionsgewässer von 4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	55 592,287	14 923,702	337,481	15 261,183	27,45	5 559,229
DK	OT2/*2A3A4	Beifänge von Schellfisch und Wittling	3a; Gewässer des Vereinigten Königreichs und Unionsgewässer von 4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a (besondere Bedingung für NOP/2A3A4.)	2 783,410	255,583	0	255,083	9,16	278,341
DK	PLE/03AN.	Scholle	Skagerrak	12 968,175	2 925,028	0	2 925,028	22,56	1 296,818
DK	PLE/03AS.	Scholle	Kattegat	996,703	162,460	0	162,460	16,30	99,670

(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
DK	PLE/2A3AX4	Scholle	4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a; der Teil von 3a, der nicht zum Skagerrak und Kattegat gehört	17 146,700	1 760,246	1 551,448	3 311,694	19,31	1 714,670
DK	POK/*6AN58	Seelachs	Gewässer des Vereinigten Königreichs, Unionsgewässer und internationale Gewässer von 6a nördlich von 58°30'N (besondere Bedingung für POK/2C3A4)	323,621	0	0	0	0	32,362
DK	POK/2C3A4	Seelachs	3a und 4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	2 400,933	1 085,340	1 175,665	2 261,005	94,17	139,928
DK	SOL/24-C.	Seezunge	Gewässer des Vereinigten Königreichs und Unionsgewässer von 4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	370,303	42,654	0	42,654	11,52	37,030
DK	SOL/3ABC24	Seezunge	3a; Unionsgewässer der Unterdivisionen 22-24	483,389	177,935	0	177,935	36,81	48,339
DK	WHG/2AC4.	Wittling	4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	2 559,134	197,285	155,158	352,443	13,77	255,913
EE	BLI/5B67-	Blauleng	6 und 7; Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 5	17,799	0	0	0	0	1,780
ES	ANE/08.	Sardelle	8	30 766,219	27 687,426	0	27 687,426	89,99	3 076,622
ES	ANF/*8ABDE	Seeteufel	8a, 8b, 8d und 8e (besondere Bedingung für ANF/07.)	175,008	0	0	0	0	17,501
ES	ANF/07.	Seeteufel	7	3 860,825	3 172,400	0	3 172,400	82,17	386,083
ES	ANF/8ABDE.	Seeteufel	8a, 8b, 8d und 8e	2 013,764	1 110,957	0	1 110,957	55,17	201,376
ES	ANF/8C3411	Seeteufel	8c, 9 und 10; Unionsgewässer von CECAF 34.1.1	3 722,221	1 193,409	0	1 193,409	32,06	372,222
ES	BLI/5B67-	Blauleng	6 und 7; Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 5	466,180	420,884	0	420,884	90,28	45,296

(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
ES	GHL/2A-C46	Schwarzer Heilbutt	6; Gewässer des Vereinigten Königreichs und Unionsgewässer von 4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a; Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 5b	32,300	0,235	0	0,235	0,73	3,230
ES	HER/1/2-	Hering	Gewässer des Vereinigten Königreichs, färöische Gewässer, norwegische Gewässer und internationale Gewässer von 1 und 2	4,372	0	0	0	0	0,437
ES	HKE/*57-14	Seehecht	6 und 7; Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 5b; internationale Gewässer von 12 und 14 (besondere Bedingung für HKE/8ABDE.)	3 105,661	0	0	0	0	310,566
ES	HKE/*8ABDE	Seehecht	8a, 8b, 8d und 8e (besondere Bedingung für HKE/571214)	2 881,845	0	0	0	0	288,185
ES	HKE/571214	Seehecht	6 und 7; Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 5b; internationale Gewässer von 12 und 14	16 273,353	10 229,331	0	10 229,331	62,86	1 627,335
ES	HKE/8ABDE.	Seehecht	8a, 8b, 8d und 8e	10 714,818	8 800,799	0	8 800,799	82,14	1 071,482
ES	HKE/8C3411	Seehecht	8c, 9 und 10; Unionsgewässer von CECAF 34.1.1	11 218,829	7 571,873	0	7 571,873	67,49	1 121,883
ES	JAX/09.	Bastardmakrele	9	44 900,808	10 470,494	0	10 470,494	23,32	4 490,081
ES	LEZ/*2AC4C	Butte	Gewässer des Vereinigten Königreichs und Unionsgewässer von 2a und 4 (besondere Bedingung für LEZ/56-14)	147,565	0	0	0	0	14,757
ES	LEZ/*8ABDE	Butte	8a, 8b, 8d und 8e (besondere Bedingung für LEZ/07.)	2 291,152	0	0	0	0	229,115
ES	LEZ/07.	Butte	7	6 189,143	2 473,688	0	2 473,688	39,97	618,914
ES	LEZ/56-14	Butte	6; Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 5b; internationale Gewässer von 12 und 14	596,211	314,867	0	314,867	52,81	59,621
ES	LEZ/8ABDE.	Butte	8a, 8b, 8d und 8e	1 282,491	768,507	0	768,507	59,92	128,249

(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
ES	LEZ/8C3411	Butte	8c, 9 und 10; Unionsgewässer von CECAF 34.1.1	3 118,042	881,169	0	881,169	28,26	311,804
ES	MAC/*08B.	Makrele	8b (besondere Bedingung für MAC/8C3411)	2 754,391	0	0	0	0	275,439
ES	MAC/*4A-UK	Makrele	Gewässer des Vereinigten Königreichs von 4a (besondere Bedingung für MAC/2CX14-)	18,990	0	0	0	0	1,899
ES	MAC/*8ABD.	Makrele	8a, 8b und 8d (besondere Bedingung für MAC/8C3411)	8 197,382	0	0	0	0	819,738
ES	MAC/*8C910	Makrele	8c, 9 und 10; Unionsgewässer von CECAF 34.1.1 (besondere Bedingung für MAC/2CX14-)	1 768,305	0	0	0	0	176,831
ES	MAC/2CX14-	Makrele	6, 7, 8a, 8b, 8d und 8e; Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 5b; internationale Gewässer von 2a, 12 und 14	1 722,400	1 303,564	0	1 303,564	75,68	172,240
ES	MAC/8C3411	Makrele	8c, 9 und 10; Unionsgewässer von CECAF 34.1.1	32 497,644	23 332,124	0	23 332,124	71,80	3 249,764
ES	NEP/*07U16	Kaisergranat	Funktionseinheit 16 des Untergebiets 7 (besondere Bedingung für NEP/07.)	637,877	416,017	0	416,017	65,22	63,788
ES	NEP/07.	Kaisergranat	7	581,282	26,203	416,017	442,220	76,08	58,128
ES	NEP/5BC6.	Kaisergranat	6; Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 5b	72,580	2,342	0	2,342	3,23	7,258
ES	NEP/8ABDE.	Kaisergranat	8a, 8b, 8d und 8e	198,944	0,012	0	0,012	0,01	19,894
ES	NEP/8CU31	Kaisergranat	8c, Funktionseinheit 31	13,300	10,470	0	10,470	78,72	1,330
ES	RJU/7DE.	Perlrochen	7d und 7e	277,000	0	0	0	0	27,700
ES	WHB/1X14	Blauer Wittling	Gewässer des Vereinigten Königreichs, Unionsgewässer und internationale Gewässer von 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8a, 8b, 8d, 8e, 12 und 14	5 528,985	5 527,996	0	5 527,996	99,98	0,989

(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
ES	WHB/8C3411	Blauer Wittling	8c, 9 und 10; Unionsgewässer von CECAF 34.1.1	44 596,498	27 164,353	0	27 164,353	60,91	4 459,650
FR	ANE/08.	Sardelle	8	5 172,869	2 514,121	0	2 514,121	48,60	517,287
FR	ANF/*8ABDE	Seeteufel	8a, 8b, 8d und 8e (besondere Bedingung für ANF/07.)	2 825,635	0	0	0	0	282,564
FR	ANF/07.	Seeteufel	7	27 051,942	14 015,826	0	14 015,826	51,81	2 705,194
FR	ANF/8ABDE.	Seeteufel	8a, 8b, 8d und 8e	11 453,531	3 928,459	0	3 928,459	34,30	1 145,353
FR	ANF/8C3411	Seeteufel	8c, 9 und 10; Unionsgewässer von CECAF 34.1.1	36,689	4,332	0	4,332	11,81	3,669
FR	BLI/5B67-	Blauleng	6 und 7; Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 5	8 615,652	1 434,305	0	1 434,305	16,65	861,565
FR	GHL/2A-C46	Schwarzer Heilbutt	6; Gewässer des Vereinigten Königreichs und Unionsgewässer von 4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a; Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 5b	478,861	46,317	0	46,317	9,67	47,886
FR	HAD/*2AC4.	Schellfisch	Gewässer des Vereinigten Königreichs und Unionsgewässer von 2a und 4 (besondere Bedingung für HAD/5BC6A.)	97,359	0	0	0	0	9,736
FR	HAD/*6AN58	Schellfisch	Gewässer des Vereinigten Königreichs, Unionsgewässer und internationale Gewässer von 6a nördlich von 58°30'N (besondere Bedingung für HAD/2AC4.)	301,105	0	0	0	0	30,111
FR	HAD/07A.	Schellfisch	7a	300,067	0	0	0	0	30,007
FR	HAD/2AC4.	Schellfisch	4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	2 646,038	459,680	0	459,680	17,37	264,604
FR	HAD/5BC6A.	Schellfisch	6a; Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 5b	368,216	167,247	0	167,247	45,42	36,822
FR	HAD/6B1214	Schellfisch	Gewässer des Vereinigten Königreichs, Unionsgewässer und internationale Gewässer von 6b; internationale Gewässer von 12 und 14	431,458	0	0	0	0	43,146

(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
FR	HAD/7X7A34	Schellfisch	7b-k, 8, 9 und 10; Unionsgewässer von CECAF 34.1.1	7 193,508	2 874,511	0	2 874,511	39,96	719,351
FR	HER/*04B.	Hering	4b (besondere Bedingung für HER/4CXB7D)	5 828,813	0	0	0	0	582,881
FR	HER/2A47DX	Hering	4 und 7d; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	38,131	0	0	0	0	3,813
FR	HER/4AB.	Hering	Unionsgewässer, Gewässer des Vereinigten Königreichs und norwegische Gewässer von 4 nördlich von 53 30′ N	17 482,054	17 091,078	0	17 091,078	97,76	390,976
FR	HER/4CXB7D	Hering	4c, 7d außer Blackwater-Bestand	10 988,333	10 229,585	0	10 229,585	93,09	758,748
FR	HKE/*03A.	Seehecht	3a (besondere Bedingung für HKE/2AC4-C)	26,933	0	0	0	0	2,693
FR	HKE/*57-14	Seehecht	6 und 7; Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 5b; internationale Gewässer von 12 und 14 (besondere Bedingung für HKE/8ABDE.)	5 577,198	0	0	0	0	557,720
FR	HKE/*6AN58	Seehecht	Gewässer des Vereinigten Königreichs, Unionsgewässer und internationale Gewässer von 6a nördlich von 58°30'N (besondere Bedingung für HKE/2AC4-C)	16,126	0	0	0	0	1,613
FR	HKE/*8ABDE	Seehecht	8a, 8b, 8d und 8e (besondere Bedingung für HKE/571214)	2 343,245	0	0	0	0	234,325
FR	HKE/2AC4-C	Seehecht	Gewässer des Vereinigten Königreichs und Unionsgewässer von 4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	1 197,876	791,212	0	791,212	66,05	119,788
FR	HKE/571214	Seehecht	6 und 7; Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 5b; internationale Gewässer von 12 und 14	21 099,720	11 230,620	0	11 230,620	53,23	2 109,972
FR	HKE/8ABDE.	Seehecht	8a, 8b, 8d und 8e	24 030,208	13 512,815	0	13 512,815	56,23	2 403,021
FR	HKE/8C3411	Seehecht	8c, 9 und 10; Unionsgewässer von CECAF 34.1.1	713,705	93,315	0	93,315	13,07	71,371

(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
FR	LEZ/*2AC4C	Butte	Gewässer des Vereinigten Königreichs und Unionsgewässer von 2a und 4 (besondere Bedingung für LEZ/56-14)	575,786	20,000	0	20,000	3,47	57,579
FR	LEZ/*6AN58	Butte	Gewässer des Vereinigten Königreichs, Unionsgewässer und internationale Gewässer von 6a nördlich von 58°30'N (besondere Bedingung für LEZ/2AC4-C)	9,984	0	0	0	0	0,998
FR	LEZ/*8ABDE	Butte	8a, 8b, 8d und 8e (besondere Bedingung für LEZ/07.)	2 780,395	175,001	0	175,001	6,29	278,040
FR	LEZ/07.	Butte	7	7 942,856	2 475,174	175,001	2 650,175	33,37	794,286
FR	LEZ/2AC4-C	Butte	Gewässer des Vereinigten Königreichs und Unionsgewässer von 4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	85,169	47,307	0	47,307	55,54	8,517
FR	LEZ/56-14	Butte	6; Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 5b; internationale Gewässer von 12 und 14	2 303,388	33,103	20	53,103	2,31	230,339
FR	LEZ/8ABDE.	Butte	8a, 8b, 8d und 8e	1 035,650	821,715	0	821,715	79,34	103,565
FR	LEZ/8C3411	Butte	8c, 9 und 10; Unionsgewässer von CECAF 34.1.1	149,959	1,070	0	1,070	0,71	14,996
FR	MAC/*08B.	Makrele	8b (besondere Bedingung für MAC/8C3411)	17,901	0	0	0	0	1,790
FR	MAC/*2AX14	Makrele	Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 2a, 5b, 6, 7, 8d, 8e, 12 und 14 (besondere Bedingung für MAC/2A34-N)	1 063,858	0	0	0	0	106,386
FR	MAC/*3A4BC	Makrele	Gewässer des Vereinigten Königreichs und Unionsgewässer von 3a, 4b und 4c (besondere Bedingung für MAC/2A34-N)	544,469	0	0	0	0	54,447
FR	MAC/*4A-UK	Makrele	Gewässer des Vereinigten Königreichs von 4a (besondere Bedingung für MAC/2CX14-)	11 733,407	4 127,127	0	4 127,127	35,17	1 173,341

(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
FR	MAC/*8ABD.	Makrele	8a, 8b und 8d (besondere Bedingung für MAC/8C3411)	54,560	0	0	0	0	5,456
FR	MAC/*8C910	Makrele	8c, 9 und 10; Unionsgewässer von CECAF 34.1.1 (besondere Bedingung für MAC/2CX14-)	2 929,357	0	0	0	0	292,936
FR	MAC/2A34-N	Makrele	Unionsgewässer von 3a, 3b, 3c und 3d; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a; Unionsgewässer und Gewässer des Vereinigten Königreichs von 4; Norwegische Gewässer von 2a und 4a	1 540,643	0	1 488,208	1 488,208	96,60	52,435
FR	MAC/2CX14-	Makrele	6, 7, 8a, 8b, 8d und 8e; Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 5b; internationale Gewässer von 2a, 12 und 14	15 071,113	9 288,526	4 127,127	13 415,653	89,02	1 507,111
FR	MAC/8C3411	Makrele	8c, 9 und 10; Unionsgewässer von CECAF 34.1.1	217,519	133,522	0	133,522	61,38	21,752
FR	NEP/*07U16	Kaisergranat	Funktionseinheit 16 des Untergebiets 7 (besondere Bedingung für NEP/07.)	531,068	0	0	0	0	53,107
FR	NEP/07.	Kaisergranat	7	4 055,278	322,458	0	322,458	7,95	405,528
FR	NEP/2AC4-C	Kaisergranat	Gewässer des Vereinigten Königreichs und Unionsgewässer von 4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	38,069	0	0	0	0	3,807
FR	NEP/5BC6.	Kaisergranat	6; Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 5b	118,952	0	0	0	0	11,895
FR	NEP/8ABDE.	Kaisergranat	8a, 8b, 8d und 8e	4 863,099	2 026,208	0	2 026,208	41,66	486,310
FR	NEP/8CU31	Kaisergranat	8c, Funktionseinheit 31	0,100	0	0	0	0	0,010
FR	PLE/07A.	Scholle	7a	21,226	0	0	0	0	2,123
FR	PLE/2A3AX4	Scholle	4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a; der Teil von 3a, der nicht zum Skagerrak und Kattegat gehört	989,065	8,396	0	8,40	0,85	98,907

(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
FR	PLE/7DE.	Scholle	7d und 7e	3 473,154	322,832	0	322,83	9,30	347,315
FR	POK/*2AC4C	Seelachs	Gewässer des Vereinigten Königreichs und Unionsgewässer von 2a und 4 (besondere Bedingung für POK/56-14)	883,620	883,000	0	883,00	99,93	0,620
FR	POK/*6AN58	Seelachs	Gewässer des Vereinigten Königreichs, Unionsgewässer und internationale Gewässer von 6a nördlich von 58°30'N (besondere Bedingung für POK/2C3A4)	1 923,216	0	0	0	0	192,322
FR	POK/2C3A4	Seelachs	3a und 4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	11 957,374	10 968,617	0	10 968,617	91,73	988,757
FR	POK/56-14	Seelachs	6; Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 5b, 12 und 14	2 794,761	580,669	883	1 463,669	52,37	279,476
FR	SOL/07E.	Seezunge	7e	411,688	197,683	0	197,683	48,02	41,169
FR	SOL/24-C.	Seezunge	Gewässer des Vereinigten Königreichs und Unionsgewässer von 4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	173,974	4,318	0	4,318	2,48	17,397
FR	SOL/7FG.	Seezunge	7f und 7g	92,269	42,090	0	42,090	45,62	9,227
FR	SOL/8AB.	Seezunge	8a und 8b	2 630,895	2 283,572	0	2 283,572	86,80	263,090
FR	WHB/1X14	Blauer Wittling	Gewässer des Vereinigten Königreichs, Unionsgewässer und internationale Gewässer von 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8a, 8b, 8d, 8e, 12 und 14	17 320,738	16 990,596	0	16 990,596	98,09	330,142
FR	WHG/2AC4.	Wittling	4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	4 247,722	245,274	0	245,274	5,77	424,772
IE	ANF/07.	Seeteufel	7	3 989,258	3 590,196	0	3 590,196	90,00	398,926
IE	BLI/5B67-	Blauleng	6 und 7; Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 5	30,455	0,063	0	0,063	0,21	3,046

(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
IE	GHL/2A-C46	Schwarzer Heilbutt	6; Gewässer des Vereinigten Königreichs und Unionsgewässer von 4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a; Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 5b	4,250	0	0	0	0	0,425
IE	HAD/07A.	Schellfisch	7a	1 134,862	954,807	0	954,807	84,13	113,486
IE	HAD/5BC6A.	Schellfisch	6a; Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 5b	1 089,111	936,478	0	936,478	85,99	108,911
IE	HAD/6B1214	Schellfisch	Gewässer des Vereinigten Königreichs, Unionsgewässer und internationale Gewässer von 6b; internationale Gewässer von 12 und 14	348,767	313,886	0	313,886	90,00	34,877
IE	HAD/7X7A34	Schellfisch	7b-k, 8, 9 und 10; Unionsgewässer von CECAF 34.1.1	3 473,499	2 986,222	0	2 986,222	85,97	347,350
IE	HER/07A/MM	Hering	7a	521,332	402,008	0	402,008	77,11	52,133
IE	HER/1/2-	Hering	Gewässer des Vereinigten Königreichs, färöische Gewässer, norwegische Gewässer und internationale Gewässer von 1 und 2	2 998,186	1 015,739	0	1 015,739	33,88	299,819
IE	HER/4AB.	Hering	Unionsgewässer, Gewässer des Vereinigten Königreichs und norwegische Gewässer von 4 nördlich von 53 30′ N	295,491	265,942	0	265,942	90,00	29,549
IE	HKE/571214	Seehecht	6 und 7; Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 5b; internationale Gewässer von 12 und 14	3 921,207	3 437,137	0	3 437,137	87,66	392,121
IE	LEZ/07.	Butte	7	3 532,215	1 440,835	0	1 440,835	40,79	353,222
IE	LEZ/56-14	Butte	6; Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 5b; internationale Gewässer von 12 und 14	677,135	392,543	0	392,543	57,97	67,714
IE	MAC/*4A-UK	Makrele	Gewässer des Vereinigten Königreichs von 4a (besondere Bedingung für MAC/2CX14-)	58 279,803	10 537,83	0	10 537,830	18,08	5 827,980
IE	MAC/2CX14-	Makrele	6, 7, 8a, 8b, 8d und 8e; Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 5b; internationale Gewässer von 2a, 12 und 14	53 508,513	38 777,386	10 537,83	49 315,216	92,16	4 193,297

(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
IE	NEP/*07U16	Kaisergranat	Funktionseinheit 16 des Untergebiets 7 (besondere Bedingung für NEP/07.)	1 903,491	1 600	0	1 600,000	84,06	190,349
IE	NEP/07.	Kaisergranat	7	7 411,747	5 066,033	1 600,000	6 666,033	89,94	741,175
IE	NEP/5BC6.	Kaisergranat	6; Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 5b	197,257	82,146	0	82,146	41,64	19,726
IE	PLE/07A.	Scholle	7a	821,079	22,413	0	22,413	2,73	82,108
IE	POK/56-14	Seelachs	6; Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 5b, 12 und 14	138,314	114,850	0	114,850	83,04	13,831
IE	RJU/7DE.	Perlrochen	7d und 7e	232,000	0	0	0	0	23,200
IE	SOL/7FG.	Seezunge	7f und 7g	55,162	43,168	0	43,168	78,26	5,516
IE	WHB/1X14	Blauer Wittling	Gewässer des Vereinigten Königreichs, Unionsgewässer und internationale Gewässer von 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8a, 8b, 8d, 8e, 12 und 14	58 256,771	53 638,146	0	53 638,146	92,07	4 618,625
NL	ANF/*8ABDE	Seeteufel	8a, 8b, 8d und 8e (besondere Bedingung für ANF/07.)	56,985	0	0	0	0	5,699
NL	ANF/07.	Seeteufel	7	363,206	1,767	0	1,767	0,49	36,321
NL	BLI/5B67-	Blauleng	6 und 7; Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 5	7,958	0	0	0	0	0,796
NL	GHL/2A-C46	Schwarzer Heilbutt	6; Gewässer des Vereinigten Königreichs und Unionsgewässer von 4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a; Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 5b	32,331	0,006	0	0,006	0,02	3,233
NL	HAD/*6AN58	Schellfisch	Gewässer des Vereinigten Königreichs, Unionsgewässer und internationale Gewässer von 6a nördlich von 58°30'N (besondere Bedingung für HAD/2AC4.)	29,585	0	0	0	0	2,959
NL	HAD/2AC4.	Schellfisch	4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	731,201	430,371	41,972	472,343	64,60	73,120

(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
NL	HAD/5BC6A.	Schellfisch	6a; Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 5b	2,041	0	0	0	0	0,204
NL	HAD/6B1214	Schellfisch	Gewässer des Vereinigten Königreichs, Unionsgewässer und internationale Gewässer von 6b; internationale Gewässer von 12 und 14	1,722	0	0	0	0	0,172
NL	HAD/7X7A34	Schellfisch	7b-k, 8, 9 und 10; Unionsgewässer von CECAF 34.1.1	15,578	4,644	0	4,644	29,81	1,558
NL	HER/*04B.	Hering	4b (besondere Bedingung für HER/4CXB7D)	10 186,191	631,335	0	631,335	6,20	1 018,619
NL	HER/1/2-	Hering	Gewässer des Vereinigten Königreichs, färöische Gewässer, norwegische Gewässer und internationale Gewässer von 1 und 2	6 553,656	0	5 884,219	5 884,219	89,79	655,366
NL	HER/2A47DX	Hering	4 und 7d; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	63,064	1,716	0	1,716	2,72	6,306
NL	HER/4AB.	Hering	Unionsgewässer, Gewässer des Vereinigten Königreichs und norwegische Gewässer von 4 nördlich von 53 30′ N	49 835,294	48 342,763	73,416	48 416,179	97,15	1 419,115
NL	HER/4CXB7D	Hering	4c, 7d außer Blackwater-Bestand	20 244,732	18 428,93	631,335	19 060,265	94,15	1 184,467
NL	HKE/*03A.	Seehecht	3a (besondere Bedingung für HKE/2AC4-C)	6,840	4,886	0	4,886	71,43	0,684
NL	HKE/*57-14	Seehecht	6 und 7; Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 5b; internationale Gewässer von 12 und 14 (besondere Bedingung für HKE/8ABDE.)	8,913	0	0	0	0	0,891
NL	HKE/*6AN58	Seehecht	Gewässer des Vereinigten Königreichs, Unionsgewässer und internationale Gewässer von 6a nördlich von 58°30'N (besondere Bedingung für HKE/2AC4-C)	4,155	0	0	0	0	0,416
NL	HKE/*8ABDE.	Seehecht	8a, 8b, 8d und 8e (besondere Bedingung für HKE/571214)	0,523	0	0	0	0	0,052

(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
NL	HKE/2AC4-C	Seehecht	Gewässer des Vereinigten Königreichs und Unionsgewässer von 4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	71,666	23,704	4,886	28,590	39,89	7,167
NL	HKE/571214	Seehecht	6 und 7; Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 5b; internationale Gewässer von 12 und 14	273,511	114,410	0	114,410	41,83	27,351
NL	HKE/8ABDE.	Seehecht	8a, 8b, 8d und 8e	26,258	0	0	0	0	2,626
NL	LEZ/*6AN58	Butte	Gewässer des Vereinigten Königreichs, Unionsgewässer und internationale Gewässer von 6a nördlich von 58°30'N (besondere Bedingung für LEZ/2AC4-C)	7,786	0	0	0	0	0,779
NL	LEZ/07.	Butte	7	0,505	0,229	0	0,229	45,35	0,051
NL	LEZ/2AC4-C	Butte	Gewässer des Vereinigten Königreichs und Unionsgewässer von 4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	38,999	0,437	0	0,437	1,12	3,900
NL	MAC/*2AX14	Makrele	Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 2a, 5b, 6, 7, 8d, 8e, 12 und 14 (besondere Bedingung für MAC/2A34-N)	1 070,584	0	0	0	0	107,058
NL	MAC/*3A4BC	Makrele	Gewässer des Vereinigten Königreichs und Unionsgewässer von 3a, 4b und 4c (besondere Bedingung für MAC/2A34-N)	560,522	542,768	0	542,768	96,83	17,754
NL	MAC/*4A-UK	Makrele	Gewässer des Vereinigten Königreichs von 4a (besondere Bedingung für MAC/2CX14-)	25 710,092	15 519,034	0	15 519,034	60,36	2 571,009
NL	MAC/*8C910	Makrele	8c, 9 und 10; Unionsgewässer von CECAF 34.1.1 (besondere Bedingung für MAC/2CX14-)	4 937,490	0	0	0	0	493,749
NL	MAC/2A34-N	Makrele	Unionsgewässer von 3a, 3b, 3c und 3d; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a; Unionsgewässer und Gewässer des Vereinigten Königreichs von 4; Norwegische Gewässer von 2a und 4a	1 746,492	0	1 503,023	1 503,023	86,06	174,649

(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
NL	MAC/2CX14-	Makrele	6, 7, 8a, 8b, 8d und 8e; Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 5b; internationale Gewässer von 2a, 12 und 14	19 649,252	1 950,515	15 519,034	17 469,549	88,91	1 964,925
NL	MAC/8C3411	Makrele	8c, 9 und 10; Unionsgewässer von CECAF 34.1.1	0,200	0	0	0	0	0,020
NL	NEP/2AC4-C	Kaisergranat	Gewässer des Vereinigten Königreichs und Unionsgewässer von 4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	1 245,418	867,635	0	867,635	69,67	124,542
NL	NOP/2A3A4.	Stintdorsch und dazugehörige Beifänge	3a; Gewässer des Vereinigten Königreichs und Unionsgewässer von 4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	33,061	3,018	0	3,018	9,13	3,306
NL	OT2/*2A3A4	Beifänge von Schellfisch und Wittling	3a; Gewässer des Vereinigten Königreichs und Unionsgewässer von 4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a (besondere Bedingung für NOP/2A3A4.)	2,026	0	0	0	0	0,203
NL	PLE/03AN.	Scholle	Skagerrak	2 476,365	336,061	0	336,061	13,57	247,637
NL	PLE/2A3AX4	Scholle	4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a; der Teil von 3a, der nicht zum Skagerrak und Kattegat gehört	35 234,234	7 268,620	208,71	7 477,330	21,22	3 523,423
NL	PLE/7DE.	Scholle	7d und 7e	50,461	34,441	0	34,441	68,25	5,046
NL	POK/*6AN58	Seelachs	Gewässer des Vereinigten Königreichs, Unionsgewässer und internationale Gewässer von 6a nördlich von 58°30'N (besondere Bedingung für POK/2C3A4)	8,232	0	0	0	0	0,823
NL	POK/2C3A4	Seelachs	3a und 4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	140,585	88,806	38,63	127,436	90,65	13,149
NL	POK/56-14	Seelachs	6; Gewässer des Vereinigten Königreichs und internationale Gewässer von 5b, 12 und 14	21,415	10,236	0	10,236	47,80	2,142
NL	RJU/7DE.	Perlrochen	7d und 7e	7,000	0	0	0	0,00	0,700

(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
NL	SOL/3ABC24	Seezunge	3a; Unionsgewässer der Unterdivisionen 22-24	45,332	5,713	0	5,713	12,60	4,533
NL	WHB/1X14	Blauer Wittling	Gewässer des Vereinigten Königreichs, Unionsgewässer und internationale Gewässer von 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8a, 8b, 8d, 8e, 12 und 14	87 228,041	84 521,191	2,831	84 524,022	96,90	2 704,019
NL	WHG/2AC4.	Wittling	4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	2 064,563	945,213	5,772	950,985	46,06	206,456
PT	ANF/8C3411	Seeteufel	8c, 9 und 10; Unionsgewässer von CECAF 34.1.1	799,164	783,038	0	783,038	97,98	16,126
PT	HER/1/2-	Hering	Gewässer des Vereinigten Königreichs, färöische Gewässer, norwegische Gewässer und internationale Gewässer von 1 und 2	0,017	0	0	0	0	0,002
PT	HKE/8C3411	Seehecht	8c, 9 und 10; Unionsgewässer von CECAF 34.1.1	5 049,485	1 656,871	0	1 656,871	32,81	504,949
PT	JAX/09.	Bastardmakrele	9	128 189,251	18 130,515	0	18 130,515	14,14	12 818,925
PT	MAC/8C3411	Makrele	8c, 9 und 10; Unionsgewässer von CECAF 34.1.1	5 921,929	2 155,143	0	2 155,143	36,39	592,193
PT	WHB/1X14	Blauer Wittling	Gewässer des Vereinigten Königreichs, Unionsgewässer und internationale Gewässer von 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8a, 8b, 8d, 8e, 12 und 14	105,491	0	0	0	0	10,549
PT	WHB/8C3411	Blauer Wittling	8c, 9 und 10; Unionsgewässer von CECAF 34.1.1	11 138,660	2 628,788	0	2 628,788	23,60	1 113,866
SE	HAD/03A.	Schellfisch	3a	359,690	350,576	0	350,576	97,47	9,114
SE	HAD/2AC4.	Schellfisch	4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	220,346	164,507	8,028	172,535	78,30	22,035
SE	HER/1/2-	Hering	Gewässer des Vereinigten Königreichs, färöische Gewässer, norwegische Gewässer und internationale Gewässer von 1 und 2	781,595	0	780,602	780,602	99,87	0,993
SE	HER/4AB.	Hering	Unionsgewässer, Gewässer des Vereinigten Königreichs und norwegische Gewässer von 4 nördlich von 53 30′ N	8 743,531	8 478,970	264,526	8 743,496	100	0,035

(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
SE	HKE/03A.	Seehecht	3a	216,053	64,205	0	64,205	29,72	21,605
SE	MAC/2A34-N	Makrele	Unionsgewässer von 3a, 3b, 3c und 3d; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a; Unionsgewässer und Gewässer des Vereinigten Königreichs von 4; Norwegische Gewässer von 2a und 4a	2 276,766	0	2 272,984	2 272,984	99,83	3,782
SE	NEP/03A.	Kaisergranat	3a	2 495,007	1 568,312	0	1 568,312	62,86	249,501
SE	NOP/2A3A4.	Stintdorsch und dazugehörige Beifänge	3a; Gewässer des Vereinigten Königreichs und Unionsgewässer von 4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	55,875	21,613	0	21,613	38,68	5,588
SE	PLE/03AN.	Scholle	Skagerrak	690,454	49,644	0	49,644	7,19	69,045
SE	PLE/03AS.	Scholle	Kattegat	112,213	15,353	0	15,353	13,68	11,221
SE	POK/2C3A4	Seelachs	3a und 4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	245,077	207,064	15,746	222,81	90,91	22,267
SE	SOL/3ABC24	Seezunge	3a; Unionsgewässer der Unterdivisionen 22-24	18,509	4,838	0	4,838	26,14	1,851
SE	WHB/1X14	Blauer Wittling	Gewässer des Vereinigten Königreichs, Unionsgewässer und internationale Gewässer von 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8a, 8b, 8d, 8e, 12 und 14	27,023	13,461	0	13,461	49,81	2,702
SE	WHG/2AC4.	Wittling	4; Gewässer des Vereinigten Königreichs von 2a	217,567	199,149	0	199,149	91,53	18,418

Fischbestände, für die die Quoten mit der Verordnung (EU) 2023/195 des Rates festgesetzt wurden

Mitglied-staat	Bestand	Art	Name des Gebiets	Endgültige Quote 2023 (in Tonnen)	Fänge 2023 (in Tonnen)	Fänge unter besonderer Bedingung 2023 (in Tonnen)	Gesamtfänge 2023 (in Tonnen)	% der endgülti-gen Quote	Übertragung (in Tonnen)
ES	ARA/GF1-7	Afrikanische Tief-seegarnele	Geografische Untergebiete 1, 2, 5, 6, 7	851,361	843,730	0	843,730	99,10	7,631
FR	ARA/GF1-7	Afrikanische Tief-seegarnele	Geografische Untergebiete 1, 2, 5, 6, 7	58,600	0	0	0	0	5,860
FR	ARA/GF8-11	Afrikanische Tief-seegarnele	Geografische Untergebiete 8, 9, 10, 11	9,900	4,646	0	4,646	46,93	0,990
FR	ARS/GF8-11	Rote Tiefseegar-nele	Geografische Untergebiete 8, 9, 10, 11	5,500	3,058	0	3,058	55,60	0,550
IT	ARA/GF8-11	Afrikanische Tief-seegarnele	Geografische Untergebiete 8, 9, 10, 11	268,000	191,661	0	191,661	71,52	26,800
IT	ARS/GF8-11	Rote Tiefseegar-nele	Geografische Untergebiete 8, 9, 10, 11	361,368	339,677	0	339,677	94,00	21,691

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/1895

12.7.2024

DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2024/1895 DER KOMMISSION

vom 11. Juli 2024

zur Genehmigung einer Änderung eines traditionellen Begriffs im Weinsektor gemäß Artikel 115 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates („Añejo“)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 922/72, (EWG) Nr. 234/79, (EG) Nr. 1037/2001 und (EG) Nr. 1234/2007 des Rates ([1]), insbesondere auf Artikel 115 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Gemäß Artikel 28 Absätze 2 und 3 und Artikel 34 der Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission ([2]) hat die Kommission den Antrag Spaniens auf Genehmigung einer Änderung des traditionellen Begriffs „Añejo“ geprüft und im *Amtsblatt der Europäischen Union* ([3]) veröffentlicht.

(2) Bei der Kommission ist kein Einspruch gemäß Artikel 22 der Durchführungsverordnung (EU) 2019/34 der Kommission ([4]) eingegangen.

(3) Gemäß Artikel 31 Absatz 3 der Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 sollte die Änderung des traditionellen Begriffs „Añejo“ daher genehmigt und in das elektronische Register der geschützten traditionellen Begriffe gemäß Artikel 25 der Durchführungsverordnung (EU) 2019/34 eingetragen werden.

(4) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ausschusses für die gemeinsame Organisation der Agrarmärkte —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die im *Amtsblatt der Europäischen Union* veröffentlichte Änderung des traditionellen Begriffs „Añejo“ wird genehmigt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

([1]) ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 671, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2013/1308/oj.

([2]) Delegierte Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission vom 17. Oktober 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Anträge auf Schutz von Ursprungsbezeichnungen, geografischen Angaben und traditionellen Begriffen im Weinsektor, das Einspruchsverfahren, Einschränkungen der Verwendung, Änderungen der Produktspezifikationen, die Löschung des Schutzes sowie die Kennzeichnung und Aufmachung (ABl. L 9 vom 11.1.2019, S. 2, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_del/2019/33/oj).

([3]) ABl. C, C/2024/1117, 25.1.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2024/1117/oj.

([4]) Durchführungsverordnung (EU) 2019/34 der Kommission vom 17. Oktober 2018 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Anträge auf Schutz von Ursprungsbezeichnungen, geografischen Angaben und traditionellen Begriffen im Weinsektor, das Einspruchsverfahren, Änderungen der Produktspezifikationen, das Register der geschützten Bezeichnungen, die Löschung des Schutzes und die Verwendung von Zeichen sowie zur Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf ein geeignetes Kontrollsystem (ABl. L 9 vom 11.1.2019, S. 46, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2019/34/oj).

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 11. Juli 2024

Für die Kommission
Die Präsidentin
Ursula VON DER LEYEN

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/1896

12.7.2024

DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2024/1896 DER KOMMISSION

vom 11. Juli 2024

zur Einführung eines vorläufigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von bestimmtem Polyvinylchlorid (im Folgenden „PVC“) mit Ursprung in Ägypten und den Vereinigten Staaten von Amerika

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2016/1036 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Union gehörenden Ländern [1] (im Folgenden „Grundverordnung“), insbesondere auf Artikel 7,

nach Anhörung der Mitgliedstaaten,

in Erwägung nachstehender Gründe:

1. VERFAHREN

1.1. Einleitung

(1) Am 15. November 2023 leitete die Europäische Kommission (im Folgenden „Kommission“) nach Artikel 5 der Grundverordnung eine Antidumpinguntersuchung betreffend die Einfuhren von Polyvinylchlorid („PVC“) mit Ursprung in Ägypten und den Vereinigten Staaten von Amerika (im Folgenden „betroffene Länder“) in die Union ein. Die Kommission veröffentlichte eine Einleitungsbekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Union* [2] (im Folgenden „Einleitungsbekanntmachung“).

(2) Die Kommission leitete die Untersuchung auf einen Antrag hin ein, der am 2. Oktober 2023 vom Polyvinyl Chloride Trade Committee (im Folgenden „Antragsteller“ genannt) eingereicht wurde. Der Antrag wurde im Sinne des Artikels 5 Absatz 4 der Grundverordnung im Namen des Wirtschaftszweigs der Union für PVC gestellt. Die mit dem Antrag vorgelegten Beweise für das Vorliegen von Dumping und für eine dadurch verursachte bedeutende Schädigung rechtfertigten die Einleitung einer Untersuchung.

1.2. Zollamtliche Erfassung

(3) Nach Artikel 14 Absatz 5a der Grundverordnung ist die Kommission dazu verpflichtet, Einfuhren, die Gegenstand einer Antidumpinguntersuchung sind, während des Vorunterrichtungszeitraums zollamtlich zu erfassen, es sei denn, sie verfügt über ausreichende Beweise im Sinne des Artikels 5, dass die Anforderungen in Artikel 10 Absatz 4 Buchstabe c oder Buchstabe d nicht erfüllt sind.

(4) Da die Antragsteller keine zollamtliche Erfassung beantragten, stellte die Kommission fest, dass die Voraussetzungen des Artikels 10 Absatz 4 Buchstabe d der Grundverordnung nicht erfüllt waren. Abgesehen von den Einfuhrmengen, die im Untersuchungszeitraum eine Schädigung verursachten („UZ“, siehe Erwägungsgrund 32), war nach diesem Zeitraum kein weiterer erheblicher Anstieg der Einfuhren zu verzeichnen.

(5) Aus den in Abschnitt 4.4.1 dargelegten Gründen beschloss die Kommission, die Einfuhren aus den betroffenen Ländern für die in den vorstehenden Erwägungsgründen beschriebene Analyse zu kumulieren. Eine Analyse der Daten aus der Comext-Datenbank von Eurostat und der von den mitarbeitenden ausführenden Herstellern in den betroffenen Ländern übermittelten Daten ergab, dass die kumulierte Menge der Einfuhren aus den betroffenen Ländern in den ersten drei vollen Monaten (d. h. von Dezember 2023 bis Februar 2024) nach Einleitung der Untersuchung im Vergleich zu denselben Monaten des Untersuchungszeitraums um 41 % zurückging. Ebenso beliefen sich die durchschnittlichen monatlichen Einfuhren aus den betroffenen Ländern in den ersten drei Monaten nach der Einleitung der Untersuchung auf 19 148 Tonnen, verglichen mit den durchschnittlichen monatlichen Einfuhren von 27 450 Tonnen während des Untersuchungszeitraums. Daher hat die Kommission die Einfuhren von PVC im Vorunterrichtungszeitraum nicht nach Artikel 14 Absatz 5a der Grundverordnung zollamtlich erfasst.

[1] ABl. L 176 vom 30.6.2016, S. 21, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2016/1036/oj.

[2] Bekanntmachung der Einleitung eines Antidumpingverfahrens betreffend die Einfuhren von bestimmtem Polyvinylchlorid (PVC) mit Ursprung in Ägypten und den Vereinigten Staaten von Amerika (OJ C, C/2023/1033, 15.11.2023, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2023/1033/oj).

1.3. **Interessierte Parteien**

(6) In der Einleitungsbekanntmachung forderte die Kommission interessierte Parteien auf, mit ihr Kontakt aufzunehmen und bei der Untersuchung mitzuarbeiten. Darüber hinaus unterrichtete die Kommission die Antragsteller, andere ihr bekannte Unionshersteller, die ihr bekannten ausführenden Hersteller, die Behörden Ägyptens und der Vereinigten Staaten von Amerika (im Folgenden „USA"), die ihr bekannten Einführer, Lieferanten und Verwender sowie die Händler ausdrücklich über die Einleitung der Untersuchung und forderte sie zur Mitarbeit auf.

(7) Die interessierten Parteien erhielten Gelegenheit, zur Einleitung der Untersuchung Stellung zu nehmen und eine Anhörung durch die Kommission und/oder die Anhörungsbeauftragte in Handelsverfahren zu beantragen.

1.4. **Stichprobenverfahren**

(8) In der Einleitungsbekanntmachung wies die Kommission darauf hin, dass sie möglicherweise nach Artikel 17 der Grundverordnung eine Stichprobe der interessierten Parteien bilden werde.

1.4.1. *Stichprobenverfahren für Unionshersteller*

(9) In der Einleitungsbekanntmachung gab die Kommission bekannt, dass sie eine vorläufige Stichprobe der Unionshersteller gebildet hatte. Die Kommission wählte die Stichprobe auf der Grundlage der Produktion und Verkäufe aus. Die Stichprobe umfasste drei Unionshersteller. Auf die in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller entfielen 25 % der geschätzten Produktion und 26 % der geschätzten Verkaufsmenge der gleichartigen Ware in der EU. Die Kommission forderte die interessierten Parteien auf, zur vorläufigen Stichprobe Stellung zu nehmen. Die Kommission erhielt keine Stellungnahme, und die vorläufige Stichprobe wurde bestätigt. Die Stichprobe ist repräsentativ für den Wirtschaftszweig der Union.

1.4.2. *Stichprobenverfahren für Einführer*

(10) Es meldeten sich keine unabhängigen Einführer, die bereit gewesen wären, die erbetenen Informationen vorzulegen oder ihrer Einbeziehung in die Stichprobe zuzustimmen. Die Kommission bildete daher keine Stichprobe von Einführern.

1.4.3. *Stichprobenverfahren für ausführende Hersteller in Ägypten*

(11) Damit die Kommission über die Notwendigkeit eines Stichprobenverfahrens entscheiden und gegebenenfalls eine Stichprobe bilden konnte, wurden alle ausführenden Hersteller in Ägypten gebeten, die in der Einleitungsbekanntmachung aufgeführten Informationen zu übermitteln. Ferner ersuchte die Kommission die Vertretung der Republik Ägypten bei der Europäischen Union, gegebenenfalls andere ausführende Hersteller zu ermitteln und/oder zu kontaktieren, die an einer Mitarbeit an der Untersuchung interessiert sein könnten.

(12) Nur ein ausführender Hersteller in Ägypten, TCI Sanmar Chemicals S.A.E. (im Folgenden „TCI Sanmar"), übermittelte die angeforderten Informationen und stimmte seiner Einbeziehung in die Stichprobe zu. Daher befand die Kommission, dass sich die Bildung einer Stichprobe erübrigte.

(13) Am 7. Dezember 2023, 15 Tage nach Ablauf der Frist für die Übermittlung von Stichprobeninformationen, meldete sich ein zweiter ägyptischer ausführender Hersteller, die Egyptian Petrochemical Company (im Folgenden „EPC"), und beantragte bei der Kommission, als interessierte Partei an dem Verfahren teilzunehmen. Da die Kommission der Auffassung war, dass die Beteiligung eines zweiten ausführenden Herstellers den fristgerechten Abschluss der Untersuchung nicht behindern würde, gab sie dem Antrag von EPC statt.

1.4.4. *Stichprobenverfahren für ausführende Hersteller in den Vereinigten Staaten von Amerika*

(14) Um über die Notwendigkeit eines Stichprobenverfahrens entscheiden und gegebenenfalls eine Stichprobe bilden zu können, forderte die Kommission alle ausführenden Hersteller in den Vereinigten Staaten von Amerika zur Vorlage der in der Einleitungsbekanntmachung genannten Informationen auf. Ferner ersuchte die Kommission die Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika bei der Europäischen Union, gegebenenfalls andere ausführende Hersteller zu ermitteln und/oder zu kontaktieren, die an einer Mitarbeit an der Untersuchung interessiert sein könnten.

(15) Vier ausführende Hersteller in den Vereinigten Staaten von Amerika übermittelten die erbetenen Informationen und stimmten ihrer Einbeziehung in die Stichprobe zu. Nach Artikel 17 Absatz 1 der Grundverordnung bildete die Kommission eine Stichprobe mit zwei ausführenden Herstellern auf der Grundlage der größten repräsentativen Ausfuhrmenge in die Union, die in der verfügbaren Zeit angemessen untersucht werden konnte. Alle bekannten betroffenen ausführenden Hersteller und die Behörden des betroffenen Landes wurden nach Artikel 17 Absatz 2 der Grundverordnung zur Stichprobenauswahl konsultiert. Zur Auswahl der Stichprobe gingen keine Stellungnahmen ein.

1.5. **Individuelle Ermittlung**

(16) Die beiden nicht in die Stichprobe einbezogenen amerikanischen mitarbeitenden ausführenden Hersteller bekundeten ihre Absicht, eine individuelle Untersuchung gemäß Artikel 17 Absatz 3 der Grundverordnung zu beantragen. Keiner von ihnen übermittelte jedoch eine Antwort auf den Fragebogen und damit konkrete Anfragen.

1.6. **Stellungnahmen zur Einleitung**

(17) Die Kommission erhielt eine Reihe von Stellungnahmen interessierter Parteien zur Einleitung des Verfahrens und zur Reaktion auf die Stellungnahmen anderer Parteien.

(18) Nach der Verfahrenseinleitung übermittelten die ägyptische Regierung, der ägyptische Hersteller TCI Sanmar, die US-amerikanischen Hersteller Oxy Vinyls, LP und Westlake Corporation (im Folgenden „Westlake"), der nicht in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller Ercros und zwei Verwender, Rehau und Foamalite Ltd. (Im Folgenden „Foamalite") Stellungnahmen. Die Antragsteller übermittelten ebenfalls Stellungnahmen, in denen sie die Beiträge der interessierten Parteien zurückwiesen.

(19) Die ägyptische Regierung und TCI Sanmar behaupteten, die Antragsteller hätten keinen fairen Vergleich zwischen dem Ausfuhrpreis und dem Normalwert vorgelegt und der Antrag enthalte keine ausreichenden Beweise für Dumping.

(20) Die Kommission teilte diese Auffassung nicht. In Bezug auf das Dumping vertrat die Kommission die Auffassung, dass der Antrag ausreichend einschlägige Beweise enthielt, um ihre Untersuchung einzuleiten, da die Anscheinsbeweise auf Dumpingspannen von 45,2 % für Ägypten und von 40,6 % bis 59,4 % für die USA hindeuteten. Im Einzelnen hatten die Antragsteller den Ausfuhrpreis auf der Grundlage angemessener verfügbarer Informationen wie dem CIF-Durchschnittspreis der Einfuhren mit Ursprung in Ägypten in die EU von Eurostat ermittelt und diesen anhand angemessener Schätzungen auf die Stufe ab Werk berichtigt. Der Normalwert wurde von den Antragstellern auf der Grundlage der lokalen Preise ermittelt, die das Marktbeobachtungssystem ChemOrbis anhand des ägyptischen Ortspreisindexes angibt. Dieses Vorbringen wurde daher zurückgewiesen.

(21) Die ägyptische Regierung, Oxy Vinyls, LP, TCI Sanmar und Westlake stellten die Schadensanalyse im Antrag infrage, da die ägyptischen und US-amerikanischen Einfuhren nicht in schädigenden Mengen oder zu schädigenden Preisen in die Union gelangten und der Wirtschaftszweig der Union gesund und leistungsfähig sei. Die Parteien vertraten ferner die Auffassung, dass die Bedenken hinsichtlich einer drohenden Schädigung unbegründet seien.

(22) Der Antrag enthielt die Entwicklung der Einfuhren aus den betroffenen Ländern in Bezug auf die Mengen und Preise. Nach der Grundverordnung sind bei der Schadensanalyse sowohl das absolute Niveau als auch die Entwicklung des Marktanteils und der Preise im Bezugszeitraum zu berücksichtigen. Die Kommission vertrat die Auffassung, dass der Wirtschaftszweig der Union zu Beginn des Bezugszeitraums zwar gesund gewesen sein kann, der Antrag jedoch Argumente dafür enthielt, warum sich die Lage ab Ende 2022 verschlechterte, und dass keine ausreichenden Beweise gegen die vorgebrachten Argumente für eine möglicherweise drohende Schädigung vorgelegt wurden, insbesondere in Anbetracht der strukturellen Überkapazitäten der Ausführer in den betroffenen Ländern.

(23) Die ägyptische Regierung, Oxy Vinyls, LP, und TCI Sanmar machten geltend, dass der ursächliche Zusammenhang nicht nachgewiesen sei und dass es andere alternative Schadensursachen gebe. Als Schadensursachen nannten die Parteien u. a. Energiekosten, höhere Gewalt, nicht untersuchte Einfuhren aus Mexiko und Norwegen, Inflation und die Ausfuhrleistung des Wirtschaftszweigs der Union. Rehau und Foamalite brachten vor, dass die Unionshersteller möglicherweise selbst für ihre Schädigung verantwortlich seien, da sie aufgrund höherer Gewalt die Lieferung der Ware an die Verwender in der Union auf weniger als die vertraglich vereinbarten Mengen beschränkt hätten und die betroffenen Verwender deshalb nach anderen PVC-Quellen außerhalb der Union gesucht hätten.

(24) Ercros machte geltend, dass der ursächliche Zusammenhang nachgewiesen sei, und wies darauf hin, dass der Preisverfall, von dem der Unionsmarkt und der Wirtschaftszweig betroffen waren, weitgehend und zweifellos von den Preisen für ägyptisches und US-amerikanisches PVC bestimmt wurde und das Jahr 2021 einen Wendepunkt darstellte.

(25) Die Kommission vertrat die Auffassung, dass der Antrag ausreichende Punkte enthielt, um den ursächlichen Zusammenhang in diesem Stadium zu beurteilen, und dass keine stichhaltigen Beweise vorgelegt wurden, die die im Antrag enthaltene Argumentation widerlegen.

(26) Oxy Vinyls, LP behauptete, dass die Unionshersteller höhere Kosten hätten, die mit den hohen Kosten für die Einhaltung zahlreicher ökologischer und sozialer Vorschriften in der Union zusammenhingen.

(27) Die Kommission vertrat die Auffassung, dass diese Behauptung durchaus stichhaltig sein könnte, wenn die Schädigung während des gesamten Bezugszeitraums beobachtet würde, doch konnten die Argumente das plötzliche Auftreten einer Schädigung im Untersuchungszeitraum, als die angeblich gedumpten Einfuhren zunahmen, nicht erklären.

(28) Oxy Vinyls, LP und Westlake behaupteten, die Antragsteller hätten nicht begründet, warum die Gewinnspanne für die Berechnung der Zielpreisunterbietung 15 % betragen sollte. Ercros brachte seinerseits vor, dass ein gesunder PVC-Wirtschaftszweig der Union eine Gewinnspanne von 15 % erfordere. Während die Antragsteller, unterstützt von Ercros, verteidigten, dass eine Gewinnspanne von 15 % eine normale Rentabilitätsspanne für den Chemiesektor sei, erhielt die Kommission von anderen Parteien keine Beweise dafür, was erwartungsgemäß in einem zyklischen Wirtschaftszweig wie PVC mittelfristig eine angemessene Gewinnspanne sein könnte. Dieselben US-amerikanischen Ausführer behaupteten auch, dass die Einleitung des Verfahrens fehlerhaft gewesen sein könnte, weil die Antragsteller irrtümlich das EBITDA anstelle der Gewinnspanne verwendet hätten. Die Kommission stellte fest, dass bei den Berechnungen eine Gewinnspanne von 15 % zugrunde gelegt wurde und dass im Antrag lediglich angegeben wurde, dass dies derselbe Prozentsatz sei wie der Zielprozentsatz des EBITDA für die Beschwerdeführer. Die Kommission vertrat die Auffassung, dass aus dem Vergleich verschiedener Kennzahlen im Antrag nicht geschlossen werden kann, dass die Antragsteller irrtümlich das EBITDA und nicht die Gewinnspanne verwendet haben ([3]).

(29) Foamalite beschwerte sich über die möglichen Auswirkungen auf seine Wettbewerbsfähigkeit, wenn die Kommission Antidumpingzölle einführt, da es mit einem Unternehmen mit Sitz in Nordirland konkurriert, das diese Zölle für seine Einfuhren aus den USA nicht zahlen müsste. Die Kommission stellte fest, dass das Vereinigte Königreich am 8. Januar 2024 eine Antidumpinguntersuchung gegenüber S-PVC aus den USA eingeleitet hatte, und wies den Antrag zurück.

1.7. **Fragebogenantworten und Kontrollbesuche**

(30) Die Kommission sandte Fragebögen an die in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller, an die beiden ägyptischen ausführenden Hersteller, die sich gemeldet hatten, und an die in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Hersteller in den USA. Die Kommission veröffentlichte in der Einleitungsbekanntmachung einen Fragebogen für Einführer und Verwender. Auch unabhängigen Händlern außerhalb der Union wurden Fragebögen zur Verfügung gestellt (siehe Erwägungsgründe 48 und 73). Dieselben Fragebögen wurden am Tag der Untersuchungseinleitung auch online ([4]) bereitgestellt.

(31) Die Kommission holte alle Informationen ein, die sie für die vorläufige Ermittlung von Dumping, einer daraus resultierenden Schädigung und des Unionsinteresses benötigte, und prüfte sie. Bei folgenden Unternehmen wurden Kontrollbesuche nach Artikel 16 der Grundverordnung durchgeführt:

Unionshersteller

— INOVYN Manufacturing Belgium SA, Evere, Belgien

([3]) Die Erklärung im Antrag lautet wie folgt: „Eine *Gewinnspanne* von 15 % gilt als normale Rentabilitätsspanne für die chemische Industrie und ist im Durchschnitt der Zielprozentsatz des EBITDA für die antragstellenden Unternehmen. Diese Zahl entspricht der Höhe des EBITDA, das für Investitionen und die Aufrechterhaltung der Produktionskapazität erforderlich ist.“ In den beiden folgenden Absätzen des Antrags wird explizit, dass die Antragsteller bei ihrer Analyse die Gewinnspanne zugrunde gelegt haben: „Die PVC-Industrie ist ein kapitalintensiver Wirtschaftszweig, der eine *Gewinnspanne* von 15 % erzielen muss, um nachhaltig zu sein. Dazu gehören Re-Investitionen in bestehende Pläne, um den künftigen Betrieb zu sichern und gegenüber Einfuhren aus Ländern mit niedrigeren Energiekosten und weniger strengen Dekarbonisierungsanforderungen wettbewerbsfähig zu bleiben“ und „bisher hat die Industrie keine *Gewinnspanne* von 15 % erzielt, was zu zahlreichen Problemen geführt hat, die zur Stilllegung mehrerer PVC-Anlagen und sogar ganzer Standorte geführt haben“.

([4]) https://tron.trade.ec.europa.eu/investigations/case-view?caseId=2695.

— Shin-Etsu PVC BV, Hilversum, Niederlande

— Vynova Belgium NV, Tessenderlo, Belgien ([5])

Ausführende Hersteller in Ägypten

— TCI Sanmar Chemicals S.A.E., Port Said

— Egyptian Petrochemical Company, Alexandria

Ausführende Hersteller in den Vereinigten Staaten von Amerika

— Formosa Plastics Corporation, Livingston, Essex, New Jersey

— Westlake Chemicals, Houston, Texas

Unabhängiger Händler

— Tricon Dry Chemicals, LLC, Houston, Texas

1.8. **Untersuchungszeitraum und Bezugszeitraum**

(32) Die Untersuchung von Dumping und Schädigung betraf den Zeitraum vom 1. Oktober 2022 bis zum 30. September 2023 (im Folgenden „Untersuchungszeitraum“). Die Untersuchung der für die Schadensanalyse relevanten Entwicklungen betraf den Zeitraum vom 1. Januar 2020 bis zum Ende des Untersuchungszeitraums (im Folgenden „Bezugszeitraum“).

2. UNTERSUCHTE WARE, BETROFFENE WARE UND GLEICHARTIGE WARE

2.1. **Untersuchte Ware**

(33) Bei der untersuchten Ware handelt es sich um Suspensions-Polyvinylchlorid (im Folgenden „S-PVC“), das nicht mit anderen Stoffen gemischt ist. Die betroffene Ware umfasst ausschließlich S-PVC, nicht aber Emulsions-Polyvinylchlorid (im Folgenden „E-PVC“), (im Folgenden „zu untersuchende Ware“).

(34) PVC ist ein künstlich hergestelltes thermoplastisches Polymer. Der Hauptrohstoff für die Herstellung von PVC-Harzen ist Vinylchlormonomer (VCM), das durch die Reaktion von Ethylen und Chlor zu Ethylendichlorid (EDC) hergestellt und dann durch thermisches Cracken in VCM umgewandelt wird. S-PVC wird im Suspensionsverfahren hergestellt.

(35) PVC in seiner Suspensionsform (S-PVC) ist ein industrielles Erzeugnis, das in einer Vielzahl von Anwendungen verwendet wird, z. B. bei der Herstellung von Rohren und Rohrverbindungsstücken, Filmen und Folien, in Injektionsform und beim Blasformen.

2.2. **Betroffene Ware**

(36) Bei der betroffenen Ware handelt es sich um die untersuchte Ware mit Ursprung in Ägypten und den Vereinigten Staaten von Amerika („USA“) („betroffene Länder“), die derzeit unter dem KN-Code ex 3904 10 00 (TARIC-Codes 3904 10 00 15 und 3904 10 00 80) eingereiht wird. (im Folgenden „betroffene Ware“).

2.3. **Gleichartige Ware**

(37) Die Untersuchung ergab, dass die folgenden Waren dieselben grundlegenden materiellen, chemischen und technischen Eigenschaften und dieselben grundlegenden Verwendungen aufweisen:

— die betroffene Ware bei der Ausfuhr in die Union,

— die in den betroffenen Ländern hergestellte und auf dem jeweiligen Inlandsmarkt verkaufte untersuchte Ware und

([5]) Die Kommission konnte die Produktions- und Finanzdaten des in die Stichprobe einbezogenen Herstellers (Vynova Wilhelmshaven GmbH) in den Räumlichkeiten des mit ihm verbundenen Unternehmens Vynova Belgium NV (Unternehmer im Rahmen des Veredelungsvertrags) einsehen und überprüfen.

— die vom Wirtschaftszweig der Union in der Union hergestellte und verkaufte untersuchte Ware.

(38) Die Kommission entschied daher in dieser Phase, dass es sich bei diesen Waren um gleichartige Waren im Sinne von Artikel 1 Absatz 4 der Grundverordnung handelt.

3. DUMPING

3.1. **Ägypten**

3.1.1. *Mitarbeit der ausführenden Hersteller*

(39) Wie unter den Erwägungsgründen 12 und 13 dargelegt, meldeten sich zwei ägyptische ausführende Hersteller, TCI Sanmar und EPC, im Rahmen der Untersuchung und übermittelten Antworten auf den Fragebogen. EPC übermittelte einen unvollständig beantworteten Fragebogen, in dem wesentliche Teile fehlten. Die Kommission teilte EPC daher mit Schreiben vom 16. Januar 2024 ihre Absicht mit, Artikel 18 anzuwenden und ihre Feststellungen auf der Grundlage der für die fehlenden Informationen verfügbaren Fakten zu treffen. In demselben Schreiben forderte sie EPC auf, die fehlenden Angaben zu übermitteln. EPC hat dies jedoch versäumt, auch nachdem die Kommission ihre Forderung am 6. Februar 2024 wiederholt hatte.

(40) Bei dem Kontrollbesuch in den Betrieben von EPC, der vom 3. bis 6. März 2024 stattfand, stellte die Kommission weitere Elemente fest, die zur Anwendung von Artikel 18 Absatz 1 der Grundverordnung führten.

(41) Da EPC es versäumt hatte, die für die Bewertung der Inlandspreise, der Ausfuhrpreise und der Produktionskosten erforderlichen Informationen vorzulegen, wurde EPC gemäß Artikel 18 Absatz 4 der Grundverordnung mit Schreiben vom 12. April 2024 über die Gründe für die Absicht der Kommission unterrichtet, die vorgelegten Informationen nicht zu berücksichtigen, und es wurde die Gelegenheit gegeben, weitere Erklärungen abzugeben. Aus Gründen der Vertraulichkeit wurden die zugrunde liegenden Angaben nur an EPC übermittelt.

(42) Am 17. April 2024 erhob EPC Einspruch gegen die Anwendung von Artikel 18. EPC argumentierte, dass es bis zum 12. Dezember 2023 keine Kenntnis von dem Antidumpingverfahren hatte, dass ein Antrag auf Fristverlängerung von der Kommission abgelehnt wurde und dass es daher an einer wirksamen Beteiligung am Überprüfungsverfahren gehindert wurde.

(43) EPC fügte hinzu, dass die Kommission bei der Ermittlung des Dumpings (zumindest) die Angaben zu den Ausfuhrpreisen berücksichtigen sollte, da das Kommissionsteam während des Kontrollbesuchs vor Ort die Richtigkeit aller erforderlichen Unterlagen (in Bezug auf die Ausfuhrpreise) überprüft habe.

(44) Darüber hinaus vertrat EPC die Auffassung, dass es im Rahmen seiner Möglichkeiten uneingeschränkt mit der Kommission zusammenarbeite, und verwies auf Artikel 15 des WTO-Antidumpingübereinkommens, wonach die Mitglieder aus den Industrieländern der besonderen Lage der Mitglieder aus den Entwicklungsländern Rechnung tragen müssen.

(45) Die Kommission stimmte der Stellungnahme von EPC nicht zu. In Bezug auf die Behauptung von EPC, bis zum 12. Dezember 2023 keine Kenntnis von der Untersuchung gehabt zu haben, erinnert die Kommission daran, dass die vorliegende Untersuchung am 15. November 2023 durch Veröffentlichung einer Einleitungsbekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Union* eingeleitet wurde. Am selben Tag unterrichtete die Kommission EPC und die Vertretung der Arabischen Republik Ägypten direkt über die Einleitung dieser Untersuchung und forderte EPC auf, sich an dem Stichprobenverfahren zu beteiligen.

(46) Zu der Behauptung von EPC, es habe im Rahmen seiner Möglichkeiten uneingeschränkt mitgearbeitet, und zu seinem Verweis auf Artikel 15 des WTO-Antidumpingübereinkommens stellte die Kommission fest, dass die begrenzten Möglichkeiten einer Partei nicht rechtfertigen können, dass Informationen fehlen, die für eine genaue Berechnung der Dumpingspanne erforderlich sind, oder dass es nicht möglich ist, die übermittelten Daten gegenzuprüfen. Außerdem erinnerte die Kommission daran, dass sie die Teilnahme von EPC an der Untersuchung ausnahmsweise akzeptiert hatte, obwohl EPC das Stichprobenformular nicht ausgefüllt hatte (siehe Erwägungsgrund 13) und sich zunächst außerhalb der regulären Frist gemeldet hatte.

(47) Dementsprechend ließ die Kommission die von EPC vorgelegten Informationen vorläufig unberücksichtigt und bestätigte die Verwendung der verfügbaren Informationen zu diesem ausführenden Hersteller auf der Grundlage des Artikels 18 Absatz 1 der Grundverordnung.

3.1.2. *Unabhängige Händler*

(48) Den Angaben im Antrag zufolge erfolgten die Ausfuhren in die Union über unabhängige Händler, und die ausführenden Hersteller wussten, wohin die Verkäufe über diese Händler letztendlich gingen. Die Kommission forderte von den beiden ausführenden Herstellern die Namen und Kontaktdaten dieser Händler an und erhielt sie. Sieben unabhängige Händler, auf die insgesamt mehr als 70 % der Gesamteinfuhren aus Ägypten im Untersuchungszeitraum entfielen, beantworteten den Fragebogen zumindest teilweise. Den übermittelten Informationen zufolge verkauften diese Händler die betroffene Ware entweder an Abnehmer in der Union oder an Abnehmer in Drittländern weiter. Keiner von ihnen verkaufte die betroffene Ware an Abnehmer in Ägypten weiter.

(49) Abgesehen von der Bestätigung, dass keine Weiterverkäufe der unabhängigen Händler auf den ägyptischen Inlandsmarkt gelangten, waren die von diesen Händlern vorgelegten Informationen für die Ermittlung des Dumpings in Bezug auf Ägypten nicht erforderlich. TCI Sanmar wies den endgültigen Bestimmungsort dieser Ausfuhren in seinen Unterlagen nach, insbesondere anhand der verfügbaren Frachtpapiere.

3.1.3. *Normalwert*

(50) Aufgrund der in Abschnitt 3.1.1 beschriebenen Anwendung von Artikel 18 Absatz 1 der Grundverordnung gegenüber EPC galt die nachstehende Beschreibung der Berechnung der Dumpingspanne nur für den verbleibenden ägyptischen ausführenden Hersteller, TCI Sanmar.

(51) Die Kommission prüfte zunächst, ob die Gesamtmenge der Inlandsverkäufe gemäß Artikel 2 Absatz 2 der Grundverordnung repräsentativ war. Die Inlandsverkäufe sind repräsentativ, wenn die Gesamtmenge der Inlandsverkäufe der gleichartigen Ware an unabhängige Abnehmer auf dem Inlandsmarkt pro ausführenden Hersteller im Untersuchungszeitraum mindestens 5 % der Gesamtmenge seiner Ausfuhrverkäufe der betroffenen Ware in die Union entsprach. Auf dieser Grundlage wurde festgestellt, dass die Gesamtverkäufe der gleichartigen Ware auf dem Inlandsmarkt repräsentativ waren.

(52) Anschließend ermittelte die Kommission die auf dem Inlandsmarkt verkauften Warentypen, die mit den zur Ausfuhr in die Union verkauften Warentypen mit repräsentativen Inlandsverkäufen identisch oder vergleichbar waren.

(53) Als Nächstes prüfte die Kommission nach Artikel 2 Absatz 2 der Grundverordnung, ob die Inlandsverkäufe für jeden Warentyp, der mit einem zur Ausfuhr in die Union verkauften Warentyp identisch oder vergleichbar ist, repräsentativ waren. Die Inlandsverkäufe eines Warentyps sind repräsentativ, wenn die Gesamtmenge der an unabhängige Abnehmer gehenden Inlandsverkäufe dieses Warentyps im Untersuchungszeitraum mindestens 5 % der Gesamtmenge der in die Union getätigten Ausfuhrverkäufe des identischen oder vergleichbaren Warentyps entspricht. Die Kommission stellte fest, dass die Inlandsverkäufe repräsentativ waren, da sie mehr als 5 % der Gesamtmenge der Ausfuhrverkäufe der identischen Ware in die Union entsprachen.

(54) Danach ermittelte die Kommission für jeden Warentyp den Anteil der gewinnbringenden Verkäufe an unabhängige Abnehmer auf dem Inlandsmarkt im Untersuchungszeitraum, um zu entscheiden, ob die tatsächlichen Inlandsverkäufe nach Artikel 2 Absatz 4 der Grundverordnung für die Berechnung des Normalwerts herangezogen werden können.

(55) Der Normalwert basiert auf dem tatsächlichen Inlandspreis des jeweiligen Warentyps, unabhängig davon, ob diese Verkäufe gewinnbringend sind, sofern

a) die Verkaufsmenge des Warentyps, die zu einem Nettoverkaufspreis in Höhe der rechnerisch ermittelten Herstellkosten oder darüber verkauft wurde, mehr als 80 % der gesamten Verkaufsmenge dieses Warentyps entspricht und

b) der gewogene Durchschnittsverkaufspreis dieses Warentyps mindestens den Herstellstückkosten entspricht.

(56) In diesem Fall ist der Normalwert der gewogene Durchschnitt der Preise aller Inlandsverkäufe dieses Warentyps im Untersuchungszeitraum.

(57) Hingegen ist der Normalwert der tatsächliche Inlandspreis je Warentyp ausschließlich der gewinnbringenden Inlandsverkäufe der betreffenden Warentypen im Untersuchungszeitraum, sofern

a) die Menge der gewinnbringenden Verkäufe des Warentyps 80 % oder weniger der gesamten Verkaufsmenge dieses Typs ausmacht oder

b) der gewogene Durchschnittspreis dieses Warentyps unter den Herstellstückkosten liegt.

(58) Die Analyse der Inlandsverkäufe ergab, dass je nach Warentyp zwischen 5 % und 97 % der Inlandsverkäufe des jeweiligen Warentyps gewinnbringend waren und dass der gewogene durchschnittliche Verkaufspreis über den Produktionskosten lag. Dementsprechend wurde der Normalwert nur als gewogener Durchschnitt der gewinnbringenden Verkäufe ermittelt, wenn die Inlandsverkäufe 80 % oder weniger der gesamten Verkaufsmenge dieses Typs ausmachten.

3.1.4. *Ausfuhrpreis*

(59) TCI Sanmar führte die Ware über unabhängige Händler in die Union aus, die die betroffene Ware von TCI Sanmar kauften und sie an unabhängige Abnehmer in der Union weiterverkauften. Wie unter Erwägungsgrund 49 dargelegt, wies TCI Sanmar in seinen Aufzeichnungen den endgültigen Bestimmungsort der an unabhängige Händler getätigten Ausfuhrverkäufe nach.

(60) Bei dem auf diese Weise ermittelten Ausfuhrpreis handelte es sich gemäß Artikel 2 Absatz 8 der Grundverordnung um den tatsächlich gezahlten oder zu zahlenden Preis der betroffenen Ware beim Verkauf an den unabhängigen Händler.

3.1.5. *Vergleich*

(61) Die Kommission verglich den Normalwert und den Ausfuhrpreis auf der Stufe ab Werk.

(62) Soweit es im Interesse eines fairen Vergleichs gerechtfertigt war, nahm die Kommission nach Artikel 2 Absatz 10 der Grundverordnung Berichtigungen des Normalwerts und des Ausfuhrpreises zur Berücksichtigung von Unterschieden vor, die die Preise und ihre Vergleichbarkeit beeinflussten.

(63) TCI Sanmar und die ägyptische Regierung brachten vor, dass die Normalwerte gemäß Artikel 2 Absatz 10 Buchstabe k der Grundverordnung wegen der Auswirkungen einer Währungskrise auf die ägyptische Wirtschaft im Untersuchungszeitraum nach unten berichtigt werden sollten. Zur Untermauerung des Vorbringens wies TCI Sanmar auf die Entwicklung eines sogenannten Parallel- oder Schwarzmarkts hin, auf dem harte Währungen wie der US-Dollar (im Folgenden „USD“) oder der Euro zu deutlich höheren Kursen gehandelt würden als die offiziellen Wechselkurse der ägyptischen Zentralbank (im Folgenden „CBE“), was beispielsweise in einem Marktuntersuchung des US-Handelsministeriums vom 19. September 2023 oder in einer von BNP Paribas veröffentlichten Studie beschrieben worden sei. TCI Sanmar fügte hinzu, dass die Zahlungen für die Inlandsverkäufe der betroffenen Ware in ägyptischen Pfund (im Folgenden „EGP“) erfolgten. Zu Rechnungslegungszwecken wurden diese Zahlungen in USD umgerechnet. Aufgrund der geltenden Rechnungslegungsvorschriften mussten diese Umrechnungen auf der Grundlage des CBE-Kurses erfolgen.

(64) Am 22. März 2024 wiederholte TCI Sanmar seine Behauptung und fügte hinzu, dass Ägypten eine wichtige Vereinbarung mit dem Internationalen Währungsfonds (im Folgenden „IWF“) im Wert von 8 Mrd. USD getroffen habe. Eine wesentliche Bedingung der Vereinbarung war aus Sicht des IWF, dass die CBE es den Marktkräften ermöglichte, den Wert des EGP festzulegen, um die Divergenz zwischen dem offiziellen Wechselkurs und dem sogenannten Parallelmarktkurs zu beseitigen. Nachdem die CBE dieser Bedingung zugestimmt hatte, veränderte sich der offizielle Wechselkurs von ca. 31 EGP — 1 USD (am 5. März 2024) auf ca. 49 EGP — 1 USD (am 6. März 2024) (ein Wertverlust von ca. 60 %).

(65) Die Kommission wies den ursprünglichen und den wiederholten Antrag zurück. Keine der antragstellenden Parteien konnte die Behauptungen belegen, insbesondere weil es keine historischen Kurse eines Schwarz- oder Parallelmarktes gab. Darüber hinaus verschrieb die Rechnungslegungspolitik von TCI Sanmar die Verwendung der von der CBE festgelegten offiziellen Sätze und bestätigte damit die Auffassung der Kommission, diese Sätze zu verwenden.

(66) Im Anschluss an das wiederholte Vorbringen stellte die Kommission klar, dass Ereignisse nach dem Untersuchungszeitraum bei der Dumpingermittlung normalerweise nicht berücksichtigt werden können. Beim Vergleich von Ausfuhr- und Inlandspreisen ist die Kommission ausschließlich auf die offiziellen Wechselkurse angewiesen. Eine signifikante Änderung eines Wechselkurses, wie sie am 6. März 2024 eintrat, kann nicht als nachträglicher Beweis dafür akzeptiert werden, dass ein solcher signifikant geänderter Wechselkurs darauf hinweist, dass er für einen vergangenen Zeitraum, hier den Untersuchungszeitraum, angewendet werden sollte.

(67) TCI Sanmar beantragte ferner eine Kreditkostenberichtigung. Die Kommission wies den Antrag zurück und vertrat die Auffassung, dass die von TCI Sanmar angeführten Fakten eine Berichtigung des Ausfuhrpreises nach unten statt nach oben rechtfertigten. Aus Gründen der Vertraulichkeit wurden weitere Einzelheiten nur an TCI Sanmar übermittelt.

(68) Berichtigungen für Fracht-, Versicherungs-, Bereitstellungs-, Kredit-, Bank- und Verpackungskosten wurden von den Preisen der Inlands- und/oder Ausfuhrverkäufe abgezogen, sofern entsprechende Angaben gemacht wurden und dies für gerechtfertigt erachtet wurde.

3.1.6. *Dumpingspannen*

(69) Auf dieser Grundlage beträgt die vorläufige gewogene durchschnittliche Dumpingspanne von TCI Sanmar, ausgedrückt als Prozentsatz des CIF-Preises frei Grenze der Union, unverzollt, 86,1 %.

(70) Wie unter Erwägungsgrund 39 bis 47 erläutert, stützte sich die Kommission im Falle von EPC gemäß Artikel 18 der Grundverordnung auf die verfügbaren Informationen. In diesem Zusammenhang hielt es die Kommission für angemessen, die Dumpingspanne für EPC auf der Grundlage der repräsentativen Verkäufe des repräsentativsten von TCI Sanmar in die Union verkauften Warentyps zu ermitteln. Auf diesen Warentyp entfielen mehr als 90 % aller Ausfuhren von TCI Sanmar in die Union; in Anbetracht der mangelnden Mitarbeit war die Kommission der Auffassung, dass diese Methode das potenzielle Dumpingverhalten des Unternehmens angemessen widerspiegelt, wobei der verfahrenstechnische Kontext, in dem eine solche Nichtmitarbeit stattfand, und die in den Akten enthaltenen einschlägigen Beweise berücksichtigt wurden. Die berechnete Dumpingspanne belief sich somit auf 109,5 % und wurde auf EPC angewandt.

(71) Alle bekannten ausführenden Hersteller meldeten sich im Rahmen dieser Untersuchung. Auf dieser Grundlage beschloss die Kommission, die Dumpingspanne für die nicht mitarbeitenden ausführenden Hersteller in Höhe der höchsten Dumpingspanne der einbezogenen Unternehmen, d. h. EPC, festzusetzen.

(72) Die vorläufigen Dumpingspannen, ausgedrückt als Prozentsatz des CIF-Preises frei Grenze der Union, unverzollt, betragen daher:

Unternehmen	Vorläufige Dumpingspanne
TCI Sanmar Chemicals S.A.E.	86,1 %
Egyptian Petrochemical Company	109,5 %
Alle übrigen Unternehmen	109,5 %

3.2. **Vereinigte Staaten von Amerika**

3.2.1. *Unabhängige Händler*

(73) Wie im Falle Ägyptens (siehe Erwägungsgrund 48) forderte die Kommission die beiden in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Hersteller auf, ihr die Namen und Kontaktdaten der unabhängigen Händler mitzuteilen, über die den Angaben im Antrag zufolge ein großer Teil ihrer Ausfuhrverkäufe in die Union abgewickelt wurde. Die Kommission setzte sich direkt und über die in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Hersteller mit den Händlern in Verbindung und forderte sie auf, einen speziellen Fragebogen auszufüllen, um die endgültige Bestimmung der PVC-Verkäufe von Formosa und Westlake zu ermitteln. Neun unabhängige Händler übermittelten der Kommission eine teilweise oder vollständige Antwort auf diesen Fragebogen. Diese Informationen bezogen sich nur auf eine begrenzte Menge der EU-Verkäufe der in die Stichprobe einbezogenen Parteien. Die in die Stichprobe einbezogenen Parteien holten jedoch selbst zusätzliche Informationen von ihren unabhängigen Händlern ein, die es der Kommission ermöglichten, die endgültige Bestimmung aller Ausfuhrverkäufe von Formosa und 98,5 % der Ausfuhrverkäufe von Westlake zu ermitteln. Alle Ausfuhrverkäufe, bei denen der Bestimmungsort in der EU bestätigt werden konnte, wurden bei der Dumpingberechnung berücksichtigt.

3.2.2. *Normalwert*

(74) Die Kommission prüfte zunächst, ob die gesamten Inlandsverkäufe der einzelnen in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Hersteller nach Artikel 2 Absatz 2 der Grundverordnung repräsentativ waren. Die Inlandsverkäufe sind repräsentativ, wenn die Gesamtmenge der Inlandsverkäufe der gleichartigen Ware an unabhängige Abnehmer auf dem Inlandsmarkt pro ausführenden Hersteller im Untersuchungszeitraum mindestens 5 % der Gesamtmenge seiner Ausfuhrverkäufe der betroffenen Ware in die Union entsprach. Auf dieser Grundlage wurde festgestellt, dass die von den einzelnen in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Herstellern getätigten Gesamtverkäufe der gleichartigen Ware auf dem Inlandsmarkt repräsentativ waren.

(75) Anschließend ermittelte die Kommission für die ausführenden Hersteller mit repräsentativen Inlandsverkäufen die auf dem Inlandsmarkt verkauften Warentypen, die mit den zur Ausfuhr in die Union verkauften Typen identisch oder vergleichbar waren.

(76) Danach prüfte die Kommission, ob die Inlandsverkäufe eines jeden in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Herstellers auf dessen Inlandsmarkt für jeden Warentyp, der mit einem zur Ausfuhr in die Union verkauften Warentyp identisch oder vergleichbar war, nach Artikel 2 Absatz 2 der Grundverordnung repräsentativ waren. Die Inlandsverkäufe eines Warentyps sind repräsentativ, wenn die Gesamtmenge der an unabhängige Abnehmer gehenden Inlandsverkäufe dieses Warentyps im Untersuchungszeitraum mindestens 5 % der Gesamtmenge der in die Union getätigten Ausfuhrverkäufe des identischen oder vergleichbaren Warentyps entspricht. Die Kommission stellte fest, dass die Inlandsverkäufe der in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Hersteller repräsentativ waren, da sie mehr als 5 % der Gesamtmenge der Ausfuhrverkäufe der identischen Ware in die Union entsprachen.

(77) Danach ermittelte die Kommission für jeden Warentyp den Anteil der gewinnbringenden Verkäufe an unabhängige Abnehmer auf dem Inlandsmarkt im Untersuchungszeitraum, um zu entscheiden, ob die tatsächlichen Inlandsverkäufe nach Artikel 2 Absatz 4 der Grundverordnung für die Berechnung des Normalwerts herangezogen werden können.

(78) Der Normalwert basiert auf dem tatsächlichen Inlandspreis des jeweiligen Warentyps, unabhängig davon, ob diese Verkäufe gewinnbringend sind, sofern

a) die Verkaufsmenge des Warentyps, die zu einem Nettoverkaufspreis in Höhe der rechnerisch ermittelten Herstellkosten oder darüber verkauft wurde, mehr als 80 % der gesamten Verkaufsmenge dieses Warentyps entspricht und

b) der gewogene Durchschnittsverkaufspreis dieses Warentyps mindestens den Herstellstückkosten entspricht.

(79) In diesem Fall ist der Normalwert der gewogene Durchschnitt der Preise aller Inlandsverkäufe dieses Warentyps im Untersuchungszeitraum.

(80) Hingegen ist der Normalwert der tatsächliche Inlandspreis je Warentyp ausschließlich der gewinnbringenden Inlandsverkäufe der betreffenden Warentypen im Untersuchungszeitraum, sofern

a) die Menge der gewinnbringenden Verkäufe des Warentyps 80 % oder weniger der gesamten Verkaufsmenge dieses Typs ausmacht oder

b) der gewogene Durchschnittspreis dieses Warentyps unter den Herstellstückkosten liegt.

(81) Die Analyse der Inlandsverkäufe ergab, dass bei beiden ausführenden Herstellern mit Ausnahme von zwei Warentypen von Westlake weniger als 80 % aller Inlandsverkäufe gewinnbringend waren. Dementsprechend wurde der Normalwert als gewogener Durchschnitt der gewinnbringenden Verkäufe nur für diese Verkäufe ermittelt. Für die beiden Warentypen des ausführenden Herstellers, bei denen mehr als 80 % der Inlandsverkäufe gewinnbringend waren, wurde der Normalwert als gewogener Durchschnitt der Preise aller Inlandsverkäufe im Untersuchungszeitraum ermittelt.

3.2.3. *Ausfuhrpreis*

(82) Die in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Hersteller führten die Ware entweder direkt an unabhängige Abnehmer oder, wie unter Erwägungsgrund 73 erläutert, über unabhängige Händler in den USA in die Union aus.

(83) Bei den Direktverkäufen an unabhängige Abnehmer in der Union wurde der Ausfuhrpreis nach Artikel 2 Absatz 8 der Grundverordnung anhand der für die betroffene Ware bei Ausfuhrverkäufen in die Union tatsächlich gezahlten oder zu zahlenden Preise ermittelt. Für die indirekten Verkäufe über unabhängige Händler in den USA wurde der Ausfuhrpreis gemäß Artikel 2 Absatz 8 der Grundverordnung auf der Grundlage des Preises ermittelt, zu dem die betroffene Ware an diese Händler verkauft wurde.

(84) Die Kommission verglich den Normalwert und den Ausfuhrpreis der in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Hersteller auf der Stufe ab Werk.

(85) Soweit es im Interesse eines fairen Vergleichs gerechtfertigt war, nahm die Kommission nach Artikel 2 Absatz 10 der Grundverordnung Berichtigungen des Normalwerts und des Ausfuhrpreises zur Berücksichtigung von Unterschieden vor, die die Preise und ihre Vergleichbarkeit beeinflussten. Gegebenenfalls wurden Berichtigungen für Transport-, Kredit-, Verpackungs-, Rabatt-, Bereitstellungs- und Verladekosten vorgenommen.

3.2.4. *Dumpingspannen*

(86) Nach Artikel 2 Absätze 11 und 12 der Grundverordnung verglich die Kommission für die in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Hersteller den gewogenen durchschnittlichen Normalwert eines jeden Typs der gleichartigen Ware mit dem gewogenen durchschnittlichen Ausfuhrpreis des entsprechenden Typs der betroffenen Ware.

(87) Die auf dieser Grundlage ermittelten vorläufigen gewogenen durchschnittlichen Dumpingspannen, ausgedrückt als Prozentsatz des CIF-Preises frei Grenze der Union, unverzollt, betragen:

Unternehmen	Vorläufige Dumpingspanne
Formosa Plastics Corporation	70,3 %
Westlake Chemicals	58,0 %

(88) Bei den nicht in die Stichprobe einbezogenen mitarbeitenden ausführenden Herstellern ermittelte die Kommission die gewogene durchschnittliche Dumpingspanne der in die Stichprobe einbezogenen Parteien nach Artikel 9 Absatz 6 der Grundverordnung.

(89) Auf dieser Grundlage beträgt die vorläufige Dumpingspanne der mitarbeitenden ausführenden Hersteller außerhalb der Stichprobe 63,7 %.

(90) Zur Ermittlung der Methode zur Berechnung der residualen Dumpingspanne, d. h. der Dumpingspanne für alle anderen ausführenden Hersteller in den USA, die sich während der Untersuchung nicht meldeten, prüfte die Kommission zunächst den Umfang der Mitarbeit der ausführenden Hersteller. Der Grad der Mitarbeit entspricht der Menge der Ausfuhren der mitarbeitenden ausführenden Hersteller in die Union, ausgedrückt als Anteil an den Gesamteinfuhren aus dem betroffenen Land in die Union im Untersuchungszeitraum, die auf der Grundlage der Statistiken von Comext ermittelt wurden. Auf die vier mitarbeitenden ausführenden Hersteller entfielen im Untersuchungszeitraum 76,5 % ([6]) der Ausfuhren aus den USA in die Union. Daher wird der Umfang der Mitarbeit in diesem Fall als gering angesehen. Folglich ermittelte die Kommission die Dumpingspanne für alle anderen ausführenden Hersteller in den Vereinigten Staaten von Amerika nach Artikel 18 der Grundverordnung auf der Grundlage der verfügbaren Informationen. Die Kommission beschloss, die residuale Dumpingspanne in Höhe der Dumpingspanne des in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Herstellers mit der höchsten gewogenen durchschnittlichen Dumpingspanne für den repräsentativsten Warentyp festzusetzen.

(91) Die vorläufigen Dumpingspannen, ausgedrückt als Prozentsatz des CIF-Preises frei Grenze der Union, unverzollt, betragen:

([6]) Zur Berechnung der Repräsentativität verglich die Kommission die von den kooperierenden ausführenden Herstellern in den USA angegebenen EU-Verkäufe der betroffenen Ware mit den Eurostat-Einfuhrstatistiken, die durch den Ausschluss von E-PVC ordnungsgemäß berichtigt wurden.

Unternehmen	Vorläufige Dumpingspanne
Formosa Plastics Corporation	70,3 %
Westlake Chemicals	58,0 %
Andere mitarbeitende Unternehmen	62,1 %
Alle übrigen Unternehmen	77,0 %

4. SCHÄDIGUNG

4.1. **Definition des Wirtschaftszweigs der Union und der Unionsproduktion**

(92) Die gleichartige Ware wurde im Untersuchungszeitraum von zwölf Herstellern in der Union hergestellt. Sie bilden den „Wirtschaftszweig der Union" im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 der Grundverordnung. Drei der Unionshersteller sind die Antragsteller.

(93) Die Gesamtproduktion der Union im Untersuchungszeitraum betrug etwa 3 842 081 Tonnen. Die Kommission ermittelte die Zahl auf der Grundlage aller verfügbaren Informationen über den Wirtschaftszweig der Union, z. B. der Antworten auf den Makrofragebogen, der bei Kontrollbesuchen bei den in die Stichprobe einbezogenen Herstellern eingeholten Informationen, der von anderen mitarbeitenden Herstellern übermittelten Fragebogen und der amtlichen Statistiken von Eurostat. Wie in Erwägungsgrund 9 erwähnt, entfielen auf die drei in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller 25 % der gesamten Unionsproduktion der gleichartigen Ware.

4.2. **Bestimmung des relevanten Unionsmarkts**

(94) Um festzustellen, ob der Wirtschaftszweig der Union eine Schädigung erlitt, und um den Verbrauch und die verschiedenen Wirtschaftsindikatoren für die Lage des Wirtschaftszweigs der Union zu ermitteln, untersuchte die Kommission, ob und inwieweit das Bestehen von Veredelungsvereinbarungen und die vorgelagerten Tätigkeiten des Wirtschaftszweigs der Union bei der Herstellung der gleichartigen Ware bei der Analyse berücksichtigt werden mussten.

(95) Die Kommission stellte fest, dass zwei der drei Hersteller in der Stichprobe im Rahmen von Veredelungsvereinbarungen tätig sind. Bei jeder Veredelungsvereinbarung war der Unternehmer ein anderes Unternehmen der Gruppe, das für die Beschaffung der Vormaterialien und den Verkauf der hergestellten gleichartigen Ware zuständig war, wobei der Stichprobenhersteller über eine Veredelungsgebühr entlohnt wurde. Daher reichten die Finanzdaten von zwei in die Stichprobe einbezogenen Herstellern nicht aus, um die Schadensanalyse durchzuführen, da die finanziellen Ergebnisse recht stabil waren und die Veredelungsgebühr und nicht die wirtschaftlichen Ergebnisse der Unternehmer widerspiegelten. Daher verschaffte sich die Kommission bei diesen beiden Herstellern Zugang zu den Aufzeichnungen der Unternehmer und zu Informationen über die Verteilungsschlüssel, damit sie das vollständige finanzielle Ergebnis der Produktion der gleichartigen Ware in den Betrieben der Stichprobe überprüfen konnte. Auf diese Weise war die Kommission in der Lage, die finanziellen Ergebnisse zu überprüfen, die die Unternehmer mit der Herstellung von PVC in den in die Stichprobe einbezogenen Betrieben durch die Mauterheber erzielten.

(96) S-PVC ist ein künstlich hergestelltes thermoplastisches Polymer, das durch die Polymerisation von Vinylchlorid entsteht. Vinylchlormonomer (VCM) ist der wichtigste Rohstoff und wird durch thermisches Cracken von Ethylendichlorid (EDC) hergestellt, einem Produkt, das durch direkte Chlorierung oder Oxychlorierung von Ethylen gewonnen wird. Einer der in die Stichprobe einbezogenen Hersteller kauft Ethylen, Chlor und/oder EDC von Drittanbietern. Bei den beiden anderen in die Stichprobe einbezogenen Herstellern können die jeweiligen Unternehmer EDC auch auf dem Markt beschaffen (und tun dies auch regelmäßig), aber ihre Konzerne haben die Kapazität, EDC unter Verwendung von Chlor herzustellen, das von einem gemeinsamen Unternehmen produziert wird, an dem jeder Konzern zu 50 % beteiligt ist. Das Chlor wird zu einem Verrechnungspreis gekauft, der im Bezugszeitraum stabil geblieben ist und in ein Handelsmodell eingebunden ist, das von verschiedenen Steuerbehörden in der Union als fremdvergleichskonform akzeptiert wird.

(97) Die Kommission erhielt eine Stellungnahme von Westlake, in der die Einbeziehung des damit verbundenen Geschäfts mit Natronlauge in die Schadensanalyse gefordert wurde. Natronlauge und Chlor werden durch Elektrolyse von Salz hergestellt. Ätznatron wird in der chemischen Industrie in großem Umfang als Grundstoff verwendet. Die Antragsteller wiesen darauf hin, dass Natronlauge ein Nebenprodukt der Chlorproduktion ist, die beide in großen Mengen im Chlor-Alkali-Verfahren ([7]) hergestellt werden, und bestritten, dass Natronlauge als Nebenprodukt von PVC angesehen werden kann. Die Kommission stellte fest, dass die Tatsache, dass nicht alle PVC-Hersteller in der Chlorproduktion tätig sind, ein sehr deutliches Indiz dafür ist, dass die beiden Industrien, obwohl beide mit dem Chlor-Alkali-Prozess verbunden sind, als getrennte Industrien betrachtet werden müssen ([8]).

(98) Westlake machte ferner geltend, dass es auf dem S-PVC-Markt drei verschiedene Produktsegmente gebe („Standard", „Extender" und „Spezialitäten"), zwischen denen in der Untersuchung nicht richtig unterschieden worden sei. Westlake machte geltend, dass die drei Segmente zuvor von der Kommission in Wettbewerbsangelegenheiten anerkannt worden seien. Die Kommission stellte fest, dass das von Westlake erwähnte Dokument darauf hindeutet, dass Spezialitäten und Extender Nischenmärkte sind ([9]). Die Antragsteller machten ihrerseits geltend, dass Standard-, Extender- und Spezial-S-PVC dieselben grundlegenden chemischen Eigenschaften hätten und lediglich Warentypen seien und dass die von der Kommission vorgeschlagenen Warenkennnummern (Product Control Numbers — im Folgenden „PCN") hinreichend genau seien, um Unterschiede zu berücksichtigen, die die Vergleichbarkeit der Preise oder die Feststellung der Schädigung und der Schadensursache beeinflussen. Die Antragsteller wandten ferner ein, dass Westlake keine Beweise dafür vorgelegt habe, dass ein oder mehrere vermeintliche Segmente mit größerer Wahrscheinlichkeit von den gedumpten Einfuhren betroffen seien als andere, dass keine Beweise dafür vorgelegt worden seien, dass Preisunterschiede nicht durch die PCN-Struktur berücksichtigt werden können, und dass es keine Beweise dafür gebe, dass die Waren nicht austauschbar seien. Die Kommission stellte fest, dass die in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller das gebräuchlichste S-PVC für allgemeine Verwendungszwecke (von Westlake als „Grundstoff" bezeichnet) herstellen und dass der wichtigste Faktor für die Verwendung von S-PVC sein K-Wert ist ([10]) und dass die als Grundstoff bezeichnete Ware S-PVC in der Untersuchung unter den PCNs B und C erfasst würde. In diesem Zusammenhang stellte die Kommission fest, dass es sich bei dem Begriff „Spezialität" eher um eine kommerzielle Klassifizierung oder Bezeichnung und nicht um einen Industriestandard handelt (da ein Produkt, das von einem Hersteller als „Spezialität" bezeichnet wird, von einem anderen als „Grundstoff" angesehen werden kann).

(99) Die Kommission stellte fest, dass die Unterschiede im Produktionsverfahren geringfügig sind, da ein in die Stichprobe einbezogener Hersteller dieselben Anlagen auch zur Herstellung einiger S-PVC-Spezialitäten ([11]) verwenden kann. Die Kommission stellte fest, dass Westlake zwar bekannt war, dass die drei in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller nicht in den drei angeblichen Segmenten tätig waren, dass sie aber keine Bemerkungen zu der vorgeschlagenen Unionsstichprobe machte. Darüber hinaus fand die Kommission keine Beweise für die Relevanz der angeblichen Segmente für Preise, Kosten oder Marktsegmentierung, die nicht durch die PCN-Struktur erfasst wurden. Die Behauptung von Westlake über die Existenz von drei Segmenten wurde daher zurückgewiesen.

([7]) Das Chlor-Alkali-Verfahren ist ein industrielles Verfahren zur Elektrolyse von Natriumchloridlösungen (NaCl). Es handelt sich um eine Technologie zur Herstellung von Chlor und Natriumhydroxid (Ätznatron), beides chemische Grundstoffe, die von der Industrie benötigt werden.

([8]) Die Antragsteller führten fünf Gründe an: i) PVC und Ätznatron bedienen unterschiedliche und getrennte Märkte, ii) nicht alle PVC-Hersteller sind integriert und stellen Ätznatron her, iii) PVC und Ätznatron werden nicht im selben Produktionsverfahren hergestellt, iv) Chlor und Ätznatron sind Nebenprodukte der Elektrolyse von Salz, und v) es wäre unmöglich festzustellen, welcher der beiden Industriezweige das Primärprodukt und welcher das sekundäre „Nebenprodukt" herstellt.

([9]) Fall M.6905 — INEOS/Solvay/JV, abrufbar unter dem Link (https://ec.europa.eu/competition/mergers/cases/decisions/m6905_8118_2.pdf)

([10]) Der K-Wert ist ein Indikator für das Molekulargewicht und den Polymerisationsgrad, und die Kommission wählte vier verschiedene PCN auf der Grundlage des K-Werts und erweiterte damit die im Antrag vorgeschlagene Struktur mit drei PCN. Nur ein in die Stichprobe einbezogener Unionshersteller produzierte einen geringen Anteil an Spezial-S-PVC, wobei er dieselben Produktionslinien verwendete, die auch S-PVC für allgemeine Zwecke herstellen. Dieser Hersteller verwendete den Begriff „Spezial-S-PVC", wenn das Produkt auf die spezifischen Bedürfnisse des Verwenders zugeschnitten war (z. B. durch Zugabe von Zusatzstoffen, Färbung usw.).

([11]) Im Bericht zu Fall M.6905 heißt es: „Tatsächlich kann Extender-S-PVC auf Produktionslinien hergestellt werden, die für die Herstellung von Spezial-S-PVC oder Standard-S-PVC verwendet werden, sofern eine geeignete Trocknungseinheit vorhanden ist. Das liegt daran, dass die Partikel von Extender-S-PVC viel kleiner sind als die Partikel von Standard-S-PVC, sodass eine anspruchsvollere Trocknungsanlage erforderlich ist. Spezial-S-PVC kann auch auf Produktionsanlagen hergestellt werden, die normalerweise für die Herstellung von Standard-S-PVC oder Extender-S-PVC verwendet werden, sofern entsprechende Co-Monomer-Einspritzanlagen und Monomerrückgewinnungsanlagen vorhanden sind."

4.3. **Unionsverbrauch**

(100) Die Kommission ermittelte den Unionsverbrauch auf der Grundlage der:

— überprüften Gesamtverkäufe der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller,

— Verkäufe von nicht in die Stichprobe einbezogenen mitarbeitenden Unionsherstellern von PVC (von den Antragstellern übermittelt);

— Verkäufe anderer Unionshersteller von PVC, wie sie in Stellungnahmen an die Kommission überermittelt wurden;

— Verkäufe der übrigen PVC-Hersteller in der Union, extrapoliert auf der Grundlage ihres Anteils an der PVC-Produktion in der Union in den letzten offiziellen statistischen Daten (PRODCOM);

— Einfuhren von PVC in die Union, wie sie in der Comext-Datenbank von Eurostat erfasst sind.

(101) Der Unionsverbrauch entwickelte sich wie folgt:

Tabelle 1

Unionsverbrauch (in Tonnen)

	2020	2021	2022	UZ
Unionsverbrauch insgesamt	3 952 433	4 452 620	3 636 723	3 223 419
Index	*100*	*113*	*92*	*82*

Quelle: Wirtschaftszweig der Union, in die Stichprobe einbezogene Unionshersteller, andere Unionshersteller, Eurostat.

(102) Der Unionsverbrauch der gleichartigen Ware wurde ermittelt, indem Informationen über EU-Verkäufe von Unionsherstellern (wie unter Erwägungsgrund 100 beschrieben) mit Einfuhrdaten von Eurostat kombiniert wurden. Da die untersuchte Ware nur S-PVC umfasst, wurden die Einfuhren von S-PVC auf 96 % der Einfuhren unter dem KN-Code 3904 10 00 geschätzt, der Rest waren Einfuhren von E-PVC. Die Aufteilung der Einfuhren unter KN-Code 3904 10 00 auf die beiden PVC-Typen erfolgte auf der Grundlage der im Antrag enthaltenen Marktdaten.

(103) Der Gesamtverbrauch in der Union ist ab 2021 rückläufig, einem Jahr, das von einer starken Erholung nach der COVID-19-Pandemie profitierte. Ab 2020 ging der Gesamtverbrauch in der Union um 18 % zurück, was auf den derzeitigen Rückgang im Bausektor in der Union zurückzuführen ist.

4.4. **Einfuhren aus den betroffenen Ländern**

4.4.1. *Kumulative Beurteilung der Auswirkungen der Einfuhren aus den betroffenen Ländern*

(104) Die Kommission prüfte, ob die Einfuhren von S-PVC mit Ursprung in den betroffenen Ländern entsprechend Artikel 3 Absatz 4 der Grundverordnung kumulativ beurteilt werden sollten.

(105) Die ermittelte Dumpingspanne für die Einfuhren aus Ägypten und den USA lagen über der Geringfügigkeitsschwelle nach Artikel 9 Absatz 3 der Grundverordnung. Die Menge der Einfuhren war bei keinem der betroffenen Länder unerheblich im Sinne des Artikels 5 Absatz 7 der Grundverordnung. Die Marktanteile betrugen im Untersuchungszeitraum 1,92 % bzw. 8,30 %.

(106) Die Wettbewerbsbedingungen zwischen den gedumpten Einfuhren aus Ägypten und der USA sowie zwischen den gedumpten Einfuhren aus den betroffenen Ländern und der gleichartigen Ware waren ähnlich. Genauer gesagt konkurrierten die eingeführten Waren miteinander und mit dem in der Union hergestellten S-PVC, da die industriellen Verwender in ähnlicher Weise Zugang zu den Verkaufsteams und Händlern der beiden Unionshersteller haben und beide ähnliche Kategorien von Kunden bedienen.

(107) Es waren somit alle Kriterien nach Artikel 3 Absatz 4 der Grundverordnung erfüllt, und die Einfuhren aus Ägypten und den USA wurden bei der Schadensermittlung kumulativ untersucht.

4.4.2. *Menge und Marktanteil der Einfuhren aus den betroffenen Ländern*

(108) Die Einfuhrmengen wurden von der Kommission auf der Grundlage von Eurostat-Daten ermittelt. Der Marktanteil der Einfuhren wurde auf der Grundlage der verfügbaren Statistiken für die einzelnen Waren und einer Schätzung des Verbrauchs für den Untersuchungszeitraum auf der Grundlage der neuesten verfügbaren Daten (2022) ermittelt.

(109) Die Einfuhren aus den betroffenen Ländern in die Union entwickelten sich wie folgt:

Tabelle 2

Einfuhrmenge (in Tonnen) und Marktanteil

	2020	2021	2022	UZ
ÄGYPTEN				
Einfuhrmenge	7 252	24 566	44 562	62 004
Index (2020 = 100)	*100*	*339*	*614*	*855*
Marktanteil	0,18 %	0,55 %	1,23 %	1,92 %
Index (2020 = 100)	*100*	*300*	*668*	*1 048*
VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA (USA)				
Einfuhrmenge	33 737	41 430	127 713	267 390
Index (2020 = 100)	*100*	*123*	*379*	*793*
Marktanteil USA	0,85 %	0,93 %	3,51 %	8,30 %
Index (2020 = 100)	*100*	*109*	*411*	*972*
BETROFFENE LÄNDER				
Menge der Einfuhren aus den betroffenen Ländern	40 989	65 996	172 275	329 394
Index (2020 = 100)	*100*	*161*	*420*	*804*
Marktanteil der betroffenen Länder	1,04 %	1,48 %	4,74 %	10,22 %
Index (2020 = 100)	*100*	*143*	*457*	*985*

Quelle: Eurostat.

(110) In absoluten Zahlen stiegen die Einfuhren aus den betroffenen Ländern im Bezugszeitraum um 288 405 Tonnen. Parallel dazu stieg der Marktanteil der Einfuhren aus den betroffenen Ländern insgesamt um 9,18 Prozentpunkte (die Einfuhren waren im Untersuchungszeitraum achtmal so hoch wie im Jahr 2020). Die Einfuhren aus Ägypten stiegen im Bezugszeitraum um 54 750 Tonnen und erreichten einen Marktanteil von 1,92 %. Die Einfuhren aus USA stiegen im Bezugszeitraum um 233 653 Tonnen und erreichten einen Marktanteil von 8,30 %. Die Einfuhren aus den betroffenen Ländern erreichten im Untersuchungszeitraum einen Marktanteil von 10,22 %.

4.4.3. *Preise der Einfuhren aus den betroffenen Ländern und Preisunterbietung/Preisunterdrückung*

(111) Die Einfuhrpreise wurden von der Kommission auf der Grundlage von Eurostat-Daten ermittelt. Die Preisunterbietung bei den Einfuhren wurde anhand der von den ausführenden Herstellern der Stichprobe angegebenen CIF-Preise ermittelt (siehe Erwägungsgrund 69 und 87).

(112) Der Durchschnittspreis der Einfuhren aus den betroffenen Ländern in die Union entwickelte sich wie folgt:

Tabelle 3

Einfuhrpreis (in EUR/Tonne)

	2020	2021	2022	UZ
ÄGYPTEN				
Durchschnittspreis	688	1 449	1 353	926
Index	*100*	*211*	*197*	*135*
VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA (USA)				
Durchschnittspreis	821	1 525	1 405	903
Index	*100*	*186*	*171*	*110*
BERÜCKSICHTIGTE LÄNDER				
Gewogener Durchschnittspreis	798	1 497	1 392	907
Index	*100*	*188*	*174*	*114*

Quelle: Eurostat.

(113) Der Durchschnittspreis der ägyptischen Einfuhren stieg 2021 stark an und erreichte 1 449 EUR/Tonne (von 668 EUR/Tonne im Jahr 2020), bevor er 2022 leicht auf 1 353 EUR/Tonne und im Untersuchungszeitraum auf 926 EUR/Tonne zurückging. Der Durchschnittspreis der Einfuhren aus den USA folgte einem ähnlichen Trend mit einem starken Anstieg im Jahr 2021 auf 1 525 EUR/Tonne (von 821 EUR/Tonne im Jahr 2020) und ging dann allmählich auf 1 405 EUR/Tonne im Jahr 2022 und 903 EUR/Tonne im Untersuchungszeitraum zurück.

(114) Im Bezugszeitraum stieg der durchschnittliche Stückpreis der gedumpten Einfuhren aus den betroffenen Ländern um 14 %. In den Jahren 2020 und 2021 lagen die Preise der Einfuhren aus den betroffenen Ländern über den beobachteten EU-Verkaufspreisen der Hersteller in der Stichprobe (um 16 % bzw. 27 %), wie aus den Tabellen 3 und 7 hervorgeht. Im Jahr 2022 und im Untersuchungszeitraum waren die Einfuhrpreise jedoch rund 11 % bzw. 20 % niedriger als die Unionspreise.

(115) Die Kommission ermittelte die Preisunterbietung im Untersuchungszeitraum, indem sie folgende Faktoren miteinander verglich:

— die gewogenen durchschnittlichen Verkaufspreise je Warentyp der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller, die unabhängigen Abnehmern auf dem Unionsmarkt berechnet wurden, und zwar berichtigt auf die Stufe ab Werk und

— die entsprechenden gewogenen Durchschnittspreise je Warentyp der von den in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Herstellern stammenden Einfuhren, die dem ersten unabhängigen Abnehmer auf dem Unionsmarkt in Rechnung gestellt wurden, und zwar auf CIF-Stufe nach gebührender Berichtigung für Zölle und nach der Einfuhr anfallende Kosten.

(116) Der Preisvergleich wurde nach Warentyp getrennt für Geschäftsvorgänge auf derselben Handelsstufe nach gegebenenfalls erforderlichen Berichtigungen und unter Abzug von Rabatten und Preisnachlässen vorgenommen. Das Ergebnis des Vergleichs wurde ausgedrückt als Prozentsatz des von den Unionsherstellern in der Stichprobe im Untersuchungszeitraum hypothetisch erzielten Umsatzes. Es ergab eine gewogene durchschnittliche Preisunterbietungsspanne zwischen 25 % und 35 % für die ägyptischen Hersteller, eine gewogene durchschnittliche Preisunterbietungsspanne zwischen 30 % und 35 % für die US-amerikanischen Hersteller und eine kumulative gewogene durchschnittliche Preisunterbietungsspanne zwischen 27 % und 33 % für die in die Stichprobe einbezogenen Hersteller in den USA und Ägypten zusammen.

(117) Unabhängig von den Feststellungen zur Preisunterbietung stellte die Kommission fest, dass die gedumpten Einfuhren im Untersuchungszeitraum, als der Wirtschaftszweig der Union seine Waren unter seinen Produktionskosten verkaufte, auch zu einer erheblichen Preisunterdrückung führten (wie die Zielpreisunterbietungsspannen zeigen).

4.5. **Wirtschaftliche Lage des Wirtschaftszweigs der Union**

4.5.1. *Allgemeine Bemerkungen*

(118) Nach Artikel 3 Absatz 5 der Grundverordnung umfasste die Prüfung der Auswirkungen der gedumpten Einfuhren auf den Wirtschaftszweig der Union eine Bewertung aller Wirtschaftsindikatoren, die für die Lage des Wirtschaftszweigs der Union im Bezugszeitraum relevant waren.

(119) Wie in Erwägungsgrund 9 erläutert, wurde bei der Ermittlung einer etwaigen Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union mit einer Stichprobe gearbeitet.

(120) Bei der Ermittlung der Schädigung unterschied die Kommission zwischen makroökonomischen und mikroökonomischen Schadensindikatoren. Die Kommission bewertete die makroökonomischen Indikatoren auf der Grundlage von Daten aus dem von den Antragstellern vorgelegten Makrofragebogen, die sie anhand von Angaben anderer Hersteller, Informationen aus den Kontrollbesuchen und Eurostat-Daten aktualisierte. Die Daten für die übrigen Unionshersteller wurden auf der Grundlage von Marktdaten und anderen Eurostat-Statistiken nach den unter Erwägungsgrund 100 genannten Produktinformationen geschätzt. Die mikroökonomischen Indikatoren bewertete die Kommission anhand der Daten in den Antworten der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller auf den Fragebogen. Beide Datensätze wurden als repräsentativ für die wirtschaftliche Lage des Wirtschaftszweigs der Union angesehen.

(121) Bei den makroökonomischen Indikatoren handelt es sich um: Produktion, Produktionskapazität, Kapazitätsauslastung, Verkaufsmenge, Marktanteil, Wachstum, Beschäftigung, Produktivität, Höhe der Dumpingspanne und Erholung von früherem Dumping.

(122) Bei den mikroökonomischen Indikatoren handelt es sich um: durchschnittliche Stückpreise, Stückkosten, Arbeitskosten, Lagerbestände, Rentabilität, Cashflow, Investitionen, Kapitalrendite und Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten.

4.5.2. *Makroökonomische Indikatoren*

4.5.2.1. Produktion, Produktionskapazität und Kapazitätsauslastung

(123) Die Gesamtproduktion der EU wird auf der Grundlage von Eurostat-Daten für die gleichartige Ware (Prodcom-Code 2016.30.10) geschätzt. Die Prodcom-Statistiken werden jährlich von Eurostat veröffentlicht; die letzte verfügbare Zahl stammt aus dem Jahr 2022. Die Produktion des Wirtschaftszweigs der Union für den Untersuchungszeitraum wurde ermittelt, indem die Produktion aller Standorte der Antragsteller und anderer Hersteller in der Union, die der Kommission ausführliche Informationen vorgelegt haben, addiert wurde, wobei für den Rest dasselbe relative Gewicht wie für 2022 angenommen wurde.

(124) Die Gesamtproduktion der Union, die Produktionskapazität und die Kapazitätsauslastung entwickelten sich im Bezugszeitraum wie folgt:

Tabelle 4

Produktion, Produktionskapazität und Kapazitätsauslastung

	2020	2021	2022	UZ
Produktionsmenge (in Tonnen)	4 953 948	4 976 725	4 125 375	3 842 081
Index	*100*	*100*	*83*	*78*
Produktionskapazität (in Tonnen)	5 455 000	5 455 000	5 555 000	5 555 000
Index	*100*	*100*	*102*	*102*
Kapazitätsauslastung	91 %	91 %	74 %	69 %
Index	*100*	*100*	*82*	*76*

Quelle: In die Stichprobe einbezogene Unionshersteller, andere Unionshersteller, Eurostat, Marktinformationen über die Kapazität anderer Hersteller.

(125) Die Produktion der gleichartigen Ware in der Union weist einen Abwärtstrend auf, der durch die wirtschaftlichen Auswirkungen der höheren Inflation und der Zinssätze beeinflusst wird, die den Bausektor, den Hauptabnehmer der gleichartigen Ware, erheblich beeinträchtigt haben.

(126) Die Produktionskapazität ist relativ stabil geblieben. Kapazitätssteigerungen in der chemischen Industrie lassen sich aufgrund von Umwelt- und Sicherheitsbedenken nur langsam planen und durchführen. Der beobachtete Anstieg im Jahr 2022 ist weitgehend auf einen Hersteller in der Stichprobe zurückzuführen und resultiert aus einer Umstrukturierung auf der Suche nach höherer Effizienz. Ein Produktionsstandort in der Union wurde vor 2020 geschlossen, und eine der drei stillgelegten Produktionslinien wurde an einen anderen Standort verlagert. Aufgrund der zeitlichen Lücken zwischen der Schließung des Standorts und der Installation der neuen Anlage zeigt der Trend einen Kapazitätsanstieg, während der in die Stichprobe einbezogene Hersteller auf lange Sicht seine Kapazität reduziert hat.

(127) Die Kapazitätsauslastung blieb in den Jahren 2020 und 2021 stabil und zeigte ab 2022 einen Abwärtstrend. Die Kapazitätsauslastung von 69 % ist für chemische Prozesse niedrig, da eine Auslastung von rund 50 % pro Linie erhebliche Risiken in Bezug auf die Verschlechterung der Anlagen und die Sicherheit birgt. Die Produktionslinien sind weder in der Union noch in den betroffenen Ländern für schwankende Produktionsströme ausgelegt, und die Hersteller sehen sich mit Hindernissen konfrontiert, wenn sie eine Linie schließen und wieder in Betrieb nehmen wollen, um der Nachfrage gerecht zu werden. Die Kommission hat Schätzungen erhalten, wonach die Schließung einer Produktionslinie für weniger als sechs Monate wahrscheinlich nicht wirtschaftlich wäre, und die Erfahrungen während der COVID-19-Pandemie zeigen, dass chemische Produktionslinien auch bei geringer Nachfrage nach dem betreffenden Produkt nicht geschlossen werden konnten.

4.5.2.2. Verkaufsmenge und Marktanteil

(128) Die Verkäufe des Wirtschaftszweigs der Union wurden nach einer ähnlichen Methode ermittelt wie die Produktionsdaten. Die Verkäufe im Untersuchungszeitraum wurden anhand der Daten geschätzt, die von den Antragstellern und anderen Herstellern, die der Kommission ausführliche Informationen vorgelegt haben, bekannt sind, und unter Berücksichtigung der Repräsentativität dieser Untergruppe in Bezug auf die Produktion. Dieser Ansatz hat den Vorteil, dass er demselben Prinzip folgt, aber die Auswirkungen möglicher Änderungen der Lagerbestände außer Acht lässt. Da der Wirtschaftszweig der Union relativ geringe Lagerbestände hat (etwa 2-3 Wochen), hielt die Kommission dies für eine vernünftige Annahme.

(129) Verkaufsmenge und Marktanteil des Wirtschaftszweigs der Union entwickelten sich im Bezugszeitraum wie folgt:

Tabelle 5

Verkaufsmenge und Marktanteil

	2020	2021	2022	UZ
Gesamtverkaufsmenge auf dem Unionsmarkt (in Tonnen)	3 593 662	3 981 285	3 120 959	2 571 820
Index	*100*	*111*	*87*	*72*
Marktanteil	91 %	89 %	86 %	80 %
Index	*100*	*98*	*94*	*88*

Quelle: In die Stichprobe einbezogene Unionshersteller, andere Unionshersteller, Eurostat.

(130) Die Verkaufsmengen auf dem Unionsmarkt schwankten im Bezugszeitraum erheblich, was auf die aufeinanderfolgenden Auswirkungen der Pandemie, den starken wirtschaftlichen Aufschwung und das Auftreten einer Energiekrise im Jahr 2022 zurückzuführen ist. In diesem Zusammenhang ergibt die Analyse des Marktanteils des Wirtschaftszweigs der Union ein deutlicheres Bild. Die insgesamt negative Entwicklung des Marktanteils ist im Jahr 2022 deutlich zu erkennen, als der Wirtschaftszweig der Union einen erheblichen Marktanteilsverlust hinnehmen musste, der den des Vorjahres verdoppelte (der Index ging 2021 um 2 Punkte und 2022 um 4 Punkte zurück) und sich im Untersuchungszeitraum noch verschärfte (der Index sank um 6 Punkte). Insgesamt ging der Marktanteil des Wirtschaftszweigs der Union im Bezugszeitraum um 12 % zurück.

(131) Der Verlust von Marktanteilen auf einem schwachen Markt verschärfte die Auswirkungen der Einfuhren der gleichartigen Ware aus den betroffenen Ländern, die, wie unter Erwägungsgrund 110 beschrieben, Marktanteile hinzugewannen.

(132) Bei der Kommission gingen Stellungnahmen von Verwendern und ausführenden Herstellern ein, wonach die Marktanteilsverluste des Wirtschaftszweigs der Union ein Zeichen für seine mangelnde Wettbewerbsfähigkeit und seine unzureichende Berücksichtigung der Kundenbedürfnisse seien. Die Kommission stellte fest, dass der Marktanteil der Einfuhren aus anderen Ländern als den betroffenen Ländern nicht in gleichem Maße gestiegen ist, was darauf hindeutet, dass der Verlust an Wettbewerbsfähigkeit nur gegenüber den Herstellern der gleichartigen Ware in den betroffenen Ländern eingetreten sein könnte und dass es Teil ihrer Untersuchung war zu prüfen, ob er auf unlautere Handelspraktiken zurückzuführen ist. In Bezug auf den Bedarf der Abnehmer stellte die Kommission fest, dass die Verwender die gleichartige Ware sowohl von den Unionsherstellern als auch von den Herstellern in den betroffenen Ländern beziehen, was ein deutliches Zeichen dafür ist, dass der Wirtschaftszweig der Union seine Abnehmer weiterhin in ähnlicher und vergleichbarer Weise bedient.

4.5.2.3. Wachstum

(133) Der Unionsverbrauch ging im Bezugszeitraum um 18 % zurück, während sich die Verkaufsmenge des Wirtschaftszweigs der Union auf dem Unionsmarkt um 28 % zurückging. Der Verbrauch war jedoch sehr volatil, mit einem starken Anstieg im Jahr 2021, als Folge der starken wirtschaftlichen Erholung nach der Pandemie in der Union, um 11 % in Bezug auf die Menge; und einem bescheidenen Rückgang gegenüber 2020 im Jahr 2022, als die Verwender und Verbraucher zu ihrem üblichen wirtschaftlichen Verhalten zurückkehrten und der Verbrauch um 13 % niedriger war als im Jahr 2020. Infolgedessen büßte der Wirtschaftszweig der Union Marktanteile ein, im Gegensatz zum Marktanteil der Einfuhren aus den betroffenen Ländern, der im Bezugszeitraum um 885 % stieg und im Untersuchungszeitraum 10,22 % erreichte (von 1,04 % im Jahr 2020).

4.5.2.4. Beschäftigung und Produktivität

(134) Die Beschäftigtenzahl des Wirtschaftszweigs der Union wurde nach einer ähnlichen Methode ermittelt wie die für die Produktions- und Verkaufsdaten angewandte Methode. Die Daten zu Beschäftigung und Produktivität wurden auf der Grundlage der von den Antragstellern vorgelegten Informationen, der Antworten anderer Unionshersteller und von Schätzungen auf der Grundlage von Eurostat-Daten ermittelt.

(135) Beschäftigung und Produktivität entwickelten sich im Bezugszeitraum wie folgt:

Tabelle 6

Beschäftigung und Produktivität

	2020	2021	2022	UZ
Zahl der Beschäftigten	4 135	4 068	3 975	4 014
Index	*100*	*98*	*96*	*97*
Produktivität (in Tonnen je Beschäftigten)	1 198	1 223	1 038	957
Index	*100*	*102*	*87*	*80*

Quelle: In die Stichprobe einbezogene Unionshersteller, andere Unionshersteller, Eurostat.

(136) Die Zahl der Beschäftigten blieb im Bezugszeitraum relativ konstant (– 3 %). Dies steht im Einklang mit einer stabilen Produktionskapazität, da die Zahl der für den Betrieb der Anlagen benötigten Mitarbeiter nicht entsprechend der Kapazitätsauslastung schwankt. Außerdem sind die Anlagen auf einen Vollzeitbetrieb im Schichtsystem ausgelegt, und die Hersteller haben nicht die Flexibilität, weniger Tage pro Woche zu arbeiten, um die Produktion an die Nachfrage anzupassen.

(137) Die Produktivität je Beschäftigten entwickelte sich im Jahr 2022 negativ, was sich im Untersuchungszeitraum noch weiter verschärfte. Vor dem Hintergrund einer starren Beschäftigtenzahl führten die niedrigen Verkaufszahlen und damit die geringe Produktion zu einer niedrigen Produktivität. Insgesamt ging die Produktivität in Tonnen je Beschäftigten um 20 % zurück.

(138) Wie in der chemischen Industrie üblich, lässt sich die Produktivität je Beschäftigten am besten anhand der je Beschäftigten produzierten Mengen ermitteln. Die Kommission erhielt eine Stellungnahme eines in den USA ansässigen Herstellers, der vorschlug, die Produktivität als Wert je Beschäftigten anzugeben. Die Kommission stellt fest, dass das vorgeschlagene Verhältnis ungewöhnlich ist angesichts der Preisschwankungen, die durch das Zusammentreffen der Covid-Pandemie, der starken Erholung und der Energiekrise entstanden sind. Das vorgeschlagene Verhältnis würde ein Produktivitätsmaß liefern, das durch die Vermischung von Mengen und Preisen die Realität verschleiern und die Analyse zur Feststellung einer Schädigung der Unionshersteller erschweren würde. Daher wies die Kommission den Vorschlag zurück.

4.5.2.5. Höhe der Dumpingspanne und Erholung von früherem Dumping

(139) Alle Dumpingspannen lagen deutlich über der Geringfügigkeitsschwelle. Die Auswirkungen der tatsächlichen Dumpingspannen auf den Wirtschaftszweig der Union waren angesichts der Menge und der Preise der Einfuhren aus den betroffenen Ländern erheblich.

(140) Dies ist die erste Antidumpinguntersuchung zu der betroffenen Ware. Daher lagen keine Daten für eine Bewertung der Auswirkungen eines möglichen früheren Dumpings vor.

4.5.3. *Mikroökonomische Indikatoren*

4.5.3.1. Preise und preisbeeinflussende Faktoren

(141) Die gewogenen durchschnittlichen Verkaufsstückpreise, die die in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller unabhängigen Abnehmern in der Union in Rechnung stellten, entwickelten sich im Bezugszeitraum wie folgt:

Tabelle 7

Verkaufspreise in der Union

	2020	2021	2022	UZ
Durchschnittlicher Verkaufsstückpreis in der Union auf dem Gesamtmarkt (in EUR/Tonne)	690	1 177	1 566	1 134
Index	*100*	*170*	*227*	*164*
Herstellstückkosten (in EUR/Tonne)	677	967	1 354	1 162
Index	*100*	*143*	*200*	*172*

Quelle: In die Stichprobe einbezogene Unionshersteller.

(142) Der durchschnittliche Verkaufsstückpreis in der Union war im Bezugszeitraum sehr unbeständig. Die starke Erholung nach der Pandemie im Jahr 2021 führte zu einem Preisanstieg, der den bemerkenswerten Kostenanstieg übertraf. Diese Situation hielt nicht lange an, da der russische Angriffskrieg auf die Ukraine zu einer Energiekrise in der Union und einem anschließenden starken Kostenanstieg beitrug, der weitgehend durch einen Anstieg des Verkaufspreises aufgefangen wurde. Während die Lage der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller noch finanziell solide war und die Verkaufspreise die vollen Produktionskosten deckten, verschlechterte sich die Situation Ende 2022 rapide, als die in die Stichprobe einbezogenen Hersteller bereits Schwierigkeiten hatten, alle Kosten durch die Verkaufspreise zu decken. Im Untersuchungszeitraum passten sich die Produktionskosten an, als die Energiekrise abflaute, aber die Verkaufspreise sanken noch stärker, wie Tabelle 7 zeigt (im Untersuchungszeitraum gingen die Produktionskosten um 14 % zurück, aber der durchschnittliche Verkaufspreis sank noch stärker, nämlich um 28 %). Infolgedessen arbeiteten die Unionshersteller der Stichprobe im Untersuchungszeitraum mit Verlusten, was auf das Ausmaß der Auswirkungen der gedumpten Einfuhren auf die Preissetzungsmacht der Unionshersteller der Stichprobe hinweist, die zu Preisnehmern auf einem Markt wurden, der von großen Mengen gedumpter Einfuhren aus Ägypten und den USA beeinflusst wurde.

(143) Insgesamt stiegen die Verkaufspreise im Bezugszeitraum um 64 % und die Produktionskosten um 72 %.

4.5.3.2. Arbeitskosten

(144) Die durchschnittlichen Arbeitskosten der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller entwickelten sich im Bezugszeitraum wie folgt:

Tabelle 8

Durchschnittliche Arbeitskosten je Beschäftigten

	2020	2021	2022	UZ
Durchschnittliche Arbeitskosten je Beschäftigten (in EUR)	115 266	117 134	119 662	120 571
Index	*100*	*102*	*104*	*105*

Quelle: In die Stichprobe einbezogene Unionshersteller.

(145) Die vorstehende Tabelle zeigt, dass die durchschnittlichen Arbeitskosten im Bezugszeitraum relativ stabil waren. Die in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller erklärten, dass die Arbeitskosten starr sind und dass die meisten ihrer Arbeitskosten nicht von ihnen kontrolliert werden, da sie durch Gesetze, Tarifverträge oder Verträge festgelegt sind. So ist beispielsweise die Indexierung der Löhne und Gehälter nach belgischem Recht obligatorisch, und es liegt nicht im Ermessen der Arbeitgeber, ob sie die Löhne und Gehälter indexieren oder nicht, und auch nicht, wann diese Indexierung erfolgt. In Bezug auf das relativ hohe Niveau dieser Kosten stellte die Kommission fest, dass die chemische Industrie von Natur aus gefährlich ist, Schichtarbeitszyklen und anspruchsvollen Arbeitsabläufen unterliegt, alles Faktoren, die zu relativ hohen Arbeitskosten beitragen.

(146) Die Kommission ist nicht der Ansicht, dass der beobachtete begrenzte Anstieg der durchschnittlichen Arbeitskosten je Beschäftigten die im Antrag behauptete Schädigung infrage stellt.

4.5.3.3. Lagerbestände

(147) Die Lagerbestände der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller entwickelten sich im Bezugszeitraum wie folgt:

Tabelle 9

Lagerbestände

	2020	2021	2022	UZ
Schlussbestände (in Tonnen)	61 181	68 986	74 985	58 304
Index	*100*	*113*	*123*	*95*
Schlussbestände als Prozentsatz der Produktion	5,20 %	5,92 %	6,77 %	6,06 %
Index	*100*	*114*	*130*	*117*

Quelle: In die Stichprobe einbezogene Unionshersteller.

(148) Die Verkäufe der gleichartigen Ware weisen einige saisonale Effekte auf, die im Bausektor, dem Hauptverwender, üblich sind. Im Dezember sind die Verkäufe im Allgemeinen relativ gering, und die Hersteller führen in diesem Monat in der Regel vorrangig Wartungsarbeiten durch. Aufgrund des saisonalen Effekts im Monat Dezember ist ein Vergleich der Lagerbestände am Ende des Untersuchungszeitraums im September 2023 mit den Endbeständen im Dezember der vorangegangenen drei Jahre nicht sinnvoll. Die Entwicklung der Endbestände am Jahresende von 2020 bis 2022 nahm in zwei Jahren um 30 % zu.

4.5.3.4. Rentabilität, Cashflow, Investitionen, Kapitalrendite und Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten

(149) Rentabilität, Cashflow, Investitionen und Kapitalrendite der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller entwickelten sich im Bezugszeitraum wie folgt:

Tabelle 10

Rentabilität, Cashflow, Investitionen und Kapitalrendite

	2020	2021	2022	UZ
Rentabilität bei den Verkäufen an unabhängige Abnehmer in der Union (in % des Umsatzes)	3,5	17,7	13,1	– 2,6
Index	*100*	*506*	*374*	*– 74*
Cashflow (in EUR)	63 543 946	267 522 792	241 989 149	– 13 993 872
Index	*100*	*421*	*381*	*– 22*
Investitionen (in EUR)	64 616 015	61 243 727	82 005 921	141 483 932
Index	*100*	*95*	*127*	*219*
Kapitalrendite (in %)	10	120	93	– 26
Index	*100*	*1 193*	*927*	*– 258*

Quelle: In die Stichprobe einbezogene Unionshersteller.

(150) Die Kommission ermittelte die Rentabilität der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller als Nettogewinn vor Steuern aus den Verkäufen der gleichartigen Ware an unabhängige Abnehmer in der Union in Prozent des mit diesen Verkäufen erzielten Umsatzes. Die Rentabilität in den ersten beiden Jahren des betrachteten Zeitraums wird durch die wirtschaftlichen Umstände beeinflusst, die durch das Auftreten der COVID-19-Pandemie Anfang 2020 und eine anschließende außergewöhnliche Erholung nach der Einführung von Impfstoffen in der Union sowie durch steuerliche Anreize geschaffen wurden. Die Kommission ist der Ansicht, dass die in den Jahren 2020 und 2021 erzielten Rentabilitätsniveaus durch diesen gesamtwirtschaftlichen Kontext beeinflusst werden. Die Rentabilität im Jahr 2022 wurde auch durch eine Energiekrise beeinträchtigt, die nach dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine auftrat. Im Jahr 2022 gelang es den in die Stichprobe einbezogenen Unionsherstellern jedoch, den Kostenanstieg an die Verwender in der Union weiterzugeben, da der beobachtete durchschnittliche Verkaufspreis des Wirtschaftszweigs der EU um 390 EUR/Tonne stieg, ein Betrag, der sogar über dem Kostenanstieg von 387 EUR/Tonne lag. Folglich war der Gewinn in den Jahren 2021 und 2022 in EUR/Tonne relativ stabil (209 bzw. 212 EUR/Tonne). Die in die Stichprobe einbezogenen Hersteller verzeichneten im Jahr 2022 einen Abwärtstrend und gerieten im Untersuchungszeitraum in die Verlustzone (– 2,6 %). Wie in Erwägungsgrund 142 dargelegt, verloren die Unionshersteller durch den Anstieg der gedumpten Einfuhren die Macht über die Preisgestaltung der Ware, die durch die Verfügbarkeit von sehr niedrigpreisigem S-PVC aus den betroffenen Ländern beeinflusst wurde, was zu einer Preisunterdrückung im Untersuchungszeitraum führte.

(151) Unter Nettocashflow wird die Fähigkeit der Unionshersteller verstanden, ihre Tätigkeit selbst zu finanzieren. Die Entwicklung des Netto-Cashflows zeigt einen Abwärtstrend ab 2021 und einen deutlichen Bruch im Untersuchungszeitraum, als der Cashflow zum ersten Mal im Bezugszeitraum negativ war. Die in die Stichprobe einbezogenen Hersteller verzögerten im Untersuchungszeitraum einige Investitionen oder verschoben einige nicht unbedingt erforderliche Wartungsarbeiten, aber diese Maßnahmen reichten nicht aus, um einen negativen Cashflow zu vermeiden.

(152) Die Investitionen waren in den Jahren 2020 und 2021 relativ stabil und erlebten im Jahr 2022 einen Einbruch nach oben. Für den Anstieg der Investitionen ab 2022 gibt es verschiedene Gründe. Die Investitionen ab 2022 wurden nicht durch eine Kapazitätserweiterung ausgelöst, sondern durch die Notwendigkeit, den CO_2-Fußabdruck zu verringern und andere Umwelt- und Sicherheitsvorschriften einzuhalten, sowie durch einen Aufholeffekt, da die in die Stichprobe einbezogenen Hersteller 2020 aufgrund der Pandemie und 2021 aufgrund der Nachfrage nach einem starken Wirtschaftsaufschwung, der die Betriebe überforderte, Hindernisse bei der Durchführung geplanter Investitionen hatten. Die drei in die Stichprobe einbezogenen Hersteller arbeiten an alten Standorten, die zu einer Zeit laxerer Vorschriften errichtet wurden und erhebliche Investitionen erfordern, um mit den neuen Umwelt- und Sicherheitsvorschriften Schritt zu halten. Auch die Investitionen in sich in Betrieb befindenden Chemieanlagen erfordern eine lange Planung, sodass die ab 2022 beobachteten Investitionen größtenteils vor 2020 geplant wurden. Schließlich kann die Höhe der Investitionen nicht an das tatsächliche statt an das theoretische Produktionsniveau angepasst werden. Die in die Stichprobe einbezogenen Hersteller haben nur begrenzten Einfluss auf die Anpassung der Investitionen an die tatsächliche Kapazitätsauslastung.

(153) Die Kapitalrendite ist der in Prozent des Nettobuchwerts der Investitionen ausgedrückte Gewinn. Er entwickelte sich ab 2021 negativ und verzeichnete im Untersuchungszeitraum eine erhebliche Rendite von – 26 %. Die in die Stichprobe einbezogenen Hersteller benötigen wie alle Hersteller gleichartiger Ware hohe Investitionen für ihren Betrieb. Die in die Stichprobe einbezogenen Hersteller verfügen über alte Standorte, und die ursprünglichen Anlagen sind vollständig abgeschrieben, doch werden neben den reinen Neuinvestitionen aufgrund von Wartungs- und Umsatzkosten regelmäßig neue Anlagen hinzugefügt. Die in die Stichprobe einbezogenen Hersteller verfügen über eine begrenzte Flexibilität, um mit einer geringeren Anzahl von Anlagen zu arbeiten.

(154) Die Fähigkeit der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller, sich unter den derzeitigen wirtschaftlichen Bedingungen Kapital zu beschaffen, ist aufgrund der geringen Rentabilität und der regulatorischen Unsicherheit zweifelhaft. Diese Fähigkeit wäre jedoch in jedem Fall hypothetisch, da die in die Stichprobe einbezogenen Hersteller zu größeren Gruppen gehören und sich eher auf interne als auf externe Quellen stützen. Daher untersuchte die Kommission die Möglichkeit, Ressourcen aus ihren Gruppen zu gewinnen. Alle in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller bestätigten, dass sie ähnliche Schwierigkeiten hatten, von einer Umverteilung der Ressourcen auf Gruppenebene zu profitieren. Die drei Hersteller erläuterten unterschiedliche Auswirkungen dieses Trends, wie z. B. die Bevorzugung von Investitionen in anderen Regionen der Welt, die Nichtbehebung von Engpässen im Produktionsprozess, außerordentliche laufende Haushaltskürzungen und andere. Die Kommission ist der Auffassung, dass diese Situation auch mit anderen Faktoren zusammenhängen kann, stellte aber fest, dass die angeblich gedumpten Einfuhren aus den betroffenen Ländern zu diesem negativen Investitionsklima beigetragen und die Unsicherheit über die Zukunftsaussichten des Wirtschaftszweigs verstärkt haben.

4.5.4. *Schlussfolgerungen zur Schädigung*

(155) Die wichtigsten makroökonomischen Indikatoren entwickelten sich im Bezugszeitraum negativ: Die Produktionsmenge der Union sank um 22 %, die Kapazitätsauslastung um 24 %, die Verkaufsmenge der Union um 28 % und die Produktivität um 20 %.

(156) Ein ähnliches Bild zeigt sich in Bezug auf die Mikroindikatoren. Die Rentabilität der Verkäufe in der Union war von 2020 bis 2022 positiv, aber der Wirtschaftszweig geriet im Untersuchungszeitraum in die Verlustzone. Auch der Cashflow, der von 2020 bis 2022 positiv war, wurde im Untersuchungszeitraum negativ. Die Jahresendbestände in Prozent der Produktion stiegen von 2020 bis 2022, als die Auswirkungen der hohen Einfuhren aus den betroffenen Ländern bereits deutlich wurden.

(157) Die Einfuhrmengen der ägyptischen und US-amerikanischen Ausführer stiegen im Bezugszeitraum um das Achtfache. Bei einem Rückgang des Jahresverbrauchs um 729 110 Tonnen im Bezugszeitraum stiegen die jährlichen Einfuhren aus den betroffenen Ländern um 288 405 Tonnen, was dazu führte, dass die ägyptischen und US-amerikanischen Ausführer ihren gemeinsamen Marktanteil von 1 % im Jahr 2020 auf 10 % im Untersuchungszeitraum steigerten, da ihre Preise die Preise des Wirtschaftszweigs der Union ab 2022 und insbesondere während des Untersuchungszeitraums erheblich unterboten. Im Untersuchungszeitraum lag die Preisunterbietungsspanne bei den Einfuhren aus den USA bei durchschnittlich 31,7 % und bei den Einfuhren aus Ägypten bei 28,9 % (siehe Abschnitt 4.4.3).

(158) Die gedumpten Niedrigpreiseinfuhren aus Ägypten und den USA verursachten auch einen erheblichen Preisdruck auf den Wirtschaftszweig der Union. Infolgedessen war der Wirtschaftszweig der Union nicht in der Lage, zu Preisen zu verkaufen, die seine Produktionskosten deckten, sodass er im Untersuchungszeitraum Verluste verzeichnete.

(159) Während die Nettoinvestitionen um 119 % stiegen, ging die Kapitalrendite im Bezugszeitraum ins Negative, und zwar von 10,1 % im Jahr 2020 auf – 26,1 % im Untersuchungszeitraum. Auch der Cashflow wurde negativ, was die Fähigkeit des Wirtschaftszweigs der Union beeinträchtigte, seine Tätigkeiten selbst zu finanzieren. Obwohl die Zahl der Beschäftigten im gleichen Zeitraum um 3 % zurückging, sank die Produktivität um 20 %, was zu höheren Arbeitskosten pro Tonne PVC führte.

(160) Wie oben dargelegt, verschlechterten sich Finanzindikatoren wie Rentabilität, Cashflow und Kapitalrendite im Bezugszeitraum erheblich. Dies hatte negative Auswirkungen auf die Fähigkeit des Wirtschaftszweigs der Union, seine Tätigkeiten selbst zu finanzieren, notwendige Investitionen zu tätigen und Kapital zu beschaffen, wodurch sein Wachstum behindert und sogar sein wirtschaftliches Überleben bedroht wurde.

(161) Auf der Grundlage der vorstehenden Ausführungen kam die Kommission in dieser Phase zu dem Schluss, dass der Wirtschaftszweig der Union eine bedeutende Schädigung im Sinne des Artikels 3 Absatz 5 der Grundverordnung erlitten hat.

5. SCHADENSURSACHE

(162) Nach Artikel 3 Absatz 6 der Grundverordnung prüfte die Kommission, ob die gedumpten Einfuhren aus den betroffenen Ländern den Wirtschaftszweig der Union bedeutend geschädigt haben. Nach Artikel 3 Absatz 7 der Grundverordnung prüfte die Kommission ferner, ob andere bekannte Faktoren den Wirtschaftszweig der Union zur gleichen Zeit geschädigt haben könnten. Die Kommission stellte sicher, dass eine etwaige Schädigung durch andere Faktoren als die gedumpten Einfuhren aus den betroffenen Ländern nicht den gedumpten Einfuhren zugeschrieben wurden. Diese Faktoren sind: Konjunkturabschwächung und schwache Marktdynamik, Auswirkungen von Ereignissen höherer Gewalt und unrentable Ausfuhrverkäufe.

5.1. **Auswirkungen der gedumpten Einfuhren**

(163) Die Einfuhrmengen aus den betroffenen Ländern stiegen im Bezugszeitraum um das Achtfache, nämlich von 40 989 Tonnen im Jahr 2020 auf 329 904 Tonnen im Untersuchungszeitraum. Dieser starke Anstieg fiel, wie unter Erwägungsgrund 157 erläutert, mit einem relativ schwachen Inlandsmarkt zusammen, der Schwierigkeiten hatte, die gedumpten Einfuhren aufzunehmen.

(164) Infolgedessen stieg der gemeinsame Marktanteil der betroffenen Länder im Bezugszeitraum von 1 % auf 10 %. Gleichzeitig ging der Marktanteil des Wirtschaftszweigs der Union kontinuierlich von 91 % im Jahr 2020 auf 80 % im Untersuchungszeitraum zurück.

(165) Während das Jahr 2020 durch die Covid-Pandemie und das Jahr 2021 durch einen starken Wirtschaftsaufschwung beeinflusst wurde, machten sich die Auswirkungen der gedumpten Einfuhren ab 2022 stärker bemerkbar, als die Einfuhren aus den betroffenen Ländern im Vergleich zu 2021 um 161 % und ihr Marktanteil um 220 % stiegen.

(166) Im Jahr 2022, dem Jahr des sprunghaften Anstiegs der Einfuhren aus den betroffenen Ländern, lagen die Preise deutlich unter dem durchschnittlichen Verkaufspreis der Unionshersteller in der Stichprobe.

(167) Die gestiegenen Einfuhrmengen aus den betroffenen Ländern gemeinsam mit ihren niedrigen durchschnittlichen Verkaufspreisen wirkten sich negativ auf die finanzielle Lage des Wirtschaftszweigs der Union aus.

(168) Die Auswirkungen der gestiegenen Mengen gedumpter Einfuhren aus den betroffenen Ländern wurden im Untersuchungszeitraum, als sich die finanzielle Lage des Wirtschaftszweigs der Union erheblich verschlechterte, deutlich sichtbar. Der Wirtschaftszweig der Union war nicht in der Lage, seine Verkaufspreise zu erhöhen, um die steigenden Rohstoffkosten (insbesondere die Energiekosten) an die Kunden weiterzugeben, da er sich dem unlauteren Wettbewerb durch die Einfuhren der betroffenen Ware ausgesetzt sah. Die Strategie des Wirtschaftszweigs der Union bestand darin, die Verluste bei den Produktionsmengen und den Marktanteilen durch Preissenkungen auf Kosten der Rentabilität auszugleichen. Der Wirtschaftszweig der Union, der in den Vorjahren Gewinne erzielte, machte im Untersuchungszeitraum Verluste (– 3 %). Daher verhinderten die Einfuhren zu niedrigen Preisen aus den betroffenen Ländern Preiserhöhungen des Wirtschaftszweigs der Union in der ansonsten zu erwartenden Höhe im Sinne des Artikels 3 Absatz 3 der Grundverordnung.

(169) Auch der Cashflow und die Kapitalrendite waren negativ. Im Untersuchungszeitraum verzeichneten die Unionshersteller der Stichprobe einen negativen Cashflow von 14 Mio. EUR und eine Kapitalrendite von – 26,1 %.

(170) In Anbetracht der vorstehenden Ausführungen stellte die Kommission vorläufig fest, dass die bedeutende Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union im Sinne von Artikel 3 Absatz 6 der Grundverordnung durch die gedumpten Einfuhren aus den betroffenen Ländern verursacht wurde. Diese Schädigung hatte Auswirkungen sowohl auf die Mengen als auch auf die Preise.

5.2. **Auswirkungen anderer Faktoren**

5.2.1. *Einfuhren aus Drittländern*

(171) Die Menge der Einfuhren aus anderen Drittländern entwickelte sich im Bezugszeitraum wie folgt:

Tabelle 11

Einfuhren aus Drittländern

Land		2020	2021	2022	UZ
Mexiko	Menge (in Tonnen)	142 867	161 713	160 261	129 496
	Index	*100*	*113*	*112*	*91*
	Marktanteil	4 %	4 %	4 %	4 %
	Durchschnittspreis (in EUR/Tonne)	703	1 214	1 538	954
	Index	*100*	*173*	*219*	*136*
Norwegen	Menge (in Tonnen)	67 067	92 360	54 769	46 300

	Index	*100*	*138*	*82*	*69*
	Marktanteil	2 %	2 %	2 %	1 %
	Durchschnittspreis (in EUR/Tonne)	839	1 313	1 719	1 356
	Index	*100*	*156*	*205*	*162*
Südkorea	Menge (in Tonnen)	2 335	11 792	23 891	50 703
	Index	*100*	*505*	*1 023*	*2 171*
	Marktanteil	0 %	0 %	1 %	2 %
	Durchschnittspreis (in EUR/Tonne)	1 278	1 534	1 686	969
	Index	*100*	*120*	*132*	*76*
Vereinigtes Königreich	Menge (in Tonnen)	47 801	17 212	14 314	16 309
	Index	*100*	*36*	*30*	*34*
	Marktanteil	1 %	0 %	0 %	1 %
	Durchschnittspreis (in EUR/Tonne)	836	1 088	1 449	1 224
	Index	*100*	*130*	*173*	*146*
Andere Drittländer	Menge (in Tonnen)	57 711	122 261	90 254	79 397
	Index	*100*	*212*	*156*	*138*
	Marktanteil	1 %	3 %	2 %	2 %
	Durchschnittspreis (in EUR/Tonne)	721	1 493	1 452	959
	Index	*100*	*207*	*201*	*133*
Drittländer insgesamt, ausgenommen die betroffenen Länder	Menge (in Tonnen)	317 781	405 338	343 489	322 205
	Index	*100*	*128*	*108*	*101*
	Marktanteil	8 %	9 %	9 %	10 %
	Durchschnittspreis (in EUR/Tonne)	759	1 324	1 551	1 029
	Index	*100*	*174*	*204*	*136*

Quelle: Eurostat.

(172) Die einzigen anderen Drittländer, aus denen im Bezugszeitraum nennenswerte Mengen von PVC in die Union eingeführt wurden, waren Mexiko, Norwegen, Südkorea und das Vereinigte Königreich.

(173) Insgesamt wiesen alle Drittländer mit Ausnahme der betroffenen Länder im Untersuchungszeitraum eine stabile Menge mit einem Marktanteil auf, der im Bezugszeitraum zwischen 8 % und 10 % lag. Außerdem haben sich ihre Preise stärker an die Preise der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller angeglichen; der durchschnittliche Einfuhrpreis für 2022 lag bei 1 551 EUR/Tonne und war damit praktisch identisch mit dem der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller (1 566 EUR/Tonne). Im Untersuchungszeitraum ist der durchschnittliche Einfuhrpreis von 1 029 EUR/Tonne niedriger als der Preis pro Tonne der Unionshersteller in der Stichprobe (1 134 EUR). Dennoch gingen die in die Union eingeführten Mengen im Untersuchungszeitraum um 6 % zurück, was darauf schließen lässt, dass die Einführer eher versuchten, ihren Marktanteil auf einem schrumpfenden Markt zu halten, als ihn zu vergrößern.

(174) Die Kommission stellt fest, dass es keinen sprunghaften Anstieg der Einfuhren gab und dass der Marktanteil der anderen Drittländer als der betroffenen Länder relativ stabil blieb. Die wichtigsten Veränderungen, die beobachtet wurden, waren eine Umschichtung des Ursprungs dieser anderen Einfuhren, wobei einige Länder wie Norwegen, Russland und das Vereinigte Königreich ihre Ausfuhren in die Union aus strukturellen oder strategischen Gründen reduzierten, während andere wie Südkorea den verbleibenden Platz besetzten.

(175) Vor diesem Hintergrund und angesichts der großen Mengen an Einfuhren aus den betroffenen Ländern zu im Vergleich zu den Einfuhren aus anderen Drittländern niedrigen Preisen wurde vorläufig der Schluss gezogen, dass die Einfuhren aus anderen Drittländern den ursächlichen Zusammenhang zwischen der Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union und den gedumpten Einfuhren aus den betroffenen Ländern nicht entkräfteten.

5.2.2. *Ausfuhrleistung des Wirtschaftszweigs der Union*

(176) Die Ausfuhrmenge der Unionshersteller entwickelte sich im Bezugszeitraum wie folgt:

Tabelle 12

Ausfuhrleistung der Unionshersteller

	2020	2021	2022	UZ
Ausfuhrmenge der Unionshersteller (in Tonnen)	1 494 677	1 227 548	1 120 519	1 101 408
Index	*100*	*82*	*75*	*74*
Durchschnittspreis der Unionshersteller (in EUR/Tonne)	822	1 414	1 509	1 075
Index	*100*	*172*	*184*	*131*

Quelle: Eurostat.

(177) Die Ausfuhren der Unionshersteller erreichten im Jahr 2020 mit 1 494 288 Tonnen den höchsten Stand im Bezugszeitraum und gingen 2021 um 18 % zurück. Im Jahr 2022 gingen die Ausfuhren weiter zurück, allerdings mit einer geringeren Rate, und blieben dann im Untersuchungszeitraum relativ stabil.

(178) Der durchschnittliche Ausfuhrpreis der Unionshersteller war ebenfalls sehr unbeständig, mit einem starken Anstieg im Jahr 2021, einem begrenzten Anstieg im Jahr 2022 und schließlich einem plötzlichen Rückgang des Ausfuhrpreises im Untersuchungszeitraum. Infolgedessen führte der Wirtschaftszweig der Union im Untersuchungszeitraum zu Preisen aus, die nach Auffassung der Kommission unter den geschätzten Produktionskosten lagen.

(179) Im Anschluss an die Vorbringen von Westlake, Oxy Vinyls, LP und TCI Sanmar untersuchte die Kommission die Ausfuhrleistung der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller, indem sie die Preisdifferenz zwischen dem Ausfuhrpreis und dem Inlandspreis (jeweils gegenüber unabhängigen Abnehmern) verglich.

(180) Im Bezugszeitraum verfügte der Wirtschaftszweig der Union über Kapazitätsreserven und führte S-PVC aus, es fand jedoch keine Umlenkung der Verkäufe von der Union auf die Ausfuhrmärkte statt. Der durchschnittliche Ausfuhrpreis der in die Stichprobe einbezogenen Hersteller lag im Untersuchungszeitraum geringfügig über dem durchschnittlichen Preis der Ausfuhren aus den betroffenen Ländern in die Union, was auf eine gewisse Wettbewerbsfähigkeit schließen lässt. Darüber hinaus führten die in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller zu Preisen aus, die unter den vollen Herstellungskosten (aufgrund von Gemeinkosten), aber über den variablen Kosten (hauptsächlich Energie und Rohstoffe) lagen. Somit trug die Aufrechterhaltung der Ausfuhren im Untersuchungszeitraum zur Gesamtspanne bei und half den Unionsherstellern, die Sicherheit und den reibungslosen Betrieb der Produktionslinien aufrechtzuerhalten, indem sie über dem technischen Mindestniveau produzierten.

(181) Die Kommission stellte fest, dass die Hersteller aus den betroffenen Ländern in der Regel auf Händler zurückgreifen, um ihre Ware auf ausländischen Märkten zu verkaufen. Dieselben Händler, die gedumptes S-PVC in der Union verkaufen, sind auf den größten Ausfuhrmärkten der Union tätig. In dieser Hinsicht sind die Händler, die das gedumpte PVC in der Union verkaufen, auch auf den traditionellen Ausfuhrmärkten der Union tätig, was auch die Herausforderungen erklärt, denen sich der Wirtschaftszweig der Union ab 2022 gegenübersieht, um seine Ausfuhrmärkte zu erhalten.

(182) Die Ausfuhren der Union in das Vereinigte Königreich gingen im Untersuchungszeitraum (ab 2022) um 106 528 Tonnen zurück, was einem Rückgang von 37 % entspricht. Der Vergleich des Untersuchungszeitraums mit dem vorangegangenen Zwölfmonatszeitraum zeigt einen Rückgang um 120 668 Tonnen bzw. 40 %. Das Vereinigte Königreich kündigte an, am 8. Januar 2024 eine Antidumpinguntersuchung zu S-PVC mit Ursprung in den USA einzuleiten, was ein deutlicher Hinweis auf unfaire Handelspraktiken auf dem zweitgrößten Ausfuhrmarkt der Union ist. Die Ausfuhren in die Schweiz gingen im Untersuchungszeitraum (ab 2022) um 10 027 Tonnen zurück, d. h. um 22 % (der Vergleich des Untersuchungszeitraums mit dem vorangegangenen Zwölfmonatszeitraum zeigt einen Rückgang um 17 460 Tonnen oder 33 %). Die Kommission stellte ferner fest, dass Händler in den USA hergestelltes S-PVC zu einem Preis unter dem Normalwert in die Schweiz ausgeführt haben.

(183) Ungeachtet der Auswirkungen des Wettbewerbs auf denselben Märkten mit gedumpten Einfuhren ist die Kommission nicht der Ansicht, dass die Leistung auf den Ausfuhrmärkten eine isolierte Auswirkung hatte, die für sich den ursächlichen Zusammenhang zwischen den Dumpingpraktiken der betroffenen Länder und der bedeutenden Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union abschwächen könnte. Die Kommission stellte fest, dass der Anteil der Ausfuhren an den Inlandsverkäufen im Jahr 2020 und im Untersuchungszeitraum mit rund 42-43 % vergleichbar war. Auch der prozentuale Anteil der Ausfuhren an der Unionsproduktion war im Jahr 2020 und im Untersuchungszeitraum mit rund 30 % sehr ähnlich.

(184) Die Kommission kommt zu dem Schluss, dass sich der Rückgang der Ausfuhren auf die Leistung der Unionshersteller auswirkte, was jedoch nicht von der aggressiven Preisgestaltung der Händler, die mit den Herstellern aus den betroffenen Ländern zusammenarbeiten, gegenüber Drittländern getrennt werden kann. Die Unionshersteller verringerten ihre Ausfuhren im Bezugszeitraum, wobei der stärkste Rückgang im Jahr 2021, also deutlich vor dem Untersuchungszeitraum, zu verzeichnen war. Somit lässt sich die Ausfuhrleistung der Unionshersteller im Untersuchungszeitraum nicht nur durch die Mengen, sondern vielmehr durch die Preise erklären. Dieser Druck auf die Ausfuhrpreise kann nicht von den gedumpten Ausfuhren mit Ursprung in Ägypten und den USA getrennt werden, die ebenfalls auf diesen Märkten konkurrierten.

5.2.3. *Überkapazitäten in der PVC-Industrie*

(185) PVC ist ein zyklischer Wirtschaftszweig, wie die Antragsteller, die in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller sowie die ägyptischen und US-amerikanischen Ausführer in ihren Stellungnahmen und Kommentaren einräumen. Die weltweite PVC-Industrie weist eine erhebliche Überkapazität auf, da ihre Kapazität in den letzten Jahren systematisch die weltweite Nachfrage überstieg, wie aus den von den Antragstellern vorgelegten Schätzungen und Marktdaten hervorgeht.

(186) Diese Überkapazität ist strukturell bedingt und erklärt sich aus den Schwierigkeiten, die Kapazität zu erhöhen, um der gestiegenen Nachfrage gerecht zu werden. Die Branche ist also darauf vorbereitet, Nachfragespitzen über den Konjunkturzyklus hinweg mit einer langfristigen Perspektive aufzufangen.

(187) Der PVC-Wirtschaftszweig der Union hat seine Kapazität im Bezugszeitraum nicht erweitert, abgesehen von einer begrenzten Expansion eines Unionsherstellers, der eine Produktionslinie aktivierte, die von einem Standort mit drei Linien verlagert worden war, den er vor dem Bezugszeitraum geschlossen hatte. Die Kommission kam zu dem Schluss, dass dieser offensichtliche Kapazitätsanstieg durch eine zeitliche Auswirkung zu erklären ist, da die Schließung vor dem Bezugszeitraum erfolgte. Die Kommission kam zu dem Schluss, dass dieser Unionshersteller eine solche Entscheidung gerechtfertigt hatte, die darauf abzielte, durch die Verringerung der Zahl der Produktionsstandorte, die Anpassung der Gesamtkapazität und die Optimierung der Betriebsabläufe eine größere Effizienz zu gewährleisten.

(188) Die Kapazitätsauslastung des Wirtschaftszweigs der Union lag in den Jahren 2020 und 2021 bei über 90 %, und erst als die gedumpten Einfuhren stark anstiegen, sank die Kapazitätsauslastung auf 74 % im Jahr 2022 und 69 % im Untersuchungszeitraum.

(189) Die Kommission kam zu dem Schluss, dass die möglichen strukturellen Überkapazitäten der PVC-Industrie weltweit und in der Union einen Einfluss auf die Marktdynamik haben und die Gründe für die gedumpten Ausfuhren untermauern können; sie ist jedoch nicht der Ansicht, dass dies ein Faktor ist, der den ursächlichen Zusammenhang aufhebt oder abschwächt. Der Grund dafür ist, dass die Unionshersteller ihre Kapazität im Bezugszeitraum nicht in nennenswertem Umfang ausgebaut haben. Sicherlich scheinen Überkapazitäten in der chemischen Industrie die Regel zu sein, und die PVC-Industrie der Union weicht nicht von der Dynamik anderer Märkte ab, auch nicht von der der betroffenen Länder. Außerdem war die relativ hohe Überkapazität des Wirtschaftszweigs der Union im Untersuchungszeitraum das unmittelbare Ergebnis des Anstiegs der gedumpten Einfuhren und des vorübergehenden wirtschaftlichen Abschwungs, der gesondert betrachtet wird.

(190) In Anbetracht des Vorstehenden vertrat die Kommission die Auffassung, dass die derzeitige relativ hohe Überkapazität des Wirtschaftszweigs der Union auf die jüngsten Marktbedingungen und die gedumpten Einfuhren zurückzuführen ist und daher für sich genommen kein Element darstellt, das den ursächlichen Zusammenhang abschwächen könnte. Die jüngsten Marktumstände wurden gesondert untersucht.

5.2.4. *Energiekrise in der Union*

(191) Eine Reihe interessierter Parteien behauptete, der Wirtschaftszweig der Union habe unter den hohen Energiepreisen gelitten, die die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftszweigs der Union untergraben hätten. Diesen Stellungnahmen zufolge schien es einen Zusammenhang zwischen den Rohstoff- und Energiepreisen in Europa und der Leistung der Unionshersteller zu geben, wobei behauptet wurde, dass andere Länder diese Preise mieden, da sie mit Konflikten in unmittelbarer Nähe der Union erklärt wurden.

(192) Die Antragsteller räumten ein, dass Europa von Mitte 2021 bis Ende 2022 eine akute Energiekrise erlebte, bekräftigten jedoch, dass diese Krise den ursächlichen Zusammenhang zwischen den gedumpten Einfuhren mit Ursprung in Ägypten und den USA und der Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union weder abschwäche noch aufhebe. Die Antragsteller erklärten, dass die Energiekrise Ende 2022 endete und dass die Tatsache, dass sich die Lage des Wirtschaftszweigs der Union trotz des erheblichen Rückgangs der Energiepreise seither nicht verbessert hat, ein starkes Indiz dafür ist, dass die Energiekrise keine wesentlichen Auswirkungen auf die Schädigung hatte.

(193) Die Kommission stellte fest, dass die in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller in den Jahren 2021 und 2022, als die Energiepreise am höchsten waren, die größten Gewinne im Bezugszeitraum erzielten. Außerdem wurde die Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union sichtbar, als die Energiekrise bereits abgeklungen war und die Energiepreise gesunken waren. Bevor die Billigeinfuhren aus den betroffenen Ländern im Untersuchungszeitraum zunahmen (indem die Mengen der vorangegangenen zwölf Monate mit dem Dreifachen multipliziert wurden), war der Wirtschaftszweig noch in der Lage, die gestiegenen Energiekosten in seinen Preisen weiterzugeben. Dies war nicht mehr möglich, als der Anstieg der Niedrigpreiseinfuhren eine Preisunterdrückung zur Folge hatte.

(194) Daher kam die Kommission zu dem Schluss, dass die Energiekrise in der Union die im Untersuchungszeitraum beobachtete Entwicklung nicht erklärt und daher den ursächlichen Zusammenhang nicht aufhebt oder abschwächt.

5.2.5. *Wirtschaftlicher Abschwung, Marktdynamik*

(195) Die Nachfrage auf dem Unionsmarkt erreichte im Bezugszeitraum ihren Höchststand im Jahr 2021 und erlitt unmittelbar danach eine Korrektur mit einem Rückgang der Nachfrage um 18 % im Jahr 2022. Im Vergleich zu 2020 war die Nachfrage im Jahr 2022 um 8 % niedriger.

(196) Während des Untersuchungszeitraums ging die Nachfrage weiter zurück und lag mit schätzungsweise 3 223 316 Tonnen um 18 % unter der Nachfrage im Jahr 2020.

(197) Der Hauptgrund für die schwache Nachfrage nach PVC in der Union war weder der Preis noch das Vorhandensein von Alternativprodukten. Stattdessen erklärt sich die relativ geringe Nachfrage durch die Kombination aus hoher Inflation und hohen Kreditkosten, die sich auf die Wirtschaft im Allgemeinen auswirkten und die Nachfrage im Bausektor, also dem Hauptmarkt für PVC, einschränkten. Dies wurde von den Antragstellern, aber auch von Ausführern aus den betroffenen Ländern anerkannt.

(198) Die Auswirkungen der höheren Inflation und der höheren Zinssätze wurden aufgrund der langen Vorlaufzeiten, die traditionell mit dem Bausektor verbunden sind, erst mit einiger Verzögerung an die PVC-Industrie weitergegeben. Das bedeutete, dass es einige Zeit dauerte, bis sich die Auswirkungen der höheren Kreditkosten und Baukosten im Produktionsvolumen des Baugewerbes niederschlugen, und zwar noch mehr in der Baustoffproduktion, wie der Herstellung von Rohren, Türen und Fenstern aus PVC. Die Zyklizität des Bausektors ist allgemein bekannt, und die derzeitige niedrige Nachfrage wird sich wahrscheinlich nicht fortsetzen, sobald die Inflation und die Zinssätze sinken und die Nachfrage nach Investitionsgütern ansteigt.

(199) Westlake behauptete, dass diese geringe Nachfrage eine Verlagerung des Verbrauchs widerspiegelt. Nach Ansicht der Kommission ist dies reine Spekulation, da es keine Anhaltspunkte dafür gibt, dass die geringe Nachfrage auf eine Verlagerung des Verbrauchs zurückzuführen ist und es sich nicht um eine vorübergehende Auswirkung der hohen Zinssätze und der Inflation handelt. Im Gegenteil, die mit dem europäischen Grünen Deal verbundenen Maßnahmen zur Förderung der energetischen Sanierung bestehender Gebäude, wie die überarbeiteten Richtlinien zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden und zur Energieeffizienz, werden die Nachfrage nach Fenstern und Türen aus PVC steigern, da PVC ein natürlicher Dämmstoff ist.

(200) Daher kam die Kommission zu dem Schluss, dass der wirtschaftliche Abschwung und die damit verbundene geringe Marktnachfrage in der Union während des Untersuchungszeitraums nur begrenzte Auswirkungen hatten, die den ursächlichen Zusammenhang nicht aufheben oder abschwächen.

5.2.6. *Höhere Gewalt*

(201) Die Kommission erhielt von einigen interessierten Parteien Stellungnahmen zu den Auswirkungen von Ereignissen höherer Gewalt auf die Lage des Wirtschaftszweigs der Union.

(202) Die Kommission untersuchte alle Ereignisse höherer Gewalt, die im Bezugszeitraum von den Unionsherstellern in der Stichprobe gemeldet wurden, und prüfte die Verantwortung und die von den Herstellern ergriffenen Maßnahmen.

(203) Die Kommission stellte fest, dass die meisten Ereignisse höherer Gewalt zu Beginn des Bezugszeitraums, d. h. in den Jahren 2020 und 2021, eintraten und somit die im Untersuchungszeitraum nach dem Anstieg der gedumpten Einfuhren ab der zweiten Hälfte des Jahres 2022 festgestellte Schädigung nicht erklären können. In diesem Zusammenhang fand die Kommission keine Argumente dafür, dass der Wirtschaftszweig ohne die relativ hohe Zahl von Ereignissen höherer Gewalt in den Jahren 2020 und 2021 im Untersuchungszeitraum in einer besseren Lage gewesen wäre. Erst als die Preise der Einfuhren aus den betroffenen Ländern ab Mitte 2022 deutlich unter den Unionspreisen lagen, wurde der Wirtschaftszweig der Union geschädigt.

(204) Die Kommission fand auch Beweise dafür, dass die Erklärung von Ereignissen höherer Gewalt nicht systematisch koordiniert wurde, wie von den interessierten Parteien behauptet. In dem Jahr, in dem ein in die Stichprobe einbezogener Unionshersteller höhere Gewalt erklärte, steigerte beispielsweise der mit ihm verbundene Unionshersteller seine Produktion auf ein Niveau, das über seiner theoretischen Kapazität lag. Dieser Fall widerspricht der Behauptung, dass mit der Erklärung versucht wurde, einige Kunden nicht zu bedienen.

(205) Die Kommission stellte ferner fest, dass in dem Jahr, in dem Rehau von einem der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller von höherer Gewalt betroffen war, der Hersteller dennoch in der Lage war, Rehau mit mehr als 100 % der vertraglich vereinbarten Menge zu beliefern, auch wenn er nicht alle zusätzlich nachgefragten Mengen bedienen konnte. Auch wenn es sich hierbei um einen Einzelfall handelt, weist die Kommission erneut darauf hin, dass sie keine Beweise dafür gefunden hat, dass die in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller absichtlich Ereignisse höherer Gewalt ausnutzen, um die Lieferung der zugesagten Mengen zu vermeiden oder die Produktion zu beschränken, um höhere Inlandspreise zu erzielen.

(206) Daher kam die Kommission zu dem Schluss, dass die Erklärung von Ereignissen höherer Gewalt keine Auswirkungen auf die Schädigung hatte.

5.3. **Schlussfolgerungen zur Schadensursache**

(207) Es wurde ein ursächlicher Zusammenhang zwischen den gedumpten Einfuhren aus Ägypten und den USA einerseits und der Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union andererseits festgestellt. Der starke Anstieg der Menge und des Marktanteils der gedumpten Einfuhren zu niedrigeren Preisen und die Verschlechterung der Ergebnisse des Wirtschaftszweigs der Union fielen zeitlich zusammen. Auf einem relativ schwachen Markt untergrub die gestiegene Menge der gedumpten Einfuhren die Fähigkeit des Wirtschaftszweigs der Union, Preise festzusetzen, die seine Produktionskosten decken würden, was eindeutig auf das Vorliegen einer Preisunterdrückung hindeutet. Dies führte im Untersuchungszeitraum zu einer Verlustsituation.

(208) Die Kommission prüfte weitere mögliche Faktoren, die sich auf die Lage des Wirtschaftszweigs der Union ausgewirkt haben könnten: Ausfuhrleistung, die angebliche Überkapazität des Wirtschaftszweigs der Union, die Energiekrise in der Union, die Erklärung von Ereignissen höherer Gewalt, der wirtschaftliche Rückgang in der Union und der relativ schwache Markt. Die Auswirkungen dieser Faktoren auf die Lage des Wirtschaftszweigs der Union wurden von der Kommission von den schädigenden Auswirkungen der gedumpten Einfuhren unterschieden und abgegrenzt.

(209) Die Ausfuhrleistung des Wirtschaftszweigs der Union kann die festgestellte Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union im Untersuchungszeitraum nicht erklären. Erstens entsprachen die Ausfuhren der Union im Untersuchungszeitraum mengenmäßig 29 % der Unionsproduktion, was praktisch dem im Jahr 2020 beobachteten Prozentsatz von 30 % entspricht. Zweitens war der stärkste Rückgang der Ausfuhren im Jahr 2021 zu beobachten, als die Ausfuhrmengen um 18 % zurückgingen, und im Jahr 2022, als die Ausfuhrmengen um weitere 9 % sanken. Die Rentabilität des Wirtschaftszweigs der Union war jedoch in den Jahren 2021 und 2022 am höchsten.

(210) Die Auswirkungen der Überkapazitäten der PVC-Industrie in der Union haben den Untersuchungsergebnissen zufolge im Untersuchungszeitraum keine Schädigung verursacht, da die Kapazitäten im Bezugszeitraum stabil blieben. Auch die Auswirkungen der Energiekrise und die damit verbundenen höheren Energiepreise waren den Untersuchungsergebnissen zufolge nicht ursächlich für die festgestellte Schädigung im Untersuchungszeitraum, da die Energiekrise zu diesem Zeitpunkt bereits abgeklungen war.

(211) Die Behauptung der interessierten Parteien, die Schädigung sei auch durch die Erklärung höherer Gewalt durch den Wirtschaftszweig der Union verursacht worden, wurde durch die von der Kommission festgestellten Tatsachen nicht bestätigt.

(212) Schließlich wirkten sich der wirtschaftliche Abschwung und die daraus resultierende schwache Marktnachfrage in begrenztem Maße auf den Wirtschaftszweig der Union aus, ohne jedoch den ursächlichen Zusammenhang zu durchbrechen. Vielmehr hat die schwache Marktnachfrage die durch die gedumpten Einfuhren verursachte Schädigung noch verschlimmert, da der Wirtschaftszweig der Union keine Marge hatte, um größere Mengen an gedumpten Einfuhren zu absorbieren, ohne die Preise zu senken, um einen gewissen Marktanteil zu halten.

(213) Zusammenfassend kam die Kommission zu dem Schluss, dass lediglich der wirtschaftliche Abschwung und die daraus resultierende schwache Nachfrage im Untersuchungszeitraum begrenzte Auswirkungen auf den Wirtschaftszweig der Union hatten. Dieser Faktor konnte jedoch den ursächlichen Zusammenhang zwischen den gedumpten Einfuhren und der festgestellten bedeutenden Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union nicht aufheben. Die gedumpten Einfuhren blieben aus den folgenden Gründen die Hauptursache für die Schädigung: wie unter Erwägungsgrund 110 dargelegt, stieg der Marktanteil der Einfuhren aus den betroffenen Ländern im Bezugszeitraum um das Zehnfache, während die Einfuhren aus anderen Ländern konstant blieben.

(214) Auf dieser Grundlage kam die Kommission in dieser Phase zu dem Schluss, dass die gedumpten Einfuhren aus den betroffenen Ländern eine bedeutende Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union verursachten und dass die anderen Faktoren, ob getrennt oder gemeinsam betrachtet, den ursächlichen Zusammenhang zwischen den gedumpten Einfuhren und der bedeutenden Schädigung nicht abzuschwächen vermochten. Die Schädigung besteht in einer Verringerung des Marktanteils, der Produktion, der Kapazitätsauslastung, der Produktivität, der Rentabilität, der Schlussbestände, des Cashflows und der Kapitalrendite. Darüber hinaus litt der Wirtschaftszweig der Union, wie unter Erwägungsgrund 117 erläutert, unter dem Preisdruck durch die Einfuhren aus den betroffenen Ländern,

6. HÖHE DER MAßNAHMEN

(215) Zur Festsetzung der Höhe der Maßnahmen prüfte die Kommission, ob ein Zoll, der niedriger ist als die Dumpingspanne, ausreichend wäre, um die Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union durch gedumpte Einfuhren zu beseitigen.

6.1. **Schadensspanne**

(216) Die Schädigung würde beseitigt, wenn der Wirtschaftszweig der Union durch Verkauf zu einem Zielpreis im Sinne von Artikel 7 Absatz 2c und Artikel 7 Absatz 2d der Grundverordnung eine Zielgewinnspanne erzielen könnte.

(217) Im Einklang mit Artikel 7 Absatz 2c der Grundverordnung berücksichtigte die Kommission bei der Ermittlung der Zielgewinnspanne folgende Faktoren: die Höhe der Rentabilität vor der Steigerung der Einfuhren aus den Ländern, die Gegenstand der Untersuchung sind, die Höhe der Rentabilität, die zur Deckung sämtlicher Kosten und Investitionen sowie sämtlicher Ausgaben in Verbindung mit Forschung und Entwicklung (FuE) sowie Innovation erforderlich ist, und die Höhe der Rentabilität, die unter normalen Wettbewerbsbedingungen zu erwarten ist. Diese Gewinnspanne sollte nicht niedriger als 6 %sein.

(218) In einem ersten Schritt legte die Kommission einen Grundgewinn fest, mit dem sämtliche Kosten unter normalen Wettbewerbsbedingungen gedeckt werden. Die Kommission stellte fest, dass die Rentabilität der unabhängigen Verkäufe in der Union im Jahr 2021, dem Jahr vor dem Anstieg der Einfuhren aus den betroffenen Ländern, 17,7 % betrug. Diese Rentabilität lag über der im Jahr 2020 beobachteten Rentabilität von 3,5 %. Die Kommission ist der Ansicht, dass weder 2020 noch 2021 gewöhnliche Jahre waren, um eine Referenzgewinnspanne zu ermitteln. Das Jahr 2020 war beeinträchtigt durch das Auftreten der Covid-Pandemie in der Union, die sich stark negativ auf den Wirtschaftszweig der Union auswirkte. Ebenso kann das Jahr 2021 nicht als gewöhnliches Referenzjahr angesehen werden, da die Union von einer starken wirtschaftlichen Erholung profitierte.

(219) Aus diesem Grund kam die Kommission zu dem Schluss, dass das Jahr 2022 der bestmögliche Bezugszeitraum wäre. Das Jahr 2022 wurde teilweise durch den Anstieg der gedumpten Einfuhren am Ende des Jahres beeinflusst, aber die Auswirkungen sind relativ gering, sodass die Verwendung dieses Jahres als Referenz ein konservativer Ansatz ist. Die Kommission war daher der Ansicht, dass für ihre Berechnungen eine Gewinnspanne von 13,1 % zugrunde gelegt werden sollte.

(220) Auf dieser Grundlage liegt der nicht schädigende Preis in einer Spanne von 1 350 bis 1 450 EUR/Tonne, die sich aus der Anwendung der oben genannten Gewinnspanne von 13,1 % auf die Produktionskosten der Unionshersteller in der Stichprobe im Untersuchungszeitraum ergibt.

(221) In einem letzten Schritt bewertete die Kommission nach Artikel 7 Absatz 2d der Grundverordnung die künftigen Kosten, die dem Wirtschaftszweig der Union während der Geltungsdauer der Maßnahme nach Artikel 11 Absatz 2 durch die multilateralen Umweltübereinkommen und die dazugehörigen Protokolle, denen die Union beigetreten ist, sowie durch die in Anhang Ia aufgeführten IAO-Übereinkommen entstehen werden. Auf der Grundlage der von den in die Stichprobe einbezogenen Unionsherstellern zur Verfügung gestellten Informationen, Schätzungen der erwarteten Produktionsauslastung und der prognostizierten Preise für Emissionshandelszertifikate berechnete die Kommission zusätzliche Kosten in Höhe von 16,44 EUR/Tonne, die zusätzlich zu den festgestellten Kosten für die Einhaltung der Vorschriften im Untersuchungszeitraum ermittelt wurden. Diese Differenz wurde zu dem unter Erwägungsgrund 220 genannten nicht schädigenden Preis hinzugerechnet.

(222) Auf dieser Grundlage berechnete die Kommission einen nicht schädigenden Preis von 1 405,48 EUR/Tonne für die gleichartige Ware des Wirtschaftszweigs der Union, indem sie die vorgenannte Zielgewinnspanne (siehe Erwägungsgrund 219) auf die Herstellkosten der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller im Untersuchungszeitraum anwandte und dann für jeden Warentyp getrennt die Berichtigungen nach Artikel 7 Absatz 2d aufschlug.

(223) Die Kommission ermittelte anschließend die Schadensspanne anhand eines Vergleichs des gewogenen durchschnittlichen Einfuhrpreises der in die Stichprobe einbezogenen mitarbeitenden ausführenden Hersteller in den betroffenen Ländern, wie er bei den Preisunterbietungsberechnungen ermittelt wurde, mit dem gewogenen durchschnittlichen nicht schädigenden Preis der von den Unionsherstellern in der Stichprobe im Untersuchungszeitraum auf dem Unionsmarkt verkauften gleichartigen Ware. Die sich aus diesem Vergleich ergebende Differenz wurde als Prozentsatz des gewogenen durchschnittlichen cif-Einfuhrwertes ausgedrückt. Im Falle von EPC stützte sich die Kommission auf die verfügbaren Informationen und ermittelte die Schadensspanne für TCI Sanmar auf der Grundlage derselben Geschäftsvorgänge, die sie auch bei der Ermittlung der Dumpingspanne zugrunde gelegt hatte (vgl. Erwägungsgrund 70).

(224) Die Schadensbeseitigungsschwelle für „andere mitarbeitende Unternehmen“ und für „alle übrigen Unternehmen“ wird genauso ermittelt wie die Dumpingspanne für diese Unternehmen (siehe Erwägungsgrund 71).

6.2. **Schlussfolgerung zur Höhe der Maßnahmen**

(225) Anknüpfend an die vorstehende Bewertung sollten die vorläufigen Antidumpingzölle nach Maßgabe von Artikel 7 Absatz 2 der Grundverordnung wie folgt festgelegt werden:

Land	Unternehmen	Dumpingspanne (in %)	Schadensspanne (in %)	Vorläufiger Antidumpingzoll (in %)
Ägypten	Egyptian Petrochemical Company	109,5	100,1	100,1
	TCI Sanmar Chemicals S.A.E.	86,1	74,2	74,2
	Alle übrigen Unternehmen	109,5	100,1	100,1
USA	Formosa Plastics Corporation	70,3	90,6	70,3
	Westlake Chemicals	58,0	87,2	58,0
	Andere mitarbeitende Unternehmen	62,1	88,3	62,1
	Alle übrigen Unternehmen	77,0	90,6	77,0

7. UNIONSINTERESSE

(226) Da die Kommission beschlossen hatte, Artikel 7 Absatz 2 der Grundverordnung anzuwenden, prüfte sie nach Artikel 21 der Grundverordnung, ob sich eindeutig der Schluss ziehen lässt, dass die Einführung von Maßnahmen trotz der Feststellung schädigenden Dumpings im vorliegenden Fall dem Unionsinteresse zuwiderliefe. Bei der Ermittlung des Unionsinteresses wurden die Interessen aller Beteiligten berücksichtigt, einschließlich der Interessen des Wirtschaftszweigs der Union, der Einführer und der Verwender.

7.1. **Interesse des Wirtschaftszweigs der Union**

(227) PVC ist ein industrielles Grundprodukt, das zahlreiche Anwendungsmöglichkeiten bietet. Eine gesunde PVC-Industrie ist für die Union aufgrund ihrer Verflechtungen mit mehreren nachgelagerten Industrien von wesentlicher Bedeutung. PVC wird in einer Vielzahl von Produkten verwendet, von Wasserrohren über Fenster und Kreditkarten bis hin zu elektrischen Kabeln.

(228) Die Einfuhren von PVC können die Produktion des Wirtschaftszweigs der Union nicht ohne Nebeneffekte ersetzen. Wie im Antrag dargelegt, ist die PVC-Industrie innerhalb der gesamten chemischen Industrie von großer Bedeutung. Wenn der Wirtschaftszweig der Union seine Produktion reduziert, würde dies eine geringere Nachfrage nach wichtigen Rohstoffen wie Ethylen und Chlor bedeuten. Auf PVC entfallen rund 30 % des Chlorverbrauchs in der Union, sodass sich jeder Rückgang der PVC-Produktion auf das „Chlor-Alkali-Verfahren“ auswirken und die Verfügbarkeit von Chlor, Natronlauge und Wasserstoff beeinträchtigen könnte.

(229) Die Kommission wies zwar die Forderung von Westlake zurück, die Einnahmen und Gewinne aus dem Verkauf von Natronlauge bei der Schadensbeurteilung zu berücksichtigen, da es sich um zwei eigenständige Wirtschaftszweige handelt, erkannte aber die Bedeutung von PVC für die chemische Industrie im Allgemeinen und für das „Chlor-Alkali-Verfahren“ im Besonderen an.

(230) Die Einführung von Antidumpingzöllen auf S-PVC-Einfuhren aus Ägypten und den USA würde dem Wirtschaftszweig der Union Sicherheit geben, die sich in stabilen Verkaufsmengen in der Union niederschlagen wird. Diese Sicherheit käme aus den oben genannten Gründen auch der chemischen Industrie insgesamt zugute. Darüber hinaus würden die Auswirkungen des Preisdrucks beseitigt, sodass der Wirtschaftszweig der Union nicht nur von stabileren Mengen profitieren würde, sondern auch weniger Ungewissheit darüber hätte, ob er seine Kosten decken könnte.

(231) Der PVC-Wirtschaftszweig der Union bietet gut bezahlte, qualifizierte Arbeitsplätze in der Union, und die Einführung von Antidumpingzöllen würde rund 4 000 direkte Arbeitsplätze und ein Vielfaches an indirekten Arbeitsplätzen in der chemischen Industrie im Allgemeinen schützen.

(232) Die Kommission kam zu dem Schluss, dass die Einführung von Antidumpingzöllen im Interesse des Wirtschaftszweigs der Union liegt.

7.2. **Einführer**

(233) Die Kommission erhielt von den Einführern in der Union keine Antworten auf den entsprechenden Fragebogen. Eine Reihe von Einführern übermittelte zwar Teilinformationen zur Unterstützung von Ausführern aus Ägypten und den USA, doch reichten diese Informationen nicht aus, um das Interesse dieser Einführer zu bewerten.

(234) Die Kommission räumte jedoch ein, dass die Einführer von S-PVC mit Ursprung in Ägypten und den USA durch die Einführung von Antidumpingzöllen möglicherweise frühzeitig mit geringeren S-PVC-Verkäufen konfrontiert werden. Die Einführer wären jedoch weiterhin in der Lage, mit anderen chemischen Erzeugnissen und mit in anderen Ländern hergestelltem S-PVC zu handeln, die möglicherweise wettbewerbsfähiger werden, sobald die gedumpten Einfuhren aus den betroffenen Ländern eingestellt werden.

(235) Die Kommission kam zu dem Schluss, dass die Einführung von Antidumpingzöllen auf S-PVC mit Ursprung in Ägypten und den USA wahrscheinlich keine dauerhaften Auswirkungen auf die Rentabilität der Händler haben wird.

7.3. **Verwender**

(236) Drei Verwender von S-PVC in der Union meldeten sich bei der Kommission und übermittelten die erforderlichen Antworten auf den Fragebogen: Rehau Industries SE & Co (Rehau), Foamalite und Granzplast. Rehau und Foamalite machten geltend, dass die Einführung von Antidumpingzöllen nicht im Interesse der Verwender in der Union liege, da sie sich wahrscheinlich in Form höherer Preise und größerer Macht für den Wirtschaftszweig der Union auswirken würden.

(237) Granzplast legte Informationen über seine S-PVC-Einkäufe vor, die es der Kommission ermöglichten, die möglichen Auswirkungen der Zölle auf die Gesamtkosten abzuschätzen.

(238) Rehau beantragte eine Anhörung bei der Kommission, die am 24. April 2024 stattfand. Die Anhörung fand gemeinsam mit dem verbundenen Schweizer Händler Meraxis AG statt.

(239) In Bezug auf die Bedenken der Verwender stellte die Kommission fest, dass die PVC-Industrie in der Union zwölf Hersteller umfasst und dass der Markt aufgrund der Eigenschaften der Ware äußerst wettbewerbsintensiv ist. Ebenso wie die Verwender in der Lage waren, von der Versorgung mit S-PVC zu Dumpingpreisen aus Ägypten und den USA zu profitieren, könnten sie auch weiterhin einen Unionslieferanten durch einen anderen ersetzen, um wettbewerbsfähigere Preise zu erzielen, vor allem aufgrund der großen Zahl von Unionsherstellern.

(240) Die Kommission schätzte ferner, dass die Gesamtauswirkungen auf die Kosten der Verwender angemessen begrenzt wären, da ihre S-PVC-Käufe aus den betroffenen Ländern einen Anteil von 5 % bis 10 % an den Gesamtkosten ausmachen. Diese begrenzten Auswirkungen auf ihre Kosten sollten zusammen mit den Vorteilen betrachtet werden, die eine gesunde PVC-Industrie in der Union mit mehreren Lieferanten bringen würde.

(241) Schließlich erkannte die Kommission an, dass die Verfügbarkeit von S-PVC aus den betroffenen Ländern aufgrund des Preisdrucks auf dem Markt ab 2022 den Verwendern zugutekam. Dies hat jedoch zu einer Situation geführt, in der der Wirtschaftszweig der Union Verluste verzeichnet, was nicht im langfristigen Interesse der Verwender liegt, da dies den Wettbewerb auf dem Unionsmarkt einschränken könnte, indem die Zahl der Hersteller verringert wird, die unter diesen Umständen weiterhin tätig sein können.

7.4. **Schlussfolgerung zum Unionsinteresse**

(242) Auf der Grundlage des vorstehenden Sachverhalts gelangte die Kommission zu dem Schluss, dass in dieser Phase der Untersuchung keine zwingenden Gründe für die Annahme bestehen, dass die Einführung von Maßnahmen gegenüber den Einfuhren von S-PVC mit Ursprung in Ägypten und den Vereinigten Staaten von Amerika dem Interesse der Union zuwiderlaufen würde.

8. VORLÄUFIGE ANTIDUMPINGMAßNAHMEN

(243) Auf der Grundlage der Schlussfolgerungen der Kommission zu Dumping, Schädigung, Schadensursache, Höhe der Maßnahmen und Unionsinteresse sollten vorläufige Maßnahmen eingeführt werden, um eine weitere Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union durch die gedumpten Einfuhren zu verhindern.

(244) Auf die Einfuhren von S-PVC mit Ursprung in Ägypten und den USA sollten im Einklang mit der Regel des niedrigeren Zolls in Artikel 7 Absatz 2 der Grundverordnung vorläufige Antidumpingmaßnahmen eingeführt werden. Die Kommission verglich die Schadensspannen mit den Dumpingspannen (siehe Erwägungsgrund 225). Die Zollsätze wurden in Höhe der niedrigeren der beiden Spannen festgesetzt.

(245) Auf dieser Grundlage sollten folgende vorläufige Antidumpingzölle, ausgedrückt als Prozentsatz des CIF-Preises frei Grenze der Union, unverzollt, eingeführt werden:

Land	Unternehmen	Vorläufiger Antidumpingzoll (in %)
Ägypten	Egyptian Petrochemical Company	100,1
	TCI Sanmar Chemicals S.A.E.	74,2
	Alle übrigen Unternehmen	100,1
USA	Formosa Plastics Corporation	70,3
	Westlake Chemicals	58,0
	Andere mitarbeitende Unternehmen	62,1
	Alle übrigen Unternehmen	77,0

(246) Die in dieser Verordnung aufgeführten unternehmensspezifischen Antidumpingzollsätze wurden anhand der Feststellungen dieser Untersuchung festgesetzt. Sie spiegeln demnach die in dieser Untersuchung für die Unternehmen festgestellte Situation wider. Diese Zollsätze gelten ausschließlich für die Einfuhren der betroffenen Ware mit Ursprung in den betroffenen Ländern, die von den namentlich genannten juristischen Personen hergestellt wurden. Einfuhren der betroffenen Ware, die von anderen, nicht im verfügenden Teil dieser Verordnung ausdrücklich genannten Unternehmen (einschließlich der mit den ausdrücklich genannten Unternehmen verbundenen Unternehmen) hergestellt werden, sollten dem für „alle übrigen Unternehmen“ geltenden Zollsatz unterliegen. Für sie sollte keiner der unternehmensspezifischen Antidumpingzollsätze gelten.

(247) Zur Minimierung des Umgehungsrisikos, das aufgrund der unterschiedlichen Zollsätze besteht, sind besondere Vorkehrungen zur Gewährleistung der Erhebung der unternehmensspezifischen Antidumpingzölle erforderlich. Die Unternehmen, für die ein unternehmensspezifischer Antidumpingzoll gilt, müssen den Zollbehörden der Mitgliedstaaten eine gültige Handelsrechnung vorlegen. Die Rechnung muss den in Artikel 1 Absatz 3 dieser Verordnung dargelegten Anforderungen entsprechen. Auf Einfuhren, für die keine solche Handelsrechnung vorgelegt wird, sollte der für „alle übrigen Unternehmen“ geltende Antidumpingzoll erhoben werden.

(248) Auch wenn die Vorlage dieser Rechnung erforderlich ist, damit die Zollbehörden der Mitgliedstaaten die unternehmensspezifischen Antidumpingzölle auf die Einfuhren anwenden können, stellt diese Rechnung nicht das einzige von den Zollbehörden zu berücksichtigende Element dar. So müssen die Zollbehörden der Mitgliedstaaten — auch wenn ihnen eine Rechnung vorgelegt wird, die alle in Artikel 1 Absatz 3 dieser Verordnung dargelegten Anforderungen erfüllt — ihre üblichen Prüfungen durchführen und können, wie in allen anderen Fällen, zusätzliche Dokumente (Versandpapiere usw.) verlangen, um die Richtigkeit der Angaben in der Erklärung zu überprüfen und sicherzustellen, dass die anschließende Anwendung des niedrigeren Zollsatzes unter Einhaltung der Zollvorschriften gerechtfertigt ist.

(249) Sollten sich die Ausfuhren eines der Unternehmen, die in den Genuss niedrigerer unternehmensspezifischer Zollsätze gelangen, nach der Einführung der betreffenden Maßnahmen beträchtlich erhöhen, so könnte allein schon der mengenmäßige Anstieg als Veränderung des Handelsgefüges aufgrund der Einführung von Maßnahmen im Sinne des Artikels 13 Absatz 1 der Grundverordnung interpretiert werden. Unter diesen Umständen kann, sofern die Voraussetzungen dafür erfüllt sind, eine Umgehungsuntersuchung eingeleitet werden. Im Rahmen dieser Untersuchung kann unter anderem geprüft werden, ob es notwendig ist, den individuellen Zollsatz/die individuellen Zollsätze aufzuheben und stattdessen einen landesweiten Zoll einzuführen.

9. INFORMATIONEN IM VORLÄUFIGEN STADIUM

(250) Im Einklang mit Artikel 19a der Grundverordnung unterrichtete die Kommission die interessierten Parteien über die geplante Einführung der vorläufigen Zölle. Diese Informationen wurden auch über die Website der GD HANDEL der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Den interessierten Parteien wurden drei Arbeitstage eingeräumt, um zur Richtigkeit der Berechnungen, über die sie unterrichtet worden waren, Stellung zu nehmen.

(251) Der ägyptische ausführende Hersteller TCI Sanmar brachte vor, dass die Kommission bei den einschlägigen Berechnungen einen höheren CIF-Preis frei Grenze der EU verwenden sollte, was zu einer niedrigeren Zielpreisunterbietungsspanne führen würde. In demselben Zusammenhang sollte dem Ausfuhrpreis ab Werk eine Spanne für den Händler hinzugefügt werden, um zu einem korrekten CIF-Preis frei Grenze der EU zu gelangen.

(252) Die Kommission prüfte das Vorbringen, kam jedoch zu dem Schluss, dass es nicht die Richtigkeit der Berechnungen betraf. Daher wird die Kommission das Vorbringen zusammen mit allen anderen Stellungnahmen nach der Veröffentlichung der vorläufigen Maßnahmen prüfen.

(253) Der US-amerikanische ausführende Hersteller Formosa Plastics Corporation übermittelte eine Stellungnahme zur Vorunterrichtung, in der er die Kommission aufforderte, die Methode zur Ermittlung der VVG-Kosten zu überarbeiten.

(254) Die Kommission prüfte die Stellungnahmen eingehend. Eines der Vorbringen betraf die Richtigkeit der Berechnung, und die VVG-Berechnung wurde daher geändert, während sich die anderen Vorbringen nicht auf die Richtigkeit der Berechnung bezogen. Diese Vorbringen werden daher zusammen mit allen anderen Stellungnahmen nach der Veröffentlichung der vorläufigen Maßnahmen geprüft.

10. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

(255) Im Interesse einer ordnungsgemäßen Verwaltung fordert die Kommission die interessierten Parteien auf, innerhalb einer vorgegebenen Frist schriftlich Stellung zu nehmen und/oder eine Anhörung vor der Kommission zu beantragen.

(256) Die Feststellungen zur Einführung von vorläufigen Zöllen sind naturgemäß vorläufig und können im Rahmen der endgültigen Sachaufklärung geändert werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

(1) Auf die Einfuhren von Suspensionspolyvinylchlorid („S-PVC“), das nicht mit anderen Stoffen gemischt ist, mit Ursprung in Ägypten und den Vereinigten Staaten von Amerika, das derzeit unter dem KN-Code ex 3904 10 00 (TARIC-Codes 3904 10 00 15 und 3904 10 00 80) eingereiht wird, wird ein vorläufiger Antidumpingzoll eingeführt.

(2) Für die in Absatz 1 beschriebene und von den nachstehend aufgeführten Unternehmen hergestellte Ware gelten folgende vorläufige Antidumpingzollsätze auf den Nettopreis frei Grenze der Union, unverzollt:

Ursprungsland	Unternehmen	Vorläufiger Antidumpingzoll	TARIC-Zusatzcode
Ägypten	Egyptian Petrochemical Company	100,1 %	89BA
	TCI Sanmar Chemicals S.A.E.	74,2 %	89BB
	Alle übrigen Einfuhren mit Ursprung in Ägypten	100,1 %	8999
USA	Formosa Plastics Corporation	70,3 %	89BC

	Westlake Chemicals	58,0 %	89BD
	Oxy Vinyls, LP	62,1 %	89BE
	Shintech Incorporated	62,1 %	89BF
	Alle übrigen Einfuhren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika	77,0 %	8999

(3) Die Anwendung der unternehmensspezifischen Zollsätze für die in Absatz 2 genannten Unternehmen setzt voraus, dass den Zollbehörden der Mitgliedstaaten eine gültige Handelsrechnung vorgelegt wird; diese muss eine Erklärung enthalten, die von einer dafür zuständigen, mit Name und Funktion ausgewiesenen Person des rechnungsstellenden Unternehmens datiert und unterzeichnet wurde und deren Wortlaut wie folgt lautet: „Der/Die Unterzeichnete versichert, dass die auf dieser Rechnung aufgeführten und zur Ausfuhr in die Europäische Union verkauften [Mengenangabe] [betroffene Ware] von [Name und Anschrift des Unternehmens] ([TARIC-Zusatzcode]) in [betroffenes Land] hergestellt wurden und dass die Angaben auf dieser Rechnung vollständig und richtig sind.“ Wird keine solche Handelsrechnung vorgelegt, findet der für alle übrigen Unternehmen geltende Zollsatz Anwendung.

(4) Die Überführung der in Absatz 1 genannten Ware in den zollrechtlich freien Verkehr in der Union ist von der Leistung einer Sicherheit in Höhe des vorläufigen Zolls abhängig.

(5) Sofern nichts anderes bestimmt ist, finden die geltenden Zollvorschriften Anwendung.

Artikel 2

(1) Stellungnahmen interessierter Parteien zu dieser Verordnung sind innerhalb von 15 Kalendertagen nach Inkrafttreten dieser Verordnung an die Kommission zu übermitteln.

(2) Anhörungen bei der Kommission sind von interessierten Parteien innerhalb von fünf Kalendertagen nach Inkrafttreten dieser Verordnung zu beantragen.

(3) Anhörungen bei der Anhörungsbeauftragten für Handelsverfahren können von interessierten Parteien innerhalb von fünf Kalendertagen nach Inkrafttreten dieser Verordnung beantragt werden. Anträge, die nach Ablauf dieser Frist eingereicht werden, können von der Anhörungsbeauftragten geprüft werden; sie kann entscheiden, diese Anträge anzunehmen, falls dies angemessen ist.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Artikel 1 gilt für die Dauer von sechs Monaten.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 11. Juli 2024

Für die Kommission
Die Präsidentin
Ursula VON DER LEYEN

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/1897

12.7.2024

DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2024/1897 DER KOMMISSION

vom 11. Juli 2024

zur Genehmigung einer Änderung eines traditionellen Begriffs im Weinsektor gemäß Artikel 115 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates („Fino“)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 922/72, (EWG) Nr. 234/79, (EG) Nr. 1037/2001 und (EG) Nr. 1234/2007 des Rates ([1]), insbesondere auf Artikel 115 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Gemäß Artikel 28 Absätze 2 und 3 und Artikel 34 der Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission ([2]) hat die Kommission den Antrag Spaniens auf Genehmigung einer Änderung des traditionellen Begriffs „Fino“ geprüft und im *Amtsblatt der Europäischen Union* ([3]) veröffentlicht.

(2) Bei der Kommission ist kein Einspruch gemäß Artikel 22 der Durchführungsverordnung (EU) 2019/34 der Kommission ([4]) eingegangen.

(3) Gemäß Artikel 31 Absatz 3 der Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 sollte die Änderung des traditionellen Begriffs „Fino“ daher genehmigt und in das elektronische Register der geschützten traditionellen Begriffe gemäß Artikel 25 der Durchführungsverordnung (EU) 2019/34 eingetragen werden.

(4) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ausschusses für die gemeinsame Organisation der Agrarmärkte —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die im *Amtsblatt der Europäischen Union* veröffentlichte Änderung des traditionellen Begriffs „Fino“ wird genehmigt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

([1]) ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 671, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2013/1308/oj.

([2]) Delegierte Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission vom 17. Oktober 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Anträge auf Schutz von Ursprungsbezeichnungen, geografischen Angaben und traditionellen Begriffen im Weinsektor, das Einspruchsverfahren, Einschränkungen der Verwendung, Änderungen der Produktspezifikationen, die Löschung des Schutzes sowie die Kennzeichnung und Aufmachung (ABl. L 9 vom 11.1.2019, S. 2, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_del/2019/33/oj).

([3]) ABl. C, C/2024/1122, 25.1.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2024/1122/oj.

([4]) Durchführungsverordnung (EU) 2019/34 der Kommission vom 17. Oktober 2018 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Anträge auf Schutz von Ursprungsbezeichnungen, geografischen Angaben und traditionellen Begriffen im Weinsektor, das Einspruchsverfahren, Änderungen der Produktspezifikationen, das Register der geschützten Bezeichnungen, die Löschung des Schutzes und die Verwendung von Zeichen sowie zur Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf ein geeignetes Kontrollsystem (ABl. L 9 vom 11.1.2019, S. 46, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2019/34/oj).

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 11. Juli 2024

Für die Kommission
Die Präsidentin
Ursula VON DER LEYEN

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/1898

12.7.2024

DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2024/1898 DER KOMMISSION

vom 11. Juli 2024

zur Genehmigung einer Änderung eines traditionellen Begriffs im Weinsektor gemäß Artikel 115 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates („Amontillado“)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 922/72, (EWG) Nr. 234/79, (EG) Nr. 1037/2001 und (EG) Nr. 1234/2007 des Rates ([1]), insbesondere auf Artikel 115 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Gemäß Artikel 28 Absätze 2 und 3 und Artikel 34 der Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission ([2]) hat die Kommission den Antrag Spaniens auf Genehmigung einer Änderung des traditionellen Begriffs „Amontillado“ geprüft und im *Amtsblatt der Europäischen Union* ([3]) veröffentlicht.

(2) Bei der Kommission ist kein Einspruch gemäß Artikel 22 der Durchführungsverordnung (EU) 2019/34 der Kommission ([4]) eingegangen.

(3) Gemäß Artikel 31 Absatz 3 der Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 sollte die Änderung des traditionellen Begriffs „Amontillado“ daher genehmigt und in das elektronische Register der geschützten traditionellen Begriffe gemäß Artikel 25 der Durchführungsverordnung (EU) 2019/34 eingetragen werden.

(4) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ausschusses für die gemeinsame Organisation der Agrarmärkte —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die im *Amtsblatt der Europäischen Union* veröffentlichte Änderung des traditionellen Begriffs „Amontillado“ wird genehmigt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

([1]) ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 671, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2013/1308/oj.

([2]) Delegierte Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission vom 17. Oktober 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Anträge auf Schutz von Ursprungsbezeichnungen, geografischen Angaben und traditionellen Begriffen im Weinsektor, das Einspruchsverfahren, Einschränkungen der Verwendung, Änderungen der Produktspezifikationen, die Löschung des Schutzes sowie die Kennzeichnung und Aufmachung (ABl. L 9 vom 11.1.2019, S. 2, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_del/2019/33/oj).

([3]) ABl. C, C/2024/1135, 26.1.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2024/1135/oj.

([4]) Durchführungsverordnung (EU) 2019/34 der Kommission vom 17. Oktober 2018 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Anträge auf Schutz von Ursprungsbezeichnungen, geografischen Angaben und traditionellen Begriffen im Weinsektor, das Einspruchsverfahren, Änderungen der Produktspezifikationen, das Register der geschützten Bezeichnungen, die Löschung des Schutzes und die Verwendung von Zeichen sowie zur Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf ein geeignetes Kontrollsystem (ABl. L 9 vom 11.1.2019, S. 46, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2019/34/oj).

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 11. Juli 2024

Für die Kommission
Die Präsidentin
Ursula VON DER LEYEN

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/1900

12.7.2024

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS (EU) 2024/1900 DER KOMMISSION

vom 11. Juli 2024

zur Einstellung der Antisubventionsuntersuchung betreffend die Einfuhren bestimmter Alkylphosphatester mit Ursprung in der Volksrepublik China

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2016/1037 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über den Schutz gegen subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Union gehörenden Ländern ([1]), insbesondere auf Artikel 14 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

1. VERFAHREN

(1) Der Europäischen Kommission (im Folgenden „Kommission“) liegt ein Antrag nach Artikel 10 der Verordnung (EU) 2016/1037 (im Folgenden „Grundverordnung“) vor, dem zufolge die Einfuhren von bestimmten Alkylphosphatestern mit Ursprung in der Volksrepublik China subventioniert sind und dadurch den Wirtschaftszweig der Union schädigen.

(2) Der Antrag wurde am 8. November 2023 von ICL Europe u. a., Lanxess Deutschland GmbH und PCC Rokita S.A (im Folgenden „Antragsteller“) eingereicht. Der Antrag wurde im Sinne des Artikels 10 Absatz 6 der Grundverordnung im Namen des Wirtschaftszweigs der Union für bestimmte Alkylphosphatester gestellt.

(3) Am 21. Dezember 2023 leitete die Kommission nach Artikel 10 der Grundverordnung eine Untersuchung ein.

(4) Am 11. August 2023 hatte die Kommission eine Antidumpinguntersuchung betreffend die Einfuhren der gleichen Ware aus der Volksrepublik China eingeleitet ([2]), und am 11. April 2024 wurden vorläufige Maßnahmen auf diese Einfuhren eingeführt ([3]).

2. RÜCKNAHME DES ANTRAGS

(5) In einer E-Mail an die Kommission vom 15. April 2024 zogen die Antragsteller ihren Antrag zurück.

(6) Gemäß Artikel 14 Absatz 1 der Grundverordnung kann das Verfahren eingestellt werden, es sei denn, dass dies nicht im Interesse der Union liegt.

(7) Bei der Untersuchung waren keine Hinweise darauf gefunden worden, dass die Einstellung dem Interesse der Union zuwiderlaufen würde.

3. SCHLUSSFOLGERUNG UND UNTERRICHTUNG

(8) Die Kommission kam daher zu dem Schluss, dass das Verfahren eingestellt werden sollte, ohne formell über die Subventionierung der chinesischen ausführenden Hersteller zu befinden.

(9) Die interessierten Parteien wurden davon unterrichtet und erhielten Gelegenheit zur Stellungnahme.

(10) Es gingen keine Stellungnahmen ein.

([1]) ABl. L 176 vom 30.6.2016, S. 55.

([2]) Bekanntmachung der Einleitung eines Antidumpingverfahrens betreffend die Einfuhren bestimmter Alkylphosphatester mit Ursprung in der Volksrepublik China (ABl. C 282 vom 11.8.2023, S. 4).

([3]) Durchführungsverordnung (EU) 2024/1064 der Kommission vom 9. April 2024 zur Einführung eines vorläufigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren bestimmter Alkylphosphatester mit Ursprung in der Volksrepublik China (ABl. L, 2024/1064, 10.4.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2024/1064/oj).

(11) Dieser Beschluss steht im Einklang mit der Stellungnahme des mit Artikel 25 Absatz 1 der Grundverordnung eingesetzten Ausschusses —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Die Antisubventionsuntersuchung betreffend die Einfuhren bestimmter Alkylphosphatester mit Ursprung in der Volksrepublik China, die derzeit unter dem KN-Code ex 2919 90 00 (TARIC-Codes 2919 90 00 50 und 2919 90 00 65) und dem KN-Code ex 3824 99 92 (TARIC-Code 3824 99 92 38) eingereiht werden, wird hiermit eingestellt.

Artikel 2

Dieser Beschluss tritt am Tag nach seiner Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Brüssel, den 11. Juli 2024

Für die Kommission
Die Präsidentin
Ursula VON DER LEYEN

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/1915

12.7.2024

DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2024/1915 DER KOMMISSION

vom 11. Juli 2024

zur Einführung eines vorläufigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren mobiler Zugangstechnik mit Ursprung in der Volksrepublik China

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2016/1036 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Union gehörenden Ländern [1] (im Folgenden „Grundverordnung"), insbesondere auf Artikel 7,

nach Anhörung der Mitgliedstaaten,

in Erwägung nachstehender Gründe:

1. VERFAHREN

1.1. Einleitung

(1) Am 13. November 2023 leitete die Europäische Kommission (im Folgenden „Kommission") nach Artikel 5 der Grundverordnung eine Antidumpinguntersuchung betreffend die Einfuhren mobiler Zugangstechnik (mobile access equipment — im Folgenden „MAE") mit Ursprung in der Volksrepublik China (im Folgenden „betroffenes Land" oder „VR China") ein. Sie veröffentlichte eine Einleitungsbekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Union* [2] (im Folgenden „Einleitungsbekanntmachung").

(2) Die Kommission leitete die Untersuchung auf einen Antrag hin ein, der am 29. September 2023 vom „Bündnis zur Wiederherstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen in der Branche der mobilen Zugangstechnik in der EU" (CMAE — im Folgenden „Antragsteller") eingereicht wurde. Der Antrag wurde im Sinne des Artikels 5 Absatz 4 der Grundverordnung im Namen des Wirtschaftszweigs der Union für MAE gestellt. Die mit dem Antrag vorgelegten Beweise für das Vorliegen von Dumping und für eine dadurch verursachte Schädigung rechtfertigten die Einleitung einer Untersuchung.

1.2. Zollamtliche Erfassung der Einfuhren

(3) Am 15. Januar 2024 und am 12. März 2024 beantragte der Antragsteller nach Artikel 14 Absatz 5 der Grundverordnung die zollamtliche Erfassung der Einfuhren von MAE mit Ursprung in der VR China.

(4) In ihren Stellungnahmen vom 22. Januar 2024 und 21. Mai 2024 äußerte sich die chinesische Handelskammer für die Ein- und Ausfuhr von Maschinen und Elektronikerzeugnissen (China Chamber of Commerce for Import and Export of Machinery and Electronic Products — im Folgenden „CCCME"), die befugt war, in dieser Untersuchung acht ausführende Hersteller zu vertreten [3], zu den Anträgen des Antragstellers auf zollamtliche Erfassung der Einfuhren. Sie vertrat die Auffassung, dass die Anträge keine ausreichenden Beweise enthielten, die die zollamtliche Erfassung der Einfuhren rechtfertigten. Sie vertrat hauptsächlich die Auffassung, dass die Einfuhrstatistiken nicht zuverlässig seien, da die KN-Codes andere Waren enthielten, dass der Anstieg in jedem Fall nicht erheblich und durch die Saisonabhängigkeit der Nachfrage beeinflusst worden sei. Sie war außerdem der Ansicht, dass der nachfragegesteuerte Markt für MAE weder unerwartete zusätzliche Einfuhren noch eine unerwartete Erhöhung der Lagerbestände zulasse.

(5) Die Kommission wies diese Stellungnahme der CCCME zurück, da der zweite, vom Antragsteller am 12. März 2024 eingereichte Antrag auf zollamtliche Erfassung hinreichende Beweise für den Anstieg der Einfuhren nach der Einleitung enthielt, auch unter Berücksichtigung der Saisonabhängigkeit der Nachfrage.

[1] ABl. L 176 vom 30.6.2016, S. 21. ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2016/1036/oj.

[2] Bekanntmachung der Einleitung eines Antidumpingverfahrens betreffend die Einfuhren mobiler Zugangstechnik mit Ursprung in der Volksrepublik China (ABl. C, C/2023/783, 13.11.2023, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2023/783/oj).

[3] Zhejiang Dingli Machinery Co., Ltd., Hunan Sinoboom Intelligent Equipment Co., Ltd, Fronteq (Changzhou) Machinery Co., Ltd., XCMG Fire-fighting Safety Equipment Co., Ltd, Zoomlion Intelligent Access Machinery Co., Ltd., Jiangsu Liugong Machinery, Co., Ltd, Lingong Heavy Machinery Co., Ltd und Sany Aerial Work Equipment Co., Ltd.

(6) Die Kommission hielt die Stellungnahmen der CCCME für unbegründet. Bei der Analyse der Einfuhrmengen nach der Einleitung der Untersuchung wurde nur die betroffene Ware berücksichtigt, und die Auswirkungen der Saisonabhängigkeit wurden durch einen Vergleich der gleichen Zeiträume des Jahres vor und nach der Einleitung der Untersuchung untersucht. Auf der Grundlage der in den Anträgen enthaltenen Informationen und der Analyse der Einfuhrstatistiken vor und nach der Einleitung gelangte die Kommission zu dem Schluss, dass genügend Beweise vorlagen, um die zollamtliche Erfassung der Einfuhren zu rechtfertigen.

(7) Nach Artikel 14 Absatz 5 der Grundverordnung beschloss die Kommission mit der Durchführungsverordnung (EU) 2024/1450 der Kommission ([4]), dass die Einfuhren der betroffenen Ware zollamtlich erfasst werden sollen, damit, falls die Untersuchungsergebnisse zur Einführung von Antidumpingzöllen führen, diese Zölle bei Erfüllung der nötigen Voraussetzungen nach Maßgabe der geltenden Rechtsvorschriften rückwirkend auf die zollamtlich erfassten Einfuhren erhoben werden können.

1.3. **Interessierte Parteien**

(8) In der Einleitungsbekanntmachung forderte die Kommission interessierte Parteien auf, mit ihr Kontakt aufzunehmen und bei der Untersuchung mitzuarbeiten. Ferner unterrichtete die Kommission eigens den Antragsteller, andere ihr bekannte Unionshersteller, die ihr bekannten ausführenden Hersteller, die chinesischen Behörden sowie die ihr bekannten Einführer und Verwender über die Einleitung der Untersuchung und forderte sie zur Mitarbeit auf.

(9) Die interessierten Parteien erhielten Gelegenheit, zur Einleitung der Untersuchung Stellung zu nehmen und eine Anhörung durch die Kommission und/oder die Anhörungsbeauftragte in Handelsverfahren zu beantragen. Bei der Kommission gingen Stellungnahmen ein, die in den jeweiligen Abschnitten behandelt wurden.

1.4. **Stellungnahmen der Parteien nach der Einleitung des Verfahrens**

(10) Stellungnahmen gingen von der CCCME und dem Antragsteller ein.

1.4.1. *Stellungnahme der CCCME*

(11) Am 22. Januar 2024 übermittelte die CCCME eine Stellungnahme zu verschiedenen Aspekten der Untersuchung. Die Stellungnahmen zu spezifischen Aspekten der Untersuchung wurden gegebenenfalls in den spezifischen Abschnitten dieser Verordnung behandelt.

(12) Die CCCME übermittelte ebenfalls Stellungnahmen zum Antrag (einschließlich Fragen im Zusammenhang mit der Schädigung und der Schadensursache). Diese Stellungnahmen zu den vorläufigen Beweisen im Antrag gingen mehr als einen Monat nach Ablauf der in Abschnitt 5.2 der Einleitungsbekanntmachung gesetzten Frist von 37 Tagen ein und konnten daher nicht berücksichtigt werden. Die Kommission erinnert jedoch daran, dass die Voraussetzungen für die Einleitung der Untersuchung erfüllt waren, d. h., dass die Richtigkeit und Stichhaltigkeit der vom Antragsteller vorgelegten Beweise als ausreichend angesehen wurden. Sie erinnert zudem daran, dass der für einen Antrag erforderliche rechtliche Maßstab (im Folgenden „ausreichende Beweise“) deutlich macht, dass Quantität und Qualität der im Antrag enthaltenen Informationen nicht derselben Quantität und Qualität der Informationen entsprechen, die am Ende einer Untersuchung zur Verfügung stehen. Nach der Unterrichtung über die vorläufigen Feststellungen haben die Parteien in jedem Fall Gelegenheit, zu den vorläufigen Feststellungen einschließlich Fragen der Schädigung und der Schadensursache Stellung zu nehmen.

(13) Die CCCME brachte ferner vor, dass sie ihr Recht auf Verteidigung nicht in vollem Umfang wahrnehmen könne, da die im Antrag vorgelegten Beweise stark geschwärzt seien und nur grobe Schätzungen enthielten, ohne dass die Gründe dafür ausreichend dargelegt würden. Sie forderte die Kommission daher auf, den Antragsteller aufzufordern, eine ausreichend detaillierte offene Fassung vorzulegen.

([4]) Durchführungsverordnung (EU) 2024/1450 der Kommission vom 23. Mai 2024 zur zollamtlichen Erfassung der Einfuhren mobiler Zugangstechnik mit Ursprung in der Volksrepublik China (ABl. L, 2024/1450, 24.5.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2024/1450/oj).

(14) Die Kommission stellt zunächst fest, dass die CCCME in eigenem Namen keine Verteidigungsrechte hat, da sie kein repräsentativer Verband im Sinne der Grundverordnung ist und daher nicht als interessierte Partei im Sinne der genannten Verordnung angesehen werden kann. Was die Verteidigungsrechte der von ihr vertretenen ausführenden Hersteller betrifft, so vertritt die Kommission die Auffassung, dass die zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmte Fassung des Antrags alle wesentlichen Beweise und nicht vertrauliche Zusammenfassungen der vertraulichen Angaben enthielt, sodass die interessierten Parteien ihr Verteidigungsrecht während des gesamten Verfahrens wahrnehmen konnten. Sie stellt ferner fest, dass der Antrag der CCCME mehr als zwei Monate nach der Einleitung des Verfahrens einging und nur bloße Behauptungen enthielt, aber keine begründeten Vorbringen zu einem konkreten fehlenden Beweisstück. Daher wies die Kommission das Vorbringen zurück.

1.4.2. *Stellungnahme des Antragstellers*

(15) Der Antragsteller nahm zum Vorbringen der CCCME Stellung. Er vertrat die Auffassung, dass die verschiedenen Stellungnahmen nicht berücksichtigt werden sollten, da sie nach Ablauf der in der Einleitungsbekanntmachung gesetzten Verfahrensfristen eingingen. Er übermittelte zusätzliche Stellungnahmen zur Warendefinition, zu nennenswerten Verzerrungen und zu den Schadensaspekten der Untersuchung, die je nach Sachlage in den nachstehenden Abschnitten behandelt werden.

1.5. **Stichprobenverfahren**

(16) In der Einleitungsbekanntmachung wies die Kommission darauf hin, dass sie möglicherweise nach Artikel 17 der Grundverordnung eine Stichprobe der interessierten Parteien bilden werde.

1.5.1. *Bildung einer Stichprobe der Unionshersteller*

(17) In der Einleitungsbekanntmachung gab die Kommission bekannt, dass sie eine vorläufige Stichprobe der Unionshersteller gebildet hatte. Die Kommission wählte die Stichprobe auf der Grundlage der größten repräsentativen Verkaufs- und Produktionsmenge der gleichartigen Ware in der Union im Untersuchungszeitraum aus, die in angemessener Weise in der zur Verfügung stehenden Zeit untersucht werden konnte.

(18) Diese Stichprobe umfasste drei Unionshersteller, auf die 55 % der geschätzten Gesamtproduktion in der Union und 52 % der Verkäufe der gleichartigen Ware aller Unionshersteller auf dem Unionsmarkt entfielen. Mit der Auswahl der drei größten Unionshersteller und -verkäufer im Untersuchungszeitraum mit jeweiligem Geschäftssitz in zwei unterschiedlichen Mitgliedstaaten deckte die Kommission im Einklang mit Artikel 17 Absatz 1 der Grundverordnung die größte repräsentative Produktions- und Verkaufsmenge ab, die in angemessener Weise in der zur Verfügung stehenden Zeit untersucht werden konnte. Die Kommission forderte die interessierten Parteien auf, zur vorläufigen Stichprobe Stellung zu nehmen. Es gingen keine Stellungnahmen ein. Die Kommission kam zu dem Schluss, dass die Stichprobe der Unionshersteller repräsentativ für den Wirtschaftszweig der Union war.

1.5.2. *Bildung einer Stichprobe der Einführer*

(19) Um über die Notwendigkeit eines Stichprobenverfahrens entscheiden und gegebenenfalls eine Stichprobe bilden zu können, forderte die Kommission die unabhängigen Einführer auf, ihr innerhalb von sieben Tagen nach Veröffentlichung der Bekanntmachung die in Anhang der Einleitungsbekanntmachung aufgeführten Informationen zu übermitteln. Kein Einführer übermittelte die Informationen und arbeitete an der Untersuchung mit.

1.5.3. *Bildung einer Stichprobe der ausführenden Hersteller in der VR China*

(20) Die Kommission bat alle ausführenden Hersteller in der VR China um Vorlage der in der Einleitungsbekanntmachung genannten Informationen, um über die Notwendigkeit eines Stichprobenverfahrens entscheiden und gegebenenfalls eine Stichprobe bilden zu können. Ferner ersuchte sie die Vertretung der Volksrepublik China bei der Europäischen Union, gegebenenfalls andere ausführende Hersteller zu ermitteln und/oder zu kontaktieren, die an einer Mitarbeit bei der Untersuchung interessiert sein könnten.

(21) Achtzehn ausführende Hersteller im betroffenen Land übermittelten die erbetenen Informationen und stimmten ihrer Einbeziehung in die Stichprobe zu. Nach Artikel 17 Absatz 1 der Grundverordnung bildete die Kommission auf der Grundlage der größten repräsentativen Ausfuhrmenge in die Union eine Stichprobe mit vier Unternehmen, die in angemessener Weise in der verfügbaren Zeit untersucht werden konnte. Alle der Kommission bekannten betroffenen ausführenden Hersteller und die Behörden des betroffenen Landes wurden nach Artikel 17 Absatz 2 der Grundverordnung zur Bildung der Stichprobe konsultiert.

(22) Das Bündnis zur Wiederherstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen in der Branche der mobilen Zugangstechnik in der EU (CMAE) brachte vor, dass die Kommission die Repräsentativität der Stichprobe sicherstellen sollte, indem sie Faktoren berücksichtigt, die über die Ausfuhrmenge hinausgehen, wie die Eigentumsverhältnisse der Ausführer, die Inlandsverkäufe und die Produktionskapazität. Die Kommission folgte bei ihrer Analyse den Bestimmungen von Artikel 17 Absatz 1 und konzentrierte sich auf die wichtigsten Kriterien für die Auswahl der Stichprobe; sie weist diese Argumente daher zurück.

(23) In Anbetracht der vorstehenden Ausführungen hält die Kommission an der ursprünglichen Stichprobe fest, auf die 68,91 % der geschätzten Gesamtmenge der MAE-Ausfuhren aus der Volksrepublik China in die Union im Untersuchungszeitraum entfielen.

(24) Am 15. Mai 2024 wurde JLG davon in Kenntnis gesetzt, dass die Kommission beabsichtigte, Artikel 18 der Grundverordnung anzuwenden, da sich bei der Überprüfung der Fragebogenantwort herausstellte, dass ein Teil der Antwort auf einem System beruhte, auf dessen Daten nicht in Echtzeit zugegriffen werden konnte. Die Kommission konnte nicht feststellen, ob die zur Erstellung des Fragebogens herangezogenen Informationen vor der Einleitung der Untersuchung heruntergeladen wurden oder nicht. Daher konnte die Kommission nicht feststellen, ob die in der Antwort auf den Fragebogen übermittelten Informationen aus dem Rechnungsführungssystem des Unternehmens stammten und ob die Informationen insbesondere die Verbrauchsraten der Inputs korrekt widerspiegelten.

(25) Am 23. Mai 2024 wurde Sinoboom davon in Kenntnis gesetzt, dass die Kommission beabsichtigte, Artikel 18 der Grundverordnung auf die Daten anzuwenden, die in seiner Fragebogenantwort nicht überprüft werden konnten. Während des Kontrollbesuchs wurde ein Problem bei der Angabe der Produktionsfaktoren in Bezug auf selbst hergestellte und zugekaufte Strukturteile festgestellt. Die Kommission kam vorläufig zu dem Schluss, dass die von Sinoboom vorgelegten Kostendaten die tatsächlich entstandenen Kosten nicht genau widerspiegeln, insbesondere bei den selbst hergestellten Teilen.

(26) Sowohl JLG als auch Sinoboom übermittelten Stellungnahmen zur beabsichtigten Anwendung des Artikels 18 der Grundverordnung. JLG widersprach der Anwendung der besten verfügbaren Informationen auf der Grundlage von Artikel 18 und beantragte eine Anhörung mit der Anhörungsbeauftragten. Am 6. Juni 2024 übermittelte JLG in einer Sitzung mit dem Sachbearbeiterteam einige Klarstellungen, und es wurde vorläufig beschlossen, bei der rechnerischen Ermittlung des Normalwerts von JLG teilweise die besten verfügbaren Informationen heranzuziehen. Die Ausfuhrpreise von JLG konnten weiterhin für die Berechnung der Dumpingspanne herangezogen werden, da sie von dem oben beschriebenen Problem nicht betroffen waren. Eine endgültige Entscheidung wird nach weiteren Untersuchungen im Rahmen der endgültigen Sachaufklärung getroffen, wobei auch die Stellungnahme der Anhörungsbeauftragten berücksichtigt wird.

(27) Am 31. Mai 2024 übermittelte Sinoboom eine Stellungnahme zur Anwendung des Artikels 18, die jedoch nichts an der vorläufigen Schlussfolgerung änderte, dass in Bezug auf bestimmte Produktionsfaktoren die besten verfügbaren Informationen anzuwenden sind. Seine Ausfuhrpreise konnten weiterhin für die Berechnung der Dumpingspanne herangezogen werden. Eine endgültige Entscheidung über den Anwendungsbereich der verfügbaren Informationen wird im Rahmen der endgültigen Sachaufklärung getroffen.

1.5.4. *Fragebogenantworten und Kontrollbesuche*

(28) Die Kommission übersandte der Regierung der Volksrepublik China (im Folgenden „chinesische Regierung“) einen Fragebogen zum Vorliegen nennenswerter Verzerrungen in der VR China im Sinne des Artikels 2 Absatz 6a Buchstabe b der Grundverordnung.

(29) Darüber hinaus legte der Antragsteller in seinem Antrag ausreichende Beweise für Verzerrungen bei den Rohstoffpreisen in der VR China in Bezug auf die betroffene Ware vor. Daher deckte die Untersuchung, wie in der Einleitungsbekanntmachung angekündigt, diese Verzerrungen des Rohstoffangebots ab, um festzustellen, ob Artikel 7 Absätze 2a und 2b der Grundverordnung in Bezug auf die VR China anzuwenden sind. Aus diesem Grund sandte die Kommission der Regierung der Volksrepublik China zusätzliche Fragebogen zu.

(30) Die Kommission sandte Fragebogen an die drei in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller, den Antragsteller, die in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Hersteller, die ihr bekannten Einführer und die Verwender. Dieselben Fragebogen wurden am Tag der Untersuchungseinleitung auch online bereitgestellt.

(31) Die Kommission holte alle Informationen ein, die sie für die vorläufige Ermittlung von Dumping, einer daraus resultierenden Schädigung und des Unionsinteresses benötigte, und prüfte sie. Bei den folgenden Parteien wurden Kontrollbesuche nach Artikel 16 der Grundverordnung durchgeführt:

a) Unionshersteller und deren Verbände:

— Haulotte Arges (Rumänien),

— Haulotte Group (Frankreich),

— Manitou (Frankreich),

— Bündnis zur Wiederherstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen in der Branche der mobilen Zugangstechnik in der EU;

b) Ausführende Hersteller in der VR China:

— Hunan Sinoboom Intelligent Equipment Co., Ltd. (im Folgenden „Sinoboom"),

— Oshkosh JLG (Tianjin) Equipment Technology Co., Ltd. (im Folgenden „JLG"),

— Terex (Changzhou) Machinery Co., Ltd. (im Folgenden „Terex"),

— Zhejiang Dingli Machinery Co., Ltd. (im Folgenden „Dingli").

1.6. **Untersuchungszeitraum und Bezugszeitraum**

(32) Die Untersuchung von Dumping und Schädigung betraf den Zeitraum vom 1. Oktober 2022 bis zum 30. September 2023 (im Folgenden „Untersuchungszeitraum" oder „UZ"). Die Untersuchung der für die Schadensanalyse relevanten Entwicklungen betraf den Zeitraum vom 1. Januar 2020 bis zum Ende des Untersuchungszeitraums (im Folgenden „Bezugszeitraum").

2. UNTERSUCHTE WARE

2.1. **Untersuchte Ware**

(33) Bei der untersuchten Ware handelt es sich um mobile Zugangstechnik (MAE), konstruiert zum Heben von Personen, selbstfahrend, mit einer maximalen Arbeitshöhe von 6 Metern oder mehr, und vormontierte oder montagefertige Bauteile davon, ausgenommen einzelne, gesondert gestellte Komponenten und ausgenommen Personenhebeeinrichtungen, die an Fahrzeugen der Kapitel 86 und 87 des Harmonisierten Systems angebracht sind (im Folgenden „untersuchte Ware"), die derzeit unter den KN-Codes ex 8427 10 10, ex 8427 20 19, ex 8428 90 90, ex 8431 20 00 und ex 8431 39 00 (TARIC-Codes: 8427 10 10 10, 8427 20 19 10, 8428 90 90 20, 8431 20 00 60 und 8431 39 00 10) eingereiht werden.

(34) Die Warendefinition umfasst Maschinen, die zum Heben von Personen in einer Vielzahl unterschiedlicher Anwendungen eingesetzt werden, sowie Hebebühnen mit Gelenk-Teleskop-Ausleger, Teleskop-Hebebühnen, Scherenhebebühnen und vertikale Rollstuhllifte.

2.2. **Betroffene Ware**

(35) Bei der betroffenen Ware handelt es sich um mobile Zugangstechnik mit Ursprung in der Volksrepublik China (im Folgenden „betroffene Ware").

2.3. **Gleichartige Ware**

(36) Die Untersuchung ergab, dass die folgenden Waren dieselben grundlegenden materiellen und technischen Eigenschaften und dieselben grundlegenden Verwendungen haben:

— die betroffene Ware,

— die in der VR China hergestellte und auf dem dortigen Inlandsmarkt verkaufte Ware,

— die vom Wirtschaftszweig der Union in der Union hergestellte und verkaufte untersuchte Ware.

(37) Die Kommission entschied daher in dieser Phase, dass es sich bei diesen Waren um gleichartige Waren im Sinne des Artikels 1 Absatz 4 der Grundverordnung handelt.

2.4. **Vorbringen zur Warendefinition**

2.4.1. *Elektrische und hybride MAE*

(38) Nach der Einleitung der Untersuchung brachte die CCCME vor, dass die Warendefinition eine zu breite Palette von Waren wie Hebebühnen mit Ausleger oder Scherenhebebühnen, elektrische und hybride MAE oder MAE mit anderen Antriebsarten (Verbrennungsmotor, z. B. Diesel, LPG, Propan usw.) umfasse und dass diese Waren nicht alle gleichartig seien.

(39) Die CCCME brachte in erster Linie vor, dass es Unterschiede bei den materiellen und technischen Eigenschaften zwischen konventionellen MAE mit Verbrennungsmotor und elektrischen oder hybriden MAE gebe — aufgrund des unterschiedlichen Antriebs verfügten die beiden Kategorien über unterschiedliche mechanische Komponenten, und elektrische oder hybride MAE verfügten über keine der technischen Funktionen konventioneller MAE mit Verbrennungsmotor, die sich in Bezug auf Leistung und Kapazität sehr unterschiedlich auswirkten. Nach Ansicht der CCCME gebe es Unterschiede in Bezug auf die Gewichtsverteilung und die Gestaltung, und darüber hinaus wiesen konventionelle und elektrische MAE unterschiedliche technische Spezifitäten auf wie unterschiedliche Autonomie, Hubkapazität und Mobilität. Darüber hinaus seien sowohl das Herstellungsverfahren als auch die wichtigsten Verwendungszwecke unterschiedlich: konventionelle MAE würden in Außenbereichen eingesetzt, während elektrische oder hybride MAE in Innenräumen verwendet würden.

(40) Aus diesen Gründen brachte die CCCME vor, dass elektrische und hybride MAE und konventionelle MAE nicht dieselben technischen und materiellen Eigenschaften aufwiesen und nicht als gleichartige Waren behandelt werden sollten. Sie vertrat die Auffassung, dass elektrische und hybride MAE daher aus der Warendefinition ausgeklammert werden sollten.

(41) Der Antragsteller war hingegen der Ansicht, dass die Kommission bei der Festlegung der Warendefinition einer Untersuchung über einen weiten Ermessensspielraum verfüge. Er merkte ferner an, dass alle MAE eine sicherere und bequemere Alternative zu Leitern, Gerüsten oder Türmen darstellen würden und im Wesentlichen ein Werkzeug seien, das die Sicherheit der Arbeitnehmer gewährleiste, und dass es keine Unterschiede gebe, die eine Änderung der Warendefinition rechtfertigten. Die Tatsache, dass konventionelle MAE mit Verbrennungsmotor und elektrische oder hybride MAE eine andere Energiequelle hätten, ändere nichts an seinen grundlegenden Eigenschaften, und die Unterschiede zwischen Elektro- und Dieselaufzügen seien von außen nicht sichtbar.

(42) Die CCCME vertrat die Auffassung, dass für den Fall, dass die Kommission nicht beschließt, die elektrische und hybride MAE aus der Warendefinition auszuklammern, sie alternativ die Ausklammerung der Waren in Erwägung ziehen sollte, bei denen der Wirtschaftszweig der Union nicht in der Lage sei, die Marktnachfrage zu decken, wie z. B.:

— elektrische/hybride MAE ohne Hydrauliksystem (ölfreie MAE);

— elektrische/hybride Scheren mit einer Arbeitshöhe von über 19 m;

— elektrische/hybride Hebebühnen mit Ausleger mit einer Arbeitshöhe von über 24 m.

(43) Da die Union nach Angaben der CCCME nicht in der Lage war, diese MAE-Typen herzustellen, vertrat die CCCME die Auffassung, dass die Einfuhren dieser MAE-Modelle aus China dieses Marktsegment nicht hätten beeinträchtigen und den Unionsherstellern keine Schädigung hätten verursachen können. Darüber hinaus läge die Einführung von Zöllen auf diese Kategorien von MAE ihrer Ansicht nach nicht im Interesse der Union, da es keine in der Union hergestellten Modelle gebe, die die Einfuhren dieser Typen ersetzen könnten. Die Einführung handelspolitischer Schutzmaßnahmen gegen diese Arten von MAE würde daher nur zu einem Anstieg der Kosten für die nachgelagerten Verwender führen, ohne dem heimischen Wirtschaftszweig irgendeinen Vorteil zu bringen, da dieser sie nicht liefern und die Marktnachfrage nicht decken könne.

(44) Der Antragsteller brachte vor, dass eines der Modelle (elektrische/hybride Hebebühnen mit Ausleger mit einer Arbeitshöhe von über 24 m), das angeblich nicht von den Unionsherstellern hergestellt werde, von dem Hersteller Dynolift Oy hergestellt werde, und vertrat die Auffassung, dass die MAE-Modelle in jedem Fall austauschbar seien.

(45) Die Kommission ist nicht der Ansicht, dass die unterschiedliche Energiequelle und die Tatsache, dass elektrische oder hybride MAE im Allgemeinen in Innenräumen und konventionelle MAE mit Verbrennungsmotor im Außenbereich verwendet wurden, die verschiedenen Bauteile und die unterschiedlichen Produktions-/Montageleitungen eine Ausklammerung elektrischer oder hybrider MAE aus der Warendefinition rechtfertigten. Im Gegenteil: Diese MAE waren weitgehend austauschbar, beide Kategorien fielen unter die Warendefinition, und es war gerechtfertigt, dass beide Kategorien Teil der Warendefinition waren.

(46) Die Kommission erinnert ferner daran, dass die Beschreibung der Warendefinition die wichtigsten materiellen und technischen Eigenschaften der Ware umfasste, einschließlich selbstfahrender MAE, die zum Heben von Personen bestimmt sind, und die Mindesthöhe der Bühne definierte. Sowohl konventionelle MAE mit Verbrennungsmotor als auch elektrische oder hybride MAE entsprachen der Beschreibung und wiesen somit nach Angaben der Kommission dieselben grundlegenden Verwendungen und wesentlichen materiellen Eigenschaften auf.

(47) Die Kommission prüfte den Antrag der CCCME auf Ausklammerung bestimmter Warentypen. Sie kam zu dem Schluss, dass es keine ausreichenden Beweise dafür gab, dass diese Warentypen nicht in der Union hergestellt würden oder dass die Unionshersteller in naher Zukunft nicht mit der Produktion beginnen würden. Es gab auch keine Belege dafür, dass sie nicht durch Maschinen mit einem anderen Antriebssystem ausgetauscht werden können. Da das Vorbringen nicht durch Beweise untermauert wurde, wies die Kommission es vorläufig zurück.

2.4.2. *Bauteile*

(48) Die CCCME brachte ferner vor, dass die Bauteile von der Untersuchung ausgeklammert werden sollten. Sie argumentierte, dass Bauteile der MAE eine große Vielfalt von Produkten wie Fahrgestell, Drehscheibe, Hubeinrichtung (bestehend aus Scheren oder Hebebühnen mit Ausleger), Bühne usw. umfassten. Dabei handele es sich um unfertige Waren, die nicht dieselben wesentlichen Merkmale wie fertige MAE aufwiesen. Eine Bühne mit einer Hubeinrichtung sei nicht mit montierter MAE vergleichbar, da es an einem Antriebsstrang und an Rädern fehlte, die der Bühne Mobilität verleihen. Außerdem könnte eine Hebebühne auch an einem Lkw montiert werden, der ausdrücklich von dieser Untersuchung ausgeklammert wurde. Auch bei Bauteilen, die kein Lastaufnahmeelement aufweisen, das eines der unverzichtbaren Merkmale von MAE ist, könne nicht davon ausgegangen werden, dass sie dieses wesentliche Merkmal erwerben.

(49) Darüber hinaus brachte die CCCME vor, dass die zusätzlichen Verarbeitungskosten (d. h. die Umwandlung von Bauteilen in fertige MAE) erheblich seien und der Mehrwert des Herstellers in der Schweißung und/oder Montage von Teilen, Testen, Lackierung und der individuellen Anpassung der Endproduktmaschinen (und natürlich in der FuE und den Investitionen vor der Herstellung) liege. Dabei handele es sich um komplexe Vorgänge, die den Einsatz spezieller Werkzeuge erforderten. Auch die nicht zusammengesetzten Bauteile konkurrierten in keiner Weise mit der fertigen Ware, sodass der Wirtschaftszweig der Union nicht geschädigt würde, da kein nachgeschalteter Anwender jemals in Erwägung ziehen würde, solche Bauteile zu erwerben und als solche zu verwenden. Aus diesen Gründen vertrat die CCCME die Auffassung, dass Bauteile und fertige MAE nicht Teil derselben betroffenen Ware sein sollten.

(50) Die CCCME machte ferner geltend, dass aus der Warendefinition nicht klar hervorgehe, ob isolierte Bauteile oder Baugruppen ausgeschlossen würden oder nicht. Würden Bauteile oder Baugruppen einbezogen, so sei der Wirtschaftszweig der Union nicht angemessen definiert, und die in Artikel 5 Absatz 4 der Grundverordnung festgelegte 25%-Schwelle sei nicht erfüllt. Insbesondere seien Hersteller von Bauteilen und Baugruppen vollständig ausgelassen worden und hätten nicht an der Untersuchung teilgenommen.

(51) Der Antragsteller widersprach diesen Behauptungen der CCCME. Er vertrat die Auffassung, dass die Aufnahme von Bauteilen im Ermessen der Kommission liege und mit der Praxis der Kommission im Einklang stehe. Die Weiterverarbeitung eines fertigen Bauteils in einer spezialisierten Fabrik sei begrenzt, und die Montage von drei oder vier fertigen Bauteilen zu Endprodukten sei der allerletzte Schritt des Montageprozesses. Er vertrat ferner die Auffassung, dass alle MAE-Bauteile ausschließlich für ein bestimmtes Maschinenmodell und immer für einen bestimmten Hersteller hergestellt worden seien. Er brachte vor, dass die Warendefinition nicht einzelne Komponenten, sondern fertige Bauteile umfasse, die nur vom Wirtschaftszweig für MAE hergestellt würden.

(52) Die Kommission prüfte die vorgebrachten Argumente, hielt jedoch an der Warendefinition fest, wie sie in der Einleitungsbekanntmachung und in Erwägungsgrund 27 definiert wurde. Die Bauteile, die nach Bedarf vormontiert oder montiert werden, können nur für die Montage einer MAE-Einheit verwendet werden und sind daher untrennbar mit der fertigen MAE-Einheit verbunden. Daher hielt es die Kommission für angemessen, die Bauteile, bei denen es sich um das Fahrgestell, die Drehscheibe, die Hubeinrichtung und die Bühne handelt, in der Warendefinition beizubehalten. Die Kommission bestätigte ferner, dass einzelne Komponenten, wenn sie getrennt vorgelegt werden, nicht in die Warendefinition fielen. Da diese Bauteile nur vom Wirtschaftszweig für MAE hergestellt wurden, vertrat sie die Auffassung, dass der Wirtschaftszweig der Union genau definiert war. Die Kommission wies daher das Vorbringen zurück, dass die 25%-Schwelle nach Artikel 5 Absatz 4 der Grundverordnung nicht eingehalten worden sei.

3. DUMPING

3.1. **Verfahren zur Ermittlung des Normalwerts nach Artikel 2 Absatz 6a der Grundverordnung**

(53) Angesichts der zum Zeitpunkt der Untersuchungseinleitung vorliegenden ausreichenden Beweise, die auf das Vorliegen nennenswerter Verzerrungen im Sinne des Artikels 2 Absatz 6a Buchstabe b der Grundverordnung in Bezug auf die VR China hindeuteten, erachtete es die Kommission für angemessen, die Untersuchung in Bezug auf die ausführenden Hersteller dieses Landes auf Grundlage des Artikels 2 Absatz 6a der Grundverordnung einzuleiten.

(54) Zur Erhebung der im Falle einer möglichen Anwendung des Artikels 2 Absatz 6a der Grundverordnung benötigten Daten forderte die Kommission daher in der Einleitungsbekanntmachung alle ausführenden Hersteller in der VR China auf, die Informationen zu den bei der Herstellung von MAE verwendeten Inputs vorzulegen. Achtzehn ausführende Hersteller übermittelten die sachdienlichen Angaben.

(55) Um die Informationen einzuholen, die sie für die Untersuchung der mutmaßlichen nennenswerten Verzerrungen benötigte, übersandte die Kommission der chinesischen Regierung einen Fragebogen. In Abschnitt 5.3.2 der Einleitungsbekanntmachung bat die Kommission darüber hinaus alle interessierten Parteien, innerhalb von 37 Tagen nach Veröffentlichung der Einleitungsbekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Union* ihren Standpunkt bezüglich der Anwendung des Artikels 2 Absatz 6a der Grundverordnung unter Vorlage von Informationen und sachdienlichen Beweisen darzulegen. Von der chinesischen Regierung gingen keine Antworten auf den Fragebogen ein und es wurden keine Stellungnahmen zur Anwendung von Artikel 2 Absatz 6a der Grundverordnung übermittelt.

(56) In Abschnitt 5.3.2 der Einleitungsbekanntmachung wies die Kommission auch darauf hin, dass nach Artikel 2 Absatz 6a Buchstabe a der Grundverordnung angesichts der verfügbaren Informationen Brasilien ein geeignetes repräsentatives Land sein könnte, um den Normalwert anhand unverzerrter Preise oder Vergleichswerte zu ermitteln. Die Kommission erklärte ferner, dass sie andere möglicherweise geeignete repräsentative Länder nach den Kriterien des Artikels 2 Absatz 6a Buchstabe a erster Gedankenstrich der Grundverordnung prüfen werde.

(57) Am 21. Dezember 2023 informierte die Kommission die interessierten Parteien in Form eines Vermerks (im Folgenden „erster Vermerk“) über die einschlägigen Quellen, die sie zur Ermittlung des Normalwerts heranzuziehen gedachte. Dieser Vermerk enthielt eine Liste aller Produktionsfaktoren — wie Rohstoffe, Arbeit und Energie —, die bei der Herstellung von MAE eingesetzt werden. Darüber hinaus ermittelte die Kommission auf der Grundlage der Kriterien für die Auswahl unverzerrter Preise oder Vergleichswerte mögliche repräsentative Länder und benannte schließlich Brasilien, Mexiko und die Türkei als potenzielle geeignete repräsentative Länder.

(58) Am 17. Mai 2024 veröffentlichte die Kommission einen zweiten Vermerk zu den Produktionsfaktoren (im Folgenden „zweiter Vermerk“). Alle Stellungnahmen zum ersten Vermerk wurden in diesem zweiten Vermerk berücksichtigt, und die einschlägigen Quellen, die die Kommission zur Ermittlung des Normalwerts heranzuziehen gedachte, wurden bestätigt. Im zweiten Vermerk wurden die interessierten Parteien über die Wahl Brasiliens als repräsentatives Land unterrichtet. Ferner teilte sie den interessierten Parteien mit, dass sie die Beträge für die Vertriebs-, Verwaltungs- und Gemeinkosten (im Folgenden „VVG-Kosten“) und für Gewinne auf der Grundlage der ohne Weiteres verfügbaren Informationen für das Unternehmen Madal Palfinger S.A., einem Hersteller, der die Ware in derselben allgemeinen Warenkategorie wie MAE im repräsentativen Land herstellt, ermitteln werde.

(59) Dingli schlug die Verwendung von Malaysia als repräsentatives Land vor und legte die Finanzdaten von Favelle Favco Cranes Sdn. Bhd (im Folgenden „Favelle Favco“), einem Hersteller schwerer Hebezeuge einschließlich Offshore-, Turm-, Anlande- und Raupenkrane, vor.

(60) Die Kommission wies diesen Vorschlag zurück, da Favelle Favco weder Hersteller der untersuchten Ware noch der mobilen auf Lkw montierten Bühnen ist, die als Ersatz für MAE ausgewählt wurden und die besser geeignet sind als die von Favelle Favco hergestellten Maschinen (siehe Erwägungsgrund 189). Mobile auf Lkw montierte Bühnen teilen ihre Hauptkomponenten mit mehreren MAE-Kategorien, sind jedoch auf der Heckklappe eines Lkw aufgebaut. Die auf Lkw montierte mobile Zugangstechnik ist hinsichtlich des Herstellungsverfahrens und des Inputs nahe dran, als Ware derselben allgemeinen Kategorie wie die untersuchte Ware angesehen zu werden. Außerdem ist diese auf Lkw montierte mobile Zugangstechnik für das Heben von Personen und nicht von Material bestimmt, im Gegensatz zu Kränen, bei denen die Hauptkomponenten auch nicht denen von MAE entsprechen.

3.2. **Normalwert**

(61) Nach Artikel 2 Absatz 1 der Grundverordnung stützt sich der Normalwert „normalerweise auf die Preise, die im normalen Handelsverkehr von unabhängigen Abnehmern im Ausfuhrland gezahlt wurden oder zu zahlen sind".

(62) In Artikel 2 Absatz 6a Buchstabe a der Grundverordnung ist allerdings Folgendes vorgesehen: „Wird … festgestellt, dass es nicht angemessen ist, die Inlandspreise und -kosten im Ausfuhrland zu verwenden, weil in diesem Land nennenswerte Verzerrungen im Sinne von Buchstabe b bestehen, so wird der Normalwert ausschließlich anhand von Herstell- und Verkaufskosten, die unverzerrte Preise oder Vergleichswerte widerspiegeln, rechnerisch ermittelt"; dieser „rechnerisch ermittelte Normalwert muss einen unverzerrten und angemessenen Betrag für Vertriebs-, Verwaltungs- und Gemeinkosten sowie für Gewinne beinhalten".

(63) Wie im Folgenden dargelegt, gelangte die Kommission in dieser Untersuchung zu dem Schluss, dass auf der Grundlage der vorliegenden Beweise die Anwendung des Artikels 2 Absatz 6a der Grundverordnung angezeigt war.

3.3. **Vorliegen nennenswerter Verzerrungen**

(64) Nennenswerte Verzerrungen sind nach Artikel 2 Absatz 6a Buchstabe b der Grundverordnung „Verzerrungen, die eintreten, wenn sich die gemeldeten Preise oder Kosten, einschließlich der Rohstoff- und Energiekosten, nicht aus dem freien Spiel der Marktkräfte ergeben, weil sie von erheblichen staatlichen Eingriffen beeinflusst sind. Bei der Beurteilung der Frage, ob nennenswerte Verzerrungen vorliegen, werden unter anderem die möglichen Auswirkungen von einem oder mehreren der folgenden Sachverhalte berücksichtigt:

— Situation, in der der betreffende Markt in erheblichem Maße von Unternehmen versorgt wird, die im Eigentum oder unter der Kontrolle oder der politischen Aufsicht von Behörden des Ausfuhrlandes stehen oder deren Ausrichtung von diesen Behörden festgelegt wird;

— staatliche Präsenz in Unternehmen, die es dem Staat ermöglicht, Preise oder Kosten zu beeinflussen;

— staatliche Strategien oder Maßnahmen, mit denen inländische Lieferanten begünstigt werden oder durch die das freie Spiel der Marktkräfte anderweitig beeinflusst wird;

— Fehlen, diskriminierende Anwendung oder unzulängliche Durchsetzung des Insolvenz-, Gesellschafts- oder Eigentumsrechts;

— verzerrte Lohnkosten;

— Zugang zu Finanzmitteln über Institute, die staatliche Ziele umsetzen oder anderweitig nicht unabhängig vom Staat agieren".

(65) Da die Liste in Artikel 2 Absatz 6a Buchstabe b der Grundverordnung nicht kumulativ ist, müssen nicht alle genannten Sachverhalte vorliegen, wenn es um die Feststellung nennenswerter Verzerrungen geht. Auch kann dieselbe Faktenlage zugrunde gelegt werden, um aufzuzeigen, dass einer oder mehrere der in der Liste genannten Sachverhalte gegeben sind.

(66) Allerdings ist jede Schlussfolgerung zum Vorliegen nennenswerter Verzerrungen im Sinne des Artikels 2 Absatz 6a Buchstabe a der Grundverordnung auf der Grundlage sämtlicher vorliegender Beweise zu treffen. Bei der Gesamtbewertung des Vorliegens von Verzerrungen können auch der allgemeine Kontext und die allgemeine Lage im Ausfuhrland berücksichtigt werden, insbesondere wenn die Regierung aufgrund der grundlegenden Elemente der Wirtschafts- und Verwaltungsstruktur des Ausfuhrlandes über umfangreiche Befugnisse verfügt, die es ihr ermöglichen, in einer Weise in die Wirtschaft einzugreifen, dass sich die Preise und Kosten nicht mehr aus dem freien Spiel der Marktkräfte ergeben.

(67) In Artikel 2 Absatz 6a Buchstabe c der Grundverordnung ist Folgendes festgelegt: „Wenn die Kommission fundierte Hinweise darauf hat, dass in einem bestimmten Land oder einer bestimmten Branche in diesem Land möglicherweise nennenswerte Verzerrungen im Sinne von Buchstabe b vorliegen, und wenn es für die wirksame Anwendung dieser Verordnung angemessen ist, erstellt die Kommission einen Bericht, in dem die Marktgegebenheiten gemäß Buchstabe b in diesem Land oder dieser Branche beschrieben werden, macht ihn öffentlich zugänglich und aktualisiert ihn regelmäßig."

(68) Aufgrund dieser Bestimmung erstellte die Kommission einen Länderbericht zu China (im Folgenden „Bericht“) ([5]), der Beweise für das Vorhandensein erheblicher staatlicher Eingriffe auf vielen Ebenen der Wirtschaft sowie dadurch bedingte spezifische Verzerrungen bei zahlreichen wichtigen Produktionsfaktoren (wie Boden, Energie, Kapital, Rohstoffen und Arbeit) und in spezifischen Sektoren (wie etwa Stahl und Chemikalien) enthält. Die interessierten Parteien wurden aufgefordert, die zum Zeitpunkt der Einleitung der Untersuchung im Dossier enthaltenen Beweise zu widerlegen, zu ergänzen oder dazu Stellung zu nehmen. Der Bericht zu China wurde zu Beginn der Untersuchung in das Dossier aufgenommen.

(69) Der Antragsteller verwies auf die im Bericht enthaltenen Beweise, um auf zahlreiche Verzerrungen in der chinesischen Wirtschaft hinzuweisen. Der Antrag ergänzte den Bericht auch um weitere einschlägige Beweise, wie Berichte internationaler Organisationen, wissenschaftliche Unterlagen oder Erkenntnisse von Handelsschutzbehörden in anderen Ländern. Darüber hinaus verwies der Antragsteller auch auf die Feststellungen der Kommission in jüngsten Untersuchungen, denen zufolge die chinesische Wirtschaft von Interventionen der chinesischen Regierung grundlegend betroffen ist.

(70) Konkret brachte der Antragsteller vor, dass der Markt für MAE in China aufgrund einer Vielzahl von Gründen von den normalen Marktkräften abgekoppelt sei, wie etwa der Tatsache, dass China ein kommunistischer Staat sei, der auf der Doktrin der „sozialistischen Marktwirtschaft“ beruhe, die Kommunistische Partei Chinas (im Folgenden „Kommunistische Partei“) einen starken Einfluss auf die Wirtschaft des Landes, einschließlich des Privatsektors, ausübe, und der Wirtschaftszweig für MAE staatlichen Planungsmaßnahmen unterliege.

(71) Darüber hinaus wurden im Antrag weitere Einzelheiten zu den folgenden Elementen genannt, die zu nennenswerten Verzerrungen führten.

(72) Erstens werde der Wirtschaftszweig für MAE in erheblichem Maße von Unternehmen versorgt, die im Eigentum oder unter der Kontrolle oder der politischen Aufsicht staatlicher Behörden stünden oder deren Ausrichtung von diesen Behörden festgelegt werde. Unternehmen, die im Eigentum oder unter der Kontrolle oder der politischen Aufsicht der chinesischen Behörden stünden oder deren Ausrichtung von diesen Behörden festgelegt werde, machten einen wesentlichen Teil der chinesischen Wirtschaft und des Wirtschaftszweigs für MAE aus.

(73) Der Antragsteller nannte als Beispiele eine regionale SASAC, die das Leitungsgremium des ausführenden Herstellers Guangxi LiuGong Machinery Co., Ltd (Liugong) ernannt habe, sowie die Nationale Entwicklungs- und Reformkommission (NDRC), die die „leistungsfähige Transformation“ der „großen vier“ in der chinesischen Baumaschinenbranche angekündigt habe: Sany Heavy Industry Co., Ltd. (Sany), Zoomlion Intelligent Access Machinery Co., Ltd. (Zoomlion), Liugong und XCMG Fire Fighting Safety Equipment Co., Ltd. (XCMG), die alle wichtige Akteure auf dem Markt für MAE seien.

(74) Darüber hinaus brachte der Antragsteller vor, dass China den Wirtschaftszweig für MAE als „einen der tragenden Wirtschaftszweige“ ansehe. Dementsprechend spielten staatseigene Unternehmen und der Staat in diesem Sektor eine wichtige Rolle, und China habe seit Langem eine Konsolidierung seiner Bauindustrie durch riesige Fusionen und Übernahmen geplant, um seine enormen Kapazitäten auf einige wenige Akteure zu konzentrieren. Der Antragsteller erläuterte den Konsolidierungsprozess und die staatliche Präsenz, indem er auf die Unternehmensgeschichte von XCMG sowie auf die Rolle des Branchenverbands CCMA (China Construction Machinery Association) hinwies.

(75) Zweitens ermögliche die staatliche Präsenz in Unternehmen es dem Staat, Preise oder Kosten zu beeinflussen. Der Staat übe durch seine Stimmrechte als Eigentümer der staatseigenen Unternehmen die Kontrolle über die staatseigenen Unternehmen aus, und die Kommunistische Partei überwache die Einhaltung der Regierungspolitik durch die staatseigenen Unternehmen, die Ernennung der Geschäftsleitung oder der Mitglieder des Leitungsorgans und sei an wichtigen Entscheidungen beteiligt. Im Antrag wurde darauf hingewiesen, dass XCMG ein staatseigenes Unternehmen sei und sich zu 100 % im Eigentum der Stadt Xuzhou befunden habe, bis es 2020 teilweise privatisiert worden sei, woraufhin die staatliche Kontrolle aber dennoch bei 80 % verbleibe. Darüber hinaus sei Liugong auch ein staatseigenes Unternehmen und sei 2021 von der SASAC als „zentrales staatseigenes Unternehmen“ im Land ausgewählt worden. Der Antrag enthielt ferner Verweise auf formelle (Anteile) und informelle (personelle Überschneidungen) Verbindungen zwischen dem Staat und dem ausführenden Hersteller Zoomlion.

([5]) Commission Staff Working Document on Significant Distortions in the Economy of the People's Republic of China for the Purposes of Trade Defence Investigations vom 20. Dezember 2017 (SWD(2017) 483 final/2).

(76) Darüber hinaus wurde im Antrag darauf hingewiesen, dass sich der direkte Einfluss des Staates auf Unternehmen angesichts der obligatorischen Präsenz des Parteikomitees in Privatunternehmen und des zunehmenden Einflusses der Kommunistischen Partei auf die Geschäftsentscheidungen der Unternehmen nicht auf die staatseigenen Unternehmen beschränke. Der Antrag enthielt ein konkretes Beispiel für die Sany Group, deren Vorsitzender nicht nur Mitglied der Kommunistischen Partei, sondern 2022 auch Vertreter des Nationalen Volkskongresses gewesen sei. Die Sany Group sowie andere Unternehmen wie Sinoboom, Dingli oder Sunward Intelligent Equipment Co. Ltd. (Sunward) richteten sich ebenfalls genau nach der Politik der Regierung aus.

(77) Im Antrag wurde ferner auf den Einfluss des Staates auch in den vorgelagerten Sektoren hingewiesen, insbesondere in Bezug auf Stahlproduktion und -versorgung, Lithium-Ionen-Batterien, Geländereifen, Dieselmotoren und Strom.

(78) Drittens wurde auf staatliche Strategien oder Maßnahmen verwiesen, mit denen inländische Lieferanten begünstigt würden oder durch die das freie Spiel der Marktkräfte anderweitig beeinflusst werde. Dem Antrag zufolge bestimme das System verbindlicher Pläne, in denen Prioritäten und Ziele für die Zentralregierung und die Kommunalverwaltung festgelegt seien, die Ausrichtung der chinesischen Wirtschaft. Chinesische Industrieunternehmen, ob in staatlichem oder privatem Besitz, hätten einen starken Anreiz, ihre Tätigkeiten an den Prioritäten der einschlägigen Pläne auszurichten.

(79) Im 14. Fünfjahresplan (im Folgenden „Fünfjahresplan“) ([6]) würden leistungsfähige Ausrüstungen sowie Fahrzeuge mit neuartiger Antriebstechnik als strategisch wichtige, neu entstehende Wirtschaftszweige bezeichnet, und es sei vorgesehen, dass China „die innovative Entwicklung des … Maschinenbaus fördern“ werde. Der Antragsteller brachte vor, dass der Wirtschaftszweig für MAE infolge der staatlichen Maßnahmen von strukturellen Überkapazitäten betroffen sei. Darüber hinaus betonte er, dass in den Fünfjahresplänen auch die Politik und die Beteiligung der Regierung im vorgelagerten Sektor abgesteckt würden, was für die Verzerrung der Preise auf den nachgelagerten Märkten von entscheidender Bedeutung sei. Der Antrag verwies dabei auf die einschlägigen Bestimmungen des 14. Fünfjahresplans — insbesondere in Bezug auf die Stahl- und die Baumaschinenindustrie — sowie auf die Strategie „Made in China 2025“.

(80) Darüber hinaus wurde im Antrag darauf hingewiesen, dass die chinesische Regierung die Preise für Inputs und Zwischenprodukte für den Wirtschaftszweig für MAE manipuliere, indem sie den Umfang der Rohstoffversorgung künstlich verändere oder die Preise zentral festsetze. In dem Antrag werden diesbezüglich Faktoren genannt wie Ausfuhrkontingente für Koks, Kokskohle und Metallabfälle, Ausfuhrzölle für Eisenerz, Koks, Kokskohle und Stahlschrott, Ausfuhrlizenzpflichten für Koks und Kokskohle und eine Festsetzung der Strompreise.

(81) Darüber hinaus führten öffentliche Maßnahmen wie die Initiative „Neue Seidenstraße“ laut dem Antrag zur künstlichen Schaffung externer Absatzmöglichkeiten für den chinesischen MAE-Wirtschaftszweig. Gleichzeitig habe sich die Nachfrage nach Baumaschinen auf dem chinesischen Inlandsmarkt durch unterschiedliche politische Maßnahmen, insbesondere massive staatlich finanzierte Bauprojekte, erheblich erhöht, wodurch künstliche interne Absatzmöglichkeiten für die Hersteller von MAE geschaffen worden seien.

(82) Viertens wurde in dem Antrag auf das Fehlen, die diskriminierende Anwendung oder die unzureichende Durchsetzung des chinesischen Insolvenz-, Gesellschafts- und Eigentumsrechts hingewiesen. In dem Antrag wurde insbesondere auf die künstliche Förderung unrentabler Unternehmen im Bausektor mit Auswirkungen auf die nachgelagerte Baumaschinenindustrie sowie auf den Mangel an privatem Grundbesitz und die damit verbundene intransparente und politisch motivierte Bereitstellung von Grund und Boden hingewiesen.

(83) Unter Hinweis darauf, dass nur eine rechtlich anerkannte Gewerkschaft, die ACFTU, in China tätig sei, wurde fünftens im Antrag angeführt, dass die Lohnkosten verzerrt seien. Diese Gewerkschaft unterliege ebenfalls der Führung der Kommunistischen Partei. Darüber hinaus habe China mehrere der wichtigsten internationalen Arbeitsübereinkommen noch immer nicht ratifiziert. Außerdem wirke sich das Haushaltsregistrierungssystem auf die chinesischen Arbeitskräfte aus, das eingeführt worden sei, um dafür zu sorgen, dass in den sich entwickelnden Schwerindustrien in städtischen Gebieten Arbeitskräfte bereitstünden, und das angesichts der diskriminierenden Behandlung von Wanderarbeitnehmern de facto zu einer Verzerrung der Lohnkosten in China führe.

([6]) Eine englische Fassung des vollständigen Wortlauts des 14. Fünfjahresplans kann beispielsweise hier abgerufen werden: https://cset.georgetown.edu/publication/china-14th-five-year-plan/ (zuletzt abgerufen am 31. Mai 2024).

(84) Sechstens hätten Unternehmen, die MAE herstellten, Zugang zu Finanzmitteln über Institute, die staatliche Ziele umsetzten oder anderweitig nicht unabhängig vom Staat agierten. Nicht nur die großen Banken in China seien staatseigene Banken, auch private Banken müssten bei der Ausübung ihrer Geschäftstätigkeit die nationale Politik berücksichtigen, was unter anderem dazu führe, dass Investitionen bevorzugt in „geförderte" Wirtschaftszweige flössen. Der Antrag veranschaulichte diese Vorteile für die chinesischen Hersteller von MAE durch die Auflistung von Darlehen, die in der Vergangenheit Liugong, der Sany Group sowie XCMG, Zoomlion, Sonoboom und Dingli gewährt worden seien, und ergänzte diese Verweise durch Berichte, die die politische Motivation der Finanzinstitute, die diese Darlehen vergeben, zeigen.

(85) Der Antragsteller wies ferner darauf hin, dass Anleiheratings und Bonitätsbewertungen in China häufig verzerrt seien und durchgängig niedrigeren internationalen Ratings entsprächen, was eine Grundlage für die derzeitige hohe Verschuldung im staatseigenen Sektor bilde. Dies sei auf die „implizierten staatlichen Garantien" zurückzuführen, die „geförderten" oder anderen benannten Wirtschaftszweigen gewährt würden und die dafür sorgten, dass es keine Anleiheausfälle gebe.

(86) Insgesamt brachte der Antragsteller vor, dass der gesamte chinesische Markt durch systemische Verzerrungen gekennzeichnet sei, die für den Wirtschaftszweig für MAE und die gesamte Wirtschaft gelten würden. Die chinesische Regierung interveniere auf allen Ebenen der MAE-Lieferkette und schaffe eine Situation, in der die Inputs, die Inputs der Inputs usw. alle auf die eine oder andere Weise von staatlichen Verzerrungen betroffen seien.

(87) Abschließend brachte der Antragsteller vor, dass der Normalwert aufgrund der Tatsache, dass nennenswerte Verzerrungen im Sinne des Artikels 2 Absatz 6a der Grundverordnung im Wirtschaftszweig für MAE bestünden, ausschließlich anhand der Herstell- und Umsatzkosten berechnet werden müsse, die unverzerrte Preise oder Vergleichswerte in einem repräsentativen Land mit einem ähnlichen Entwicklungsstand und einem angemessenen Sozial- und Umweltschutz widerspiegelten.

(88) Die Kommission prüfte, ob es aufgrund nennenswerter Verzerrungen im Sinne des Artikels 2 Absatz 6a Buchstabe b der Grundverordnung angemessen ist, die Inlandspreise und -kosten in China heranzuziehen. Sie stützte sich dabei auf die im Dossier verfügbaren Beweise. Zu den im Dossier enthaltenen Beweisen gehörten die im Bericht sowie die in dessen aktualisierter Fassung (im Folgenden „aktualisierter Bericht") ([7]) enthaltenen Beweise, die sich auf öffentlich zugängliche Quellen stützten.

(89) Im Rahmen der Analyse wurden nicht nur die erheblichen staatlichen Eingriffe in die chinesische Wirtschaft im Allgemeinen untersucht, sondern auch die spezifische Marktsituation im betreffenden Sektor, insbesondere in Bezug auf die betroffene Ware. Die Kommission ergänzte diese Beweiselemente durch ihre eigenen Untersuchungen zu den verschiedenen Kriterien, die für die Bestätigung des Vorliegens nennenswerter Verzerrungen in China relevant sind.

3.3.1. *Nennenswerte Verzerrungen, die die Inlandspreise und -kosten in China beeinflussen*

(90) Das chinesische Wirtschaftssystem basiert auf dem Konzept einer „sozialistischen Marktwirtschaft". Das Konzept ist in der chinesischen Verfassung verankert und bestimmt maßgeblich die wirtschaftspolitische Steuerung in China. Grundprinzip ist das „sozialistische Gemeineigentum an den Produktionsmitteln, das heißt das Volkseigentum und das Kollektiveigentum der werktätigen Massen" ([8]).

(91) Die staatliche Wirtschaft ist die „dominierende Kraft in der Volkswirtschaft" und der Staat hat „Konsolidierung und Entwicklung der staatlichen Wirtschaft" zu gewährleisten ([9]). Die Gesamtarchitektur der chinesischen Volkswirtschaft ermöglicht somit erhebliche staatliche Eingriffe in die Wirtschaft nicht nur, sondern sieht solche Eingriffe sogar ausdrücklich vor. Der Gedanke des Primats des Gemeineigentums gegenüber dem Privateigentum durchdringt das gesamte Rechtssystem und wird in allen wesentlichen Rechtsvorschriften als allgemeines Prinzip herausgestellt.

([7]) Commission Staff Working Document on Significant Distortions in the Economy of the People's Republic of China for the Purposes of Trade Defence Investigations vom 10. April 2024 (SWD(2024) 91 final).
([8]) Aktualisierter Bericht, Kapitel 2, S. 7.
([9]) Aktualisierter Bericht, Kapitel 2, S. 7-8.

(92) Ein Paradebeispiel ist das chinesische Eigentumsrecht: Es stellt ab auf die erste Stufe des Sozialismus und überträgt dem Staat die Aufgabe, das grundlegende Wirtschaftssystem aufrechtzuerhalten, in dem das Gemeineigentum eine dominierende Rolle spielt. Andere Formen von Eigentum werden toleriert und dürfen sich dem Gesetz nach Seite an Seite neben dem Staatseigentum entwickeln ([10]).

(93) Darüber hinaus erfolgt gemäß chinesischem Recht die Weiterentwicklung der sozialistischen Marktwirtschaft unter Führung der Kommunistischen Partei. Die Strukturen des chinesischen Staates und der Kommunistischen Partei sind auf allen Ebenen (rechtlich, institutionell, personell) miteinander verflochten und bilden einen Überbau, in dem die Rolle der Kommunistischen Partei und die Rolle des Staates kaum voneinander zu trennen sind.

(94) Mit der Änderung der chinesischen Verfassung vom März 2018 wurde der Führungsrolle der Kommunistischen Partei noch größeres Gewicht verliehen, indem sie in Artikel 1 der Verfassung verankert wurde.

(95) Nach dem ersten Satz „Das sozialistische System ist das grundlegende System der Volksrepublik China“ wurde ein neuer zweiter Satz eingefügt, der wie folgt lautet: „Das grundlegende Merkmal des Sozialismus chinesischer Prägung ist die Führungsrolle der Kommunistischen Partei Chinas“ ([11]). Dies veranschaulicht die unangefochtene und weiter zunehmende Kontrolle der Kommunistischen Partei über das Wirtschaftssystem Chinas.

(96) Diese Form der Führung und Kontrolle ist dem System inhärent und geht weit über das hinaus, was in anderen Ländern üblich ist, in denen die Regierungen eine allgemeine makroökonomische Kontrolle ausüben, innerhalb deren Grenzen sich aber das freie Spiel der Marktkräfte entfaltet.

(97) Der chinesische Staat verfolgt eine interventionistische Wirtschaftspolitik, die nicht die in einem freien Markt gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen widerspiegelt, sondern deren Zielsetzungen der von der Kommunistischen Partei festgelegten politischen Agenda entsprechen ([12]). Das Spektrum der von den chinesischen Behörden eingesetzten interventionistischen wirtschaftspolitischen Instrumente ist vielfältig und umfasst unter anderem das System der industriellen Planung, das Finanzsystem sowie die Ebene des Regelungsumfelds.

(98) Erstens erfolgt die Steuerung der chinesischen Wirtschaft auf der Ebene der allgemeinen Verwaltungskontrolle durch ein komplexes System der industriellen Planung, das alle wirtschaftlichen Tätigkeiten im Land betrifft. Die Gesamtheit dieser Pläne deckt eine umfassende und komplexe Matrix von Sektoren und Querschnittspolitiken ab und ist auf allen staatlichen Ebenen omnipräsent.

(99) Die Pläne auf Provinzebene sind detailliert, wohingegen in den nationalen Plänen weiter gefasste Ziele formuliert werden. Darüber hinaus werden in den Plänen die zur Unterstützung der betreffenden Industriezweige bzw. Sektoren einzusetzenden Instrumente sowie der Zeitrahmen für die Realisierung der Ziele festgelegt. Manche Pläne beinhalten weiterhin konkrete Produktionsziele.

(100) Im Rahmen der Pläne werden im Einklang mit den Prioritäten der Regierung einzelne Industriezweige und/oder Projekte als (positive oder negative) Prioritäten bestimmt, denen spezifische Entwicklungsziele zugewiesen werden (industrielle Aufwertung, internationale Expansion usw.).

(101) Die Wirtschaftsbeteiligten — Privatunternehmen wie staatseigene Unternehmen — müssen ihre Geschäftstätigkeiten effektiv an den durch das Planungssystem vorgegebenen Realitäten ausrichten. Dies hat seinen Grund nicht nur in dem verbindlichen Charakter der Pläne, sondern auch darin, dass die zuständigen chinesischen Behörden auf allen staatlichen Ebenen in das Planungssystem eingebunden sind und die ihnen übertragenen Befugnisse entsprechend ausüben, indem sie die Wirtschaftsbeteiligten dazu anhalten, die in den Plänen festgelegten Prioritäten einzuhalten ([13]).

([10]) Aktualisierter Bericht, Kapitel 2, S. 10, 18.
([11]) Abrufbar unter: http://www.npc.gov.cn/zgrdw/englishnpc/Constitution/node_2825.htm (zuletzt abgerufen am 8. April 2024).
([12]) Aktualisierter Bericht, Kapitel 2, S. 29-30.
([13]) Aktualisierter Bericht, Kapitel 4, S. 57, 92.

(102) Zweitens wird das Finanzsystem Chinas in Bezug auf die Zuweisung finanzieller Ressourcen von den staatseigenen Geschäftsbanken und Policy Banks dominiert. Diese Banken müssten sich bei der Gestaltung und Umsetzung ihrer Kreditvergabepolitik an der Industriepolitik der Regierung ausrichten, statt vorrangig die Wirtschaftlichkeit eines bestimmten Projekts zu bewerten ([14]).

(103) Gleiches gilt für die übrigen Komponenten des chinesischen Finanzsystems, wie etwa die Aktien-, Anleihe- und Private-Equity-Märkte. Auch diese Teile des Finanzsektors sind institutionell und operativ nicht auf ein möglichst effizientes Funktionieren der Finanzmärkte, sondern auf die Gewährleistung der Kontrolle und die Ermöglichung von Interventionen des Staates und der Kommunistischen Partei ausgerichtet ([15]).

(104) Drittens nehmen die staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft auf der Ebene des Regelungsumfelds eine Vielzahl von Formen an. So stellen beispielsweise die Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge in der Regel nicht auf Wirtschaftlichkeit, sondern auf die Verfolgung anderer politischer Ziele ab und untergraben damit in diesem Bereich die marktwirtschaftlichen Grundsätze. Die geltenden Rechtsvorschriften sehen ausdrücklich vor, dass die Vergabe öffentlicher Aufträge in einer Weise zu erfolgen hat, die der Erreichung der staatlich vorgegebenen Ziele förderlich ist. Die Art dieser Ziele ist jedoch nicht festgelegt, sodass den Entscheidungsgremien ein weiter Ermessensspielraum bleibt ([16]).

(105) Auch im Bereich der Investitionen übt die chinesische Regierung eine erhebliche Kontrolle und großen Einfluss mit Blick auf die Bestimmung und die Größenordnung sowohl staatlicher als auch privater Investitionen aus. Die Überprüfung von Investitionen sowie unterschiedliche Anreize, Beschränkungen und Verbote im Zusammenhang mit Investitionen dienen den Behörden als wichtige Instrumente für die Unterstützung industriepolitischer Zielsetzungen wie der Wahrung der staatlichen Kontrolle über Schlüsselsektoren oder der Stärkung der heimischen Industrie ([17]).

(106) Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das chinesische Wirtschaftsmodell auf bestimmten Grundaxiomen beruht, die vielfältige staatliche Eingriffe vorsehen und fördern. Diese erheblichen staatlichen Eingriffe sind unvereinbar mit einem freien Spiel der Marktkräfte und führen zu Verzerrungen, die einer wirksamen Ressourcenallokation nach Marktgrundsätzen entgegenstehen ([18]).

3.3.2. *Nennenswerte Verzerrungen im Sinne des Artikels 2 Absatz 6a Buchstabe b erster Gedankenstrich der Grundverordnung: Situation, in der der betreffende Markt in erheblichem Maße von Unternehmen versorgt wird, die im Eigentum oder unter der Kontrolle oder der politischen Aufsicht von Behörden des Ausfuhrlandes stehen oder deren Ausrichtung von diesen Behörden festgelegt wird*

(107) Unternehmen, die im Eigentum oder unter der Kontrolle oder der politischen Aufsicht des Staates stehen und/oder deren Ausrichtung vom Staat festgelegt wird, stellen in China einen wesentlichen Teil der Wirtschaft dar.

(108) Zu den wichtigsten Wirtschaftsteilnehmern im Sektor der betroffenen Ware zählt eine Reihe von Unternehmen, die erhebliche Beteiligungen von mit dem Staat verbundenen Unternehmen halten. So befindet sich XCMG zu 28,24 % in Staatsbesitz ([19]), wobei die staatliche Beteiligung an Liugong 31,24 % ([20]) und an Zoomlion 17,17 % ([21]) beträgt.

([14]) Aktualisierter Bericht, Kapitel 6, S. 149-150.
([15]) Aktualisierter Bericht, Kapitel 6, S. 153-171.
([16]) Aktualisierter Bericht, Kapitel 7, S. 204-205.
([17]) Aktualisierter Bericht, Kapitel 8, S. 207-208 und 242-243.
([18]) Aktualisierter Bericht, Kapitel 2, S. 19-24, Kapitel 4, S. 69 und S. 99-100, Kapitel 5, S. 130-131.
([19]) Siehe Jahresbericht des Unternehmens von 2022, S. 89, abrufbar unter: http://file.finance.sina.com.cn/211.154.219.97:9494/MRGG/CNSESZ_STOCK/2023/2023-4/2023-04-29/9182574.PDF (zuletzt abgerufen am 31. Mai 2024).
([20]) Siehe Jahresbericht des Unternehmens von 2023, S. 114, abrufbar unter: http://file.finance.sina.com.cn/211.154.219.97:9494/MRGG/CNSESZ_STOCK/2024/2024-3/2024-03-30/9930890.PDF (zuletzt abgerufen am 31. Mai 2024).
([21]) Siehe Jahresbericht des Unternehmens von 2023, S. 135, abrufbar unter: https://q.stock.sohu.com/newpdf/202457231354.pdf (zuletzt abgerufen am 31. Mai 2024).

(109) In China geht die staatliche Kontrolle jedoch weit über das direkte Eigentum hinaus. Der Sektor der betroffenen Ware unterliegt nicht nur verschiedenen staatlichen Maßnahmen (näher beschrieben in Abschnitt 3.3.4), und der Einfluss des Staates durch Strukturen der Kommunistischen Partei innerhalb von Unternehmen (siehe Abschnitt 3.3.3) führt effektiv dazu, dass die Wirtschaftsakteure unter staatlicher Kontrolle und politischer Aufsicht stehen. Darüber hinaus sind staatliche Kontrolle und politische Aufsicht auch auf der Ebene der einschlägigen Industrieverbände ([22]) zu beobachten, insbesondere auf der Ebene Verbands der Baumaschinenhersteller Chinas (Construction Machinery Association, im Folgenden „CCMA") ([23]), die ebenfalls über eine Abteilung für Dekorations- und Luftarbeitsmaschinen ([24]) verfügt.

(110) So heißt es in Artikel 3 der Satzung des CCMA, dass die Organisation „der allgemeinen Führung der Kommunistischen Partei Chinas folgt und im Einklang mit den Bestimmungen der Verfassung der Kommunistischen Partei Chinas Organisationen der Kommunistischen Partei Chinas einrichtet, die Parteitätigkeiten ausüben und die notwendigen Voraussetzungen für die Tätigkeit von Parteiorganisationen schaffen. Die für die Registrierung und Verwaltung dieser Vereinigung zuständige Stelle ist das Ministerium für Zivilangelegenheiten der Volksrepublik China, und die für den Parteiaufbau zuständige Stelle ist das Parteikomitee der SASAC, der die Geschäftsberatung und -aufsicht von den für die Registrierung und Verwaltung zuständigen Stellen, den für den Parteiaufbau zuständigen Stellen und den Abteilungen für das Industriemanagement annimmt" ([25]). Darüber hinaus müssen die für die Vereinigung Verantwortlichen gemäß Artikel 36 der Satzung „im Rahmen der Führung der Kommunistischen Partei Chinas den Sozialismus chinesischer Merkmale unterstützen, die Linie, die Grundsätze und die Politik der Partei entschlossen umsetzen und über gute politische Qualitäten verfügen" ([26]).

(111) XCMG, Sinoboom, Liugong sowie Zoomlion gehören zu den Mitgliedern des CCMA, XCMG und Zoomlion sind auch stellvertretende Vorsitzende des Verbands ([27]).

(112) In Anbetracht dessen können sowohl staatliche als auch private Hersteller im Sektor der betroffenen Ware nicht unter Marktbedingungen agieren. In diesem Sektor unterliegen tatsächlich sowohl staatseigene als auch private Unternehmen einer politischen Aufsicht und der von der Politik vorgegebenen Ausrichtung.

3.3.3. *Nennenswerte Verzerrungen im Sinne des Artikels 2 Absatz 6a Buchstabe b zweiter Gedankenstrich der Grundverordnung: staatliche Präsenz in Unternehmen, die es dem Staat ermöglicht, Preise oder Kosten zu beeinflussen*

(113) Die chinesische Regierung kann durch die staatliche Präsenz in den Unternehmen Preise und Kosten beeinflussen. Tatsächlich kann er über die in staatseigenen wie auch in privaten Unternehmen bestehenden Zellen der Kommunistischen Partei Einfluss auf Unternehmensentscheidungen nehmen. Eingriffe der Kommunistischen Partei in die operative Entscheidungsfindung sind nicht nur in staatseigenen Unternehmen, sondern auch in privaten Unternehmen ([28]) zur Regel geworden, wobei die Kommunistische Partei bei praktisch allen Aspekten der Wirtschaft des Landes eine Führungsrolle geltend macht, da Staat und Parteistrukturen in China zusammengewachsen sind.

(114) Nach dem Unternehmensrecht Chinas muss in jedem Unternehmen (in dem es mindestens drei Parteimitglieder gibt — so sieht es das Statut der Kommunistischen Partei vor ([29])) eine Organisation der Kommunistischen Partei gebildet werden; zudem muss das Unternehmen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Parteiorganisation ihre Tätigkeiten ausüben kann.

([22]) Aktualisierter Bericht, Kapitel 2, S. 24-27.
([23]) Siehe: http://www.cncma.org/ (zuletzt abgerufen am 31. Mai 2024).
([24]) Siehe: http://www.cncma.org//article/480?pageTitle=%E5%88%86%E4%BC%9A%E5%90%8D%E5%BD%95 (zuletzt abgerufen am 31. Mai 2024).
([25]) Siehe: http://www.cncma.org/article/472 (zuletzt abgerufen am 31. Mai 2024).
([26]) *Ebenda*.
([27]) Siehe Liste der CCMA-Mitglieder, abrufbar unter: http://www.cncma.org//article/478?pageTitle=%E4%BC%9A%E5%91%98%E5%90%8D%E5%BD%95 (zuletzt abgerufen am 31. Mai 2024).
([28]) Artikel 33 der Verfassung der Kommunistischen Partei, Artikel 19 des chinesischen Gesellschaftsrechts. Siehe aktualisierten Bericht — Kapitel 3, S. 47-50.
([29]) Aktualisierter Bericht, Kapitel 3, S. 40.

(115) In der Vergangenheit wurde diese Vorschrift offenbar nicht immer eingehalten bzw. konsequent durchgesetzt. Spätestens seit 2016 macht die Kommunistische Partei verstärkt den Anspruch auf Kontrolle der Geschäftsentscheidungen von Unternehmen als politisches Prinzip geltend ([30]), wozu auch gehört, dass sie Druck auf private Unternehmen dahin gehend ausübt, „Patriotismus“ an oberste Stelle zu setzen und die Parteidisziplin zu wahren ([31]).

(116) Im Jahr 2017 gab es Berichten zufolge in 70 % der etwa 1,86 Mio. Privatunternehmen Parteizellen, wobei verstärkt darauf gedrungen wurde, dass die Organisationen der Kommunistischen Partei bei Geschäftsentscheidungen der betreffenden Unternehmen das letzte Wort haben sollten ([32]). Diese Regeln gelten grundsätzlich in der gesamten chinesischen Wirtschaft und in allen Sektoren, somit auch für die Hersteller der betroffenen Ware und die Lieferanten ihrer Inputs.

(117) Darüber hinaus wurde am 15. September 2020 ein Dokument mit dem Titel „Leitlinien des Generalbüros der Kommunistische Partei Chinas zur Intensivierung der Arbeit der Einheitsfront im privaten Sektor für die neue Ära“ (im Folgenden „Leitlinien“) ([33]) herausgegeben, mit dem die Rolle der Parteikomitees in Privatunternehmen weiter ausgebaut wurde.

(118) In Abschnitt II.4 der Leitlinien heißt es: „Wir müssen allgemein die Kapazität der Partei zur Führung der Arbeit der Einheitsfront im privaten Sektor intensivieren und die Anstrengungen in diesem Bereich effektiv stärken“; und in Abschnitt III.6 heißt es: „Wir müssen die Parteiaufbauarbeit in privaten Unternehmen intensivieren und die Parteizellen befähigen, ihre Rolle als Bollwerk wirksam auszuüben, und die Parteimitglieder in die Lage versetzen, als Vorhut Pionierarbeit zu leisten“. Somit wird in den Leitlinien die Rolle der Kommunistischen Partei in Unternehmen und anderen privatwirtschaftlichen Einrichtungen hervorgehoben und gestärkt ([34]).

(119) Die Untersuchung bestätigte, dass im Wirtschaftszweig für MAE Überschneidungen zwischen Führungspositionen und der Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei/Parteifunktionen auch vorkommen.

(120) Um einige Beispiele zu nennen, fungiert im Fall von XCMG der Vorsitzende der XCMG Group und der XCMG Machinery auch als Parteisekretär. Darüber hinaus ist der Geschäftsführer der XCMG Group und Direktor der XCMG Machinery nicht nur der stellvertretende Sekretär des Parteikomitees der XCMG Group, sondern war auch zuvor Mitglied der Parteileitungsgruppe des Büros der Stadtverwaltung von Xuzhou sowie stellvertretender Generalsekretär des Parteikomitees der kommunalen Kommunistischen Partei von Xuzhou ([35]).

(121) Die XCMG äußert sich auch sehr deutlich zu ihrer bedingungslosen Loyalität gegenüber der Kommunistischen Partei und zu ihrer Bereitschaft, die führende Rolle der Partei zu übernehmen. Nach eigenen Angaben von XCMG heißt es: „Das ‚Rote XCMG‘-Parteiaufbau-Ökosystem nutzt die ruhmreiche historische Tradition der XCMG Group als ‚rotes Gen‘, die organisatorische Stärke von Basisorganisationen der Partei als ‚rote Zelle‘ und die Rolle eines hochwertigen Parteiaufbauwerks als ‚roter Motor‘“. Darüber hinaus „hat XCMG in den 80er-Jahren seit seiner Gründung stets die Führung der Partei in alle Ebenen der Geschäftstätigkeit des Unternehmens integriert und die Partei zur zuverlässigsten Kernkraft bei Stürmen gemacht und die korrekte Ausrichtung der Geschäftsentwicklung des Unternehmens sichergestellt“. Die XCMG beabsichtigt offenbar, auch in Zukunft ihre Treue gegenüber der Kommunistischen Partei fortzusetzen, denn das Unternehmen „wird sich von Xi Jinpings Gedanken zum Sozialismus mit chinesischen Merkmalen für eine neue Ära leiten lassen, den Geist des 20. Nationalkongresses Kommunistischen Partei Chinas und die beiden wichtigen Reden von Generalsekretär Xi Jinping vollständig umsetzen, die wichtige Aufgabe der staatlichen Unternehmen als ‚Säulen‘ der sozialistischen Wirtschaft mit chinesischen Merkmalen entschlossen übernehmen, […] mit der starken Führung der Partei die hochwertige Entwicklung des Unternehmens anführen und neue und größere Beiträge zur Verwirklichung des chinesischen Traums von der großen Verjüngung der chinesischen Nation leisten!“ ([36]). Im Übrigen deutet diese Aussage auch darauf hin, dass die XCMG, unabhängig von der formalen Beteiligungsverteilung, sich selbst als staatseigenes Unternehmen betrachtet.

([30]) Siehe zum Beispiel: Blanchette, J., „Xi's Gamble: Race to Consolidate Power and Stave off Disaster“, in Foreign Affairs, Bd. 100, Nr. 4, Juli/August 2021, S. 10-19.

([31]) Aktualisierter Bericht, Kapitel 3, S. 41.

([32]) Abrufbar unter: https://www.reuters.com/article/us-china-congress-companies-idUSKCN1B40JU (zuletzt abgerufen am 8. April 2024).

([33]) Leitlinien des Generalbüros der Kommunistische Partei Chinas zur Intensivierung der Arbeit der Einheitsfront im privaten Sektor für die neue Ära: www.gov.cn/zhengce/2020-09/15/content_5543685.htm (zuletzt abgerufen am 8. April 2024).

([34]) Financial Times (2020): „Chinese Communist Party asserts greater control over private enterprise“, abrufbar unter: https://on.ft.com/3mYxP4j (zuletzt abgerufen am 8. April 2024).

([35]) Siehe Jahresbericht des Unternehmens von 2022, S. 45, abrufbar unter: http://file.finance.sina.com.cn/211.154.219.97:9494/MRGG/CNSESZ_STOCK/2023/2023-4/2023-04-29/9182574.PDF (zuletzt abgerufen am 31. Mai 2024).

([36]) Siehe: https://www.xcmg.com/aboutus/news-detail-1127478.htm (zuletzt abgerufen am 31. Mai 2024).

(122) Was Liugong betrifft, so ist der Vorsitzende und Geschäftsführer des Unternehmens Mitglied der Kommunistischen Partei und war Stellvertreter des 13. Nationalen Volkskongresses und Stellvertreter des 13. Volkskongresses der Autonomen Region Guangxi Zhuang. Darüber hinaus fungiert der stellvertretende Vorsitzende des Unternehmens als Sekretär des Parteikomitees des Unternehmens und — neben zahlreichen anderen politischen Funktionen — Vertreter des 14. Volkskongresses der Autonomen Region Guangxi Zhuang ([37]).

(123) Außerdem sieht Artikel 31 der Satzung von Liugong ([38]) vor, dass der Ausschuss der Kommunistischen Partei innerhalb des Unternehmens

„im Einklang mit der Verfassung der Kommunistischen Partei Chinas und den Vorschriften anderer Parteien folgende Aufgaben wahrnimmt:

i) Umsetzung der Hauptverantwortung, volle Wahrnehmung der Führungsrolle des Parteikomitees und Durchführung von Arbeiten rund um die Produktion und den Betrieb des Unternehmens;

ii) Gewährleistung und Überwachung der Umsetzung der Politik der Partei und des Staates in dem Unternehmen;

…

viii) Mitwirkung an der Entscheidungsfindung in wichtigen Fragen des Unternehmens, bei der Untersuchung und Entscheidung über größere Personaleinstellungen und -abgänge, bei der Prüfung und Erörterung von Reformen, bei der Entwicklung und Stabilität des Unternehmens, in wichtigen Fragen der Geschäftsführung und in wichtigen Fragen, die die lebenswichtigen Interessen der Arbeitnehmer betreffen."

(124) Darüber hinaus heißt es in Artikel 32 der Satzung: „Das Parteikomitee des Unternehmens bildet ein System und einen Mechanismus, die es der Parteiorganisation ermöglichen, sich an der Entscheidungsfindung in wichtigen Fragen zu beteiligen und den Verwaltungsrat, den Aufsichtsrat und die Führungsebene bei der Ausübung ihrer Befugnisse im Einklang mit dem Gesetz zu unterstützen." In Artikel 33 heißt es: „Die wichtigsten Verfahren, nach denen sich das Parteikomitee an der Entscheidungsfindung in wichtigen Fragen des Unternehmens beteiligen kann, sind: Das Parteikomitee hält Sitzungen ab, um wichtige Fragen zu erörtern und zu untersuchen, über die das Leitungsgremium und die Führungsebene entscheiden wollen, und legt Stellungnahmen und Vorschläge vor" ([39]).

(125) Ähnliches gilt für Zoomlion, deren Vorsitzender zahlreiche öffentliche Ämter innehat, darunter Vertreter des 16., 17. und 19. Nationalkongresses der Kommunistischen Partei Chinas, Vertreter des 10. und 12. Nationalen Volkskongresses, Vertreter des 8., 9. und 10. Kongresses der Kommunistischen Partei Chinas in der Provinz Hunan und Mitglied des 10. Komitees der Kommunistischen Partei Chinas in der Provinz Hunan. Darüber hinaus fungiert der Vorsitzende der Zoomlion auch als Vizepräsident des CCMA ([40]).

(126) Darüber hinaus ist Zoomlion seit Jahren bestrebt, Geschäftsentscheidungen der Führung der Kommunistischen Partei zu unterwerfen, wie aus seinen bereits 2021 stammenden Erklärungen hervorgeht: „Im gesamten Reform- und Innovationsprozess von Zoomlion war der Parteiaufbau immer der Grundstein aller Arbeiten. Er spielte eine wichtige Rolle bei der politischen Führung und Begleitung einer qualitativ hochwertigen Entwicklung und sorgte dafür, dass das Unternehmen auf dem Weg einer nachhaltigen und qualitativ hochwertigen Entwicklung stetig und weitreichend voranschreitet. … Das Festhalten an der Führung der Partei und die Stärkung des Parteiaufbaus sind die Wurzeln und die Seele der Unternehmensreform. Zoomlion hat immer darauf bestanden, die Reform und Entwicklung von Unternehmen durch Parteiaufbau zu leiten, die Rolle der Parteiorganisationen bei der Übernahme der Gesamtverantwortung und der Koordinierung aller Parteien voll auszuschöpfen und die Vorteile des Parteiaufbaus zu nutzen, um die Standardisierung und Stabilität der Unternehmensreform sicherzustellen. Die „Führung der Partei" ist dabei als Grundpfeiler der Unternehmensreform und -entwicklung zu verstehen. In den

([37]) Siehe Jahresbericht des Unternehmens von 2023, S. 55, abrufbar unter: http://file.finance.sina.com.cn/211.154.219.97:9494/MRGG/CNSESZ_STOCK/2024/2024-3/2024-03-30/9930890.PDF (zuletzt abgerufen am 31. Mai 2024).

([38]) Siehe: http://file.finance.sina.com.cn/211.154.219.97:9494/MRGG/CNSESZ_STOCK/2023/2023-12/2023-12-29/9750475.PDF (zuletzt abgerufen am 31. Mai 2024).

([39]) Ebenda.

([40]) Siehe Jahresbericht des Unternehmens von 2023, S. 47, abrufbar unter: https://q.stock.sohu.com/newpdf/202457231354.pdf (zuletzt abgerufen am 31. Mai 2024).

letzten 20 Jahren hat Zoomlion zwei große Kämpfe erlebt, nämlich die Reform des Wissenschafts- und Technologiesystems und die Reform staatseigener Unternehmen … Die Reform und Umstrukturierung dauerte mehr als zehn Jahre, und das Parteikomitee auf oberster Ebene hat stets darauf bestanden, die Richtung zu leiten und die Gesamtsituation zu steuern und wichtige Fragen vorab zu genehmigen; … die Parteiführerschaft ist in alle Aspekte der Reform integriert und auf allen Ebenen der Corporate Governance verankert, um die richtige Ausrichtung der Reform und wirksame Maßnahmen zu gewährleisten. … Zoomlion erlebte in den ersten 20 Jahren eine rasche Entwicklung, verzeichnete einen fünfjährigen Abschwung in der Industrie und kehrte seit 2017 zu einem kontinuierlichen Aufwärtstrend zurück. Zoomlion hat stets auf dem Parteiaufbau bestanden, um die Entwicklung voranzutreiben und die einzigartigen Vorteile des Parteiaufbaus in Unternehmen in Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit und Zusammenhalt umzuwandeln“ ([41]).

(127) Außerdem gibt es im Fall von Sinoboom Überschneidungen zwischen den Funktionen der Geschäftsführung der Kommunistischen Partei, da der Vorsitzende des Unternehmens nicht nur Mitglied der Kommunistischen Partei ist, sondern auch ein Vertreter des 14. Volkskongresses der Provinz Hunan ([42]).

(128) Ferner zeigen öffentlich zugängliche Informationen die enge Zusammenarbeit zwischen Sinoboom und den staatlichen Behörden sowie Finanzinstituten, die eine vom Staat vorgegebene Industriepolitik verfolgen: „In der Projektbasis von SINOBOOM Intelligent International Intelligent Manufacturing City wurde der Aufstieg von [Sinoboom] in die Top 50 der weltweit tätigen Maschinenbauunternehmen sowie die Fertigstellung und Inbetriebnahme der ersten Phase von SINOBOOM International Intelligent Manufacturing City feierlich begangen. …, Chefingenieur und Erstinspektor der Provinz Hunan für Industrie und Informationstechnologie, …, stellvertretender Bürgermeister der Volksregierung von Changsha, Sekretär des Parteikomitees der Stadt Ningxiang, …, stellvertretender Sekretär des Gemeindeparteikomitees von Ningxiang und Bürgermeister sowie andere führende Vertreter der Provinzen und Gemeinden, … stellvertretender Sekretär des Parteikomitees, stellvertretender Vorsitzender und Geschäftsführer der Caixin Financial Holdings, …, Generalsekretär der China Construction Machinery Industry Association, Xu Hongxia, Geschäftsführer von [Sinoboom], sowie Vertreter von Partnern wie Finanzinstituten nahmen an einem weiteren historischen Moment auf dem Weg zu einer qualitativ hochwertigen Entwicklung von SINOBOOM Intelligent teil. … Als wichtiger Partner von [Sinoboom] hat HUNAN CHASING Financial Holdings seine Tochtergesellschaften so organisiert, dass sie [Sinoboom] mit innovativen, umfassenden Finanzdienstleistungen versorgen, die die gesamte industrielle Wertschöpfungskette abdecken und [Sinoboom] auf dem Weg zum Kapitalmarkt unterstützen. … In Zukunft wird HUNAN CHASING Financial Holdings unbeirrt die strategische Positionierung und die Mission der „drei Hochländer und vier neuen Missionen“ unserer Provinz umsetzen, … innovative umfassende Finanzdienstleistungen anbieten, die den gesamten Lebenszyklus und die gesamte industrielle Wertschöpfungskette für Unternehmen in unserer Provinz abdecken, und mit seiner Weisheit und Stärke kontinuierlich zur hochwertigen wirtschaftlichen Entwicklung unserer Provinz beitragen“ ([43]).

(129) Die Präsenz und das Eingreifen des Staates auf den Finanzmärkten sowie bei der Bereitstellung von Rohstoffen und Inputs bewirken überdies eine zusätzliche Verzerrung des Marktes ([44]). Die staatliche Präsenz in Betrieben, im Wirtschaftszweig für MAE sowie in anderen Wirtschaftszweigen (wie dem Finanzsektor und den Sektoren für Inputs) ermöglicht der chinesischen Regierung somit, Preise und Kosten zu beeinflussen.

3.3.4. *Nennenswerte Verzerrungen im Sinne des Artikels 2 Absatz 6a Buchstabe b dritter Gedankenstrich der Grundverordnung: staatliche Strategien oder Maßnahmen, mit denen inländische Lieferanten begünstigt werden oder durch die das freie Spiel der Marktkräfte anderweitig beeinflusst wird*

(130) Die Ausrichtung der chinesischen Volkswirtschaft wird in erheblichem Maße durch ein ausgefeiltes Planungssystem bestimmt, in dem Prioritäten festgelegt und die Ziele vorgegeben werden, die die Zentralregierung und die Regierungen auf Provinz- und Lokalebene schwerpunktmäßig verfolgen müssen. Auf allen Regierungsebenen gibt es einschlägige Pläne, die praktisch alle Wirtschaftszweige abdecken. Die in den Planungsinstrumenten vorgegebenen Ziele sind verbindlich, und die Behörden aller Verwaltungsebenen überwachen die Umsetzung der Pläne durch die jeweils nachgeordnete Ebene.

([41]) Siehe: https://www.sohu.com/a/474336777_120808812 (zuletzt abgerufen am 31. Mai 2024).

([42]) Siehe: https://www.csust.edu.cn/qjxy/info/1483/13510.htm#:~:text=%E5%88%98%E5%9B%BD%E8%89%AF%EF%BC%8C%E5%85%A8%E7%90%83%E5%B7%A5%E7%A8%8B%E6%9C%BA%E6%A2%B0TOP50,%E5%8D%81%E5%9B%9B%E5%B1%8A%E4%BA%BA%E5%A4%A7%E4%BB%A3%E8%A1%A8%E3%80%82 (zuletzt abgerufen am 31. Mai 2024).

([43]) Siehe: https://stock.hnchasing.com/main/aboutUs/jtyw/detail/1600404406236819458.html (zuletzt abgerufen am 31. Mai 2024).

([44]) Aktualisierter Bericht, Kapitel 14, Abschnitte 14.1 bis 14.3.

(131) Insgesamt führt das Planungssystem in China dazu, dass Ressourcen nicht in Abhängigkeit von den Marktkräften zugewiesen werden, sondern in Sektoren fließen, die von der Regierung als strategische oder anderweitig politisch wichtige Sektoren erachtet werden ([45]).

(132) Die chinesischen Behörden haben eine Reihe von Maßnahmen erlassen, um die Funktionsweise des Sektors der betroffenen Ware zu steuern.

(133) Der 14. Fünfjahresplan zielt darauf ab, „die Optimierung und Modernisierung der verarbeitenden Industrie … zu fördern, fortgeschrittene Fertigungscluster zu erschließen und die innovative Entwicklung von Industriezweigen wie Baumaschinen zu fördern" sowie „die eingehende Durchführung von Sonderprojekten zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und des technologischen Wandels der verarbeitenden Industrie zu gewährleisten, Unternehmen zur Anwendung fortgeschrittener und anwendbarer Technologien zu ermutigen, die Aktualisierung der Ausstattung und großmaßstäbliche Anwendung neuer Produkte zu fördern" ([46]).

(134) Diese Ziele wurden in der vom MIIT im Jahr 2023 veröffentlichten Bekanntmachung über ein Umsetzungsgutachten zur Stärkung der Zuverlässigkeit des verarbeitenden Gewerbes präzisiert; darin werden die „strategischen Ziele, eine Produktions- und Qualitätsmacht zu werden und sich auf Schlüsselindustrien wie den Maschinenbau zu konzentrieren, [um] eine Gruppe von verarbeitenden Unternehmen mit hoher Produktzuverlässigkeit, starker Marktwettbewerbsfähigkeit und starkem Markeneinfluss zu bilden" festgelegt und konkrete Angaben zu den vorgelagerten Wirtschaftszweigen gemacht, die vorrangig unterstützt werden sollen: „Motorkraftstoffeinspritzsystem, Traktor-Lastschaltgetriebe, Abgasnachbehandlungssystem, digitale Hydraulikkomponenten und integriertes elektrisches Antriebssystem für Baumaschinen … sowie allgemeine Grundkomponenten wie Spitzenlager, Präzisionsgetriebe, hochfeste Verbindungselemente, Hochleistungsdichtungen" ([47]).

(135) Darüber hinaus wurden die Maßnahmen der chinesischen Regierung im MIIT in einer Bekanntmachung über einen Arbeitsplan für das nachhaltige Wachstum der Maschinenbauindustrie 2023-2024 näher erläutert ([48]). Diesem Arbeitsplan zufolge beabsichtigt die chinesische Regierung, „den Aufbau von Qualitätsmarken zu verstärken, Maßnahmen zur Verbesserung der Zuverlässigkeit mechanischer Produkte zu ergreifen, Projekte zur Schaffung von Grundlagen für die Zuverlässigkeit von Produkten durchzuführen [und] spezielle Aktivitäten für die Aufwärtsentwicklung chinesischer Marken zu organisieren, die Markenwerbung und -pflege in Schlüsselindustrien wie Industriemaschinen zu stärken […] und die Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Marken zu verbessern". In Bezug auf Baumaschinen weist die chinesische Regierung darauf hin, dass „Anstrengungen unternommen werden, um die grundlegenden Fähigkeiten des Wirtschaftszweigs zu verbessern, Durchbrüche zu gewährleisten" ([49]), und dass sie beabsichtige, „Unternehmen zur Stärkung der Forschung und der großmaßstäblichen Anwendung von Schlüsselkomponenten wie Batterien, Motoren und elektronischen Steuerungen für alternativ angetriebene Baumaschinen zu fördern". Schließlich beabsichtigt die chinesische Regierung, die Nachfrage nach Baumaschinen zu unterstützen, indem sie „Förderstrategien unterstützt [und] den Ausstiegsmechanismus für alte Baumaschinen auslotet und qualifizierte Regionen dabei unterstützt, bei der Umsetzung des Managements für die Registrierung von und den Ausstiegsmechanismus für Baumaschinen die Führungsrolle zu übernehmen" ([50]).

(136) Um weitere Beispiele auf Provinzebene zu nennen: im 14. Fünfjahresplan von Zhejiang zur Entwicklung der Hochleistungsfertigung ([51]) haben die Regierungsbehörden eine Reihe von „Schlüsselaufgaben" definiert, von denen eine darin besteht, den Sektor der „intelligenten Spezialausrüstung" und insbesondere „intelligente Bühnen für die Arbeit in der Luft" ([52]) zu unterstützen.

(137) Auf Provinzebene stellte die Kommission außerdem fest, dass Hunan spezifische Maßnahmen zur Unterstützung des MAE-Wirtschaftszweigs und seiner relevanten Lieferanten eingeführt hat ([53]).

([45]) Aktualisierter Bericht, Kapitel 4, S. 56-57 und 99-100.
([46]) Siehe Abschnitt III.6.3 des 14. Fünfjahresplans.
([47]) Siehe Abschnitt III und Kasten I, abrufbar unter: https://www.gov.cn/zhengce/zhengceku/202307/content_6889718.htm (zuletzt abgerufen am 31. Mai 2024).
([48]) Siehe: https://www.gov.cn/zhengce/zhengceku/202309/content_6901732.htm (zuletzt abgerufen am 31. Mai 2024).
([49]) Ebenda.
([50]) Ebd., Abschnitt III.4.2.
([51]) Siehe: 157823f5651e42ea85038c86b74becca.pdf (zj.gov.cn) (zuletzt abgerufen am 30. Mai 2024).
([52]) Ebd., Abschnitt III.6.
([53]) Siehe: http://cpc.people.com.cn/n1/2024/0529/c64387-40245669.html (zuletzt abgerufen am 31. Mai 2024).

(138) Auf kommunaler Ebene haben das Parteikomitee der Stadt Xuzhou (Jiangsu) und die Gemeinderegierung neben der Ausarbeitung des Entwicklungsplans für Baumaschinen von Xuzhou (2021-2030) ([54]) ein spezifisches Förderprojekt „333 — Innovations-Ökosystem, um Baumaschinen zum Top-Wirtschaftszweig zu machen“ ([55]). ins Leben gerufen. Dieses kommunale Projekt wurde auch von den Provinzbehörden als typisches Reform- und Innovationsbeispiel für den Aufbau einer starken Industrieprovinz ausgewählt ([56]). Ziel des Projekts ist es, Xuzhou zur „Hauptstadt der Baumaschinen“ zu machen, und zwar dadurch, dass Industriecluster organisiert werden, indem Unternehmen, darunter auch XCMG ([57]), zusammengeführt und unterstützt werden, wie auch der Sekretär des Parteikomitees der Stadt Xuzhou bestätigt hat: „Xuzhou wird den Wirtschaftszweig für Baumaschinen mit größerer Entschlossenheit, einem größeren Muster und praktischeren Maßnahmen entwickeln und ausbauen und sich um den Aufbau eines fortschrittlichen Industrieclusters mit internationaler Wettbewerbsfähigkeit bemühen und Jiangsu dabei unterstützen, neue Erfolge bei der Stärkung, Ergänzung und Erweiterung der industriellen Wertschöpfungskette aufzuzeigen“ ([58]).

(139) Mithilfe dieser und anderer Instrumente steuert und kontrolliert die chinesische Regierung daher Entwicklung und Funktionieren des Sektors, einschließlich der vorgelagerten Inputs, in praktisch allen Belangen.

(140) Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die chinesische Regierung Maßnahmen ergriffen hat, um die Wirtschaftsbeteiligten dazu anzuhalten, die von der staatlichen Politik vorgegebenen Ziele bezüglich des Wirtschaftszweigs zu erfüllen. Derartige Maßnahmen verhindern ein freies Spiel der Marktkräfte.

3.3.5. *Nennenswerte Verzerrungen im Sinne des Artikels 2 Absatz 6a Buchstabe b vierter Gedankenstrich der Grundverordnung: Fehlen, diskriminierende Anwendung oder unzulängliche Durchsetzung des Insolvenz-, Gesellschafts- oder Eigentumsrechts*

(141) Den im Dossier enthaltenen Informationen nach zu urteilen wird das chinesische Insolvenzsystem kaum seinem Hauptzweck gerecht, nämlich der fairen Abwicklung von Forderungen und Verbindlichkeiten und der Wahrung der gesetzlichen Rechte und der Interessen von Gläubigern und Schuldnern. Dies ist offenbar darauf zurückzuführen, dass — obgleich das chinesische Insolvenzrecht formal auf ähnlichen Grundsätzen basiert wie die entsprechenden Rechtsvorschriften in anderen Ländern — das chinesische System durch eine systematisch unzureichende Durchsetzung gekennzeichnet ist.

(142) Die Zahl der Insolvenzen ist im Verhältnis zur Größe der chinesischen Volkswirtschaft nach wie vor gering; seinen Grund hat dies nicht zuletzt in den zahlreichen Mängeln der Insolvenzverfahren, die im Hinblick auf die Anmeldung von Insolvenzen eine abschreckende Wirkung haben. Darüber hinaus nimmt der Staat in Insolvenzverfahren weiterhin eine starke, aktive Rolle wahr und hat häufig unmittelbaren Einfluss auf das Ergebnis der Verfahren ([59]).

(143) Außerdem treten die Defizite im System der Eigentumsrechte in China besonders deutlich zutage, wenn es um Grundbesitz und Landnutzungsrechte geht ([60]). Aller Grund und Boden ist Eigentum des chinesischen Staates (ländlicher Grund und Boden ist Kollektiveigentum, städtischer Grund und Boden ist Staatseigentum), und die Zuweisung von Grund und Boden fällt in die ausschließliche Zuständigkeit des Staates. Es gibt Rechtsvorschriften, die auf eine transparente Zuteilung von Landnutzungsrechten zu Marktpreisen abzielen und beispielsweise Ausschreibungsverfahren vorsehen. Diese Vorschriften werden jedoch regelmäßig missachtet, und bestimmte Käufer erhalten Land unentgeltlich oder zu Preisen unterhalb des Marktniveaus ([61]). Darüber hinaus verfolgen die Behörden bei der Zuteilung von Land oft auch bestimmte politische Ziele wie die Umsetzung der Wirtschaftspläne ([62]).

([54]) Siehe: http://js.news.cn/20230801/a47ffa9814f94a6c8345969906ea2aec/c.html, (zuletzt abgerufen am 31. Mai 2024).
([55]) Siehe: https://www.xhby.net/content/s6639f820e4b0706ddc4cddda.html (zuletzt abgerufen am 31. Mai 2024).
([56]) Siehe: https://gxt.jiangsu.gov.cn/art/2024/4/2/art_6281_11208011.html (zuletzt abgerufen am 31. Mai 2024).
([57]) Siehe https://www.xhby.net/content/s6639f820e4b0706ddc4cddda.html (zuletzt abgerufen am 31. Mai 2024).
([58]) Siehe http://js.news.cn/20230801/a47ffa9814f94a6c8345969906ea2aec/c.html (zuletzt abgerufen am 31. Mai 2024).
([59]) Aktualisierter Bericht, Kapitel 6, S. 171-179.
([60]) Aktualisierter Bericht, Kapitel 9, S. 260-261.
([61]) Aktualisierter Bericht, Kapitel 9, S. 257-260.
([62]) Aktualisierter Bericht, Kapitel 9, S. 252-254.

(144) Wie andere Zweige der chinesischen Wirtschaft unterliegen auch die Hersteller der betroffenen Ware den üblichen chinesischen insolvenz-, gesellschafts- und eigentumsrechtlichen Vorschriften. Das bedeutet, dass auch diese Unternehmen von den Top-down-Verzerrungen betroffen sind, die aus der diskriminierenden Anwendung oder unzulänglichen Durchsetzung des Insolvenzrechts und des Eigentumsrechts resultieren. Die verfügbaren Beweise lassen darauf schließen, dass diese Überlegungen auch uneingeschränkt auf den Wirtschaftszweig für Baumaschinen und daher auch MAE zutreffen. Dies wird durch das Beispiel von XCMG in Xuzhou veranschaulicht: „Um XCMG bei der Erweiterung seiner industriellen ‚Tonnage' zu helfen, hat die Stadt Xuzhou seit 2018 mehr als 2 000 mu Land für die Baumaschinenindustrie … durch Genehmigungen und Beschlagnahmen gesichert" ([63]). Die jetzige Untersuchung förderte keine Erkenntnisse zutage, die diese Feststellungen infrage stellen würden.

(145) In Anbetracht der vorstehenden Ausführungen kam die Kommission zu dem Schluss, dass das Insolvenz- und das Eigentumsrecht im Sektor der betroffenen Ware in diskriminierender Weise angewandt oder nur unzulänglich durchgesetzt wird.

3.3.6. *Nennenswerte Verzerrungen im Sinne des Artikels 2 Absatz 6a Buchstabe b fünfter Gedankenstrich der Grundverordnung: verzerrte Lohnkosten*

(146) Ein System marktbasierter Löhne kann sich in China nicht voll entwickeln, da Arbeitnehmer und Arbeitgeber nur über eine eingeschränkte Koalitionsfreiheit verfügen. China hat eine Reihe grundlegender Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation insbesondere die Übereinkommen über Vereinigungsfreiheit und Kollektivverhandlungen, nicht ratifiziert ([64]).

(147) Nach nationalem Recht ist nur eine Gewerkschaftsorganisation aktiv. Diese ist jedoch nicht von den staatlichen Behörden unabhängig, und ihre Beteiligung an Kollektivverhandlungen sowie ihr Einsatz für den Schutz der Arbeitnehmerrechte sind nach wie vor rudimentär ([65]). Darüber hinaus wird die Mobilität der chinesischen Arbeitskräfte durch das Haushaltsregistrierungssystem behindert, das den Zugang zum gesamten Spektrum von Leistungen der sozialen Sicherheit und anderen Leistungen auf die in einem bestimmten Verwaltungsgebiet ansässigen Einwohner beschränkt.

(148) In der Regel führt dies dazu, dass sich Arbeitnehmer ohne örtliche Wohnsitzregistrierung in einer prekären Beschäftigungssituation befinden und ein geringeres Einkommen haben als Arbeitnehmer mit einer solchen Wohnsitzregistrierung ([66]). Dies deutet auf eine Verzerrung der Lohnkosten in China hin.

(149) Es wurden keine Nachweise dafür erbracht, dass die MAE-Branche nicht den beschriebenen Eigenheiten des chinesischen Arbeitsrechtssystems unterliegt. Somit gibt es im Sektor mit Blick auf die Lohnkosten Verzerrungen sowohl unmittelbarer Art (bei der Herstellung der betroffenen Ware bzw. des Hauptausgangsmaterials für deren Produktion) als auch mittelbarer Art (beim Zugang zu Kapital oder zu Inputs von Unternehmen, für die ebenfalls diese Eigenheiten des chinesischen Arbeitsrechtssystems gelten).

3.3.7. *Nennenswerte Verzerrungen im Sinne des Artikels 2 Absatz 6a Buchstabe b sechster Gedankenstrich der Grundverordnung: Zugang zu Finanzmitteln über Institute, die staatliche Ziele umsetzen oder anderweitig nicht unabhängig vom Staat agieren*

(150) Der Zugang von Unternehmen zu Kapital unterliegt in China unterschiedlichen Verzerrungen.

(151) Erstens ist das chinesische Finanzsystem durch die starke Marktposition staatseigener Banken gekennzeichnet ([67]), die bei der Gewährung des Zugangs zu Finanzmitteln andere Kriterien heranziehen als die Rentabilität eines Projekts. Ähnlich wie nichtfinanzielle staatseigene Unternehmen sind auch die Banken nach wie vor nicht nur durch die Eigentümerschaft mit dem Staat verbunden, sondern auch durch personelle Verflechtungen (die Top-Führungskräfte großer staatseigener Finanzinstitute werden letztlich von der Kommunistischen Partei ernannt) ([68]), und sie setzen ebenfalls grundsätzlich die von der chinesischen Regierung festgelegten Strategien um.

([63]) Siehe https://www.js.gov.cn/art/2022/11/14/art_63909_10663820.html (zuletzt abgerufen am 31. Mai 2024)
([64]) Aktualisierter Bericht, Kapitel 13, S. 360-361 und 364-370.
([65]) Aktualisierter Bericht, Kapitel 13, S. 366.
([66]) Aktualisierter Bericht, Kapitel 13, S. 370-373.
([67]) Aktualisierter Bericht, Kapitel 6, S. 137-140.
([68]) Aktualisierter Bericht, Kapitel 6, S. 146-149.

(152) Damit kommen die Banken einer ausdrücklichen gesetzlichen Verpflichtung nach, ihre Geschäfte im Einklang mit den Erfordernissen der nationalen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu führen und sich dabei an der Industriepolitik des Staates auszurichten ([69]). Zwar trifft es zu, dass verschiedene gesetzliche Bestimmungen auf die Notwendigkeit verweisen, den bankenüblichen Gepflogenheiten und aufsichtsrechtlichen Vorschriften zu folgen und etwa die Kreditwürdigkeit eines Kreditnehmers zu prüfen, jedoch lassen die umfangreichen Beweise, darunter auch die Erkenntnisse aus Handelsschutzuntersuchungen, darauf schließen, dass diese Bestimmungen bei der Anwendung der unterschiedlichen Rechtsinstrumente nur eine untergeordnete Rolle spielen.

(153) Die chinesische Regierung hat beispielsweise klargestellt, dass auch Entscheidungen im privaten Firmenkundengeschäft von der Kommunistischen Partei beaufsichtigt werden und stets im Einklang mit der nationalen politischen Strategie stehen müssen. Eines der drei übergeordneten Ziele des Staates bezüglich der Governance im Bankwesen lautet nun, die Führungsrolle der Partei im Banken- und Versicherungssektor zu stärken, auch in Hinblick auf operative Fragen oder Fragen des Managements ([70]). Auch in den Kriterien zur Leistungsbewertung von Geschäftsbanken muss nun insbesondere berücksichtigt werden, inwiefern Unternehmen „den nationalen Entwicklungszielen und der Realwirtschaft dienen“ und wie sie insbesondere „strategischen und aufstrebenden Wirtschaftszweigen dienen“ ([71]).

(154) Darüber hinaus sind Anleiheratings und Bonitätsbewertungen häufig aus den unterschiedlichsten Gründen verzerrt, unter anderem weil die strategische Bedeutung eines Betriebs für die chinesische Regierung und etwaige stillschweigende staatliche Garantien sich auf die Risikobewertungen auswirken . ([72]) Hinzu kommt, dass es weitere Regelungen gibt, aufgrund deren Finanzmittel in Sektoren gelenkt werden, die von der Regierung als geförderte oder anderweitig relevante Sektoren ausgewiesen werden ([73]). Dies führt bei der Kreditvergabe zu einer Verzerrung zugunsten staatseigener Unternehmen, großer, gut vernetzter Privatunternehmen und von Unternehmen in Schlüsselindustrien, was wiederum bedeutet, dass Verfügbarkeit und Kosten von Kapital nicht für alle Marktakteure gleich sind.

(155) Zweitens wurden die Fremdkapitalkosten künstlich niedrig gehalten, um das Investitionswachstum zu fördern. Dies hat zu übermäßigen Anlageinvestitionen bei immer niedrigeren Kapitalrenditen geführt. Davon zeugt der trotz eines drastischen Rückgangs der Rentabilität zu beobachtende Anstieg der Unternehmensverschuldung im staatlichen Sektor, der darauf schließen lässt, dass die Mechanismen im Bankensystem nicht einer normalen unternehmerischen Logik folgen.

(156) Drittens ist festzustellen, dass trotz der Liberalisierung des Nominalzinses im Oktober 2015 die Preissignale nach wie vor nicht das Ergebnis eines freien Spiels der Marktkräfte sind, sondern durch staatlich induzierte Verzerrungen beeinflusst werden. Der Anteil der zum Referenzzinssatz oder zu einem niedrigeren Zinssatz vergebenen Kredite an der Gesamtkreditvergabe belief sich Ende 2018 noch immer auf mindestens ein Drittel ([74]). Die offiziellen chinesischen Medien berichteten kürzlich, dass die Kommunistische Partei gefordert hatte, „den Zins am Kreditmarkt nach unten zu lenken“ ([75]). Künstlich niedrig gehaltene Zinssätze führen zu Finanzierungskosten unter Preis und folglich zu einem übermäßigen Kapitaleinsatz.

(157) Das Gesamtkreditwachstum in China zeugt von einer sinkenden Effizienz der Kapitalallokation, wobei es keinerlei Anzeichen für eine Kreditverknappung gibt, wie sie in einem unverzerrten Marktumfeld zu erwarten wäre. Infolgedessen lässt sich ein starker Anstieg notleidender Kredite beobachten, angesichts derer sich die Regierung mehrfach dafür entschied, entweder Ausfälle zu vermeiden, was zur Entstehung sogenannter „Zombie-Unternehmen“ führte, oder das Eigentum an den Forderungen (z. B. im Wege von Fusionen oder Debt-Equity-Swaps) zu übertragen, ohne jedoch das Schuldenproblem insgesamt zu beseitigen oder dessen eigentliche Ursachen anzugehen.

([69]) Aktualisierter Bericht, Kapitel 6, S. 149.

([70]) Siehe das offizielle Strategiedokument der chinesischen Aufsichtsbehörde für Banken und Versicherungen („China Banking and Insurance Regulatory Commission“) vom 28. August 2020: Dreijahresaktionsplan zur Verbesserung der Unternehmensführung und -kontrolle im Banken- und Versicherungssektor (2020-2022), http://www.cbirc.gov.cn/cn/view/pages/ItemDetail.html?docId=925393&itemId=928 (zuletzt abgerufen am 8. April 2024). Der Plan enthält die Anweisung, „den in der Grundsatzrede von Generalsekretär Xi Jinping über das Vorantreiben der Reform der Unternehmensführung und -kontrolle im Finanzsektor verkörperten Geist weiter umzusetzen“. In Abschnitt II des Plans wird darüber hinaus die Förderung der organischen Integration der Führungsrolle der Partei in die Unternehmensführung und -kontrolle als Ziel vorgegeben: „Wir werden die Integration der führenden Rolle der Partei in die Unternehmensführung und -kontrolle systematischer, stärker standardisiert und verfahrensbasiert machen … Wichtige operative und Managementfragen müssen vom Parteikomitee besprochen werden, bevor der Unternehmensvorstand oder das leitende Management über sie entscheidet.“

([71]) Siehe „Notice on the Commercial banks performance evaluation method“ der CBIRC, herausgegeben am 15. Dezember 2020: http://jrs.mof.gov.cn/gongzuotongzhi/202101/t20210104_3638904.htm (zuletzt abgerufen am 8. April 2024).

([72]) Aktualisierter Bericht, Kapitel 6, S. 157-158.

([73]) Aktualisierter Bericht, Kapitel 6, S. 150-152, 156-160, 165-171.

([74]) OECD (2019), OECD-Wirtschaftsberichte: China 2019, OECD Publishing, Paris, S. 29, abrufbar unter: https://doi.org/10.1787/eco_surveys-chn-2019-en (zuletzt abgerufen am 8. April 2024).

([75]) http://www.gov.cn/xinwen/2020-04/20/content_5504241.htm (zuletzt abgerufen am 8. April 2024).

(158) Insgesamt ist festzustellen, dass die Kreditvergabe an Unternehmen in China trotz der Schritte zur Marktliberalisierung durch nennenswerte Verzerrungen gekennzeichnet ist, die auf die anhaltenden, allgegenwärtigen Eingriffe des Staates in die Kapitalmärkte zurückzuführen sind. Somit lässt sich feststellen, dass die erheblichen staatlichen Eingriffe in das Finanzsystem zu stark verzerrten Marktbedingungen auf allen Ebenen führen.

(159) Im Rahmen der aktuellen Untersuchung wurden keine Beweise dafür vorgelegt, dass sich die staatlichen Eingriffe in das Finanzsystem im Sinne des Artikels 2 Absatz 6a Buchstabe b sechster Gedankenstrich der Grundverordnung nicht auf den Sektor der betroffenen Ware auswirken. Somit lässt sich feststellen, dass die erheblichen staatlichen Eingriffe in das Finanzsystem zu stark verzerrten Marktbedingungen auf allen Ebenen führen.

3.3.8. *Systemischer Charakter der beschriebenen Verzerrungen*

(160) Die Kommission stellte fest, dass die im aktualisierten Bericht beschriebenen Verzerrungen charakteristisch für die chinesische Wirtschaft sind. Die verfügbaren Beweise zeugen davon, dass die vorstehend erläuterten sowie in Teil I des aktualisierten Berichts enthaltenen Feststellungen zu den Gegebenheiten und Merkmalen des chinesischen Systems auf das gesamte Land und alle Wirtschaftszweige zutreffen. Gleiches gilt für die Aussagen zu den Produktionsfaktoren, wie sie vorstehend sowie in Teil II des aktualisierten Berichts dargelegt werden.

(161) Die Kommission merkt an, dass es zur Herstellung der betroffenen Ware bestimmter Inputs bedarf. Wenn Hersteller der betroffenen Ware diese Inputs beschaffen, unterliegen die von ihnen gezahlten Preise (die als ihre Kosten erfasst werden) natürlich denselben vorstehend beschriebenen systemischen Verzerrungen. So beschäftigen beispielsweise die Lieferanten der Inputs Arbeitskräfte zu durch Verzerrungen gekennzeichneten Bedingungen. Sie nehmen möglicherweise Kredite auf, die den Verzerrungen im Finanzsektor bzw. bei der Kapitalallokation unterliegen. Darüber hinaus unterliegen sie dem Planungssystem, das sich auf alle staatlichen Ebenen und sämtliche Wirtschaftszweige erstreckt. Diese Verzerrungen wurden vorstehend, insbesondere in den Abschnitten 3.3.1-3.3.7 ausführlich beschrieben. Die Kommission wies darauf hin, dass das diesen Verzerrungen zugrunde liegende Regelwerk allgemein anwendbar ist und die MAE-Hersteller diesen Regeln wie jeder andere Wirtschaftsbeteiligte in China unterliegen. Die Verzerrungen wirken sich daher unmittelbar auf die Kostenstruktur der betroffenen Ware aus.

(162) Folglich ist es nicht nur im Sinne des Artikels 2 Absatz 6a Buchstabe a der Grundverordnung unangemessen, die Inlandsverkaufspreise für die betroffene Ware zu verwenden, sondern Gleiches gilt auch für sämtliche Kosten der Inputs (Rohstoffe, Energie, Boden, Finanzierung, Arbeit usw.), denn sie sind ebenfalls Verzerrungen unterworfen, da die Preisbildung durch erhebliche staatliche Eingriffe beeinflusst wird, wie sie in den Teilen I und II des aktualisierten Berichts beschrieben werden.

(163) De facto sind die im Zusammenhang mit Kapitalallokation, Boden, Arbeit, Energie und Rohstoffen beschriebenen staatlichen Eingriffe in ganz China festzustellen. Das bedeutet beispielsweise, dass ein Input, der selbst in China unter Einsatz einer Reihe von Produktionsfaktoren hergestellt wurde, mit nennenswerten Verzerrungen behaftet ist. Gleiches gilt für die Inputs zur Herstellung der Inputs und so weiter.

(164) Sinoboom brachte in seiner am 3. Januar 2024 übermittelten Stellungnahme seinen allgemeinen Standpunkt zum Ausdruck, dass Artikel 2 Absatz 6a der Grundverordnung nicht angewandt werden sollte, da keine Beweise für nennenswerte Verzerrungen im chinesischen MAE-Wirtschaftszweig vorliegen, und forderte die Kommission auf, die von Sinoboom ordnungsgemäß gemeldeten Inlandspreise und -kosten zu akzeptieren. Darüber hinaus verwies Sinoboom auf die Stellungnahmen der CCCME zum Vorliegen nennenswerter Verzerrungen. Dementsprechend werden die Argumente der Kommission zu (dem angeblichen Fehlen von) Beweisen für nennenswerte Verzerrungen im Folgenden als Reaktion auf die Argumente der CCCME aufgeführt.

(165) Am 3. und am 22. Januar 2024 übermittelte die CCCME eine Reihe von Stellungnahmen, in denen sie zu dem Schluss kam, dass keine ausreichenden Beweise dafür vorliegen, dass nennenswerte Verzerrungen im Sinne des Artikels 2 Absatz 6a Buchstabe b der Grundverordnung in Bezug auf den chinesischen Wirtschaftszweig für MAE sowie alle Inputs vorliegen. Daher forderte die CCCME die Kommission auf, die Inlandspreise und -kosten in China heranzuziehen, da sie nach Ansicht der CCCME unverzerrte Preise widerspiegeln. Zur Untermauerung ihres Standpunkts brachte die CCCME folgende Argumente vor:

(166) Erstens behauptete die CCCME, dass es keine Beweise dafür gebe, dass der Markt für MAE in China nennenswerten Verzerrungen unterliege. Insbesondere sei der Bericht aktualisiert worden und MAE werde weder im 14. Fünfjahresplan noch in der Mitteilung zum 14. Fünfjahresplan erwähnt; China habe sein Finanzsystem in den letzten sieben Jahren geöffnet und ausländische Investitionen in seinem Hoheitsgebiet begrüßt; China habe erhebliche Fortschritte bei der Stärkung seines Schutzes des geistigen Eigentums erzielt; China habe auch wichtige Reformen in den Rahmen für staatseigene Unternehmen aufgenommen, um Überkapazitäten abzubauen und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, wodurch sich die Zahl der angeblichen „Zombie-Unternehmen" erheblich verringerte.

(167) Diesem Einwand konnte nicht gefolgt werden. Die Kommission hat den aktualisierten Bericht veröffentlicht und in das Dossier aufgenommen, der die Art und das Ausmaß der im Bericht beschriebenen Verzerrungen weitgehend bestätigt und zusätzliche Einzelheiten zur Entwicklung und zum Fortbestehen der Verzerrungen enthält. Die Kommission stellt in diesem Zusammenhang fest, dass das chinesische Finanzsystem dieselben verzerrenden Merkmale aufweist, die bereits zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des ursprünglichen Berichts beobachtet wurden (siehe Abschnitt 3.3.7). Gleiches gilt für den Sektor staatseigener Unternehmen (siehe Abschnitt 3.3.2), wo die Kommission beispielsweise feststellte, dass eine angeblich gesteigerte Wettbewerbsfähigkeit häufig auf politisch motivierte Unternehmensumstrukturierungen zurückzuführen ist.

(168) Zweitens bedeutet die Tatsache, dass der Baumaschinensektor Teil der chinesischen Politik der „grünen Entwicklung" und der „Qualität von Industrieprodukten" ist, nicht, dass der Wirtschaftszweig für MAE unter diese Politik fällt. Der Wirtschaftszweig für MAE gehört in Wirklichkeit zum Industrieausrüstungssektor.

(169) Die Kommission teilte diese Ansicht nicht. Erstens wird MAE häufig im Zusammenhang mit Bauarbeiten verwendet, was im Widerspruch zur Unterscheidung der CCCME zwischen Baumaschinen und Industrieausrüstung steht. Ferner wies die Kommission darauf hin, dass die Ziele der Ökologisierung und der industriellen Anpassung im 14. Fünfjahresplan für die gesamte chinesische Wirtschaft gelten, wie sich beispielsweise aus den Artikeln VIII oder XXXIX des 14. Fünfjahresplans ergibt.

(170) Drittens stellt die CCCME die Präsenz staatseigener Unternehmen in diesem Sektor in Frage. Insbesondere lehnt die CCCME die Einstufung von XCMG als staatseigenes Unternehmen ab, da seine Anteile öffentlich gehandelt werden und einige ausländische Aktionäre zu ihren Anteilseignern gehören. In Bezug auf Liugong brachte die CCCME vor, dass es sich bei dem Unternehmen nicht um ein staatseigenes Unternehmen handele, sondern um ein an der Shenzhen Börse gehandeltes öffentliches Unternehmen. In diesem Zusammenhang forderte die CCCME die Kommission nachdrücklich auf, äußerste Sorgfalt in Bezug auf die Auswahl der Quellen walten zu lassen, und warnte vor der Verwendung unzuverlässiger Informationsquellen wie der Website seetao.com.

(171) Diesem Einwand konnte nicht gefolgt werden. Erstens hat die Kommission auf die Bemerkungen in den Erwägungsgründen 107 bis 110 zur staatlichen Beteiligung an XCMG sowie an Liugong und anderen Herstellern von MAE sowie zu anderen Arten der staatlichen Kontrolle Bezug genommen. Darüber hinaus erinnert die Kommission daran, dass sowohl XCMG als auch Liugong Mitglieder (XCMG sogar Vizepräsident) des CCMA sind, das sich ausdrücklich der Führung der Kommunistischen Partei unterordnet und unternehmerische Leitlinien und die Aufsicht durch die staatlichen Behörden akzeptiert (siehe Erwägungsgründe 110 bis 111). Unabhängig von der nominalen Beteiligung des Staates an diesen Unternehmen oder der Tatsache, dass ein Teil ihrer Aktien von ausländischen Anteilseignern gehalten wird, sind sie folglich unter der Kontrolle oder politischen Aufsicht oder Anleitung der Behörden der VR China, und der Staat ist in der Lage, auf ihre Preise oder Kosten Einfluss zu nehmen. In Bezug auf die Quellen, die zur Untermauerung von Argumenten in Bezug auf das Vorliegen oder Nichtvorliegen nennenswerter Verzerrungen herangezogen wurden, stellt die Kommission fest, dass die CCCME zwar die Verwendung zuverlässiger Quellen forderte, selbst jedoch wiederholt auf Quellen verwies, die nicht als zuverlässig angesehen werden können, wie etwa eine Zeitung, die sich im Besitz der zentralen Propagandaabteilung der Kommunistischen Partei befindet.

(172) Viertens argumentierte die CCCME, dass unabhängig von der Eigentumsform von XCMG und Liugong ihre begrenzten Ausfuhren in die EU keine Verzerrungen in die Gesamtausfuhren chinesischer MAE in die EU zulassen würden, da keines der beiden Unternehmen die Preise auf EU-Ebene festlege. Die in die Stichprobe einbezogenen chinesischen Hersteller, die zufällig vollständig US-amerikanische Unternehmen seien, übten einen stärkeren Einfluss auf die Preisgestaltung in der EU aus.

(173) Dieses Argument ist unangebracht. Nach Artikel 2 Absatz 6a der Grundverordnung bewertet die Kommission nicht, ob nennenswerte Verzerrungen die Preisbildung in den USA beeinflussen, sondern ob es aufgrund nennenswerter Verzerrungen in diesem Land angemessen ist, die Inlandspreise und -kosten im Ausfuhrland heranzuziehen. Der Einwand wurde daher zurückgewiesen.

(174) Fünftens brachte die CCCME vor, dass es in Unternehmen keine staatliche Präsenz gebe, die es dem Staat ermögliche, Preise oder Kosten zu beeinflussen. Insbesondere gebe es keine Anhaltspunkte dafür, dass das Führungspersonal von XCMG und/oder Liugong unter staatlicher Einflussnahme handelte. Auch Zoomlion sei ein börsennotiertes öffentliches Unternehmen, das sich in privatem Besitz befindet, einschließlich ausländischer Investoren, und an dem Hunan SASAC nur 14,4 % der Anteile halte, was nicht ausreiche, um eine nennenswerte Kontrolle auszuüben, die zu Verzerrungen führen könnte.

(175) Dieses Argument beruht auf einer falschen Darstellung, nämlich dass das Eigentum unterhalb der nominalen Mehrheit der Anteile den Staat daran hindere, in den Geschäftsbetrieb eines Unternehmens einzugreifen. Die Kommission weist dies aus den in den Abschnitten 3.3.2 und 3.3.3, insbesondere in den Erwägungsgründen 109 bis 111 und 120 bis 129, ausführlich dargelegten Gründen zurück.

(176) Sechstens wies die CCCME darauf hin, dass die Teilnahme von Regierungsbeamten an den konstituierenden Zeremonien oder Treffen zwischen dem Verwaltungsrat eines Unternehmens und Regierungsbeamten nicht den Beweiswert einer staatlichen Einflussnahme habe. Solche Praktiken seien nicht nur in China, sondern beispielsweise auch in Frankreich üblich.

(177) Die Kommission konnte diesem Argument nicht stattgeben. Während Verweise auf Drittländer wie Frankreich im vorliegenden Zusammenhang nicht relevant sind, stellte die Kommission fest, dass die Verbindungen zwischen der Verwaltung der Unternehmen im Wirtschaftszweig für MAE und zwischen der chinesischen Regierung und/oder Mitgliedern der Kommunistischen Partei weit über die Teilnahme an Feierlichkeiten hinausgehen, wie in Abschnitt 3.3.3 dargelegt.

(178) Siebtens wies die CCCME in Bezug auf nennenswerte Verzerrungen auf den vorgelagerten Märkten auf die Besonderheiten der US-Untersuchungen hin, bei denen „widrige verfügbare Informationen" verwendet würden, und wies darauf hin, dass die US-Bewertung vor mehr als drei Jahren stattgefunden habe. Darüber hinaus bestritt die CCCME das verzerrende Potenzial des 14. Fünfjahresplans, indem sie Artikel XXXIX zitierte und darauf hinwies, dass sich die Bestimmung auf Umweltziele im Bergbau und nicht auf wirtschaftliche Verzerrungen beziehe. In diesem Zusammenhang betonte die CCCME, dass Europa auch mit seinem Grünen Deal und seinem Paket „Fit für 55" grüne Ambitionen verfolge. Die Bestrafung von Umweltinitiativen in einer Klimakrise würde solchen Ambitionen entgegenwirken und schwerwiegende Folgen für die Welt haben.

(179) Diesem Einwand konnte nicht gefolgt werden. Die Kommission ergänzte die vom Antragsteller vorgebrachten Argumente durch eigene Untersuchungen (siehe Abschnitte 3.3.1 bis 3.3.7) und wies damit das Vorliegen erheblicher Verzerrungen nach, unabhängig von der Beweiskraft der amerikanischen Bewertung. Ebenso wurde das wettbewerbsverzerrende Potenzial des 14. Fünfjahresplans als Dokument im Zentrum des komplexen Systems der staatlichen Industrieplanung im aktualisierten Bericht ausführlich erläutert (siehe insbesondere die Erwägungsgründe 97 bis 100). Ein einziges Zitat aus dem 14. Fünfjahresplan aus diesem industriepolitischen Planungssystem zu nehmen, kann diese wettbewerbsverzerrende Wirkung des Planungssystems nicht ändern. Die Kommission stellt ferner fest, dass die Umweltziele Europas im Rahmen einer Bewertung nach Artikel 2 Absatz 6a der Grundverordnung nicht relevant sind.

(180) Achtens bestreitet die CCCME jegliche Verbindung zwischen bestimmten Herstellern von Batterien für Elektrofahrzeuge und/oder Projekten mit dem Wirtschaftszweig für MAE und weist auch darauf hin, dass die MAE-Modelle von XCMG, die vom chinesischen staatseigenen Hersteller Yuchai mit Motoren ausgestattet würden, für den internen Verbrauch bestimmt seien, da der Motor die hohen Standardanforderungen von Drittländern nicht erfülle. Ebenso brachte die CCCME vor, dass die Vereinbarung zwischen Zoomlion und der staatseigenen Dongfeng Motor Corporation bereits ausgelaufen sei und die Transaktionen im Rahmen dieser Vereinbarung jedenfalls zu marktüblichen Bedingungen erfolgt seien. Die CCCME erinnerte ferner daran, dass chinesische Hersteller verschiedene MAE-Teile verwendeten, die von westlichen Herstellern hergestellt würden, während die EU-Hersteller von MAE eine Reihe von Teilen aus China bezogen.

(181) Die Kommission konnte diesem Argument nicht stattgeben. Im Zusammenhang mit der Feststellung der Präsenz staatseigener Unternehmen in den vorgelagerten Sektoren sind die spezifischen Vertragsbedingungen zwischen Zoomlion und Dongfeng Motor Corporation von untergeordneter Bedeutung. Ebenso stellt die behauptete Tatsache, dass bestimmte von Yuchai gelieferte Motoren in MAE-Modelle für den Inlandsmarkt eingebaut würden, die erhebliche Präsenz staatseigener Unternehmen unter den Herstellern von MAE-Motoren nicht in Frage. Die Kommission stellt ferner fest, dass die CCCME den Verweis des Antragstellers auf eine starke staatliche Präsenz auf weiteren Vorleistungsmärkten wie dem Bergbau und der Verarbeitung von Eisen-Metallerzen (60 %), Unterstützungstätigkeiten für den Bergbau (97 %) oder das Schmelzen und Verarbeiten von Eisenmetallen (72 %) nicht bestreitet. Die Kommission konnte nicht erkennen, wie relevant die Tatsache ist, dass chinesische Hersteller angeblich verschiedene MAE-Teile verwenden, die von westlichen Herstellern hergestellt wurden, oder dass die EU-Hersteller von MAE eine Reihe von Teilen aus China beziehen.

(182) Neuntens argumentierte die CCCME, es gebe keine Beweise dafür, dass der Wirtschaftszweig für MAE von staatlichen Maßnahmen oder Maßnahmen profitiere, die inländische Lieferanten diskriminierten. Die CCCME brachte in diesem Zusammenhang vor, dass die Bezugnahme im 14. Fünfjahresplan auf „entstehende Wirtschaftszweige“ in keiner Weise zu Diskriminierung oder Verzerrungen führen könne, nicht zuletzt deshalb, weil MAE keine hochwertige Ausrüstung darstelle. Außerdem profitiere der Wirtschaftszweig für MAE nicht von der Initiative „Neue Seidenstraße“, die nicht auf industrielle Ausrüstung — zu der MAE gehört — abziele, sondern auf den Bausektor, in dem es nach Ansicht der CCCME keine Verzerrungen gebe und dessen Entwicklung jedenfalls unabhängig vom Wirtschaftszweig für MAE sei. Die CCCME erklärte, dass die chinesischen Behörden den Bausektor eher deregulieren und dass staatliche Eingriffe in diesem Sektor zwar notwendig seien, dass aber den Entwicklern Darlehen zum Marktwert gewährt würden.

(183) Die Kommission war von diesem Vorbringen nicht überzeugt. Wie in Abschnitt 3.3.4 ausführlich erläutert, profitiert der Wirtschaftszweig für MAE von zahlreichen öffentlichen Maßnahmen, sei es direkt oder als Teil eines größeren Sektors, in dem die MAE-Hersteller tätig sind (siehe insbesondere Erwägungsgründe 133 bis 137). Darüber hinaus stellt die Kommission fest, dass der Verweis der CCCME auf den Bausektor als einen Bereich, in dem die Marktgrundsätze überwiegen, nicht zuletzt angesichts der Tatsache, dass der chinesische Wohnungsbausektor, d. h. ein direkt mit dem Baugewerbe verbundener Sektor, nach wie vor im Mittelpunkt der Regulierungsmaßnahmen der chinesischen Behörden steht ([76]). Daher wies die Kommission die Vorbringen der CCCME zurück.

(184) Schließlich brachte die CCCME vor, dass China erhebliche Fortschritte im Insolvenzsektor erzielt habe und wichtige Reformen des Rahmens für staatseigene Unternehmen durchgeführt habe, um Überkapazitäten zu verringern und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, wodurch die Zahl der „Zombie-Unternehmen“ erheblich zurückgegangen sei und Verzerrungen auf dem Markt verringert worden seien.

(185) Bei diesem Argument handelt es sich im Wesentlichen um eine Wiederholung des bereits in Erwägungsgrund 167 genannten Arguments. Die Kommission stellt zudem fest, dass die CCCME sich nicht auf Sachinformationen zu den angeblichen marktorientierten Reformen, sondern auf eine Erklärung der chinesischen Regierung aus dem Jahr 2017 sowie auf Artikel Dritter bezog, die tatsächlich das Vorliegen von Verzerrungen bestätigen. Der Einwand wurde daher zurückgewiesen.

3.4. **Repräsentatives Land**

3.4.1. *Allgemeine Bemerkungen*

(186) Bei der Auswahl des repräsentativen Landes waren nach Artikel 2 Absatz 6a der Grundverordnung folgende Kriterien maßgebend:

— Ähnlicher wirtschaftlicher Entwicklungsstand wie in der VR China. Entsprechend wählte die Kommission Länder aus, die laut Datenbank der Weltbank ([77]) ein ähnliches Bruttonationaleinkommen pro Kopf aufweisen wie die VR China,

— Herstellung der untersuchten Ware im betreffenden Land,

— Verfügbarkeit einschlägiger Daten im repräsentativen Land,

([76]) Siehe zum Beispiel: https://www.imf.org/en/News/Articles/2024/02/02/cf-chinas-real-estate-sector-managing-the-medium-term-slowdown (abgerufen am 31. Mai 2024).Siehe z. B. die jüngsten Beobachtungen des IWF unter: https://www.imf.org/en/News/Articles/2024/02/02/cf-chinas-real-estate-sector-managing-the-medium-term-slowdown und https://www.imf.org/en/News/Articles/2024/05/28/pr24184-china-imf-staff-completes-2024-art-iv-mission (abgerufen am 31. Mai 2024).

([77]) https://data.worldbank.org/income-level/upper-middle-income.

— Gibt es mehr als ein potenzielles repräsentatives Land, wird gegebenenfalls dem Land der Vorzug gegeben, in dem ein angemessener Sozial- und Umweltschutz besteht.

(187) Wie vorstehend in den Erwägungsgründen 57 bis 58 dargelegt, veröffentlichte die Kommission zwei Vermerke zu den bei der Ermittlung des Normalwerts herangezogenen Quellen: den ersten Vermerk zu den Produktionsfaktoren vom 21. Dezember 2023 und den zweiten Vermerk zu den Produktionsfaktoren vom 17. Mai 2024. In diesen Vermerken wurden die Tatsachen und Belege beschrieben, die den einschlägigen Kriterien zugrunde liegen, und es wurde auch auf die Stellungnahmen der Parteien zu diesen Sachverhalten und einschlägigen Quellen eingegangen. Im zweiten Vermerk zu den Produktionsfaktoren unterrichtete die Kommission die interessierten Parteien über ihre Absicht, im vorliegenden Fall Brasilien als geeignetes repräsentatives Land zu wählen, falls das Vorliegen nennenswerter Verzerrungen nach Artikel 2 Absatz 6a der Grundverordnung bestätigt würde.

3.4.2. *Verfügbarkeit einschlägiger öffentlicher Daten im repräsentativen Land*

(188) Die Kommission konnte kein Land ermitteln, das den gleichen wirtschaftlichen Entwicklungsstand aufweist wie China, in dem die untersuchte Ware hergestellt wird und einschlägige Finanzinformationen ohne Weiteres verfügbar sind. Folglich suchte die Kommission nach möglichen repräsentativen Ländern, in denen eine Ware in derselben allgemeinen Kategorie und/oder demselben Wirtschaftszweig wie die untersuchte Ware hergestellt wird.

(189) Um ein repräsentatives Land auszuwählen, ermittelte die Kommission eine Ware in derselben allgemeinen Kategorie wie MAE. Bei der Ware handelt es sich um auf Lkw montierte Arbeitsbühnen. Mobile auf Lkw montierte Bühnen teilen ihre Hauptkomponenten mit mehreren MAE-Kategorien, sind jedoch auf der Heckklappe eines Lkw aufgebaut. Die Fahrzeuge werden von den Herstellern gekauft und haben minimale Auswirkungen auf die Zusammensetzung des Hebeteils der Bühne. Die auf Lkw montierte mobile Zugangstechnik war hinsichtlich der Endverwendung, des Herstellungsverfahrens und der Inputs, und in der Folge der VVG-Kosten und Gewinne, ausreichend ähnlich, um als Ware derselben allgemeinen Kategorie wie die untersuchte Ware angesehen zu werden.

(190) Sinoboom schlug vor, von der Liebherr-International AG in Brasilien hergestellte mobile und Raupenkrane als Ware in der gleichen allgemeinen Kategorie wie MAE zu verwenden.

(191) Die Kommission lehnt diesen Vorschlag ab, da Krane als Warenumschlagmaschinen für das Heben von Gütern anstelle von Personen verwendet werden. Erstere sind ausdrücklich vom Anwendungsbereich der untersuchten Ware ausgenommen.

(192) Die Kommission ermittelte die Produktion von mobilen auf Lkw montierten Bühnen in zwei Ländern mit einem ähnlichen wirtschaftlichen Entwicklungsstand wie China: Brasilien und Serbien.

(193) Die Produktionsstätte in Serbien war im UZ nicht in Betrieb. Die Kommission wählte daher Brasilien als geeignetes repräsentatives Land aus, da das Land auf Lkw montierte Arbeitsbühnen herstellte. Anschließend prüfte die Kommission die Verfügbarkeit von Finanzdaten.

(194) Im Falle Brasiliens produzierte Madal Palfinger Brazil, eine 100%ige Tochtergesellschaft der Palfinger GmbH, eines Herstellers von MAE mit Sitz in Österreich, auf Lkw montierte Arbeitsbühnen. Für die Jahre 2022 und 2023 lagen Finanzdaten für den gesamten UZ vor.

(195) Dingli und die CCCME brachten vor, dass das brasilianische Unternehmen, Madal Palfinger, keine geeignete Quelle für Gewinne und VVG-Kosten sei, da es die untersuchte Ware nicht herstelle.

(196) Dingli argumentierte ferner, Madal Palfinger sei eine 100%ige Tochtergesellschaft einer EU-Gesellschaft.

(197) Die Kommission weist diese Argumente mit der Begründung zurück, dass die untersuchte Ware außer in Mexiko und der Türkei in keinem geeigneten Land mit einem ähnlichen wirtschaftlichen Entwicklungsstand hergestellt wird. Das Eigentum des EU-Unternehmens am brasilianischen Hersteller wurde als irrelevant angesehen, da Madal Palfinger integraler Bestandteil des heimischen Industriekomplexes in Brasilien und Lateinamerika ist.

(198) In ihrer Stellungnahme zum zweiten Vermerk wies die CCCME darauf hin, dass die Kosten und Gewinne des Unternehmens für die Zwecke der rechnerischen Ermittlung des Normalwerts nicht als zuverlässig angesehen werden könnten, wenn ein erheblicher Teil der Geschäftstätigkeit von Madal Palfinger auf konzerninterne Transaktionen und Operationen entfalle, da diese Transaktionen nicht im normalen Geschäftsverkehr getätigt würden.

(199) Die Kommission weist dieses Vorbringen zurück, da sie bei der Prüfung der detaillierten Buchführung von Madal Palfinger für den UZ kein Anzeichen für „unzuverlässige konzerninterne Geschäftsvorgänge" gefunden hat. Außerdem legte die CCCME keine Beweise dafür vor, dass ein erheblicher Teil der Geschäftstätigkeit von Madal Palfinger aus dieser Art von Geschäftsvorgängen bestand.

(200) Die CCCME machte geltend, dass Brasilien derzeit Antidumping- und/oder Ausgleichsmaßnahmen für warmgewalzten Stahl, Grobbleche, Stahldraht, Flachstahl, Kohlenstoffstahlrohre, Rohre aus rostfreiem Stahl, Kupferrohre und kaltgewalzte Bleche aus nicht rostendem Stahl anwende. Da aus Stahl bestehende Werkstoffe die grundlegendsten MAE-Inputs sind, darunter warmgewalzte Stahlbleche, Stabstahl und Hohlstrukturformen, verzerrten die Einfuhrbeschränkungen den brasilianischen Inlandsmarktpreis für diese Stahlinputs.

(201) Die Kommission weist dieses Argument zurück, da davon ausgegangen wird, dass handelspolitische Schutzmaßnahmen die Märkte, auf denen sie angewandt werden, nicht verzerren. Vielmehr sollen diese Maßnahmen wieder gleiche Wettbewerbsbedingungen schaffen. Die bloße Existenz dieser Maßnahmen kann kein Grund für den Ausschluss des Landes als repräsentatives Land sein.

3.4.3. *Niveau des Sozial- und Umweltschutzes*

(202) Nachdem die Kommission festgestellt hat, dass Brasilien als geeignetes repräsentatives Land angesehen werden kann, weil es einen ähnlichen Entwicklungsstand wie China aufweist und einschlägige Finanzdaten zur Verfügung stehen, hielt sie es nicht für notwendig, das Niveau des Sozial- und Umweltschutzes der anderen potenziell repräsentativen Länder zu bewerten.

3.4.4. *Schlussfolgerungen*

(203) Die vorstehende Analyse ergab, dass Brasilien alle in Artikel 2 Absatz 6a Buchstabe a erster Gedankenstrich der Grundverordnung festgelegten Kriterien für eine Einstufung als geeignetes repräsentatives Land erfüllte.

3.5. **Für die Ermittlung unverzerrter Kosten verwendete Quellen**

(204) In ihrem ersten Vermerk erstellte die Kommission eine Liste der Produktionsfaktoren wie Werkstoffe, Energie und Arbeit, die die ausführenden Hersteller bei der Herstellung der untersuchten Ware einsetzen, und forderte die interessierten Parteien auf, Stellung zu nehmen und ohne Weiteres verfügbare Informationen zu unverzerrten Werten der einzelnen im Vermerk genannten Produktionsfaktoren vorzuschlagen.

(205) Anschließend erklärte die Kommission in ihrem zweiten Vermerk, dass sie bei der rechnerischen Ermittlung des Normalwerts nach Artikel 2 Absatz 6a Buchstabe a der Grundverordnung den GTA heranziehen werde, um die unverzerrten Kosten der meisten Produktionsfaktoren und insbesondere der Rohstoffe zu bestimmen. Darüber hinaus erklärte die Kommission, dass sie die vom brasilianischen Institut für Geografie und Statistik (IBGE) veröffentlichten Statistiken zur Ermittlung unverzerrter Arbeitskosten ([78]) und die Strompreisstatistiken heranziehen werde, die von der brasilianischen Regierung im monatlichen Bulletin für Strom ([79]) veröffentlicht werden, sowie den Gaspreis für gewerbliche Verwender in Brasilien, die vom Ministerium für Bergbau und Energie ([80]) veröffentlicht werden.

(206) Die CCCME und Sinoboom brachten vor, dass die Kommission lediglich die endgültigen verzollten Preise angegeben und die „Ursprungsdaten", auf deren Grundlage sie den endgültigen unverzerrten Wert ermittelt habe, nicht offengelegt habe.

([78]) https://www.ibge.gov.br/estatisticas/economicas/industria/9042-pesquisa-industrial-anual.html?=&t=destaques.

([79]) https://www.gov.br/mme/pt-br/assuntos/secretarias/sntep/publicacoes/boletins-mensais-de-energia/2022-2/ingles/brazilian-monthly-energy-bulletin-december-2022.pdf/view.

([80]) https://www.gov.br/mme/pt-br/assuntos/secretarias/sntep/publicacoes/boletins-mensais-de-energia/2022-2/ingles.

(207) Die Kommission weist dieses Argument zurück, weil sie den Parteien mitgeteilt hat, dass sie sich auf den GTA, eine ohne Weiteres verfügbare Informationsquelle mit verzollten Preisen, stützte. Auch war nicht klar, was unter „Ursprungsdaten" zu verstehen ist, wie von der CCCME und Sinoboom behauptet.

(208) In ihrem zweiten Vermerk teilte die Kommission den interessierten Parteien außerdem mit, dass aufgrund der ungewöhnlichen Vielzahl der Produktionsfaktoren der in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Hersteller, die vollständige Angaben gemacht hatten, und des geringen Anteils einiger Rohstoffe an den Gesamtherstellkosten einige wertmäßig vernachlässigbare Posten als „Verbrauchsmaterialien" zusammengefasst wurden. Weiter teilte die Kommission mit, dass sie den prozentualen Anteil der Verbrauchsmaterialien an den Gesamtrohstoffkosten berechnen und diesen Prozentsatz bei der Neuberechnung der Rohstoffkosten anwenden werde.

(209) Die CCCME argumentierte, dass die Zusammenfassung von Kosten unter 1 % des Gesamtbetrags in der Kategorie der Verbrauchsgüter nicht akzeptabel sei, da es sich dabei um einzelnen Ausgabenposten handele.

(210) Die Kommission weist dieses Argument zurück, da angesichts der ungewöhnlich großen Zahl von Produktionsfaktoren in diesem Fall die Zusammenfassung unbedeutender Inputs als angemessen erachtet wurde. Da es sich um unbedeutende Kosten handelte, wurden die Auswirkungen auf die Berechnung der Dumpingspanne als geringfügig angesehen.

3.6. **Unverzerrte Kosten und Vergleichswerte**

3.6.1. *Produktionsfaktoren*

(211) Unter Berücksichtigung aller von den interessierten Parteien übermittelten und bei den Kontrollbesuchen eingeholten Informationen wurden zur Ermittlung des Normalwerts nach Artikel 2 Absatz 6a Buchstabe a der Grundverordnung die folgenden Produktionsfaktoren und Quellen ermittelt:

Tabelle 1

Produktionsfaktoren für mobile Zugangstechnik

Produktionsfaktor	Warencode	Unverzerrter Wert	Stück
Rohstoffe			
Reifen	4011 80 10, 4011 80 20, 4011 80 90	7 270,47	CNY/Stückzahl
Sonstige Waren aus Zement, Beton/Kunststein	6810 99	12,21	CNY/kg
Sonstige Hydromotoren	8412 29	3 580,21	CNY/Stückzahl
Elliptischer Stahl mit Nickel-Radkappen zur Herstellung von Rezipienten	7326 90 10	590,03	CNY/kg
Sonstige Dieselmotoren, stationär, P ≥ 337,5 kW, Rpm > 1 000	8408 90 10	185 696,71	CNY/Stückzahl
Sonstige Dieselmotoren/Semi-Diesel	8408 90 90	82 558,74	CNY/Stückzahl
Hydrozylinder	8412 21 10	2 915,39	CNY/Stückzahl
Teile von Gabelstaplern	8431 20 19	65,48	CNY/kg
Armaturen und andere Vorrichtungen für Rohre usw.	8481 80 99	50,88	CNY/Stückzahl

Produktionsfaktor	Warencode	Unverzerrter Wert	Stück
Zahnradschaltgetriebe, Schaltgetriebe usw.	8483 40 10	1 204,16	CNY/Stückzahl
Gleichstromgeneratoren, Pot ≤ 750 W	8501 31 20	3 904,53	CNY/Stückzahl
Gleichstrommotoren, 750 W < Pot ≤ 75 kW	8501 32 10	1 917,83	CNY/Stückzahl
Mehrphasen-Wechselstrommotoren 750 W < P ≤ 75 kW	8501 52 90	5 247,16	CNY/Stückzahl
Blei-Akkumulatoren, mit einem Gewicht von ≤ 1 000 kg	8507 20 10	164,80	CNY/Stückzahl
Schalttafeln mit programmierbaren Geräten zum elektrischen Schalten oder Steuern, T ≤ 1kV	8537 10 20	662,95	CNY/Stückzahl
Wickeldrähte für elektrotechnische Zwecke, aus Kupfer, isoliert	8544 11	125,14	CNY/kg
Schläuche, nicht aus Weichkautschuk, nicht mit textilen Spinnstoffen verstärkt, mit Formstücken, Verschlussstücken oder Verbindungsstücken	4009 12 90	216,13	CNY/kg
Schläuche, aus Weichkautschuk, mit textilen Spinnstoffen verstärkt, mit Formstücken, Verschlusstücken oder Verbindungsstücken	4009 32 90	162,20	CNY/kg
Felgenschutzbänder usw. für Gummireifen	4012 90 90	25,56	CNY/kg
Warmgewalzte Erzeugnisse aus Eisen oder Stahl, mit einer Breite von ≥ 600 mm, nicht in Rollen „Coils“, mit einer Dicke von > 10 mm	7208 51	7,55	CNY/kg
Warmgewalzte Erzeugnisse aus Eisen oder Stahl, mit einer Breite von ≥ 600 mm, nicht in Rollen „Coils“, mit einer Dicke von ≤ 4,75 mm bis 10 mm	7208 52	27,62	CNY/kg
Warmgewalzte Erzeugnisse aus Eisen oder Stahl, mit einer Breite von ≥ 600 mm, nicht in Rollen „Coils“, mit einer Dicke von ≤ 3 mm, jedoch < 4,75 mm, ohne Oberflächenmuster	7208 53	24,52	CNY/kg
Warmgewalzte Erzeugnisse aus Eisen oder Stahl, mit einer Breite von ≥ 600 mm, in Rollen „Coils“, mit einer Dicke von 4,75 mm bis 10 mm	7208 37	4,96	CNY/kg
Rohre und Hohlprofile, aus Gusseisen	7303	15,28	CNY/kg
Rohre aus nichtlegiertem Stahl, nahtlos, für Beschichtungen usw.	7304 29 10	19,90	CNY/kg
Türen, Fenster usw. aus Gusseisen, Eisen oder Stahl	7308 30	131,16	CNY/kg
Sonstige Konstruktionen und Konstruktionsteile, aus geschmolzenem Eisen/Eisen/Stahl	7308 90 90	31,03	CNY/kg

Produktionsfaktor	Warencode	Unverzerrter Wert	Stück
Sammelbehälter, aus Eisen oder Stahl“ mit einem Fassungsvermögen von ≤ 50 l bis 300 l, ausgenommen mit wärmetechnischer Einrichtung	7310 10 90	48,95	CNY/kg
Sonstige Sammelbehälter und ähnl. Behälter, aus Eisen oder Stahl, mit einem Fassungsvermögen von < 50 l	7310 29 90	63,01	CNY/kg
Dosen aus Eisen oder Stahl, mit einem Fassungsvermögen von < 50 l, die durch Schweißen, Löten oder Falzen verschlossen werden	7310 21 90	47,73	CNY/kg
Splinte und Keile, aus Gusseisen, Eisen oder Stahl	7318 24	120,22	CNY/kg
Sonstige Waren aus Gusseisen, gegossen	7325 99 10	81,98	CNY/kg
Sonstige Waren aus Gusseisen oder Stahl, gegossen	7325 99 90	18,15	CNY/kg
Zahnradpumpen, kraftbetrieben, Durchfluss ≤ 300 l/Min. Getriebe	8413 60 11	1 343,94	CNY/Stückzahl
Teile von selbstfahrenden Gabelstaplern	8431 20 11	61,91	CNY/kg
Teile von Gabelstaplern und anderen mit Hebevorrichtung ausgerüsteten Karren zum Fördern und für das Hantieren	8431 20 90	49,60	CNY/kg
Drehventile für ölhydraulische Getriebe, konisch	8481 20 11	990,15	CNY/Stückzahl
Zahnradschaltgetriebe, Schaltgetriebe usw.	8483 40 10	1 204,16	CNY/Stückzahl
Teile von Maschinenwellen, Maschinengetrieben, Maschinenkupplungen, Lagergehäuse usw.	8483 90	113,13	CNY/kg
Gleichstrommotoren, 37,5 W < Pot ≤ 750 W	8501 31 10	162,38	CNY/Stückzahl
Mehrphasen-Wechselstrommotoren 750 W < P ≤ 75 kW	8501 52 90	5 247,16	CNY/Stückzahl
Akkumulatorenladegeräte (elektrische Umformer)	8504 40 10	124,20	CNY/Stückzahl
Stromrichter, elektrisch	8504 40 90	504,74	CNY/Stückzahl
Elektrische Akkumulatoren, Lithium-Ionen	8507 60	123,93	CNY/Stückzahl
Unterstützung mit Vorrichtungen numerisch gesteuerter Anlagen, T ≤ 1kV, C/Proc/Bus ≥ 32Bits	8537 10 11	992,20	CNY/kg
Tafeln, Felder usw. mit Vorrichtungen numerisch gesteuerter Anlagen, T ≤ 1kV	8537 10 19	2 039,73	CNY/kg

Produktionsfaktor	Warencode	Unverzerrter Wert	Stück
Tafeln usw. mit Geräten zum Schließen oder Unterbrechen von elektrischen Stromkreisen, T<=1kV	8537 10 90	900,57	CNY/kg
Teile für Geräte zum Schließen oder Unterbrechen von elektrischen Stromkreisen	8538 90 90	270,98	CNY/kg
Zündkabelsätze und andere Kabelsätze von der für Beförderungsmittel verwendeten Art	8544 30	220,62	CNY/kg
Sonstige Leiter, elektrisch, für eine Spannung von ≤ 1 000 V, mit Anschlussstücken versehen	8544 42	407,62	CNY/kg
Sonstige Leiter, elektrisch, für eine Spannung von ≤ 80 V	8544 49	135,35	CNY/kg
Räder sowie Teile davon und Zubehör für Kraftfahrzeuge	8708 70 90	46,72	CNY/Stückzahl
Verbrauchsmaterialien			
Die Kommission hat alle Inputs unter 1 % der Herstellkosten unter Verbrauchsmaterialien zusammengefasst.			
Arbeit			
Arbeitsstundensatz ([1])	Entfällt	61,93	CNY/Stunde
Energie			
Strompreis, gewerbliche Verwendung ([2])	Entfällt	1,04	CNY/kWh
Gaspreis, gewerbliche Verwendung ([3])	Entfällt	0,532	CNY/kWh

([1]) Siehe zum Beispiel: https://www.imf.org/en/News/Articles/2024/02/02/cf-chinas-real-estate-sector-managing-the-medium-term-slowdown (abgerufen am 31. Mai 2024). Siehe z. B. die jüngsten Beobachtungen des IWF unter: https://www.imf.org/en/News/Articles/2024/02/02/cf-chinas-real-estate-sector-managing-the-medium-term-slowdown und https://www.imf.org/en/News/Articles/2024/05/28/pr24184-china-imf-staff-completes-2024-art-iv-mission (abgerufen am 31. Mai 2024).
([2]) https://data.worldbank.org/income-level/upper-middle-income.
([3]) https://www.ibge.gov.br/estatisticas/economicas/industria/9042-pesquisa-industrial-anual.html?=&t=destaques.

(212) Bei einigen Produktionsfaktoren in Brasilien, die im GTA in CNY/Stück angegeben wurden, zog die Kommission zur Berechnung des Normalwerts den verzollten Preis in Kilogramm heran, der als Sekundärpreis im GTA angegeben wurde, da dies als genauer angesehen wurde, weil diese Produktionsfaktoren in ihrer Größe variieren, d. h., ihr Gewicht kann erheblich abweichen. Diese Unterschiede wurden bei den in Stücken angegebenen Preisen nicht genau erfasst.

(213) Um den Kosten Rechnung zu tragen, die bei den oben genannten Produktionsfaktoren unberücksichtigt bleiben, setzte die Kommission einen Wert für die Herstellungsgemeinkosten an. Zur Ermittlung dieses Betrags stützte sich die Kommission auf Daten der in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Hersteller.

(214) Nach Stellungnahmen von Dingli, der CCCME und von Sinoboom, dass der im zweiten Vermerk veröffentlichte Vergleichswert für Motoren falsch sei, akzeptierte die Kommission das Argument und verwendete entweder den verzollten Preis in Kilogramm oder den verzollten Preis in Stücken, der als Sekundärpreis im GTA angegeben wurde.

(215) Aufgrund der teilweisen Anwendung von Artikel 18 auf Sinoboom (siehe Erwägungsgrund 25) teilte die Kommission die Kosten einer gemeldeten COM-Art unter Verwendung eines berechneten Zuteilungskoeffizienten anderen COM-Arten zu. Einige Kosten wurden als Verbrauchsmaterialien betrachtet.

3.6.1.1. Rohstoffe und Inputs

(216) Zur Ermittlung des unverzerrten Rohstoffpreises bei Lieferung bis zum Werk eines Herstellers im repräsentativen Land (ab Werk) legte die Kommission den gewogenen durchschnittlichen Preis für die Einfuhr in das repräsentative Land laut GTA zugrunde, wobei diesem die Einfuhrzölle hinzugerechnet wurden. Die Transportkosten wurden nach der in Erwägungsgrund 218 beschriebenen Methode zu diesem Preis hinzuaddiert. Der Preis für Einfuhren in das repräsentative Land wurde als gewogener Durchschnitt der Stückpreise für Einfuhren aus allen Drittländern mit Ausnahme der VR China und der in Anhang 1 der Verordnung (EU) 2015/755 des Europäischen Parlaments und des Rates ([81]) aufgeführten Länder berechnet, die nicht Mitglied der WTO sind. Die Kommission beschloss, die Einfuhren aus der VR China in das repräsentative Land auszuklammern, da sie zu dem Schluss kam, dass es aufgrund der bestehenden nennenswerten Verzerrungen nach Artikel 2 Absatz 6a Buchstabe b der Grundverordnung nicht angemessen ist, die Inlandspreise und -kosten in der VR China heranzuziehen. Da es keine Belege dafür gibt, dass dieselben Verzerrungen sich nicht ebenso sehr auf die zur Ausfuhr bestimmten Waren auswirken, vertrat die Kommission die Ansicht, dass dieselben Verzerrungen auch die Ausfuhrpreise beeinflussten. Die übrigen Mengen wurden als repräsentativ berücksichtigt.

(217) Bei einigen Produktionsfaktoren machten die den mitarbeitenden ausführenden Herstellern tatsächlich entstandenen Kosten im Untersuchungszeitraum nur einen geringfügigen Teil der gesamten Rohstoffkosten aus — die Kommission beschloss, diese Kosten in die Verbrauchsmaterialien einzubeziehen, wie in Tabelle 1 dargestellt.

(218) Die Kommission gab die Transportkosten der in die Stichprobe einbezogenen Ausführer für die Rohstofflieferung als Prozentsatz der tatsächlichen Kosten für jeden Rohstoff an und wandte dann denselben Prozentsatz auf die unverzerrten Kosten desselben Rohstoffs in Brasilien an, um die unverzerrten Transportkosten zu ermitteln. Diese Kosten wurden zum Einfuhrpreis einschließlich Einfuhrzöllen hinzugerechnet, um den unverzerrten Preis der Rohstoffe zu ermitteln, wie sie am Tor eines Herstellers im repräsentativen Land geliefert wurden.

3.6.1.2. Arbeit

(219) Das brasilianische Institut für Geografie und Statistik (IBGE) veröffentlicht detaillierte Informationen über Löhne in verschiedenen Wirtschaftszweigen in Brasilien. Die Kommission verwendete die neuesten verfügbaren Statistiken für das Jahr 2021 zu den durchschnittlichen Arbeitskosten im Sektor der Herstellung von Maschinen, Geräten und Ausrüstungen zum Befördern und Heben von Lasten und Personen.

(220) Die CCCME und Dingli beantragten die Verwendung von IAO-Statistiken und machten geltend, dass die IBGE-Daten auf den Ergebnissen einer freiwilligen Erhebung beruhten.

(221) Die Kommission lehnt den Antrag ab, da die IAO das Gehalt nicht nach bestimmten Unternehmenskategorien differenziert; die spezifische Kategorie, die verwendet werden kann, ist Herstellung. Darüber hinaus gibt es in den IAO-Daten keine Unterscheidung nach der Unternehmensgröße. Die IBGE-Erhebung dient auch als Quelle für die IAO-Datenbank.

(222) Die CCCME und Dingli beantragten die Verwendung der PIA-Tabelle 1.1 ([82]) für die Berechnung der Arbeitskosten und machten geltend, dass Tabelle 1.1 Daten über die Anzahl der Beschäftigten in der Produktion und ihr Gehalt enthält, während Tabelle 2.2 allgemeine Daten für lokale Einheiten von Industrieunternehmen enthält, die alle Beschäftigten über das produktionsbezogene Personal hinaus umfassen.

(223) Die Kommission lehnt den Antrag ab, da PIA-Tabelle 2.2 ([83]), die für die Berechnung verwendet wurde, Daten zu wesentlich stärker unternehmensspezifischen Kategorien, insbesondere im Wirtschaftszweig für die Herstellung von Hebezeugen, enthält.

(224) Die CCCME argumentierte in ihrer Stellungnahme zu den Arbeitskosten, dass die Kommission bei der Berechnung der Sozialversicherungsbeiträge nur Beiträge zum Instituto Nacional do Seguro Social (INSS) und zum Fundo de Garantia do Tempo de Serviço (FGTS) berücksichtigen sollte.

([81]) Verordnung (EU) 2015/755 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 über eine gemeinsame Regelung der Einfuhren aus bestimmten Drittländern (ABl. L 123 vom 19.5.2015, S. 33, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2015/755/oj). Nach Artikel 2 Absatz 7 der Grundverordnung können die Inlandspreise in diesen Ländern nicht zur Ermittlung des Normalwerts herangezogen werden.

([82]) https://www.ibge.gov.br/estatisticas/economicas/industria/9042-pesquisa-industrial-anual.html?=&t=downloads.

([83]) Ebenda.

(225) Dieses Vorbringen wurde nicht begründet. Die Kommission weist das Argument vorläufig zurück, da von der CCCME keine ausreichenden Beweise für die Begrenzung des relevanten Teils der Arbeitskosten auf die oben genannten Beiträge vorgelegt wurden; nach den Recherchen der Kommission gibt es in Brasilien zusätzliche Beiträge ([84]).

(226) Die CCCME und Dingli beantragten die Verwendung der Wechselkurse für 2021 und nicht der Wechselkurse im UZ für die Berechnung der Arbeitskosten. Die Kommission stützte sich bei der Umrechnung der im Jahr 2021 angefallenen Arbeitskosten aus Brasilien in chinesische Yuan auf den Wechselkurs im UZ.

(227) Die Kommission hat die Berechnungen entsprechend angepasst.

(228) Die Kommission stützte sich bei ihrer Berechnung auf die Arbeitskosten aus dem Jahr 2021, die einzigen verfügbaren Daten, und um diese Kosten auf die tatsächlichen Werte im UZ zu bringen, wandte sie den Arbeitskostenindex für den Zeitraum 2016-2021 an (106,24 %). Die CCCME und Dingli schlugen die Verwendung einer aktuelleren Indexierung für den Zeitraum von 2021 bis zum Untersuchungszeitraum vor. Dieser durchschnittliche Einkommensindex liegt nach IBGE-Daten bei 103,1 %. Die Kommission hat den Vorschlag akzeptiert und die Werte angepasst.

3.6.1.3. Strom

(229) Der Strompreis für gewerbliche Verwender in Brasilien wird von der brasilianischen Regierung im monatlichen Bulletin für Strom veröffentlicht. Die Kommission verwendete die für den Zeitraum Oktober 2022 bis September 2023 veröffentlichten Daten zu den Strompreisen in CNY/kWh für industrielle Abnehmer in der entsprechenden Verbrauchsspanne.

(230) In ihren Stellungnahmen zum zweiten Vermerk zu den Produktionsfaktoren wiesen die CCCME und Dingli auf einen Schreibfehler bei der Verwendung des Wechselkurses für die Berechnung des Strom- und Gaspreises hin. Der Fehler wurde von der Kommission berichtigt.

(231) Dingli und die CCCME sprachen sich dafür aus, dass vom Strom- und Gaspreis ein Vorsteuerabzug von 17,5 % abgezogen werden sollte.

(232) Die Kommission weist dieses Vorbringen zurück, da es sich bei der Mehrwertsteuer um echte Kosten handelt, die von Madal Palfinger im repräsentativen Land getragen werden.

3.6.1.4. Erdgas

(233) Der Preis für Erdgas für den Industriesektor in Brasilien wird vom Ministerium für Bergbau und Energie veröffentlicht. Die Kommission verwendete die für den Zeitraum Oktober 2022 bis September 2023 veröffentlichten Strompreisen für industrielle Abnehmer in CNY/kWh.

3.6.1.5. Herstellungsgemeinkosten, VVG-Kosten, Gewinne und Abschreibungen

(234) Nach Artikel 2 Absatz 6a Buchstabe a der Grundverordnung gilt: „Der rechnerisch ermittelte Normalwert muss einen unverzerrten und angemessenen Betrag für Vertriebs-, Verwaltungs- und Gemeinkosten sowie für Gewinne beinhalten." Außerdem muss ein Wert für die Herstellungsgemeinkosten ermittelt werden, um die Kosten zu erfassen, die in den Kosten der oben genannten Produktionsfaktoren nicht enthalten sind.

(235) Die Herstellungsgemeinkosten der mitarbeitenden ausführenden Hersteller wurden als Anteil an den Herstellungseinzelkosten ausgedrückt, die den ausführenden Herstellern tatsächlich entstanden waren. Dieser Prozentsatz wurde auf die unverzerrten Herstellungseinzelkosten angewandt.

(236) Die CCCME vertrat die Auffassung, dass die Kommission die Daten in der Buchführung von Madal Palfinger heranziehen sollte, um den Anteil der Herstellungsgemeinkosten auf der Grundlage der verfügbaren Daten zu ermitteln.

(237) Die Kommission wies das Argument zurück und zog für die Berechnung der individuellen Spannen den Prozentsatz der Gemeinkosten der in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Hersteller heran, der bei den Kontrollbesuchen überprüft wurde, da dies trotz der Verzerrungen zu sehr viel präziseren Ergebnissen je Unternehmen führte als die Zugrundelegung der allgemeinen Gemeinkosten aus den Büchern von Madal Palfinger.

([84]) INSS: Die brasilianischen Gehälter und Sozialleistungen — BPC-Partner (bpc-Partners.com) und https://bpc-partners.com/fact-sheets/inss-brazilian-salaries-benefits/.

(238) Zur Ermittlung eines unverzerrten und angemessenen Betrags für Herstellungsgemeinkosten, VVG-Kosten, Gewinne und Abschreibungen zog die Kommission im zweiten Vermerk zu den Produktionsfaktoren die im regelmäßig erscheinenden „Pioneiro“ ([85]) veröffentlichten Finanzdaten für Madal Palfinger S.A. von 2023 heran.

(239) Dingli merkte an, dass die Kommission den gewogenen Durchschnitt der VVG-Kosten und des Gewinns für den UZ nicht nur anhand der Daten für 2023, sondern auch anhand der Daten für 2022 berechnen sollte. Die Kommission akzeptierte das Vorbringen und berechnete die VVG-Kosten und den Gewinn entsprechend neu, indem sie einen gewogenen Durchschnitt der Finanzdaten für 2022 und 2023 heranzog, um den UZ angemessen widerzuspiegeln. Finanzdaten, die sich ausschließlich auf das letzte Quartal 2022 und das erste bis dritte Quartal 2023 beziehen, lagen nicht vor.

(240) Sinoboom und Dingli schlugen vor, bei der Berechnung der VVG-Kosten die Verkaufserlöse im Zusammenhang mit Ausfuhren auszuklammern.

(241) Die Kommission weist das Argument zurück, da sie die Gewinn- und Verlustrechnung für Ausfuhr- und Inlandsverkäufe nicht ermitteln konnte. Folglich konnten die Kosten der Inlands- und Ausfuhrverkäufe nicht getrennt werden.

(242) Die CCCME und Dingli brachten vor, dass die Kommission die Finanzaufwendungen von Madal Palfinger berichtigt habe, indem sie den Wert der „Zeitwertanpassung“ gestrichen habe, während die Finanzerträge nicht um den Wert des identischen Postens berichtigt worden seien, und forderten die Kommission auf, die Finanzerträge des brasilianischen Unternehmens um den Wert der „Zeitwertanpassung“ in Höhe von 11 526 000 BRL anzupassen, wie in der Anmerkung 19 zu den Jahresabschlüssen angegeben.

(243) Dieses Vorbringen wurde nicht begründet. Die Kommission lehnt dies vorläufig ab, weil sie der Auffassung ist, dass „Zeitwertanpassungen“ für finanzielle Erträge im normalen Handelsverkehr erfolgten, sodass es an einer hinreichend klaren Grundlage für ihre Beseitigung fehlte.

(244) Dingli und die CCCME beantragten, Frachtkosten, Transportversicherung und Provisionen aus der Berechnung der VVG-Kosten zu streichen.

(245) Die Kommission lehnt den Vorschlag ab, da ihr keine ausreichenden Informationen über die Ermittlung der Einnahmen und Kosten im Zusammenhang mit Versand, Versandversicherung und Provisionen vorlagen, die eine Trennung von Ausfuhr- und Inlandsverkaufskosten ermöglichten.

3.7. **Berechnung**

3.7.1. *Normalwert*

(246) Auf dieser Grundlage ermittelte die Kommission nach Artikel 2 Absatz 6a Buchstabe a der Grundverordnung für jeden Warentyp rechnerisch den Normalwert auf der Handelsstufe ab Werk.

(247) Zunächst ermittelte die Kommission die unverzerrten Herstellungseinzelkosten. Die Kommission wandte die unverzerrten Stückkosten auf den tatsächlichen Verbrauch der einzelnen Produktionsfaktoren der mitarbeitenden ausführenden Hersteller an. Die von den in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Herstellern angegebenen Verbrauchsmengen wurden bei dem Kontrollbesuch überprüft. Die Kommission multiplizierte den Faktoreinsatz mit den unverzerrten Stückkosten im repräsentativen Land.

(248) Im Anschluss an die Ermittlung der unverzerrten direkten Herstellkosten wandte die Kommission die Herstellungsgemeinkosten, die VVG-Kosten, die Gewinne und die Abschreibungen darauf an (vgl. Erwägungsgründe 234 bis 238). Sie wurden auf der Grundlage der Jahresabschlüsse von Madal Palfinger S.A. ermittelt, wie in Erwägungsgrund 238 erläutert.

([85]) https://ads.clicrbs.com.br/PUBLICIDADE-LEGAL/PIO/Publicidade_Legal_PIO_290324_madalpalfinger.pdf.

(249) Auf die Herstellkosten, ermittelt wie in den vorstehenden Erwägungsgründen beschrieben, wandte die Kommission die VVG-Kosten und den Gewinn von Madal Palfinger S.A. an. Die als prozentualer Anteil an den Umsatzkosten ausgedrückten und auf die unverzerrten Herstellkosten angewandten VVG-Kosten beliefen sich auf 21,61 %. Der als prozentualer Anteil an den Umsatzkosten ausgedrückte und auf die unverzerrten Herstellkosten angewandte Gewinn belief sich auf 10,86 %. Die Kommission hielt diese Beträge für die Handelsstufe ab Werk für angemessen im Sinne des Artikels 2 Absatz 6a Buchstabe a der Grundverordnung.

(250) Terex brachte vor, acht verwendete COM-Arten seien unverzerrt. Die Kommission lehnt diese ab, weil sie über inländische Kanäle oder über einen konzerninternen Verkauf erworben wurden. Darüber hinaus brachte Terex vor, dass dreizehn andere Rohstoffe ebenfalls unverzerrt seien. Die Kommission stellte fest, dass diese weniger als 1 % der Herstellkosten ausmachten, und fasste sie folglich als Verbrauchsmaterialien zusammen.

(251) Aufgrund der teilweisen Anwendung von Artikel 18 auf JLG (siehe Erwägungsgründe 24 bis 28) wurde der Normalwert für JLG in Bezug auf eine Reihe repräsentativer Warentypen, die sowohl von anderen ausführenden Herstellern als auch von JLG verkauft wurden, auf der Grundlage von Informationen anderer mitarbeitender ausführender Hersteller aus der Stichprobe rechnerisch ermittelt. Die Kommission stützte sich auf die Verwendungsraten dieser Ausführer sowie auf Vergleichswerte für Brasilien.

3.7.2. *Ausfuhrpreis*

(252) Die in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Hersteller führten ihre Waren über verbundene Unternehmen in die Union aus. Der Ausfuhrpreis wurde nach Artikel 2 Absatz 9 der Grundverordnung anhand des Preises ermittelt, zu dem die eingeführte Ware erstmals an unabhängige Abnehmer in der Union weiterverkauft wurde. In diesem Fall wurden Berichtigungen des Preises für alle zwischen der Einfuhr und dem Weiterverkauf angefallenen Kosten, einschließlich der VVG-Kosten, und für Gewinne in Höhe von 5 % vorgenommen, wobei die vorläufige Zurückweisung der Behauptung von Terex, es sei als wirtschaftliche Einheit tätig, wie vorstehend dargelegt, berücksichtigt wurde.

3.7.3. *Vergleich*

(253) Nach Artikel 2 Absatz 10 der Grundverordnung muss die Kommission einen gerechten Vergleich zwischen dem Normalwert und dem Ausfuhrpreis auf derselben Handelsstufe und Berichtigungen für Unterschiede bei Faktoren vornehmen, die die Preise und ihre Vergleichbarkeit beeinflussen. Im vorliegenden Fall beschloss die Kommission, den Normalwert und den Ausfuhrpreis der in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Hersteller auf der Handelsstufe ab Werk zu vergleichen. Wie nachstehend erläutert, wurden der Normalwert und der Ausfuhrpreis gegebenenfalls berichtigt, um i) sie auf die Stufe ab Werk zurückzurechnen und ii) Berichtigungen für Unterschiede bei Faktoren vorzunehmen, die nachweislich die Preise und die Vergleichbarkeit der Preise beeinflussten.

3.7.3.1. Berichtigungen des Normalwerts

(254) Wie in Erwägungsgrund 246 erläutert, wurde der Normalwert auf der Handelsstufe ab Werk anhand der Herstellkosten und der Beträge für VVG-Kosten und Gewinne ermittelt, die für diese Handelsstufe als angemessen angesehen wurden. Daher waren keine Berichtigungen erforderlich, um den Normalwert auf die Stufe ab Werk zurückzurechnen.

3.7.3.2. Berichtigungen des Ausfuhrpreises

(255) Um den Ausfuhrpreis auf die Handelsstufe ab Werk zurückzurechnen, wurden Berichtigungen für Zölle, sonstige Einfuhrabgaben, Frachtkosten, Bereitstellungs-, Verlade- und Nebenkosten sowie Verpackungskosten vorgenommen.

(256) Für die folgenden Faktoren, die die Preise und die Vergleichbarkeit der Preise beeinflussen, wurden Berichtigungen vorgenommen: Kreditkosten, Gewährleistungs- und Garantiekosten, Ausgaben für technische Hilfe und Dienstleistungen, Bankgebühren und Provisionen.

(257) Die Kommission zog gegebenenfalls nach Artikel 2 Absatz 9 auch VVG-Kosten und einen Gewinn von 5 % ab, der für unabhängige Einführer als angemessen angesehen wurde (siehe Erwägungsgrund 252).

(258) Terex China brachte vor, es sollte, soweit es um die Berechnung des Normalwerts gehe, als wirtschaftliche Einheit zusammen mit anderen zu derselben Unternehmensgruppe (im Folgenden „Terex Corporation“) gehörenden Einheiten betrachtet werden. Nach Angaben des Unternehmens sei Terex China als Vertragshersteller der in der Schweiz registrierten Terex Global GmbH (TGG) tätig. Terex China beschaffe die Rohstoffe und stelle die Waren im Auftrag von TGG her. Die Gruppe wende anstelle des Gewinns einen angemessenen Aufschlag bei Vertragsherstellern an, der Aufschlagsatz beträgt 6 %. Nach Angaben der TGG bildeten die an der Herstellung und dem Verkauf von MAE beteiligten Unternehmen der verschiedenen Terex-Einheiten eine wirtschaftliche Einheit, obwohl sie rechtlich getrennte seien.

(259) Der Konzern steuert seine weltweite Produktion zentral auf der Grundlage der voraussichtlichen Verkaufsprognosen der verschiedenen für regionale Verkäufe zuständigen Tochtergesellschaften. Außerdem hat Terex China keine Verkaufskosten im Zusammenhang mit EU-Verkäufen, da die Konzernunternehmen in der Union als Vertriebsabteilung für EU-Verkäufe tätig sind. Schließlich unterhält Terex China keine direkten Kontakte zu EU-Kunden, da die Verkäufe in der Union von seinen Konzernunternehmen organisiert und ausgeführt werden.

(260) Die Kommission hat das Vorbringen und die Nachweise im Dossier geprüft. Gemäß der Vereinbarung zwischen Terex China und der TGG über Fertigungsdienstleistungen und Lieferungen erstattet Terex China der TGG die Kosten für Waren, die nicht den erforderlichen Spezifikationen entsprechen. Darüber hinaus sind alle Streitigkeiten, die sich aus der Vereinbarung ergeben oder mit ihr in Zusammenhang stehen, nach dem Recht des Bundesstaates Delaware, USA, zu regeln und im Einklang mit diesen auszulegen. Zudem basiert der Einkaufspreis für die von Terex an die TGG oder ihre verbundenen Unternehmen gelieferten Waren auf dem zwischen den Vertragsparteien gelegentlich vereinbarten fremdvergleichskonformen Betrag. Die Kommission ist der Auffassung, dass diese Elemente konkurrierende Interessen erkennen lassen.

(261) Darüber hinaus stellt die Kommission fest, dass auch andere Hersteller als Terex China über die TGG verkaufen.

(262) In Bezug auf die Beziehungen zwischen Terex China und der TGG einerseits und Genie France, einem verbundenen Unternehmen, und Terex Italia andererseits enthalten ihre Verträge die Zahlung eines fremdvergleichskonformen Aufschlags von 5 % bis 10 %, eine Klausel, die vorsieht, dass die Parteien als unabhängige Auftragnehmer handeln, eine Klausel über die Rechtswahl und die gerichtliche Zuständigkeit im Streitfall sowie eine Klausel, in der die Beziehung zwischen den Parteien als „Verkäufer und Käufer“ definiert wird.

(263) Aus diesen Gründen wird das Vorbringen der verschiedenen Terex-Einheiten, die an der Herstellung und dem Verkauf von MAE beteiligt waren und als wirtschaftliche Einheit tätig waren, vorläufig zurückgewiesen.

3.7.4. *Dumpingspannen*

(264) Nach Artikel 2 Absätze 11 und 12 der Grundverordnung verglich die Kommission für die in die Stichprobe einbezogenen mitarbeitenden ausführenden Hersteller den gewogenen durchschnittlichen Normalwert eines jeden Typs der gleichartigen Ware mit dem gewogenen durchschnittlichen Ausfuhrpreis des entsprechenden Typs der betroffenen Ware.

(265) Die auf dieser Grundlage ermittelten vorläufigen gewogenen durchschnittlichen Dumpingspannen, ausgedrückt als Prozentsatz des CIF-Preises frei Grenze der Union, unverzollt, betragen:

Unternehmen	Vorläufige Dumpingspanne
Hunan Sinoboom Intelligent Equipment Co., Ltd.	55,3 %
Oshkosh JLG (Tianjin) Equipment Technology Co., Ltd.	54,5 %
Terex (Changzhou) Machinery Co., Ltd.	41,1 %
Zhejiang Dingli Machinery Co., Ltd.	45,1 %

(266) Wie in den Erwägungsgründen 24 bis 27 erläutert, stützte sich die Kommission im Falle von Sinoboom und JLG nach Artikel 18 der Grundverordnung auf die verfügbaren Informationen. Im Falle von Sinoboom wurden im Hinblick auf ihre bezogenen Inputs die entsprechenden Vergleichspreise für diese Inputs zur Ermittlung des Normalwerts herangezogen.

(267) In Bezug auf JLG wurde der Normalwert aufgrund der teilweisen Anwendung von Artikel 18, wie in Erwägungsgrund 24 dargelegt, anhand von Informationen rechnerisch ermittelt, die für andere mitarbeitende in die Stichprobe einbezogene ausführende Hersteller berechnet wurden. Die Kommission stützte sich auf die Verwendungsraten dieser Ausführer sowie auf Vergleichswerte für Brasilien. Anschließend wurde der rechnerisch ermittelte Normalwert mit den Ausfuhrpreisen von JLG verglichen. Im Falle von Sinoboom wurden die Kosten einer von dem Unternehmen gemeldeten COM-Art aufgrund der teilweisen Anwendung von Artikel 18 (Erwägungsgründe 25 und 26) anhand eines berechneten Zuteilungskoeffizienten anderen COM-Arten zugewiesen (siehe Erwägungsgrund 215). Somit betrugen die berechneten Dumpingspannen für JLG und Sinoboom 54,5 % bzw. 55,3 %. Die Kommission berechnete die gewogene durchschnittliche Dumpingspanne nach Artikel 9 Absatz 6 der Grundverordnung auf der Grundlage der Spannen der in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Hersteller, wobei sie jedoch die unter den in Artikel 18 der Grundverordnung genannten Umständen ermittelten Spannen unberücksichtigt ließ.

(268) Auf dieser Grundlage beträgt die vorläufige Dumpingspanne der mitarbeitenden ausführenden Hersteller, die nicht in die Stichprobe einbezogen wurden, 42 %.

(269) Für alle anderen ausführenden Hersteller in der VR China wurde die Dumpingspanne nach Artikel 18 der Grundverordnung auf der Grundlage der verfügbaren Informationen ermittelt. Zu diesem Zweck ermittelte die Kommission den Grad der Mitarbeit der ausführenden Hersteller. Die Mitarbeit entspricht der Menge der Ausfuhren der mitarbeitenden ausführenden Hersteller in die Union, ausgedrückt als Anteil an den Gesamteinfuhren aus dem betroffenen Land in die Union im UZ, die auf der Grundlage von Eurostat ermittelt wurden.

(270) Der Grad der Mitarbeit ist im vorliegenden Fall hoch, da die Ausfuhren der mitarbeitenden ausführenden Hersteller mehr als 90 % der Gesamteinfuhren im UZ ausmachten. Auf dieser Grundlage beschloss die Kommission, die Dumpingspanne für die nicht mitarbeitenden ausführenden Hersteller in Höhe der höchsten Dumpingspanne des in die Stichprobe einbezogenen Unternehmens festzusetzen.

(271) Die vorläufigen Dumpingspannen, ausgedrückt als Prozentsatz des CIF-Preises frei Grenze der Union, unverzollt, betragen:

Unternehmen	Vorläufige Dumpingspanne
Andere mitarbeitende Unternehmen	42 %
Alle übrigen Unternehmen	55,3 %

4. SCHÄDIGUNG

4.1. **Einheiten und Bauteile der Einheiten**

(272) Die in Abschnitt 2 definierte untersuchte Ware umfasst sowohl Einheiten (ganze Maschinen) als auch Bauteile der Einheiten. Die nachstehende Analyse der verschiedenen Schadensindikatoren konzentriert sich jedoch nur auf Einheiten und nicht auf einzelne Bauteile. Obwohl der Wirtschaftszweig der Union im Bezugszeitraum sowohl Einheiten als auch Bauteile herstellte, verkaufte oder kaufte er keine Bauteile nicht separat. Die hergestellten Bauteile werden immer für einen bestimmten Maschinentyp verwendet und normalerweise auf Bestellung hergestellt. Daher stützte sich die Schadensanalyse vorläufig nur auf Einheiten.

4.2. **Definition des Wirtschaftszweigs der Union und der Unionsproduktion**

(273) Dem Antragsteller zufolge wurde die gleichartige Ware im Untersuchungszeitraum von 22 Herstellern in der Union hergestellt. Sie bilden den „Wirtschaftszweig der Union“ im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 der Grundverordnung.

(274) Die Gesamtproduktion der Union im Untersuchungszeitraum betrug etwa 35 000 Stück (vollständige Maschinen). Die Kommission ermittelte den Wert auf der Grundlage aller verfügbaren Informationen zum Wirtschaftszweig der Union, insbesondere der überprüften Fragebogenantworten, die vom Antragsteller übermittelt wurden, die, soweit möglich, abgeglichen wurden mit den Fragebogenantworten der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller.

(275) Wie in Abschnitt 1.5.1 dargelegt, wurden drei Unionshersteller, auf die rund 56 % der gesamten Unionsproduktion der gleichartigen Ware entfallen, ausgewählt und in die Stichprobe einbezogen.

4.3. **Unionsverbrauch**

(276) Die Kommission ermittelte den Unionsverbrauch auf der Grundlage der

— vom CMAE vorgelegten Verkaufsdaten über die Verkäufe des Wirtschaftszweigs der Union auf dem Unionsmarkt, die mit den überprüften Daten der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller abgeglichen wurden;

— von den mitarbeitenden ausführenden Herstellern für Einfuhren aus der VR China angegebenen Verkaufsmengen ([86]);

— Einfuhren aus allen anderen Drittländern, wie in der Comext-Datenbank von Eurostat erfasst ([87]).

(277) Der Unionsverbrauch entwickelte sich wie folgt:

Tabelle 2

Unionsverbrauch (in Stück)

	2020	2021	2022	UZ
Unionsverbrauch insgesamt	28 481	45 725	58 226	63 086
Index	*100*	*161*	*204*	*222*

Quelle: CMAE, Fragebogenantworten der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller, von den mitarbeitenden ausführenden Herstellern bereitgestellte Daten, Eurostat.

(278) Der Unionsverbrauch stieg im Bezugszeitraum um 122 %.

4.4. **Einfuhren aus dem betroffenen Land**

4.4.1. *Menge und Marktanteil der Einfuhren aus dem betroffenen Land*

(279) Die Einfuhren aus der VR China stützten sich auf die von den mitarbeitenden ausführenden Herstellern vorgelegten Daten, auf die 100 % der Einfuhren in die Union entfielen.

(280) Der Marktanteil der chinesischen Einfuhren wurde — wie aus Tabelle 2 hervorgeht — durch einen Vergleich der Einfuhrmengen mit dem Verbrauch auf dem Markt der Union ermittelt.

(281) Die Einfuhren aus dem betroffenen Land in die Union entwickelten sich wie folgt:

Tabelle 3

Menge der Einfuhren und Marktanteil

	2020	2021	2022	UZ
Menge der Einfuhren aus der VR China (in Stück)	10 401	23 124	31 233	33 946

([86]) Es wird davon ausgegangen, dass auf die mitarbeitenden ausführenden Hersteller fast 100 % der Einfuhren aus der VR China in die Union entfallen.

([87]) Die Einfuhrstatistiken in Comext wurden in Tonnen gemeldet. Die Kommission rechnete die Tonnen auf der Grundlage eines Umrechnungskoeffizienten, der auf der Grundlage der Daten der mitarbeitenden ausführenden Hersteller ermittelt wurde, um.

	2020	2021	2022	UZ
Index	*100*	*222*	*300*	*326*
Marktanteil	37	51	54	54
Index	*100*	*138*	*147*	*147*

Quelle: Von den mitarbeitenden ausführenden Herstellern bereitgestellte Daten.

(282) Im Bezugszeitraum stieg die Menge der Einfuhren der betroffenen Ware aus der VR China um 226 % und ihr Marktanteil stieg von 37 % im Jahr 2020 auf 54 % im UZ, was einem Anstieg um 47 % entspricht.

4.4.2. *Preise der Einfuhren aus dem betroffenen Land: Preisunterbietung und Verhinderung von Preiserhöhungen*

(283) Die Kommission ermittelte die Preise der Einfuhren auf der Grundlage der von den mitarbeitenden ausführenden Herstellern vorgelegten Daten, bei denen davon ausgegangen wurde, dass sie fast 100 % der Einfuhren in die Union ausmachten.

(284) Der gewogene Durchschnittspreis der Einfuhren aus dem betroffenen Land in die Union entwickelte sich wie folgt:

Tabelle 4

Einfuhrpreis (in EUR/Stück)

	2020	2021	2022	UZ
Preis der Einfuhren aus der VR China (je Stück)	11 149	12 257	17 502	17 879
Index	*100*	*110*	*157*	*160*

Quelle: Von den mitarbeitenden ausführenden Herstellern bereitgestellte Daten.

(285) Im Bezugszeitraum stieg der Durchschnittspreis der Einfuhren aus der VR China um 60 % und erreichte im UZ 17 879 EUR/Stück.

(286) Die Kommission ermittelte die Preisunterbietung im Untersuchungszeitraum, indem sie folgende Faktoren miteinander verglich:

— den gewogenen durchschnittlichen Verkaufspreisen je Warentyp der drei in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller, die unabhängigen Abnehmern auf dem Unionsmarkt berechnet wurden, und zwar auf der Stufe ab Werk und

— die entsprechenden gewogenen Durchschnittspreise je Warentyp der bei den in die Stichprobe einbezogenen chinesischen ausführenden Herstellern bezogenen Einfuhren, die dem ersten unabhängigen Abnehmer auf dem Unionsmarkt in Rechnung gestellt wurden, auf der Grundlage des CIF-Preises (Kosten, Versicherung, Fracht) und mit angemessener Berichtigung zur Berücksichtigung von Zöllen und nach der Einfuhr angefallenen Kosten.

(287) Der Preisvergleich wurde für den gleichen Warentyp für Geschäftsvorgänge auf derselben Handelsstufe durchgeführt, wobei erforderlichenfalls Berichtigungen vorgenommen wurden. Das Ergebnis des Vergleichs wurde ausgedrückt als Prozentsatz des von den in die Stichprobe einbezogenen Unionsherstellern im Untersuchungszeitraum theoretisch erzielten Umsatzes. Auf dieser Grundlage wurde für die gedumpten Einfuhren aus der VR China auf den Unionsmarkt eine gewogene durchschnittliche Preisunterbietungsspanne von 13,4 % ermittelt.

(288) Unabhängig davon, ob eine Preisunterbietung vorlag, stellte die Kommission vorläufig fest, dass Preiserhöhungen des Wirtschaftszweigs der Union, der im UZ zu Preisen unter den Kosten verkaufen musste, durch die Einfuhren aus der VR China erheblich verhindert wurden. Die Zielpreisunterbietungsspannen je in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Hersteller sind erheblich.

4.5. **Wirtschaftliche Lage des Wirtschaftszweigs der Union**

4.5.1. *Allgemeine Bemerkungen*

(289) Nach Artikel 3 Absatz 5 der Grundverordnung umfasste die Prüfung der Auswirkungen der gedumpten Einfuhren auf den Wirtschaftszweig der Union eine Bewertung aller Wirtschaftsindikatoren, die für die Lage des Wirtschaftszweigs der Union im Bezugszeitraum relevant waren.

(290) Wie in Abschnitt 1.5.1 erörtert, wurde bei der Ermittlung einer etwaigen Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union mit einer Stichprobe gearbeitet.

(291) Bei der Ermittlung der Schädigung unterschied die Kommission zwischen makroökonomischen und mikroökonomischen Schadensindikatoren. Die Kommission bewertete die makroökonomischen Indikatoren auf der Grundlage von Daten, die im Antrag und in der Antwort des Antragstellers auf einen spezifischen Fragebogen enthalten waren. Die Daten waren auf alle Unionshersteller bezogen. Die mikroökonomischen Indikatoren bewertete die Kommission anhand der Daten in den Antworten der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller auf den Fragebogen. Beide Datensätze wurden als repräsentativ für die wirtschaftliche Lage des Wirtschaftszweigs der Union angesehen.

(292) Bei den makroökonomischen Indikatoren handelt es sich um Produktion, Produktionskapazität, Kapazitätsauslastung, Verkaufsmenge, Marktanteil, Wachstum, Beschäftigung, Produktivität und Höhe der Dumpingspanne.

(293) Bei den mikroökonomischen Indikatoren handelt es sich um durchschnittliche Stückpreise, Stückkosten, Arbeitskosten, Lagerbestände, Rentabilität, Cashflow, Investitionen, Kapitalrendite und Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten.

4.5.2. *Makroökonomische Indikatoren*

4.5.2.1. Produktion, Produktionskapazität und Kapazitätsauslastung

(294) Die Gesamtproduktion der Union, die Produktionskapazität und die Kapazitätsauslastung entwickelten sich im Bezugszeitraum wie folgt:

Tabelle 5

Produktion, Produktionskapazität und Kapazitätsauslastung

	2020	2021	2022	UZ
Produktionsmenge (in Stück)	17 743	26 427	32 349	35 402
Index	*100*	*149*	*182*	*200*
Produktionskapazität (in Stück)	70 732	70 762	73 152	75 111
Index	*100*	*100*	*103*	*106*
Kapazitätsauslastung (in %)	25	37	44	47
Index	*100*	*149*	*176*	*188*

Quelle: CMAE, Fragebogenantworten der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller.

(295) Im Bezugszeitraum stieg die Produktion des Wirtschaftszweigs der Union um 100 % und erreichte im UZ mehr als 35 000 Stück. Der Produktionsanstieg wirkte sich positiv auf die Kapazitätsauslastung aus, die im Bezugszeitraum um 88 % zunahm.

4.5.2.2. Verkaufsmenge und Marktanteil

(296) Verkaufsmenge und Marktanteil des Wirtschaftszweigs der Union entwickelten sich im Bezugszeitraum wie folgt:

Tabelle 6

Verkaufsmenge und Marktanteil

	2020	2021	2022	UZ
Verkaufsmenge auf dem Unionsmarkt (in Stück)	14 675	18 214	22 048	23 794
Index	*100*	*124*	*150*	*162*
Marktanteil (in %)	52	40	38	38
Index	*100*	*77*	*73*	*73*

Quelle: CMAE, Fragebogenantworten der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller.

(297) Im Bezugszeitraum stiegen die Verkaufsmengen der Unionshersteller der betroffenen Ware um 62 %. Da sie jedoch nicht in vollem Umfang vom Anstieg des Unionsverbrauchs von 122 % profitieren konnten (siehe Tabelle 2), ging der Marktanteil der Unionshersteller um 27 % zurück.

4.5.2.3. Wachstum

(298) Der Verbrauch der betroffenen Ware erhöhte sich im Bezugszeitraum um 122 %. Im selben Zeitraum ging der Marktanteil des Wirtschaftszweigs der Union um rund 27 % zurück, und der Marktanteil der Einfuhren der betroffenen Ware aus der VR China stieg um 47 %. Obwohl die Produktion und die Verkäufe des Wirtschaftszweigs der Union in absoluten Zahlen zunahmen, konnten sie nicht vom gestiegenen Unionsverbrauch in Bezug auf ihren Marktanteil profitieren. Im Gegenteil, der Wirtschaftszweig der Union verlor Marktanteile und war daher nicht einmal in der Lage, seine Position aufrechtzuerhalten.

4.5.2.4. Beschäftigung und Produktivität

(299) Beschäftigung und Produktivität entwickelten sich im Bezugszeitraum wie folgt:

Tabelle 7

Beschäftigung und Produktivität

	2020	2021	2022	UZ
Zahl der Beschäftigten	2 215	2 624	3 027	3 099
Index	*100*	*118*	*137*	*140*
Produktivität (Stück/VZÄ)	8	10	11	11
Index	*100*	*126*	*133*	*143*

Quelle: CMAE, Fragebogenantworten der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller.

(300) Im Bezugszeitraum stieg die Beschäftigung in der Union um 40 %. In Verbindung mit der Produktivitätssteigerung (43 %) stieg die Produktion im selben Zeitraum um 100 % (siehe Tabelle 5).

4.5.2.5. Höhe der Dumpingspanne

(301) Alle vorläufig ermittelten Dumpingspannen (siehe Abschnitt 3.6.4) lagen deutlich über der Geringfügigkeitsschwelle. Die Auswirkungen der Höhe der tatsächlichen Dumpingspannen auf den Wirtschaftszweig der Union waren angesichts der Menge und der Preise der Einfuhren aus dem betroffenen Land erheblich.

4.5.3. *Mikroökonomische Indikatoren*

(302) Zwei der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller gehörten derselben Gruppe an. Daher bestand die Stichprobe aus nur zwei verschiedenen Wirtschaftsteilnehmern. Die Kommission akzeptierte daher aus Gründen der Vertraulichkeit die Aufforderung der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller, die Informationen in Spannen anzugeben.

4.5.3.1. Preise und preisbeeinflussende Faktoren

(303) Die gewogenen durchschnittlichen Verkaufsstückpreise, die die in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller unabhängigen Abnehmern in der Union in Rechnung stellten, entwickelten sich im Bezugszeitraum wie folgt:

Tabelle 8

Verkaufspreise in der Union

	2020	2021	2022	UZ
Durchschnittspreis in der Union in Spannen (in EUR/Stück)	(30 000-35 000)	(30 000-35 000)	(30 000-35 000)	(35 000-40 000)
Index	*100*	*102*	*105*	*116*
Herstellkosten in Spannen (In EUR/Stück)	(30 000-35 000)	(30 000-35 000)	(35 000-40 000)	(35 000-40 000)
Index	*100*	*101*	*114*	*114*

Quelle: Fragebogenantworten der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller.

(304) Die vorstehende Tabelle zeigt die Entwicklung des Verkaufsstückpreises auf dem Unionsmarkt im Vergleich zu den entsprechenden Herstellkosten im Bezugszeitraum.

(305) Im Bezugszeitraum stiegen die Preise der Produktionsfaktoren erheblich an. Der Kostenanstieg um mehr als 30 % betraf hauptsächlich die Preise für Stahl, Halbleiter und Energie. Da die Kapazitätsauslastung von einem sehr niedrigen Niveau im Jahr 2020 (25 %) auf 47 % im UZ stieg und die Fixkosten unverändert blieben, stiegen die Gesamtkosten in geringerem Maße an.

(306) Parallel dazu stieg die Menge der MAE-Einfuhren aus China zwischen 2020 und 2022 um 200 % (siehe Tabelle 3) zu Preisen, die deutlich unter den Preisen des Wirtschaftszweigs der Union lagen (siehe Tabelle 4). Dieser Preisdruck hinderte den Wirtschaftszweig der Union daran, die Preise zu erhöhen, um die steigenden Kosten widerzuspiegeln. Infolgedessen war der Wirtschaftszweig der Union gezwungen, seine Preise auf ein unhaltbar niedriges Niveau festzusetzen, um nicht zu viel Marktanteil zu verlieren. Daher waren die Herstellkosten, auch wenn dies aufgrund der Spannen in Tabelle 8 nicht direkt ersichtlich ist, während des gesamten Zeitraums durchschnittlich höher als die Verkaufspreise. Dementsprechend setzte der Wirtschaftszweig der Union im Bezugszeitraum seine Tätigkeit mit Verlusten fort (siehe Tabelle 11), wenngleich ein boomender Markt und steigende Verkäufe zu verzeichnen waren. Unter normalen Marktbedingungen, d. h. ohne stark steigende Einfuhren zu unfair niedrigen Preisen, hätte der Wirtschaftszweig der Union davon profitieren und wieder Gewinne erzielen können.

(307) Die durchschnittlichen Verkaufsstückpreise, die der Wirtschaftszweig der Union unabhängigen Abnehmern in der Union in Rechnung stellte, stiegen im Bezugszeitraum um 16 % und die durchschnittlichen Herstellkosten des Wirtschaftszweigs der Union um 14 %. Der Hauptfaktor, der sich auf den Anstieg der Herstellkosten auswirkte, war der Anstieg des Rohstoffpreises im Bezugszeitraum. Im Durchschnitt lagen die Herstellkosten im Bezugszeitraum über den Verkaufspreisen.

4.5.3.2. Arbeitskosten

(308) Die durchschnittlichen Arbeitskosten der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller entwickelten sich im Bezugszeitraum wie folgt:

Tabelle 9

Durchschnittliche Arbeitskosten je Beschäftigten

	2020	2021	2022	UZ
Durchschnittliche Arbeitskosten je Beschäftigen (in EUR)	(50 000-60 000)	(50 000-60 000)	(60 000-70 000)	(60 000-70 000)
Index	*100*	*98*	*102*	*107*

Quelle: Fragebogenantworten der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller.

(309) Im Bezugszeitraum stiegen die durchschnittlichen Arbeitskosten pro Beschäftigtem um 7 %.

4.5.3.3. Lagerbestände

(310) Die Lagerbestände der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller entwickelten sich im Bezugszeitraum wie folgt:

Tabelle 10

Lagerbestände

	2020	2021	2022	UZ
Schlussbestände (in Tonnen)	(1 000-1 500)	(1 000-1 500)	(1 000-1 500)	(1 500-2 000)
Index	*100*	*78*	*102*	*130*
Schlussbestände als Prozentsatz der Produktion (in %)	5-10	0-5	0-5	5-10
Index	*100*	*52*	*56*	*65*

Quelle: Fragebogenantworten der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller.

(311) Im Bezugszeitraum schwankten die Schlussbestände. Im UZ waren sie 30 % höher als 2020. Die Schlussbestände als Prozentsatz der Produktion gingen im Bezugszeitraum um 35 % zurück.

(312) Die meisten Warentypen der gleichartigen Ware werden vom Wirtschaftszweig der Union auf konkrete Aufträge der Verwender hin hergestellt. Deshalb werden die Lagerbestände nicht als aussagekräftiger Schadensindikator für diesen Wirtschaftszweig angesehen.

4.5.3.4. Rentabilität, Cashflow, Investitionen, Kapitalrendite und Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten

(313) Rentabilität, Cashflow, Investitionen und Kapitalrendite der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller entwickelten sich im Bezugszeitraum wie folgt:

Tabelle 11

Rentabilität, Cashflow, Investitionen und Kapitalrendite

	2020	2021	2022	UZ
Rentabilität	[(– 5 %)-0 %]	[(– 5 %)-0 %]	[(– 15 %)-(– 10 %)]	[(– 5 %)-0 %]
Index	*100*	*127*	*– 85*	*141*
Cashflow (in Tausend)	[40 000-50 000]	[20 000-30 000]	[(– 30 000)-(– 20 000)]	[– 30 000-(– 20 000)]
Index	*100*	*53*	*– 49*	*– 46*
Investitionen (in Tausend)	[30 000-40 000]	[10 000-20 000]	[10 000-20 000]	[10 000-20 000]
Index	*100*	*43*	*42*	*36*
Kapitalrendite	[5 %-10 %]	[35 %-40 %]	[(– 45 %)-(– 40 %)]	[(– 35 %)-(– 30 %)]
Index	*100*	*408*	*– 424*	*– 330*

Quelle: Fragebogenantworten der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller.

(314) Die Kommission ermittelte die Rentabilität der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller als Nettogewinn vor Steuern aus den Verkäufen der gleichartigen Ware an unabhängige Abnehmer in der Union in Prozent des mit diesen Verkäufen erzielten Umsatzes.

(315) Im Jahr 2020 wurde die finanzielle Lage des Wirtschaftszweigs der Union bereits durch den Anstieg der Einfuhren aus der VR China beeinträchtigt, der 2018 begann. Wie in Abschnitt 4.5.3.1 erläutert, hinderte der Preisdruck durch unfaire Einfuhren auf den Unionsmarkt den Wirtschaftszweig der Union daran, die Preise zu erhöhen, um die steigenden Kosten widerzuspiegeln. Infolgedessen war der Wirtschaftszweig der Union gezwungen, seine Preise auf ein unhaltbar niedriges Niveau festzusetzen, um eine ausreichende Verkaufsmenge aufrechtzuerhalten. Da der Wirtschaftszweig der Union unter dem Druck der Niedrigpreiseinfuhren aus der VR China seine Produktion nicht steigern konnte, schlug sich dies in einer niedrigen Kapazitätsauslastung nieder, die von 25 % im Jahr 2020 auf 47 % im UZ stieg, aber unter 50 % blieb, im Vergleich zur Kapazitätsauslastung der in die Stichprobe einbezogenen chinesischen ausführenden Hersteller, die je nach Unternehmen und Jahr zwischen 53 % und 99 % lag.

(316) Obwohl sich die Rentabilität im Jahr 2021 um 27 % verbesserte, verzeichnete der Wirtschaftszweig der Union weiterhin Verluste. Im Jahr 2022 verschlechterte sich die finanzielle Lage des Wirtschaftszweigs der Union, da die Rentabilität um 185 % zurückging. Der Rückgang der Rentabilität im Jahr 2022 war auf den außergewöhnlichen Anstieg der Herstellkosten zurückzuführen, der auf die gestiegenen Rohstoffpreise in Verbindung mit der Tatsache zurückzuführen war, dass die Verkaufspreise für einen bestimmten Zeitraum festgesetzt wurden. Daher konnten die Verkaufspreise nicht entsprechend erhöht werden, was sich in hohen Verlusten niederschlug. Somit war der Wirtschaftszweig der Union trotz des expandierenden Marktes und des massiven Anstiegs des Verbrauchs nicht in der Lage, mit dem kontinuierlichen Kostenanstieg Schritt zu halten. Diese Situation verschlechterte sich im Jahr 2022. Infolgedessen stieg die Gesamtrentabilität im Bezugszeitraum, blieb aber im Untersuchungszeitraum negativ — zwischen [(– 5 %)-0 %]. Der Cashflow ging erheblich zurück (um 146 %), und parallel dazu gingen die jährlichen Investitionen im Bezugszeitraum um 64 % zurück. Die Kapitalrendite folgte derselben Abwärtsentwicklung und ging im Bezugszeitraum um 440 % zurück.

4.5.3.5. Schlussfolgerungen zur Schädigung

(317) Das Jahr 2020, das als Bezugspunkt für die Analyse der Entwicklungen herangezogen wurde, war laut dem Antragsteller stark von der Pandemie betroffen, und die Tätigkeiten des Wirtschaftszweigs der Union waren die niedrigsten in den letzten zehn Jahren. Daher war der Anstieg der Indikatoren ab 2020 kein Hinweis auf einen wachsenden Wirtschaftszweig, sondern bedeutete eher eine Erholung auf das frühere Tätigkeitsniveau.

(318) Tatsächlich bestätigten die vom Antragsteller für 2019 vorgelegten Daten, dass die Produktion und die Verkäufe des Wirtschaftszweigs der Union im Jahr 2020 außergewöhnlich niedrig waren — 2019 war die Produktionsmenge der Unionshersteller ähnlich hoch wie im UZ, und die Verkäufe des Wirtschaftszweigs der Union auf dem Unionsmarkt gingen zwischen 2019 und dem UZ um 14 % zurück. Da das Bezugsjahr 2020 jedoch von der Pandemie betroffen war, zeigten mehrere Indikatoren einen Anstieg im Bezugszeitraum. Insbesondere die Produktion des Wirtschaftszweigs der Union stieg um 100 % und seine Verkäufe auf dem Unionsmarkt um 62 %.

(319) Trotz des erheblichen Anstiegs des Unionsverbrauchs der betroffenen Ware im Bezugszeitraum (um 122 %) war der Wirtschaftszweig der Union nicht in der Lage, seine Verkäufe entsprechend zu steigern, um zumindest seinen Marktanteil zu halten. Vielmehr ging der Marktanteil des Wirtschaftszweigs der Union aufgrund der Einfuhren aus der VR China zu erheblichen gedumpten Preisen im Bezugszeitraum von 52 % auf 38 % zurück. Parallel dazu stieg die Menge der Einfuhren aus der VR China im selben Zeitraum erheblich, nämlich um 226 %, und ihr Marktanteil stieg von 37 % auf 54 %. Neben den Verlusten, die der Wirtschaftszweig der Union im Bezugszeitraum erlitten hat, entwickelten sich auch andere Schadensindikatoren wie Cashflow, Höhe der Investitionen und Kapitalrendite negativ.

(320) Auf der Grundlage der vorstehenden Ausführungen kam die Kommission in dieser Phase zu dem Schluss, dass der Wirtschaftszweig der Union eine bedeutende Schädigung im Sinne des Artikels 3 Absatz 5 der Grundverordnung erlitten hat.

5. SCHADENSURSACHE

(321) Nach Artikel 3 Absatz 6 der Grundverordnung prüfte die Kommission, ob die gedumpten Einfuhren aus dem betroffenen Land den Wirtschaftszweig der Union bedeutend geschädigt haben. Nach Artikel 3 Absatz 7 der Grundverordnung prüfte die Kommission auch, ob andere bekannte Faktoren den Wirtschaftszweig der Union zur gleichen Zeit geschädigt haben könnten. Die Kommission stellte sicher, dass eine etwaige Schädigung durch andere Faktoren als die gedumpten Einfuhren aus dem betroffenen Land nicht den gedumpten Einfuhren zugerechnet wird. Die Kommission untersuchte Einfuhren aus Drittländern und die Ausfuhrleistung des Wirtschaftszweigs der Union. Andere Faktoren, die die Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union verursacht haben könnten, waren nicht bekannt.

5.1. **Auswirkungen der gedumpten Einfuhren**

(322) Wie in Abschnitt 4.3.1 dargelegt, nahmen die Einfuhrmengen der betroffenen Ware aus der VR China im Bezugszeitraum erheblich zu. Auch die Preise der Einfuhren unterboten die Preise des Wirtschaftszweigs der Union um durchschnittlich 13,4 %. Der Wirtschaftszweig der Union war daher nicht in der Lage, seinen Marktanteil zu halten oder zu erhöhen und vom gestiegenen Verbrauch der betroffenen Ware auf dem Unionsmarkt im Bezugszeitraum zu profitieren. Diese Situation hatte schwerwiegende Auswirkungen auf die Rentabilität des Wirtschaftszweigs der Union, die während des gesamten Bezugszeitraums negativ ausfiel.

(323) Daher kam die Kommission vorläufig zu dem Schluss, dass sich diese gedumpten Einfuhren negativ auf die Lage des Wirtschaftszweigs der Union auswirken.

5.2. **Auswirkungen anderer Faktoren**

(324) Die Kommission prüfte ferner, ob andere bekannte Faktoren, einzeln oder gemeinsam, geeignet waren, den ursächlichen Zusammenhang zwischen den gedumpten Einfuhren so abzuschwächen, dass ein solcher Zusammenhang nicht mehr tatsächlich und erheblich wäre.

5.2.1. *Einfuhren aus anderen Ländern*

(325) Die Kommission ermittelte die Einfuhren aus anderen Drittländern anhand von Eurostat-Daten. Da die Daten für diese Einfuhren unter einigen KN-Codes nur in Tonnen (und nicht in Stück) gemeldet wurden, konnte die Kommission auf der Grundlage der von den in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Herstellern vorgelegten Daten keine Mengen und Preise pro Stück ermitteln, wie dies für den Wirtschaftszweig der Union und die Einfuhren aus China der Fall war. Daher konnten die Mengen und Preise der Einfuhren aus anderen Drittländern nicht direkt mit denen des Wirtschaftszweigs der Union und den Einfuhren aus China verglichen werden und dienten folglich nur als Richtwerte, obwohl die auf diesen Mengen und Preisen basierenden Entwicklungen im Bezugszeitraum korrekt waren. Zur Ermittlung der Marktanteile verwendete die Kommission jedoch auf der Grundlage der Daten der mitarbeitenden chinesischen ausführenden Hersteller einen Umrechnungsfaktor von Tonnen in Stück ([88]). Was die Preise anbelangt, so hielt die Kommission dies nicht für zutreffend, da die Verwendung eines Umrechnungsfaktors angesichts der Unterschiede im Produktmix nicht zu genauen Preisen pro Stück führen würde.

(326) Abgesehen von der VR China wurde die betroffene Ware aus mehreren anderen Ländern in die Union eingeführt, auf die im UZ zusammen 8 % des Marktanteils entfielen:

Tabelle 12

Einfuhren aus anderen Ländern

Land		2020	2021	2022	UZ
Vereinigtes Königreich	Menge (Tonnen)	0	5 291	6 827	8 497
	Index	—	*100*	*129*	*161*
	Marktanteil (in %)	0	2	2	3
	Durchschnittspreis (in EUR/Tonne)	0	5,90	5,22	5,76
	Index	—	*100*	*89*	*98*
Vereinigte Staaten	Menge (Tonnen)	9 104	8 164	7 985	8 052
	Index	*100*	*90*	*88*	*88*
	Marktanteil (in %)	7	4	3	3
	Durchschnittspreis (in EUR/Tonne)	2,41	2,18	2,94	2,35
	Index	*100*	*122*	*122*	*98*
Andere Drittländer	Menge (Tonnen)	7 540	7 986	9 362	9 586
	Index	*100*	*106*	*124*	*127*
	Marktanteil (in %)	5	4	3	3
	Durchschnittspreis (in EUR/Tonne)	5,76	5,67	5,88	6,01
	Index	*100*	*102*	*102*	*104*

([88]) Die Kommission verwendete einen Umrechnungsfaktor von 4 888 kg pro Stück.

Land		2020	2021	2022	UZ
Drittländer insgesamt, außer VR China	Menge (Tonnen)	16 643	21 442	24 174	26 135
	Index	*100*	*129*	*145*	*157*
	Marktanteil (in %)	12	10	8	8
	Durchschnittspreis (in EUR/Tonne)	3,93	4,40	4,72	4,80
	Index	*100*	*120*	*120*	*122*

Quelle: Eurostat.

(327) Neben China waren die beiden nächstgrößten Einfuhrländer in die Union die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich mit jeweils einem Marktanteil von 3 % im UZ. Die übrigen Länder (mit Ausnahme Chinas) hatten im UZ zusammen einen Marktanteil von rund 3 %. Die Preise der Einfuhren aus diesen Ländern stiegen im Bezugszeitraum um 22 %.

(328) In absoluten Zahlen stieg die Menge der Einfuhren aus allen Drittländern mit Ausnahme der VR China um 57 %, doch aufgrund des gestiegenen Verbrauchs auf dem Unionsmarkt sank der Marktanteil all dieser Länder im Bezugszeitraum um vier Prozentpunkte und lag weit unter dem Marktanteil der chinesischen Einfuhren.

(329) Daher zog die Kommission vorläufig den Schluss, dass die Einfuhren aus anderen Ländern nicht zur Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union beitrugen.

5.2.2. *Ausfuhrleistung des Wirtschaftszweigs der Union*

(330) Die Kommission bewertete die Ausfuhrmenge auf der Grundlage der vom CMAE vorgelegten Informationen. Die Ausfuhrpreise wurden anhand der Fragebogenantworten der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller ermittelt.

(331) Die Ausfuhrmengen und -preise des Wirtschaftszweigs der Union entwickelten sich im Bezugszeitraum wie folgt:

Tabelle 13

Ausfuhrleistung des Wirtschaftszweigs der Union

	2020	2021	2022	UZ
Ausfuhrmenge (in Stück)	4 037	8 303	10 127	11 658
Index	*100*	*206*	*251*	*288*
Durchschnittspreis (in EUR/Tonne)	(30 000-35 000)	(35 000-40 000)	(30 000-35 000)	(30 000-35 000)
Index	*100*	*106*	*103*	*93*

Quelle: CMAE, Fragebogenantworten der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller.

(332) Im Bezugszeitraum erhöhte der Wirtschaftszweig der Union seine Ausfuhrmenge um 188 %. Wie in Abschnitt 4.4.3.5 dargelegt, war der Wirtschaftszweig der Union im Jahr 2020 jedoch stark von der Pandemie betroffen, was sich auf sein Ausfuhrniveau auswirkte. Vor der Pandemie waren die Ausfuhren ähnlich hoch wie im Jahr 2021.

(333) Die durchschnittlichen Ausfuhrpreise gingen im Bezugszeitraum um 7 % zurück und lagen im UZ unter den durchschnittlichen Herstellkosten. Diese Ausfuhrpreise je Stück schwankten jedoch zwischen 13 000 EUR/Stück und 49 000 EUR/Stück.

(334) Insgesamt ergab die Untersuchung, dass die meisten Ausfuhrverkäufe der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller gewinnbringend waren. Daraus wurde der Schluss gezogen, dass die Ausfuhrleistung des Wirtschaftszweigs der Union positiv war und nicht zur Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union beitragen konnte.

5.2.3. *Elektrische und hybride Maschinen*

(335) Wie in Abschnitt 2.4.1 dargelegt, brachte die CCCME vor, dass elektrische und hybride MAE aus der Warendefinition ausgeklammert werden sollten. Sie argumentierte, dass sich die Unionshersteller traditionell auf konventionelle MAE konzentrierten, während sich die chinesischen Hersteller auf die Ausfuhr elektrischer MAE konzentrierten. Darüber hinaus brachte die CCCME vor, dass einige der Modelle nicht von den Unionsherstellern hergestellt würden (siehe Erwägungsgrund 39), weshalb die Einfuhren dieser MAE-Modelle aus China und elektrischer MAE im Allgemeinen dieses Marktsegment nicht hätten beeinträchtigen können und den Unionsherstellern keine Schädigung verursacht haben könnten.

(336) Die Kommission teilte diese Auffassung nicht. Der Vergleich zwischen den von den in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Herstellern eingeführten Warentypen und den vom Wirtschaftszweig der Union verkauften Warentypen ergab, dass im Allgemeinen mehr als 90 % der von den in die Stichprobe einbezogenen Unionsherstellern verkauften Warentypen mit den aus China eingeführten Warentypen vergleichbar waren. Darüber hinaus betrafen im UZ mehr als 60 % der Verkäufe der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller auf dem Unionsmarkt elektrische MAE. Die Kommission stellt ferner fest, dass die Verkäufe hybrider MAE sowohl durch den Wirtschaftszweig der Union als auch durch die chinesischen ausführenden Hersteller vernachlässigbar waren. Daher konkurrierten die von den Unionsherstellern verkauften elektrischen MAE mit den von den chinesischen ausführenden Herstellern verkauften Warentypen.

(337) Zudem vertritt die Kommission die Auffassung, dass die Einfuhren vergleichsweise billigerer elektrischer Maschinen, wie z. B. elektrischer Scheren, dazu führten, dass es für die Unionshersteller wirtschaftlich weniger rentabel wurde, bei bestimmten Warentypen zu konkurrieren. Deshalb konnte die Tatsache, dass bestimmte Warentypen weniger hergestellt wurden, nicht zu der Schlussfolgerung führen, dass diese Warentypen nicht mit den Einfuhren aus China im Wettbewerb standen, sondern vielmehr dass dies die Auswirkungen der gedumpten Einfuhren waren.

(338) Daher gelangt die Kommission zu dem Schluss, dass die gedumpten Einfuhren von MAE aus China zur Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union beitrugen.

5.3. **Schlussfolgerungen zur Schadensursache**

(339) Die Auswirkung aller bekannten Faktoren auf die Lage des Wirtschaftszweigs der Union wurden von der Kommission von den schädigenden Auswirkungen der gedumpten Einfuhren unterschieden und abgegrenzt. Die Auswirkung dieser anderen Faktoren auf die Leistung des Wirtschaftszweigs der Union waren jedoch begrenzt.

(340) Angesichts der vorstehenden Erwägungen stellte die Kommission vorläufig einen ursächlichen Zusammenhang zwischen der Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union und den gedumpten Einfuhren aus der VR China fest, der durch die oben genannten Faktoren nicht abgeschwächt wurde.

6. HÖHE DER MAßNAHMEN

(341) Zur Festsetzung der Höhe der Maßnahmen prüfte die Kommission, ob ein Zoll, der niedriger ist als die Dumpingspanne, ausreichend wäre, um die Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union durch gedumpte Einfuhren zu beseitigen.

(342) Im vorliegenden Fall machte der Antragsteller geltend, es lägen Verzerrungen des Rohstoffangebots im Sinne des Artikels 7 Absatz 2a der Grundverordnung vor.

(343) Zum gegenwärtigen Zeitpunkt stellt die Kommission vorläufig fest, dass die Voraussetzungen für die Anwendung des Artikels 7 Absatz 2a nicht gegeben sind. Die Kommission wird diese Angelegenheit im Rahmen der endgültigen Sachaufklärung weiter untersuchen.

(344) Daher wurden im Rahmen der vorläufigen Sachaufklärung die vorläufigen Antidumpingzölle nach Artikel 7 Absatz 2 der Grundverordnung festgesetzt. Zur Bewertung der angemessenen Höhe der Maßnahmen ermittelte die Kommission daher zunächst den Zollsatz, der zur Beseitigung der Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union erforderlich ist, wenn keine Verzerrungen nach Artikel 7 Absatz 2a der Grundverordnung vorliegen. Anschließend prüfte sie, ob die Dumpingspannen der in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Hersteller die Schadensspanne überschreiten würden.

6.1. Prüfung der angemessenen Spanne zur Beseitigung der Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union

(345) Die Schädigung würde beseitigt, wenn der Wirtschaftszweig der Union durch Verkauf zu einem Zielpreis im Sinne des Artikels 7 Absätze 2c und 2d der Grundverordnung eine Zielgewinnspanne erreichen könnte.

(346) Im Einklang mit Artikel 7 Absatz 2c der Grundverordnung berücksichtigte die Kommission bei der Ermittlung der Zielgewinnspanne folgende Faktoren: die Höhe der Rentabilität vor dem Anstieg der Einfuhren aus der VR China, die Höhe der zur Deckung sämtlicher Kosten und Investitionen sowie sämtlicher Ausgaben in Verbindung mit Forschung und Entwicklung (FuE) und Innovation erforderlichen Rentabilität sowie das unter normalen Wettbewerbsbedingungen zu erwartende Rentabilitätsniveau. Diese Gewinnspanne sollte nicht niedriger als 6 % sein.

(347) Der Antragsteller brachte vor, dass auf der Grundlage der früheren Leistung des Wirtschaftszweigs der Union unter normalen Marktbedingungen ein angemessener Gewinn von 10,2 % in Betracht gezogen werden sollte. Diese Höhe der angestrebten Gewinnspanne wurde jedoch weder belegt noch durch die Untersuchungsergebnisse untermauert.

(348) Die Fragebogen, die den in die Stichprobe einbezogenen Unionsherstellern zugesandt wurden, enthielten zusätzliche Informationen über die Ermittlung des normalen Gewinns. Dazu gehörte die Rentabilität der gleichartigen Ware in den zehn Jahren vor dem Untersuchungszeitraum.

(349) Einer der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller legte eine Zielgewinnspanne von 17,7 % vor, die jedoch auf variablen Standardkosten und nicht auf den realisierten Gewinnen beruhte. Die Kommission konnte diesen Gewinn deshalb nicht berücksichtigen. Die Kommission beschloss dementsprechend, für die MAE-Verkäufe den Gewinn heranzuziehen, den die beiden in die Stichprobe einbezogenen miteinander verbundenen Hersteller im Jahr 2018 in Europa erzielten, da das Jahr 2018 nach Angaben der MAE-Hersteller das letzte Jahr vor dem Anstieg der chinesischen Einfuhren war und sich daraus eine Zielgewinnspanne von 7 % ergab. Die Kommission beschloss daher vorläufig, die Zielgewinnspanne von 7 % zugrunde zu legen.

(350) Im Einklang mit Artikel 7 Absatz 2d der Grundverordnung übermittelten zwei der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller Informationen zu künftigen Kosten aus multilateralen Umweltübereinkünften und den dazugehörigen Protokollen, deren Vertragspartei die Union ist, sowie aus den in Anhang Ia der Grundverordnung aufgeführten Übereinkommen der IAO, die dem Wirtschaftszweig der Union während der Anwendung der Maßnahme gemäß Artikel 11 Absatz 2 entstehen werden.

(351) Die Kommission vertrat die Auffassung, dass die Unternehmen bei einigen der Kosten keine ausreichenden Beweise dafür vorlegten, dass diese Kosten auf verbindlichen Anforderungen im Rahmen eines multilateralen Umweltübereinkommens oder IAO-Übereinkommens beruhten, sondern dass es sich vielmehr um Projekte zur Deckung der Marktnachfrage nach der Herstellung elektrischer MAE handelte. Die Kommission akzeptierte es jedoch, die indirekten CO_2-Kosten in den Energieverbrauch einzubeziehen, und diese Kosten wurden zum nicht schädigenden Preis hinzuaddiert.

(352) Auf dieser Grundlage berechnete die Kommission einen nicht schädigenden Preis für die gleichartige Ware des Wirtschaftszweigs der Union, indem sie auf die den in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller im Untersuchungszeitraum entstandenen Herstellkosten die vorgenannte Zielgewinnspanne anwandte und dann für jeden Warentyp getrennt die Berichtigungen nach Artikel 7 Absatz 2d aufschlug.

(353) Danach ermittelte die Kommission die Höhe der Zielpreisunterbietungsspanne anhand eines Vergleichs des gewogenen durchschnittlichen Einfuhrpreises des in die Stichprobe einbezogenen, mitarbeitenden ausführenden Herstellers in der VR China, wie er bei den Preisunterbietungsberechnungen ermittelt wurde, mit dem gewogenen durchschnittlichen nicht schädigenden Preis der gleichartigen Ware, die von den Unionsherstellern in der Stichprobe im Untersuchungszeitraum auf dem Unionsmarkt verkauft wurde. Die sich aus diesem Vergleich ergebende Differenz wurde als Prozentsatz des gewogenen durchschnittlichen CIF-Einfuhrwerts ausgedrückt.

(354) Die Schadensbeseitigungsschwelle für „andere mitarbeitende Unternehmen“ und für „alle übrigen Unternehmen“ wurde genauso ermittelt wie die Dumpingspanne für diese Unternehmen (siehe Abschnitt 3.7.4).

Unternehmen	Dumpingspanne (in %)	Schadensspanne (in %)
Hunan Sinoboom Intelligent Equipment Co., Ltd.	55,3	64,6
Oshkosh JLG (Tianjin) Equipment Technology Co., Ltd.	54,5	23,6
Terex (Changzhou) Machinery Co., Ltd.	41,1	14,3
Zhejiang Dingli Machinery Co., Ltd.	45,1	31,3
Andere mitarbeitende Unternehmen	42,0	28,0
Alle übrigen Unternehmen	55,3	64,6

7. UNIONSINTERESSE

(355) Die Kommission hat nach Artikel 21 der Grundverordnung geprüft, ob die Einführung von Maßnahmen trotz der Feststellung schädigenden Dumpings dem Interesse der Union zuwiderlaufen würde. Bei der Ermittlung des Unionsinteresses wurden die Interessen aller Beteiligten berücksichtigt, darunter die Interessen des Wirtschaftszweigs der Union, der Zulieferer, der Verwender, der Händler und der unabhängigen Einführer.

7.1. **Interesse des Wirtschaftszweigs der Union**

(356) Der Wirtschaftszweig der Union, der mobile Hubarbeitsbühnen herstellt, setzt sich laut dem Antragsteller aus 22 Unternehmen zusammen und beschäftigt nach seinen Angaben mehr als 3 000 Mitarbeiter. Keiner der Hersteller lehnte die Einleitung des Verfahrens ab.

(357) Wie in Abschnitt 4.4.3.5 festgestellt, wirkten sich die gedumpten Einfuhren aus der VR China negativ auf die Lage der Unionshersteller der betroffenen Ware aus: Trotz des Anstiegs des Verbrauchs auf dem Unionsmarkt nahm der Marktanteil der Unionshersteller nicht zu, und seine Rentabilität ging zurück.

(358) Angesichts der Schlussfolgerung in Abschnitt 4.5.3.5, dass der Wirtschaftszweig der Union eine bedeutende Schädigung im Sinne des Artikels 3 Absatz 5 der Grundverordnung erlitt, würde die Einführung von Maßnahmen es dem Wirtschaftszweig der Union ermöglichen, von fairen Handelsbedingungen auf dem Unionsmarkt zu profitieren, dem Preisdruck ein Ende zu setzen und den Wirtschaftszweig der Union in die Lage zu versetzen, seine Rentabilität auf ein nachhaltiges Niveau zu steigern und sich zu erholen. Der Wirtschaftszweig der Union wäre auch in der Lage, seine Produktion und die Kapazitätsauslastung zu steigern, was sich weiter positiv auf seine Leistung auswirken würde.

(359) Sollten keine Maßnahmen eingeführt werden, dürfte dies weitere erhebliche nachteilige Auswirkungen auf den Wirtschaftszweig der Union haben, und zwar in Form geringerer Verkäufe, geringerer Produktionsmengen und einer geringeren Kapazitätsauslastung sowie der weiteren Verhinderung einer Preiserhöhung, was zu einer weiteren finanziellen Verschlechterung seiner wirtschaftlichen Lage in Bezug auf Rentabilität und Investitionen führen und seine Zukunft und Beschäftigung gefährden würde. Die Gesamtheit dieser Umstände würde die Lebensfähigkeit des Wirtschaftszweigs der Union gefährden.

(360) Die Kommission kam daher zu dem Schluss, dass die Einführung von Maßnahmen im Interesse des Wirtschaftszweigs der Union liegt.

7.2. **Interesse der Zulieferer**

(361) Neben der direkten Beschäftigung stützte sich der MAE-Wirtschaftszweig auch auf ein umfassendes Netz von Zulieferern der verschiedenen MAE-Komponenten, die anschließend auf den Produktionslinien des Wirtschaftszweigs der Union montiert werden. Allein die Antragsteller stützten sich laut ihren Angaben auf mindestens 280 Lieferanten, von denen schätzungsweise 260 in der Union tätig sind. Dies geht nach Schätzungen des Wirtschaftszweigs der Union mit rund 32 000 Arbeitsplätzen in der EU in mindestens 14 verschiedenen Mitgliedstaaten einher: Italien, Polen, Frankreich, Deutschland, Belgien, Ungarn, Slowenien, Schweden, Dänemark, Finnland, Spanien, Niederlande, Irland und Rumänien.

(362) In Ermangelung zusätzlicher Informationen und auf der Grundlage der vorstehenden Ausführungen vertrat die Kommission die Auffassung, dass sich die Einführung von Antidumpingzöllen nicht nur positiv auf die finanzielle Lage des Wirtschaftszweigs der Union auswirkt, sondern sich auch positiv auf die MAE-Lieferanten auswirken könnte, die in einem breiten Spektrum von Mitgliedstaaten ansässig sind.

7.3. **Interesse der Verwender, Händler und unabhängigen Einführer**

7.3.1. *Vermietungsunternehmen*

(363) Nach Angaben des Antragstellers handele es sich bei der überwiegenden Mehrheit der Verwender (zwischen 75 % und 90 %) um Vermietungsunternehmen.

(364) Nur einer der Verwender in der Union, das Vermietungsunternehmen Kiloutou, übermittelte einen vollständig beantworteten Fragebogen. Kiloutou gehört zu einer Gruppe, die im Bereich der Vermietung von Geräten und Maschinen an Baufachleute und Bauunternehmen tätig ist. Das Unternehmen vertrat die Auffassung, dass den Verwendern auf dem Unionsmarkt im Falle der Einführung von Antidumpingzöllen auf die Einfuhren aus der VR China höhere Kosten für mobile Zugangstechnik entstehen könnten, da diese Branche auf kosteneffiziente Zugangstechnik angewiesen sei.

(365) Der Antragsteller vertrat hingegen die Auffassung, dass die Preisschwankungen aufgrund der langen Lebensdauer der Maschinen und der Tatsache, dass jede Maschine mehrfach gemietet und verwendet wurde, abgeschwächt wurden. Außerdem würden mit dem durchschnittlichen Maschinenpreis von rund [35 000-40 000] EUR etwaige Preisschwankungen über mehrere Jahre, mehrere Nutzungszeiträume und auf verschiedene Kunden aufgeteilt. Auch die Flotte der großen Vermietungsunternehmen sei im Vergleich zum jährlichen Unionsverbrauch relativ groß. Insgesamt seien die Verwender aufgrund der Größe dieser Flotten und der relativ langsamen Ersatzrate die Verwender deutlich weniger anfällig für Preisschwankungen. Die Vermietungsunternehmen seien auch vor potenziellen Preiserhöhungen infolge der Maßnahme geschützt, da sie in der Lage seien, diese Auswirkungen an ihre Kunden weiterzugeben, sodass sie ihre Gewinnspannen beibehalten könnten.

(366) Der Antragsteller argumentierte zudem, dass Maschinen in der Regel auch von Vermietungsunternehmen oder anderen Käufern weiterverkauft würden. Diese Weiterverkäufe könnten auch nach mehreren Nutzungsjahren zu einem erheblichen Teil des Kaufpreises erfolgen. Daher würde jede sich aus der Maßnahme ergebende Preiserhöhung auch zu einem Anstieg des Weiterverkaufspreises der gebrauchten Maschinen führen.

(367) Auf der Grundlage der vorstehenden Ausführungen vertrat die Kommission die Auffassung, dass die Auswirkungen auf die Vermietungsunternehmen in der Tat weniger erheblich sind, als wenn sie die betreffende Ware weiter „verarbeiten" würden. Da Maschinen im Allgemeinen Eigentum der Vermietungsunternehmen blieben, würde sich jede Preiserhöhung unmittelbar in einer Erhöhung ihres Vermögens niederschlagen. Die Tatsache, dass die Maschinen über einen längeren Zeitraum eingesetzt würden, verringerten nach Ansicht der Kommission auch die negativen Auswirkungen einer potenziellen Preiserhöhung.

(368) Daher kam die Kommission zu dem Schluss, dass die Maßnahmen keine unverhältnismäßigen Auswirkungen auf Vermietungsunternehmen haben würden.

7.3.2. *Sonstige Verwender*

(369) Die sonstigen Verwender von MAE sind überwiegend Bauunternehmen, Industrie- und Landwirtschaftsunternehmen oder Unternehmen, die diese Maschinen regelmäßig nutzen müssen, wie Logistikzentren und Flughäfen. In den meisten Fällen handelt es sich um große Unternehmen.

(370) Nach Ansicht des Antragstellers sind die Auswirkungen der Preiserhöhungen auf diese Unternehmen begrenzt, da die mobilen Hubarbeitsbühnen nur einen geringen Teil ihrer Ausrüstung und ihrer Kosten ausmachten. Bei diesen Endverwendern handele es sich um Unternehmen mit einem ausreichenden Geschäftsvolumen, sodass die Investitionen in die Bühnen nur einen begrenzten Teil ihrer Kosten ausmachten.

(371) Die Kommission vertritt die Auffassung, dass die Unternehmen, die MAE kaufen, unterschiedliche Kerntätigkeiten ausüben und dass die Kosten von MAE im Allgemeinen im Vergleich zu den Gesamtkosten dieser Unternehmen marginal wären. Eine mögliche Preiserhöhung von MAE würde die Kosten des Unternehmens erhöhen, jedoch nicht in einem Ausmaß, das ernsthafte finanzielle Auswirkungen auf seine Tätigkeit hätte. Die Kommission kommt daher zu dem Schluss, dass die Auswirkungen der Maßnahmen auf andere Verwender begrenzt sind.

7.3.3. *Unabhängige Einführer und Händler*

(372) Da keine Einführer und Händler mitarbeiteten, vertrat die Kommission die Auffassung, dass die unabhängigen Einführer und Händler die mobile Zugangstechnik weiterhin aus mehreren Quellen beziehen und sie zu Preisen weiterverkaufen könnten, die es ihnen ermöglichten, ihre Gewinnspannen beizubehalten. Die Kommission vertritt daher die Auffassung, dass im Falle der Einführung der Antidumpingmaßnahmen die Auswirkungen auf unabhängige Einführer und Händler begrenzt sind.

7.4. **Schlussfolgerung zum Unionsinteresse**

(373) Obwohl das allgemeine Preisniveau von MAE voraussichtlich steigen wird, stellt die Kommission in Anbetracht der vorstehenden Ausführungen fest, dass der Gesamtnutzen der Maßnahmen die potenziellen negativen Auswirkungen auf Einführer und Verwender überwiegt. Die Kommission ist der Auffassung, dass es auch für die Hauptverwender — die Vermietungsunternehmen — wichtig ist, dass MAE weiterhin auf dem Unionsmarkt hergestellt werden, um ihre Flotten zu diversifizieren. Wären die Vermietungsunternehmen vollständig von Einfuhren abhängig, müssten sie möglicherweise mit längeren Lieferzeiten, Versorgungsunterbrechungen und längerfristigen Preissteigerungen rechnen.

8. VORLÄUFIGE ANTIDUMPINGMAßNAHMEN

(374) Auf der Grundlage der Schlussfolgerungen der Kommission zu Dumping, Schädigung, Schadensursache, Höhe der Maßnahmen und Unionsinteresse sollten vorläufige Maßnahmen eingeführt werden, um eine weitere Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union durch die gedumpten Einfuhren zu verhindern.

(375) Auf die MAE-Einfuhren mit Ursprung in China sollten nach Artikel 7 Absatz 2 der Grundverordnung, der sogenannten Regel des niedrigeren Zolls, vorläufige Antidumpingmaßnahmen eingeführt werden. Die Kommission verglich die Schadensspannen mit den Dumpingspannen. Die Zollsätze wurden in Höhe der niedrigeren der beiden Spannen festgesetzt.

(376) Auf dieser Grundlage sollten folgende vorläufige Antidumpingzölle, ausgedrückt als Prozentsatz des CIF-Preises frei Grenze der Union, unverzollt, eingeführt werden:

Unternehmen	Vorläufiger Antidumpingzoll
Hunan Sinoboom Intelligent Equipment Co., Ltd.	55,3 %
Oshkosh JLG (Tianjin) Equipment Technology Co., Ltd.	23,6 %
Terex (Changzhou) Machinery Co., Ltd.	14,3 %
Zhejiang Dingli Machinery Co., Ltd.	31,3 %
Andere mitarbeitende Unternehmen	28 %
Alle übrigen Unternehmen	55,3 %

(377) Die in dieser Verordnung aufgeführten unternehmensspezifischen Antidumpingzollsätze wurden anhand der Feststellungen dieser Untersuchung festgesetzt. Sie spiegeln demnach die in dieser Untersuchung für die Unternehmen festgestellte Situation wider. Nach den nach der Vorunterrichtung eingegangenen Stellungnahmen wurde ein sachlicher Fehler in Bezug auf die zur Berechnung der Schadens- und Dumpingspanne für Terex herangezogenen Mengen berichtigt, was zu einer Berichtigung der Spannen nach unten führte. Im Falle von Sinoboom wurde außerdem ein sachlicher Fehler berichtigt, der zu einer geringfügig niedrigeren Dumpingspanne führte. Diese Zollsätze gelten ausschließlich für Einfuhren der betroffenen Ware mit Ursprung in dem betroffenen Land, die von den namentlich genannten juristischen Personen hergestellt wurden. Einfuhren der betroffenen Ware, die von anderen, nicht im verfügenden Teil dieser Verordnung ausdrücklich genannten Unternehmen (einschließlich der mit den ausdrücklich genannten Unternehmen verbundenen Unternehmen) hergestellt werden, sollten dem für „alle übrigen Unternehmen" geltenden Zollsatz unterliegen. Für sie sollte keiner der unternehmensspezifischen Antidumpingzollsätze gelten.

(378) Zur Minimierung des Umgehungsrisikos, das aufgrund der unterschiedlichen Zollsätze besteht, sind besondere Vorkehrungen zur Gewährleistung der Erhebung der unternehmensspezifischen Antidumpingzölle erforderlich. Die Unternehmen, für die ein unternehmensspezifischer Antidumpingzoll gilt, müssen den Zollbehörden der Mitgliedstaaten eine gültige Handelsrechnung vorlegen. Die Rechnung muss den Vorgaben in Artikel 1 Absatz 3 entsprechen. Auf Einfuhren, für die keine solche Handelsrechnung vorgelegt wird, sollte der für „alle übrigen Unternehmen" geltende Antidumpingzoll erhoben werden.

(379) Auch wenn die Vorlage dieser Rechnung erforderlich ist, damit die Zollbehörden der Mitgliedstaaten die unternehmensspezifischen Antidumpingzölle auf die Einfuhren anwenden können, stellt diese Rechnung nicht das einzige von den Zollbehörden zu berücksichtigende Element dar. So müssen die Zollbehörden der Mitgliedstaaten — auch wenn ihnen eine Rechnung vorgelegt wird, die alle in Artikel 1 Absatz 3 dieser Verordnung dargelegten Anforderungen erfüllt — ihre üblichen Prüfungen durchführen und können, wie in allen anderen Fällen, zusätzliche Dokumente (Versandpapiere usw.) verlangen, um die Richtigkeit der Angaben in der Erklärung zu überprüfen und sicherzustellen, dass die anschließende Anwendung des niedrigeren Zollsatzes unter Einhaltung der Zollvorschriften gerechtfertigt ist.

(380) Sollten sich die Ausfuhren eines der Unternehmen, die in den Genuss niedrigerer unternehmensspezifischer Zollsätze gelangen, nach der Einführung der betreffenden Maßnahmen beträchtlich erhöhen, so könnte allein schon der mengenmäßige Anstieg als Veränderung des Handelsgefüges aufgrund der Einführung von Maßnahmen im Sinne des Artikels 13 Absatz 1 der Grundverordnung interpretiert werden. Unter diesen Umständen kann, sofern die Voraussetzungen dafür erfüllt sind, eine Umgehungsuntersuchung eingeleitet werden. Im Rahmen dieser Untersuchung kann unter anderem geprüft werden, ob es notwendig ist, den unternehmensspezifischen Zollsatz bzw. die unternehmensspezifischen Zollsätze aufzuheben und stattdessen einen landesweiten Zoll einzuführen.

(381) MAE-Statistiken werden häufig in Stück ausgedrückt. In der Kombinierten Nomenklatur in Anhang I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates ([89]) ist jedoch keine solche zusätzliche Einheit für MAE vorgesehen. Es muss daher dafür gesorgt werden, dass bei Einfuhren der betroffenen Ware in der Anmeldung zur Überführung in den zollrechtlich freien Verkehr nicht nur das Gewicht in Kilogramm oder Tonnen angegeben wird, sondern auch die Stückzahl. Für die folgenden TARIC-Codes ist die Ware in Stück anzugeben: 8427 10 10 10, 8427 20 19 10, 8428 90 90 20, 8431 20 00 60 und 8431 39 00 10.

9. INFORMATIONEN IM VORLÄUFIGEN STADIUM

(382) Im Einklang mit Artikel 19a der Grundverordnung unterrichtete die Kommission die interessierten Parteien über die geplante Einführung der vorläufigen Zölle. Diese Informationen wurden auch über die Website der GD HANDEL der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Den interessierten Parteien wurden drei Arbeitstage eingeräumt, um zur Richtigkeit der Berechnungen, über die sie unterrichtet worden waren, Stellung zu nehmen.

(383) Gegebenenfalls wurden Stellungnahmen zur Genauigkeit der Berechnungen berücksichtigt.

([89]) Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates vom 23. Juli 1987 über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif (ABl. L 256 vom 7.9.1987, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/1987/2658/oj).

10. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

(384) Im Interesse einer ordnungsgemäßen Verwaltung wird die Kommission die interessierten Parteien auffordern, innerhalb einer bestimmten Frist schriftlich Stellung zu nehmen und/oder eine Anhörung durch die Kommission zu beantragen.

(385) Die Feststellungen zur Einführung von vorläufigen Zöllen sind naturgemäß vorläufig und können im Rahmen der endgültigen Sachaufklärung geändert werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

(1) Es wird ein vorläufiger Antidumpingzoll eingeführt auf die Einfuhren mobiler Zugangstechnik, konstruiert zum Heben von Personen, selbstfahrend, mit einer maximalen Arbeitshöhe von 6 Metern oder mehr, und auf die Einfuhren vormontierter oder montagefertiger Bauteile davon — ausgenommen einzelne, gesondert gestellte Komponenten und ausgenommen Personenhebeeinrichtungen, die an Fahrzeugen der Kapitel 86 und 87 des Harmonisierten Systems angebracht sind —, die derzeit unter den KN-Codes ex 8427 10 10, ex 8427 20 19, ex 8428 90 90, ex 8431 20 00 und ex 8431 39 00 (TARIC-Codes: 8427 10 10 10, 8427 20 19 10, 8428 90 90 20, 8431 20 00 60 und 8431 39 00 10) eingereiht werden und ihren Ursprung in der Volksrepublik China haben.

(2) Für die in Absatz 1 beschriebene und von den nachstehend aufgeführten Unternehmen hergestellte Ware gelten folgende vorläufige Antidumpingzollsätze auf den Nettopreis frei Grenze der Union, unverzollt:

Unternehmen	Vorläufiger Antidumpingzoll	TARIC-Zusatzcode
Hunan Sinoboom Intelligent Equipment Co., Ltd.	55,3 %	89DL
Oshkosh JLG (Tianjin) Equipment Technology Co., Ltd.	23,6 %	89DM
Terex (Changzhou) Machinery Co., Ltd.	14,3 %	89DN
Zhejiang Dingli Machinery Co., Ltd.	31,3 %	89DO
Andere mitarbeitende Unternehmen	28 %	Siehe Anhang
Alle übrigen Unternehmen	55,3 %	8999

(3) Die Anwendung der unternehmensspezifischen Zollsätze für die in Absatz 2 genannten Unternehmen setzt voraus, dass den Zollbehörden der Mitgliedstaaten eine gültige Handelsrechnung vorgelegt wird; diese muss eine Erklärung enthalten, die von einer dafür zuständigen, mit Name und Funktion ausgewiesenen Person des rechnungsstellenden Unternehmens datiert und unterzeichnet wurde und deren Wortlaut wie folgt lautet: „Der/Die Unterzeichnete versichert, dass die auf dieser Rechnung aufgeführten und zur Ausfuhr in die Europäische Union verkauften [Mengenangabe] [betroffene Ware] von [Name und Anschrift des Unternehmens] ([TARIC-Zusatzcode]) in [betroffenes Land] hergestellt wurden und dass die Angaben auf dieser Rechnung vollständig und richtig sind.“ Wird keine solche Handelsrechnung vorgelegt, findet der für alle übrigen Unternehmen geltende Zollsatz Anwendung.

(4) Die Überführung der in Absatz 1 genannten Ware in den zollrechtlich freien Verkehr in der Union ist von der Leistung einer Sicherheit in Höhe des vorläufigen Zolls abhängig.

(5) Bei Vorlage einer Anmeldung zur Überführung der in Absatz 1 genannten Ware in den zollrechtlich freien Verkehr ist im entsprechenden Feld der Anmeldung, unabhängig vom Ursprung der Ware, die Stückzahl der eingeführten Waren einzutragen, sofern diese Angabe mit Anhang I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 vereinbar ist.

(6) Werden Waren vor ihrer Überführung in den zollrechtlich freien Verkehr beschädigt, sodass nach Artikel 131 Absatz 2 der Durchführungsverordnung (EU) 2015/2447 der Kommission ([90]) der tatsächlich gezahlte oder zu zahlende Preis bei der Ermittlung des Zollwertes anteilsmäßig aufgeteilt wird, so wird der anhand der vorgenannten Beträge berechnete Antidumpingzoll um einen Prozentsatz herabgesetzt, der der anteilsmäßigen Aufteilung des tatsächlich gezahlten oder zu zahlenden Preises entspricht.

(7) Die Zollbehörden werden angewiesen, die zollamtliche Erfassung der Einfuhren nach Artikel 1 der Durchführungsverordnung (EU) 2024/1450 einzustellen.

Die Daten zu den nach Artikel 1 der Durchführungsverordnung (EU) 2024/1450 zollamtlich erfassten Einfuhren werden bis zum Inkrafttreten etwaiger endgültiger Maßnahmen oder bis zur Einstellung dieses Verfahrens aufbewahrt.

(8) Sofern nichts anderes bestimmt ist, finden die geltenden Zollvorschriften Anwendung.

Artikel 2

(1) Stellungnahmen interessierter Parteien zu dieser Verordnung sind innerhalb von 15 Kalendertagen nach Inkrafttreten dieser Verordnung an die Kommission zu übermitteln.

(2) Anhörungen bei der Kommission sind von interessierten Parteien innerhalb von 5 Kalendertagen nach Inkrafttreten dieser Verordnung zu beantragen.

(3) Anhörungen bei der Anhörungsbeauftragten für Handelsverfahren können von interessierten Parteien innerhalb von 5 Kalendertagen nach Inkrafttreten dieser Verordnung beantragt werden. Anträge, die nach Ablauf dieser Frist eingereicht werden, werden von der Anhörungsbeauftragten geprüft; sie kann entscheiden, diese Anträge anzunehmen, falls dies angemessen ist.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Artikel 1 gilt für die Dauer von sechs Monaten.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 11. Juli 2024

Für die Kommission
Die Präsidentin
Ursula VON DER LEYEN

([90]) Durchführungsverordnung (EU) 2015/2447 der Kommission vom 24. November 2015 mit Einzelheiten zur Umsetzung von Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Union (ABl. L 343 vom 29.12.2015, S. 558, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2015/2447/oj).

ANHANG

Nicht in die Stichprobe einbezogene mitarbeitende ausführende Hersteller aus der Volkrepublik China (VR China):

Land	Name	TARIC-Zusatzcode
VR China	Lingong Heavy Machinery Co., Ltd.	89DP
VR China	Zoomlion Intelligent Access Machinery Co., Ltd.	89DQ
VR China	XCMG Fire Fighting Safety Equipment Co., Ltd.	89DR
VR China	Sunward Intelligent Equipment Co., Ltd.	89DS
VR China	Haulotte Access Equipment Manufacturing (Changzhou) Co., Ltd.	89DT
VR China	Fronteq (Changzhou) Machinery Co., Ltd.	89DU
VR China	Jiangsu Liugong Machinery Co., Ltd.	89DV
VR China	Hangcha Group Co., Ltd.	89DW
VR China	Shandong Chufeng Heavy Industry Machinery Co., Ltd.	89DX
VR China	Reeslift Ltd.	89DY
VR China	Mantall Heavy Industry Co., Ltd	89DZ
VR China	Shandong Qiyun Group Co., Ltd	89EA
VR China	Jinan Juxin Machinery Co., Ltd	89EB
VR China	Shandong Yuntian Intelligent Machinery Equipment Co., Ltd.	89EC

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/1940

12.7.2024

DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2024/1940 DER KOMMISSION

vom 11. Juli 2024

zur Berichtigung der Durchführungsverordnung (EU) 2024/1040 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf Einfuhren von bestimmtem Polyethylenterephthalat mit Ursprung in der Volksrepublik China

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2016/1036 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Union gehörenden Ländern ([1]), insbesondere auf Artikel 9 Absatz 4,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Mit der Durchführungsverordnung (EU) 2024/1040 der Kommission ([2]) hat die Kommission auf Einfuhren von Polyethylenterephthalat (im Folgenden „PET“) mit einer Viskositätszahl von 78 ml/g oder mehr gemäß ISO-Norm 1628-5, gemessen anhand von oder umgerechnet in das Lösungsmittel Phenol/1,2-Dichlorbenzol (50:50), das derzeit unter dem KN-Code ex 3907 61 00 (TARIC-Code 3907 61 00 10) eingereiht wird, mit Ursprung in der Volksrepublik China, einen endgültigen Antidumpingzoll eingeführt.

(2) Wie in den Erwägungsgründen 24 bis 27 der Durchführungsverordnung (EU) 2024/1040 dargelegt, wird die Viskositätszahl von PET anhand einer PET-Lösung in einem bestimmten Lösungsmittel gemessen, und aus Gründen der Klarheit, der einheitlichen Anwendung durch die Zollbehörden der Mitgliedstaaten und der Kohärenz mit der früheren Norm DIN 53728, die durch ISO 1628-5 ersetzt wurde, sollte die Viskosität von PET im Lösungsmittel Phenol/1,2-Dichlorbenzol (50/50) gemessen oder in dieses umgerechnet werden.

(3) Die Untersuchung betraf jedoch sämtliche PET mit einer Viskositätszahl von 78 ml/g oder mehr. Dies bedeutet, dass ein Antidumpingzoll zu entrichten ist, wenn die Viskositätszahl 78 ml/g oder mehr beträgt, selbst wenn die Viskosität des Produkts anhand eines anderen Lösungsmittels (oder einer Kombination von Lösungsmitteln) gemessen oder in ein anderes Lösungsmittel (oder eine Kombination von Lösungsmitteln) umgerechnet wird.

(4) Dies bedeutet, dass der Verweis auf die Art und Weise der Messung der Viskositätszahl („gemessen mit oder umgewandelt in Lösungsmittel Phenol/1,2-Dichlorbenzol (50:50)“) aus der Produktdefinition in Artikel 1 der Durchführungsverordnung (EU) 2024/1040 gestrichen werden sollte.

(5) Daher hat die Kommission beschlossen, Artikel 1 der Durchführungsverordnung (EU) 2024/1040 entsprechend zu berichtigen.

(6) Diese Berichtigung ist seit Inkrafttreten der Durchführungsverordnung (EU) 2024/1040 wirksam, d. h. seit dem 3. April 2024.

(7) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des nach Artikel 15 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/1036 eingesetzten Ausschusses —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Artikel 1 Absatz 1 der Durchführungsverordnung (EU) 2024/1040 wird wie folgt berichtigt:

([1]) ABl. L 176 vom 30.6.2016, S. 21, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2016/1036/oj.
([2]) Durchführungsverordnung (EU) 2024/1040 der Kommission vom 27. März 2024 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf Einfuhren von bestimmtem Polyethylenterephthalat mit Ursprung in der Volksrepublik China (ABl. L, 2024/1040, 2.4.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2024/1040/oj).

„(1) Auf die Einfuhren von Polyethylenterephthalat (PET) mit einer Viskositätszahl von 78 ml/g oder mehr, das derzeit unter dem KN-Code 3907 61 00 eingereiht wird, mit Ursprung in der Volksrepublik China, wird ein endgültiger Antidumpingzoll eingeführt."

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Sie gilt ab dem 3. April 2024.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 11. Juli 2024

Für die Kommission
Die Präsidentin
Ursula VON DER LEYEN

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/1943

12.7.2024

DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2024/1943 DER KOMMISSION

vom 11. Juli 2024

zur Einführung eines vorläufigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Kabeln aus optischen Fasern mit Ursprung in Indien

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2016/1036 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Union gehörenden Ländern [1] (im Folgenden „Grundverordnung"), insbesondere auf Artikel 7,

nach Anhörung der Mitgliedstaaten,

in Erwägung nachstehender Gründe:

1. VERFAHREN

1.1. Einleitung

(1) Am 16. November 2023 leitete die Europäische Kommission (im Folgenden „Kommission") nach Artikel 5 der Grundverordnung eine Antidumpinguntersuchung betreffend die Einfuhren von Kabeln aus optischen Fasern mit Ursprung in Indien (im Folgenden „betroffenes Land") in die Union ein. Sie veröffentlichte eine entsprechende Bekanntmachung der Verfahrenseinleitung (im Folgenden „Einleitungsbekanntmachung") im *Amtsblatt der Europäischen Union* [2].

(2) Die Kommission leitete die Untersuchung auf einen Antrag hin ein, der am 3. Oktober 2023 von Europacable (im Folgenden „Antragsteller") eingereicht wurde. Der Antrag wurde im Sinne des Artikels 5 Absatz 4 der Grundverordnung im Namen des Wirtschaftszweigs der Union für Kabel aus optischen Fasern gestellt. Die mit dem Antrag vorgelegten Beweise für das Vorliegen von Dumping und für eine dadurch verursachte bedeutende Schädigung rechtfertigten die Einleitung einer Untersuchung.

1.2. Zollamtliche Erfassung

(3) Nach Artikel 14 Absatz 5a der Grundverordnung ist die Kommission dazu verpflichtet, Einfuhren, die Gegenstand einer Antidumpinguntersuchung sind, während des Vorunterrichtungszeitraums zollamtlich zu erfassen, es sei denn, sie verfügt über ausreichende Beweise im Sinne des Artikels 5, dass die Anforderungen in Artikel 10 Absatz 4 Buchstabe c oder Buchstabe d nicht erfüllt sind. Wie in Artikel 10 Absatz 4 Buchstabe d der Grundverordnung dargelegt, besteht eine dieser Anforderungen darin, dass zusätzlich zu der Höhe der Einfuhren, die die Schädigung im Untersuchungszeitraum (d. h. 1. Oktober 2022 bis 30. September 2023) verursachten, ein erheblicher Anstieg der Einfuhren verzeichnet wird.

(4) Wie aus Tabelle 1 hervorgeht, ergab die Analyse der Kommission jedoch, dass beim Vergleich des Monatsdurchschnitts der Einfuhren ab Einleitung der Untersuchung (d. h. Dezember 2023 bis April 2024) mit dem Monatsdurchschnitt im Untersuchungszeitraum und dem Monatsdurchschnitt in denselben Monaten im Untersuchungszeitraum anhand von Surveillance-Statistiken im vorliegenden Fall kein Anstieg der Einfuhren festgestellt werden kann. Somit ist die rechtliche Voraussetzung nach Artikel 10 Absatz 4 Buchstabe d nicht erfüllt. Die Kommission beschloss daher, Einfuhren von Kabeln aus optischen Fasern mit Ursprung in Indien nicht zollamtlich zu erfassen.

[1] ABl. L 176 vom 30.6.2016, S. 21, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2016/1036/oj.
[2] Bekanntmachung der Einleitung eines Antidumpingverfahrens betreffend die Einfuhren von Kabeln aus optischen Fasern mit Ursprung in Indien (ABl. C, C/2023/891, 16.11.2023, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2023/891/oj).

Tabelle 1

Einfuhren aus Indien im Untersuchungszeitraum nach der Einleitung des Verfahrens (in Kabelkilometern) ([3])

Ursprung	Monatlicher Durchschnitt im Untersuchungszeitraum	Dezember 2023 bis April 2024 Monatsdurchschnitt	Dezember 2022 bis April 2023 Monatsdurchschnitt
Indien	8 591	4 541	9 731

Quelle: Datenbank Surveillance 3.

1.3. **Interessierte Parteien**

(5) In der Einleitungsbekanntmachung forderte die Kommission interessierte Parteien auf, mit ihr Kontakt aufzunehmen und bei der Untersuchung mitzuarbeiten. Ferner unterrichtete die Kommission gezielt die Antragsteller, andere ihr bekannte Unionshersteller, die ihr bekannten ausführenden Hersteller und die indischen Behörden, die ihr bekannten Einführer, Verwender und Händler sowie bekanntermaßen betroffene Verbände über die Einleitung der Untersuchung und forderte sie zur Mitarbeit auf.

(6) Die interessierten Parteien erhielten Gelegenheit, zur Einleitung der Untersuchung Stellung zu nehmen und eine Anhörung durch die Kommission und/oder die Anhörungsbeauftragte in Handelsverfahren zu beantragen.

1.4. **Stellungnahmen zur Einleitung der Untersuchung**

(7) Bei der Kommission gingen von den ausführenden Herstellern Birla Cable Ltd (im Folgenden „Birla“), HFCL Limited (im Folgenden „HFCL“) und Sterlite Technologies Limited (im Folgenden „STL“) sowie vom Antragsteller Stellungnahmen zur Einleitung der Untersuchung ein.

(8) Die ausführenden Hersteller HFCL und STL brachten vor, der Antragsteller habe keine aussagekräftige nicht vertrauliche Zusammenfassung der Berechnungen der Dumpingspanne, des Normalwerts, der Preisunterbietung und der Zielpreisunterbietung vorgelegt, und beantragten Zugang zu den erforderlichen Informationen. HFCL beantragte zudem die Offenlegung einer aussagekräftigen nicht vertraulichen Zusammenfassung der vom Antragsteller vorgelegten Informationen über das Preisverhalten der indischen ausführenden Hersteller bei Ausschreibungsverfahren in der EU. Ferner trug HCFL vor, dass die vorgelegten Zusammenfassungen im Zusammenhang mit Ausschreibungsverfahren in mehreren Mitgliedstaaten und dem Preisangebot eines indischen Herstellers auf dem Spotmarkt nicht aussagekräftig seien.

(9) Die Kommission prüfte die Vorbringen, vertrat jedoch im Hinblick auf die Berechnungen der Dumpingspanne und des Normalwerts die Auffassung, dass die nicht vertrauliche Fassung des Antrags, die in den Unterlagen zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien zur Verfügung stand, alle wesentlichen Beweise und nicht vertraulichen Zusammenfassungen der vertraulichen Daten enthielt, die es interessierten Parteien ermöglichten, ihre Verteidigungsrechte ordnungsgemäß wahrzunehmen. Insbesondere enthielt die nicht vertrauliche Zusammenfassung Informationen über die Quellen (Ausfuhrpreise für Kabel mit 24 und 48 Fasern — die repräsentativsten Typen von Kabeln aus optischen Fasern — auf der Grundlage von Ausschreibungen in drei EU-Mitgliedstaaten) und die Dumpingspannen für die beiden repräsentativsten Typen von Kabeln aus optischen Fasern (sowie die durchschnittliche Dumpingspanne für beide Typen). Diese Vorbringen wurden daher zurückgewiesen.

(10) Im Anschluss an die Vorbringen von STL und HFCL überprüfte die Kommission die Zusammenfassungen der Berechnungen der Preis- und der Zielpreisunterbietung sowie die aggregierten Daten zu den im nicht vertraulichen Dossier enthaltenen Zahlen des Antragstellers und beschloss, die Antragsteller aufzufordern, weitere Einzelheiten zur nicht vertraulichen Fassung des Antrags vorzulegen. Diese zusätzlichen nicht vertraulichen Informationen wurden in das Dossier aufgenommen.

(11) Was das Vorbringen bezüglich Ausschreibungen betrifft, so beschloss die Kommission, dieses wegen der Vertraulichkeit der Informationen zurückzuweisen (die mit dem Vermerk „Sensitive“ (zur vertraulichen Behandlung) versehenen Anhänge enthalten spezifische Preisangebote, Verhandlungen und konkrete Informationen zu den eingereichten Angeboten — die vom Antragsteller vorgelegten nicht vertraulichen Zusammenfassungen wurden als angemessen erachtet).

([3]) Die in der Surveillance-Datenbank in Kilogramm erfassten Daten wurden gemäß den Erläuterungen in Erwägungsgrund 96 in Kabelkilometer umgerechnet.

(12) Der ausführende Hersteller Birla brachte vor, der Antrag stütze sich auf veraltete Zahlen, da er erst im Oktober 2023 gestellt worden sei, also mehr als sechs Monate nach dem Ende des für den Antrag zugrunde gelegten Untersuchungszeitraums (d. h. dem 31. März 2023).

(13) Der Antrag ging am 2. Oktober 2023 bei der Kommission ein und gilt gemäß Artikel 5 Absatz 1 der Grundverordnung als am ersten Arbeitstag nach Eingang bei der Kommission, d. h. am 3. Oktober 2023, gestellt. Die Grundverordnung enthält keine rechtliche Verpflichtung, nach der ein Antrag keine Daten enthalten darf, die älter als ein der Einreichung des Antrags vorangehender Zeitraum von sechs Monaten sind. Die Kommission orientiert sich jedoch an den in der Grundverordnung, unter anderem in Artikel 6 Absatz 1, genannten Zeiträumen ([4]), um sicherzustellen, dass die Daten in den Anträgen möglichst aktuell sind. Selbst wenn Artikel 6 Absatz 1 in der Phase der Verfahrenseinleitung anwendbar wäre, bietet dieser Artikel eine gewisse Flexibilität, da er besagt, dass „ein Untersuchungszeitraum gewählt [wird], der im Fall von Dumping normalerweise einen der Einleitung des Verfahrens unmittelbar vorangehenden Zeitraum von mindestens sechs Monaten umfasst". Das Vorbringen von Birla entbehrt einer Rechtsgrundlage und wurde daher zurückgewiesen.

(14) HFCL wies auf den Unterschied zwischen den Daten, auf die sich der Antrag bezog (d. h. 1. April 2022 bis 31. März 2023), und dem Untersuchungszeitraum (d. h. 1. Oktober 2022 bis 30. September 2023) hin und beantragte eine Aktualisierung des Antrags um die Daten für den Untersuchungszeitraum. Durch die Nichtbereitstellung solcher Daten würden die interessierten Parteien daran gehindert, aussagekräftige Stellungnahmen zur Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union im Untersuchungszeitraum der Untersuchung abzugeben. HFCL verwies insbesondere auf die mutmaßliche Aufforderung der Kommission an die interessierten Parteien, ihre Stellungnahmen zur Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union vorzulegen. Den interessierten Parteien seien daher ihre legitimen Rechte auf Verteidigung und ein ordnungsgemäßes Verfahren vorenthalten worden.

(15) Europacable führte an, HFCL habe keine Rechtsgrundlage zur Stützung dieses Vorbringens vorgelegt. Der Untersuchungszeitraum für den Antrag sei aufgrund des zeitlichen Abstands zwischen der Stellung des Antrags und der Einleitung der Untersuchung zwangsläufig ein anderer als für das Verfahren selbst.

(16) Die im Antrag enthaltenen Informationen bildeten die Grundlage für den Beschluss der Kommission, die vorliegende Untersuchung einzuleiten. Daher hindert der Umstand, dass der Untersuchungszeitraum, auf den sich der Antrag bezieht, vom Untersuchungszeitraum der Untersuchung abweicht, die interessierten Parteien nicht daran, aussagekräftige Stellungnahmen zum Antrag und zur Einleitung der Untersuchung abzugeben. Der Antrag wurde in Bezug auf die verbindlichen Anforderungen gemäß Artikel 5 Absatz 2 der Grundverordnung als vollständig angesehen. Darüber hinaus forderte die Kommission die Parteien in ihrer Einleitungsbekanntmachung auf, durch Ausfüllen des Stichprobenformulars mitzuarbeiten (Abschnitt 5.3.1 Buchstabe a der Einleitungsbekanntmachung), Stellungnahmen zur Einleitung oder zum Antrag abzugeben (Abschnitt 5.2 der Einleitungsbekanntmachung) sowie Informationen zur Bewertung des Unionsinteresses zu übermitteln (Abschnitt 5.5 der Einleitungsbekanntmachung), und räumte ferner die Möglichkeit ein, zu den Beiträgen anderer Parteien Stellung zu nehmen. Die interessierten Parteien werden zu einem späteren Zeitpunkt im Detail über die Feststellungen zum Untersuchungszeitraum der Untersuchung unterrichtet und erhalten in dieser Phase der Untersuchung Gelegenheit, Stellung zu nehmen. Diese Vorbringen wurden daher zurückgewiesen.

(17) STL, HFCL und Birla brachten vor, dass die im Antrag enthaltenen Einfuhrdaten nicht korrekt seien, da sie auf dem vollständigen KN-Code 8544 70 00 basierten, der mehr als nur die untersuchte Ware umfasse, und nicht auf dem TARIC-Code 8544 70 00 10, der in der vorangegangenen Untersuchung betreffend die Einfuhren von Kabeln aus optischen Fasern mit Ursprung in China ([5]) (im Folgenden „China-Untersuchung") begründet worden sei und nur die betroffene Ware umfasse. Diese Unternehmen beanstandeten auch die Berichtigungen der Einfuhrstatistiken auf der Grundlage der KN-Codes durch Hinzufügung der Einfuhren von Kabeln aus optischen Fasern, die angeblich fälschlicherweise als optische Fasern unter dem Warencode 9001 10 angemeldet worden seien. Diese Parteien brachten vor, dass keine Beweise für falsche Anmeldungen vorgelegt worden seien. Alle diese Parteien wiesen darauf hin, dass sich der Warencode 9001 10 auf Kabel aus optischen Fasern beziehe, die nicht aus einzeln umhüllten Fasern bestünden, wie es die indischen Gerichte entschieden hätten, und daher nicht Teil der Untersuchung seien. STL brachte ferner vor, dass Einfuhren von Kabeln aus optischen Fasern aus anderen Drittländern womöglich ebenfalls fälschlicherweise als optische Fasern unter dem Warencode 9001 10 angemeldet worden seien, was im Antrag keine Berücksichtigung gefunden habe. Somit seien die Einfuhrdaten im Antrag zu hoch angesetzt worden.

([4]) https://op.europa.eu/de/publication-detail/-/publication/5dd1dca7-b5b0-11ee-b164-01aa75ed71a1.

([5]) Durchführungsverordnung (EU) 2021/2011 der Kommission vom 17. November 2021 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Kabeln aus optischen Fasern mit Ursprung in der Volksrepublik China (ABl. L 410 vom 18.11.2021, S. 51, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2021/2011/oj).

(18) Die Methodik, die Begründung und die Quellen für die Berichtigungen zur Schätzung der Menge der Einfuhren von Kabeln aus optischen Fasern aus Indien wurden im Antrag ausführlich erläutert und als hinreichend belegt im Sinne des Artikels 5 Absatz 2 der Grundverordnung angesehen. Im Antrag wird dargelegt und nachgewiesen, warum die Statistiken unter dem KN-Code 8544 70 00 im spezifischen Fall Indiens aussagekräftiger sind und warum dennoch Berichtigungen dieser Daten erforderlich waren und auf welcher Grundlage diese Berichtigungen vorgenommen wurden. Insbesondere brachte der Antragsteller vor, dass die Verwendung des TARIC-Codes für China, das nicht nur die betroffene Ware, sondern auch Unterseekabel und Multimode-Kabel herstelle und in die Union ausführe, vorzuziehen sei, nicht aber für Indien. Der Antragsteller erläuterte, dass Indien keine Unterseekabel und nur eine geringe Menge an Multimode-Kabeln herstelle, und legte Beweise dafür vor, dass fast alle Einfuhren von Kabeln aus optischen Fasern aus Indien, die unter den KN-Code 8544 70 00 eingereiht werden, aus der betroffenen Ware bestehen. Die Kommission prüfte die im Antrag vorgelegten Beweise und erachtete die Verwendung des KN-Codes 8544 70 00 als angemessen. In Bezug auf die Verwendung des Warencodes 9001 10, unter den nur optische Fasern und nicht Kabel aus optischen Fasern fallen, hielt die Kommission die vom Antragsteller vorgelegten Beweise (d. h. Schreiben, in denen indische Hersteller erklären, dass Kabel aus optischen Fasern unter dem HS-Code 9001 10 im Rahmen indischer „Zollrichtlinien", die auch für Ausfuhren in andere Ausfuhrregionen gelten, in die EU eingeführt würden) ebenfalls für angemessen. Die Tatsache, dass sich der KN-Code 9001 10 00 nach Auffassung der indischen Gerichte auf Kabel aus optischen Fasern bezieht, die nicht aus einzeln umhüllten Fasern bestehen, ist unerheblich, da die betroffene Ware immer umhüllt ist und daher unter einen anderen KN-Code fällt, nämlich den KN-Code 8544 70 00.

(19) Ferner legten die ausführenden Hersteller keine Beweise dafür vor, dass die vom Antragsteller vorgenommenen Schätzungen unangemessen oder im Wesentlichen falsch waren. Schließlich gab es keine Hinweise darauf und dem Antragsteller lagen keine Beweise dafür vor, dass Einfuhren aus anderen Drittländern fälschlicherweise unter dem Warencode 9001 10 angemeldet wurden und dass die Einfuhrstatistiken der jeweiligen Länder entsprechend hätten berichtigt werden müssen. Diese Vorbringen wurden daher zurückgewiesen.

(20) HFCL brachte vor, dass die im Antrag genannte Dumpingspanne nicht als repräsentativ angesehen werden könne, da sie auf der Grundlage der Preise für nur bestimmte Typen von Kabeln aus optischen Fasern (mit 24 und 48 Fasern) berechnet worden sei, die keinen wesentlichen Teil der indischen Ausfuhren ausmachten. Ferner seien keine Beweise dafür vorgelegt worden, dass die Modelle, die dem Normalwert zugrunde gelegt wurden, den zur Ermittlung des Ausfuhrpreises verwendeten Modellen entsprechen. Schließlich gebe es viele Merkmale, die sich möglicherweise auf die Kosten und Preise auswirken und bei nicht angemessener Berücksichtigung die Dumpingspanne in die Höhe treiben könnten.

(21) Nach Artikel 5 Absatz 2 der Grundverordnung sollte der Antrag Beweise enthalten, die dem Antragsteller üblicherweise zur Verfügung stehen. Aufgrund des vertraulichen Charakters der Kosten und Preise konnte der Antragsteller keinen Zugang zu sehr detaillierten Informationen in dieser Hinsicht erhalten und war daher nicht zur Vorlage solcher Informationen verpflichtet. Es wurde die Auffassung vertreten, dass die zum Normalwert und zum Ausfuhrpreis vorgelegten Beweise ausreichend und repräsentativ genug waren, um die Einleitung der Untersuchung zu rechtfertigen. Das Vorbringen wurde daher zurückgewiesen.

(22) Birla, HFCL und SEAFL führten an, der Antrag enthalte keine Beweise für die Berechnungen der Preis- und der Zielpreisunterbietung. Birla machte außerdem geltend, dass die verwendeten Preise weder für die indischen Hersteller noch für den Wirtschaftszweig der Union repräsentativ seien, während STL behauptete, dass sie nicht die gesamte untersuchte Ware abdeckten, sondern nur einen Teil davon. In diesem Zusammenhang sind die im Antrag berücksichtigten Typen von Kabeln aus optischen Fasern (d. h. Kabel mit 24 und 48 Fasern für die Dumpingberechnungen und 12, 24, 48 und 72 Fasern für die Berechnungen der Preis- und Zielpreisunterbietung) die am häufigsten auf dem EU-Markt verkauften Kabel aus optischen Fasern und die Typen, für die die Antragsteller Beweise in Bezug auf die Preise der Einfuhren aus Indien sammeln konnten. Birla wandte ein, die von den Antragstellern vorgenommene Analyse der Einfuhrpreise sei fehlerhaft und die im Antrag dargelegten Entwicklungen der Einfuhren ließen den angeblichen Preisdruck auf dem Unionsmarkt ohnehin nicht erkennen. Zudem brachte Birla vor, dass eine gesonderte Analyse für den Ausschreibungs- und den Spotmarkt hätte erfolgen müssen, während STL ferner anführte, dass die Zielgewinnspanne, die während der Untersuchung betreffend Kabel aus optischen Fasern mit Ursprung in China ermittelt wurde, bei der Berechnung der Zielpreisunterbietungsspannen in der vorliegenden Untersuchung nicht berücksichtigt werden dürfte.

(23) Wie bereits erwähnt, muss der Antragsteller nach Artikel 5 Absatz 2 der Grundverordnung nur Beweise vorlegen, die ihm üblicherweise zur Verfügung stehen. Daher muss der Antrag nicht alle Warentypen umfassen oder eine Analyse nach Marktsegmenten enthalten, insbesondere wenn diese Daten vertraulich und/oder nicht öffentlich zugänglich sind. Die Kommission vertrat daher die Auffassung, dass die für die Berechnungen der Preis- und der Zielpreisunterbietung vorgelegten Beweise dem in Artikel 5 Absatz 2 der Grundverordnung festgelegten Schwelle entsprechen. Schließlich wurde die im Antrag für die Berechnung der Zielpreisunterbietungsspanne verwendete Zielgewinnspanne als angemessen angesehen, und STL konnte in dieser Phase des Verfahrens auch keine überzeugenden Beweise dafür vorlegen, dass ihre Höhe im Wesentlichen falsch war. Alle Vorbringen in Bezug auf die Berechnung der Preis- und der Zielpreisunterbietung wurden daher zurückgewiesen.

(24) Unter Bezugnahme auf öffentlich zugängliche Jahres-/Zwischenberichte der Prysmian Group sowie von Acome, Hextronic und Tratos brachte STL vor, der Wirtschaftszweig der Union habe keine bedeutende Schädigung erlitten, sondern sei gesund und floriere.

(25) Die im Antrag enthaltenen Beweise für die Schädigung bezogen sich ausschließlich auf die Entwicklung der Schadensindikatoren für Kabel aus optischen Fasern und werden daher als aussagekräftiger angesehen als öffentlich verfügbare Informationen über Unternehmen auf Konzernebene. Dieses Vorbringen wurde daher zurückgewiesen.

(26) Birla, HFCL und STL stimmten der Analyse mehrerer im Antrag beschriebener Schadensindikatoren nicht zu und führten an, ihre Entwicklung deute nicht auf eine Schädigung hin. Überdies seien die Daten der Antragsteller mit den Daten sämtlicher Unionshersteller von Kabeln aus optischen Fasern vermischt und somit selektiv verwendet worden. STL und HFCL argumentierten, dass insbesondere die Daten zu Produktion, Verkäufen, Marktanteil, Produktionskapazität und Kapazitätsauslastung eine positive Entwicklung aufwiesen und daher keine bedeutende Schädigung erkennen ließen. STL brachte vor, dass die Antragsteller eine gesunde Rentabilität aufwiesen und dass etwaige negative Auswirkungen auf einen drastischen Anstieg bei den Investitionen, der Kapazität und der Anhäufung von Lagerbeständen zurückzuführen seien.

(27) Insgesamt geht aus den im Antrag dargelegten Entwicklungen der Schadensindikatoren eine bedeutende Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union hervor. Zwischen 2019 und 2022 war der Marktanteil rückläufig, und auch wenn er im Untersuchungszeitraum des Antrags wieder anstieg, blieb er unter dem Niveau von 2019. Das Gleiche gilt für die Verkaufspreise des Wirtschaftszweigs der Union — diese wiesen ebenfalls eine rückläufige Entwicklung auf, außer im Untersuchungszeitraum des Antrags, in dem sie einen Anstieg verzeichneten, wenngleich sie weitgehend unter den Verkaufspreisen von 2019 blieben. Die Produktionskosten sanken zwar, aber langsamer als die Verkaufspreise, was sich negativ auf die Rentabilität des Wirtschaftszweigs der Union auswirkte. Der Umstand, dass sich andere Schadensindikatoren wie Verkaufsmenge, Produktionsmenge und Investitionen eine positive Entwicklung aufwiesen, ist im gesamtwirtschaftlichen Kontext zu sehen und muss auch gegen die parallele Entwicklung des Unionsverbrauchs abgewogen werden, der stärker stieg als die Verkaufsmenge des Wirtschaftszweigs der Union. Diese positiven Entwicklungen an sich bedeuten nicht, dass der Wirtschaftszweig der Union keine bedeutende Schädigung erlitten hat. Der Umstand, dass die Rentabilität am Ende des Untersuchungszeitraums des Antrags stieg, steht nicht im Widerspruch zu der deutlich negativen Entwicklung zwischen 2019 sowie der Tatsache, dass der Wirtschaftszweig der Union seine Verkaufspreise nicht im Einklang mit den steigenden Kosten erhöhen konnte. Die Kommission vertrat die Auffassung, dass der Antragsteller ausreichende Beweise dafür vorlegte, dass der Wirtschaftszweig der Union eine bedeutende Schädigung erlitten hat. Das diesbezügliche Vorbringen wurde daher zurückgewiesen.

(28) In Bezug auf das Vorbringen, die Daten zu den Schadensindikatoren seien selektiv vorgelegt worden, stellt die Kommission fest, dass der Antragsteller die Daten für die makroökonomischen Indikatoren (wie Verkaufsmenge, Produktionsmenge und Marktanteil) auf der Grundlage von Informationen zu sämtlichen Unionsherstellern ermittelt hat, während sich die Daten für die mikroökonomischen Indikatoren (wie Rentabilität und Verkaufspreise) auf Informationen zu den Antragstellern stützen. Diese Methode entspricht der Methode, die die Kommission bei Untersuchungen mit Stichprobenverfahren anwendet, und wurde daher als rechtmäßig und angemessen erachtet. Das Vorbringen, diese Daten seien selektiv verwendet worden, wurde daher zurückgewiesen. Darüber hinaus erweiterte die Kommission, wie in Erwägungsgrund 10 erwähnt, das Dossier zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien um eine nicht vertrauliche Fassung mit aggregierten Daten zu den Zahlen des Antragstellers.

(29) Birla, HFCL und STL brachten vor, dass im Antrag kein ursächlicher Zusammenhang zwischen den Einfuhren aus Indien und der angeblichen Schädigung der Unionshersteller hergestellt worden sei. Der Antragsteller habe keine Verbindung zwischen den Einfuhren von Kabeln aus optischen Fasern aus Indien und der bedeutenden Schädigung hergestellt und andere Faktoren, die die bedeutende Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union hätten verursachen können, nicht gebührend berücksichtigt.

(30) STL führte an, die Analyse der Schadensursache sei fehlerhaft, weil sie auf falschen Einfuhrmengen beruhe. Außerdem könnten die Mengen und der Marktanteil der Einfuhren aus Indien nicht isoliert betrachtet werden, sondern müssten im breiteren Kontext der Dynamik des gesamten Marktes gesehen werden. Birla brachte vor, dass der Anstieg der Einfuhren aus Indien nicht zulasten der Unionshersteller gehe und dass sich der Marktanteil der Unionshersteller größtenteils im Einklang mit dem Marktanteil der Einfuhren aus anderen Ländern entwickelt habe. Ferner gebe es keine nachgewiesene Preis- bzw. Zielpreisunterbietung und die Einfuhrpreise lägen über den Preisen des Wirtschaftszweigs der Union; daher hätten die Einfuhren aus Indien keine negativen Auswirkungen auf die Preise des Wirtschaftszweigs der Union.

(31) Birla, HFCL und STL brachten vor, dass die Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union durch andere Faktoren verursacht worden sei. Die Schädigung sei durch Einfuhren derselben Ware aus der Volksrepublik (VR) China mit niedrigeren Einfuhrpreisen und höheren Marktanteilen verursacht worden, insbesondere in Anbetracht der Tatsache, dass die Übernahmepraktiken der Ausführer von Kabeln aus optischen Fasern aus der VR China im Untersuchungszeitraum des Antrags noch wirksam waren. ([6])

(32) STL, HFCL und Birla führten überdies eine Reihe anderer Faktoren an, die die Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union verursacht hätten, aber im Antrag nicht erwähnt worden seien: i) der Anstieg der Rohstoff- und Energiekosten, ii) die COVID-19-Pandemie und Unterbrechungen der Lieferketten, iii) der erhebliche Anstieg bei den Investitionen, der Produktionskapazität und den Lagerbeständen (selbstverschuldete Schädigung), iv) die Einfuhren aus anderen Drittländern, v) der Wettbewerb zwischen den Unionsherstellern auf dem Unionsmarkt und vi) das wettbewerbswidrige Verhalten bestimmter Antragsteller.

(33) Europacable wies darauf hin, dass der Antrag dagegen zeige, dass durch die Einfuhren aus der VR China der ursächliche Zusammenhang zwischen den gedumpten Einfuhren und der bedeutenden Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union nicht aufgehoben wurde. Ferner müsse der Wirtschaftszweig der Union sein Investitionsniveau im Einklang mit dem Marktwachstum aufrechterhalten, um wettbewerbsfähig zu bleiben; daher könnten die Investitionen des Wirtschaftszweigs der Union den ursächlichen Zusammenhang zwischen den gedumpten Einfuhren aus Indien und der Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union nicht entkräften. Europacable wies auch das Argument des wettbewerbswidrigen Verhaltens zurück, da dies nicht mit der untersuchten Ware in Verbindung stehe, und wies darauf hin, dass auf den Kostenanstieg eine Erhöhung der Verkaufspreise gefolgt sei. Schließlich habe die Kommission im Rahmen der Untersuchung betreffend die Einfuhren von Kabeln aus optischen Fasern mit Ursprung in China bereits festgestellt, dass die COVID-19-Pandemie nur sehr begrenzte und vorübergehende Auswirkungen auf den Wirtschaftszweig hatte. ([7])

(34) Die Kommission vertrat die Auffassung, dass der Antrag hinreichende Beweise im Sinne des Artikels 5 Absatz 3 der Grundverordnung dafür enthielt, dass der erhebliche Anstieg der gedumpten Einfuhren von Kabeln aus optischen Fasern mit Ursprung in Indien zeitlich mit der allgemeinen Verschlechterung der Lage des Wirtschaftszweigs der Union zusammenfiel. Aus dem Antrag geht auch hervor, dass die Einfuhrpreise den Verkaufspreis des Wirtschaftszweigs der Union auf dem Unionsmarkt unterboten. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die im Antrag enthaltenen Beweise auf eine Verbindung zwischen den Einfuhren aus Indien und der Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union und somit auf einen ursächlichen Zusammenhang hindeuten. Diese Argumente wurden daher zurückgewiesen.

([6]) Durchführungsverordnung (EU) 2023/1617 der Kommission vom 8. August 2023 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2021/2011 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Kabeln aus optischen Fasern mit Ursprung in der Volksrepublik China (ABl. L 199 vom 9.8.2023, S. 34, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2023/1617/oj).

([7]) Erwägungsgrund (617) der Durchführungsverordnung (EU) 2021/2011.

(35) Im Antrag wurden auch andere mögliche Schadensursachen untersucht, d. h. Einfuhren aus anderen Drittländern, Einfuhren aus der VR China sowie die Ausfuhrleistung des Wirtschaftszweigs der Union. Das Vorbringen von Birla, HFCL und STL, die Einfuhren derselben Ware aus der VR China hätten die Schädigung verursacht, wurde zurückgewiesen. Antidumpingmaßnahmen gegenüber Einfuhren aus der VR China wurden im November 2021 eingeführt und im August 2023 nach einer Antiabsorptionsuntersuchung ([8]) geändert; Ausgleichsmaßnahmen wurden im Januar 2022 ([9]) eingeführt. Während die Menge der Einfuhren aus der VR China nach wie vor hoch ist, führte die Einführung von Maßnahmen zu einem Rückgang der Einfuhrmenge nach dem ersten Quartal 2022. Der Marktanteil der Einfuhren von Kabeln aus optischen Fasern aus der VR China ging von 36,6 % im Jahr 2022 auf 33 % im dem Antrag zugrunde gelegten Untersuchungszeitraum zurück. Darüber hinaus ging die Menge der Einfuhren von Kabeln aus optischen Fasern aus der VR China laut TARIC-Statistiken zwischen dem vierten Quartal 2021 (310 249 Kabelkilometer) und dem ersten Quartal 2023 (133 164 Kabelkilometer) erheblich zurück (um 57 %), während die Preise erst im dritten Quartal 2022 zu steigen begannen. Das Fehlen eines ausreichenden und dauerhaften Preisanstiegs war Gegenstand der oben genannten Antiabsorptionsuntersuchung.

(36) Diese Analyse und die diesbezüglich vorgelegten Informationen wurden als ausreichend für die Einleitung der Untersuchung angesehen.

(37) Birla brachte vor, dass im Antrag die Auswirkungen der Maßnahmen nicht im wirtschaftlichen Gesamtzusammenhang und unter Berücksichtigung der Interessen der Einführer und der Verwender in der Union betrachtet worden seien.

(38) Nach Artikel 5 Absatz 2 der Grundverordnung muss der Antragsteller in seinem Antrag keine Analyse der Aspekte des Unionsinteresses vornehmen, sondern lediglich Beweise für das Vorliegen von Dumping und für eine Schädigung sowie für einen ursächlichen Zusammenhang zwischen den angeblich gedumpten Einfuhren und der angeblichen Schädigung vorlegen. Dieses Argument wurde daher zurückgewiesen.

(39) STL brachte vor, dass der Wirtschaftszweig der Union im nicht vertraulichen Untersuchungsdossier nicht definiert worden sei, was eine Verletzung seiner Verteidigungsrechte darstelle. Weder in der Einleitungsbekanntmachung noch in der Antwort auf den Fragebogen zu den Makroindikatoren sei genau angegeben, welche Hersteller von Kabeln aus optischen Fasern den Wirtschaftszweig der Union bilden. Die Kommission stellte im nicht vertraulichen Dossier die Liste der ihr bekannten Unionshersteller von Kabeln aus optischen Fasern zur Verfügung. Dieses Vorbringen wurde daher zurückgewiesen.

1.5. **Stichprobenverfahren**

(40) In der Einleitungsbekanntmachung wies die Kommission darauf hin, dass sie möglicherweise nach Artikel 17 der Grundverordnung eine Stichprobe der interessierten Parteien bilden werde.

Bildung einer Stichprobe der Unionshersteller

(41) In der Einleitungsbekanntmachung gab die Kommission bekannt, dass sie eine vorläufige Stichprobe der Unionshersteller gebildet hatte. Die Kommission bildete auf der Grundlage der größten Produktions- und Verkaufsmenge der gleichartigen Ware in der Union im Untersuchungszeitraum eine repräsentative Stichprobe, durch die auch eine große geografischen Verteilung sichergestellt wurde. Die Stichprobe umfasste drei Unionshersteller. Auf die in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller entfielen mehr als 50 % der geschätzten Gesamtproduktionsmenge und mehr als 75 % der geschätzten Gesamtverkäufe der gleichartigen Ware in der Union. Die Kommission forderte die interessierten Parteien auf, zur vorläufigen Stichprobe Stellung zu nehmen. Zu der vorläufigen Stichprobe gingen keine Stellungnahmen ein, sodass sie als endgültige Stichprobe bestätigt wurde.

Bildung einer Stichprobe der Einführer

(42) Um über die Notwendigkeit eines Stichprobenverfahrens entscheiden und gegebenenfalls eine Stichprobe bilden zu können, forderte die Kommission unabhängige Einführer zur Vorlage der in der Einleitungsbekanntmachung genannten Informationen auf.

([8]) Durchführungsverordnung (EU) 2023/1617.

([9]) Durchführungsverordnung (EU) 2022/72 der Kommission vom 18. Januar 2022 zur Einführung endgültiger Ausgleichszölle auf die Einfuhren von Kabeln aus optischen Fasern mit Ursprung in der Volksrepublik China und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2021/2011 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Kabeln aus optischen Fasern mit Ursprung in der Volksrepublik China (ABl. L 12 vom 19.1.2022, S. 34, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2022/72/oj).

(43) Ein einzelner unabhängiger Einführer legte die angeforderten Informationen vor und stimmte seiner Einbeziehung in die Stichprobe zu. Angesichts der geringen Zahl der Antworten befand die Kommission, dass sich die Bildung einer Stichprobe erübrigte. Es gingen keine Stellungnahmen ein.

Bildung einer Stichprobe der ausführenden Hersteller in Indien

(44) Um über die Notwendigkeit eines Stichprobenverfahrens entscheiden und gegebenenfalls eine Stichprobe bilden zu können, forderte die Kommission alle ausführenden Hersteller in Indien zur Vorlage der in der Einleitungsbekanntmachung genannten Informationen auf. Ferner ersuchte sie die Vertretung der Republik Indien bei der Europäischen Union, gegebenenfalls andere ausführende Hersteller zu ermitteln und/oder zu kontaktieren, die an einer Mitarbeit an der Untersuchung interessiert sein könnten.

(45) Elf ausführende Hersteller im betroffenen Land, die neun Gruppen angehörten, legten die angeforderten Informationen vor und stimmten ihrer Einbeziehung in die Stichprobe zu. Nach Artikel 17 Absatz 1 der Grundverordnung bildete die Kommission ausgehend von der größten repräsentativen Menge der Ausfuhren in die Union eine Stichprobe mit drei Gruppen ausführender Hersteller, die in angemessener Weise in der zur Verfügung stehenden Zeit untersucht werden konnte. Auf die in die Stichprobe einbezogenen Gruppen ausführender Hersteller entfielen im Untersuchungszeitraum mehr als 80 % der gesamten Ausfuhren von Kabeln aus optischen Fasern aus Indien in die Union. Alle bekannten ausführenden Hersteller und die Behörden des betroffenen Landes wurden nach Artikel 17 Absatz 2 der Grundverordnung zur Stichprobenauswahl konsultiert.

(46) Es gingen keine Stellungnahmen zur Stichprobe ein.

1.6. **Fragebogenantworten und Kontrollbesuche**

(47) Die Kommission übermittelte den in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Herstellern, den drei in die Stichprobe einbezogenen Unionsherstellern, dem Einführer, der das Stichprobenformular beantwortet hatte, sowie den bekannten Verwendern Fragebögen. Dieselben Fragebögen wurden am Tag der Untersuchungseinleitung auch online ([10]) bereitgestellt. Zudem übermittelte die Kommission dem Antragsteller einen Fragebogen zu den Makroindikatoren des Wirtschaftszweigs der Union.

(48) Die Kommission holte alle Informationen ein, die sie für die vorläufige Ermittlung von Dumping, einer daraus resultierenden Schädigung und des Unionsinteresses benötigte, und prüfte sie. Bei folgenden Unternehmen wurden Kontrollbesuche nach Artikel 16 der Grundverordnung durchgeführt:

Unionshersteller:

— Acome S. A. (Frankreich)

— Corning Optical Communications Sp. z o.o. (Polen) den verbundenen Unternehmen Corning Pouyet SAS (Frankreich), Corning Optical Communication GmbH & Co. KG. (Deutschland), Corning Optical Communications, S.r.l. (Italien) sowie Corning Optical Communications, S.L. (Spanien)

Ausführende Hersteller in Indien:

MP Birla Group:

— Birla Cable Ltd, Rewa (im Folgenden „BCL“)

— Universal Cables Ltd, Goa (im Folgenden „UCL“)

— Vindhya Telelinks Ltd, Rewa (im Folgenden „VTL“)

HFCL Group:

— HFCL Ltd, Hyderabad (im Folgenden „HFCL“)

— HTL Limited, Chennai (im Folgenden „HTL“)

STL Group:

([10]) https://tron.trade.ec.europa.eu/investigations/case-view?caseId=2692

— Sterlite Technologies Ltd, Rakholi (im Folgenden „STL“)

— Sterlite Tech Cables Solutions Ltd, Aurangabad (im Folgenden „STCS“).

(49) Darüber hinaus nahm die Kommission einen Fernabgleich der Fragebogenantworten des in die Stichprobe einbezogenen Unternehmens Prysmian S.p.A. und der damit verbundenen Unternehmen (Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Italien, Niederlande, Rumänien, Spanien und Schweden) mit der Antwort des Antragstellers auf den Fragebogen zu den Makroindikatoren vor.

1.7. **Untersuchungszeitraum und Bezugszeitraum**

(50) Die Untersuchung von Dumping und Schädigung betraf den Zeitraum vom 1. Oktober 2022 bis zum 30. September 2023 (im Folgenden „Untersuchungszeitraum“). Die Untersuchung der für die Schadensanalyse relevanten Entwicklungen betraf den Zeitraum vom 1. Januar 2020 bis zum Ende des Untersuchungszeitraums (im Folgenden „Bezugszeitraum“).

2. UNTERSUCHTE WARE, BETROFFENE WARE UND GLEICHARTIGE WARE

2.1. **Untersuchte Ware**

(51) Bei der untersuchten Ware handelt es sich um Kabel aus optischen Monomode-Fasern, bestehend aus einer oder mehreren einzeln umhüllten Fasern, mit einem Schutzmantel, auch mit elektrischen Leitern, auch anschlussfertig.

(52) Die folgenden Waren sind ausgenommen:

a) Kabel mit einer Länge von weniger als 500 Metern, bei denen alle optischen Fasern einzeln an einem oder beiden Enden mit betriebsbereiten Anschlüssen versehen sind, und

b) Kabel für den Untersee-Einsatz, mit Kunststoffisolierung, die einen Kupfer- oder Aluminiumleiter enthalten und in denen die Fasern in einem oder mehreren Metallmodulen liegen.

(53) Kabel aus optischen Fasern werden als optisches Übertragungsmedium in Telekommunikationsnetzen in Langstrecken-, Metro- und Zugangsnetzen verwendet.

2.2. **Betroffene Ware**

(54) Bei der betroffenen Ware handelt es sich um die untersuchte Ware mit Ursprung in Indien, die derzeit unter dem KN-Code ex 8544 70 00 (TARIC-Codes 8544 70 00 10 und 8544 70 00 91) eingereiht wird (im Folgenden „betroffene Ware“).

2.3. **Gleichartige Ware**

(55) Die Untersuchung ergab, dass die folgenden Waren dieselben grundlegenden materiellen, chemischen und technischen Eigenschaften und dieselben grundlegenden Verwendungen aufweisen:

— die betroffene Ware bei der Ausfuhr in die Union,

— die in Indien hergestellte und auf dem indischen Inlandsmarkt verkaufte untersuchte Ware und

— die vom Wirtschaftszweig der Union in der Union hergestellte und verkaufte untersuchte Ware.

(56) Die Kommission entschied daher in dieser Phase, dass es sich bei diesen Waren um gleichartige Waren im Sinne des Artikels 1 Absatz 4 der Grundverordnung handelt.

2.4. **Vorbringen zur Warendefinition**

(57) Bei der Kommission ging von einem ausführenden Hersteller, nämlich Aksh Optifibre Limited (im Folgenden „Aksh“), ein Antrag auf Präzisierung der Warendefinition ein.

(58) Aksh brachte vor, dass Kabel aus optischen Fasern, die nicht aus einzeln umhüllten Fasern bestehen, im Einklang mit der Warendefinition in der Einleitungsbekanntmachung von der Untersuchung ausgenommen werden sollten. In diesem Zusammenhang sei „Umhüllung" als „eine etwas bedeckende oder an etwas eng anliegende Schutzschicht" zu verstehen. Sämtliche Fasern, die nicht in diesem Sinne einzeln umhüllt sind, würden unter die HS-Position 9001 („Kabel aus optischen Fasern, ausgenommen solche der HS-Position 8544") eingereiht und seien nicht Gegenstand der vorliegenden Untersuchung. Die Warendefinition im Antrag sei jedoch nicht eindeutig, da sie die Angabe enthalte, dass optische Fasern durch Röhren/Module und eine oder mehrere Ummantelungen abgedeckt sind, und somit nicht ausdrücklich von „Umhüllung" die Rede sei. Darüber hinaus würden Kabel aus nicht einzeln umhüllten optischen Fasern auch in verschiedenen Anwendungen wie Langstrecken- und Metronetzen eingesetzt, während Kabel aus einzeln umhüllten optischen Fasern in diesen Anwendungen nicht zum Einsatz kämen.

(59) HFCL und Birla stimmten mit Aksh darin überein, dass Kabel aus nicht einzeln umhüllten optische Fasern von der vorliegenden Untersuchung ausgenommen werden sollten. Zur Untermauerung ihrer Auslegung des Begriffs „einzeln umhüllt" verwiesen sie auf ein Urteil des indischen Berufungsgerichts vom 21. November 2017 in der Rechtssache Commissioner of Customs (Import) Mumbai/Vodafone Essar Gujarat Ltd. ([11]), in der es um die zolltarifliche Einreihung bestimmter nach Indien eingeführter Kabel aus optischen Fasern ging. Die indische Behörde prüfte die Definition des Begriffs „einzeln umhüllt" und stellte fest, dass eine „Umhüllung" etwas anderes ist als ein „Überzug".

(60) Europacable widersprach den indischen ausführenden Herstellern und führte an, dass eine optische Faser, auf deren Kern eine Schutzschicht aufgebracht wurde, im Allgemeinen als „einzeln umhüllte Faser" angesehen werde, was auch durch die Erläuterungen zur Kombinierten Nomenklatur der Europäischen Union ([12]) zum KN-Code 8544 70 00 bestätigt werde, wonach der Kern einer optischen Faser und der Mantel durch eine „[i]nnere Lage aus weichem Acrylat" und eine „[ä]ußere Lage aus hartem Acrylat" geschützt sind. Schließlich wies Europacable erneut darauf hin, dass sich die vorliegende Untersuchung entgegen dem Vorbringen von Aksh auf Kabel aus optischen Fasern bezieht, die u. a. in Langstrecken-, Metro- und Zugangsnetzen verwendet werden.

(61) Die Kommission war der Auffassung, dass die Auslegung des Begriffs „einzeln umhüllte Fasern" durch die indischen ausführenden Hersteller nicht dem Verständnis in der Europäischen Union entsprach, wie in den Erläuterungen zur Kombinierten Nomenklatur der Europäischen Union dargelegt. Neben dem, was die Kommission bereits in Erwägungsgrund 18 dargelegt hat, gründet die Entscheidung einer ausländischen Behörde wie des indischen Berufungsgerichts auf ausländischem Recht und kann daher keinen Einfluss auf die Anwendung und Auslegung des Zollrechts der Europäischen Union haben. Daher wurden die diesbezüglichen Vorbringen der indischen ausführenden Hersteller zurückgewiesen.

3. DUMPING

3.1. **Normalwert**

(62) Nach Artikel 2 Absatz 2 der Grundverordnung prüfte die Kommission zunächst, ob die gesamten Inlandsverkäufe der einzelnen in die Stichprobe einbezogenen mitarbeitenden ausführenden Hersteller repräsentativ waren. Die Inlandsverkäufe sind repräsentativ, wenn die Gesamtmenge der Inlandsverkäufe der gleichartigen Ware an unabhängige Abnehmer auf dem Inlandsmarkt pro ausführenden Hersteller im Untersuchungszeitraum mindestens 5 % der Gesamtmenge seiner Ausfuhrverkäufe der betroffenen Ware in die Union entsprach. Auf dieser Grundlage wurden die von den einzelnen in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Herstellern getätigten Gesamtverkäufe der gleichartigen Ware auf dem Inlandsmarkt als repräsentativ angesehen.

(63) Anschließend ermittelte die Kommission für die ausführenden Hersteller mit repräsentativen Inlandsverkäufen die auf dem Inlandsmarkt verkauften Warentypen, die mit den zur Ausfuhr in die Union verkauften Typen identisch oder vergleichbar waren.

([11]) Wiedergegeben im Anhang der nicht vertraulichen Fassung der Stellungnahme von HFCL vom 2. Januar 2024 und in Anhang 2 der nicht vertraulichen Fassung der Stellungnahme von Birla vom 2. Januar 2024.

([12]) ABl. C 119 vom 29.3.2019, S. 1.

(64) Danach prüfte die Kommission, ob die Inlandsverkäufe eines jeden in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Herstellers auf dessen Inlandsmarkt für jeden Warentyp, der mit einem zur Ausfuhr in die Union verkauften Warentyp identisch oder vergleichbar war, nach Artikel 2 Absatz 2 der Grundverordnung repräsentativ waren. Die Inlandsverkäufe eines Warentyps sind repräsentativ, wenn die Gesamtmenge der an unabhängige Abnehmer gehenden Inlandsverkäufe dieses Warentyps im Untersuchungszeitraum mindestens 5 % der Gesamtmenge der in die Union getätigten Ausfuhrverkäufe des identischen oder vergleichbaren Warentyps entspricht. Die Kommission stellte fest, dass die Inlandsverkäufe bestimmter Warentypen für die in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Hersteller nicht repräsentativ waren.

(65) Danach ermittelte die Kommission für jeden Warentyp den Anteil der gewinnbringenden Verkäufe an unabhängige Abnehmer auf dem Inlandsmarkt im Untersuchungszeitraum, um zu entscheiden, ob die tatsächlichen Inlandsverkäufe nach Artikel 2 Absatz 4 der Grundverordnung für die Berechnung des Normalwerts herangezogen werden können.

(66) Der Normalwert basiert auf dem tatsächlichen Inlandspreis des jeweiligen Warentyps, unabhängig davon, ob diese Verkäufe gewinnbringend sind, sofern

a) die Verkaufsmenge des Warentyps, die zu einem Nettoverkaufspreis in Höhe der rechnerisch ermittelten Herstellkosten oder darüber verkauft wurde, mehr als 80 % der gesamten Verkaufsmenge dieses Warentyps entspricht und

b) der gewogene Durchschnittsverkaufspreis dieses Warentyps mindestens den Herstellstückkosten entspricht.

(67) In diesem Fall entspricht der Normalwert dem gewogenen Durchschnitt der Preise aller Inlandsverkäufe des betreffenden Warentyps im Untersuchungszeitraum.

(68) Hingegen handelt es sich beim Normalwert um den tatsächlichen Inlandspreis je Warentyp lediglich der gewinnbringenden Inlandsverkäufe der betreffenden Warentypen im Untersuchungszeitraum, sofern

a) die Menge der gewinnbringenden Verkäufe des Warentyps 80 % oder weniger der gesamten Verkaufsmenge dieses Typs ausmacht oder

b) der gewogene Durchschnittspreis dieses Warentyps unter den Herstellstückkosten liegt.

(69) Die Analyse der Menge der Inlandsverkäufe ergab, dass je nach Warentyp und ausführendem Hersteller 3 % bis 97 % aller Inlandsverkäufe gewinnbringend waren und der gewogene durchschnittliche Verkaufspreis, sofern mehr als 5 % der Inlandsverkäufe des jeweiligen Warentyps gewinnbringend waren, über den Herstellkosten lag. Dementsprechend wurde der Normalwert entweder als gewogener Durchschnitt der Preise aller Inlandsverkäufe im Untersuchungszeitraum oder als gewogener Durchschnitt nur der gewinnbringenden Verkäufe berechnet.

(70) Für bestimmte Warentypen, bei denen es keine Inlandsverkäufe eines Warentyps der gleichartigen Ware gab, ermittelte die Kommission den Normalwert gemäß Artikel 2 Absatz 1 der Grundverordnung anhand der Inlandspreise der anderen ausführenden Hersteller, außer in Fällen, in denen die Verwendung dieser Preise zur Offenlegung vertraulicher Geschäftsinformationen führen würde. In diesen Fällen ermittelte die Kommission den Normalwert rechnerisch, indem sie zu den Herstellkosten den gewogenen Durchschnitt der Vertriebs-, Verwaltungs- und Gemeinkosten (im Folgenden „VVG-Kosten“) sowie die Gewinne aus allen Geschäften im normalen Handelsverkehr auf dem Inlandsmarkt addierte. Aus Gründen der Vertraulichkeit wurden den betroffenen ausführenden Herstellern im Rahmen der individuellen Unterrichtung detaillierte Informationen übermittelt.

(71) Wurde ein Warentyp der gleichartigen Ware nicht oder nicht in ausreichendem Maße im normalen Handelsverkehr verkauft oder wurde ein Warentyp auf dem Inlandsmarkt nicht in repräsentativen Mengen verkauft, so wurde der Normalwert für bestimmte Warentypen von der Kommission nach Artikel 2 Absätze 3 und 6 der Grundverordnung rechnerisch ermittelt.

(72) Der Normalwert für bestimmte Warentypen wurde rechnerisch ermittelt, indem zu den bei der gleichartigen Ware verzeichneten durchschnittlichen Herstellkosten der in die Stichprobe einbezogenen mitarbeitenden ausführenden Hersteller im Untersuchungszeitraum Folgendes hinzugerechnet wurde:

a) die gewogenen durchschnittlichen VVG-Kosten, die den mitarbeitenden in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Herstellern bei den Inlandsverkäufen der gleichartigen Ware im normalen Handelsverkehr im UZ entstanden und

b) der gewogene Durchschnitt des Gewinns, den die in die Stichprobe einbezogenen mitarbeitenden ausführenden Hersteller mit Inlandsverkäufen der gleichartigen Ware im normalen Handelsverkehr im Untersuchungszeitraum erzielt haben.

(73) Bei den Warentypen, die auf dem Inlandsmarkt nicht in repräsentativen Mengen verkauft wurden, wurden die durchschnittlichen VVG-Kosten und Gewinne der im normalen Handelsverkehr auf dem Inlandsmarkt getätigten Geschäfte mit diesen Warentypen hinzugerechnet. Für die nicht auf dem Inlandsmarkt verkauften Warentypen wurden die gewogenen durchschnittlichen VVG-Kosten und Gewinne aller im normalen Handelsverkehr auf dem Inlandsmarkt getätigten Geschäfte hinzugerechnet.

(74) Bei den Kontrollbesuchen vor Ort brachten die HFCL Group und die STL Group vor, dass die Herstellkosten für Kabel aus optischen Fasern nicht den Gewinn enthalten sollten, der zwischen verbundenen Parteien oder zwischen Geschäftsbereichen, die Halbzeuge herstellen (z. B. vorgeformtes Glas und/oder optische Fasern), die bei der Herstellung von Kabeln aus optischen Fasern verwendet werden, übertragen wurde. Aus finanziellen, buchhalterischen oder steuerlichen Gründen basiere der Verrechnungspreis zwischen zwei Geschäftsbereichen auf den Marktpreisen. Daher könnte der Verrechnungspreis je nach Marktpreis höher gewesen sein als die tatsächlichen Kosten für die Herstellung der Halbzeuge. Beide Parteien brachten vor, dass der Verrechnungspreis/-wert zwischen Geschäftsbereichen/verbundenen Parteien einen bestimmten Prozentsatz des Gewinns beinhalte. Die Kommission zog die von dem Unternehmen verbuchten und gemeldeten Herstellkosten, wie sie in seinem Buchhaltungssystem überprüft wurden, heran. Die Kommission war der Auffassung, dass diese verbuchten Kosten die Kosten für diese Halbzeuge korrekt widerspiegelten und es daher keine Grundlage für eine Berichtigung gab. Daher wurde das Vorbringen zurückgewiesen.

(75) Bei einem Unternehmen der Birla Group und einem Unternehmen der STL Group enthielten die VVG-Kosten auch Aufwendungen und Erträge, die nicht mit den Verkäufen von Kabeln aus optischen Fasern im Untersuchungszeitraum im Zusammenhang standen. Diese Aufwendungen und Finanzerträge wurden daher bei der Berechnung der VVG-Kosten, die bei der Ermittlung des Normalwerts zugrunde gelegt wurden, außer Acht gelassen. Aus Gründen der Vertraulichkeit erhielten diese ausführenden Hersteller im Rahmen der individuellen Unterrichtung ausführlichere Erläuterungen.

3.2. **Ausfuhrpreis**

(76) Die in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Hersteller wickelten ihre Ausfuhren in die Union entweder direkt mit unabhängigen Abnehmern oder über verbundene Unternehmen ab, die als Einführer fungierten.

(77) Bei direkten Verkäufen ausführender Hersteller an unabhängige Abnehmer in der Union wurde der Ausfuhrpreis nach Artikel 2 Absatz 8 der Grundverordnung anhand der für die betroffene Ware bei Ausfuhrverkäufen in die Union tatsächlich gezahlten oder zu zahlenden Preise ermittelt.

(78) Die STL Group behauptete, ihre verbundene Tochtergesellschaft in Frankreich sei nicht als verbundene Einführerin tätig, sondern spiele nur eine begrenzte Rolle in der Logistik (d. h., sie fungiere als Lager).

(79) Der Kontrollbesuch in Indien ergab jedoch, dass die Mitarbeiter der Tochtergesellschaft in Frankreich mit der Zollabfertigung, dem Verkauf von Kabeln aus optischen Fasern und der Erschließung des französischen Marktes befasst waren. Daher kam die Kommission zu dem Schluss, dass die verbundene Tochtergesellschaft als verbundene Einführerin fungierte, und berechnete den Ausfuhrpreis nach Artikel 2 Absatz 9 der Grundverordnung.

(80) Dementsprechend wurde der Ausfuhrpreis anhand des Preises ermittelt, zu dem die eingeführte Ware erstmals an unabhängige Abnehmer in der Union weiterverkauft wurde. In diesem Fall wurden am Preis Berichtigungen für alle zwischen der Einfuhr und dem Weiterverkauf entstandenen Kosten, einschließlich VVG-Kosten, und für Gewinne vorgenommen. Da kein unabhängiger Einführer an der Untersuchung mitarbeitete, stützte sich die Kommission auf den Gewinn, der in der China-Untersuchung für einen unabhängigen Einführer der gleichen Ware wie der von der vorliegenden Untersuchung betroffenen Ware ermittelt und als Gewinnspanne angegeben wurde (15 % bis 25 %) ([13]). Auf dieser Grundlage beschloss die Kommission, einen Gewinn von 20 % zugrunde zu legen.

(81) Darüber hinaus verkaufte die STL Group auch Kabel aus optischen Fasern an ein zweites verbundenes Unternehmen, allerdings war die Kommission im Rahmen der vorläufigen Sachaufklärung nicht in der Lage, die Verarbeitungskosten, die VVG-Kosten und eine angemessene Gewinnspanne zu ermitteln, auf deren Grundlage die Ausfuhrpreise für diese Geschäfte im Sinne des Artikels 2 Absatz 9 der Grundverordnung rechnerisch ermittelt werden sollten. Daher wurden diese Verkäufe bei der Ermittlung des Ausfuhrpreises im Rahmen der vorläufigen Sachaufklärung außer Acht gelassen. Die Kommission wird dieser Frage jedoch weiter nachgehen und diese Elemente im Rahmen der endgültigen Sachaufklärung ermitteln.

([13]) Erwägungsgründe 28 und 367 der Durchführungsverordnung (EU) 2021/2011.

3.3. **Vergleich**

(82) Die Kommission verglich den Normalwert und den Ausfuhrpreis der in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Hersteller auf der Stufe ab Werk.

(83) Nach Artikel 2 Absatz 10 der Grundverordnung muss die Kommission einen gerechten Vergleich zwischen dem Normalwert und dem Ausfuhrpreis auf derselben Handelsstufe sowie Berichtigungen für Unterschiede bei Faktoren vornehmen, die die Preise und ihre Vergleichbarkeit beeinflussen. Im vorliegenden Fall beschloss die Kommission, den Normalwert und den Ausfuhrpreis der in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Hersteller auf der Handelsstufe ab Werk zu vergleichen. Wie nachstehend näher erläutert, wurden der Normalwert und der Ausfuhrpreis gegebenenfalls angepasst, um i) sie wieder auf die Stufe ab Werk umzurechnen und ii) Berichtigungen für Unterschiede bei Faktoren vorzunehmen, die nachweislich die Preise und die Vergleichbarkeit der Preise beeinflussten.

3.3.1. *Berichtigungen des Normalwerts*

(84) Um den Normalwert wieder auf die Handelsstufe ab Werk umzurechnen, wurden Berichtigungen bei den Transport-, Lager-, Versicherungs-, Bereitstellungs-, Verlade- und Verpackungskosten vorgenommen.

(85) Bei folgenden Faktoren, die die Preise und die Vergleichbarkeit der Preise beeinflussten, erfolgten Berichtigungen: Provisionen, Kreditkosten und Bankgebühren.

3.3.2. *Berichtigungen des Ausfuhrpreises*

(86) Um den Ausfuhrpreis wieder auf die Handelsstufe ab Werk umzurechnen, wurden Berichtigungen bei den Transport-, Lager-, Versicherungs-, Bereitstellungs-, Verlade- und Verpackungskosten vorgenommen.

(87) Bei folgenden Faktoren, die die Preise und die Vergleichbarkeit der Preise beeinflussten, erfolgten Berichtigungen: Provisionen, Kreditkosten und Bankgebühren.

(88) Alle in die Stichprobe einbezogenen Unternehmen beantragten im Rahmen der Zollrückerstattung (Duty Drawback) sowie der Zoll- und Steuererstattung für ausgeführte Waren (Remission of Duties and Taxes on Exported Products) Berichtigungen des Ausfuhrpreises. Die Kommission stellte fest, dass nach Artikel 2 Absatz 10 Buchstabe b der Grundverordnung für solche Regelungen eine Berichtigung des Normalwerts und nicht des Ausfuhrpreises vorgenommen wird. Darüber hinaus erhielten die in die Stichprobe einbezogenen Ausführer im Rahmen dieser Regelungen Ausfuhrerstattungen in Höhe eines bestimmten Prozentsatzes des Werts der Ausfuhrrechnung oder eines bestimmten Betrags je ausgeführter Wareneinheit, und zwar unabhängig davon, ob und in welcher Höhe tatsächlich Zölle oder Steuern für die in den ausgeführten Kabeln aus optischen Fasern verwendeten Rohstoffe entrichtet wurden. Schließlich konnten die beantragten Berichtigungen nicht mit Einfuhrabgaben oder indirekten Steuern im Sinne des Artikels 2 Absatz 10 Buchstabe b der Grundverordnung in Verbindung gebracht werden, mit denen die gleichartige Ware oder die darin verarbeiteten Erzeugnisse belastet werden. Aus diesen Gründen wurde das Vorbringen zurückgewiesen.

3.4. **Dumpingspannen**

(89) Nach Artikel 2 Absätze 11 und 12 der Grundverordnung verglich die Kommission für die in die Stichprobe einbezogenen mitarbeitenden ausführenden Hersteller den gewogenen durchschnittlichen Normalwert eines jeden Typs der gleichartigen Ware mit dem gewogenen durchschnittlichen Ausfuhrpreis des entsprechenden Typs der betroffenen Ware.

(90) Die auf dieser Grundlage ermittelten vorläufigen gewogenen durchschnittlichen Dumpingspannen, ausgedrückt als Prozentsatz des Preises, der sämtliche Kosten (Cost), Versicherungen (Insurance) und Fracht (Freight) einschließt (im Folgenden „CIF-Preis“), frei Grenze der Union, unverzollt, betragen:

Unternehmen	Vorläufige Dumpingspanne
MP Birla Group	6,9 %
Sterlite Technologies Limited	11,4 %
HFCL Limited	0 %

(91) Bei den nicht in die Stichprobe einbezogenen mitarbeitenden ausführenden Herstellern ermittelte die Kommission die gewogene durchschnittliche Dumpingspanne nach Artikel 9 Absatz 6 der Grundverordnung. Diese Spanne wurde folglich auf der Grundlage der Spannen für die in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Hersteller berechnet, wobei die Ausfuhren, bei denen kein Dumping festgestellt wurde, unberücksichtigt blieben.

(92) Vor diesem Hintergrund beträgt die vorläufige Dumpingspanne der nicht in die Stichprobe einbezogenen mitarbeitenden ausführenden Hersteller 9,0 %.

(93) Für alle anderen ausführenden Hersteller in Indien ermittelte die Kommission die Dumpingspanne nach Artikel 18 der Grundverordnung auf der Grundlage der verfügbaren Informationen. Zu diesem Zweck ermittelte die Kommission den Grad der Mitarbeit der ausführenden Hersteller.

(94) Der Grad der Mitarbeit war in diesem Fall als hoch einzustufen, da die Ausfuhren der mitarbeitenden ausführenden Hersteller die Gesamtheit der Einfuhren im Untersuchungszeitraum abdeckten. Auf dieser Grundlage beschloss die Kommission, die Dumpingspanne für die nicht mitarbeitenden ausführenden Hersteller in Höhe der höchsten Dumpingspanne des in die Stichprobe einbezogenen Unternehmens festzusetzen.

(95) Die vorläufigen Dumpingspannen, ausgedrückt als Prozentsatz des CIF-Preises frei Grenze der Union, unverzollt, betragen:

Unternehmen	Vorläufige Dumpingspanne
MP Birla Group	6,9 %
Sterlite Technologies Limited Group	11,4 %
HFCL Group	0 %
Andere mitarbeitende Unternehmen	9,0 %
Alle übrigen Unternehmen	11,4 %

4. SCHÄDIGUNG

4.1. **Maßeinheit**

(96) Obwohl offizielle Einfuhrstatistiken in Kilogramm angegeben werden, vertrat die Kommission die Auffassung, dass diese Maßeinheit für eine ordnungsgemäße Messung der betroffenen Mengen nicht geeignet ist. Die Untersuchung ergab, dass der Wirtschaftszweig üblicherweise nicht Gewicht, sondern Länge als wichtigsten Volumenindikator verwendet. Dabei kann entweder die Länge des Kabels (Kabelkilometer) oder die Gesamtlänge der darin enthaltenen Fasern (Faserkilometer) gemessen werden. Bei der Untersuchung der Einfuhren von Kabeln aus optischen Fasern mit Ursprung in China ([14]) betrachtete die Kommission Kabelkilometer als die geeignetste Maßeinheit. Im vorliegenden Fall wurde derselbe Ansatz verfolgt.

4.2. **Definition des Wirtschaftszweigs der Union und der Unionsproduktion**

(97) Die gleichartige Ware wurde im Untersuchungszeitraum von 14 Herstellern bzw. Gruppen von Herstellern in der Union hergestellt. Sie bilden den „Wirtschaftszweig der Union“ im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 der Grundverordnung.

(98) Die Gesamtproduktion der Union im Untersuchungszeitraum betrug etwa 1,7 Mio. Kabelkilometer. Die Kommission ermittelte diese Zahl auf der Grundlage aller verfügbaren Informationen über den Wirtschaftszweig der Union darunter direkte Informationen von den drei in die Stichprobe einbezogenen Unionsherstellern und den fünf anderen Unionsherstellern, die den Antrag unterstützten, sowie Marktinformationen bezüglich der restlichen Hersteller. Wie in Erwägungsgrund 41 dargelegt, entfielen auf die drei in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller mehr als 50 % der geschätzten Gesamtproduktionsmenge der gleichartigen Ware.

([14]) Siehe Erwägungsgrund (402) der Durchführungsverordnung (EU) 2021/2011.

4.3. **Eigenverbrauch**

(99) Um festzustellen, ob der Wirtschaftszweig der Union infolge des Dumpings eine Schädigung erlitten hat, und um den Verbrauch und die verschiedenen Wirtschaftsindikatoren für die Lage des Wirtschaftszweigs der Union zu ermitteln, untersuchte die Kommission, ob und inwieweit die nachfolgende Verwendung der vom Wirtschaftszweig der Union hergestellten gleichartigen Ware (Eigenverbrauch) bei der Analyse berücksichtigt werden musste.

(100) Die Kommission stellte fest, dass im Bezugszeitraum zwischen 9 % und 13 % der Produktion der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller für den Eigenverbrauch bestimmt waren. In diesem Fall wurden die Kabel innerhalb von Abteilungen desselben Unternehmens oder an Konzerne zur weiteren nachgelagerten Verarbeitung geliefert, insbesondere zur Herstellung von Kabeln mit Anschlussstücken.

(101) Die Unterscheidung zwischen Eigenverbrauchsmarkt und freiem Markt ist für die Schadensanalyse relevant, weil die für den Eigenverbrauch bestimmten Waren nicht unmittelbar mit den Einfuhren konkurrieren. Die für den freien Markt bestimmten Waren stehen dagegen in unmittelbaren Wettbewerb mit Einfuhren der betroffenen Ware.

(102) Um ein möglichst vollständiges Bild des Wirtschaftszweigs der Union zu erhalten, beschaffte sich die Kommission Daten für die gesamte Geschäftstätigkeit im Zusammenhang mit optischen Fasern und untersuchte, ob die Produktion für den Eigenverbrauch oder für den freien Markt bestimmt war.

(103) Die Kommission untersuchte bestimmte Wirtschaftsindikatoren für den Wirtschaftszweig der Union anhand von Daten für den freien Markt. Diese Indikatoren sind: Verkaufsmenge und Verkaufspreise auf dem Unionsmarkt, Marktanteil, Wachstum, Ausfuhrmengen und -preise, Rentabilität, Kapitalrendite und Cashflow. Sofern möglich und gerechtfertigt, wurden die Feststellungen der Untersuchung mit den Daten zum Eigenverbrauchsmarkt verglichen, um zu einem lückenlosen Bild der Lage des Wirtschaftszweigs der Union zu gelangen.

(104) Eine sinnvolle Untersuchung der übrigen Wirtschaftsindikatoren konnte aber nur bei Betrachtung der gesamten Wirtschaftstätigkeit unter Einbeziehung des Eigenverbrauchs des Wirtschaftszweigs der Union erfolgen. ([15]) Bei diesen Wirtschaftsindikatoren handelt es sich um: Produktion, Produktionskapazität und Kapazitätsauslastung, Investitionen, Lagerbestände, Beschäftigung, Produktivität, Löhne, und Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten. Sie hängen von der gesamten Wirtschaftstätigkeit ab, unabhängig davon, ob die Produktion für den Eigenverbrauch oder zum Verkauf auf dem freien Markt bestimmt ist.

4.4. **Unionsverbrauch**

(105) Die Kommission ermittelte den Unionsverbrauch anhand der vom Antragsteller bestimmten Verkäufe des Wirtschaftszweigs der Union auf dem Unionsmarkt sowie der im Einklang mit der in Abschnitt 4.6.1 beschriebenen Methode gewonnenen Daten zu den Einfuhren aus Indien.

(106) Die Einfuhren aus anderen Drittländern wurden auf der Grundlage von Eurostat-Daten ermittelt. Da Eurostat die Einfuhren der betroffenen Ware in Kilogramm ermittelt, wurden die Einfuhren gemäß Erwägungsgrund 96 in Kabelkilometer umgerechnet, wobei derselbe Umrechnungsfaktor wie für die indischen ausführenden Hersteller verwendet wurde.

(107) Der Unionsverbrauch entwickelte sich wie folgt:

Tabelle 2

Unionsverbrauch (in Kabelkilometern)

	2020	2021	2022	Untersuchungszeitraum
Unionsverbrauch insgesamt (freier Markt und Eigenverbrauchsmarkt)	2 388 549	2 744 968	2 578 597	2 480 978
Index	*100*	*116*	*108*	*104*

([15]) Die Grundlage dieser Indikatoren bildeten unmittelbare Daten, die der Antragsteller zu den acht antragstellenden oder den Antrag unterstützenden Unionsherstellern erfasste, auf die im Untersuchungszeitraum mehr als 50 % der Unionsproduktion entfielen; dazu kam eine auf Marktforschung und Marktinformationen basierende Schätzung für die verbleibenden Unionshersteller.

Eigenverbrauchs-markt	139 500	141 971	212 803	205 264
Index	*100*	*88*	*145*	*145*
Freier Markt	2 249 049	2 602 997	2 365 795	2 275 714
Index	*100*	*116*	*105*	*101*

Quelle: Mitarbeitende ausführende Hersteller, Eurostat, Antragsteller.

(108) Der Unionsverbrauch insgesamt (freier Markt und Eigenverbrauchsmarkt) stieg zwischen 2020 und 2021 um 16 % (von etwa 2,4 Mio. Kabelkilometer im Jahr 2020 auf rund 2,7 Mio. Kabelkilometer im Jahr 2021). Zwischen 2022 und dem Untersuchungszeitraum ging er um rund 4 %, d. h. auf etwa 2,5 Mio. Kabelkilometer, zurück. Der Anstieg des Verbrauchs im Jahr 2021 lässt sich durch einen Aufholeffekt nach den Störungen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie erklären.

(109) Der Eigenverbrauchsmarkt besteht aus der Verwendung von Kabeln aus optischen Fasern in Verbindungslösungen, die von den Unternehmen angeboten werden, wobei dies auch Kabel mit Anschlussstücken einschließt. Die Mengen entsprachen 9 % des gesamten Unionsverbrauchs im Untersuchungszeitraum. Die Eigenverbrauchsverkäufe stiegen im Bezugszeitraum um 45 %.

(110) Der Verbrauch auf dem freien Markt entwickelte sich im Einklang mit dem Unionsverbrauch insgesamt. Im 2021 stieg er um 15 %, gefolgt von einem Rückgang um 9,5 % im Jahr 2022; im Untersuchungszeitraum war dann wieder ein Anstieg um 5,7 % zu verzeichnen. Zwischen 2020 und dem Untersuchungszeitraum war eine Steigerung von 1 % zu verzeichnen.

4.5. **Einfuhren aus dem betroffenen Land**

4.5.1. *Menge und Marktanteil der Einfuhren aus dem betroffenen Land*

(111) Die Kommission ermittelte die Menge der Einfuhren aus Indien auf der Grundlage der überprüften Fragebogenantworten der in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Hersteller sowie der von den nicht in die Stichprobe einbezogenen mitarbeitenden ausführenden Herstellern übermittelten Informationen. Als Maßeinheit wurden Kabelkilometer verwendet (siehe Erwägungsgrund 96). Auf dieser Grundlage belief sich die Menge der Einfuhren aus Indien im Untersuchungszeitraum auf 113 % der von Eurostat für denselben Zeitraum gemeldeten Gesamteinfuhren aus Indien.

(112) Europacable forderte die Kommission auf, bei der Ermittlung der Mengen der Einfuhren aus Indien auch die unter dem Warencode 9001 10 angemeldeten Einfuhren zu berücksichtigen, da die indischen ausführenden Hersteller die Einfuhren von Kabeln aus optischen Fasern fälschlicherweise unter diesem Code anmelden würden. Ein Indiz für eine solche Falschanmeldung könnte sein, dass die von den indischen ausführenden Herstellern angemeldeten Einfuhrmengen die unter dem KN-Code 8544 70 00 und den TARIC-Codes 8544 70 00 10 und 8544 70 00 91 erfassten Mengen überstiegen. Angesichts der guten Mitarbeit der ausführenden Hersteller in Indien konnten die Mengen der Einfuhren aus Indien, unabhängig von den KN-Codes, unter denen sie angemeldet wurden, allerdings mit hoher Genauigkeit ermittelt werden. Dieses Vorbringen wurde daher zurückgewiesen.

(113) Der Marktanteil der Gesamteinfuhren aus Indien wurde auf der Grundlage der Einfuhrmenge im Vergleich zur Gesamtverbrauchsmenge auf dem freien Markt nach Tabelle 2 ermittelt.

(114) Wie in Erwägungsgrund 90 dargelegt, hat die Untersuchung für zwei der in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Hersteller ein erhebliches Dumping ergeben. Daher unterschied die Kommission bei der weiteren Analyse zwischen gedumpten und nicht gedumpten Einfuhren aus Indien. Somit wird im Folgenden auf die Auswirkungen der gedumpten Einfuhren auf die Lage des Wirtschaftszweigs der Union eingegangen, während die Auswirkungen der nicht gedumpten Einfuhren unter dem Aspekt der Schadensursache in den Erwägungsgründen 182 und 183 untersucht werden. Die nicht gedumpten Einfuhren werden entsprechend in der nachstehenden Tabelle 12 aufgeführt und erörtert.

(115) Die Menge der nicht gedumpten Einfuhren der HFCL Group belief sich im Untersuchungszeitraum auf [25–35 %] der Gesamteinfuhren aus Indien. Um zu ermitteln, ob die Feststellungen für dieses Unternehmen auf alle nicht in die Stichprobe einbezogenen Einfuhren ausgeweitet werden konnten, verglich die Kommission die Preise der HFCL Group mit den Preisen der nicht in die Stichprobe einbezogenen mitarbeitenden ausführenden Hersteller. Den Angaben in den Stichprobenformularen und in der Antwort auf den Fragebogen zufolge war der durchschnittliche Ausfuhrpreis von HFCL [5-15 %] höher als der durchschnittliche Ausfuhrpreis der fünf nicht in die Stichprobe einbezogenen indischen Ausführer, die ausgefüllte Stichprobenformulare übermittelt hatten. Die gesamte Ausfuhrmenge dieser Unternehmen machte 15 % aller Einfuhren aus Indien in die Union aus. Daher vertrat die Kommission die Auffassung, dass die Feststellungen, wonach in Bezug auf die HFCL Group kein Dumping vorlag, nicht auf die nicht in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Hersteller übertragen werden konnten.

(116) Die gedumpten Einfuhren aus dem betroffenen Land in die Union entwickelten sich wie folgt:

Tabelle 3

Menge der gedumpten Einfuhren und Marktanteil

	2020	2021	2022	Untersuchungszeitraum
Menge der gedumpten Einfuhren aus dem betroffenen Land (in Kabelkilometern)	[48 300-58 500]	[76 300-92 400]	[136 700-165 500]	[136 700-165 400]
Index	*100*	*158*	*283*	*283*
Marktanteil	[2-3]	[2-4]	[5-7]	[6-8]
Index	*100*	*136*	*269*	*279*

Quelle: In die Stichprobe einbezogene und nicht in die Stichprobe einbezogene mitarbeitende ausführende Hersteller, Eurostat.

(117) Die gedumpten Einfuhren aus Indien verzeichneten im Bezugszeitraum einen starken Anstieg von [48 300-58 500] Kabelkilometern im Jahr 2020 auf [136 700-165 400] Kabelkilometer im Untersuchungszeitraum. Dieser Anstieg um 183 % übersteigt bei Weitem die Entwicklung des Verbrauchs und zeigt das Ausmaß der Marktdurchdringung durch die Einfuhren aus Indien.

(118) In der Folge stieg der Marktanteil der gedumpten Einfuhren im Bezugszeitraum von [2-3] % auf [6-8] %, was einem starken Anstieg um 181 % entspricht. Es sei darauf hingewiesen, dass die gedumpten Einfuhren aus Indien vor allem im Zeitraum 2020-2022 zunahmen.

4.5.2. *Preise der gedumpten Einfuhren aus dem betroffenen Land, Preisunterbietung und Verhinderung einer Preiserhöhung*

(119) Die Kommission ermittelte die Preise der gedumpten Einfuhren auf der Grundlage der überprüften Fragebogenantworten der in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Hersteller sowie der von den nicht in die Stichprobe einbezogenen mitarbeitenden ausführenden Herstellern übermittelten Informationen. Die Preisunterbietung durch die Einfuhren wurde anhand der CIF-Preise der in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Hersteller sowie der überprüften Fragebogenantworten der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller ermittelt.

(120) Der gewogene Durchschnittspreis der gedumpten Einfuhren aus dem betroffenen Land in die Union entwickelte sich wie folgt:

Tabelle 4

Einfuhrpreise (in EUR/Kabelkilometer)

	2020	2021	2022	Untersuchungszeitraum
Indien	1 015	593	574	548
Index	*100*	*58*	*57*	*54*

Quelle: In die Stichprobe einbezogene und nicht in die Stichprobe einbezogene mitarbeitende ausführende Hersteller.

(121) Die Preise der gedumpten Einfuhren aus Indien sanken im Bezugszeitraum von 1 015 EUR/Kabelkilometer auf 548 EUR/Kabelkilometer, was einem Rückgang um 46 % entspricht. Mit Ausnahme von 2020; die indischen Preise lagen im Bezugszeitraum durchgängig unter dem Preis des Wirtschaftszweigs der Union (siehe Tabelle 8).

(122) Vor diesem Hintergrund berechnete die Kommission die Preisunterbietung während des Untersuchungszeitraum, indem sie Folgendes verglich:

1. die gewogenen durchschnittlichen Verkaufspreise je Warentyp der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller, die unabhängigen Abnehmern auf dem Unionsmarkt berechnet wurden, und zwar berichtigt auf die Stufe ab Werk, und

2. die entsprechenden gewogenen Durchschnittspreise je Warentyp der von den in die Stichprobe einbezogenen mitarbeitenden indischen Herstellern getätigten Einfuhren, die dem ersten unabhängigen Abnehmer auf dem Unionsmarkt berechnet wurden, auf der Grundlage des CIF-Preises, mit angemessenen Berichtigungen um die nach der Einfuhr angefallenen Kosten.

(123) Bei der Berichtigung des Ausfuhrpreises gemäß Artikel 2 Absatz 9 der Grundverordnung für die Dumpingberechnung wurde der Ausfuhrpreis („rechnerisch ermittelter CIF-Preis“) für die Berechnung der Preisunterbietung und der Schadensspanne auf der Grundlage des Rechnungswerts für den ersten unabhängigen Abnehmer berechnet, von dem einfuhrbedingte Berichtigungen an dem Ort, für den der CIF-Preis maßgeblich ist, sowie die VVG-Kosten und Gewinne des verbundenen Einführers abgezogen wurden, wobei Artikel 2 Absatz 9 der Grundverordnung entsprechend angewendet wurde, wie nach der Rechtsprechung ([16]) zulässig.

(124) Der Preisvergleich wurde nach Warentyp getrennt für Geschäftsvorgänge auf derselben Handelsstufe nach gegebenenfalls erforderlichen Berichtigungen und unter Abzug von Rabatten und Preisnachlässen vorgenommen. Das Ergebnis des Vergleichs wurde ausgedrückt als Prozentsatz des von den in die Stichprobe einbezogenen Unionsherstellern im Untersuchungszeitraum theoretisch erzielten Umsatzes. Für die beiden in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Hersteller, bei denen Dumping festgestellt wurde, ergab sich eine Preisunterbietungsspanne von 37 % bzw. 46 %.

(125) Unabhängig von den Feststellungen zur Preisunterbietung stellte die Kommission fest, dass die gedumpten Einfuhren einen erheblichen Druck auf die Unionspreise ausübten, die im Bezugszeitraum sanken, während die Herstellkosten kontinuierlich stiegen. Der Wirtschaftszweig der Union konnte seine Preise nicht auf das für angemessene Gewinne erforderliche Niveau anheben, wie die im Untersuchungszeitraum festgestellte Zielpreisunterbietung zeigt.

4.6. **Wirtschaftliche Lage des Wirtschaftszweigs der Union**

4.6.1. *Allgemeine Bemerkungen*

(126) Nach Artikel 3 Absatz 5 der Grundverordnung umfasste die Prüfung der Auswirkungen der gedumpten Einfuhren auf den Wirtschaftszweig der Union eine Bewertung aller Wirtschaftsindikatoren, die für die Lage des Wirtschaftszweigs der Union im Bezugszeitraum relevant waren.

([16]) Urteil des Gerichts vom 14. September 2022, Nevinnomyssky „Azot“ und NAK „Azot“/Kommission, T-865/19, ECLI:EU:T:2022:559, Rn. 238 und 239, bestätigt im Urteil des Gerichtshofs vom 7. März 2024, Nevinnomysskiy Azot und NAK „Azot“/Kommission, C-725/22 P, ECLI:EU:C:2024:217.

(127) Bei der Ermittlung der Schädigung unterschied die Kommission zwischen makroökonomischen und mikroökonomischen Schadensindikatoren. Die makroökonomischen Indikatoren bewertete die Kommission auf der Grundlage der Daten in der vom Antragsteller übermittelten Antwort auf den Fragebogen, welche Daten enthielt, die sich auf alle Unionshersteller beziehen. Die mikroökonomischen Indikatoren bewertete die Kommission anhand der Daten in den Antworten der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller auf den Fragebogen. Die Daten waren auf die in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller bezogen. Beide Datensätze wurden als repräsentativ für die wirtschaftliche Lage des Wirtschaftszweigs der Union angesehen.

(128) Bei den makroökonomischen Indikatoren handelt es sich um Produktion, Produktionskapazität, Kapazitätsauslastung, Verkaufsmenge, Marktanteil, Wachstum, Beschäftigung, Produktivität, Höhe der Dumpingspanne und Erholung von früherem Dumping.

(129) Bei den mikroökonomischen Indikatoren handelt es sich um durchschnittliche Stückpreise, Stückkosten, Arbeitskosten, Lagerbestände, Rentabilität, Cashflow, Investitionen, Kapitalrendite und Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten.

4.6.2. *Makroökonomische Indikatoren*

4.6.2.1. Produktion, Produktionskapazität und Kapazitätsauslastung

(130) Die Gesamtproduktion der Union, die Produktionskapazität und die Kapazitätsauslastung entwickelten sich im Bezugszeitraum wie folgt:

Tabelle 5

Produktion, Produktionskapazität und Kapazitätsauslastung

	2020	2021	2022	Untersuchungszeitraum
Produktionsmenge (in Kabelkilometern)	1 441 476	1 694 627	1 755 090	1 730 822
Index	*100*	*118*	*122*	*120*
Produktionskapazität (in Kabelkilometern)	2 475 938	2 605 845	2 678 345	2 796 286
Index	*100*	*105*	*108*	*113*
Kapazitätsauslastung (in %)	58	65	66	62
Index	*100*	*112*	*113*	*106*

Quelle: Überprüfte Antworten auf den Fragebogen zu den Makroindikatoren.

(131) Im Bezugszeitraum stieg die Produktionsmenge des Wirtschaftszweigs der Union von rund 1,4 Mio. Kabelkilometern auf rund 1,7 Mio. Kabelkilometer, d. h. insgesamt um 20 %. Eine genauere Analyse ergab, dass der Anstieg der Produktionsmenge vor allem zwischen 2020 und 2021 erfolgte (Zunahme um 18 %); im Jahr 2022 stieg die Produktionsmenge leicht (um 4 %) und im Untersuchungszeitraum war wieder ein Rückgang um 1 % zu verzeichnen.

(132) Im Bezugszeitraum erhöhte sich die Produktionskapazität um 13 %, was auf die Investitionen gewisser Unionshersteller zurückzuführen ist. Trotz des Anstiegs blieb das Investitionsniveau insgesamt sehr niedrig und lag auf dem zur Aufrechterhaltung der Marktpräsenz des Wirtschaftszweigs der Union erforderlichen Mindestniveau.

(133) Die Kapazitätsauslastung stieg im Zeitraum 2020-2022 um 13 %, gefolgt von einem Rückgang um 4 Prozentpunkte im Untersuchungszeitraum, der auf den Produktionsrückgang im selben Zeitraum zurückzuführen ist.

4.6.2.2. Verkaufsmenge und Marktanteil

(134) Verkaufsmenge und Marktanteil des Wirtschaftszweigs der Union entwickelten sich im Bezugszeitraum wie folgt:

Tabelle 6

Verkaufsmenge und Marktanteil

	2020	2021	2022	Untersuchungszeitraum
Gesamtverkaufsmenge auf dem Unionsmarkt — freier Markt und Eigenverbrauchsmarkt (in Kabelkilometern)	1 023 831	1 185 920	1 212 812	1 244 041
Index	*100*	*116*	*118*	*122*
Verkäufe auf dem Eigenverbrauchsmarkt (in Kabelkilometern)	139 500	141 971	212 803	205 264
Index	*100*	*102*	*153*	*147*
Marktanteil der Verkäufe auf dem Eigenverbrauchsmarkt in % des freien Marktes	6,4	5,6	9,3	9,3
Index	*100*	*88*	*146*	*146*
Verkäufe auf dem freien Markt (in Kabelkilometern)	884 331	1 043 949	1 000 009	1 038 777
Index	*100*	*118*	*113*	*117*
Marktanteil der Verkäufe auf dem freien Markt (in %)	40,4	41,3	43,7	47,2
Index	*100*	*102*	*108*	*117*

Quelle: Überprüfte Antworten auf den Fragebogen zu den Makroindikatoren.

(135) Im Bezugszeitraum stieg die Gesamtverkaufsmenge des Wirtschaftszweigs der Union auf dem freien Markt und dem Eigenverbrauchsmarkt von rund 1 Mio. Kabelkilometern im Jahr 2020 auf über 1,2 Mio. Kabelkilometer im Untersuchungszeitraum, d. h. um 22 %.

(136) Die Verkaufsmenge des Wirtschaftszweigs der Union auf dem freien Markt stieg von rund 880 000 Kabelkilometern im Jahr 2020 auf rund 1 040 000 Kabelkilometer im Untersuchungszeitraum, d. h. um 17 % im Bezugszeitraum. Dies führte zu einem Anstieg des Marktanteils von 40,4 % im Jahr 2020 auf 47,2 % im Untersuchungszeitraum.

(137) Der Anstieg des Marktanteils des Wirtschaftszweigs der Union im Bezugszeitraum ist auf zwei Hauptfaktoren zurückzuführen, nämlich i) die Verhinderung einer Preiserhöhung bei den Unionsherstellern (siehe Abschnitt 5.1) und ii) die Einführung von Antidumpingmaßnahmen gegenüber Einfuhren von Kabeln aus optischen Fasern aus der VR China im November 2021. In einer Zeit nahezu konstanten Verbrauchs konnte der Marktanteil der Unionshersteller fast ausschließlich gegenüber den gedumpten Einfuhren aus der VR China zurückgewonnen werden. Wie in Abschnitt 4.6.2.3 erläutert, konnte der Wirtschaftszweig der Union nicht in vollem Umfang von der Abhilfewirkung der Antidumpingzölle gegenüber China profitieren, da ein erheblicher Teil der chinesischen Verkäufe durch die gedumpten Einfuhren aus Indien übernommen wurde.

(138) Der Eigenverbrauchsmarkt des Wirtschaftszweigs der Union (ausgedrückt als Prozentsatz des Verbrauchs auf dem freien Markt) wies im Bezugszeitraum eine positive Entwicklung auf (Anstieg von 6,2 % im Jahr 2020 auf 9,0 % im Untersuchungszeitraum). Der Eigenverbrauchsmarkt umfasst Kabel aus optischen Fasern, die für Anschlusszwecke verwendet werden (Anschlusskabel, Verkabelungen in Gebäuden und Kabel für Rechenzentren). Die Nachfrage auf dem Markt für Verbindungselemente steigt — und damit auch der Eigenverbrauch von Kabeln aus optischen Fasern. In Anbetracht der höheren Preise dieser Waren und der verfügbaren Kapazitätsreserven entschied sich der Wirtschaftszweig der Union für die Beibehaltung des Eigenverbrauchsgeschäfts, da dieses eine Differenzierung der Waren, eine höhere Kapazitätsauslastung sowie niedrigere Stückkosten ermöglicht und positive Auswirkungen auf die Gesamtrentabilität des Wirtschaftszweigs der Union hatte. Daher hatte es keine negativen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Gesamtlage des Wirtschaftszweigs der Union.

4.6.2.3. Wachstum

(139) Trotz der geltenden Antidumpingmaßnahmen gegenüber den Einfuhren von Kabeln aus optischen Fasern mit Ursprung in China konnte der Wirtschaftszweig der Union keinen bedeutenden Marktanteil zurückgewinnen. Auch wenn der chinesische Marktanteil erheblich sank (von 37,5 % auf 22,6 %), wurde der bedeutende Marktanteil durch die gedumpten und nicht gedumpten Einfuhren aus Indien übernommen, die erheblich anstiegen (von 2,3 % auf 6,3 %). Daher konnte der Wirtschaftszweig der Union nicht in vollem Umfang von der Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen mit den Einfuhren aus der VR China profitieren und wurde entsprechend an einer Steigerung seiner Produktions- und Verkaufsmengen gehindert.

4.6.2.4. Beschäftigung und Produktivität

(140) Beschäftigung und Produktivität entwickelten sich im Bezugszeitraum wie folgt:

Tabelle 7

Beschäftigung und Produktivität

	2020	2021	2022	Untersuchungszeitraum
Zahl der Beschäftigten (in Vollzeitäquivalenten)	4 559	4 970	5 136	5 141
Index	*100*	*109*	*113*	*113*
Produktivität (in Kabelkilometern/Vollzeitäquivalenten)	316	341	342	337
Index	*100*	*108*	*108*	*106*

Quelle: Überprüfte Antworten auf den Fragebogen zu den Makroindikatoren.

(141) Die Beschäftigung im Wirtschaftszweig der Union nahm in Vollzeitäquivalenten (VZÄ) ausgedrückt von 2020 bis zum Untersuchungszeitraum um 13 % zu. Diese Entwicklung folgt weitgehend der Entwicklung der Produktionsmenge in Tabelle 5.

(142) Da sich die Zahlen für Produktion und Beschäftigung stark entsprechen, blieb die Produktivität in Kabelkilometern pro Beschäftigten weitgehend konstant.

4.6.2.5. Höhe der Dumpingspanne und Erholung von früherem Dumping

(143) Die Dumpingspannen der gedumpten Einfuhren aus Indien, auf die [6-8] % des Marktanteils entfielen, lagen deutlich über der Geringfügigkeitsschwelle. Die Auswirkungen der Höhe der tatsächlichen Dumpingspannen auf den Wirtschaftszweig der Union waren angesichts der Menge und der Preise der Einfuhren aus dem betroffenen Land erheblich.

(144) Kabel aus optischen Fasern waren bereits Gegenstand einer Antidumpinguntersuchung. Im November 2021 wurden endgültige Antidumpingmaßnahmen gegenüber Einfuhren aus der VR China eingeführt; diese wurden im August 2023 im Anschluss an eine Absorptionsuntersuchung geändert ([17]). In der ersten Hälfte des Bezugszeitraums wurde die Lage des Wirtschaftszweigs der Union, einschließlich seines Rentabilitätsniveaus, weiterhin durch die gedumpten Einfuhren aus der VR China beeinträchtigt (siehe Abschnitt 5). Aufgrund der Absorption der ursprünglichen Antidumpingzölle durch die chinesischen Einführer sowie des erheblichen Anstiegs der gedumpten Einfuhren aus Indien konnte der Wirtschaftszweig der Union nicht in vollem Umfang von der Abhilfewirkung der Zölle auf die Einfuhren aus der VR China profitieren (siehe Erwägungsgrund 173).

4.6.3. *Mikroökonomische Indikatoren*

4.6.3.1. Preise und preisbeeinflussende Faktoren

(145) Die gewogenen durchschnittlichen Verkaufsstückpreise, die die in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller unabhängigen Abnehmern in der Union in Rechnung stellten, entwickelten sich im Bezugszeitraum wie folgt:

([17]) Durchführungsverordnung (EU) 2023/1617.

Tabelle 8

Verkaufspreise in der Union

	2020	2021	2022	Untersuchungszeitraum
Durchschnittlicher Verkaufsstückpreis in der Union auf dem Gesamtmarkt (in EUR/Kabelkilometer)	692	655	667	671
Index	*100*	*95*	*96*	*97*
Durchschnittliche Herstellstückkosten (in EUR/Kabelkilometer)	608	578	648	662
Index	*100*	*95*	*107*	*109*

Quelle: In die Stichprobe einbezogene Unionshersteller.

(146) Die Verkaufspreise auf dem Unionsmarkt an unabhängige Parteien (freier Markt) gingen zwischen 2020 und 2021 um 5 % zurück und stiegen in den Folgejahren leicht an, jedoch ohne wieder das Niveau von 2020 zu erreichen.

(147) Zwar sanken die Herstellstückkosten im Zeitraum 2020-2021 im Einklang mit den Durchschnittspreisen auf dem freien Unionsmarkt um 5 %, jedoch stiegen sie von 2021 bis zum Untersuchungszeitraum um 14,5 % an (bei den Verkaufspreisen war dagegen lediglich ein Anstieg von 2,4 % zu verzeichnen). Der Kostenanstieg zwischen 2021 und dem Untersuchungszeitraum war in erster Linie auf den Anstieg der Rohstoffpreise und der Personalkosten entsprechend der Inflationsentwicklung zurückzuführen.

4.6.3.2. Arbeitskosten

(148) Die durchschnittlichen Arbeitskosten der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller entwickelten sich im Bezugszeitraum wie folgt:

Tabelle 9

Durchschnittliche Arbeitskosten je Beschäftigtem

	2020	2021	2022	Untersuchungszeitraum
Durchschnittliche Arbeitskosten je Beschäftigen (in EUR)	30 314	30 797	32 569	35 384
Index	*100*	*102*	*107*	*117*

Quelle: In die Stichprobe einbezogene Unionshersteller.

(149) Die durchschnittlichen Arbeitskosten je Beschäftigten nahmen im Bezugszeitraum stetig zu. Darin spiegeln sich die zusätzlichen Personalkosten wider, einschließlich Inflationsanpassungen.

4.6.3.3. Lagerbestände

(150) Die Lagerbestände der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller entwickelten sich im Bezugszeitraum wie folgt:

Tabelle 10

Lagerbestände

	2020	2021	2022	Untersuchungszeitraum
Schlussbestände (in Kabelkilometern)	51 590	55 261	44 930	62 559
Index	*100*	*107*	*87*	*121*
Schlussbestände als Prozentsatz der Produktion (in %)	3,6	3,3	2,6	3,6
Index	*100*	*91*	*72*	*101*

Quelle: In die Stichprobe einbezogene Unionshersteller.

(151) Die Lagerbestände der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller schwankten, stiegen aber im Bezugszeitraum insgesamt um 21 %. Da der Großteil der Produktion auf Bestellungen und Kundenspezifikationen beruht, stellen die Lagerbestände keinen aussagekräftigen Schadensindikator dar.

4.6.3.4. Rentabilität, Cashflow, Investitionen, Kapitalrendite und Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten

(152) Rentabilität, Cashflow, Investitionen und Kapitalrendite der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller entwickelten sich im Bezugszeitraum wie folgt:

Tabelle 11

Rentabilität, Cashflow, Investitionen und Kapitalrendite

	2020	2021	2022	Untersuchungszeitraum
Umsatzrentabilität bei den Verkäufen an unabhängige Abnehmer in der Union (in % des Umsatzes)	12,7	10,7	3,9	3,4
Index	*100*	*84*	*31*	*27*
Cashflow (in EUR)	74 368 597	65 137 408	36 942 692	38 047 732
Index	*100*	*88*	*50*	*51*
Investitionen (in EUR)	11 062 374	5 557 882	9 359 958	15 934 927
Index	*100*	*50*	*85*	*144*
Kapitalrendite (in %)	31	30	13	18
Index	*100*	*96*	*41*	*57*

Quelle: In die Stichprobe einbezogene Unionshersteller.

(153) Die Kommission ermittelte die Rentabilität der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller als Nettogewinn vor Steuern aus den Verkäufen der gleichartigen Ware an unabhängige Abnehmer in der Union in Prozent des mit diesen Verkäufen erzielten Umsatzes.

(154) Die Rentabilität ging im gesamten Bezugszeitraum kontinuierlich zurück und sank von 12,7 % im Jahr 2020 auf 3,4 % im Untersuchungszeitraum. Der stärkste Rentabilitätsrückgang war 2022 zu verzeichnen, als gleichzeitig der Marktanteil der gedumpten Einfuhren aus Indien erheblich, d. h. von [2-3] % auf [6-8] %, anstieg. Im Bezugszeitraum stiegen die Kosten des Wirtschaftszweigs der Union um 9 %, während die Verkaufspreise um 3 % zurückgingen, was auf den Preisdruck durch die gedumpten Einfuhren aus Indien zurückzuführen ist.

(155) Unter Nettocashflow wird die Fähigkeit der Unionshersteller verstanden, ihre Tätigkeit selbst zu finanzieren. Der Nettocashflow entwickelte sich im Bezugszeitraum wie die Rentabilität und wies im Bezugszeitraum einen starken Rückgang von rund 50 % auf.

(156) Zwischen 2020 und 2021 gingen die Investitionen erheblich zurück, und zwar um rund 50 %. Im Bezugszeitraum konnte das Investitionsniveau wiederhergestellt und gegenüber 2020 sogar um 44 % erhöht werden. Die Investitionen blieben jedoch seit Beginn des Bezugszeitraums insgesamt auf einem niedrigen Niveau und dienten hauptsächlich zur Erzielung von Effizienzgewinnen, zur Instandhaltung bestehender Anlagen sowie zur Durchführung von Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten. Als unmittelbare Folge des Drucks durch gedumpte Einfuhren musste der Wirtschaftszweig der Union Investitionen zurückstellen.

(157) Die Kapitalrendite ist der in Prozent des Nettobuchwerts der Investitionen ausgedrückte Gewinn. Die Kapitalrendite entwickelte sich im Bezugszeitraum negativ und sank um 43 %. Diese negative Entwicklung zeigt, dass zwar weiterhin Investitionen getätigt wurden, um die Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und zu verbessern, dass aber die entsprechenden Kapitalrenditen im Bezugszeitraum erheblich gefallen sind, weil es dem Wirtschaftszweig der Union unmöglich war, den Rentabilitätsgrad zu verbessern.

(158) Mit dem raschen Rückgang der Kapitalrenditen sind die künftigen Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten eindeutig gefährdet, falls sich die Lage nicht bessern sollte.

4.6.4. *Vorbringen im Zusammenhang mit der Schadensanalyse*

(159) STL brachte vor, dass auf der Grundlage der Fragebogenantworten der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller sich die Lage des Wirtschaftszweigs der Union hinreichend verbessert habe, insbesondere in Bezug auf Produktion und Produktionskapazität, Verkäufe an unabhängige Unternehmen und Eigenverbrauchskäufe, Ausfuhren, Beschäftigung sowie Investitionen, und dass der Wirtschaftszweig der Union daher keine bedeutende Schädigung erlitten habe. Ferner argumentierte STL, dass die Unionshersteller insgesamt rentabel seien, wobei die Rentabilität aufgrund unterschiedlicher Geschäftsmodelle unterschiedlich hoch sei.

(160) Die Kommission stimmte den Schlussfolgerungen von STL nicht zu. Wie in den Erwägungsgründen 169 und 170 dargelegt, ergab die Analyse der Schadensindikatoren, dass der Wirtschaftszweig der Union eine bedeutende finanzielle Schädigung in Form von Gewinneinbußen und einem Rückgang der Investitionen und der Kapitalrendite erlitten hat.

(161) Darüber hinaus deutet die Analyse der im Rahmen von Ausschreibungen getätigten Verkäufe, wie in den Erwägungsgründen 164 bis 168 erläutert, darauf hin, dass sich der Preisverfall trotz der geltenden Maßnahmen gegenüber den Einfuhren aus der VR China weiter beschleunigt hat und aufgrund der rasch zunehmenden gedumpten Einfuhren aus Indien auch noch weiter beschleunigen wird. Die diesbezüglichen Vorbringen von STL wurden daher zurückgewiesen.

4.6.5. *Analyse der Ausschreibungen*

(162) Kabel aus optischen Fasern werden überwiegend mittels Ausschreibungsverfahren verkauft, andere Kabel aus optischen Fasern dagegen im Wege individueller Spotverkäufe. Zur Gewinnung der erforderlichen Einblicke in diesen Marktaspekt forderte die Kommission bei den in die Stichprobe einbezogenen indischen ausführenden Herstellern sowie den in die Stichprobe einbezogenen Unionsherstellern, Einführern und Verwendern ausführliche Informationen über Ausschreibungen an. Es wurden Informationen über die Merkmale der Ausschreibungen, z. B. Verfahren, Zeitplan und andere relevante Merkmale, angefordert. Kein öffentlicher Auftraggeber oder Telekommunikationsbetreiber beteiligte sich an der Untersuchung und legte Informationen vor.

(163) Die Untersuchung ergab ein uneinheitliches Bild der Ausschreibungen, auch in Bezug auf Verfahren, Umfang und Ergebnisse. Sie können von öffentlichen oder privaten Einrichtungen wie großen Telekommunikationsbetreibern organisiert werden. Ausschreibungen können in unterschiedlicher Form stattfinden, z. B. als Internetauktion oder Direktausschreibung. Das Ausschreibungsverfahren dauert in der Regel drei bis sechs Monate von der Ankündigung der Ausschreibung bis zu ihrem Abschluss. Innerhalb von ein bis zwei Monaten nach Abschluss der Ausschreibung erteilt der Abnehmer Bestellaufträge, und die Lieferungen erfolgen zu den im Vertrag festgelegten Bedingungen. Die Untersuchung bestätigte, dass in Anbetracht dessen, dass Ausschreibungen für Produkte durchgeführt werden, deren technische Merkmale im Detail festgelegt sind, der Preis das wichtigste Bezugskriterium darstellt ([18]).

(164) Das Ausschreibungsverfahren verschärfte den Wettbewerb, da die Präsenz der indischen ausführenden Hersteller, die zu sehr niedrigen Preisen anboten, den Wirtschaftszweig der Union dazu veranlasste, seine Preise auf ein untragbares Niveau zu senken, um sich diesen niedrigen Preisen anzupassen, und ihn daran hinderte, seine Kostensteigerungen an seine Abnehmer weiterzugeben. Die Ausschreibungsbedingungen enthalten in der Regel keine vertragliche Verpflichtung für den Käufer, die angebotene Menge abzunehmen, während die Lieferanten vertraglich verpflichtet sind, die angebotene Menge zum angebotenen Preis zu liefern.

(165) Da der überwiegende Teil des Marktes über Ausschreibungen versorgt wird, ist der Ausschreibungsmechanismus der preisbestimmende Faktor auf dem Markt. Die indischen Ausführer, die zu wesentlich niedrigeren Preisen als der Wirtschaftszweig der Union bieten, setzen also trotz der immer noch relativ geringen Verkaufsmengen den Referenzpreis fest, den der Wirtschaftszweig der Union erreichen muss. Dies wird auch durch die in der Untersuchung festgestellte erhebliche Preis- bzw. Zielpreisunterbietungsspanne bestätigt.

(166) HFCL beantragte eine gesonderte Schadensanalyse für im Rahmen von Ausschreibungen getätigte Verkäufe einerseits und für Direktverkäufe andererseits, da es sich dabei um zwei unterschiedliche Marktsegmente mit unterschiedlichen Preisstrategien und unterschiedlichem Nachfrageverhalten handele.

(167) HFCL legte keine Beweise dafür vor, dass die Nutzung unterschiedlicher Absatzkanäle unterschiedliche schädigende Auswirkungen auf den Wirtschaftszweig der Union haben könnte. Darüber hinaus wurde bei der Untersuchung festgestellt, dass Ausschreibungen den größten Anteil am Markt für Kabel aus optischen Fasern ausmachen (siehe Erwägungsgrund 162). Direktverkäufe werden hauptsächlich von denselben Telekommunikationsbetreibern für kleinere Projekte oder zur Ergänzung von Mengen, die bereits Gegenstand einer Ausschreibung waren, durchgeführt. Daher dürfte der Referenzpreis für einen bestimmten Warentyp in diesem Fall weiterhin an den in der Ausschreibung vereinbarten Preis gebunden sein. Das Vorbringen von HCL wurde daher zurückgewiesen.

(168) Angesichts der Art der Ausschreibungen ist zu berücksichtigen, dass sich die Auswirkungen erst mit Verzögerung zeigen. Die anschließende Lieferung (und Fakturierung) von Kabeln aus optischen Fasern nach einer gewonnenen Ausschreibung würde in den Monaten oder Jahren nach Abschluss der Ausschreibung erfolgen. Im Bezugszeitraum litt der Wirtschaftszweig der Union unter den Verkaufseinbußen, die er den chinesischen Ausführern gegenüber vor der Einführung der Maßnahmen hinnehmen musste, und war gleichzeitig dem Wettbewerb durch die gedumpten indischen Ausfuhren ausgesetzt, deren Auswirkungen auf die Verkaufsmengen auch nach dem Untersuchungszeitraum anhalten werden. Insgesamt bestätigte die bei den Ausschreibungen zu beobachtende Entwicklung also die anhaltenden Auswirkungen der Verhinderung einer Preiserhöhung. Die verstärkte Präsenz der indischen ausführenden Hersteller stand einer Erholung des Wirtschaftszweigs der Union von den Einfuhren aus der VR China im Wege und dürfte ohne Maßnahmen weiterhin negative Auswirkungen haben.

4.6.6. *Schlussfolgerungen zur Schädigung*

(169) Mehrere Indikatoren wiesen eine positive Entwicklung auf, so etwa die Produktion, die Kapazität, die Verkaufsmenge, der Marktanteil und die Beschäftigung. Der Anstieg des Marktanteils des Wirtschaftszweigs der Union kann jedoch mit dem Rückgang des Marktanteils der Einfuhren aus der VR China nach der Einführung der Maßnahmen im November 2021 in Verbindung gebracht werden, als der Wirtschaftszweig der Union einen Teil des zuvor an die Einfuhren aus der VR China verlorenen Marktanteils zurückgewinnen konnte. Gleichzeitig war der Wirtschaftszweig der Union jedoch mit gestiegenen Produktionskosten konfrontiert, während die durchschnittlichen Verkaufspreise in der Union eine rückläufige Entwicklung aufwiesen. Auch wenn davon ausgegangen wurde, dass die Maßnahmen gegenüber den Einfuhren aus der VR China eine Entlastung der Unionshersteller bewirken würden, zeigte der starke Anstieg des Marktanteils der Einfuhren aus Indien, dass von den indischen Ausfuhren ein anhaltender Preisdruck ausging, der während der gesamten Zeit von 2021 bis zum Untersuchungszeitraum zu einer erheblichen Preisunterbietung und in jedem Fall zur Verhinderung einer Preiserhöhung führte. Dies zeigte sich in dem deutlichen Rückgang der Rentabilität und des Cashflows sowie schließlich in dem sehr niedrigen Investitionsniveau.

([18]) Siehe nicht vertrauliche Antwort auf den Fragebogen von Corning und Acome.

(170) Auf der Grundlage der vorstehenden Ausführungen kam die Kommission in dieser Phase zu dem Schluss, dass der Wirtschaftszweig der Union eine bedeutende Schädigung im Sinne des Artikels 3 Absatz 5 der Grundverordnung erlitten hat.

5. SCHADENSURSACHE

(171) Nach Artikel 3 Absatz 6 der Grundverordnung prüfte die Kommission, ob die gedumpten Einfuhren aus dem betroffenen Land den Wirtschaftszweig der Union bedeutend geschädigt haben. Nach Artikel 3 Absatz 7 der Grundverordnung prüfte die Kommission auch, ob andere bekannte Faktoren den Wirtschaftszweig der Union zur gleichen Zeit geschädigt haben könnten. Die Kommission stellte sicher, dass eine etwaige Schädigung durch andere Faktoren als die gedumpten Einfuhren aus dem betroffenen Land nicht den gedumpten Einfuhren zugerechnet wird. Dazu gehörten folgende Faktoren: nicht gedumpte Einfuhren aus Indien, Einfuhren aus der VR China, Einfuhren aus anderen Drittländern, Eigenverbrauchsverkäufe, Anstieg der Rohstoff- und Energiepreise, Unterbrechungen der Lieferketten aufgrund der COVID-19-Pandemie, wettbewerbswidriges Verhalten des Wirtschaftszweigs der Union, Wettbewerb innerhalb des Wirtschaftszweigs der Union und selbstverschuldete Schädigung aufgrund der Auswirkungen des anfänglichen Anstiegs bei Investitionen, Kapazität und Lagerbeständen.

5.1. **Auswirkungen der gedumpten Einfuhren**

(172) Die Verschlechterung der Lage des Wirtschaftszweigs der Union fiel zeitlich mit dem raschen Anstieg der gedumpten Einfuhren aus Indien zusammen, die in erheblichen Mengen auf den Unionsmarkt gelangten, die Preise des Wirtschaftszweigs der Union erheblich unterboten und jedenfalls einen erheblichen Preisrückgang bei den Unionsverkäufen bewirkten.

(173) Die Menge der gedumpten Einfuhren aus Indien stieg (wie in Tabelle 3 dargestellt) von [48 000-59 000] Kabelkilometern im Jahr 2020 auf [137 000-165 000] Kabelkilometer im Untersuchungszeitraum, was einem Anstieg von 183 % entspricht. Der Marktanteil stieg im gleichen Zeitraum von [2-3] % auf [6-8] %, was fast einer Verdreifachung (179 %) entspricht. Wie aus Tabelle 6 hervorgeht, war im selben Zeitraum die Steigerung des Anteils des Wirtschaftszweigs der Union am freien Markt weniger stark ausgeprägt (von 40,4 % auf 47,2 % — ein Anstieg von 17 % bzw. 6,8 Prozentpunkten). Daher kann der Schluss gezogen werden, dass der Rückgang der Einfuhren aus der VR China hauptsächlich durch die gedumpten Einfuhren aus Indien begünstigt wurde.

(174) Der Durchschnittspreis der gedumpten Einfuhren ging im Bezugszeitraum erheblich zurück, nämlich um 46 % (siehe Tabelle 4), und unterbot die Verkaufspreise des Wirtschaftszweigs der Union im Durchschnitt um 37,2 % bzw. 45,6 %. Die Verkaufspreise, die der Wirtschaftszweig der Union auf dem freien Unionsmarkt unabhängigen Parteien in Rechnung stellte, sanken im Bezugszeitraum um insgesamt 3 % (siehe Tabelle 8).

(175) Die Höhe der Preisunterbietung in Verbindung mit der geringen Rentabilität des Wirtschaftszweigs der Union zeigt, dass die Preise der gedumpten Einfuhren deutlich unter den Herstellkosten des Wirtschaftszweigs der Union lagen, und zwar sowohl im Rahmen von Ausschreibungen als auch bei Direktverkäufen. Der Wirtschaftszweig der Union wurde seit Beginn des Bezugszeitraums durch dieses Preisverhalten daran gehindert, den zuvor durch die gedumpten Einfuhren aus der VR China verlorenen Marktanteil vollständig wiederzuerlangen; zudem wurden seine Gewinnspannen durch das Verhalten untergraben. Das Preisverhalten verhinderte auch Preiserhöhungen und bewirkte eine finanzielle Schädigung in Form von Rentabilitätseinbußen und rückläufigen Investitionen, wodurch die Existenz des Wirtschaftszweigs der Union gefährdet wurde.

(176) Der Wirtschaftszweig der Union war nicht in der Lage, seine Preise entsprechend dem Kostenanstieg zu erhöhen, um mit den niedrigen gedumpten Preisen der indischen Hersteller Schritt zu halten und seine Verkaufsmengen in einer Zeit steigender Kosten zu verteidigen. Dies führte bei allen in die Stichprobe einbezogenen Unionsherstellern zu einem drastischen Rückgang der Rentabilität.

(177) Somit gelang es dem Wirtschaftszweig der Union zwar, seinen Marktanteil im Bezugszeitraum zu erhöhen, doch geschah dies zulasten der Preise, was zu einem erheblichen Rückgang der Gewinne (Verhinderung einer Preiserhöhung) führte, und zwar auf ein Niveau, das, wie in Abschnitt 6.1 erläutert, deutlich unter dem Zielgewinn für diesen Wirtschaftszweig liegt.

(178) Wie in Erwägungsgrund 158 erläutert, gab es auch Beweise dafür, dass bestimmte geplante Investitionen und Expansionsvorhaben des Wirtschaftszweigs der Union aufgrund des Anstiegs der gedumpten Einfuhren aus Indien gestrichen oder ausgesetzt worden waren.

(179) Aus den vorstehenden Ausführungen ergibt sich, dass der Wirtschaftszweig der Union durch den Anstieg der gedumpten Einfuhren aus Indien daran gehindert wurde, Marktanteile zurückzugewinnen und tragfähige Gewinne zu erzielen.

(180) Alle drei ausführenden Hersteller brachten vor, dass zwischen den Einfuhren aus Indien und der bedeutenden Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union keine Verbindung bestehe. Die Einfuhren aus Indien seien mengenmäßig gering und die Preise lägen nicht auf einem schädigenden Niveau. In Anbetracht der vorstehenden Analyse war die Kommission der Auffassung, dass die Untersuchung ganz klar im Widerspruch zu diesen Vorbringen steht, und wies diese Vorbringen daher zurück.

(181) Daher gelangte die Kommission zu dem Schluss, dass zwischen den gedumpten Einfuhren aus Indien und der bedeutenden Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union ein ursächlicher Zusammenhang besteht.

5.2. **Auswirkungen anderer Faktoren**

5.2.1. *Nicht gedumpte Einfuhren aus Indien*

(182) Die Menge der nicht gedumpten Einfuhren aus Indien entwickelte sich im Bezugszeitraum wie folgt:

Tabelle 12

Nicht gedumpte Einfuhren aus Indien

	2020	2021	2022	Untersuchungs-zeitraum
Menge (in Kabelkilometern)	[11 000–14 000]	[41 000–50 000]	[95 000–118 000]	[67 000–83 000]
Index	*100*	*362*	*845*	*593*
Marktanteil (in %)	[0–1]	[1–2]	[4–5]	[2–4]
Durchschnittspreis (in EUR/Kabelkilometer)	[214–264]	[350–432]	[370–457]	[369–456]
Index	*100*	*164*	*173*	*172*

Quelle: Überprüfte Antworten der ausführenden Hersteller auf den Fragebogen.

(183) Die Einfuhrmenge und die Preise der nicht gedumpten Einfuhren aus Indien beruhten auf den Mengen, die der in die Stichprobe einbezogene ausführende Hersteller angegeben hatte, für den kein Dumping festgestellt worden war. Da die Daten auf Informationen beruhen, die sich nur auf ein einziges Unternehmen beziehen, wurden sie zur Wahrung der Vertraulichkeit in Spannen angegeben.

(184) Die Einfuhrmenge stieg von [11 000-14 000] Kabelkilometern im Jahr 2020 auf [95 000-118 000] Kabelkilometer im Jahr 2022, gefolgt von einem Rückgang auf [67 000-83 000] Kabelkilometer im Untersuchungszeitraum. Der Marktanteil folgte derselben Entwicklung und stieg von [0-1] % im Jahr 2020 auf [2-4] % im Untersuchungszeitraum. Die Einfuhrpreise unterboten den Preis des Wirtschaftszweigs der Union im Untersuchungszeitraum um rund [25-35] %. Angesichts dieser Entwicklung kann nicht ausgeschlossen werden, dass diese Einfuhren negative Auswirkungen auf die Leistung des Wirtschaftszweigs der Union hatten und zur bedeutenden Schädigung beigetragen haben. Dennoch blieben die Mengen und der Marktanteil der nicht gedumpten Einfuhren im gesamten Bezugszeitraum weitgehend unter dem Niveau der gedumpten Einfuhren aus Indien und gingen im Untersuchungszeitraum zurück. Daher vertrat die Kommission die Auffassung, dass sie den ursächlichen Zusammenhang zwischen den gedumpten Einfuhren aus Indien und der Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union nicht abschwächten.

5.2.2. *Einfuhren aus der VR China*

(185) Die drei in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Hersteller brachten vor, dass die Einfuhren aus der VR China die bedeutende Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union verursacht hätten und nicht die Einfuhren aus Indien, und wiesen darauf hin, dass die Mengen der Einfuhren aus der VR China viel größer als die der Einfuhren aus Indien und die chinesischen Einfuhrpreise niedriger als die indischen Einfuhrpreise seien.

(186) Die Menge der Einfuhren aus der VR China entwickelte sich im Bezugszeitraum wie folgt:

Tabelle 13

Einfuhren aus der VR China

	2020	2021	2022	Untersuchungszeitraum
Menge (in Kabelkilometern)	843 918	876 581	487 545	514 072
Index	*100*	*104*	*58*	*61*
Marktanteil (in %)	37,5	33,7	20,6	22,6
Durchschnittspreis (in EUR/Kabelkilometer)	532	572	774	687
Index	*100*	*107*	*145*	*129*

Quelle: Comext (Eurostat).

(187) Die Einfuhren aus der VR China gingen im Bezugszeitraum von 843 000 Kabelkilometern im Jahr 2020 auf etwa 514 000 Kabelkilometer im Untersuchungszeitraum zurück. Der Marktanteil sank entsprechend von 37,5 % auf 22,6 %. Diese Entwicklung kann mit den Antidumpingmaßnahmen gegenüber Kabeln aus optischen Fasern aus der VR China, die im November 2021 nach der in Erwägungsgrund 17 erwähnten China-Untersuchung eingeführt wurden, sowie mit der Erhöhung der Antidumpingzölle im August 2023 im Anschluss an die Absorptionsuntersuchung zusammenhängen. Wie in Erwägungsgrund 139 dargelegt, war der Wirtschaftszweig der Union im Bezugszeitraum aufgrund der nach wie vor starken Präsenz der Einfuhren aus der VR China zu Preisen, die die Antidumpingzölle absorbieren, nicht vollständig vor den Dumpingpraktiken der chinesischen ausführenden Hersteller geschützt. Daher kam die Kommission zu dem Schluss, dass sich die Einfuhren aus der VR China möglicherweise negativ auf die Lage des Wirtschaftszweigs der Union ausgewirkt und zur erlittenen Schädigung beigetragen haben. Allerdings wiesen die Einfuhren aus der VR China nach der Entscheidung der Kommission, die Antidumpingzölle auf Kabel aus optischen Fasern aus der VR China zu verdoppeln ([19]), im Bezugszeitraum sowohl absolut als auch relativ gesehen eine stark rückläufige Entwicklung auf. Ferner wiesen sie eine steigende Preisentwicklung auf, wobei die Durchschnittspreise über den Durchschnittspreisen der gedumpten Einfuhren aus Indien lagen. Darüber hinaus war der Rückgang der Gewinne des Wirtschaftszweigs der Union im Jahr 2022 und im Untersuchungszeitraum deutlich ausgeprägter, was darauf hindeutet, dass die Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union durch die steigenden Einfuhren aus Indien und nicht durch die sinkenden Einfuhren aus der VR China verursacht wurde.

(188) Auf der Grundlage der vorstehenden Ausführungen wies die Kommission die Vorbringen der indischen ausführenden Hersteller zurück und kam zu dem Schluss, dass die Einfuhren aus der VR China, auch wenn sie sich im Bezugszeitraum negativ auf die Lage des Wirtschaftszweigs der Union ausgewirkt haben mögen, den ursächlichen Zusammenhang zwischen den gedumpten Einfuhren aus Indien und der bedeutenden Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union nicht abschwächten.

5.2.3. *Einfuhren aus anderen Drittländern*

(189) Die Menge der Einfuhren aus anderen Drittländern als Indien und China entwickelte sich im Bezugszeitraum wie folgt:

Tabelle 14

Einfuhren aus anderen Drittländern

		2020	2021	2022	Untersuchungszeitraum
Marokko	Menge (in Kabelkilometern)	26 431	72 886	87 911	103 567
	Index	*100*	*276*	*333*	*392*

([19]) Durchführungsverordnung (EU) 2023/1617.

	Marktanteil (in %)	1,2	2,8	3,7	4,6
	Durchschnittspreis (in EUR/Kabelkilometer)	598	438	659	725
	Index	*100*	*73*	*110*	*121*
Vereinigtes Königreich	Menge (in Kabelkilometern)	80 442	80 442	82 631	78 103
	Index	*100*	*100*	*103*	*97*
	Marktanteil (in %)	3,6	3,1	3,5	3,4
	Durchschnittspreis (in EUR/Kabelkilometer)	658	658	785	845
	Index	*100*	*100*	*119*	*128*
Türkei	Menge (in Kabelkilometern)	56 794	56 559	59 477	50 369
	Index	*100*	*100*	*105*	*89*
	Marktanteil (in %)	2,5	2,2	2,5	2,2
	Durchschnittspreis (in EUR/Kabelkilometer)	414	390	408	499
	Index	*100*	*94*	*99*	*121*
Südkorea	Menge (in Kabelkilometern)	83 410	69 787	71 045	38 803
	Index	*100*	*84*	*85*	*47*
	Marktanteil (in %)	3,7	2,7	3,0	1,7
	Durchschnittspreis (in EUR/Kabelkilometer)	604	585	723	797
	Index	*100*	*97*	*120*	*132*
Indonesien	Menge (in Kabelkilometern)	64	2 523	58 233	35 734
	Index	*100*	*3 946*	*91 079*	*55 889*
	Marktanteil (in %)	0,0	0,1	2,5	1,6

	Durchschnittspreis (in EUR/Kabelkilometer)	10 960	3 850	973	1 039
	Index	*100*	*35*	*9*	*9*
Tunesien	Menge (in Kabelkilometern)	39 486	47 284	36 414	33 996
	Index	*100*	*120*	*92*	*86*
	Marktanteil (in %)	1,8	1,8	1,5	1,5
	Durchschnittspreis (in EUR/Kabelkilometer)	658	737	847	756
	Index	*100*	*112*	*129*	*115*
Mexiko	Menge (in Kabelkilometern)	31 041	30 626	44 895	33 403
	Index	*100*	*99*	*145*	*108*
	Marktanteil (in %)	1,4	1,2	1,9	1,5
	Durchschnittspreis (in EUR/Kabelkilometer)	666	506	598	636
	Index	*100*	*76*	*90*	*95*
Schweiz	Menge (in Kabelkilometern)	28 989	30 260	29 475	26 534
	Index	*100*	*104*	*102*	*92*
	Marktanteil (in %)	1,3	1,2	1,2	1,2
	Durchschnittspreis (in EUR/Kabelkilometer)	829	870	1 039	1 153
	Index	*100*	*105*	*125*	*139*
Andere Drittländer	Menge (in Kabelkilometern)	109 988	163 777	152 108	99 783
	Index	*100*	*149*	*138*	*91*

	Marktanteil (in %)	4,9	6,3	6,4	4,4
	Durchschnittspreis (in EUR/Kabelkilometer)	1 603	1 219	1 321	1 974
	Index	*100*	*76*	*82*	*123*
Drittländer insgesamt, ausgenommen Indien und China	Menge (in Kabelkilometern)	456 645	554 145	622 190	500 291
	Index	*100*	*121*	*136*	*110*
	Marktanteil (in %)	20,3	24,0	27,7	22,2
	Durchschnittspreis (in EUR/Kabelkilometer)	855	783	875	1 017
	Index	*100*	*92*	*102*	*119*

Quelle: Comext (Eurostat).

(190) Die Einfuhren aus anderen Drittländern stammten aus verschiedenen Quellen. Die Länder mit den höchsten Einfuhrmengen und Marktanteilen waren Marokko und das Vereinigte Königreich.

(191) Die Einfuhren aus Marokko stiegen von etwa 26 000 Kabelkilometern im Jahr 2020 auf etwa 103 000 Kabelkilometer im Untersuchungszeitraum. Ihr Marktanteil stieg von 1,2 % im Jahr 2020 auf 4,6 % im Untersuchungszeitraum. Wie oben dargelegt, stiegen die Durchschnittspreise im selben Zeitraum jedoch um rund 20 % und lagen deutlich über den Preisen der gedumpten Einfuhren aus Indien und den Preisen des Wirtschaftszweigs der Union im Untersuchungszeitraum. Daher gelangte die Kommission zu dem Schluss, dass die Einfuhren aus Marokko keine bedeutende Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union verursachten.

(192) Die Einfuhrstatistiken für das Vereinigte Königreich für das Jahr 2020 waren durch den Brexit verfälscht und wurden nicht als zuverlässige Grundlage für die Ermittlung der Einfuhrmengen und -werte für das Vereinigte Königreich für dieses Jahr angesehen. Daher schätzte die Kommission die Höhe der Einfuhren für 2020 auf ein ähnliches Niveau wie die Einfuhren für 2021. Auf dieser Grundlage entwickelten sich die Einfuhren aus dem Vereinigten Königreich relativ stabil, wobei insgesamt ein leichter Rückgang um 3 % zu verzeichnen war (von rund 80 000 Kabelkilometern im Jahr 2020 auf rund 78 000 Kabelkilometer im Untersuchungszeitraum). Ihr Marktanteil sank im selben Zeitraum entsprechend von 3,6 % auf 3,4 %. Da der Durchschnittspreis der Einfuhren aus dem Vereinigten Königreich deutlich über dem Durchschnittspreis der Union lag, vertrat die Kommission die Auffassung, dass die Einfuhren keine bedeutende Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union verursachten.

(193) Die Einfuhren aus der Türkei waren in den Jahren 2020 und 2021 stabil, stiegen 2022 um 5 % und gingen im Untersuchungszeitraum um 16 % zurück. Insgesamt waren die Einfuhren somit zwischen 2020 und dem Untersuchungszeitraum um 11 % rückläufig. In absoluten Zahlen gingen die Einfuhren von etwa 56 800 Kabelkilometern im Jahr 2020 auf etwa 50 000 Kabelkilometer im Untersuchungszeitraum zurück. Der Marktanteil blieb relativ stabil und ging im Bezugszeitraum leicht zurück (von 2,5 % auf 2,2 %). Auch wenn das Preisniveau unter dem der Unionshersteller lag, konnten keine zusätzlichen Marktanteile gewonnen werden. Die Kommission konnte zwar nicht ausschließen, dass diese Einfuhren zur Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union beigetragen haben, angesichts der geringen und rückläufigen Menge der Einfuhren wurden die Auswirkungen jedoch als begrenzt angesehen, sodass die Kommission zu dem Schluss kam, dass sie den ursächlichen Zusammenhang zwischen den gedumpten Einfuhren und der bedeutenden Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union nicht abschwächten.

(194) Die Kommission stellte fest, dass die Einfuhren aus Südkorea, Indonesien, Tunesien, Mexiko und der Schweiz im gesamten Bezugszeitraum auf einem sehr niedrigen Niveau lagen. Mit Ausnahme von Tunesien und Mexiko wiesen sie eine deutlich rückläufige Entwicklung auf. Die Mengen der Einfuhren aus Tunesien und Mexiko gingen von 2022 bis zum Untersuchungszeitraum zurück. Die durchschnittlichen Preise der Einfuhren aus diesen Ländern waren hoch und lagen über den durchschnittlichen Verkaufspreisen des Wirtschaftszweigs der Union. Auf dieser Grundlage gelangte die Kommission zu dem Schluss, dass diese Einfuhren keine bedeutende Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union verursachten.

(195) Die Einfuhren aus anderen Drittländern gingen im Bezugszeitraum in absoluten Zahlen leicht zurück, und zwar von etwa 110 000 Kabelkilometern im Jahr 2020 auf etwa 100 000 Kabelkilometer im Untersuchungszeitraum. Der Marktanteil ging von 4,9 % auf 4,4 % zurück. Sie wiesen ein hohes und steigendes Preisniveau auf, sodass es keine Hinweise darauf gibt, dass sie eine bedeutende Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union verursachten.

5.2.4. *Eigenverbrauchsverkäufe*

(196) Wie aus Tabelle 6 hervorgeht, nahmen die Eigenverbrauchsverkäufe des Wirtschaftszweigs der Union im Bezugszeitraum um 47 % zu.

(197) Wie in Erwägungsgrund 138 erläutert, fand die Kommission jedoch keine Beweise dafür, dass die Eigenverbrauchsverkäufe erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklung der Schadensindikatoren hatten. Daher gelangte die Kommission zu dem Schluss, dass der Eigenverbrauch keine bedeutende Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union verursacht hat.

5.2.5. *Rohstoff- und Energiekosten*

(198) Alle in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Hersteller brachten vor, die Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union sei auf den Anstieg der Rohstoffkosten und Energiepreise zurückzuführen.

(199) Wie in Erwägungsgrund 139 ausgeführt, war es dem Wirtschaftszweig der Union aufgrund des Preisdrucks durch die gedumpten Einfuhren aus Indien nicht möglich, seine Preise entsprechend dem Anstieg seiner Kosten anzuheben. Daher kann der Kostenanstieg nicht als Ursache der Schädigung angesehen werden, sondern vielmehr als Faktor, der sich aufgrund der gedumpten Einfuhren aus Indien nicht in den Preisen niederschlagen konnte. Diese Vorbringen wurden daher zurückgewiesen.

5.2.6. *Auswirkungen anderer Faktoren*

(200) Zusätzlich zu den in den vorstehenden Erwägungsgründen analysierten Faktoren führte STL an, dass die bedeutende Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union, wenn überhaupt, auf Unterbrechungen der Lieferketten aufgrund der COVID-19-Pandemie, den Wettbewerb zwischen dem Wirtschaftszweig der Union, eine selbstverschuldete Schädigung aufgrund des Anstiegs bei Investitionen, Kapazität und Lagerbeständen sowie auf ein wettbewerbswidriges Verhalten bestimmter Unionshersteller zurückzuführen sei, wobei er sich auf einen Kartellbeschluss aus dem Jahr 2014 ([20]) betreffend Hersteller von Hochspannungskabeln sowie auf nachfolgende Beschlüsse im Bezugszeitraum für Brasilien ([21]), Spanien ([22]) und das Vereinigte Königreich ([23]) bezog. Überdies trugen HFCL und Birla vor, dass falsche Investitionsentscheidungen des Wirtschaftszweigs der Union die Ursache für die mutmaßlich erlittene bedeutende Schädigung seien.

([20]) Zusammenfassung des Beschlusses der Kommission vom 2. April 2014 in einem Verfahren nach Artikel 101 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und Artikel 53 des EWR-Abkommens (ABl. C 319 vom 17.9.2014, S. 10) (Sache AT.39610 — Stromkabel) (bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2014) 2139 final).

([21]) „Cade applies BRL 20.9 million in fines for international cartel of underground and submarine cables“ (1. November 2022), abrufbar unter: https://www.gov.br/cade/en/matters/news/cade-applies-brl-20-9-million-in-fines-for-international-cartel-of-underground-and-submarine-cables.

([22]) Comision Nacional de los Mercados y la Competencia, Rechtssache S/DC/0562/15: CABLES BT/MT, Endgültige Entschließung, abrufbar unter https://www.cnmc.es/expedientes/sdc056215.

([23]) Competition Appeal Tribunal, Notice of a Claim under Section 47A of the Competition Act 1998, Case No. 1532/5/7/22, abrufbar unter: https://www.catribunal.org.uk/sites/cat/files/2023-03/2023.03.10_1532_RWE%20Renewables%20v%20Prysmian_Summary_of_Claim_Final.pdf.

(201) In Erwägungsgrund 156 analysierte die Kommission die Gesamtinvestitionen und kam zu dem Schluss, dass sich die Investitionen des Wirtschaftszweigs der Union im gesamten Bezugszeitraum auf einem sehr niedrigen Niveau bewegten und auf das zur Aufrechterhaltung der Geschäftstätigkeit erforderliche Minimum beschränkt waren. Die Kommission war ferner der Auffassung, dass die COVID-19-Pandemie nur sehr begrenzte und vorübergehende Auswirkungen auf den Wirtschaftszweig der Union hatte, da sich der Bezugszeitraum vom 1. Januar 2020 bis zum 30. September 2023 erstreckte, während die COVID-19-Pandemie von 2020 bis 2022 dauerte. Darüber hinaus wurden keine Beweise für die angeblichen Unterbrechungen der Lieferketten vorgelegt, und die Untersuchung ergab diesbezüglich keine konkreten Beweise. Was das angeblich wettbewerbswidrige Verhalten des Wirtschaftszweigs der Union angeht, so stellt die Kommission fest, dass die kartellrechtliche Untersuchung, auf die sich der ausführende Hersteller bezog, Hochspannungskabel betraf ([24]) und daher für die betroffene Ware nicht relevant war. Die Auswirkungen der Veränderungen des Niveaus bei den Investitionen, den Lagerbeständen und der Kapazität wurden im Rahmen der Untersuchung, wie in den Erwägungsgründen 156, 151 und 132 dargelegt, eingehend analysiert, und die Kommission kam zu dem Schluss, dass ihre Auswirkungen sehr begrenzt waren. Entgegen den Behauptungen ergab die Untersuchung insbesondere, dass die Lagerbestände und Investitionen des Wirtschaftszweigs der Union auf einem sehr niedrigen Niveau blieben. Was den Wettbewerb unter den Unionsherstellern anbelangt, so war die Kommission der Auffassung, dass ein fairer Wettbewerb auf einem freien Markt gefördert wird und nicht als Ursache für eine Schädigung angesehen werden kann. Die Untersuchung erbrachte keine Beweise für eine schädigende Wirkung.

(202) Alle Vorbringen zu möglichen anderen Faktoren, die die bedeutende Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union verursacht haben könnten, wurden daher zurückgewiesen.

5.3. **Schlussfolgerungen zur Schadensursache**

(203) Die Kommission stellte einen ursächlichen Zusammenhang zwischen der bedeutenden Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union und den gedumpten Einfuhren aus Indien fest. Der Anstieg der gedumpten Einfuhren aus Indien fiel zeitlich mit der Verschlechterung der Lage des Wirtschaftszweigs der Union zusammen. Der drastische Anstieg der gedumpten Einfuhren aus dem betroffenen Land erfolgte zu Preisen, die die Verkaufspreise des Wirtschaftszweigs der Union deutlich unterboten und sogar unter den Herstellkosten des Wirtschaftszweigs der Union lagen. Sie hinderten den Wirtschaftszweig der Union somit daran, seine Preise auf einem tragfähigen Niveau festzusetzen, das zur Erzielung angemessener Gewinnspannen erforderlich gewesen wäre. Vielmehr konnte das Preisniveau nicht mit dem Kostenanstieg Schritt halten, was erhebliche negative Auswirkungen auf die Rentabilität und das Investitionsniveau des Wirtschaftszweigs der Union hatte.

(204) Die Auswirkungen aller bekannten Faktoren auf die Lage des Wirtschaftszweigs der Union wurden von der Kommission von den schädigenden Auswirkungen der gedumpten Einfuhren unterschieden und abgegrenzt. Die Kommission gelangte zu dem Schluss, dass andere Faktoren, nämlich die Einfuhren aus der VR China, die nicht gedumpten Einfuhren aus Indien und die Einfuhren aus der Türkei, zwar möglicherweise zur bedeutenden Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union beigetragen haben, dass der ursächliche Zusammenhang zwischen den gedumpten Einfuhren aus Indien und der bedeutenden Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union angesichts der kumulierten Mengen und der Preisentwicklungen dieser Einfuhren jedoch nicht abgeschwächt wurde. Im Bezugszeitraum sank der Marktanteil der Einfuhren aus diesen Ländern von 41,7 % auf 29,5 %, während ihre Preise im Bezugszeitraum um 31 % stiegen. Bei den gedumpten Einfuhren aus Indien hingegen waren ein steigender Marktanteil und ein stetiger Preisrückgang zu verzeichnen, die zeitlich mit der Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union zusammenfielen. Die negative Entwicklung des Wirtschaftszweigs der Union in Form der Verhinderung einer Preiserhöhung sowie von geringer Rentabilität, niedrigen Investitionen und sinkenden Kapitalrenditen ließ sich somit durch keinen der anderen bekannten Faktoren erklären.

(205) Auf dieser Grundlage kam die Kommission in dieser Phase der Untersuchung zu dem Schluss, dass die gedumpten Einfuhren aus dem betroffenen Land eine bedeutende Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union verursachten und dass die anderen Faktoren, getrennt oder gemeinsam betrachtet, den ursächlichen Zusammenhang zwischen den gedumpten Einfuhren und der bedeutenden Schädigung nicht abzuschwächen vermochten.

6. HÖHE DER MAßNAHMEN

(206) Zur Festsetzung der Höhe der Maßnahmen prüfte die Kommission, ob ein Zoll, der niedriger ist als die Dumpingspanne, ausreichend wäre, um die Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union durch gedumpte Einfuhren zu beseitigen.

([24]) ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_14_358

6.1. **Schadensspanne**

(207) Die Schädigung würde beseitigt, wenn der Wirtschaftszweig der Union durch Verkauf zu einem Zielpreis im Sinne des Artikels 7 Absätze 2c und 2d der Grundverordnung eine Zielgewinnspanne erreichen könnte.

(208) Im Einklang mit Artikel 7 Absatz 2c der Grundverordnung berücksichtigte die Kommission bei der Ermittlung der Zielgewinnspanne folgende Faktoren: die Höhe der Rentabilität vor der Steigerung der Einfuhren aus dem untersuchten Land, die Höhe der Rentabilität, die zur Deckung sämtlicher Kosten und Investitionen, Forschung und Entwicklung sowie Innovation erforderlich ist, und die Höhe der Rentabilität, die unter normalen Wettbewerbsbedingungen zu erwarten ist. Diese Gewinnspanne sollte nicht niedriger als 6 % sein.

(209) Der Antragsteller schlug unter Bezugnahme auf die China-Untersuchung ([25]) eine Zielgewinnspanne von 13,4 % vor und betonte, dass in diesem stark investitionsorientierten Wirtschaftszweig, in dem erhebliche finanzielle Mittel für Forschung und Entwicklung aufgewendet würden, hohe Gewinnspannen erforderlich seien, um in Zukunftstechnologien und insbesondere in den Ausbau des 5G-Netzes in der Union investieren zu können. Einige Unionshersteller brachten vor, dass eine Zielgewinnspanne von 15 % zugrunde gelegt werden sollte.

(210) Die Kommission stellte fest, dass die in der China-Untersuchung ermittelte Zielgewinnspanne 12,4 % betrug. Die Kommission prüfte diese Vorbringen zusammen mit den Stellungnahmen der ausführenden Hersteller und den im Dossier verfügbaren Daten, die in Bezug auf die Anforderungen gemäß Artikel 7 Absatz 2c der Grundverordnung zur Festsetzung der Zielgewinnspanne relevant sind.

(211) Birla bestritt die Angemessenheit der in der China-Untersuchung zugrunde gelegten Zielgewinnspanne im wirtschaftlichen Kontext der laufenden Untersuchung. Birla stellte die Notwendigkeit zusätzlicher Investitionen durch den Wirtschaftszweig der Union infrage, da bereits erhebliche Investitionen in den Ausbau des 5G-Netzes in der Union getätigt worden seien. Außerdem könne der Wirtschaftszweig der Union nicht erwarten, übermäßig hohe Gewinnspannen erzielen und gleichzeitig massive Investitionen tätigen zu können. Des Weiteren argumentierte Bila, dass die Telekommunikationsbetreiber in der Union — die Hauptabnehmer von Kabeln aus optischen Fasern — mit zunehmend schwierigen Marktbedingungen konfrontiert gewesen seien und die hohen Erwartungen der Unionshersteller von Kabeln aus optischen Fasern in Bezug auf die Gewinnspanne nicht befriedigen könnten.

(212) STL brachte vor, dass die in der China-Untersuchung ermittelte Zielgewinnspanne unerheblich sei, da die Zielgewinnspanne auf dem Rentabilitätsniveau vor dem Anstieg der Einfuhren aus dem von der laufenden Untersuchung betroffenen Land, d. h Indien, beruhen müsse. In Erwiderung auf dieses Vorbringen führte der Antragsteller an, die indischen Hersteller hätten keine Argumente vorgebracht, die eine Änderung der Umstände belegen, um zu zeigen, dass die in der China-Untersuchung ermittelte Zielrentabilität nicht mehr angemessen ist. STL führte in diesem Zusammenhang an, dass die in der China-Untersuchung ermittelte Zielrentabilität auf anderen wirtschaftlichen Gegebenheiten beruhe und daher für diese Untersuchung unerheblich sei. Der relevante Zeitrahmen für die Berechnung der Zielgewinnspanne sollte nach 2020 liegen. Darüber hinaus brachte STL vor, dass die Investitionen der Antragsteller ab 2022 im Vergleich zum Untersuchungszeitraum der China-Untersuchung (1. Juli 2019 bis 30. Juni 2020) erheblich gestiegen seien, was eine Änderung der Umstände gegenüber der Untersuchung betreffend Einfuhren von Kabeln aus optischen Fasern aus der VR China bedeute.

(213) Was den Bedarf an künftigen Investitionen in die Herstellung von Kabeln aus optischen Fasern betrifft, so stellte die Kommission fest, dass der Verband der europäischen Telekommunikationsnetzbetreiber (European Telecommunications Network Operators' Association, im Folgenden „ETNO") in seinem jüngsten Bericht „The State of Digital Communications" seine Prognosen für den Ausbau von Glasfaserhausanschlussnetzen in der Union nach oben korrigiert hat, was auf eine starke künftige Nachfrage schließen lässt ([26]). Daher wies die Kommission das Vorbringen, dass keine weiteren Investitionen erforderlich seien, zurück.

([25]) Erwägungsgrund (489) der Durchführungsverordnung (EU) 2021/2011.
([26]) https://etno.eu/library/reports/117-state-of-digital-2024.html.

(214) In Bezug auf das Vorbringen, die Telekommunikationsbetreiber könnten die hohen Erwartungen des Wirtschaftszweigs der Union in Bezug auf die Gewinnspanne nicht befriedigen, stellte die Kommission fest, dass Kabel aus optischen Fasern nur einen sehr geringen Teil der Kapitalausgaben der Telekommunikationsbetreiber in der EU ausmachen, die sich für das Jahr 2022 laut dem ETNO auf 59,1 Mrd. EUR belaufen ([27]). Bei einem Unionsverbrauch von insgesamt etwa 2,5 Mio. Kabelkilometern ([28]) und einem Durchschnittspreis von 756 EUR/Kabelkilometer ([29]) würden die Ausgaben für Kabel aus optischen Fasern rund 3 % der Investitionen der Telekommunikationsbetreiber ausmachen. Darüber hinaus dient die Ermittlung der Zielgewinnspanne dazu, die Rentabilität zu bestimmen, die der Wirtschaftszweig der Union ohne gedumpte Einfuhren erzielen könnte, wobei auch bestimmte künftige Investitionen berücksichtigt werden. Die Frage, ob Zölle nicht dem Gesamtinteresse der Union zuwiderlaufen, wird in den Erwägungsgründen 223 bis 226 untersucht, wo u. a. auf die möglichen Auswirkungen von Zöllen auf die nachgelagerten Wirtschaftszweige eingegangen wird. Die diesbezüglichen Vorbringen von Birla und STL mussten daher zurückgewiesen werden.

(215) In Bezug auf das Vorbringen von STL, dass die Zielgewinnspanne auf dem Rentabilitätsniveau vor dem Anstieg der Einfuhren aus dem von der laufenden Untersuchung betroffenen Land beruhen müsse, weist die Kommission darauf hin, dass bei der Ermittlung der Zielgewinnspanne eine Reihe von Faktoren zu berücksichtigen ist, darunter insbesondere das unter normalen Wettbewerbsbedingungen zu erwartende Rentabilitätsniveau. Dieses Vorbringen wurde daher ebenfalls zurückgewiesen.

(216) Diesbezüglich gelangte die Kommission zu dem Schluss, dass die Preise des Wirtschaftszweigs der Union im Untersuchungszeitraum hauptsächlich durch die gedumpten Einfuhren aus Indien gedrückt wurden. Ebenso waren die wirtschaftlichen Gegebenheiten vor dem Anstieg der Einfuhren aus Indien, d. h. vor 2020, in gleicher Weise von den gedumpten Einfuhren aus der VR China betroffen. Daher wurden die Gewinne in diesem Zeitraum nicht als geeignete Grundlage für die Ermittlung der Zielgewinnspanne angesehen. Die Kommission untersuchte daher die Rentabilität des Wirtschaftszweigs der Union anhand der Gewinnspannen, die vor dem Zeitraum erzielt wurden, der von den Einfuhren aus der VR China und Indien betroffen war.

(217) Wie in der China-Untersuchung festgestellt, konnten die in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller in den Jahren 2015 und 2016 eine konstante Gewinnspanne in Höhe von 12,6 % bzw. 12,4 % erzielen. Diese Jahre wurden als repräsentativste Jahre für die Rentabilität unter normalen Wettbewerbsbedingungen in diesem Wirtschaftszweig angesehen.

(218) Die Kommission vertrat die Auffassung, dass diese Analyse nach wie vor gültig ist, insbesondere angesichts des Umstands, dass die Preise im Bezugszeitraum der laufenden Untersuchung nach wie vor zum Teil durch die Einfuhren aus der VR China unter Druck gerieten, wie in der Antiabsorptionsuntersuchung festgestellt. Daher kam die Kommission zu dem Schluss, dass eine Zielgewinnspanne von 12,4 % immer noch das unter normalen Wettbewerbsbedingungen zu erwartende Rentabilitätsniveau widerspiegelt. Daher wurde das Argument, eine Erhöhung der Investitionen stelle eine „Änderung der Umstände" dar, die eine Neubewertung des Zielgewinns erforderlich mache, zurückgewiesen.

(219) Gemäß Artikel 7 Absatz 2d der Grundverordnung prüfte die Kommission die künftigen Kosten, die sich aus den multilateralen Umweltübereinkünften und den zugehörigen Protokollen, deren Vertragspartei die Union ist, und aus den in Anhang Ia der Grundverordnung aufgeführten Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation ergeben und die dem Wirtschaftszweig der Union während der Anwendung der Maßnahme entstehen. Solche künftigen Kosten wurden vom Wirtschaftszweig der Union nicht gemeldet. Auf dieser Grundlage berechnete die Kommission einen nicht schädigenden Preis für die gleichartige Ware des Wirtschaftszweigs der Union, indem eine Zielgewinnspanne von 12,4 % (siehe Erwägungsgrund 217) auf die Herstellkosten der in die Stichprobe einbezogenen Unionshersteller im Untersuchungszeitraum angewandt wurde.

(220) Danach ermittelte die Kommission die Höhe der Schadensspanne anhand eines Vergleichs des gewogenen durchschnittlichen Einfuhrpreises der in die Stichprobe einbezogenen mitarbeitenden ausführenden Hersteller in Indien, für die Dumping festgestellt wurde, wie er bei den Preisunterbietungsberechnungen ermittelt worden war, mit dem gewogenen durchschnittlichen nicht schädigenden Preis der gleichartigen Ware, die von den in die Stichprobe einbezogenen Unionsherstellern im Untersuchungszeitraum auf dem Unionsmarkt verkauft wurde. Die sich aus diesem Vergleich ergebende Differenz wurde als Prozentsatz des gewogenen durchschnittlichen CIF-Einfuhrwerts ausgedrückt.

(221) Die Schadensbeseitigungsschwelle für „andere mitarbeitende Unternehmen" und für „alle übrigen Unternehmen" wird genauso ermittelt wie die Dumpingspanne für diese Unternehmen (sieh Erwägungsgründe 91 bis 94).

([27]) https://etno.eu/library/reports/117-state-of-digital-2024.html.
([28]) Siehe Tabelle 2.
([29]) Durchschnittliche Herstellstückkosten im Untersuchungszeitraum (siehe Tabelle 8) zuzüglich einer Gewinnspanne von 12,4 %.

Unternehmen	Dumpingspanne (in %)	Schadensspanne (in %)
MP Birla Group	6,9	86,7
Sterlite Technologies Limited Group	11,4	41,2
Andere mitarbeitende Unternehmen	9,0	63,1
Alle übrigen Unternehmen	11,4	86,7

7. UNIONSINTERESSE

(222) Nach Artikel 21 der Grundverordnung prüfte die Kommission, ob sich eindeutig der Schluss ziehen lässt, dass die Einführung von Maßnahmen trotz der Feststellung schädigenden Dumpings im vorliegenden Fall dem Interesse der Union zuwiderlaufen würde. Bei der Ermittlung des Unionsinteresses wurden die Interessen aller Beteiligten berücksichtigt, einschließlich der Interessen des Wirtschaftszweigs der Union, der Einführer und der Verwender.

7.1. **Interesse des Wirtschaftszweigs der Union**

(223) Der Wirtschaftszweig der Union setzt sich aus 14 Herstellern bzw. Gruppen von Herstellern mit rund 5 140 Beschäftigen (VZÄ) zusammen. Die Hersteller sind in der ganzen Union verteilt.

(224) Die Einführung von Maßnahmen würde das Preisniveau in der Union erhöhen und es dem Wirtschaftszweig der Union somit ermöglichen, seine Preise entsprechend dem Anstieg seiner Produktionskosten anzuheben. Dies würde zu tragfähigeren Gewinnspannen führen, die es dem Wirtschaftszweig der Union ermöglichen, seine Investitionen zu erhöhen und wieder in Innovationen zu investieren, die er benötigt, um seine Wettbewerbsposition auf dem Markt und seine Marktpräsenz aufrechtzuerhalten sowie die Marktanteile zurückzugewinnen, die er in der Vergangenheit an die gedumpten Einfuhren aus der VR China verloren hat.

(225) Der Verzicht auf Maßnahmen dürfte insofern erhebliche negative Auswirkungen auf den Wirtschaftszweig der Union haben, als von einer weiteren Verhinderung einer Preiserhöhung und möglicherweise einem weiteren Preisdruck auszugehen ist. Ein weiterer Preisrückgang würde bedeuten, dass der Wirtschaftszweig der Union kurzfristig Verluste macht. Um eine Verschlechterung seiner Rentabilität zu vermeiden, könnte der Wirtschaftszweig der Union entscheiden, sein derzeitiges Preisniveau beizubehalten, das jedoch bereits untragbar ist, oder seine Preise zulasten der Verkäufe zu erhöhen. Dies hätte eine sofortige Verringerung der Herstellmengen zur Folge. Dadurch würde der Wirtschaftszweig der Union ferner daran gehindert, seine Investitionen zu erhöhen, die er benötigt, um seine Marktpräsenz durch das Angebot innovativer Lösungen und Produktentwicklungen zu verteidigen. In der Folge würde sich die finanzielle Lage des Wirtschaftszweigs der Union in Bezug auf Rentabilität und Investitionen weiter verschlechtern, sodass seine Zukunft gefährdet ist. Sollten keine Maßnahmen eingeführt werden, wäre damit zu rechnen, dass sich der Anstieg der gedumpten Einfuhren aus Indien angesichts der erheblichen Preisunterbietungsspannen und der Beschaffenheit des Marktes, der von Ausschreibungen mit langfristigen Auswirkungen bestimmt wird, fortsetzt und sogar noch erheblich zunimmt. In dieser Situation wäre der Wirtschaftszweig der Union nicht in der Lage, sich von den schädigenden Auswirkungen zu erholen.

(226) Es wird daher der Schluss gezogen, dass vorläufige Maßnahmen im Interesse des Wirtschaftszweigs der Union liegen.

7.2. **Interesse der unabhängigen Einführer**

(227) Zum Zeitpunkt der Einleitung wurden 51 Einführer und Verwender kontaktiert und zur Mitarbeit an der Untersuchung aufgefordert. Ein Einführer meldete sich als interessierte Partei, übermittelte jedoch keine Antwort auf den Fragebogen. Folglich arbeitete kein unabhängiger Einführer an der Untersuchung mit.

(228) Aufgrund der ausbleibenden Mitarbeit vonseiten der unabhängigen Einführer war die Kommission nicht in der Lage, die genauen Auswirkungen der Antidumpingzölle auf deren Unternehmen zu ermitteln. In der China-Untersuchung stellte die Kommission fest, dass die Einführer Gewinnspannen von mehr als 20 % erzielten und die Zölle entweder absorbiert oder zumindest teilweise an ihre Abnehmer weitergegeben werden konnten ([30]). Die laufende Untersuchung hat keine Fakten oder Beweise ans Licht gebracht, die diese Feststellungen widerlegen.

([30]) Erwägungsgrund (588) der Durchführungsverordnung (EU) 2021/2011.

(229) Die Antidumpingmaßnahmen werden zwar voraussichtlich gewisse nachteilige Auswirkungen auf die Einführer haben und eventuell ihre Rentabilität mindern, doch vertrat die Kommission die Auffassung, dass die Einführer in der Lage sein werden, einen Teil der durch den Zoll hervorgerufenen Kostenerhöhung aufzufangen oder an ihre Abnehmer weiterzureichen. Ferner besteht die Möglichkeit, alternative Bezugsquellen zu finden, darunter aus Indien zu nicht gedumpten Preisen. Daher gelangte die Kommission zu dem Schluss, dass die unabhängigen Einführer von der Einführung der Maßnahmen nicht unverhältnismäßig betroffen sein dürften.

7.3. **Interesse der Verwender, der Installationsgesellschaften und der Vertriebsunternehmen**

(230) Die untersuchte Ware wird von verschiedenen Wirtschaftszweigen, überwiegend Telekommunikationsbetreibern, öffentlichen Stellen (wie Gemeinden), die Glasfasernetze besitzen oder kontrollieren, sowie Installationsgesellschaften und Vertriebsunternehmen beschafft. Keine dieser Parteien arbeitete an der Untersuchung mit.

(231) Nur ein in der Telekommunikationsbranche tätiger Verwender arbeitete an der Untersuchung mit. Die Antwort dieses Verwenders auf den Fragebogen enthielt keine Argumente oder Informationen zu Aspekten des Unionsinteresses. Der Verwender führte keine Kabel aus optischen Fasern aus Indien ein und sprach sich weder für noch gegen die Maßnahmen aus.

(232) Die Kommission vertrat ferner die Auffassung, dass Kabel aus optischen Fasern, wie in Erwägungsgrund 213 dargelegt, nur einen geringen Teil der Gesamtkosten der Verwender ausmachen, da der Hauptkostentreiber für den Glasfaserausbau in den Bauarbeiten liegt.

(233) Daher wurde der Schluss gezogen, dass sich die Maßnahmen nicht unverhältnismäßig auf die Verwender auswirken würden.

7.4. **Bezugsquellen auf dem Unionsmarkt**

(234) STL brachte vor, dass die Einführung von Antidumpingmaßnahmen gegenüber Einfuhren von Kabeln aus optischen Fasern aus Indien durch die Kommission einer widerstandsfähigen und autarken Lieferkette für Kabel aus optischen Fasern in der Union abträglich wäre. Dieses Vorbringen wurde nicht weiter ausgeführt. Der ausführende Hersteller legte auch keine Beweise, weiteren Informationen oder Analysen zur Untermauerung dieses Vorbringens vor.

(235) Die Untersuchung ergab, dass auf dem Unionsmarkt mehrere Bezugsquellen zur Verfügung standen. Auf andere Länder als Indien und China (die größten sind Marokko und das Vereinigte Königreich) entfielen 14,5 % des gesamten Marktanteils in der Union, und es gab auch nicht gedumpte Einfuhren aus Indien. Darüber hinaus verfügte der Wirtschaftszweig der Union, wie in Erwägungsgrund 130 ausgeführt, über Kapazitätsreserven von fast 40 %, die für die Versorgung des Unionsmarktes genutzt werden konnten. Dieses Argument wurde daher zurückgewiesen.

7.5. **Wettbewerbssituation auf dem Unionsmarkt**

(236) Derselbe ausführende Hersteller brachte vor, dass der Unionsmarkt von einer Gruppe großer Hersteller dominiert werde und dass die Einführung von Maßnahmen diese Situation noch verschärfen würde, was zu schädlichen Auswirkungen wie höheren Preisen, einer geringeren Auswahl für die Verbraucher und einem erhöhten Risiko wettbewerbswidrigen Verhaltens des Wirtschaftszweigs der Union führen könne.

(237) Wie oben dargelegt, führte der ausführende Hersteller dieses Vorbringen nicht weiter aus und legte auch keine Beweise, weitere Informationen oder Analysen zur Untermauerung des Vorbringens vor.

(238) Nach Auffassung der Kommission umfasste der Wirtschaftszweig der Union 14 Unionshersteller oder Gruppen von Herstellern, die außer mit den nicht gedumpten Einfuhren aus Indien, den Einfuhren aus der VR China und anderen Drittländern auf dem Unionsmarkt miteinander im Wettbewerb standen. Das Wettbewerbsniveau wurde daher als ausreichend hoch angesehen. Das Vorbringen, dass der Wirtschaftszweig der Union in Zukunft ein wettbewerbswidriges Verhalten an den Tag legen könnte, ist höchst spekulativ und wurde zurückgewiesen.

(239) Sämtliche Vorbringen zur Wettbewerbssituation auf dem Unionsmarkt wurden daher zurückgewiesen.

7.6. **Sonstige Faktoren**

(240) Kabel aus optischen Fasern werden für den Aufbau schneller Breitbandnetze benötigt. Sie sind daher von großer Bedeutung für die Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen in der gesamten Union, die auf diese Netze angewiesen sind, um zu Hause zu arbeiten, zu Hause zu lernen, ein Unternehmen zu betreiben oder Dienstleistungen zu erbringen. Die Investitionen im Rahmen des Programms NextGenerationEU ([31]) zählen zu den Hauptprioritäten der Europäischen Union, deren Ziel auch der flächendeckende Aufbau einer Hochtechnologie-Breitbandinfrastruktur in der EU ist. Somit sind Kabel aus optischen Fasern für die Digitale Dekade ([32]) und die digitale Souveränität der EU von entscheidender Bedeutung.

7.7. **Schlussfolgerungen zum Unionsinteresse**

(241) Die Einführung von Antidumpingmaßnahmen würde den Wirtschaftszweig der Union von dem durch die gedumpten Einfuhren aus Indien verursachten Preisdruck auf dem Unionsmarkt befreien und ihn in die Lage versetzen, seine Preise entsprechend dem Kostenanstieg anzuheben. Dies würde sich positiv auf die Rentabilität und das Investitionsniveau des Wirtschaftszweigs der Union auswirken und es ihm ermöglichen, seine Marktposition zu verteidigen und in neue Technologien zu investieren. Und schließlich ist das Überleben der Unionshersteller von entscheidender Bedeutung für die digitale Souveränität der EU. Ein Verzicht auf die Maßnahmen würde dagegen zu einer raschen weiteren Verschlechterung der Rentabilität des Wirtschaftszweigs der Union führen und letztlich seine Entwicklung verhindern, was Marktanteilsverluste und möglicherweise Werksschließungen zur Folge hätte.

(242) Die Maßnahmen würden zudem keine Einfuhren aus Drittländern (einschließlich Indien) an einem fairen Wettbewerb auf dem Unionsmarkt hindern. Die Untersuchung ergab nicht, dass die Maßnahmen unverhältnismäßige negative Auswirkungen auf die Einführer und die nachgelagerten Wirtschaftszweige haben würden.

(243) Insgesamt gelangte die Kommission daher zu dem Schluss, dass es in dieser Phase der Untersuchung keine zwingenden Gründe für die Annahme gibt, dass es dem Unionsinteresse zuwiderliefe, Maßnahmen gegenüber den Einfuhren von Kabeln aus optischen Fasern mit Ursprung in Indien einzuführen.

8. VORLÄUFIGE ANTIDUMPINGMAßNAHMEN

(244) Auf der Grundlage der Schlussfolgerungen der Kommission zu Dumping, Schädigung, Schadensursache, Höhe der Maßnahmen und Unionsinteresse sollten vorläufige Maßnahmen eingeführt werden, um eine weitere Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union durch die gedumpten Einfuhren zu verhindern.

(245) Auf die Einfuhren von Kabeln aus optischen Fasern mit Ursprung in Indien sollten im Einklang mit der Regel des niedrigeren Zolls nach Artikel 7 Absatz 2 der Grundverordnung vorläufige Antidumpingmaßnahmen eingeführt werden. Die Kommission verglich die Schadensspannen mit den Dumpingspannen. Die Zollsätze wurden in Höhe der niedrigeren der beiden Spannen festgesetzt.

(246) Auf dieser Grundlage sollten folgende vorläufige Antidumpingzölle, ausgedrückt als Prozentsatz des CIF-Preises frei Grenze der Union, unverzollt, eingeführt werden:

Unternehmen	Vorläufiger Antidumpingzoll
Birla Cable Ltd, Universal Cables Ltd, Vindhya Telelinks Ltd	6,9 %
Sterlite Technologies Limited, Sterlite Tech Cables Solutions Limited	11,4 %
Andere mitarbeitende Unternehmen	9,0 %
Alle übrigen Unternehmen	11,4 %

([31]) NextGenerationEU hat die EU-weite Einführung von 5G und ultraschnellem Breitband zum Ziel, um u. a. den digitalen Wandel durch eine stärkere Digitalisierung der öffentlichen Dienste und der Wirtschaft im Allgemeinen zu beschleunigen: https://next-generation-eu.europa.eu/index_de#:~:text=With%20NextGenerationEU%3A,become%20smarter%20and%20more%20efficient.

([32]) Die EU verfolgt im Rahmen der gesamten digitalen Dekade eine auf den Menschen ausgerichtete, nachhaltige Vision für die digitale Gesellschaft, um Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen zu stärken: https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/europes-digital-decade.

(247) Die in dieser Verordnung aufgeführten unternehmensspezifischen Antidumpingzollsätze wurden anhand der Feststellungen dieser Untersuchung festgesetzt. Sie spiegeln demnach die in dieser Untersuchung für die Unternehmen festgestellte Situation wider. Diese Zollsätze gelten ausschließlich für Einfuhren der betroffenen Ware mit Ursprung in dem betroffenen Land, die von den namentlich genannten juristischen Personen hergestellt wurden. Einfuhren der betroffenen Ware, die von anderen, nicht im verfügenden Teil dieser Verordnung ausdrücklich genannten Unternehmen (einschließlich der mit den ausdrücklich genannten Unternehmen verbundenen Unternehmen) hergestellt werden, sollten dem für „alle übrigen Unternehmen" geltenden Zollsatz unterliegen. Für sie sollte keiner der unternehmensspezifischen Antidumpingzollsätze gelten.

(248) Zur Minimierung des Umgehungsrisikos, das aufgrund der unterschiedlichen Zollsätze besteht, sind besondere Vorkehrungen zur Gewährleistung der Erhebung der unternehmensspezifischen Antidumpingzölle erforderlich. Die Unternehmen, für die ein unternehmensspezifischer Antidumpingzoll gilt, müssen den Zollbehörden der Mitgliedstaaten eine gültige Handelsrechnung vorlegen. Die Rechnung muss den Vorgaben in Artikel 1 Absatz 3 entsprechen. Auf Einfuhren, für die keine solche Handelsrechnung vorgelegt wird, sollte der für „alle übrigen Unternehmen" geltende Antidumpingzoll erhoben werden.

(249) Auch wenn die Vorlage dieser Rechnung erforderlich ist, damit die Zollbehörden der Mitgliedstaaten die unternehmensspezifischen Antidumpingzölle auf die Einfuhren anwenden können, stellt diese Rechnung nicht das einzige von den Zollbehörden zu berücksichtigende Element dar. So müssen die Zollbehörden der Mitgliedstaaten — auch wenn ihnen eine Rechnung vorgelegt wird, die alle in Artikel 1 Absatz 3 dieser Verordnung dargelegten Anforderungen erfüllt — ihre üblichen Prüfungen durchführen und können, wie in allen anderen Fällen, zusätzliche Dokumente (Versandpapiere usw.) verlangen, um die Richtigkeit der Angaben in der Erklärung zu überprüfen und sicherzustellen, dass die anschließende Anwendung des niedrigeren Zollsatzes unter Einhaltung der Zollvorschriften gerechtfertigt ist.

(250) Sollten sich die Ausfuhren eines der Unternehmen, die in den Genuss niedrigerer unternehmensspezifischer Zollsätze gelangen, nach der Einführung der betreffenden Maßnahmen beträchtlich erhöhen, so könnte allein schon der mengenmäßige Anstieg als Veränderung des Handelsgefüges aufgrund der Einführung von Maßnahmen im Sinne des Artikels 13 Absatz 1 der Grundverordnung interpretiert werden. Unter diesen Umständen kann, sofern die Voraussetzungen dafür erfüllt sind, eine Umgehungsuntersuchung eingeleitet werden. Bei einer solchen Untersuchung kann unter anderem geprüft werden, ob es notwendig ist, den unternehmensspezifischen Zollsatz bzw. die unternehmensspezifischen Zollsätze aufzuheben und stattdessen einen landesweiten Zoll einzuführen.

(251) Statistiken zu Kabeln aus optischen Fasern sind häufig auf Kabelkilometer bezogen. In der Kombinierten Nomenklatur in Anhang I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates ([33]) ist jedoch keine solche zusätzliche Einheit für Kabel aus optischen Fasern vorgesehen. Es muss daher dafür gesorgt werden, dass bei Einfuhren der betroffenen Ware in der Anmeldung zur Überführung in den zollrechtlich freien Verkehr nicht nur das Gewicht in Kilogramm oder Tonnen angegeben wird, sondern auch die Anzahl der Kabelkilometer. Bei KN- und TARIC-Codes sollten Kabelkilometer angegeben werden.

9. INFORMATIONEN IM VORLÄUFIGEN STADIUM

(252) Im Einklang mit Artikel 19a der Grundverordnung unterrichtete die Kommission die interessierten Parteien über die geplante Einführung der vorläufigen Zölle. Diese Informationen wurden auch über die Website der GD HANDEL der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Den interessierten Parteien wurden drei Arbeitstage eingeräumt, um zur Richtigkeit der Berechnungen, über die sie unterrichtet worden waren, Stellung zu nehmen.

(253) MP Birla Group nahm zur Richtigkeit der Berechnung seiner Dumpingspanne Stellung. Nach einer Prüfung korrigierte die Kommission die Berechnung und die entsprechende Dumpingspanne.

(254) Alle anderen nach der Vorunterrichtung eingegangenen Stellungnahmen werden im Rahmen der endgültigen Sachaufklärung behandelt.

10. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

(255) Im Interesse einer ordnungsgemäßen Verwaltung fordert die Kommission die interessierten Parteien auf, innerhalb einer vorgegebenen Frist schriftlich Stellung zu nehmen und/oder eine Anhörung vor der Kommission zu beantragen.

([33]) Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates vom 23. Juli 1987 über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif (ABl. L 256 vom 7.9.1987, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/1987/2658/oj).

(256) Die Feststellungen zur Einführung von vorläufigen Zöllen sind vorläufig und können im Rahmen der endgültigen Sachaufklärung geändert werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

(1) Auf die Einfuhren von Kabeln aus optischen Monomode-Fasern, bestehend aus einer oder mehreren einzeln umhüllten Fasern, mit einem Schutzmantel, auch mit elektrischen Leitern, auch anschlussfertig, mit Ursprung in Indien, die derzeit unter dem KN-Code ex 8544 70 00 (TARIC-Codes 8544 70 00 10 und 8544 70 00 91) eingereiht werden, wird ein vorläufiger Antidumpingzoll eingeführt.

Die folgenden Waren sind ausgenommen:

— Kabel mit einer Länge von weniger als 500 Metern, bei denen alle optischen Fasern einzeln an einem oder beiden Enden mit betriebsbereiten Anschlüssen versehen sind, und

— Kabel für den Untersee-Einsatz, mit Kunststoffisolierung, die einen Kupfer- oder Aluminiumleiter enthalten und in denen die Fasern in einem oder mehreren Metallmodulen liegen.

(2) Für die in Absatz 1 beschriebene und von den nachstehend aufgeführten Unternehmen hergestellte Ware gelten folgende vorläufige Antidumpingzollsätze auf den Nettopreis frei Grenze der Union, unverzollt:

Unternehmen	Vorläufiger Antidumpingzoll	TARIC-Zusatzcode
Birla Cable Ltd, Universal Cables Ltd, Vindhya Telelinks Ltd	6,9 %	89CF
Sterlite Technologies Limited, Sterlite Tech Cables Solutions Limited	11,4 %	89CG
Im Anhang aufgeführte andere mitarbeitende Unternehmen	9,0 %	
Alle übrigen Einfuhren mit Ursprung in Indien	11,4 %	C999

(3) Die Antidumpingzölle gelten nicht für die indischen ausführenden Hersteller der HFCL Group, zu der HFCL Limited und HTL Limited gehören (TARIC-Zusatzcode 89CH).

(4) Die Anwendung der unternehmensspezifischen Zollsätze für die in Absatz 2 genannten Unternehmen setzt voraus, dass den Zollbehörden der Mitgliedstaaten eine gültige Handelsrechnung vorgelegt wird; diese muss eine Erklärung enthalten, die von einer dafür zuständigen, mit Name und Funktion ausgewiesenen Person des rechnungsstellenden Unternehmens datiert und unterzeichnet wurde und deren Wortlaut wie folgt lautet: „Der/Die Unterzeichnete versichert, dass die auf dieser Rechnung aufgeführten und zur Ausfuhr in die Europäische Union verkauften (Mengenangabe) (betroffene Ware) von (Name und Anschrift des Unternehmens) (TARIC-Zusatzcode) in (betroffenes Land) hergestellt wurden und dass die Angaben auf dieser Rechnung vollständig und richtig sind.“ Bis zur Vorlage einer solchen Rechnung findet der für alle übrigen Unternehmen geltende Zollsatz Anwendung.

(5) Gemäß Artikel 7 Absatz 3 der Grundverordnung ist die Überführung der in Absatz 1 genannten Ware in den zollrechtlich freien Verkehr in der Union von der Leistung einer Sicherheit in Höhe des vorläufigen Zolls abhängig.

(6) Bei Vorlage einer Anmeldung zur Überführung der in Absatz 1 genannten Ware — unabhängig von ihrem Ursprung — in den zollrechtlich freien Verkehr sind im entsprechenden Feld die Kabelkilometer der eingeführten Waren einzutragen, sofern diese Angabe mit Anhang I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 vereinbar ist.

Die Mitgliedstaaten unterrichten die Kommission monatlich über die Anzahl der Kabelkilometer der unter den TARIC-Codes 8544 70 00 10 und 8544 70 00 91 eingeführten Ware.

(7) Sofern nichts anderes bestimmt ist, finden die geltenden Zollvorschriften Anwendung.

Artikel 2

(1) Stellungnahmen interessierter Parteien zu dieser Verordnung sind innerhalb von 15 Kalendertagen nach Inkrafttreten dieser Verordnung an die Kommission zu übermitteln.

(2) Anhörungen bei der Kommission sind von interessierten Parteien innerhalb von fünf Kalendertagen nach Inkrafttreten dieser Verordnung zu beantragen.

(3) Anhörungen bei der Anhörungsbeauftragten für Handelsverfahren können von interessierten Parteien innerhalb von fünf Kalendertagen nach Inkrafttreten dieser Verordnung beantragt werden. Anträge, die nach Ablauf dieser Frist eingereicht werden, können von der Anhörungsbeauftragten geprüft werden; sie kann entscheiden, diese Anträge anzunehmen, falls dies angemessen ist.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Artikel 1 gilt für die Dauer von sechs Monaten.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 11. Juli 2024

Für die Kommission
Die Präsidentin
Ursula VON DER LEYEN

ANHANG

NICHT IN DIE STICHPROBE EINBEZOGENE MITARBEITENDE AUSFÜHRENDE HERSTELLER IN INDIEN

Land	Name	TARIC-Zusatzcode
Indien	Aberdare Technologies Private Limited	89CI
Indien	Aksh Optifibre Limited	89CJ
Indien	Apar Industries Limited	89CK
Indien	Polycab India Limited	89CL
Indien	UM Cables Limited	89CM
Indien	ZTT India Private Limited	89CN

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/1945

12.7.2024

DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2024/1945 DER KOMMISSION

vom 5. Juli 2024

zur Eintragung eines Namens in das Register der geschützten Ursprungsbezeichnungen und der geschützten geografischen Angaben („Lappländsk Fjällröding“ (g. g. A.))

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. November 2012 über Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel ([1]), insbesondere auf Artikel 52 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Gemäß Artikel 90 Absätze 1 und 2 der Verordnung (EU) 2024/1143 des Europäischen Parlaments und des Rates ([2]), mit der die Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 aufgehoben wurde, gilt die Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 weiterhin für Anträge auf Eintragung geografischer Angaben, die vor dem 13. Mai 2024 bei der Kommission eingegangen sind und im *Amtsblatt der Europäischen Union* für den Einspruch veröffentlicht wurden.

(2) Der Antrag Schwedens auf Eintragung des Namens „Lappländsk Fjällröding“ als geschützte geografische Angabe wurde gemäß Artikel 50 Absatz 2 Buchstabe a der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 im *Amtsblatt der Europäischen Union* ([3]) veröffentlicht.

(3) Da bei der Kommission kein Einspruch gemäß Artikel 51 der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 eingegangen ist, sollte der Name „Lappländsk Fjällröding“ eingetragen werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Der Name „Lappländsk Fjällröding“ (g. g. A.) wird eingetragen.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 5. Juli 2024

Für die Kommission,
im Namen der Präsidentin,
Janusz WOJCIECHOWSKI
Mitglied der Kommission

([1]) ABl. L 343 vom 14.12.2012, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2012/1151/oj.
([2]) Verordnung (EU) 2024/1143 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 über geografische Angaben für Wein, Spirituosen und landwirtschaftliche Erzeugnisse und über garantiert traditionelle Spezialitäten und fakultative Qualitätsangaben für landwirtschaftliche Erzeugnisse sowie zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1308/2013, (EU) 2019/787 und (EU) 2019/1753 und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 (ABl. L, 2024/1143, 23.4.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1143/oj).
([3]) ABl. C, C/2024/1465, 9.2.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2024/1465/oj.

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/1949

12.7.2024

VERORDNUNG (EU) 2024/1949 DER KOMMISSION

vom 8. Juli 2024

über eine Schließung der Fischerei auf Rote Fleckbrasse in den Unionsgewässern und internationalen Gewässern des Gebiets 9 für Schiffe unter der Flagge Portugals

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1224/2009 des Rates vom 20. November 2009 zur Einführung einer gemeinschaftlichen Kontrollregelung zur Sicherstellung der Einhaltung der Vorschriften der gemeinsamen Fischereipolitik und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 847/96, (EG) Nr. 2371/2002, (EG) Nr. 811/2004, (EG) Nr. 768/2005, (EG) Nr. 2115/2005, (EG) Nr. 2166/2005, (EG) Nr. 388/2006, (EG) Nr. 509/2007, (EG) Nr. 676/2007, (EG) Nr. 1098/2007, (EG) Nr. 1300/2008, (EG) Nr. 1342/2008 sowie zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 2847/93, (EG) Nr. 1627/94 und (EG) Nr. 1966/2006 ([1]), insbesondere auf Artikel 36 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Mit der Verordnung (EU) 2023/194 ([2]) des Rates sind die Quoten für 2024 festgesetzt worden.

(2) Nach den der Kommission übermittelten Angaben haben die Fänge aus dem Bestand der Roten Fleckbrasse in den Unionsgewässern und internationalen Gewässern des Gebiets 9 durch Schiffe, die die Flagge Portugals führen oder in Portugal registriert sind, die für 2024 zugeteilte Quote erreicht.

(3) Daher sollte die Befischung dieses Bestands verboten werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Ausschöpfung der Quote

Die Portugal für das Jahr 2024 zugeteilte Fangquote für den im Anhang genannten Bestand der Roten Fleckbrasse in den Unionsgewässern und internationalen Gewässern des Gebiets 9 gilt ab dem im Anhang festgesetzten Zeitpunkt als ausgeschöpft.

Artikel 2

Verbote

(1) Die Befischung des in Artikel 1 genannten Bestands durch Schiffe, die die Flagge Portugals führen oder in Portugal registriert sind, ist ab dem im Anhang festgesetzten Zeitpunkt verboten. Nach diesem Zeitpunkt verboten sind insbesondere das Aufspüren von Fisch, das Ausbringen, Aufstellen, Schleppen sowie das Einholen von Fanggerät mit dem Ziel, diesen Bestand zu befischen.

(2) Weiterhin zugelassen für Fänge, die vor diesem Zeitpunkt getätigt wurden, sind das Umladen, das Anbordbehalten, das Verarbeiten an Bord, der Transfer, das Umsetzen in Käfige, das Mästen sowie das Anlanden von Fisch bzw. Fischereierzeugnissen dieses Bestands aus Fängen der genannten Schiffe.

(3) Unbeabsichtigte Fänge von Arten aus diesem Bestand durch diese Schiffe werden gemäß Artikel 15 der Verordnung (EU) Nr. 1380/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates ([3]) an Bord der Fischereifahrzeuge gebracht und behalten, aufgezeichnet, angelandet und auf die Quoten angerechnet.

([1]) ABl. L 343 vom 22.12.2009, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2009/1224/oj.

([2]) Verordnung (EU) 2023/194 des Rates vom 30. Januar 2023 zur Festsetzung der Fangmöglichkeiten für 2023 für bestimmte Fischbestände in Unionsgewässern sowie für Fischereifahrzeuge der Union in bestimmten Nicht-Unionsgewässern sowie zur Festsetzung solcher Fangmöglichkeiten für 2023 und 2024 für bestimmte Tiefseebestände (ABl. L 28 vom 31.1.2023, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2023/194/oj).

([3]) Verordnung (EU) Nr. 1380/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über die Gemeinsame Fischereipolitik und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1954/2003 und (EG) Nr. 1224/2009 des Rates sowie zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 2371/2002 und (EG) Nr. 639/2004 des Rates und des Beschlusses 2004/585/EG des Rates (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 22, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2013/1380/oj).

Artikel 3

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 8. Juli 2024

Für die Kommission,
im Namen der Präsidentin,
Virginijus SINKEVIČIUS
Mitglied der Kommission

ANHANG

Nr.	06/TQ194
Mitgliedstaat	Portugal
Bestand	SBR/09-
Art	Rote Fleckbrasse (*Pagellus bogaraveo*)
Gebiet	Unionsgewässer und internationale Gewässer von 9
Datum der Schließung	19. Juni 2024

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/90412

12.7.2024

Berichtigung der Durchführungsverordnung (EU) 2024/1267 der Kommission vom 6. Mai 2024 zur Ausweitung des mit der Durchführungsverordnung (EU) 2021/2012 eingeführten endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von kaltgewalzten Flacherzeugnissen aus nicht rostendem Stahl mit Ursprung in Indonesien auf aus Taiwan und Vietnam versandte Einfuhren von kaltgewalzten Flacherzeugnissen aus nicht rostendem Stahl, gleich ob als Ursprungserzeugnisse Taiwans oder Vietnams angemeldet oder nicht, und zur Einstellung der Untersuchung betreffend die mutmaßliche Umgehung der mit der genannten Verordnung eingeführten Antidumpingmaßnahmen durch aus der Türkei versandte Einfuhren von kaltgewalzten Flacherzeugnissen aus nicht rostendem Stahl, gleich ob als Ursprungserzeugnisse der Türkei angemeldet oder nicht

(Amtsblatt der Europäischen Union L, 2024/1267, 7. Mai 2024)

Seite 33, Anhang 2, Nummer 1 einleitender Satz:

Anstatt: „Die in Artikel 1 Absatz 4 Buchstabe b genannte Handelsrechnung des Herstellers an den Händler oder eine andere zwischengeschaltete juristische Person muss eine Erklärung des taiwanesischen oder vietnamesischen Herstellers in folgender Form enthalten, die von einer dafür zuständigen Person des Herstellers oder der anderen zwischengeschalteten juristischen Person unterzeichnet wurde, der bzw. die die Rechnung für dieses Geschäft an den Händler ausgestellt hat:“

muss es heißen: „Die in Artikel 1 Absatz 4 Buchstabe b genannte Handelsrechnung des Herstellers an den Händler oder eine andere zwischengeschaltete juristische Person muss eine Erklärung des taiwanesischen oder vietnamesischen Herstellers in folgender Form enthalten, die von einer dafür zuständigen Person des Herstellers unterzeichnet wurde, der die Rechnung für dieses Geschäft an den Händler oder die andere zwischengeschaltete juristische Person ausgestellt hat:“

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/90413

12.7.2024

Berichtigung der Durchführungsverordnung (EU) 2024/1268 der Kommission vom 6. Mai 2024 zur Ausweitung der mit der Durchführungsverordnung (EU) 2022/433 eingeführten endgültigen Ausgleichszölle auf die Einfuhren von kaltgewalzten Flacherzeugnissen aus nicht rostendem Stahl mit Ursprung in Indonesien auf aus Taiwan, der Türkei und Vietnam versandte Einfuhren von kaltgewalzten Flacherzeugnissen aus nicht rostendem Stahl, gleich ob als Ursprungserzeugnisse Taiwans, der Türkei oder Vietnams angemeldet oder nicht

(Amtsblatt der Europäischen Union L, 2024/1268, 7. Mai 2024)

Seite 34, Anhang 2, Nummer 1 einleitender Satz:

Anstatt: „Die in Artikel 1 Absatz 4 Buchstabe b genannte Handelsrechnung des Herstellers an den Händler oder eine andere zwischengeschaltete juristische Person muss eine Erklärung des taiwanesischen, türkischen oder vietnamesischen Herstellers in folgender Form enthalten, die von einer dafür zuständigen Person des Herstellers oder der anderen zwischengeschalteten juristischen Person unterzeichnet wurde, der bzw. die die Rechnung für dieses Geschäft an den Händler ausgestellt hat:“

muss es heißen: „Die in Artikel 1 Absatz 4 Buchstabe b genannte Handelsrechnung des Herstellers an den Händler oder eine andere zwischengeschaltete juristische Person muss eine Erklärung des taiwanesischen, türkischen oder vietnamesischen Herstellers in folgender Form enthalten, die von einer dafür zuständigen Person des Herstellers unterzeichnet wurde, der die Rechnung für dieses Geschäft an den Händler oder die andere zwischengeschaltete juristische Person ausgestellt hat:“.